71 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1997

(1. Jänner bis 31. Dezember 1997)
und
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz

Wien 1996
Österreichische Staatsdruckerei

61 0161

II

Inhalt

Seite

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997 ... 1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages ... 11

Anlagen:

I. Bundesvoranschlag 1997 (Ausgaben und Einnahmen):

Kapitel

01 Präsidentschaftskanzlei ... 12
02 Bundesgesetzgebung ... 14
03 Verfassungsgerichtshof ... 16
04 Verwaltungsgerichtshof ... 18
05 Volksanwaltschaft ... 20
06 Rechnungshof ... 22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen ... 24
11 Inneres ... 30
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten ... 38
13 Kunst ... 50
14 Wissenschaft und Forschung ... 54
15 Soziales ... 60
16 Sozialversicherung ... 70
17 Gesundheit und Konsumentenschutz ... 72
18 Umwelt ... 80
19 Jugend und Familie ... 82
20 Äußeres ... 84
30 Justiz ... 88
40 Militärische Angelegenheiten ... 90
50 Finanzverwaltung ... 94
51 Kassenverwaltung ... 100
52 Öffentliche Abgaben ... 104
53 Finanzausgleich ... 110
54 Bundesvermögen ... 114
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung) ... 122
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge ... 124
60 Land- und Forstwirtschaft ... 132
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr ... 146
64 Bauten und Technik ... 152
65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr ... 168
71 Bundestheater *) ... 174
75 Alkohol (Monopol) *) ... 176
77 Österreichische Bundesforste *) ... 178
78 Post- und Telegraphenverwaltung *) ... 180

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel ... 184

Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1996 ... 186

Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1996 ... 188

Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen ... 190

II. Konjunkturausgleich-Voranschlag 1997 ... 192

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel ... 199

IIa. Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen ... 200

III. Stellenplan (gesondertes Heft) ... 201

IV. Fahrzeugplan (gesondertes Heft) ... 339

V. Plan für Datenverarbeitungsanlagen (gesondertes Heft) ... 373

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997 ... (1)-(6)

*) Geldvoranschlag

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1997 (Bundesfinanzgesetz 1997 – BFG 1997)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1997 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlußsummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs-haushalt	Gesamt-haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	740 738,117	187 914,539	928 652,656
Einnahmen:	672 783,047	255 869,609	928 652,656
Abgang:	67 955,070	-	-
Überschuß:	-	67 955,070	-

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1997 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedekkung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, in der jeweils geltenden Fassung, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/59589 und 7/59599) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/59589 und 8/59599) und der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 1997 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG beim Voranschlagsansatz 1/11177 bis zu 200 Millionen Schilling und bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 900 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann.

Artikel III. (1) Läßt die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1997 zusätzliche Ausgaben als zweckmäßig erscheinen, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Überschreitungen, die durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken sind, bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages (Anlage I) nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu genehmigen:

1. Hinsichtlich der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Stabilisierungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 426,055 Millionen Schilling, wenn
   a) die wirtschaftliche Entwicklung dies erfordert und
   b) das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten die Ausübung dieser Ermächtigung volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen läßt.
2. Hinsichtlich der Konjunkurbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Konjunkturbelebungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 656,659 Millionen Schilling, wenn
   a) mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten und
   b) dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt werden kann.
3. Liefer- und Leistungsaufträge zu Lasten der gemäß Z 1 oder Z 2 genehmigten zusätzlichen Bundesmittel sind innerhalb von 3 Monaten nach der durch den Bundesminister für Finanzen erteilten Überschreitungsgenehmigung, jedoch spätestens bis zum Ablauf dieses Finanzjahres zu vergeben.

(2) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 1997 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1997 mit 2,7 vH zugrunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 1997 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(3) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 15 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen des Betriebes oder der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, soweit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für den betreffenden Betrieb betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314 und 2/51315 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschrei-

tung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen Betrieb oder eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1997 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 65 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6, 8 und 9 desselben Paragraphen sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
2. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 der Titel 711, 753 und 773 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5 ,6 und 8 desselben Titels sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
3. bei den Voranschlagsansätzen des Konjunkturausgleich-Voranschlages (Anlage II) bis zu einem Betrag von 25 vH des Ansatzbetrages, wenn dies im Sinne der konjunkturellen Zielsetzungen gemäß Art. III Abs. 1 wirtschaftlich zweckmäßig ist und der Überschreitungsbetrag durch gleichhohe Ausgabenrückstellung bei einem anderen Voranschlagsansatz des Konjunkturausgleich-Voranschlages sichergestellt werden kann;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 30 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen im Kapitel 30 sichergestellt werden kann;
5. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 601 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei einem anderen Voranschlagsansatz dieses Titels zurückgestellt werden können;
6. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens des Titels 642 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Ansatzbetrages, sofern die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen des Titels 642, ausgenommen der Voranschlagsansatz 1/64297 und die Voranschlagsansätze der Paragraphen 6425 und 6426, sichergestellt werden kann. Die Überschreitung darf nur genehmigt werden, wenn die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen B, S und A erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen Voranschlagsansatz desselben Titels und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen B, S und A zurückgestellt werden können;
7. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Paragraphen 1551 bis zur Höhe einer erzielbaren Ausgabeneinsparung beim jeweiligen Voranschlagsansatz für Förderungen und/oder Aufwendungen des entsprechenden Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
8. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Paragraphen 1111, 6313, 6525 und 6527 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
9. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschußleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfsleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1993, in der jeweils geltenden Fassung, wenn die Bedekkung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
10. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch

gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei dem jeweiligen anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;

11. bei den Voranschlagsansätzen 1/11003, 1/11403 und 1/11408 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für den Aufbau des Grenzdienstes, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 11 sichergestellt werden kann;
12. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 12 bis zu einem Betrag von 250 Millionen Schilling für zusätzliche Schulraumbeschaffungen sowie allfällige Kostensteigerungen des Betriebsaufwandes, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
13. bei den Voranschlagsansätzen 1/14186 und 1/14188 bis zu einem Betrag von insgesamt 50 Millionen Schilling zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann.
14. bei den Voranschlagsansätzen 1/15158, 1/15248 und 1/15778 für Leistungen aus der Gewährung von Härteausgleichen gemäß §§ 15 a des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, 14 a des Bundesgesetzes über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, 76 des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 152, und 73 a des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl. Nr. 27/1964 – alle Gesetze in der jeweils geltenden Fassung – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz für Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) desselben Titels sichergestellt werden kann; die Ansatzüberschreitung darf höchstens 80 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, betragen;
15. beim Voranschlagsansatz 1/15516 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling zur Erfüllung von erforderlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
16. bei den Voranschlagsansätzen 1/15565 und 1/15566 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
17. beim Voranschlagsansatz 1/15578 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für die gemäß § 41 Abs. 2 des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994 in der jeweils geltenden Fassung zu tragenden Personal- und Sachausgaben, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
18. beim Voranschlagsansatz 1/18626 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/18628 bedeckt werden kann;
19. bei den Voranschlagsansätzen 1/20108 und 1/20308 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, soweit die Überschreitung durch die Kassenwertgebarung verursacht ist und in Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/20104 und/oder 2/20304 bedeckt werden kann;
20. bei den Voranschlagsansätzen 1/50703 und 1/50708 bis zu einem Betrag von 25 vH des jeweils veranschlagten Betrages für ADV-Leistungen, wenn die Bedeckung für diese Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 jener Kapitel, für welche Leistungen erbracht werden, sichergestellt werden kann;
21. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 3 000 Millionen Schilling für Maßnahmen der Marktpflege zur Verbesserung der Lage auf dem Sekundärmarkt, wenn die Bedekkung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
22. beim Voranschlagsansatz 1/51058 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel), wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
23. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 40 Milliarden Schilling zur Tilgung zusätzlicher auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen, erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
24. beim Voranschlagsansatz 1/53306 bis zu einem Betrag von 600 Millionen Schilling für Zwecke von Kinderbetreuungseinrichtungen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;

25. beim Voranschlagsansatz 1/54108 für Ausgaben im Zusammenhang mit der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes bis zu einem Betrag von 4 vH der erzielten Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen des Titels 2/541, wenn die Bedeckung in Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen des Titels 2/541 sichergestellt werden kann;
26. bei den Voranschlagsansätzen 1/54285 und 1/54846 bis zu einem Betrag von insgesamt 36 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteuropäische Staaten, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
27. beim Voranschlagsansatz 1/59908 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschuld und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
28. bei den Voranschlagsansätzen 1/59858, 1/59908 und 7/59859 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluß von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
29. beim Voranschlagsansatz 1/60068 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für den Zweckaufwand der Länder im Rahmen des Vollzuges des Wasserrechtsgesetzes 1959, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
30. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 601 und 1/60216, 1/60226 und 1/60246 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind und die Überschreitungen der Voranschlagsansätze des Titels 601 durch Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen 1/60216, 1/60226 und 1/60246 und umgekehrt bedeckt werden können;
31. bei den Voranschlagsansätzen 1/60216 und 1/60226 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind und der Mehrbedarf durch entsprechend gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei dem jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
32. beim Voranschlagsansatz 1/60346 bis zu einem Betrag von 600 Millionen Schilling, soweit entsprechende Bundesmittel zur Ausfinanzierung der Maßnahmen des "Österreichischen Umweltprogrammes zur Förderung einer umweltgerechten, den extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL)" gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 erforderlich sind und diese durch die Länder kofinanziert werden, sofern die Bedeckung durch Ausgabenrückstellungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
33. beim Voranschlagsansatz 1/60606 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für degressive Ausgleichszahlungen gemäß EU-Beitrittsvertrag, wenn der Mehrbedarf durch entsprechend gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60146 bedeckt werden kann;
34. bei den Voranschlagsansätzen 1/60848 und 1/60866 bis zu einem Betrag von 20 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen des Schutzwasserbaues auf Grund eingetretener Katastrophenereignisse, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
35. beim Voranschlagsansatz 1/63116 bis zu einem Betrag von 605 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/63156 sichergestellt werden kann;
36. beim Voranschlagsansatz 1/63156 bis zu einem Betrag von 288 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/63116 sichergestellt werden kann;
37. beim Voranschlagsansatz 1/64918 bis zu einem Betrag von 3 Millionen Schilling für Zwecke der Behandlung von Prämienanträgen im Bereiche der EU-Marktorganisationen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparung beim Voranschlagsansatz 1/60038 sichergestellt werden kann;
38. beim Voranschlagsansatz 1/65003 bis zu einem Betrag von insgesamt 250 Millionen Schilling zur Finanzierung von Sonderanlagen für die Errichtung eines computergestützten und elektronischen Systems zur Verwaltung der Ökopunkte entlang von Bundesstraßen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/64203 sichergestellt werden kann. Im Vorjahr aufgrund der Vereinbarung bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von insgesamt 250 Millionen Schilling;

39. beim Voranschlagsansatz 1/65198 bis zu einem Betrag von 120 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Einnahmen aus der Veräußerung der Liegenschaft EZ 4156, KG Landstraße, an die Austro Control GesmbH sichergestellt werden kann;
40. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilung 3, 8 und 9 unabhängig von Überschreitungen gemäß Z 1 und 2 bis zum Betrag von 1 Million Schilling je Voranschlagsansatz, soweit die Bedeckung für die Ansatzüberschreitung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann. Werden für eine Mehrzahl von Voranschlagsansätzen gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Voranschlagsansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 1997 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG in der jeweils geltenden Fassung und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedekkung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze des Titels 2/513 zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zugunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedekkung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51247, 2/51267 bzw. 2/51277 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hiefür jeweils nicht mehr als 15 Millionen Schilling im Finanzjahr 1997 betragen und beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
4. bei Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1116 für Auslandseinsätze gemäß Bundesverfassungsgesetz vom 30. Juni 1965 über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind und durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen oder beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
5. beim Voranschlagsansatz 1/15577 bis zum 30. Jänner 1998 in Höhe des gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes (AMPFG), BGBl. Nr. 315/1994 in der jeweils geltenden Fassung, für die Überweisung an das Arbeitsmarktservice vorgesehenen Betrages, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze bzw. zweckgebundenen Einnahmen des Titels 155 zu finden ist.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 1997 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1551 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1997 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/02106 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling, sofern diese Mittel für Zuwendungen des Nationalrates an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus erforderlich sind;
2. beim Voranschlagsansatz 1/10006 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling zur finanziellen Unterstützung für das Wohnbauprojekt Palästina;
3. beim Voranschlagsansatz 1/10008 bis zu einem Betrag von 40 Millionen Schilling für die Informationsarbeit der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Europäischen Union;

4. bei den Voranschlagsansätzen 1/10066 und 1/10068 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina;
5. beim Voranschlagsansatz 1/11178 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für Leistungen im Rahmen des Zivildienstgesetzes, BGBl. Nr. 679/1986, in der jeweils geltenden Fassung;
6. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung;
8. beim Voranschlagsansatz 1/14208 bis zu einem Betrag von 2 370 Millionen Schilling für eine Nachzahlung betreffend klinischer Mehraufwand;
9. beim Voranschlagsansatz 1/15006 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für die Durchführung von Gemeinschaftsinitiativen;
10. beim Voranschlagsansatz 1/15008 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für die Durchführung von EU-Programmen, soferne diese Mittel zur Erlangung einer Kofinanzierung erforderlich sind;
11. bei den Voranschlagsansätzen 1/15565 und 1/15566 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 AMFG in der Fassung BGBl.Nr. 450/1994;
12. beim Voranschlagsansatz 1/17208 bis zu einem Betrag von 25 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung;
13. beim Voranschlagsansatz 1/18606 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisierung des Nationalparks Donau-Auen;
14. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl.Nr. 325/1990, in der jeweils geltenden Fassung, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen;
15. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Ausgaben im Zusammenhang mit Großverfahren vor dem Umweltsenat;
16. bei den Voranschlagsansätzen 1/20506 und 1/20508 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Maßnahmen im Bereich der bilateralen Entwicklungshilfe;
17. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 der Titel 302 und 303 bis zu einem Betrag von 300 Millionen Schilling für Sicherheitsmaßnahmen in Gerichtsgebäuden und Justizanstalten;
18. bei den Voranschlagsansätzen 1/40108, 1/64633 und 1/64738 bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Schilling zur Durchführung der in den abgeschlossenen Vereinbarungen gemäß Art. 15 a B-VG mit dem Land Steiermark vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der österreichischen Luftraumüberwachung (BGBl. Nr. 524/1990, in der geltenden Fassung); in den Vorjahren auf Grund der Vereinbarungen bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von insgesamt 300 Millionen Schilling;
19. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 1 200 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
20. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;
21. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling für Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
22. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling für den Erwerb von Bundestitel;
23. beim Voranschlagsansatz 1/51038 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für eventuelle Kursverluste;
24. beim Voranschlagsansatz 1/51048 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für Stückzinsenzahlungen;
25. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling;
26. beim Voranschlagsansatz 1/54108 bis zu einem Betrag von 60 Millionen Schilling für Ausgaben im Zusammenhang mit der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes;
27. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;

28. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;
29. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 215, in der jeweils geltenden Fassung;

Artikel VIII. Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1997 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm durch das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, übertragenen Aufgaben durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
3. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 31 Abs. 5 des Kreditwesengesetzes, BGBl. Nr. 63/1979, in der jeweils geltenden Fassung, bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;
4. die Ausfallshaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 450/1994, in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 250 Millionen Schilling an Kapital und 50 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Ausfallshaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 AMSG aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 5 dürfen nur übernommen werden, wenn diese inhaltlich den Bestimmungen des § 65 b BHG entsprechen.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 und 5 ist der § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüberhinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1997 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung – wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muß – genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10066, 1/10068, 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14146, 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14186, 1/14208 (für die VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H. und den klinischen Aufwand), 1/15006 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/18636, 1/18646, 1/18648, 1/20506, 1/20508, 1/60136, 1/63176, 1/64145, 1/64146, 1/64148,

1/65148, 1/65158, 1/65246, 1/65255 und 1/65256 genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1997 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1997 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 10 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 350 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 4 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1997 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 10 Millionen Schilling, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des § 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 1997 werden durch den Stellenplan 1997 festgelegt (Anlage III).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1997 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 1997 (Anlage IV) getroffen.

Artikel XV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Type der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1997 verwendeten Datenverarbeitungsanlagen bestritten werden dürfen, werden durch den Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1997 (Anlage V) getroffen.

Artikel XVI. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1997 in Kraft

Artikel XVII. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages,

1. soweit in diesem Bundesgesetz Bestimmungen über den Stellenplan getroffen werden, der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. im übrigen der Bundesminister für Finanzen betraut.

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:

Haushalt	Zuordnungsziffer
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8

Haushalt | *Gruppe* | *Kapitel* | *Titel* | *Paragraph* | *Unterteilung*

0 / 0 0 0 0 0 0 0

Voranschlagsansatz

Aufgabenbereich

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche
11	Erziehung und Unterricht
12	Forschung und Wissenschaft
13	Kunst
14	Kultus
21	Gesundheit
22	Soziale Wohlfahrt
23	Wohnungsbau
32	Straßen
33	Sonstiger Verkehr
34	Land- und Forstwirtschaft
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
37	Öffentliche Dienstleistungen
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
41	Landesverteidigung
42	Staats- und Rechtssicherheit
43	Übrige Hoheitsverwaltung

Bei den *Einnahmenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0, 1	Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
2, 3	Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen
4, 5, 6	Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen
7, 8, 9	Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen

2) 2) 2)

Bei den *Ausgabenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgswirksame Gebarung (E) oder bestandswirksame Geb. (B)
Personalausgaben:			
0 = Aufwendungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*, Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
Sachausgaben:			
2 = Anlagen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*, Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes" (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.

2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/01		**Präsidentschaftskanzlei:**							
1/01000	43	Personalausgaben		36,075			36,075	36,178	36,851
1/01003	43	Anlagen				2,398	2,398	2,398	5,438
1/01005		Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,200
	23					*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,090*
	43					*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,110*
1/01007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			6,925		6,925	6,925	6,617
	22				*0,645*		*0,645*	*0,645*	*0,581*
	43				*6,280*		*6,280*	*6,280*	*6,035*
1/01008	43	Aufwendungen			15,477		15,477	15,477	29,942
		Gesamtausgaben 01		36,075	22,402	2,598	61,075	61,178	79,048

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/01		**Präsidentschaftskanzlei:**						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,045	.....	1,045	1,045	1,031
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,030
2/01009		Bezugsvorschußersätze		.....	0,190	0,190	0,190	0,135
	23			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,013*
	43			.....	*0,189*	*0,189*	*0,189*	*0,122*
		Gesamteinnahmen 01...		1,045	0,193	1,238	1,238	1,197

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/02		**Bundesgesetzgebung:**							
1/021		Nationalrat:	*						
1/02106	43	Förderungen		.....	200,001	.....	200,001	200,001	100,000
1/02107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	562,367	.....	562,367	562,367	530,793
	22			.....	*0,805*	.....	*0,805*	*0,805*	*0,563*
	43			.....	*561,562*	.....	*561,562*	*561,562*	*530,231*
1/02108	43	Aufwendungen		.....	23,766	.....	23,766	23,766	17,804
		Summe 021		.....	786,134	.....	786,134	786,134	648,597
1/022		Bundesrat:	*						
1/02207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	85,586	.....	85,586	85,586	72,215
	22			.....	*0,115*	.....	*0,115*	*0,115*	*0,100*
	43			.....	*85,471*	.....	*85,471*	*85,471*	*72,115*
1/02208	43	Aufwendungen		.....	4,063	.....	4,063	4,063	4,498
		Summe 022		.....	89,649	.....	89,649	89,649	76,713
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP: *Gemeinsame Ausgaben für Nationalrat und Bundesrat*	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	168,324	.....	168,324	168,324	157,595
1/02306	43	Förderungen		.....	0,673	.....	0,673	0,673	0,294
1/02307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	35,539	.....	35,539	35,539	19,907
	22			.....	*0,081*	.....	*0,081*	*0,081*	*0,023*
	43			.....	*35,458*	.....	*35,458*	*35,458*	*19,884*
1/02308	43	Aufwendungen		.....	22,383	.....	22,383	22,383	14,730
		Summe 023		.....	226,919	.....	226,919	226,919	192,525
1/024		Parlamentsdirektion:							
1/02400	43	Personalausgaben		166,279	.....	.....	166,279	166,877	169,430
1/02403	43	Anlagen		.....	.....	49,006	49,006	49,006	63,936
1/02405		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,612	0,612	0,612	0,592
	23			.....	.....	*0,512*	*0,512*	*0,512*	*0,512*
	43			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,080*
1/02407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,810	.....	4,810	4,810	3,481
	22			.....	*2,710*	.....	*2,710*	*2,710*	*2,401*
	43			.....	*2,100*	.....	*2,100*	*2,100*	*1,080*
1/02408		Aufwendungen		.....	219,870	.....	219,870	219,870	191,166
	11			.....	*2,900*	.....	*2,900*	*2,900*	*3,577*
	43			.....	*216,970*	.....	*216,970*	*216,970*	*187,589*
		Summe 024		166,279	224,680	49,618	440,577	441,175	428,605
		Gesamtausgaben 02		166,279	1.327,382	49,618	1.543,279	1.543,877	1.346,440

Anmerkungen:
1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/02		**Bundesgesetzgebung:**					
2/021		Nationalrat:					
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen	48,000	.....	48,000	48,000	48,393
2/022		Bundesrat:					
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen	7,540	.....	7,540	7,540	7,505
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP: *Gemeinsame Einnahmen für Nationalrat und Bundesrat*					
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen	3,001	.....	3,001	3,001	2,826
2/024		Parlamentsdirektion:					
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,906	.....	0,906	0,906	1,329
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,006	0,006	0,006	0,090
2/02409		Bezugsvorschußersätze	.....	0,690	0,690	0,690	0,628
	23		.....	*0,590*	*0,590*	*0,590*	*0,565*
	43		.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,063*
		Summe 024...	0,906	0,696	1,602	1,602	2,047
		Gesamteinnahmen 02...	59,447	0,696	60,143	60,143	60,771

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/03		**Verfassungsgerichtshof:**							
1/03000	42	Personalausgaben		25,492			25,492	25,546	26,097
1/03003	42	Anlagen				1,445	1,445	1,445	1,344
1/03005		Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,166
	23					*0,100*	*0,100*	*0,100*	
	42					*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,166*
1/03007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			26,000		26,000	26,000	26,054
	22				*0,300*		*0,300*	*0,300*	*0,369*
	42				*25,700*		*25,700*	*25,700*	*25,685*
1/03008	42	Aufwendungen			8,355		8,355	8,355	7,538
		Gesamtausgaben 03		25,492	34,355	1,645	61,492	61,546	61,199

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/03		**Verfassungsgerichtshof:**					
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen	0,849	.....	0,849	0,849	0,571
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,004	0,004	0,004	.....
2/03009		Bezugsvorschußersätze	.....	0,147	0,147	0,147	0,146
	23		.....	*0,007*	*0,007*	*0,007*	*0,007*
	42		.....	*0,140*	*0,140*	*0,140*	*0,139*
		Gesamteinnahmen 03...	0,849	0,151	1,000	1,000	0,717

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/04		**Verwaltungsgerichtshof:**							
1/04000	42	Personalausgaben		109,911			109,911	111,924	110,154
1/04003	42	Anlagen				2,067	2,067	1,067	1,217
1/04005		Bezugsvorschüsse				0,291	0,291	0,291	0,289
	23					*0,080*	*0,080*	*0,080*	
	42					*0,211*	*0,211*	*0,211*	*0,289*
1/04007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,000		2,000	2,000	1,506
	22				*1,988*		*1,988*	*1,988*	*1,498*
	42				*0,012*		*0,012*	*0,012*	*0,008*
1/04008	42	Aufwendungen			11,642		11,642	11,642	11,003
		Gesamtausgaben 04...		109,911	13,642	2,358	125,911	126,924	124,170

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/04		**Verwaltungsgerichtshof:**					
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen	4,697	.....	4,697	4,697	3,119
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/04009		Bezugsvorschußersätze	.....	0,300	0,300	0,300	0,269
	23		.....	*0,025*	*0,025*	*0,025*	*0,027*
	42		.....	*0,275*	*0,275*	*0,275*	*0,242*
		Gesamteinnahmen 04...	4,697	0,303	5,000	5,000	3,389

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/05		**Volksanwaltschaft:**							
1/05000	42	Personalausgaben		23,516	.....	.....	23,516	23,550	23,989
1/05003	42	Anlagen		.....	.....	0,910	0,910	0,910	0,926
1/05005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,200	0,200	0,200	0,200
	23			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,100*
	42			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,100*
1/05007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	14,000	.....	14,000	14,000	13,828
	22			.....	*0,275*	.....	*0,275*	*0,275*	*0,269*
	42			.....	*13,725*	.....	*13,725*	*13,725*	*13,559*
1/05008	42	Aufwendungen		.....	5,890	.....	5,890	5,890	5,555
		Gesamtausgaben 05...		23,516	19,890	1,110	44,516	44,550	44,499

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/05		**Volksanwaltschaft:**						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,727	.....	1,727	1,727	1,591
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/05009		Bezugsvorschußersätze		.....	0,080	0,080	0,080	0,109
	23			.....	*0,020*	*0,020*	*0,020*	*0,028*
	42			.....	*0,060*	*0,060*	*0,060*	*0,081*
		Gesamteinnahmen 05	...	1,727	0,083	1,810	1,810	1,700

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/06		**Rechnungshof:**							
1/06000	43	Personalausgaben		212, 868	.....	.....	212, 868	212, 966	210, 388
1/06003	43	Anlagen		.....	.....	3, 059	3, 059	4, 614	2, 868
1/06005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0, 850	0, 850	0, 850	0, 616
	23			.....	.....	*0, 500*	*0, 500*	*0, 500*	*0, 329*
	43			.....	.....	*0, 350*	*0, 350*	*0, 350*	*0, 287*
1/06007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	10, 168	.....	10, 168	10, 117	9, 933
	22			.....	*3, 780*	.....	*3, 780*	*3, 780*	*3, 747*
	43			.....	*6, 388*	.....	*6, 388*	*6, 337*	*6, 186*
1/06008	43	Aufwendungen	*	.....	45, 923	.....	45, 923	44, 419	39, 750
		Gesamtausgaben 06...		212, 868	56, 091	3, 909	272, 868	272, 966	263, 556

Anmerkungen:
1/06008 Hievon 1997 0, 001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/06		**Rechnungshof:**					
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	1,238	.....	1,238	1,238	1,140
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,040	0,040	0,040	0,033
2/06009		Bezugsvorschußersätze	.....	0,721	0,721	0,721	0,608
	23		.....	*0,311*	*0,311*	*0,311*	*0,380*
	43		.....	*0,410*	*0,410*	*0,410*	*0,228*
		Gesamteinnahmen 06...	1,239	0,761	2,000	2,000	1,780

Anmerkungen:
2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/10		**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		368,039	.....	.....	368,039	368,700	374,690
1/10003	43	Anlagen		.....	.....	65,776	65,776	65,776	70,453
1/10005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	3,646	3,646	3,646	3,244
	23			.....	.....	*1,593*	*1,593*	*1,593*	*0,860*
	43			.....	.....	*2,053*	*2,053*	*2,053*	*2,384*
1/10006		Förderungen	*	.....	63,994	.....	63,994	63,994	83,190
	12			.....	*0,660*	.....	*0,660*	*0,660*	*0,521*
	38			.....	*0,096*	.....	*0,096*	*0,096*	*0,096*
	43			.....	*63,238*	.....	*63,238*	*63,238*	*82,573*
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	283,774	.....	283,774	283,424	272,403
	21			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	22			.....	*6,360*	.....	*6,360*	*6,360*	*5,634*
	43			.....	*277,413*	.....	*277,413*	*277,063*	*266,769*
1/10008		Aufwendungen	*	.....	522,852	.....	522,852	494,489	443,529
	21			.....	*0,140*	.....	*0,140*	*0,140*	*0,239*
	43			.....	*522,712*	.....	*522,712*	*494,349*	*443,290*
		Summe 1000		368,039	870,620	69,422	1.308,081	1.280,029	1.247,508
1/1001		Verwaltungsakademie:							
1/10010	11	Personalausgaben		25,887	.....	.....	25,887	25,906	26,151
1/10013	11	Anlagen		.....	.....	2,789	2,789	2,789	5,108
1/10016	11	Förderungen		.....	1,363	.....	1,363	1,363	.....
1/10017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,659	.....	0,659	0,659	0,525
	11			.....	*0,349*	.....	*0,349*	*0,349*	*0,261*
	22			.....	*0,310*	.....	*0,310*	*0,310*	*0,263*
1/10018	11	Aufwendungen		.....	50,388	.....	50,388	47,888	40,535
		Summe 1001		25,887	52,410	2,789	81,086	78,605	72,320
1/10038	43	Bundesgesetzblatt	*	.....	25,874	.....	25,874	25,874	32,164
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046	36	Förderungen		.....	15,418	.....	15,418	15,418	5,029
1/10048	36	Aufwendungen		.....	0,055	.....	0,055	0,055	.....
		Summe 1004		.....	15,473	.....	15,473	15,473	5,029
1/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):							
1/10058	43	Aufwendungen	*	.....	417,232	.....	417,232	444,749	659,193
1/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:							
1/10066		Förderungen	*	.....	143,095	.....	143,095	116,000	217,991
	38			.....	*92,935*	.....	*92,935*	*68,400*	*77,940*
	43			.....	*50,160*	.....	*50,160*	*47,600*	*140,051*
1/10068	43	Aufwendungen		.....	1,000	.....	1,000	1,000	.....
		Summe 1006		.....	144,095	.....	144,095	117,000	217,991
1/10078	43	Zahlungen an die BIG		.....	2,142	.....	2,142	2,142	.....
		Summe 100		393,926	1.527,846	72,211	1.993,983	1.963,872	2.234,205

Anmerkungen:

1/10006 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.

1/10058 Hievon 1997 250,000 Millionen Schilling Überweisung an den VA-Ansatz 2/14180 und je 83,616 Millionen Schilling an die VA-Ansätze 2/63170 und 2/65270.

1/10066 Hievon 1997 24,323 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/10		**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentralleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/10004		Erfolgswirksame Einnahmen		29,711	.....	29,711	43,016	58,395
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*0,001*	.....	*0,001*	*15,000*	*22,000*
	43			*29,709*	.....	*29,709*	*28,015*	*36,395*
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,153	0,153	0,153	0,510
2/10009		Bezugsvorschußersätze		.....	3,045	3,045	3,045	2,753
	23			.....	*0,890*	*0,890*	*0,890*	*0,636*
	43			.....	*2,155*	*2,155*	*2,155*	*2,117*
		Summe 1000...		29,713	3,198	32,911	46,216	61,658
2/1001		Verwaltungsakademie:						
2/10014		Erfolgswirksame Einnahmen		0,743	.....	0,743	0,743	0,547
	11			*0,742*	.....	*0,742*	*0,742*	*0,547*
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/10018	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	0,012
		Summe 1001...		0,743	0,002	0,745	0,745	0,559
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		25,874	.....	25,874	25,874	26,498
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):						
2/10050	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	417,232	.....	417,232	444,749	659,193
2/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:						
2/10064	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	0,109
		Summe 100...		473,566	3,200	476,766	517,588	748,017

Anmerkungen:
2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.
2/10050 Überweisung vom VA-Ansatz 1/51108.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		55,451	.....	.....	55,451	55,455	56,227
1/10103	12	Anlagen		.....	.....	4,770	4,770	3,270	4,673
1/10106	12	Förderungen		.....	0,093	.....	0,093	0,093	0,096
1/10107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,073	.....	1,073	1,073	1,000
	12			.....	*0,024*	.....	*0,024*	*0,024*	*0,012*
	22			.....	*1,049*	.....	*1,049*	*1,049*	*0,988*
1/10108	12	Aufwendungen		.....	21,499	.....	21,499	16,349	14,654
		Summe 101...		55,451	22,665	4,770	82,886	76,240	76,650
1/102		Statistisches Zentralamt:							
1/10200	43	Personalausgaben		448,108	.....	.....	448,108	448,244	454,917
1/10203	43	Anlagen		.....	.....	26,273	26,273	24,273	29,199
1/10207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,457	.....	6,457	6,457	6,431
	22			.....	*6,100*	.....	*6,100*	*6,100*	*5,878*
	43			.....	*0,357*	.....	*0,357*	*0,357*	*0,553*
1/10208	43	Aufwendungen		.....	165,509	.....	165,509	151,027	158,437
		Summe 102...		448,108	171,966	26,273	646,347	630,001	648,985
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1030		Amt der Wiener Zeitung:							
1/10300	43	Personalausgaben		19,746	.....	.....	19,746	19,231	19,471
1/10308	43	Aufwendungen		.....	0,763	.....	0,763	0,763	0,887
		Summe 1030...		19,746	0,763	.....	20,509	19,994	20,358
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		20,538	.....	.....	20,538	21,247	21,546
1/10318	43	Aufwendungen		.....	0,077	.....	0,077	0,077	0,045
		Summe 1031...		20,538	0,077	.....	20,615	21,324	21,591
		Summe 103...		40,284	0,840	.....	41,124	41,318	41,948

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:						
2/10104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,924	.....	0,924	0,924	0,707
	12			*0,923*	.....	*0,923*	*0,923*	*0,707*
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 101...		0,924	0,002	0,926	0,926	0,707
2/102		Statistisches Zentralamt:						
2/10204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		29,545	.....	29,545	29,545	28,002
2/10205	43	EU-Statistiken		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/10207	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	0,015
		Summe 102...		29,546	0,004	29,550	29,550	28,017
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:						
2/1030		Amt der Wiener Zeitung:						
2/10304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		20,509	.....	20,509	19,994	20,422
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:						
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		20,615	.....	20,615	21,324	22,014
		Summe 103...		41,124	.....	41,124	41,318	42,436

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/104		Presse- und Parteienförderung:							
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:							
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	123,587	.....	123,587	123,450	136,709
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:							
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	201,718	.....	201,718	281,718	325,585
1/1044		Publizistikförderung:							
1/10446	38	Förderungen		.....	7,097	.....	7,097	7,097	7,633
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):							
1/10456	38	Förderungen		.....	100,833	.....	100,833	100,833	105,600
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):							
1/10466	38	Förderungen		.....	165,000	.....	165,000	165,000	172,800
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:							
1/10476	38	Förderungen		.....	9,167	.....	9,167	9,167	9,600
		Summe 104		.....	607,402	.....	607,402	687,265	757,926
1/105		Volksgruppenförderung:							
1/10506	43	Förderungen		.....	52,720	.....	52,720	52,720	52,131
1/107		Sportangelegenheiten:							
1/1070		Sportförderung:							
1/10704	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	400,000	.....	400,000	400,000	399,635
1/10705	11	Förderungen (D)		.....	.....	0,500	0,500	0,001	0,920
1/10706	11	Förderungen	*	.....	191,800	.....	191,800	184,936	184,483
1/10708	11	Aufwendungen		.....	13,600	.....	13,600	13,600	13,781
		Summe 1070		.....	605,400	0,500	605,900	598,537	598,819
1/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:							
1/10750	11	Personalausgaben		83,896	.....	.....	83,896	84,058	85,297
1/10753	11	Anlagen		.....	.....	58,400	58,400	58,400	46,154
1/10757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,104	.....	2,104	2,104	2,038
1/10758	11	Aufwendungen		.....	78,077	.....	78,077	78,077	81,120
		Summe 1075		83,896	80,181	58,400	222,477	222,639	214,609
		Summe 107		83,896	685,581	58,900	828,377	821,176	813,428
		Gesamtausgaben 10		1.021,665	3.069,020	162,154	4.252,839	4.272,592	4.625,273

Anmerkungen:
1/10706 Hievon 1997 0,100 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10700.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 104...		0,006	.....	0,006	0,006	.....
2/105		Volksgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/107		Sportangelegenheiten:						
2/1070		Sportförderung:						
2/10700	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,100	.....	0,100	0,100	0,061
2/10704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800	.....	0,800	0,800	8,167
2/10709	11	Darlehensrückzahlungen		.....	0,595	0,595	0,595	0,895
		Summe 1070...		0,900	0,595	1,495	1,495	9,124
2/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:						
2/10754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		84,746	.....	84,746	84,746	87,264
2/10757	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,090	0,090	0,090	0,231
		Summe 1075...		84,746	0,090	84,836	84,836	87,496
		Summe 107...		85,646	0,685	86,331	86,331	96,619
		Gesamteinnahmen 10...		630,813	3,891	634,704	675,720	915,795

Anmerkungen:
2/10700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10706 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/11		**Inneres:**							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentralleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		776,893			776,893	779,408	788,507
1/11003	43	Anlagen				415,544	415,544	410,904	390,746
1/11005		Bezugsvorschüsse				28,600	28,600	28,600	28,516
	23					*12,200*	*12,200*	*12,200*	*13,900*
	43					*16,400*	*16,400*	*16,400*	*14,616*
1/11006		Förderungen			4,701		4,701	4,701	4,701
	11				*0,002*		*0,002*	*0,002*	*0,365*
	21				*0,001*		*0,001*	*0,001*	*0,020*
	22				*0,001*		*0,001*	*0,001*	*0,030*
	43				*4,697*		*4,697*	*4,697*	*4,286*
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			114,950		114,950	94,082	84,281
	22				*13,950*		*13,950*	*13,800*	*13,740*
	43				*101,000*		*101,000*	*80,282*	*70,541*
1/11008	43	Aufwendungen	*		500,354		500,354	493,507	422,664
1/11009	43	Aufwendungen (B)				0,002	0,002	0,002	0,614
		Summe 1100...		776,893	620,005	444,146	1.841,044	1.811,204	1.720,029
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen	*		97,190		97,190	94,998	
	42				*97,186*		*97,186*	*94,994*	
	43				*0,004*		*0,004*	*0,004*	
		Summe 110...		776,893	717,195	444,146	1.938,234	1.906,202	1.720,029

Anmerkungen:
1/11008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.
1/11018 Die Ausgaben für die BIG wurden bis zum Jahre 1995 bei den VA-Ansätzen 1/11008, 1/11308 und 1/11408 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/11		**Inneres:**						
2/110		Bundesministerium für Inneres:						
2/1100		Zentralleitung:						
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,847	.....	0,847	0,847	0,792
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		16,898	.....	16,898	12,044	6,740
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,500	0,500	0,430	1,719
2/11009		Bezugsvorschußersätze		.....	38,200	38,200	37,200	26,899
	23			.....	*14,920*	*14,920*	*14,070*	*12,021*
	43			.....	*23,280*	*23,280*	*23,130*	*14,878*
		Summe 110...		17,745	38,702	56,447	50,523	36,150

Anmerkungen:
2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11008 (0,001 Millionen Schilling), 1/11308 (0,500 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,346 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*	.....	.....	33, 979	33, 979	16, 127	48, 560
1/11108	43	Aufwendungen	*	.....	41, 953	.....	41, 953	41, 601	41, 598
		Summe 1110		.....	41, 953	33, 979	75, 932	57, 728	90, 158
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen		.....	.....	1, 800	1, 800	2, 000	3, 706
1/11116	41	Förderungen		.....	14, 280	.....	14, 280	14, 000	14, 590
1/11118	41	Aufwendungen		.....	9, 420	.....	9, 420	10, 600	7, 135
		Summe 1111		.....	23, 700	1, 800	25, 500	26, 600	25, 431
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen		.....	.....	1, 400	1, 400	1, 400	.....
1/11126	41	Förderungen		.....	0, 001	.....	0, 001	0, 001	.....
1/11128	41	Aufwendungen		.....	48, 599	.....	48, 599	48, 599	66, 672
		Summe 1112		.....	48, 600	1, 400	50, 000	50, 000	66, 672
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965:							
1/11163	43	Anlagen		.....	.....	0, 020	0, 020	0, 020	0, 035
1/11168	43	Aufwendungen		.....	14, 160	.....	14, 160	13, 520	13, 413
		Summe 1116		.....	14, 160	0, 020	14, 180	13, 540	13, 448
1/1117		Zivildienst:							
1/11173	43	Anlagen		.....	.....	0, 020	0, 020	0, 020	0, 091
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	494, 382	.....	494, 382	487, 074	426, 877
	21			.....	*143, 600*	.....	*143, 600*	*141, 600*	*118, 599*
	22			.....	*149, 800*	.....	*149, 800*	*147, 800*	*139, 535*
	43			.....	*200, 982*	.....	*200, 982*	*197, 674*	*168, 742*
1/11178	43	Aufwendungen		.....	452, 036	.....	452, 036	445, 344	368, 149
		Summe 1117		.....	946, 418	0, 020	946, 438	932, 438	795, 117
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)		.....	.....	40, 000	40, 000	40, 000	22, 225
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)		.....	30, 000	.....	30, 000	30, 000	27, 933
		Summe 1118		.....	30, 000	40, 000	70, 000	70, 000	50, 158
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G, Z12. BMG:							
1/11198	43	Aufwendungen		.....	300, 000	.....	300, 000	5, 760	5, 760
		Summe 111		.....	1. 404, 831	77, 219	1. 482, 050	1. 156, 066	1. 046, 743
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen		.....	.....	0, 001	0, 001	0, 001	.....
1/11218	43	Aufwendungen		.....	6, 426	.....	6, 426	6, 356	8, 408
		Summe 1121		.....	6, 426	0, 001	6, 427	6, 357	8, 408
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11228	43	Aufwendungen		.....	9, 650	.....	9, 650	9, 450	9, 437
		Summe 112		.....	16, 076	0, 001	16, 077	15, 807	17, 845

Anmerkungen:

1/111 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.

1/11103 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.

1/11108 Hievon 1997 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.

1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.

1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

1/112 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):						
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		42,386	.....	42,386	50,455	46,550
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	15,000	15,000	3,010	1,268
		Summe 1110...		42,386	15,000	57,386	53,465	47,818
2/1111		Zivilschutz:						
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1111...		0,001	0,002	0,003	0,003	.....
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):						
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	50,000	.....	50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:						
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	350,000	.....	350,000	330,000	314,763
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965:						
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700	.....	0,700	0,600	0,660
2/1117		Zivildienst:						
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen		225,101	.....	225,101	195,236	158,699
2/11177	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,010	0,010	0,010	.....
		Summe 1117...		225,101	0,010	225,111	195,246	158,699
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:						
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800	.....	0,800	0,500	0,451
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,500	0,500	0,300	0,263
		Summe 1118...		0,800	0,500	1,300	0,800	0,714
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G. Z12. BMG:						
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 111...		668,989	15,512	684,501	630,115	572,654
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 112...		0,003	.....	0,003	0,003	.....

Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,001 Millionen Schilling), 1/11108 (0,003 Millionen Schilling), 1/11183 (40,000 Millionen Schilling) und 1/11188 (30,000 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (95,786 Millionen Schilling) und 1/1141 (184,210 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		6.681,370			6.681,370	6.702,665	6.767,934
1/11303	42	Anlagen	*			220,638	220,638	233,108	304,516
1/11307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			167,000		167,000	167,000	168,840
	22				*163,501*		*163,501*	*163,501*	*163,854*
	42				*3,499*		*3,499*	*3,499*	*4,987*
1/11308	42	Aufwendungen	*		1.329,716		1.329,716	1.288,839	1.285,716
		Summe 1130		6.681,370	1.496,716	220,638	8.398,724	8.391,612	8.527,007
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		76,628			76,628	76,628	41,085
1/11313	42	Anlagen				9,068	9,068	8,500	1,294
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,800		0,800	0,800	
1/11318	42	Aufwendungen			9,290		9,290	4,070	1,837
		Summe 1131		76,628	10,090	9,068	95,786	89,998	44,216
		Summe 113		6.757,998	1.506,806	229,706	8.494,510	8.481,610	8.571,223
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		6.523,021			6.523,021	6.544,102	6.432,907
1/11403	42	Anlagen				298,341	298,341	298,341	279,508
1/11407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			188,000		188,000	188,000	187,894
	22				*184,970*		*184,970*	*184,970*	*185,771*
	42				*3,030*		*3,030*	*3,030*	*2,123*
1/11408	42	Aufwendungen	*		1.390,754		1.390,754	1.356,292	1.217,116
		Summe 1140		6.523,021	1.578,754	298,341	8.400,116	8.386,735	8.117,425
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		137,166			137,166	137,166	51,001
1/11413	42	Anlagen				18,112	18,112	13,900	4,391
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,820		2,820	2,820	0,191
1/11418	42	Aufwendungen			26,112		26,112	16,112	0,568
		Summe 1141		137,166	28,932	18,112	184,210	169,998	56,152
		Summe 114		6.660,187	1.607,686	316,453	8.584,326	8.556,733	8.173,577

Anmerkungen:

1/11303 Hievon 1997 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52600.

1/11308 Hievon 1997 0,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000, 0,989 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300 und 120,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52600.

1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

1/11408 Hievon 1997 0,346 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.

1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,000	.....	1,000	1,000	0,975
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		489,870	.....	489,870	459,870	399,927
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	5,130	5,130	4,130	3,128
		Summe 113...		490,870	5,130	496,000	465,000	404,030
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen		80,000	.....	80,000	66,600	48,651
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	11,400	11,400	13,400	18,079
		Summe 114...		80,000	11,400	91,400	80,000	66,730

Anmerkungen:
2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11303 (0,011 Millionen Schilling) und 1/11308 (0,989 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben		47,817	...	...	47,817	47,848	48,157
1/11503	22	Anlagen		...	...	4,000	4,000	4,000	3,965
1/11506	22	Förderungen		...	138,553	...	138,553	380,068	481,838
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	14,200	...	14,200	14,200	12,894
1/11508		Aufwendungen		...	196,303	...	196,303	299,518	316,875
	22			...	*191,083*	...	*191,083*	*294,368*	*312,208*
	43			...	*5,220*	...	*5,220*	*5,150*	*4,666*
		Summe 1150...		47,817	349,056	4,000	400,873	745,634	863,728
1/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:							
1/11510	13	Personalausgaben		3,567	...	...	3,567	3,570	3,580
1/11513	13	Anlagen		...	...	0,150	0,150	0,030	0,645
1/11516	13	Förderungen		...	0,048	...	0,048	0,048	0,001
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,050	...	0,050	0,050	0,021
1/11518	13	Aufwendungen		...	7,500	...	7,500	7,000	10,385
		Summe 1151...		3,567	7,598	0,150	11,315	10,698	14,632
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben		21,494	...	...	21,494	21,499	21,656
1/11523	22	Anlagen		...	...	0,081	0,081	0,081	0,535
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,470	...	0,470	0,470	0,427
1/11528	22	Aufwendungen		...	18,526	...	18,526	18,086	17,946
		Summe 1152...		21,494	18,996	0,081	40,571	40,136	40,564
		Summe 115...		72,878	375,650	4,231	452,759	796,468	918,925
		Gesamtausgaben 11...		14.267,956	5.628,244	1.071,756	20.967,956	20.912,886	20.448,342

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		17,488	.....	17,488	18,000	12,766
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,010	0,010	0,002	0,053
		Summe 1150...		17,488	0,010	17,498	18,002	12,818
2/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,500	.....	2,500	2,000	1,974
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1151...		2,500	0,002	2,502	2,002	1,974
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,150	.....	0,150	0,100	0,075
		Summe 115.:.		20,138	0,012	20,150	20,104	14,868
		Gesamteinnahmen 11...		1.277,745	70,756	1.348,501	1.245,745	1.094,431

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/12		**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**							
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh. :							
1/12000	43	Personalausgaben		346,009	.....	.....	346,009	346,358	348,960
1/12003		Anlagen		.....	.....	81,633	81,633	80,854	87,775
	11			.....	.....	*58,472*	*58,472*	*58,472*	*59,546*
	13			.....	.....	*0,020*	*0,020*	*0,019*	*0,030*
	43			.....	.....	*23,141*	*23,141*	*22,363*	*28,199*
1/12005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	50,307	50,307	47,932	44,721
	23			.....	.....	*14,000*	*14,000*	*13,000*	*12,147*
	43			.....	.....	*36,307*	*36,307*	*34,932*	*32,574*
1/12006		Förderungen		.....	131,881	.....	131,881	125,601	135,481
	11			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	13			.....	*3,729*	.....	*3,729*	*3,551*	*0,957*
	43			.....	*128,151*	.....	*128,151*	*122,049*	*134,524*
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	597,204	.....	597,204	597,204	560,308
	11			.....	*1,507*	.....	*1,507*	*1,507*	*1,507*
	14			.....	*587,672*	.....	*587,672*	*587,672*	*550,776*
	22			.....	*4,911*	.....	*4,911*	*4,961*	*4,963*
	43			.....	*3,114*	.....	*3,114*	*3,064*	*3,063*
1/12008		Aufwendungen	*	.....	635,600	.....	635,600	879,144	1.865,570
	11			.....	*414,196*	.....	*414,196*	*668,219*	*1.660,579*
	13			.....	*9,435*	.....	*9,435*	*8,986*	*8,224*
	21			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	43			.....	*211,968*	.....	*211,968*	*201,938*	*196,767*
1/1201		Zahlungen an die BIG:	*						
1/12013	11	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/12018	11	Aufwendungen		.....	1.413,406	.....	1.413,406	1.066,793	.....
		Summe 1201...		.....	1.413,406	0,001	1.413,407	1.066,794	.....
		Summe 120...		346,009	2.778,091	131,941	3.256,041	3.143,887	3.042,815
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:	*						
		Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht							
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
1/12203	11	Anlagen		.....	.....	2,024	2,024	1,000	1,256
1/12206	11	Förderungen		.....	46,248	.....	46,248	44,522	42,089
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	731,865	.....	731,865	731,865	731,865
1/12208	11	Aufwendungen	*	.....	171,801	.....	171,801	173,590	159,009
		Summe 1220...		.....	949,914	2,024	951,938	950,977	934,218
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen		.....	170,417	.....	170,417	213,254	130,562
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen		.....	109,441	.....	109,441	98,666	88,128
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen		.....	1,500	.....	1,500	1,500	0,120
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen		.....	1,147	.....	1,147	1,092	1,224
1/1228		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/12286	12	Förderungen		.....	0,100	.....	0,100	0,100	.....
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12296	13	Förderungen		.....	0,120	.....	0,120	0,120	.....
		Summe 122...		.....	1.232,639	2,024	1.234,663	1.265,709	1.154,252

Anmerkungen:
1/12008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.
1/1201 Vor dem BVA 1996 beim Paragraph 1/1200 mitveranschlagt gewesen.
1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.
1/12208 Hievon 1997 0,737 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.
1/1229 Im BVA 1995 als Paragraph 1/1249 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/12		**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**						
2/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:						
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	...	0,001	0,001	...
2/12004		Erfolgswirksame Einnahmen		12,191	...	12,191	12,190	10,926
	11			*6,400*	...	*6,400*	*6,400*	*3,891*
	13			*0,004*	...	*0,004*	*0,004*	*0,004*
	43			*5,787*	...	*5,787*	*5,786*	*7,031*
2/12007		Bestandswirksame Einnahmen		...	0,005	0,005	0,006	...
	13			...	*0,001*	*0,001*	*0,001*	...
	43			...	*0,004*	*0,004*	*0,004*	...
	11			...	...	...	*0,001*	...
2/12009		Bezugsvorschußersätze		...	46,000	46,000	46,000	42,606
	23			...	*9,000*	*9,000*	*9,000*	*8,563*
	43			...	*37,000*	*37,000*	*37,000*	*34,043*
		Summe 120...		12,192	46,005	58,197	58,197	53,531
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand: *Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht*						
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:						
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,737	...	0,737	0,737	3,078
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,080	...	1,080	1,080	0,682
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen		...	0,002	0,002	0,002	0,038
		Summe 1220...		1,817	0,002	1,819	1,819	3,798
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	...	0,001	0,001	...
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,120	...	0,120	0,120	...
		Summe 122...		1,938	0,002	1,940	1,940	3,798

Anmerkungen:
2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.
2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.
2/1229 Im BVA 1995 als Paragraph 2/1249 und vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1452 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:							
1/12400	13	Personalausgaben		9,352	...	...	9,352	9,352	9,382
1/12403	13	Anlagen		...	...	0,750	0,750	0,770	0,477
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,001	...	0,001	0,001	...
1/12408	13	Aufwendungen		...	6,546	...	6,546	6,172	5,172
		Summe 1240		9,352	6,547	0,750	16,649	16,295	15,031
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		22,525	...	...	22,525	22,560	22,690
1/12413	11	Anlagen		...	...	1,654	1,654	1,575	1,859
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,804	...	0,804	0,804	0,804
1/12418	11	Aufwendungen		...	20,221	...	20,221	19,258	18,334
		Summe 1241		22,525	21,025	1,654	45,204	44,197	43,687
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		13,682	...	...	13,682	13,689	13,769
1/12423	11	Anlagen		...	...	0,281	0,281	0,268	0,227
1/12427	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,664	...	0,664	0,664	0,664
1/12428	11	Aufwendungen		...	56,605	...	56,605	53,910	59,346
		Summe 1242		13,682	57,269	0,281	71,232	68,531	74,006
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		41,282	...	...	41,282	41,316	41,477
1/12433	11	Anlagen		...	...	3,300	3,300	3,142	1,404
1/12437		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	1,366	...	1,366	1,366	1,366
	11			...	*0,834*	...	*0,834*	*0,814*	*0,833*
	22			...	*0,532*	...	*0,532*	*0,552*	*0,532*
1/12438	11	Aufwendungen		...	30,685	...	30,685	29,223	27,516
		Summe 1243		41,282	32,051	3,300	76,633	75,047	71,763

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:						
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		5,493	.....	5,493	5,493	4,524
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1240...		5,493	0,002	5,495	5,495	4,524
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		23,250	.....	23,250	23,250	22,701
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,010	0,010	0,010	0,036
		Summe 1241...		23,250	0,010	23,260	23,260	22,737
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		53,005	.....	53,005	53,005	58,203
2/12427	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1242...		53,005	0,001	53,006	53,006	58,203
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		10,365	.....	10,365	10,365	10,119
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,010	0,010	0,010	0,012
		Summe 1243...		10,365	0,010	10,375	10,375	10,131

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/1244		Museen:							
1/12440	13	Personalausgaben		391,684			391,684	391,929	393,295
1/12443	13	Anlagen				129,601	129,601	139,080	149,776
1/12446	13	Förderungen			106,849		106,849	109,001	96,914
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			9,527		9,527	9,527	9,527
1/12448	13	Aufwendungen			354,846		354,846	354,815	258,257
		Summe 1244		391,684	471,222	129,601	992,507	1.004,352	907,770
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		1,310			1,310	1,310	1,310
1/12453	13	Anlagen				2,500	2,500	2,500	4,114
1/12456	13	Förderungen	*		5,645		5,645	5,645	5,443
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,007		0,007	0,007	0,007
1/12458	13	Aufwendungen			9,805		9,805	9,805	4,456
		Summe 1245		1,310	15,457	2,500	19,267	19,267	15,330
1/1246		Nationalbibliothek und Phonothek:							
1/12460	12	Personalausgaben		130,496			130,496	130,548	130,933
1/12463	12	Anlagen	*			39,993	39,993	40,084	36,054
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*		0,095		0,095	0,095	0,095
1/12468	12	Aufwendungen	*		55,982		55,982	59,064	49,550
		Summe 1246		130,496	56,077	39,993	226,566	229,791	216,631
1/1247		Bundesdenkmalamt:							
1/12470	13	Personalausgaben		92,971			92,971	93,023	93,208
1/12473	13	Anlagen				3,848	3,848	3,847	3,750
1/12476	13	Förderungen			156,427		156,427	197,404	109,154
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,420		0,420	0,420	0,420
1/12478		Aufwendungen			53,967		53,967	51,976	51,978
	13				*53,217*		*53,217*	*51,226*	*50,382*
	43				*0,750*		*0,750*	*0,750*	*1,596*
		Summe 1247		92,971	210,814	3,848	307,633	346,670	258,511
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/12486	13	Förderungen	*		31,476		31,476	31,476	32,173
1/12488	13	Aufwendungen			0,002		0,002	0,002	
		Summe 1248			31,478	0,001	31,479	31,479	32,173
1/1249		*Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):*							
1/12496	*13*	*Förderungen*							
		Summe 124		703,302	901,940	181,928	1.787,170	1.835,629	1.634,902

Anmerkungen:

1/1245 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (13,622 Millionen Schilling) und 2/52180 (5,645 Millionen Schilling) veranschlagt.

1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.

1/12463 Hievon 1997 0,291 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.

1/12467 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.

1/12468 Hievon 1997 2,869 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.

1/1248 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (23,012 Millionen Schilling) und 2/52180 (8,467 Millionen Schilling) veranschlagt.

1/12486 Hievon 1997 8,467 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52180 und 23,009 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/1244		Museen:						
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen		57,300	.....	57,300	55,300	51,776
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	0,048
		Summe 1244...		57,300	0,002	57,302	55,302	51,824
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		13,622	.....	13,622	13,622	10,111
2/1246		Nationalbibliothek und Phonothek:						
2/12460	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	3,161	.....	3,161	3,161	2,561
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,763	.....	2,763	2,763	1,127
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1246...		5,924	0,003	5,927	5,927	3,688
2/1247		Bundesdenkmalamt:						
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120	.....	0,120	0,120	0,078
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,010	0,010	0,010	0,049
		Summe 1247...		0,120	0,010	0,130	0,130	0,127
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):						
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		23,012	.....	23,012	23,012	25,298
2/1249		*Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):*						
2/12490	*13*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,063
		Summe 124...		192,091	0,038	192,129	190,129	186,706

Anmerkungen:
2/12460 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12463 (0,291 Millionen Schilling), 1/12467 (0,001 Millionen Schilling) und 1/12468 (2,869 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestandswirksame Ausgaben	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
1/12600	11	Personalausgaben		590,485	.....	.....	590,485	591,693	596,082
1/12603	11	Anlagen		.....	.....	26,050	26,050	24,350	20,475
1/12607		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	90,735	.....	90,735	90,735	90,735
	11			.....	*80,935*	.....	*80,935*	*80,808*	*80,968*
	22			.....	*9,800*	.....	*9,800*	*9,927*	*9,768*
1/12608	11	Aufwendungen		.....	96,390	.....	96,390	92,259	90,780
		Summe 1260...		590,485	187,125	26,050	803,660	799,037	798,073
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
1/12610	11	Personalausgaben		80,734	.....	.....	80,734	80,819	81,323
1/12613	11	Anlagen		.....	.....	1,629	1,629	1,552	0,695
1/12617		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,683	.....	1,683	1,683	1,683
	11			.....	*0,263*	.....	*0,263*	*0,250*	*0,261*
	22			.....	*1,420*	.....	*1,420*	*1,433*	*1,423*
1/12618	11	Aufwendungen		.....	18,070	.....	18,070	17,209	16,001
		Summe 1261...		80,734	19,753	1,629	102,116	101,263	99,702
		Summe 126...		671,219	206,878	27,679	905,776	900,300	897,775
1/127		Allgemeinbildende Schulen:							
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben		10.780,792	.....	.....	10.780,792	10.780,792	10.792,349
1/12703	11	Anlagen		.....	.....	116,218	116,218	119,830	112,930
1/12707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	337,000	.....	337,000	337,000	337,000
	11			.....	*334,850*	.....	*334,850*	*334,850*	*334,855*
	21			.....	*2,150*	.....	*2,150*	*2,150*	*2,144*
1/12708		Aufwendungen		.....	639,930	.....	639,930	643,158	606,583
	11			.....	*638,517*	.....	*638,517*	*641,763*	*605,202*
	21			.....	*1,413*	.....	*1,413*	*1,395*	*1,381*
		Summe 1270...		10.780,792	976,930	116,218	11.873,940	11.880,780	11.848,862
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben		256,459	.....	.....	256,459	256,459	256,669
1/12713	11	Anlagen		.....	.....	3,599	3,599	3,590	3,380
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,121	.....	4,121	4,121	4,121
1/12718	11	Aufwendungen		.....	31,725	.....	31,725	30,225	29,047
		Summe 1271...		256,459	35,846	3,599	295,904	294,395	293,216
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben		95,281	.....	.....	95,281	95,281	95,450
1/12743	11	Anlagen		.....	.....	4,650	4,650	3,030	3,879
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,625	.....	2,625	2,625	2,625
1/12748	11	Aufwendungen		.....	17,143	.....	17,143	16,566	16,209
		Summe 1274...		95,281	19,768	4,650	119,699	117,502	118,163
1/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	31.929,747	.....	31.929,747	31.929,747	31.966,147
1/12758	11	Aufwendungen		.....	3,108	.....	3,108	2,843	2,717
		Summe 1275...		.....	31.932,855	.....	31.932,855	31.932,590	31.968,864
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende): *Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)*							
1/12760	11	Personalausgaben		71,574	.....	.....	71,574	71,574	71,736
1/12763	11	Anlagen		.....	.....	3,800	3,800	6,795	3,358
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,139	.....	0,139	0,139	0,139
1/12768	11	Aufwendungen		.....	23,525	.....	23,525	23,525	23,106
		Summe 1276...		71,574	23,664	3,800	99,038	102,033	98,339
		Summe 127...		11.204,106	32.989,063	128,267	44.321,436	44.327,300	44.327,444

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen		169,265	.....	169,265	151,265	165,530
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	0,009
		Summe 1260...		169,265	0,002	169,267	151,267	165,538
2/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:						
2/12614	11	Erfolgswirksame Einnahmen		20,015	.....	20,015	20,015	14,794
2/12617	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1261...		20,015	0,002	20,017	20,017	14,794
		Summe 126...		189,280	0,004	189,284	171,284	180,333
2/127		Allgemeinbildende Schulen:						
2/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:						
2/12704		Erfolgswirksame Einnahmen		58,680	.....	58,680	57,680	43,019
	11			*56,470*	.....	*56,470*	*55,470*	*41,626*
	21			*2,210*	.....	*2,210*	*2,210*	*1,393*
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,046	0,046	0,046	0,150
		Summe 1270...		58,680	0,046	58,726	57,726	43,170
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		40,307	.....	40,307	40,307	39,772
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,007
		Summe 1271...		40,307	0,003	40,310	40,310	39,779
2/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:						
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen		3,570	.....	3,570	3,570	3,537
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,023	0,023	0,023	0,000
		Summe 1274...		3,570	0,023	3,593	3,593	3,537
2/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:						
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010	.....	0,010	0,010	0,005
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende): *Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)*						
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen		26,771	.....	26,771	26,771	24,602
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,011
		Summe 1276...		26,771	0,003	26,774	26,774	24,612
		Summe 127...		129,338	0,075	129,413	128,413	111,102

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben		4.718,917	.....	.....	4.718,917	4.718,917	4.721,161
1/12803	11	Anlagen		.....	.....	129,805	129,805	127,533	127,023
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	69,188	.....	69,188	69,188	69,188
1/12808		Aufwendungen		.....	392,107	.....	392,107	364,117	362,282
	11			.....	*392,105*	.....	*392,105*	*364,115*	*362,282*
	21			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
		Summe 1280		4.718,917	461,295	129,805	5.310,017	5.279,755	5.279,654
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:							
1/12810	11	Personalausgaben		2.868,222	.....	.....	2.868,222	2.868,222	2.871,399
1/12813	11	Anlagen		.....	.....	55,144	55,144	54,144	56,609
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	92,483	.....	92,483	92,483	92,483
1/12818	11	Aufwendungen		.....	293,835	.....	293,835	283,646	281,146
		Summe 1281		2.868,222	386,318	55,144	3.309,684	3.298,495	3.301,637
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben		3.126,577	.....	.....	3.126,577	3.126,577	3.129,903
1/12823	11	Anlagen		.....	.....	46,702	46,702	45,871	44,865
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	60,811	.....	60,811	60,811	60,811
1/12828		Aufwendungen		.....	193,403	.....	193,403	183,792	181,292
	11			.....	*193,401*	.....	*193,401*	*183,790*	*181,292*
	21			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
		Summe 1282		3.126,577	254,214	46,702	3.427,493	3.417,051	3.416,872
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:							
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1.277,751	.....	1.277,751	1.277,751	1.277,751
1/12858	11	Aufwendungen		.....	1,600	.....	1,600	1,600	1,597
		Summe 1285		.....	1.279,351	.....	1.279,351	1.279,351	1.279,348
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende): *Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)*							
1/12860	11	Personalausgaben		58,731	.....	.....	58,731	58,731	58,806
1/12863	11	Anlagen		.....	.....	3,818	3,818	3,818	3,817
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,068	.....	0,068	0,068	0,068
1/12868	11	Aufwendungen		.....	34,881	.....	34,881	34,257	34,142
		Summe 1286		58,731	34,949	3,818	97,498	96,874	96,833
		Summe 128		10.772,447	2.416,127	235,469	13.424,043	13.371,526	13.374,344

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804		Erfolgswirksame Einnahmen		77,796	.....	77,796	76,796	76,369
	11			*77,795*	.....	*77,795*	*76,795*	*76,369*
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	0,394
		Summe 1280...		77,796	0,008	77,804	76,804	76,762
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen		60,357	.....	60,357	60,357	55,102
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,006	0,006	0,006	0,085
		Summe 1281...		60,357	0,006	60,363	60,363	55,187
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824		Erfolgswirksame Einnahmen		2,100	.....	2,100	2,100	4,604
	11			*2,099*	.....	*2,099*	*2,099*	*4,604*
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	0,030
		Summe 1282...		2,100	0,004	2,104	2,104	4,634
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende): *Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)*						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen		52,496	.....	52,496	51,496	54,258
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,009	0,009	0,009	0,029
		Summe 1286...		52,496	0,009	52,505	51,505	54,288
		Summe 128...		192,750	0,027	192,777	190,777	190,871

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/1290		Pädagogische Akademien:							
1/12900	11	Personalausgaben		899,456			899,456	899,456	899,892
1/12903	11	Anlagen				10,000	10,000	7,500	7,452
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			126,759		126,759	126,759	126,759
1/12908	11	Aufwendungen			93,170		93,170	92,857	89,071
		Summe 1290		899,456	219,929	10,000	1.129,385	1.126,572	1.123,174
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:							
1/12910	11	Personalausgaben		534,887			534,887	534,887	535,471
1/12913	11	Anlagen				3,737	3,737	3,558	3,791
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			34,383		34,383	34,383	34,383
1/12918	11	Aufwendungen			68,612		68,612	66,568	69,973
		Summe 1291		534,887	102,995	3,737	641,619	639,396	643,618
1/1292		Berufspädagogische Akademien:							
1/12920	11	Personalausgaben		68,834			68,834	68,834	68,899
1/12923	11	Anlagen				3,435	3,435	2,652	3,646
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			4,689		4,689	4,689	4,689
1/12928	11	Aufwendungen			13,033		13,033	13,033	11,741
		Summe 1292		68,834	17,722	3,435	89,991	89,208	88,975
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:							
1/12930	11	Personalausgaben		35,998			35,998	35,998	36,065
1/12933	11	Anlagen				2,213	2,213	2,108	2,195
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			20,298		20,298	20,298	20,298
1/12938	11	Aufwendungen			11,644		11,644	11,090	10,654
		Summe 1293		35,998	31,942	2,213	70,153	69,494	69,212
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		117,161			117,161	117,161	117,300
1/12943	11	Anlagen				5,810	5,810	4,292	4,633
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			137,567		137,567	137,567	137,567
1/12948	11	Aufwendungen			64,604		64,604	59,445	59,590
		Summe 1294		117,161	202,171	5,810	325,142	318,465	319,089
		Summe 129		1.656,336	574,759	25,195	2.256,290	2.243,135	2.244,068
		Gesamtausgaben 12		25.353,419	41.099,497	732,503	67.185,419	67.087,486	66.675,599

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:					
2/1290		Pädagogische Akademien:					
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen	4,008	.....	4,008	4,008	5,294
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,006	0,006	0,006	.....
		Summe 1290...	4,008	0,006	4,014	4,014	5,294
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:					
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen	9,025	.....	9,025	9,025	7,902
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,004	0,004	0,004	.....
		Summe 1291...	9,025	0,004	9,029	9,029	7,902
2/1292		Berufspädagogische Akademien:					
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,418	.....	0,418	0,418	0,505
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,007	0,007	0,007	.....
		Summe 1292...	0,418	0,007	0,425	0,425	0,505
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:					
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,420	.....	0,420	0,420	0,259
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,050	0,050	0,050	0,013
		Summe 1293...	0,420	0,050	0,470	0,470	0,272
2/1294		Pädagogische Institute:					
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,307	.....	0,307	0,307	0,456
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1294...	0,307	0,002	0,309	0,309	0,456
		Summe 129...	14,178	0,069	14,247	14,247	14,428
		Gesamteinnahmen 12...	731,767	46,220	777,987	754,987	740,769

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/13		**Kunst:**							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen		.....	.....	2,880	2,880	2,880	2,873
1/13006	13	Förderungen		.....	66,560	.....	66,560	66,560	54,469
1/13008	13	Aufwendungen		.....	21,796	.....	21,796	21,796	29,675
		Summe 1300		.....	88,356	2,880	91,236	91,236	87,017
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen		.....	422,406	.....	422,406	422,406	440,640
1/13018	13	Aufwendungen		.....	77,593	.....	77,593	77,593	57,590
		Summe 1301		.....	499,999	.....	499,999	499,999	498,230
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen		.....	.....	0,020	0,020	0,020	.....
1/13026	13	Förderungen		.....	190,797	.....	190,797	190,797	195,561
1/13028	13	Aufwendungen		.....	7,183	.....	7,183	7,183	7,182
		Summe 1302		.....	197,980	0,020	198,000	198,000	202,743
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/13033	13	Anlagen		.....	.....	5,000	5,000	5,000	4,971
1/13035	13	Förderungen (D)		.....	.....	0,050	0,050	0,050	.....
1/13036	13	Förderungen		.....	68,168	.....	68,168	68,168	85,353
1/13038	13	Aufwendungen		.....	6,800	.....	6,800	6,800	6,247
		Summe 1303		.....	74,968	5,050	80,018	80,018	96,571
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen		.....	.....	2,400	2,400	2,400	2,379
1/13045	13	Förderungen (D)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/13046	13	Förderungen		.....	170,879	.....	170,879	170,879	164,379
1/13048	13	Aufwendungen		.....	9,762	.....	9,762	9,762	11,042
		Summe 1304		.....	180,641	2,401	183,042	183,042	177,800

Anmerkungen:

1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (79,968 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/13		**Kunst:**						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1301		Musik und darstellende Kunst:						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1302		Literatur:						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen		.....	0,050	0,050	0,050	.....
2/1304		Filmwesen:						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,150	.....	0,150	0,150	0,003
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 1304...		0,150	0,001	0,151	0,151	0,003

Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen		.....	40,000	.....	40,000	40,000	38,400
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen		.....	2,276	.....	2,276	2,276	2,695
1/13068	13	Aufwendungen		.....	4,425	.....	4,425	4,425	4,010
		Summe 1306...		.....	6,701	.....	6,701	6,701	6,705
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13076	13	Förderungen		.....	49,500	.....	49,500	49,500	45,984
1/13078	13	Aufwendungen		.....	1,500	.....	1,500	1,500	1,997
		Summe 1307...		.....	51,000	.....	51,000	51,000	47,981
1/1308		Zahlungen an die BIG:							
1/13088	13	Aufwendungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	.....
		Gesamtausgaben 13...		.....	1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	1.155,447

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/13067	*13*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1306...		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Gesamteinnahmen 13...		0,157	0,051	0,208	0,208	0,003

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/14		**Wissenschaft und Forschung:**							
1/140		Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst:							
1/14000	43	Personalausgaben		229,155	.....	.....	229,155	229,400	232,622
1/14003	43	Anlagen		.....	.....	11,000	11,000	11,000	13,097
1/14005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	25,000	25,000	25,000	21,518
	23			.....	.....	*5,100*	*5,100*	*5,100*	*6,584*
	43			.....	.....	*19,900*	*19,900*	*19,900*	*14,934*
1/14006	43	Förderungen		.....	8,000	.....	8,000	8,000	8,396
1/14007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	3,000	.....	3,000	3,000	3,039
	22			.....	*2,926*	.....	*2,926*	*2,926*	*3,010*
	43			.....	*0,074*	.....	*0,074*	*0,074*	*0,029*
1/14008	43	Aufwendungen	*	.....	108,000	.....	108,000	108,000	115,753
1/14018	12	Zahlungen an die BIG		.....	1.105,000	.....	1.105,000	1.062,333	.....
1/1402		Amt des BFPZ Arsenal:							
1/14020	12	Personalausgaben		68,921	.....	.....	68,921	.....	.....
1/14027	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,790	.....	2,790	.....	.....
1/14028	12	Aufwendungen		.....	3,867	.....	3,867	.....	.....
		Summe 1402...		68,921	6,657	.....	75,578	.....	.....
		Summe 140...		298,076	1.230,657	36,000	1.564,733	1.446,733	394,424
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:							
1/14104	12	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*	.....	0,002	.....	0,002	0,002	26,300
1/14106	12	Förderungen		.....	300,000	.....	300,000	278,000	239,996
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1.400,001	.....	1.400,001	1.377,001	1.191,395
1/14108	12	Aufwendungen	*	.....	1.195,626	.....	1.195,626	1.011,996	1.173,704
		Summe 1410...		.....	2.895,629	.....	2.895,629	2.666,999	2.631,396
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/14116	12	Förderungen		.....	40,000	.....	40,000	40,000	38,001
1/14117		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,994	.....	2,994	2,993	2,999
	12			.....	*2,000*	.....	*2,000*	*2,000*	*2,384*
	43			.....	*0,994*	.....	*0,994*	*0,993*	*0,615*
1/14118	12	Aufwendungen		.....	36,000	.....	36,000	35,000	35,233
		Summe 1411...		.....	78,994	.....	78,994	77,993	76,233
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/14126	12	Förderungen		.....	4,000	.....	4,000	4,000	5,254
1/1413		Expertengutachten und Auftragsforschung:							
1/14138	12	Aufwendungen		.....	190,000	.....	190,000	190,000	205,201
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:							
1/14146	12	Förderungen		.....	600,000	.....	600,000	700,000	692,400
1/1415		Anwendungsorientierte Forschung: *Gewerbliche Forschung*							
1/14156	12	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	3,173
1/14158	12	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 1415...		.....	0,002	.....	0,002	0,002	3,173
1/1416		Forschungseinrichtungen:							
1/14166	12	Förderungen		.....	205,000	.....	205,000	213,000	264,125
1/14168	12	Aufwendungen		.....	135,000	.....	135,000	145,000	126,941
		Summe 1416...		.....	340,000	.....	340,000	358,000	391,066

Anmerkungen:
1/14008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.
1/14104 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
1/14108 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14100.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/14		**Wissenschaft und Forschung:**						
2/140		Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst:						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen		2,590	.....	2,590	2,090	1,588
	21			*0,010*	.....	*0,010*	*0,010*	.....
	43			*2,580*	.....	*2,580*	*2,080*	*1,588*
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/14009		Bezugsvorschußersätze		.....	27,000	27,000	27,000	19,300
	23			.....	*5,500*	*5,500*	*5,500*	*4,649*
	43			.....	*21,500*	*21,500*	*21,500*	*14,651*
2/1402		Amt des BFPZ Arsenal:						
2/14024	12	Erfolgswirksame Einnahmen		91,664	.....	91,664	.....	.....
		Summe 140...		94,255	27,003	121,258	29,094	20,888
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14100	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,195	.....	0,195	0,195	0,100
	12			*0,095*	.....	*0,095*	*0,095*	*0,009*
	23			*0,100*	.....	*0,100*	*0,100*	*0,091*
2/14109		Darlehensrückzahlungen		.....	0,260	0,260	0,260	0,329
	12			.....	*0,140*	*0,140*	*0,140*	*0,200*
	23			.....	*0,120*	*0,120*	*0,120*	*0,129*
		Summe 1410...		0,197	0,260	0,457	0,457	0,429

Anmerkungen:
2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14176	12	Förderungen		.....	385,000	.....	385,000	380,499	384,518
1/14178		Aufwendungen		.....	83,996	.....	83,996	82,692	83,739
	12			.....	*72,866*	.....	*72,866*	*71,762*	*73,206*
	43			.....	*11,130*	.....	*11,130*	*10,930*	*10,533*
		Summe 1417		.....	468,996	.....	468,996	463,191	468,257
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen		.....	30,000	.....	30,000	30,000	39,748
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	415,000	.....	415,000	415,000	414,492
1/14188	43	Aufwendungen	*	.....	310,000	.....	310,000	310,000	306,262
		Summe 1418		.....	755,000	.....	755,000	755,000	760,502
1/1419		Forschungsunternehmungen:							
1/14196	12	Förderungen		.....	330,000	.....	330,000	317,000	392,117
1/14198	12	Aufwendungen		.....	147,894	.....	147,894	.....	.....
		Summe 1419		.....	477,894	.....	477,894	317,000	392,117
		Summe 141		.....	5.810,515	.....	5.810,515	5.532,185	5.625,598
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben		9.668,683	.....	.....	9.668,683	9.636,022	9.635,131
1/14203	12	Anlagen		.....	.....	1.334,856	1.334,856	1.669,176	1.724,642
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	986,000	.....	986,000	1.268,632	1.398,225
1/14208		Aufwendungen		.....	7.792,244	.....	7.792,244	7.311,586	7.877,820
	12			.....	*7.792,194*	.....	*7.792,194*	*7.311,536*	*7.877,811*
	21			.....	*0,050*	.....	*0,050*	*0,050*	*0,010*
		Summe 1420		9.668,683	8.778,244	1.334,856	19.781,783	19.885,416	20.635,819
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben		262,886	.....	.....	262,886	262,886	262,828
1/14213	12	Anlagen		.....	.....	25,000	25,000	38,680	13,626
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	40,000	.....	40,000	46,364	36,417
1/14218	12	Aufwendungen		.....	190,000	.....	190,000	223,983	171,647
		Summe 1421		262,886	230,000	25,000	517,886	571,913	484,519
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben		0,003	.....	.....	0,003	0,003	.....
1/14223	12	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/14228	12	Aufwendungen		.....	0,302	.....	0,302	0,302	0,156
		Summe 1422		0,003	0,303	0,001	0,307	0,307	0,156
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben		15,534	.....	.....	15,534	15,542	34,800
1/14233	12	Anlagen		.....	.....	10,500	10,500	10,500	12,705
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,007	.....	0,007	0,007	0,004
1/14238	12	Aufwendungen		.....	29,500	.....	29,500	28,000	52,315
		Summe 1423		15,534	29,507	10,500	55,541	54,049	99,824

Anmerkungen:
1/14188 Hievon 1997 250,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14180.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
2/14180	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	250,000	.....	250,000	250,000	250,000
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,780	.....	0,780	0,780	1,547
		Summe 1418...		250,780	.....	250,780	250,780	251,547
		Summe 141...		250,977	0,260	251,237	251,237	251,976
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204		Erfolgswirksame Einnahmen		367,644	.....	367,644	336,927	292,862
	12			*367,643*	.....	*367,643*	*336,926*	*292,860*
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	1,050	1,050	0,820	0,556
		Summe 1420...		367,644	1,050	368,694	337,747	293,417
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		517,878	.....	517,878	571,905	500,339
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	.....
		Summe 1421...		517,878	0,008	517,886	571,913	500,339
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,307	.....	0,307	0,307	0,621
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100	.....	0,100	0,100	0,686
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 1423...		0,100	0,002	0,102	0,102	0,686

Anmerkungen:
2/14180 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.
Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14188 (250,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		190,346	.....	.....	190,346	190,556	191,429
1/14243	12	Anlagen		.....	.....	45,000	45,000	47,000	47,715
1/14247		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,600	.....	0,600	0,600	0,618
	12			.....	*0,200*	.....	*0,200*	*0,200*	*0,334*
	21			.....	*0,400*	.....	*0,400*	*0,400*	*0,284*
1/14248		Aufwendungen	*	.....	92,000	.....	92,000	92,000	102,343
	12			.....	*91,600*	.....	*91,600*	*91,600*	*102,205*
	21			.....	*0,400*	.....	*0,400*	*0,400*	*0,138*
		Summe 1424		190,346	92,600	45,000	327,946	330,156	342,105
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,005	.....	.....	0,005	0,005	.....
1/14253	12	Anlagen		.....	.....	0,003	0,003	0,003	.....
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/14258	12	Aufwendungen		.....	0,515	.....	0,515	0,515	0,039
		Summe 1425		0,005	0,517	0,003	0,525	0,525	0,039
1/1426		*Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):*							
1/14260	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	105,672	106,393
1/14263	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	30,000	33,815
1/14267	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	5,500	5,479
1/14268	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	46,304	99,696
		Summe 1426		.....	.....	.....	.....	187,476	245,383
		Summe 142		10.137,457	9.131,171	1.415,360	20.683,988	21.029,842	21.807,844
1/143		Kunsthochschulen:							
1/1430		Kunsthochschulen:							
1/14300	13	Personalausgaben		1.093,579	.....	.....	1.093,579	1.091,866	1.090,949
1/14303	13	Anlagen		.....	.....	70,000	70,000	70,000	79,793
1/14306	13	Förderungen		.....	4,999	.....	4,999	5,500	6,720
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	248,705	.....	248,705	280,000	323,025
1/14308	13	Aufwendungen		.....	254,900	.....	254,900	297,133	334,098
		Summe 1430		1.093,579	508,604	70,000	1.672,183	1.744,499	1.834,586
1/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben		1,400	.....	.....	1,400	1,400	1,466
1/14313	13	Anlagen		.....	.....	2,200	2,200	2,200	0,978
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,750	.....	0,750	0,750	1,167
1/14318	13	Aufwendungen		.....	15,500	.....	15,500	15,500	16,388
		Summe 1431		1,400	16,250	2,200	19,850	19,850	19,999
		Summe 143		1.094,979	524,854	72,200	1.692,033	1.764,349	1.854,584
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen		.....	.....	1,440	1,440	1,440	0,134
1/14606	12	Förderungen		.....	388,000	.....	388,000	234,000	89,025
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,150	.....	0,150	0,150	.....
1/14608	12	Aufwendungen		.....	9,655	.....	9,655	9,655	4,849
		Summe 146		.....	397,805	1,440	399,245	245,245	94,008
		Gesamtausgaben 14		11.530,512	17.095,002	1.525,000	30.150,514	30.018,354	29.776,458

Anmerkungen:
1/14248 Die Verausgabung von 12,000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gebunden.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen		1,796	.....	1,796	1,796	0,761
	12			*1,754*	.....	*1,754*	*1,754*	*0,647*
	21			*0,042*	.....	*0,042*	*0,042*	*0,114*
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	0,147
		Summe 1424		1,796	0,001	1,797	1,797	0,908
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,525	.....	0,525	0,525	0,159
2/1426		*Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):*						
2/14260	*12*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	1,271	0,757
2/14264	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	71,561	74,473
2/14267	*12*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,057	.....
		Summe 1426		.....	.....	.....	72,889	75,230
		Summe 142		888,250	1,061	889,311	985,280	871,361
2/143		Kunsthochschulen:						
2/1430		Kunsthochschulen:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		175,000	.....	175,000	171,205	40,358
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,060	0,060	0,050	0,048
		Summe 1430		175,000	0,060	175,060	171,255	40,406
2/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		19,840	.....	19,840	19,840	24,175
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen		.....	0,010	0,010	0,010	.....
		Summe 1431		19,840	0,010	19,850	19,850	24,175
		Summe 143		194,840	0,070	194,910	191,105	64,581
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,102	.....	0,102	0,102	.....
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 146		0,102	0,002	0,104	0,104	.....
		Gesamteinnahmen 14		1.428,424	28,396	1.456,820	1.456,820	1.208,806

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/15		**Soziales:**							
1/150		Bundesministerium für Arbeit und Soziales:							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben		248,477	.....	.....	248,477	248,701	248,216
1/15003	43	Anlagen		.....	.....	30,043	30,043	30,043	30,043
1/15006		Förderungen	*	.....	27,953	.....	27,953	149,925	44,924
	12			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,750*
	22			.....	*27,952*	.....	*27,952*	*149,924*	*44,174*
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	32,368	.....	32,368	32,368	26,087
	22			.....	*6,008*	.....	*6,008*	*6,008*	*3,581*
	43			.....	*26,360*	.....	*26,360*	*26,360*	*22,505*
1/15008		Aufwendungen		.....	123,145	.....	123,145	123,145	123,145
	12			.....	*4,703*	.....	*4,703*	*4,703*	*4,376*
	22			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	43			.....	*118,441*	.....	*118,441*	*118,441*	*118,769*
		Summe 1500		248,477	183,466	30,043	461,986	584,182	472,414
1/1501		Zahlungen gemäß EU-Strukturfonds:							
1/15016	22	Zahlungen gemäß EU-Vorschriften		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/15018	22	Zahlungen im Zusammenhang mit der EU		.....	0,005	.....	0,005	0,005	498,657
		Summe 1501		.....	0,007	.....	0,007	0,007	498,657
1/15045		Bezugsvorschüsse		.....	.....	7,125	7,125	7,125	7,125
	23			.....	.....	*1,061*	*1,061*	*1,061*	*0,554*
	43			.....	.....	*6,064*	*6,064*	*6,064*	*6,571*
1/15057	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		.....	4.727,000	.....	4.727,000	2.500,001	2.500,000
		Summe 150		248,477	4.910,473	37,168	5.196,118	3.091,315	3.478,196
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
1/15117	21	Heilfürsorge		.....	18,000	.....	18,000	18,000	16,495
1/15127	22	Versorgungsgebühren		.....	238,750	.....	238,750	238,750	236,022
1/15137	22	Entschädigungen		.....	0,600	.....	0,600	0,600	0,897
1/15147	22	Orthopädische Versorgung		.....	0,250	.....	0,250	0,250	0,057
1/15158	22	Aufwendungen		.....	3,183	.....	3,183	3,183	3,183
1/1516		Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:							
1/15166	22	Förderungen	*	.....	30,000	.....	30,000	30,000	30,000
		Summe 151		.....	290,783	.....	290,783	290,783	286,655
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	7,400	.....	7,400	7,400	7,027
1/15217	21	Heilfürsorge		.....	0,100	.....	0,100	0,100	0,159
1/15227	22	Orthopädische Versorgung		.....	0,300	.....	0,300	0,300	0,143
1/15237	22	Rehabilitation		.....	0,028	.....	0,028	0,028	.....
1/15248	22	Aufwendungen		.....	0,215	.....	0,215	0,215	0,215
1/15255	22	Darlehen		.....	.....	0,004	0,004	0,004	.....
1/15269	22	Aufwendungen (B)		.....	.....	6,460	6,460	6,460	6,460
		Summe 152		.....	8,043	6,464	14,507	14,507	14,003

Anmerkungen:
1/15006 Hievon 1997 0,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.
1/15166 Hievon 1997 30,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/15		**Soziales:**					
2/150		Bundesministerium für Arbeit und Soziales:					
2/1500		Zentralleitung:					
2/15000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,020	.....	0,020	0,020	.....
2/15004		Erfolgswirksame Einnahmen	14,211	.....	14,211	14,211	17,502
	22		*0,006*	.....	*0,006*	*0,006*	*1,293*
	43		*14,205*	.....	*14,205*	*14,205*	*16,210*
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,023	0,023	0,023	0,210
		Summe 1500...	14,231	0,023	14,254	14,254	17,712
2/15049		Bezugsvorschußersätze	.....	7,020	7,020	7,020	7,352
	23		.....	*1,200*	*1,200*	*1,200*	*0,964*
	43		.....	*5,820*	*5,820*	*5,820*	*6,388*
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht	13,300	.....	13,300	13,300	13,048
2/15064	22	Einnahmen gem. § 6 Abs.7 AMPFG	0,001	.....	0,001	0,001	871,000
		Summe 150...	27,532	7,043	34,575	34,575	909,112
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:					
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,300	.....	0,300	0,300	0,189
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:					
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,260	.....	0,260	0,260	0,267
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen	.....	0,010	0,010	0,010	.....
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,890	0,890	0,890	0,814
		Summe 152...	0,260	0,900	1,160	1,160	1,081

Anmerkungen:
2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz		.....	20,500	.....	20,500	20,500	21,778
1/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	16.900,000	.....	16.900,000	16.900,000	17.049,995
		Summe 153...		.....	16.920,500	.....	16.920,500	16.920,500	17.071,773
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15427	22	Kleinrentnerentschädigung		.....	3,500	.....	3,500	3,500	3,580
1/15436	22	Förderungen		.....	54,713	.....	54,713	54,713	63,201
		Summe 154...		.....	58,213	.....	58,213	58,213	66,781
1/155		Arbeitsmarktpolitik (I): *Einrichtungen des AMS (I)*	*						
1/1550		Ämter des AMS:							
1/15500	22	Personalausgaben		786,000	.....	.....	786,000	815,000	844,090
1/15503	22	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/15507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	24,370	.....	24,370	24,370	21,713
1/15508	22	Aufwendungen		.....	25,629	.....	25,629	25,629	17,060
		Summe 1550...		786,000	49,999	0,001	836,000	865,000	882,863
1/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
1/15513	22	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/15515	22	Förderungen (D)		.....	.....	100,000	100,000	100,000	104,000
1/15516		Förderungen		.....	4.734,998	.....	4.734,998	4.734,998	5.391,131
	12			.....	*0,862*	.....	*0,862*	*0,862*	*0,790*
	22			.....	*4.734,136*	.....	*4.734,136*	*4.734,136*	*5.390,341*
1/15517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/15518		Aufwendungen		.....	165,000	.....	165,000	165,000	23,988
	12			.....	*17,451*	.....	*17,451*	*17,451*	*2,817*
	22			.....	*147,549*	.....	*147,549*	*147,549*	*21,171*
		Summe 1551...		.....	4.899,999	100,001	5.000,000	5.000,000	5.519,119
1/1552		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. §39aAMFG:							
1/15526	22	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	20,050	24,633
1/15547	22	Sonderunterstützung		.....	2.841,220	.....	2.841,220	3.180,558	2.996,317
1/15554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gem. AlVG		.....	10,500	.....	10,500	10,500	9,040
1/15557	22	Leistungen nach dem AlVG		.....	43.607,205	.....	43.607,205	41.160,324	41.327,518
1/15565	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)		.....	.....	100,000	100,000	100,000	.....
1/15566	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51aAMFG		.....	100,000	.....	100,000	100,000	.....
1/15567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG ... *Zahlungen gem. § 6 Abs. 7 AMPFG*		.....	4.900,000	.....	4.900,000	4.900,000	871,000

Anmerkungen:
1/155 Zweckgebunden im Sinne der §§ 60 und 64 AlVG (ausgenommen Paragraph 1/1552, VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:					
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,006	.....	0,006	0,006	.....
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):					
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,005	.....	0,005	0,005	80,240
2/15369	*22*	*Darlehensrückzahlungen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 153...	0,011	.....	0,011	0,011	80,240
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:					
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,007	.....	0,007	0,007	.....
2/155		Arbeitsmarktpolitik (I): *					
		Einrichtungen des AMS (I)					
2/1550		Ämter des AMS:					
2/15500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	1,000	.....	1,000	1,000	1,738
2/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:					
2/15510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	10,000	.....	10,000	134,496	16,191
2/15513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	.....	60,000	60,000	70,503	72,427
		Summe 1551...	10,000	60,000	70,000	204,999	88,618
2/15550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.) *	7.686,939	.....	7.686,939	8.103,491	8.166,166
2/15564	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/15569	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (Darl. Rückz.)	.....	0,001	0,001	0,001	.....

Anmerkungen:
2/155 Zweckgebunden im Sinne der §§ 60 und 64 AlVG (ausgenommen die VA-Ansätze 2/15564 und 2/15569).
2/15550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/1557		Überweisung an das AMS:							
1/15577	22	Überweisung an das AMS		.....	440,001	.....	440,001	440,001	1.520,987
		Überweisung an das AMS gem. § 48 (6) AMSG							
1/15578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.		.....	2.350,000	.....	2.350,000	2.365,000	2.028,850
		Summe 1557...		.....	2.790,001	.....	2.790,001	2.805,001	3.549,837
1/15587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung		.....	330,000	.....	330,000	315,000	311,839
1/15597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw. entsch. im Baugew.		.....	60,000	.....	60,000	117,000	.....
1/15537	*22*	*Überweisung an das AMS*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 155...		786,000	59.588,925	200,002	60.574,927	58.573,433	55.492,166
1/156		Arbeitsmarktpolitik (II):							
		Einrichtungen des AMS (II)							
1/15607	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)	*	.....	0,001	.....	0,001	210,001	539,858
1/15617	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)	*	.....	0,001	.....	0,001	3,800	3,701
1/15627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete		.....	4,075	.....	4,075	4,075	4,104
1/15647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz		.....	0,035	.....	0,035	0,035	.....
1/15637	*22*	*Beitrag d. Bundes z. Schlechtwetterentschädigung im Baugew.*		.....	.....	.....	.....	0,001	37,799
1/15658	*22*	*Kostenersatz an den Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds*		.....	.....	.....	.....	.....	111,936
		Summe 156...		.....	4,112	.....	4,112	217,912	697,398

Anmerkungen:
1/15607 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.
1/15617 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/1557		Überweisung vom AMS:					
2/15570	22	Abgangsdeckung (zweckgebundene Einnahmen)	0,001	.....	0,001	939,001	.....
2/15580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)	47.539,981	.....	47.539,981	46.004,886	44.515,621
2/15581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)	350,000	.....	350,000	600,000	.....
2/15590	22	Einnahmen gem. § 60 (2) lit. e AlVG (zweckgeb. Einn.)	0,005	.....	0,005	0,005	0,002
2/15591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	4.727,000	.....	4.727,000	2.500,001	2.500,000
2/15534	*22*	*Überweisung vom AMS*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 155...	60.314,928	60,001	60.374,929	58.353,386	55.272,145
2/156		Arbeitsmarktpolitik (II): *Einrichtungen des AMS (II)*					
2/15600	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.) ..... *	0,002	.....	0,002	213,801	543,559

Anmerkungen:
2/15600 Zweckgebunden im Sinne des § 12 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957. Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15607 (0,001 Millionen Schilling) und 1/15617 (0,001 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter:							
1/15700	22	Personalausgaben		329, 148	.....	.....	329, 148	329, 184	313, 664
1/15703	22	Anlagen		.....	.....	13, 314	13, 314	13, 314	13, 314
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	12, 246	.....	12, 246	12, 246	8, 829
1/15708	22	Aufwendungen		.....	222, 384	.....	222, 384	222, 384	202, 384
		Summe 1570...		329, 148	234, 630	13, 314	577, 092	577, 128	538, 192
1/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.):							
1/15720	22	Personalausgaben		9, 093	.....	.....	9, 093	9, 097	9, 086
1/15723	22	Anlagen		.....	.....	0, 347	0, 347	0, 347	0, 347
1/15727	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 002	.....	0, 002	0, 002	0, 000
1/15728	22	Aufwendungen		.....	2, 104	.....	2, 104	2, 104	2, 104
		Summe 1572...		9, 093	2, 106	0, 347	11, 546	11, 550	11, 536
1/15737	21	Heilfürsorge		.....	135, 000	.....	135, 000	135, 000	122, 091
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen		.....	3, 000	.....	3, 000	3, 000	1, 250
1/15757	22	Orthopädische Versorgung		.....	89, 000	.....	89, 000	89, 000	81, 562
1/15767	22	Versorgungsgebühren		.....	5. 706, 900	.....	5. 706, 900	5. 706, 900	6. 139, 345
1/15777	22	Krankenversicherung		.....	266, 100	.....	266, 100	266, 100	235, 972
1/15778	22	Härteausgleiche		.....	19, 985	.....	19, 985	19, 985	19, 985
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	10, 142	.....	10, 142	10, 142	8, 386
	21			.....	*8, 330*	.....	*8, 330*	*8, 330*	*7, 399*
	22			.....	*1, 812*	.....	*1, 812*	*1, 812*	*0, 987*
1/15788	22	Aufwendungen		.....	0, 006	.....	0, 006	0, 006	0, 006
		Summe 1578...		.....	10, 148	.....	10, 148	10, 148	8, 392
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge		.....	2, 542	.....	2, 542	2, 542	2, 542
		Summe 157...		338, 241	6. 469, 411	13, 661	6. 821, 313	6. 821, 353	7. 160, 868

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter:						
2/15704		Erfolgswirksame Einnahmen		0,221	.....	0,221	0,221	0,189
	22			*0,220*	.....	*0,220*	*0,220*	*0,189*
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,075	0,075	0,075	.....
		Summe 1570...		0,221	0,075	0,296	0,296	0,189
2/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.):						
2/15724		Erfolgswirksame Einnahmen		12,011	.....	12,011	12,011	9,741
	22			*12,010*	.....	*12,010*	*12,010*	*9,741*
	43			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/15727	22	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,007	0,007	0,007	.....
		Summe 1572...		12,011	0,007	12,018	12,018	9,741
2/15784		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz		7,204	.....	7,204	7,204	5,818
	21			*6,000*	.....	*6,000*	*6,000*	*4,706*
	22			*1,204*	.....	*1,204*	*1,204*	*1,112*
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung		36,540	.....	36,540	36,540	32,274
		Summe 157...		55,976	0,082	56,058	56,058	48,022

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/159		Verschiedene Dienststellen:							
1/1590		Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen:							
1/15900	22	Personalausgaben		3,125	...	...	3,125	3,127	3,162
1/15903	22	Anlagen		...	...	0,011	0,011	0,011	...
1/15907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,070	...	0,070	0,070	0,035
1/15908	22	Aufwendungen		...	1,009	...	1,009	1,009	1,009
		Summe 1590...		3,125	1,079	0,011	4,215	4,217	4,206
1/1592		Arbeitsinspektion:							
1/15920	21	Personalausgaben		199,393	...	...	199,393	199,647	191,674
1/15923		Anlagen		...	...	2,848	2,848	2,848	2,848
	21			...	...	*2,847*	*2,847*	*2,847*	*2,848*
	41			...	...	*0,001*	*0,001*	*0,001*	...
1/15926	21	Förderungen		...	0,250	...	0,250	0,250	0,250
1/15927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	15,717	...	15,717	15,717	15,047
	21			...	*10,517*	...	*10,517*	*10,517*	*10,023*
	22			...	*5,200*	...	*5,200*	*5,200*	*5,024*
1/15928		Aufwendungen		...	45,404	...	45,404	45,404	45,403
	21			...	*45,403*	...	*45,403*	*45,403*	*45,403*
	41			...	*0,001*	...	*0,001*	*0,001*	...
		Summe 1592...		199,393	61,371	2,848	263,612	263,866	255,222
		Summe 159...		202,518	62,450	2,859	267,827	268,083	259,428
		Gesamtausgaben 15...		1.575,236	88.312,910	260,154	90.148,300	86.256,099	84.527,269

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/159		Verschiedene Dienststellen:						
2/1590		Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen:						
2/15904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,013	.....	0,013	0,013	0,000
2/15907	22	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,006	0,006	0,006	.....
		Summe 1590		0,013	0,006	0,019	0,019	0,000
2/1592		Arbeitsinspektion:						
2/15924		Erfolgswirksame Einnahmen		6,030	.....	6,030	6,030	5,326
	21			*6,020*	.....	*6,020*	*6,020*	*5,326*
	43			*0,010*	.....	*0,010*	*0,010*	.....
2/15927		Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,174	0,174	0,174	0,000
	21			.....	*0,173*	*0,173*	*0,173*	*0,000*
	41			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 1592		6,030	0,174	6,204	6,204	5,326
		Summe 159		6,043	0,180	6,223	6,223	5,326
		Gesamteinnahmen 15		60.405,059	68,206	60.473,265	58.665,521	56.859,674

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/16		**Sozialversicherung:**	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag		.....	17.566,100	.....	17.566,100	19.450,900	19.521,730
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag.		.....	300,800	.....	300,800	367,700	321,500
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag		.....	5.790,600	.....	5.790,600	6.578,300	7.736,929
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag		.....	1.443,800	.....	1.443,800	1.640,700	1.569,103
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG		.....	7.818,000	.....	7.818,000	6.565,000	5.833,785
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag		.....	5.695,300	.....	5.695,300	7.430,000	9.431,536
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG		.....	3.867,000	.....	3.867,000	3.799,000	3.730,436
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag		.....	8.407,500	.....	8.407,500	8.068,800	7.773,627
		Summe 160		.....	50.889,100	.....	50.889,100	53.900,400	55.918,647
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen		.....	6.067,900	.....	6.067,900	6.047,300	6.032,000
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen		.....	49,000	.....	49,000	49,800	50,300
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen		.....	610,100	.....	610,100	585,700	562,400
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen		.....	79,300	.....	79,300	78,900	80,300
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen		.....	1.117,400	.....	1.117,400	1.148,700	1.166,000
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen		.....	3.227,700	.....	3.227,700	3.288,000	3.318,900
		Summe 161		.....	11.151,400	.....	11.151,400	11.198,400	11.209,900
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung		.....	880,000	.....	880,000	862,350	842,960
1/16227	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen		.....	25,000	.....	25,000	24,000	22,395
		Summe 162		.....	905,001	.....	905,001	886,351	865,355
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG		.....	6,000	.....	6,000	5,500	5,285
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung		.....	325,000	.....	325,000	315,000	155,481
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG		.....	3,000	.....	3,000	3,000	2,358
		Summe 164		.....	334,001	.....	334,001	323,501	163,124
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld		.....	319,200	.....	319,200	290,500	288,661
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages		.....	0,800	.....	0,800	0,800	0,774
		Summe 165		.....	320,000	.....	320,000	291,300	289,435
		Gesamtausgaben 16		.....	63.599,502	.....	63.599,502	66.599,952	68.446,461

Anmerkungen:
1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/16		**Sozialversicherung:**						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	32,861
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	52,144
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,739
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		143,000	.....	143,000	143,000	134,541
		Gesamteinnahmen 16...		143,004	.....	143,004	143,004	220,285

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestandswirksame Ausgaben	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/17		**Gesundheit und Konsumentenschutz:**							
1/170		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:							
1/1700		Zentralleitung:							
1/17000	43	Personalausgaben		182,681	.....	.....	182,681	182,780	184,266
1/17003	43	Anlagen		.....	.....	15,268	15,268	15,268	16,943
1/17006		Förderungen	*	.....	37,890	.....	37,890	36,890	38,666
	21			.....	*37,888*	.....	*37,888*	*36,888*	*38,496*
	22			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	*0,170*
1/17007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	38,199	.....	38,199	38,199	33,361
	22			.....	*3,260*	.....	*3,260*	*3,260*	*2,906*
	43			.....	*34,939*	.....	*34,939*	*34,939*	*30,455*
1/17008		Aufwendungen		.....	89,972	.....	89,972	84,972	69,881
	21			.....	*0,100*	.....	*0,100*	*0,100*	.....
	43			.....	*89,872*	.....	*89,872*	*84,872*	*69,881*
		Summe 1700		182,681	166,061	15,268	364,010	358,109	343,116
1/17015		Bezugsvorschüsse		.....	.....	2,897	2,897	2,897	1,167
	23			.....	.....	*1,501*	*1,501*	*1,501*	*0,260*
	43			.....	.....	*1,396*	*1,396*	*1,396*	*0,907*
		Summe 170		182,681	166,061	18,165	366,907	361,006	344,283
1/171		Konsumentenschutz:							
1/17106	43	Förderungen		.....	3,016	.....	3,016	3,016	3,191
1/17107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,050	.....	0,050	0,050	.....
1/17108	43	Aufwendungen		.....	31,933	.....	31,933	31,933	33,382
		Summe 171		.....	34,999	.....	34,999	34,999	36,572

Anmerkungen:
1/17006 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/17		**Gesundheit und Konsumentenschutz:**						
2/170		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:						
2/1700		Zentralleitung:						
2/17000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/17004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,585	.....	4,585	4,585	3,218
2/17007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,011	0,011	0,011	0,041
		Summe 1700...		4,586	0,011	4,597	4,597	3,260
2/17019		Bezugsvorschußersätze		.....	2,113	2,113	2,113	1,748
	23			.....	*0,333*	*0,333*	*0,333*	*0,263*
	43			.....	*1,780*	*1,780*	*1,780*	*1,485*
		Summe 170...		4,586	2,124	6,710	6,710	5,008
2/171		Konsumentenschutz:						
2/17104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....

Anmerkungen:
2/17000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen		.....	.....	4,783	4,783	4,783	5,696
1/17204	21	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/17206	21	Förderungen		.....	61,656	.....	61,656	65,156	84,010
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,260	.....	6,260	6,260	4,699
1/17208	21	Aufwendungen		.....	83,800	.....	83,800	79,000	67,136
		Summe 1720		.....	151,717	4,783	156,500	155,200	161,542
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds		.....	0,002	.....	0,002	5.616,206	3.974,501
1/1722		Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches:							
1/17223	21	Anlagen		.....	.....	0,394	0,394	0,394	.....
1/17226	21	Förderungen		.....	23,081	.....	23,081	21,381	26,856
1/17228	21	Aufwendungen		.....	5,052	.....	5,052	5,052	3,697
		Summe 1722		.....	28,133	0,394	28,527	26,827	30,553
1/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*	.....	558,260	.....	558,260	542,000	543,767
		Summe 172		.....	738,112	5,177	743,289	6.340,233	4.710,363

Anmerkungen:
1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	558, 260	.....	558, 260	542, 000	543, 767
2/17294	21	Erfolgswirksame Einnahmen		12, 669	.....	12, 669	1. 365, 362	1. 150, 103
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0, 001	0, 001	0, 001	.....
		Summe 172...		570, 929	0, 001	570, 930	1. 907, 363	1. 693, 870

Anmerkungen:
2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/173		BM;Strahlensch.,Veterinärw., Lebensmittelangel.,Gentechnol.:							
1/1732		Strahlenschutz:							
1/17323	21	Anlagen		.....	.....	6,000	6,000	2,800	4,755
1/17326	21	Förderungen		.....	0,166	.....	0,166	0,166	0,293
1/17327	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,700	.....	0,700	0,700	0,700
1/17328	21	Aufwendungen		.....	109,782	.....	109,782	108,715	111,243
		Summe 1732		.....	110,648	6,000	116,648	112,381	116,991
1/1737		Veterinärwesen:							
1/17376		Förderungen		.....	0,570	.....	0,570	0,570	1,035
	21			.....	*0,380*	.....	*0,380*	*0,380*	*0,905*
	34			.....	*0,190*	.....	*0,190*	*0,190*	*0,130*
1/17377	34	Epizootie		.....	59,050	.....	59,050	63,050	48,726
1/17378	34	Aufwendungen		.....	2,820	.....	2,820	2,820	1,658
		Summe 1737		.....	62,440	.....	62,440	66,440	51,419
1/1738		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17386	21	Förderungen		.....	0,206	.....	0,206	0,206	0,205
1/17387	21	Entschädigungen		.....	0,300	.....	0,300	0,300	0,282
1/17388	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle		.....	4,817	.....	4,817	3,817	12,095
		Summe 1738		.....	5,323	.....	5,323	4,323	12,583
1/1739		Gentechnologie:							
1/17396	21	Förderungen		.....	0,350	.....	0,350	0,350	0,170
1/17398	21	Aufwendungen		.....	4,433	.....	4,433	3,700	3,187
		Summe 1739		.....	4,783	.....	4,783	4,050	3,357
		Summe 173		.....	183,194	6,000	189,194	187,194	184,349
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408		Aufwendungen		.....	2,343	.....	2,343	0,443	0,263
	11			.....	*2,336*	.....	*2,336*	*0,436*	*0,263*
	21			.....	*0,007*	.....	*0,007*	*0,007*	.....
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz		.....	0,040	.....	0,040	0,040	.....
1/17424	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz		.....	3.016,080	.....	3.016,080	0,005	.....
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz		.....	40,401	.....	40,401	43,401	35,766
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen		.....	6,911	.....	6,911	6,911	6,570
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen		.....	42,100	.....	42,100	44,000	39,000
1/17467	11	Schülerbeihilfen		.....	6,368	.....	6,368	6,368	4,708
		Summe 174		.....	3.114,243	.....	3.114,243	101,168	86,308

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/173		BM;Strahlensch.,Veterinärw., Lebensmittelangel.,Gentechnol.:						
2/17374	34	Epizootie		3,000	.....	3,000	3,000	2,439
2/1739		Verschiedene Einnahmen:						
2/17394		Erfolgswirksame Einnahmen		4,016	.....	4,016	4,016	3,823
	21			*4,008*	.....	*4,008*	*4,008*	*3,823*
	34			*0,008*	.....	*0,008*	*0,008*	.....
2/17397		Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,006	0,006	0,006	.....
	21			.....	*0,005*	*0,005*	*0,005*	.....
	34			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
			Summe 1739...	4,016	0,006	4,022	4,022	3,823
			Summe 173...	7,016	0,006	7,022	7,022	6,261
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:						
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,267	.....	0,267	0,267	0,076

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/179		Dienststellen:							
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben		103,368	.....	.....	103,368	103,413	104,137
1/17903	21	Anlagen		.....	.....	16,056	16,056	16,056	17,290
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,046	.....	0,046	0,046	0,008
1/17908	21	Aufwendungen	*	.....	51,315	.....	51,315	47,815	44,159
		Summe 1790...		103,368	51,361	16,056	170,785	167,330	165,593
1/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:							
1/17920	21	Personalausgaben		149,675	.....	.....	149,675	149,760	150,849
1/17923	21	Anlagen		.....	.....	19,706	19,706	19,706	14,867
1/17927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,924	.....	1,924	1,924	2,715
1/17928	21	Aufwendungen	*	.....	109,672	.....	109,672	104,172	101,910
		Summe 1792...		149,675	111,596	19,706	280,977	275,562	270,342
1/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien:							
1/17940	21	Personalausgaben		0,568	.....	.....	0,568	0,568	0,571
1/17943	21	Anlagen		.....	.....	0,810	0,810	0,810	0,167
1/17947	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,020	.....	0,020	0,020	.....
1/17948	21	Aufwendungen		.....	19,000	.....	19,000	19,000	13,289
		Summe 1794...		0,568	19,020	0,810	20,398	20,398	14,027
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben		87,655	.....	.....	87,655	87,705	88,416
1/17953	34	Anlagen		.....	.....	7,082	7,082	7,082	5,502
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,030	.....	0,030	0,030	0,021
1/17958	34	Aufwendungen		.....	51,269	.....	51,269	50,269	44,143
		Summe 1795...		87,655	51,299	7,082	146,036	145,086	138,081
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:							
1/17960	34	Personalausgaben		13,755	.....	.....	13,755	13,816	14,005
1/17963	34	Anlagen		.....	.....	2,448	2,448	2,448	0,490
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,350	.....	0,350	0,350	0,263
1/17968	34	Aufwendungen		.....	10,465	.....	10,465	10,465	5,288
		Summe 1796...		13,755	10,815	2,448	27,018	27,079	20,047
		Summe 179...		355,021	244,091	46,102	645,214	635,455	608,089
		Gesamtausgaben 17...		537,702	4.480,700	75,444	5.093,846	7.660,055	5.969,965

Anmerkungen:
1/17908 Hievon 1997 6,000 Millionen Schilling für Zahlungen an die BIG.
1/17928 Hievon 1997 4,683 Millionen Schilling für Zahlungen an die BIG.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/179		Dienststellen:						
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen		32,500	.....	32,500	32,500	23,674
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,047	0,047	0,047	.....
		Summe 1790...		32,500	0,047	32,547	32,547	23,674
2/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:						
2/17924	21	Erfolgswirksame Einnahmen		178,197	.....	178,197	178,197	180,908
2/17927	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,018	0,018	0,018	.....
		Summe 1792...		178,197	0,018	178,215	178,215	180,908
2/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien:						
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen		2,086	.....	2,086	2,086	1,534
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1794...		2,086	0,003	2,089	2,089	1,534
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen		66,920	.....	66,920	66,920	56,322
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,031	0,031	0,031	0,018
		Summe 1795...		66,920	0,031	66,951	66,951	56,341
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		28,005	.....	28,005	28,005	12,303
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 1796...		28,005	0,003	28,008	28,008	12,303
		Summe 179...		307,708	0,102	307,810	307,810	274,759
		Gesamteinnahmen 17...		890,507	2,233	892,740	2.229,173	1.979,975

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/18		**Umwelt:**							
1/180		Bundesministerium für Umwelt:							
1/18000	43	Personalausgaben		110,090	...	...	110,090	110,222	112,579
1/18003	43	Anlagen		...	...	9,024	9,024	19,024	18,981
1/18005		Bezugsvorschüsse		...	...	1,235	1,235	1,235	0,965
	23			...	...	*0,650*	*0,650*	*0,650*	*0,676*
	43			...	...	*0,585*	*0,585*	*0,585*	*0,289*
1/18007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	1,605	...	1,605	1,605	1,605
	22			...	*1,291*	...	*1,291*	*1,291*	*1,291*
	43			...	*0,314*	...	*0,314*	*0,314*	*0,314*
1/18008	43	Aufwendungen	*	...	105,314	...	105,314	105,314	105,313
		Summe 180...		110,090	106,919	10,259	227,268	237,400	239,443
1/186		Umweltschutz:							
1/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/18603	21	Anlagen		...	...	1,792	1,792	1,792	1,791
1/18606	21	Förderungen	*	...	117,000	...	117,000	120,008	125,125
1/18607	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,001	...	0,001	0,001	...
1/18608	21	Aufwendungen		...	203,637	...	203,637	203,637	203,635
		Summe 1860...		...	320,638	1,792	322,430	325,438	330,551
1/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/18626	21	Förderungen	*	...	272,002	...	272,002	255,002	191,637
1/18628	21	Aufwendungen	*	...	48,000	...	48,000	45,000	12,150
		Summe 1862...		...	320,002	...	320,002	300,002	203,787
1/1863		Siedlungswasserwirtschaft:							
1/18636	37	Förderungen	*	...	1.500,003	...	1.500,003	2.200,004	1.194,550
1/1864		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/18646	37	Förderungen		...	400,000	...	400,000	542,000	558,675
1/18648	37	Aufwendungen		...	64,358	...	64,358	64,358	64,358
		Summe 1864...		...	464,358	...	464,358	606,358	623,033
1/18656		EU-Förderungen		...	0,006	...	0,006	0,006	...
	21			...	*0,002*	...	*0,002*	*0,002*	...
	37			...	*0,004*	...	*0,004*	*0,004*	...
		Summe 186...		...	2.605,007	1,792	2.606,799	3.431,808	2.351,921
1/187		Umweltbundesamt:							
1/18700	21	Personalausgaben		87,756	...	...	87,756	87,836	89,705
1/18703	21	Anlagen		...	...	23,670	23,670	23,670	23,670
1/18707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	1,582	...	1,582	1,582	1,582
	21			...	*0,034*	...	*0,034*	*0,034*	*0,034*
	22			...	*1,548*	...	*1,548*	*1,548*	*1,548*
1/18708	21	Aufwendungen	*	...	94,984	...	94,984	94,984	94,984
		Summe 187...		87,756	96,566	23,670	207,992	208,072	209,942
		Gesamtausgaben 18...		197,846	2.808,492	35,721	3.042,059	3.877,280	2.801,305

Anmerkungen:
1/18008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18606 Hievon 1997 17,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.
1/18626 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18620 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (272,000 Millionen Schilling).
1/18628 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/18636 Hievon 1997 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18630 (92,926 Millionen Schilling) und 2/51110 (0,001 Millionen Schilling) und 200,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.
1/18708 Hievon 1997 1,180 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18700.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/18		**Umwelt:**						
2/180		Bundesministerium für Umwelt:						
2/18000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/18004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,009	.....	1,009	1,009	1,180
2/18007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	.....
2/18009		Bezugsvorschußersätze		.....	0,438	0,438	0,438	0,891
	23			.....	*0,131*	*0,131*	*0,131*	*0,249*
	43			.....	*0,307*	*0,307*	*0,307*	*0,642*
		Summe 180...		1,010	0,446	1,456	1,456	2,071
2/186		Umweltschutz:						
2/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:						
2/18604	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005	.....	0,005	0,005	0,212
2/18607	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	0,025
		Summe 1860...		0,005	0,003	0,008	0,008	0,237
2/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):						
2/18620	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/1863		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/18630	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	92,926	.....	92,926	0,002	232,063
		Summe 186...		92,933	0,003	92,936	0,012	232,300
2/187		Umweltbundesamt:						
2/18700	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,180	.....	1,180	1,180	0,183
2/18704	21	Erfolgswirksame Einnahmen		3,813	.....	3,813	3,813	1,943
2/18707	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,156	0,156	0,156	0,060
		Summe 187...		4,993	0,156	5,149	5,149	2,186
		Gesamteinnahmen 18...		98,936	0,605	99,541	6,617	236,557

Anmerkungen:
2/18000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18008 mitveranschlagt.
2/18620 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 mitveranschlagt.
2/18630 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18636 mitveranschlagt.
2/18700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18708 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/19		**Jugend und Familie:**	*						
1/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:							
1/19000	43	Personalausgaben		49,607	...	...	49,607	49,681	50,813
1/19003	43	Anlagen		...	...	5,474	5,474	5,474	5,516
1/19005		Bezugsvorschüsse		...	...	0,665	0,665	0,665	0,134
	23			...	...	*0,350*	*0,350*	*0,350*	...
	43			...	...	*0,315*	*0,315*	*0,315*	*0,134*
1/19007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,636	...	0,636	0,636	0,636
	22			...	*0,599*	...	*0,599*	*0,599*	*0,603*
	43			...	*0,037*	...	*0,037*	*0,037*	*0,033*
1/19008	43	Aufwendungen	*	...	52,350	...	52,350	52,350	52,350
		Summe 190...		49,607	52,986	6,139	108,732	108,806	109,449
1/191		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen		...	25,519	...	25,519	25,519	25,519
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen		...	0,002	...	0,002	0,002	3.052,265
		Summe 191...		...	25,521	...	25,521	25,521	3.077,785
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen		...	31.511,301	...	31.511,301	32.173,601	33.787,983
1/19317	22	Geburtenbeihilfen		...	52,002	...	52,002	1.816,000	1.283,823
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen		...	73,615	...	73,615	72,030	364,857
1/19337	22	Schülerfreifahrten		...	4.008,964	...	4.008,964	4.283,287	4.486,424
1/19347	22	Schulbücher		...	1.200,000	...	1.200,000	1.232,620	1.184,342
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten		...	185,698	...	185,698	182,236	178,752
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D)		...	...	2,000	2,000	2,000	0,344
1/19368	22	Aufwendungen		...	23,000	...	23,000	23,000	12,838
		Summe 1936...		...	23,000	2,000	25,000	25,000	13,182
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen		...	100,000	...	100,000	100,000	99,731
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*	...	13.184,343	...	13.184,343	13.355,628	13.465,217
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse		...	...	889,934	889,934	870,777	852,032
		Summe 1938...		...	13.184,343	889,934	14.074,277	14.226,405	14.317,250
1/19397	22	Rückzahlungen und Überweisungen *Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen*		...	3.935,477	...	3.935,477	38,198	...
		Summe 193...		...	54.274,400	891,934	55.166,334	54.149,377	55.716,343
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19410	11	Personalausgaben		1,031	...	...	1,031	1,045	1,070
1/19416	11	Förderungen		...	99,654	...	99,654	99,654	99,654
1/19417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,013	...	0,013	0,013	0,013
1/19418	11	Aufwendungen		...	15,927	...	15,927	15,927	15,927
		Summe 194...		1,031	115,594	...	116,625	116,639	116,664
		Gesamtausgaben 19...		50,638	54.468,501	898,073	55.417,212	54.400,343	59.020,241

Anmerkungen:
1/19 Vor dem BVA 1995 beim Kapitel 18 mitveranschlagt gewesen.
1/19008 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19000.
1/19387 Hievon 1997 7.686,939 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/15550.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/19		**Jugend und Familie:**	*					
2/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:						
2/19000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/19004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,038	.....	0,038	0,038	0,114
2/19007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	0,222
2/19009		Bezugsvorschußersätze		.....	0,313	0,313	0,313	0,006
	23			.....	*0,062*	*0,062*	*0,062*	.....
	43			.....	*0,251*	*0,251*	*0,251*	*0,006*
		Summe 190...		0,040	0,321	0,361	0,361	0,343
2/191		Familienpolitische Maßnahmen:						
2/1911		Familienpolitische Aktivitäten:						
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003	.....	0,003	0,003	.....
2/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen		1.973,674	.....	1.973,674	0,001	.....
		Summe 191...		1.973,677	.....	1.973,677	0,004	.....
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)		39.592,203	.....	39.592,203	38.777,868	37.685,003
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	*	5.146,000	.....	5.146,000	4.966,000	4.558,651
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer	*	9.500,000	.....	9.500,000	9.500,000	9.500,000
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		91,000	.....	91,000	91,000	86,735
2/19330	22	Beiträge der Länder		147,666	.....	147,666	147,666	147,665
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)		273,730	.....	273,730	273,730	303,964
2/1936		Härteausgleich:						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,003
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen		.....	0,900	0,900	0,900	0,902
		Summe 1936...		0,001	0,900	0,901	0,901	0,904
2/19371	22	Familienberatungsstellen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse		.....	414,832	414,832	392,210	381,156
2/19390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen		0,001	.....	0,001	0,001	3.052,265
		Summe 193...		54.750,602	415,732	55.166,334	54.149,377	55.716,343
2/194		Jugend:						
2/1941		Außerschulische Jugenderziehung:						
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,202	.....	0,202	0,202	0,105
		Gesamteinnahmen 19...		56.724,521	416,053	57.140,574	54.149,944	55.716,791

Anmerkungen:
2/19 Vor dem BVA 1995 beim Kapitel 18 mitveranschlagt gewesen.
2/19000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19008 veranschlagt.
2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.
2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/20		**Äußeres:**							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		329,973			329,973	330,331	330,650
1/20003	43	Anlagen				42,024	42,024	42,024	12,864
1/20005		Bezugsvorschüsse				1,539	1,539	1,539	1,031
	23					*0,300*	*0,300*	*0,300*	*0,070*
	43					*1,239*	*1,239*	*1,239*	*0,961*
1/20006		Förderungen			63,774		63,774	36,235	7,322
	21				*0,020*		*0,020*	*0,020*	*0,019*
	43				*63,754*		*63,754*	*36,215*	*7,303*
1/20007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			7,360		7,360	7,360	6,304
	22				*7,100*		*7,100*	*7,100*	*6,114*
	43				*0,260*		*0,260*	*0,260*	*0,191*
1/20008	43	Aufwendungen	*		225,632		225,632	225,752	183,066
		Summe 2000		329,973	296,766	43,563	670,302	643,241	541,237
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Klessheim			0,700		0,700	0,700	0,542
1/20028	43	Presse und Information			8,000		8,000	8,000	7,612
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen			232,955		232,955	232,955	234,254
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			447,942		447,942	447,942	474,502
		Summe 2003			680,897		680,897	680,897	708,756
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich			34,300		34,300	29,250	32,110
		Summe 200		329,973	1.020,663	43,563	1.394,199	1.362,088	1.290,257
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		439,308			439,308	439,669	442,272
1/20103	43	Anlagen				198,085	198,085	199,550	179,914
1/20105	43	Bezugsvorschüsse				0,271	0,271	0,271	0,244
1/20106	22	Förderungen	*		5,431		5,431	5,431	4,896
1/20107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			35,120		35,120	35,120	30,326
	21				*22,000*		*22,000*	*22,000*	*19,182*
	22				*10,120*		*10,120*	*10,120*	*8,248*
	43				*3,000*		*3,000*	*3,000*	*2,895*
1/20108		Aufwendungen			905,096		905,096	905,096	862,246
	21				*4,500*		*4,500*	*4,500*	*4,591*
	43				*900,596*		*900,596*	*900,596*	*857,654*
		Summe 201		439,308	945,647	198,356	1.583,311	1.585,137	1.519,897
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		40,634			40,634	45,664	49,552
1/20303	13	Anlagen				9,811	9,811	15,141	7,303
1/20305	13	Bezugsvorschüsse				0,100	0,100	0,100	0,053
1/20307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,670		2,670	2,670	2,098
	13				*0,105*		*0,105*	*0,105*	*0,131*
	21				*1,900*		*1,900*	*1,900*	*1,382*
	22				*0,665*		*0,665*	*0,665*	*0,586*
1/20308		Aufwendungen			61,002		61,002	63,802	64,264
	13				*60,502*		*60,502*	*63,302*	*63,746*
	21				*0,500*		*0,500*	*0,500*	*0,518*
		Summe 203		40,634	63,672	9,911	114,217	127,377	123,270

Anmerkungen:
1/20008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.
1/20106 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/20		**Äußeres:**						
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:						
2/2000		Zentralleitung:						
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		22,450	.....	22,450	22,450	13,589
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,033	0,033	0,033	0,001
2/20009		Bezugsvorschußersätze		.....	1,450	1,450	1,450	1,211
	23			.....	*0,250*	*0,250*	*0,250*	*0,171*
	43			.....	*1,200*	*1,200*	*1,200*	*1,040*
		Summe 200...		22,451	1,483	23,934	23,934	14,801
2/201		Vertretungsbehörden:						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/20104		Erfolgswirksame Einnahmen		64,142	.....	64,142	63,760	55,713
	21			*4,200*	.....	*4,200*	*4,500*	*3,905*
	43			*59,942*	.....	*59,942*	*59,260*	*51,809*
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	2,326	2,326	1,826	2,928
2/20109	43	Bezugsvorschußersätze		.....	0,250	0,250	0,250	0,272
		Summe 201...		64,143	2,576	66,719	65,837	58,914
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304		Erfolgswirksame Einnahmen		3,299	.....	3,299	2,499	3,041
	13			*3,273*	.....	*3,273*	*2,473*	*3,030*
	21			*0,006*	.....	*0,006*	*0,006*	.....
	43			*0,020*	.....	*0,020*	*0,020*	*0,012*
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,013	0,013	0,013	0,031
2/20309	13	Bezugsvorschußersätze		.....	0,025	0,025	0,025	0,035
		Summe 203...		3,299	0,038	3,337	2,537	3,108

Anmerkungen:
2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.
2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/204		Kulturelle Veranstaltungen:							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen		.....	6, 200	.....	6, 200	5, 200	7, 196
	11			.....	*0, 420*	.....	*0, 420*	*0, 420*	*0, 335*
	13			.....	*5, 778*	.....	*5, 778*	*4, 778*	*6, 861*
	43			.....	*0, 002*	.....	*0, 002*	*0, 002*	.....
1/20408	13	Aufwendungen		.....	81, 600	.....	81, 600	85, 100	85, 556
		Summe 204...		.....	87, 800	.....	87, 800	90, 300	92, 753
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen		.....	832, 000	.....	832, 000	832, 000	963, 762
	11			.....	*343, 193*	.....	*343, 193*	*343; 193*	*407, 981*
	12			.....	*8, 592*	.....	*8, 592*	*8, 592*	*11, 440*
	21			.....	*74, 607*	.....	*74, 607*	*74, 607*	*67, 273*
	22			.....	*6, 500*	.....	*6, 500*	*6, 500*	.....
	33			.....	*3, 451*	.....	*3, 451*	*3, 451*	*-0, 126*
	34			.....	*143, 874*	.....	*143, 874*	*143, 874*	*168, 757*
	35			.....	*55, 788*	.....	*55, 788*	*55, 788*	*75, 844*
	36			.....	*120, 792*	.....	*120, 792*	*117, 593*	*98, 190*
	38			.....	*4, 401*	.....	*4, 401*	*4, 401*	*7, 472*
	43			.....	*70, 802*	.....	*70, 802*	*74, 001*	*126, 931*
1/20508	43	Aufwendungen		.....	18, 000	.....	18, 000	18, 000	16, 237
		Summe 205...		.....	850, 000	.....	850, 000	850, 000	979, 999
1/202		*Diplomatische Akademie:*							
1/20200	*11*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	6, 275	11, 666
1/20203	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0, 737	1, 135
1/20205		*Bezugsvorschüsse*		.....	.....	.....	.....	0, 200	0, 048
	11			.....	.....	.....	.....	*0, 100*	*0, 048*
	23			.....	.....	.....	.....	*0, 100*	.....
1/20207		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0, 175	0, 242
	11			.....	.....	.....	.....	*0, 173*	*0, 242*
	22			.....	.....	.....	.....	*0, 002*	.....
1/20208	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	7, 956	17, 557
		Summe 202...		.....	.....	.....	.....	15, 343	30, 647
		Gesamtausgaben 20...		809, 915	2. 967, 782	251, 830	4. 029, 527	4. 030, 245	4. 036, 823

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/204		Kulturelle Veranstaltungen:						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120	...	0,120	4,520	4,463
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504		Erfolgswirksame Einnahmen		7,193	...	7,193	7,193	7,464
	38			*1,000*	...	*1,000*	*1,000*	*7,146*
	43			*6,193*	...	*6,193*	*6,193*	*0,317*
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen		...	26,697	26,697	26,697	6,939
		Summe 205		7,193	26,697	33,890	33,890	14,402
2/202		*Diplomatische Akademie:*						
2/20204	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	1,277	2,354
2/20208	*11*	*Sonstige bestandswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,003	...
2/20209		*Bezugsvorschußersätze*		...	...	...	0,002	0,003
	11			...	...	...	*0,001*	*0,003*
	23			...	...	...	*0,001*	...
		Summe 202		...	...	...	1,282	2,357
		Gesamteinnahmen 20		97,206	30,794	128,000	132,000	98,045

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestandswirksame Ausgaben	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/30		**Justiz:**							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		153,210			153,210	150,980	148,817
1/30003	43	Anlagen				4,000	4,000	4,500	4,710
1/30005		Bezugsvorschüsse				14,000	14,000	14,000	12,562
	23					*4,000*	*4,000*	*4,000*	*4,366*
	43					*10,000*	*10,000*	*10,000*	*8,196*
1/30006		Förderungen	*		180,000		180,000	171,000	168,725
	12				*1,000*		*1,000*	*1,000*	*1,339*
	43				*179,000*		*179,000*	*170,000*	*167,386*
1/30007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,200		2,200	2,200	2,167
	22				*2,140*		*2,140*	*2,140*	*2,118*
	43				*0,060*		*0,060*	*0,060*	*0,049*
1/30008	43	Aufwendungen			30,000		30,000	30,000	29,883
1/30018	42	Zahlungen an die BIG			10,000		10,000	10,000	
		Summe 300...		153,210	222,200	18,000	393,410	382,680	366,864
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		115,580			115,580	113,880	113,333
1/30103	42	Anlagen				1,230	1,230	1,730	2,185
1/30107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,570		1,570	1,570	1,311
	22				*1,529*		*1,529*	*1,529*	*1,277*
	42				*0,041*		*0,041*	*0,041*	*0,034*
1/30108	42	Aufwendungen			8,415		8,415	8,415	8,935
		Summe 301...		115,580	9,985	1,230	126,795	125,595	125,764
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		3.527,710			3.527,710	3.475,800	3.445,206
1/30203	42	Anlagen				90,000	90,000	100,000	131,123
1/30207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			961,400		961,400	966,400	1.023,875
	22				*70,000*		*70,000*	*70,000*	*71,380*
	42				*891,400*		*891,400*	*896,400*	*952,494*
1/30208	42	Aufwendungen			1.597,000		1.597,000	1.595,000	1.629,641
1/30209	42	Aufwendungen (B)				0,090	0,090	0,090	0,060
		Summe 302...		3.527,710	2.558,400	90,090	6.176,200	6.137,290	6.229,905
1/303		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		1.658,464			1.658,464	1.614,344	1.598,577
1/30303	42	Anlagen				40,000	40,000	45,000	44,656
1/30306	22	Förderungen			2,200		2,200	2,200	2,208
1/30307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			40,600		40,600	40,600	38,124
	22				*0,001*		*0,001*	*0,001*	
	42				*40,599*		*40,599*	*40,599*	*38,124*
1/30308	42	Aufwendungen			976,000		976,000	971,000	980,813
		Summe 303...		1.658,464	1.018,800	40,000	2.717,264	2.673,144	2.664,378
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		91,850			91,850	91,850	91,188
1/30503	42	Anlagen				0,295	0,295	0,295	0,661
1/30506	22	Förderungen			23,000		23,000	23,000	22,272
1/30508	42	Aufwendungen			218,000		218,000	213,000	208,065
		Summe 305...		91,850	241,000	0,295	333,145	328,145	322,186
		Gesamtausgaben 30...		5.546,814	4.050,385	149,615	9.746,814	9.646,854	9.709,097

Anmerkungen:
1/30006 Hievon 1997 0,065 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg - 1995
2/30		**Justiz:**					
2/300		Bundesministerium für Justiz:					
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ..... *	0,065	.....	0,065	0,065	0,121
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	2,123	.....	2,123	2,123	2,083
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,005	0,005	0,005	.....
2/30009		Bezugsvorschußersätze	.....	12,500	12,500	12,500	12,399
	23		.....	*3,500*	*3,500*	*3,500*	*3,422*
	43		.....	*9,000*	*9,000*	*9,000*	*8,976*
		Summe 300...	2,188	12,505	14,693	14,693	14,602
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:					
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen	1,004	.....	1,004	1,004	1,159
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,002	0,002	0,002	0,019
		Summe 301...	1,004	0,002	1,006	1,006	1,178
2/302		Justizbehörden in den Ländern:					
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen	5.942,908	.....	5.942,908	5.642,908	5.606,062
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,222	0,222	0,222	0,118
		Summe 302...	5.942,908	0,222	5.943,130	5.643,130	5.606,180
2/303		Justizanstalten:					
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen	390,000	.....	390,000	390,000	381,280
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen	.....	1,111	1,111	1,111	0,764
		Summe 303...	390,000	1,111	391,111	391,111	382,044
2/305		Bewährungshilfe:					
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen	0,055	.....	0,055	0,055	0,002
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,005	0,005	0,005	.....
		Summe 305...	0,055	0,005	0,060	0,060	0,002
		Gesamteinnahmen 30...	6.336,155	13,845	6.350,000	6.050,000	6.004,005

Anmerkungen:
2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/40		**Militärische Angelegenheiten:**							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		684,242	.....	.....	684,242	684,242	657,040
1/40003	41	Anlagen		.....	.....	16,000	16,000	16,000	22,080
1/40005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	43,200	43,200	41,810	31,774
	23			.....	.....	*12,500*	*12,500*	*12,050*	*11,480*
	41			.....	.....	*30,700*	*30,700*	*29,760*	*20,294*
1/40006	41	Förderungen	*	.....	3,650	.....	3,650	3,650	5,141
1/40007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	13,570	.....	13,570	13,570	13,161
	21			.....	*0,030*	.....	*0,030*	*0,030*	*0,599*
	22			.....	*13,090*	.....	*13,090*	*13,090*	*12,266*
	41			.....	*0,450*	.....	*0,450*	*0,450*	*0,295*
1/40008	41	Aufwendungen		.....	94,000	.....	94,000	94,000	122,010
1/40018	41	Zahlungen an die BIG		.....	40,000	.....	40,000	40,000	.....
		Summe 400...		684,242	151,220	59,200	894,662	893,272	851,205
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		8.910,323	.....	.....	8.910,323	8.520,323	7.622,693
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*	.....	.....	31,501	31,501	31,501	32,604
1/40107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2.699,377	.....	2.699,377	2.962,640	3.607,803
	21			.....	*210,732*	.....	*210,732*	*249,532*	*310,144*
	22			.....	*373,112*	.....	*373,112*	*391,102*	*379,515*
	41			.....	*2.115,533*	.....	*2.115,533*	*2.322,006*	*2.918,143*
1/40108	41	Aufwendungen		.....	8.146,423	.....	8.146,423	8.146,550	8.161,058
		Summe 401...		8.910,323	10.845,800	31,501	19.787,624	19.661,014	19.424,158
1/402		*Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):*							
1/40208	41	Soldatenheime		.....	102,700	.....	102,700	102,700	102,256
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/40400	12	Personalausgaben		33,978	.....	.....	33,978	33,978	33,372
1/40403	12	Anlagen		.....	.....	2,704	2,704	2,704	2,781
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,008	.....	0,008	0,008	0,005
1/40408	12	Aufwendungen		.....	7,487	.....	7,487	7,487	7,292
		Summe 4040...		33,978	7,495	2,704	44,177	44,177	43,449
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/40413	12	Anlagen		.....	.....	0,502	0,502	0,502	0,727
1/40418	12	Aufwendungen		.....	0,550	.....	0,550	0,550	0,250
		Summe 4041...		.....	0,550	0,502	1,052	1,052	0,977
		Summe 404...		33,978	8,045	3,206	45,229	45,229	44,426

Anmerkungen:
1/40006 Hievon 1997 2,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.
1/40103 Hievon 1997 1,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/40		**Militärische Angelegenheiten:**						
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:						
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2,000	.....	2,000	2,000	3,960
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen		89,570	.....	89,570	87,455	88,513
	21			*0,011*	.....	*0,011*	*0,011*	*0,288*
	41			*89,559*	.....	*89,559*	*87,444*	*88,225*
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
2/40009		Bezugsvorschußersätze		.....	28,000	28,000	28,000	25,890
	23			.....	*7,000*	*7,000*	*7,000*	*6,668*
	41			.....	*21,000*	*21,000*	*21,000*	*19,222*
		Summe 400...		91,570	28,002	119,572	117,457	118,363
2/401		Heer und Heeresverwaltung:						
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen		270,604	.....	270,604	263,234	250,253
	21			*0,351*	.....	*0,351*	*0,251*	*0,004*
	41			*270,253*	.....	*270,253*	*262,983*	*250,250*
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen		0,001	.....	0,001	0,001	40,977
		Summe 401...		270,605	.....	270,605	263,235	291,231
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):						
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)		102,700	.....	102,700	102,700	102,557
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,506	.....	1,506	1,346	1,408
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 4040...		1,506	0,001	1,507	1,347	1,408
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):						
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,052	.....	1,052	1,052	1,264
		Summe 404...		2,558	0,001	2,559	2,399	2,672

Anmerkungen:
2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		29,457	.....	.....	29,457	29,457	27,687
1/40503	34	Anlagen		.....	.....	1,600	1,600	1,600	1,536
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,140	.....	1,140	1,140	1,027
1/40508	34	Aufwendungen		.....	8,588	.....	8,588	8,588	8,047
		Summe 405...		29,457	9,728	1,600	40,785	40,785	38,298
		Gesamtausgaben 40...		9.658,000	11.117,493	95,507	20.871,000	20.743,000	20.460,344

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		22,303	.....	22,303	22,303	28,069
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,084	0,084	0,084	0,108
		Summe 405...		22,303	0,084	22,387	22,387	28,177
		Gesamteinnahmen 40...		489,736	28,087	517,823	508,178	542,999

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/50		**Finanzverwaltung:**							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/50000	43	Personalausgaben		540,332	.....	.....	540,332	541,062	537,740
1/50003	43	Anlagen		.....	.....	3,738	3,738	4,387	4,746
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	11,543	.....	11,543	11,543	17,317
	22			.....	*9,951*	.....	*9,951*	*9,951*	*9,530*
	43			.....	*1,592*	.....	*1,592*	*1,592*	*7,786*
1/50008	43	Aufwendungen		.....	191,060	.....	191,060	191,760	257,328
1/50017	*43*	*Zahlungen an die EGKS*		.....	.....	.....	.....	99,450	98,341
		Summe 500...		540,332	202,603	3,738	746,673	848,202	915,471
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):	*						
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*	.....	80,002	.....	80,002	80,002	88,562
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)		.....	15,066	.....	15,066	14,535	15,700
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen		.....	430,000	.....	430,000	420,000	388,553
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien		.....	9,000	.....	9,000	9,000	9,000
		Summe 501...		.....	534,068	.....	534,068	523,537	501,815
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):	*						
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz		.....	0,156	.....	0,156	0,156	0,156
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*	.....	1,410	.....	1,410	1,522	1,180
	21			.....	*0,691*	.....	*0,691*	*0,691*	*0,880*
	22			.....	*0,719*	.....	*0,719*	*0,831*	*0,300*
1/50236	36	Zuschuß (ÖKB-AG)		.....	300,000	.....	300,000	300,000	243,160
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	400,000	.....	400,000	420,000	440,000
1/50248	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 5024...		.....	400,001	.....	400,001	420,001	440,000
1/5025		Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):							
1/50256	43	Förderungen	*	.....	120,000	.....	120,000	120,000	119,806
1/50294		Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.		.....	30,001	.....	30,001	18,001	9,078
	36			.....	*30,000*	.....	*30,000*	*18,000*	*9,078*
	38			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
1/50295		Bezugsvorschüsse		.....	.....	28,804	28,804	28,804	28,582
	23			.....	.....	*13,545*	*13,545*	*13,545*	*10,249*
	43			.....	.....	*15,259*	*15,259*	*15,259*	*18,334*
1/50296		Sonstige Förderungen		.....	259,601	.....	259,601	189,033	259,702
	23			.....	*13,000*	.....	*13,000*	*22,000*	*32,216*
	36			.....	*173,800*	.....	*173,800*	*94,300*	*166,621*
	43			.....	*72,801*	.....	*72,801*	*72,733*	*60,865*
		Summe 502...		.....	1.111,169	28,804	1.139,973	1.077,517	1.101,664

Anmerkungen:
1/501 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
1/50107 Hievon 1997 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.
1/502 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
1/50226 Hievon 1997 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.
1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/50		**Finanzverwaltung:**						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		92,946	.....	92,946	133,809	66,104
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,065	0,065	0,065	0,003
2/50014	43	Einhebungsvergütungen		459,750	.....	459,750	409,750	324,123
		Summe 500...		552,696	0,065	552,761	543,624	390,230
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	*	0,002	.....	0,002	0,002	8,562
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze		0,050	.....	0,050	0,050	0,008
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,300	.....	1,300	1,300	5,711
		Summe 501...		1,352	.....	1,352	1,352	14,281
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.)	*	0,200	.....	0,200	0,200	0,252
2/50204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		12,177	.....	12,177	12,177	2,768
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen		26,001	.....	26,001	26,001	25,007
2/5025		Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	120,000	.....	120,000	120,000	119,806
2/50296		Einnahmen aus Zuschüssen		0,016	.....	0,016	0,016	0,080
	23			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	36			*0,015*	.....	*0,015*	*0,015*	*0,080*
2/50299		Bezugsvorschußersätze		.....	29,373	29,373	29,373	28,870
	23			.....	*9,877*	*9,877*	*9,877*	*10,268*
	43			.....	*19,496*	*19,496*	*19,496*	*18,602*
		Summe 502...		158,394	29,373	187,767	187,767	176,783

Anmerkungen:
2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.
2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen		.....	0,003	.....	0,003	0,003	.....
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen		.....	0,045	.....	0,045	0,045	.....
		Summe 5030		.....	0,048	.....	0,048	0,048	.....
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen		.....	95,002	.....	95,002	95,002	2,379
1/50318	43	Sonstige Zahlungen		.....	0,336	.....	0,336	0,336	.....
		Summe 5031		.....	95,338	.....	95,338	95,338	2,379
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen		.....	0,202	.....	0,202	0,202	.....
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen		.....	0,932	.....	0,932	0,971	0,075
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen		.....	.....	0,010	0,010	0,010	.....
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,340	.....	0,340	0,353	0,315
1/50348	37	Aufwendungen		.....	1,835	.....	1,835	1,835	1,629
		Summe 5034		.....	2,175	0,010	2,185	2,198	1,944
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten		.....	0,599	.....	0,599	0,949	1,006
		Summe 503		.....	99,294	0,010	99,304	99,706	5,405
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		6.519,281	.....	.....	6.519,281	6.529,974	6.775,217
1/50403	43	Anlagen	*	.....	.....	52,277	52,277	52,277	46,187
1/50407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	179,331	.....	179,331	179,331	198,048
	22			.....	*177,631*	.....	*177,631*	*177,631*	*178,010*
	43			.....	*1,700*	.....	*1,700*	*1,700*	*20,038*
1/50408	43	Aufwendungen	*	.....	1.214,753	.....	1.214,753	1.207,001	1.128,845
		Summe 5040		6.519,281	1.394,084	52,277	7.965,642	7.968,583	8.148,298
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften		.....	400,000	.....	400,000	390,000	366,467
1/50438	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG	*	.....	15,000	.....	15,000	15,000	9,589
		Summe 504		6.519,281	1.809,084	52,277	8.380,642	8.373,583	8.524,353

Anmerkungen:

1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 12,201 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.

1/50408 Hievon 1997 5,600 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180. Hinsichtlich eines Teilbetrages von 17,020 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.

1/50438 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:						
2/5030		Schäden im Inland:						
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/50305	*43*	*2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5030...		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/5031		Schäden im Ausland:						
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,510	.....	1,510	5,010	5,285
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,482	.....	1,482	1,482	1,874
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen		.....	7,900	7,900	7,900	7,690
		Summe 5034...		1,482	7,901	9,383	9,383	9,564
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	*	.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,322	.....	2,322	2,322	2,207
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	120,006	120,006	130,006	152,083
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen		.....	0,087	0,087	0,087	0,081
		Summe 5035...		2,322	120,094	122,416	132,416	154,370
		Summe 503...		5,315	127,995	133,310	146,810	169,220
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		224,233	.....	224,233	224,233	220,791
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,934	0,934	0,934	1,814
2/50400	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,190	.....
		Summe 5040...		224,233	0,934	225,167	225,357	222,606
2/50434	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG		15,001	.....	15,001	15,001	13,761
		Summe 504...		239,234	0,934	240,168	240,358	236,367

Anmerkungen:
2/50352 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64753 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundesrechenamt:							
1/50700	43	Personalausgaben		265,952	...	...	265,952	266,177	270,898
1/50703	43	Anlagen		...	...	264,593	264,593	254,593	361,206
1/50707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	7,032	...	7,032	7,032	5,196
	22			...	*4,345*	...	*4,345*	*4,345*	*4,357*
	43			...	*2,687*	...	*2,687*	*2,687*	*0,839*
1/50708	43	Aufwendungen		...	442,327	...	442,327	422,327	397,577
		Summe 5070		265,952	449,359	264,593	979,904	950,129	1.034,877
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		52,772	...	...	52,772	52,889	54,103
1/50713	43	Anlagen		...	...	0,301	0,301	0,167	0,588
1/50717		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,858	...	0,858	0,658	0,568
	22			...	*0,850*	...	*0,850*	*0,650*	*0,564*
	43			...	*0,008*	...	*0,008*	*0,008*	*0,004*
1/50718	43	Aufwendungen		...	6,480	...	6,480	6,480	5,542
		Summe 5071		52,772	7,338	0,301	60,411	60,194	60,802
1/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:							
1/50720	43	Personalausgaben		19,891	...	...	19,891	19,896	19,566
1/50723	43	Anlagen		...	...	3,060	3,060	3,060	2,300
1/50727		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	0,766	...	0,766	0,766	0,615
	22			...	*0,751*	...	*0,751*	*0,751*	*0,602*
	43			...	*0,015*	...	*0,015*	*0,015*	*0,013*
1/50728	43	Aufwendungen		...	4,424	...	4,424	4,424	5,083
		Summe 5072		19,891	5,190	3,060	28,141	28,146	27,564
		Summe 507		338,615	461,887	267,954	1.068,456	1.038,469	1.123,242
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben		647,367	...	...	647,367	647,446	668,731
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	18,030	...	18,030	32,030	20,790
1/50808	38	Aufwendungen		...	1,049	...	1,049	1,049	0,899
		Summe 5080		647,367	19,079	...	666,446	680,525	690,421
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben		1,452	...	...	1,452	1,458	1,471
1/50818	36	Aufwendungen		...	0,015	...	0,015	0,015	0,002
		Summe 5081		1,452	0,015	...	1,467	1,473	1,474
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben		17,191	...	...	17,191	17,229	17,087
1/50828	37	Aufwendungen		...	0,054	...	0,054	0,054	0,048
		Summe 5082		17,191	0,054	...	17,245	17,283	17,135
		Summe 508		666,010	19,148	...	685,158	699,281	709,029
		Gesamtausgaben 50		8.064,238	4.237,253	352,783	12.654,274	12.660,295	12.880,979

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundesrechenamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		310,514	.....	310,514	310,513	278,518
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,009	0,009	0,009	.....
		Summe 5070...		310,514	0,009	310,523	310,522	278,518
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		19,697	.....	19,697	19,697	19,359
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 5071...		19,697	0,003	19,700	19,700	19,359
2/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
2/50724	43	Erfolgswirksame Einnahmen		40,881	.....	40,881	40,881	44,989
2/50727	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,006	0,006	0,006	0,027
		Summe 5072...		40,881	0,006	40,887	40,887	45,015
		Summe 507...		371,092	0,018	371,110	371,109	342,892
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		666,531	.....	666,531	680,525	690,465
2/5081		Österreichische Salinen AG:						
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG		1,467	.....	1,467	1,473	1,078
2/5082		Amt der Münze Österreich:						
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG		17,246	.....	17,246	17,284	17,135
		Summe 508...		685,244	.....	685,244	699,282	708,678
		Gesamteinnahmen 50...		2.013,327	158,385	2.171,712	2.190,302	2.038,450

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
51		**Kassenverwaltung:**	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51003	43	Erwerb von Bundestiteln	*	.....	.....	2.600,001	2.600,001	2.800,001	2.606,510
1/51038	43	Kursverluste		.....	32,502	.....	32,502	32,502	4,370
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51047	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	303,000	.....	303,000	201,000	347,936
1/51048	43	Aufwendungen		.....	18,000	.....	18,000	20,730	212,619
		Summe 5104		.....	321,000	.....	321,000	221,730	560,555
1/51058	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 510		.....	353,503	2.600,001	2.953,504	3.054,234	3.171,434
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,001	.....	0,001	0,770	1,753
1/51108	43	Aufwendungen		.....	417,234	.....	417,234	446,450	659,193
		Summe 5110		.....	417,235	.....	417,235	447,220	660,946
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,500	.....	2,500	2,200	16,668
1/51118	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	0,000
		Summe 5111		.....	2,501	.....	2,501	2,201	16,668
		Summe 511		.....	419,736	.....	419,736	449,421	677,614
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	1.543,211
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	*	.....	.....	197,656	197,656	167,963	4.059,086
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	3.067,231
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage		.....	.....	0,001	0,001	0,001	3.182,112
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage		.....	.....	0,003	0,003	0,003	130,989
		Summe 512		.....	.....	197,662	197,662	167,969	11.982,629

Anmerkungen:

51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

1/51003 Hievon 1997 200,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/5110 Ausgabe nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (417,235 Millionen Schilling). 1997 Überweisung an VA-Ansatz 2/10050 (417,232 Millionen Schilling).

1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (2,501 Millionen Schilling).

1/51249 Bedeckung eines Teilbetrages 1997 in Höhe von 7,498 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/51110, in Höhe von 129,999 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52600 und in Höhe von 59,990 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
51		**Kassenverwaltung:**						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51017	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz		.....	2.800,001	2.800,001	2.600,001	2.613,763
2/51034	43	Kursgewinne		29,492	.....	29,492	32,571	1.037,825
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		1.719,001	.....	1.719,001	1.405,001	2.378,520
2/51054	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 510...		1.748,494	2.800,001	4.548,495	4.037,574	6.030,109
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	417,235	.....	417,235	434,765	452,967
	12			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*1,379*
	36			*17,231*	.....	*17,231*	*11,262*	*3,622*
	43			*400,003*	.....	*400,003*	*423,502*	*447,967*
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	10,000	.....	10,000	10,000	75,763
		Summe 511...		427,235	.....	427,235	444,765	528,730
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	555,717
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)	*	.....	200,001	200,001	21,901	102,982
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)		.....	0,133	0,133	0,140	1.177,932
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*	.....	0,003	0,003	14,819	327,442
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage		.....	0,001	0,001	0,001	15.000,001
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	1.078,914
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)	*	.....	271,324	271,324	2.979,887	1.712,847
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)		.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*	.....	500,001	500,001	3.133,707	44,866
		Summe 512...		.....	971,470	971,470	6.150,462	20.000,701

Anmerkungen:

2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.

2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111 (2,501 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/18636 (0,001 Millionen Schilling) zuzüglich veranschlagte Rücklagenzuführung (7,498 Millionen Schilling) beim VA-Ansatz 1/51249.

2/51218 Korrespondierende Ausgaben 1997 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/51003 (200,000 Millionen Schilling).

2/51248 Korrespondierende Ausgaben 1997 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/14104 (0,002 Millionen Schilling).

2/51268 Korrespondierende Ausgaben 1997 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10066 (24,323 Millionen Schilling), 1/15166 (30,000 Millionen Schilling), 1/18606 (17,000 Millionen Schilling) und 1/18636 (200,000 Millionen Schilling).

2/51297 Hievon 500,000 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/54052.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		0,002	.....	.....	0,002	0,002	.....
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 5180...		0,002	0,002	.....	0,004	0,004	.....
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen		.....	24,000	.....	24,000	24,000	.....
1/51817		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2.323,000	.....	2.323,000	1,000	.....
	21			.....	*2.322,400*	.....	*2.322,400*	*0,400*	.....
	43			.....	*0,600*	.....	*0,600*	*0,600*	.....
1/51818		Aufwendungen		.....	25,000	.....	25,000	25,000	.....
	21			.....	*0,300*	.....	*0,300*	*0,300*	.....
	43			.....	*24,700*	.....	*24,700*	*24,700*	.....
		Summe 5181...		.....	2.372,000	.....	2.372,000	50,000	.....
		Summe 518...		0,002	2.372,002	.....	2.372,004	50,004	.....
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)		.....	382,503	.....	382,503	315,003	388,148
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)		.....	.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	60.017,750
		Summe 5191...		.....	382,503	75.000,000	75.382,503	75.315,003	60.405,898
		Summe 519...		.....	382,505	75.000,000	75.382,505	75.315,005	60.405,898
		Summe 1/51...		0,002	3.527,746	2.797,663	6.325,411	4.036,633	16.219,825
		Summe 7/51...		.....	.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	60.017,750
		Gesamtausgaben 51...		0,002	3.527,746	77.797,663	81.325,411	79.036,633	76.237,575

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51304	43	Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)		1.368,000	.....	1.368,000	1.378,000	7.601,591
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU)		0,001	.....	0,001	0,001	629,646
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)		9.749,097	.....	9.749,097	12.059,720	1.133,682
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU) *EAGFL/Ausrichtung (EU)*		1.477,112	.....	1.477,112	1.748,140	423,565
		Summe 513...		12.594,211	.....	12.594,211	15.185,862	9.788,484
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,000
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes		.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	60.026,250
		Summe 519...		0,001	75.000,000	75.000,001	75.000,001	60.026,250
		Summe 2/51...		14.769,941	3.771,471	18.541,412	25.818,664	36.348,024
		Summe 8/51...		.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	60.026,250
		Gesamteinnahmen 51...		14.769,941	78.771,471	93.541,412	100.818,664	96.374,274

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:
1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/52		**Öffentliche Abgaben:**						
2/520		Einkommen- und Vermögensteuern:						
2/52004		Veranlagte Einkommensteuer	*	38.600,000	.....	38.600,000	36.000,000	29.995,369
	22			*3.075,592*	.....	*3.075,592*	*3.084,488*	*2.995,630*
	43			*35.524,408*	.....	*35.524,408*	*32.915,512*	*26.999,739*
2/52014		Lohnsteuer	*	183.300,000	.....	183.300,000	162.300,000	150.226,806
	22			*10.532,224*	.....	*10.532,224*	*10.399,193*	*10.340,498*
	43			*172.767,776*	.....	*172.767,776*	*151.900,807*	*139.886,309*
2/52024		Kapitalertragsteuer	*	4.000,000	.....	4.000,000	3.700,000	4.071,647
	22			*77,360*	.....	*77,360*	*78,060*	*91,490*
	43			*3.922,640*	.....	*3.922,640*	*3.621,940*	*3.980,157*
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		24.000,000	.....	24.000,000	22.300,000	20.841,263
2/52034		Körperschaftsteuer	*	50.200,000	.....	50.200,000	43.000,000	28.083,372
	22			*970,868*	.....	*970,868*	*907,300*	*631,033*
	43			*49.229,132*	.....	*49.229,132*	*42.092,700*	*27.452,339*
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		5,000	.....	5,000	5,000	8,844
2/52044	43	Gewerbesteuer	*	100,000	.....	100,000	500,000	1.695,040
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer		80,000	.....	80,000	380,000	1.259,689
2/52064	43	Vermögensteuer		10,000	.....	10,000	100,000	616,016
2/52065	43	Erbschaftssteueräquivalent		0,001	.....	0,001	10,000	186,882
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		2.000,000	.....	2.000,000	1.600,000	1.128,569
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		280,000	.....	280,000	280,000	277,551
2/52084	43	Bodenwertabgabe		75,000	.....	75,000	75,000	75,785
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		7.500,000	.....	7.500,000	7.400,000	7.188,642
2/52094	43	Sonderabgabe von Banken		0,001	.....	0,001	10,000	96,261
		Summe 520		310.150,002	.....	310.150,002	277.660,000	245.751,735
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	140,000	.....	140,000	140,000	140,496
		Summe 520 und 521		310.290,002	.....	310.290,002	277.800,000	245.892,231
2/522		Umsatzsteuer:						
2/52204	43	Umsatzsteuer		213.000,000	.....	213.000,000	210.700,000	179.948,915
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben:						
2/52304	43	Zölle		4.090,000	.....	4.090,000	3.590,000	4.104,845
2/52364	43	Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben		10,000	.....	10,000	10,000	196,114
		Summe 523		4.100,000	.....	4.100,000	3.600,000	4.300,959

Anmerkungen:

2/52004, 2/52014, 2/52024, 2/52034: Aufgabenbereich 22: Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 2/52874 und 2/52875.

43: Hievon sind für den Katastrophenfonds vorgesehen:

VA-Ansatz	BVA 1997	BVA 1996 Mill. S	Erfolg 1995
2/52004	517,293	523,878	620,630
2/52014	2.515,779	2.417,626	3.215,497
2/52024	57,120	57,646	91,490
2/52034	716,856	669,940	631,033
Insgesamt	3.807,048	3.669,090	4.558,650

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52894.

2/52044 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.

2/52180 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (79,968 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen 1/12456 (5,645 Millionen Schilling), 1/12486 (8,467 Millionen Schilling), 1/50408 (5,600 Millionen Schilling) und 2/52804, AB 13 (40,320 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:
1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/524		Verbrauchsteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		13.700,000	.....	13.700,000	13.100,000	12.241,302
2/52414	43	Biersteuer		2.100,000	.....	2.100,000	2.100,000	2.204,465
2/52420	34	Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)	*	0,002	.....	0,002	0,002	-147,000
2/52444	43	Mineralölsteuer		33.500,000	.....	33.500,000	33.500,000	31.459,030
2/52464	43	Alkoholsteuer		900,000	.....	900,000	900,000	758,523
2/52484	43	Schaumweinsteuer		250,000	.....	250,000	250,000	360,446
2/52474	*43*	*Weinsteuer*		.....	.....	.....	.....	60,368
2/52494	*43*	*Abgabe auf Stärkeerzeugnisse*		.....	.....	.....	.....	65,876
		Summe 524...		50.450,002	.....	50.450,002	49.850,002	47.003,010
2/525		Stempel- und Rechtsgebühren:						
2/52504	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren		3.000,000	.....	3.000,000	3.000,000	3.032,457
2/52524	43	Übrige Gebühren		5.800,000	.....	5.800,000	5.600,000	5.403,632
		Summe 525...		8.800,000	.....	8.800,000	8.600,000	8.436,089
2/526		Verkehrsteuern:						
2/52600	43	Sicherheitsabgabe (zweckgebundene Einnahmen)	*	250,000	.....	250,000	220,000	186,253
2/52604	43	Kapitalverkehrsteuern		1.300,000	.....	1.300,000	1.200,000	1.231,297
2/52615	43	Energieabgabe		7.000,000	.....	7.000,000	3.000,000	.....
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		5.700,000	.....	5.700,000	5.300,000	4.742,340
2/52634	43	Grunderwerbsteuer		5.600,000	.....	5.600,000	5.500,000	5.411,743
2/52644	43	Versicherungssteuer		10.300,000	.....	10.300,000	9.400,000	8.590,034
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		8.100,000	.....	8.100,000	7.700,000	7.578,992
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe		900,000	.....	900,000	1.700,000	2.479,727
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	*	721,000	.....	721,000	830,000	797,825
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		619,000	.....	619,000	715,000	742,378
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.300,000	.....	1.300,000	1.250,000	1.120,609
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.300,000	.....	2.300,000	2.250,000	2.332,338
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	*	320,000	.....	320,000	300,000	285,162
2/52614	*43*	*Sonderabgabe von Erdöl*		.....	.....	.....	.....	137,445
2/52680	*36*	*Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)*		.....	.....	.....	.....	-1.042,242
2/52684	*43*	*Außenhandelsförderungsbeitrag*		.....	.....	.....	.....	-96,820
		Summe 526...		44.410,000	.....	44.410,000	39.365,000	34.497,081
		Summe 522 bis 526...		320.760,002	.....	320.760,002	312.115,002	274.186,054
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		570,004	.....	570,004	370,005	1.102,080
		Summe 520 bis 527...		631.620,008	.....	631.620,008	590.285,007	521.180,365

Anmerkungen:

2/52420 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60496.

2/52600 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1130 mitveranschlagt; Rücklagenzuführung 129,999 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249.

2/52661 Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz:

	BVA 1997	BVA 1996 Mill. S	Erfolg 1995
1/65204	721,000	830,000	797,825

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 (272,000 Millionen Schilling) sowie beim VA-Ansatz 1/18628 (48,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten		.....	12, 800	.....	12, 800	12, 800	5, 973
1/52718	43	Verkaufsvergütungen		.....	114, 450	.....	114, 450	114, 450	106, 701
1/52728	43	Verfahrenskosten		.....	14, 970	.....	14, 970	14, 970	12, 656
		Gesamtausgaben 52		.....	142, 220	.....	142, 220	142, 220	125, 330

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/528		Ab Überweisungen (I):						
2/52804		Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	*	-159792,452	.....	-159792,452	-152700,162	-135451,638
	13			*-40,320*	.....	*-40,320*	*-40,320*	*-40,463*
	43			*-159752,132*	.....	*-159752,132*	*-152659,842*	*-135411,175*
2/52805	43	Steueranteil für die Fonds		-0,001	.....	-0,001	-1.352,694	-1.136,424
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden	*	-100,000	.....	-100,000	-500,000	-1.490,363
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	*	-5.155,920	.....	-5.155,920	-4.969,041	-4.558,651
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	*	-9.500,000	.....	-9.500,000	-9.500,000	-9.500,000
2/52894	43	An den Katastrophenfonds	*	-3.807,048	.....	-3.807,048	-3.669,090	-4.516,088
2/52880	*36*	*Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 528...		-178355,421	.....	-178355,421	-172690,987	-156653,163
2/529		Ab Überweisungen (II):						
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union		-30.100,000	.....	-30.100,000	-29.434,000	-18.754,020
		Gesamteinnahmen 52...		423.164,587	.....	423.164,587	388.160,020	345.773,182

Anmerkungen:
2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.
2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.
2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.
2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/53		**Finanzausgleich:**	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder		.....	1.460,000	.....	1.460,000	1.350,000	1.358,724
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden		.....	1.052,589	.....	1.052,589	1.005,507	949,157
1/53037	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden		.....	100,000	.....	100,000	100,000	100,000
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.		.....	691,000	.....	691,000	355,050	.....
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden		.....	15,000	.....	15,000	15,000	2,880
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut		.....	65,000	.....	65,000	65,000	64,940
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.		.....	300,000	.....	300,000	300,000	300,000
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten		.....	1.929,680	.....	1.929,680	1.787,480	1.764,038
		Summe 530...		.....	5.613,269	.....	5.613,269	4.978,037	4.539,740
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz		.....	440,000	.....	440,000	440,000	411,281
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	293,000	.....	293,000	293,000	293,000
1/53228	13	Aufwendungen		.....	49,600	.....	49,600	49,600	2,880
		Summe 5322...		.....	342,600	.....	342,600	342,600	295,880
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG		.....	156,000	.....	156,000	156,000	155,804
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG		.....	30.057,941	.....	30.057,941	27.680,865	23.317,936
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden		.....	120,000	.....	120,000	120,000	120,000
1/53257	*43*	*Bundeszuschuß an das Land Kärnten*		.....	.....	.....	.....	.....	25,000
		Summe 532...		.....	31.116,541	.....	31.116,541	28.739,465	24.325,901
1/53306	22	Kinderbetreuungseinrichtungen		.....	0,001	.....	0,001	.....	.....

Anmerkungen:
1/53 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/53		**Finanzausgleich:**						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes		0,002	.....	0,002	0,002	0,289
2/53214	43	Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/53254	23	Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion ...		0,001	.....	0,001	0,001	6,000
2/53274	23	Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987		0,003	.....	0,003	0,003	.....
		Summe 532...		0,007	.....	0,007	0,007	6,289

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen		.....	135,150	.....	135,150	130,253	111,227
1/53418	43	Zahlungen an Länder		.....	378,801	.....	378,801	365,074	311,400
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden		.....	292,001	.....	292,001	281,419	240,175
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen		.....	0,011	.....	0,011	0,011	0,000
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*	.....	237,941	.....	237,941	229,318	408,615
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*	.....	2.593,155	.....	2.593,155	2.487,026	2.122,454
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*	.....	50,000	.....	50,000	50,000	50,000
1/53488	43	Hagelversicherung	*	.....	120,000	.....	120,000	120,000	119,806
1/53448	*43*	*Ausgleich von Härten nach Nuklearereignissen*		.....	.....	.....	.....	6,000	0,894
		Summe 534		.....	3.807,059	.....	3.807,059	3.669,101	3.364,570
		Gesamtausgaben 53		.....	40.536,870	.....	40.536,870	37.386,603	32.230,211

Anmerkungen:

1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64260 und 2/77300, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858, 1/64268 und 1/77368 verausgabt werden.

1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64160, 2/64250, 2/64260, 2/64400 und 2/64421, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/64166, 1/64253, 1/64258, 1/64268, 1/64403, 1/64408 und 1/64448 verausgabt werden.

1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.

1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):						
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds	*	3.867,049	.....	3.867,049	3.729,091	4.643,190
		Gesamteinnahmen 53...		3.867,056	.....	3.867,056	3.729,098	4.649,479

Anmerkungen:

2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (3.807,048 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen (60,001 Millionen Schilling). Rücklagenzuführung 59,990 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249. Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/534.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
54		**Bundesvermögen:**	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen		.....	.....	1.354,610	1.354,610	2.997,251	2.855,505
1/54093		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	50,011	50,011	2,010	.....
	23			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	32			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	33			.....	.....	*50,003*	*50,003*	*0,004*	.....
	36			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*1,000*	.....
	37			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	.....	*0,003*	*0,003*	*1,002*	.....
1/54003	*33*	*Verstaatlichte Unternehmungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 540...		.....	.....	1.404,625	1.404,625	2.999,265	2.855,505
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/54108	43	Aufwendungen		.....	1,057	.....	1,057	61,057	.....
		Summe 541...		.....	1,059	.....	1,059	61,059	.....

Anmerkungen:

54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/54		**Bundesvermögen:**						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		125,745	.....	125,745	125,745	125,746
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/54052	*38*	*Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5405...		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	80,000	.....	80,000	80,000	676,768
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		4.427,500	.....	4.427,500	4.927,500	5.383,487
		Summe 5407...		4.507,500	.....	4.507,500	5.007,500	6.060,256
2/54084	36	Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen.	*	308,000	.....	308,000	308,000	398,000
2/54094		Sonstige Unternehmungen		459,307	.....	459,307	1.458,816	450,936
	23			*25,600*	.....	*25,600*	*25,600*	*25,974*
	32			*3,200*	.....	*3,200*	*3,200*	*2,449*
	33			*48,000*	.....	*48,000*	*47,500*	*80,000*
	36			*40,001*	.....	*40,001*	*1.040,001*	*0,000*
	37			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*342,505*	.....	*342,505*	*342,514*	*342,513*
		Summe 540...		5.400,553	0,001	5.400,554	6.900,063	7.034,938
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184		Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
	33			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	4.700,008	5.888,750
	23			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	*2.208,750*
	35			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	*3.680,000*
	38			.....	*0,003*	*0,003*	*4.700,003*	.....
		Summe 5418...		0,002	0,008	0,010	4.700,010	5.888,750
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung		.....	0,130	0,130	0,130	0,126
	13			.....	*0,126*	*0,126*	*0,126*	*0,126*
	33			.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	36			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 541...		0,004	0,138	0,142	4.700,142	5.888,876

Anmerkungen:
2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (80,000 Millionen Schilling).
2/54084 Gemäß § 4 des Tabakmonopolgesetzes 1968, BGBl. Nr. 38/1968, ist die Austria Tabakwerke AG mit der Verwaltung des Tabakmonopols betraut.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/542		Bundesdarlehen:							
1/54255		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	40, 205	40, 205	42, 205	124, 882
	23			.....	.....	*40, 202*	*40, 202*	*42, 202*	*44, 882*
	32			.....	.....	*0, 001*	*0, 001*	*0, 001*	.....
	33			.....	.....	*0, 002*	*0, 002*	*0, 002*	*80, 000*
1/54285	43	Ausland		.....	.....	0, 001	0, 001	0, 001	143, 755
		Summe 542...		.....	.....	40, 206	40, 206	42, 206	268, 637
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)		.....	0, 180	.....	0, 180	0, 180	.....
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)		.....	1, 825	.....	1, 825	1, 825	.....
		Summe 545...		.....	2, 005	.....	2, 005	2, 005	.....
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen		.....	2, 010	.....	2, 010	1, 910	0, 406

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN. Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/542		Bundesdarlehen:						
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		87,716	.....	87,716	83,438	74,728
	23			*80,830*	.....	*80,830*	*76,351*	*71,303*
	32			*0,150*	.....	*0,150*	*0,215*	*0,368*
	33			*6,736*	.....	*6,736*	*6,872*	*3,057*
2/54259		Darlehensrückzahlungen		.....	81,539	81,539	79,185	79,466
	23			.....	*68,264*	*68,264*	*65,910*	*64,612*
	32			.....	*5,224*	*5,224*	*5,224*	*6,804*
	33			.....	*8,050*	*8,050*	*8,050*	*8,050*
	36			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 5425...		87,716	81,539	169,255	162,623	154,194
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		110,000	.....	110,000	110,000	91,473
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5428...		110,000	0,001	110,001	110,001	91,473
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,056	.....	0,056	0,056	0,060
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen		.....	0,149	0,149	0,149	0,147
		Summe 5429...		0,056	0,149	0,205	0,205	0,207
		Summe 542...		197,772	81,689	279,461	272,829	245,874
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/54307	33	Rückzahlungen		.....	50,000	50,000	0,001	87,249
		Summe 543...		0,001	50,000	50,001	0,002	87,249
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5450		Verwertung verfallener Vermögenschaften (Bewegl. Bundesverm.):						
2/54504	43	Erträge		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/54507	43	Veräußerungserlöse		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5450...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....
2/5451		Einziehungen aufgrund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		73,684	.....	73,684	73,684	84,653
2/54510	*43*	*Einnahmen aufgrund gesonderter Bundesgesetze (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5451...		73,684	.....	73,684	73,684	84,653
		Summe 545...		73,685	0,001	73,686	73,686	84,653
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*	.....	1,012	1,012	1,012	0,392
2/54607	43	Veräußerungen		.....	239,053	239,053	282,293	400,907
2/54624	43	Belastungen		1.112,000	.....	1.112,000	1.112,000	584,605
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,000	.....	1,000	1,000	5,048
2/54634	*43*	*Nutzungen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 546...		1.113,000	240,065	1.353,065	1.396,305	990,952

Anmerkungen:

2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40103 (1,001 Millionen Schilling), 1/60993 (0,003 Millionen Schilling), 1/64633 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,002 Millionen Schilling) und 1/64753 (0,003 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)		.....	30,000	.....	30,000	26,400	22,065
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)		.....	3.243,000	.....	3.243,000	3.246,600	2.470,784
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)		.....	.....	7.227,000	7.227,000	7.227,000	7.358,768
		Summe 5470		.....	3.273,000	7.227,000	10.500,000	10.500,000	9.851,617
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*	.....	865,200	.....	865,200	798,200	596,904
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)		.....	.....	0,390	0,390	0,390	.....
	22			.....	.....	*0,034*	*0,034*	*0,034*	.....
	32			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	34			.....	.....	*0,340*	*0,340*	*0,340*	.....
	35			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	36			.....	.....	*0,011*	*0,011*	*0,011*	.....
		Summe 5471		.....	865,200	0,390	865,590	798,590	596,904
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)		.....	.....	1.500,001	1.500,001	1.800,001	250,000
		Summe 5472		.....	0,002	1.500,001	1.500,003	1.800,003	250,000
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 547		.....	4.138,203	8.727,391	12.865,594	13.098,594	10.698,522

Anmerkungen:
1/54718 Hievon 1997 325,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:					
2/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG)(zweckgeb. Geb.):					
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	3.600,000	.....	3.600,000	3.600,000	2.919,001
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	.....	6.900,000	6.900,000	6.900,000	8.134,722
		Summe 5470...	3.600,000	6.900,000	10.500,000	10.500,000	11.053,723
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:					
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG). *	325,000	.....	325,000	325,000	147,022
2/54714	36	Erfolgswirksame Einnahmen	326,182	.....	326,182	326,182	365,383
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,083	0,083	0,158	0,121
	22		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	32		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33		.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	34		.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,045*
	35		.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	36		.....	*0,076*	*0,076*	*0,151*	*0,076*
		Summe 5471...	651,182	0,083	651,265	651,340	512,526
		Summe 547...	4.251,182	6.900,083	11.151,265	11.151,340	11.566,249

Anmerkungen:
2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds		.....	5,587	.....	5,587	5,654	5,711
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW		.....	175,001	.....	175,001	150,001	134,400
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien		.....	3,600	.....	3,600	9,625	6,092
		Summe 5482...		.....	178,601	.....	178,601	159,626	140,492
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse		.....	521,000	.....	521,000	521,000	525,960
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen		.....	69,002	.....	69,002	62,002	350,200
	11			.....	*4,000*	.....	*4,000*	*4,000*	*4,600*
	33			.....	*65,000*	.....	*65,000*	*58,000*	*345,600*
	38			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	43			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2.892,977	.....	2.892,977	3.031,594	95,141
	12			.....	*16,500*	.....	*16,500*	*16,500*	*15,141*
	21			.....	*70,000*	.....	*70,000*	*150,000*	*80,000*
	36			.....	*2.806,477*	.....	*2.806,477*	*2.865,094*	.....
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	922,436	.....	922,436	1.910,185	4.348,824
1/54848		Aufwendungen		.....	2.446,390	.....	2.446,390	2.201,023	2.356,631
	36			.....	*73,600*	.....	*73,600*	*67,504*	*60,505*
	38			.....	*672,789*	.....	*672,789*	*673,518*	*814,337*
	43			.....	*1.700,001*	.....	*1.700,001*	*1.460,001*	*1.481,789*
		Summe 5484...		.....	6.330,805	.....	6.330,805	7.204,804	7.150,796
		Summe 548...		.....	7.035,993	.....	7.035,993	7.891,084	7.822,960
		Summe 1/54...		.....	10.256,834	10.172,222	20.429,056	22.185,938	17.297,205
		Summe 7/54...		.....	922,436	.....	922,436	1.910,185	4.348,824
		Gesamtausgaben 54...		.....	11.179,270	10.172,222	21.351,492	24.096,123	21.646,029

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,702	.....	2,702	2,602	2,817
2/54834	38	Verschiedene Abfuhren		200,000	.....	200,000	250,000	204,426
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen		5,400	.....	5,400	5,400	5,616
2/54845	43	Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen		1.961,803	.....	1.961,803	38,197	.....
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5484...		1.967,203	0,001	1.967,204	43,598	5,616
		Summe 548...		2.169,905	0,001	2.169,906	296,200	212,860
		Gesamteinnahmen 54...		13.206,102	7.271,978	20.478,080	24.790,567	26.111,651

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestandswirksame Ausgaben	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/55		**Pensionen (Hoheitsverwaltung):**	*						
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		23.029,099	.....	.....	23.029,099	22.953,669	21.908,000
1/55010	43	Versorgungsbezüge		5.678,236	.....	.....	5.678,236	5.908,292	5.758,789
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		8,983	.....	.....	8,983	10,854	10,700
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		931,202	.....	.....	931,202	904,424	846,010
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen		.....	93,425	.....	93,425	102,799	96,655
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	512,894	.....	512,894	538,115	500,156
		Summe 550		29.647,520	606,319	.....	30.253,839	30.418,153	29.120,310
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer		.....	9.009,715	.....	9.009,715	8.857,156	8.529,254
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		171,894	.....	.....	171,894	191,617	189,793
1/55210	43	Versorgungsbezüge		104,083	.....	.....	104,083	106,582	107,435
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		50,797	.....	.....	50,797	57,618	56,121
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		10,820	.....	.....	10,820	11,510	11,124
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen		.....	0,640	.....	0,640	0,836	0,791
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	28,756	.....	28,756	31,106	27,202
		Summe 552		337,594	29,396	.....	366,990	399,269	392,465
1/55305		Pensionsvorschüsse		.....	.....	0,778	0,778	1,278	0,084
	23			.....	.....	*0,166*	*0,166*	*0,304*	.....
	43			.....	.....	*0,612*	*0,612*	*0,974*	*0,084*
1/55400	43	Geldaushilfen		1,019	.....	.....	1,019	3,019	0,057
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	21.945,000	.....	21.945,000	21.220,000	20.630,000
1/5551		Post- und Telekom Austria AG:							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	12.291,500	.....	12.291,500	7.630,000	.....
		Summe 555		.....	34.236,500	.....	34.236,500	28.850,000	20.630,000
		Gesamtausgaben 55		29.986,133	43.881,930	0,778	73.868,841	68.528,875	58.672,169

Anmerkungen:
1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/55		**Pensionen (Hoheitsverwaltung):**						
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete		0,492	.....	0,492	0,492	0,535
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		224,042	.....	224,042	226,448	219,198
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 550...		224,535	.....	224,535	226,941	219,733
2/552		Sonstige Bedienstete:						
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		3,563	.....	3,563	5,198	6,208
2/55309		Pensionsvorschußersätze		.....	0,184	0,184	0,174	0,167
	23			.....	*0,005*	*0,005*	*0,005*	.....
	43			.....	*0,179*	*0,179*	*0,169*	*0,167*
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:						
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:						
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen		5.080,000	.....	5.080,000	5.110,000	4.954,374
2/5551		Post- und Telekom Austria AG:						
2/55514	33	Beitrag der Post- und Telekom Austria AG		4.200,000	.....	4.200,000	2.800,000	.....
		Summe 555...		9.280,000	.....	9.280,000	7.910,000	4.954,374
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:						
2/55604	43	Pensionsbeiträge		6.579,532	.....	6.579,532	6.430,867	6.235,000
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern		386,038	.....	386,038	369,822	409,765
2/55615	43	Pensionssicherungsbeitrag		455,233	.....	455,233	446,952	317,479
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 556...		7.420,805	.....	7.420,805	7.247,643	6.962,245
		Gesamteinnahmen 55...		16.928,903	0,184	16.929,087	15.389,956	12.142,727

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
59		**Finanzschuld, Währungstauschverträge:**	*						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
1/59008	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	37.693,223	.....	37.693,223	38.906,936	34.861,258
7/59009	43	Tilgung		.....	.....	29.419,353	29.419,353	29.328,117	32.880,502
		Summe 5900		.....	37.693,223	29.419,353	67.112,576	68.235,053	67.741,760
5901		Bundesobligationen:							
1/59018	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	3.741,114	.....	3.741,114	4.523,888	5.116,565
7/59019	43	Tilgung		.....	.....	22.854,062	22.854,062	11.329,077	14.107,000
		Summe 5901		.....	3.741,114	22.854,062	26.595,176	15.852,965	19.223,565
5908		Bundesschatzscheine:							
1/59088	43	Verzinsung		.....	4.048,652	.....	4.048,652	4.807,241	5.812,443
7/59089	43	Tilgung		.....	.....	10.115,042	10.115,042	30.357,042	36.782,000
1/59087	*43*	*Verzinsung*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5908		.....	4.048,652	10.115,042	14.163,694	35.164,283	42.594,443
		Summe 590		.....	45.482,989	62.388,457	107.871,446	119.252,301	129.559,768
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen:							
1/59108	43	Verzinsung		.....	9.043,214	.....	9.043,214	9.430,733	7.408,459
7/59109	43	Tilgung		.....	.....	4.982,504	4.982,504	6.509,614	3.217,811
		Summe 5910		.....	9.043,214	4.982,504	14.025,718	15.940,347	10.626,270
5911		Darlehen von Kreditunternehmungen:							
1/59118	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	12.806,219	.....	12.806,219	14.385,369	14.526,624
7/59119	43	Tilgung		.....	.....	9.565,840	9.565,840	7.203,154	5.715,208
		Summe 5911		.....	12.806,219	9.565,840	22.372,059	21.588,523	20.241,832
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/59128	43	Verzinsung		.....	0,030	.....	0,030	0,031	0,032
7/59129	43	Tilgung		.....	.....	0,114	0,114	0,113	0,111
		Summe 5912		.....	0,030	0,114	0,144	0,144	0,143
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
7/59149	43	Tilgung		.....	.....	4,631	4,631	4,631	1.152,661
1/59148	*43*	*Verzinsung*		.....	.....	.....	.....	.....	28,851
		Summe 5914		.....	.....	4,631	4,631	4,631	1.181,512
5919		*Notenbankschuld:*							
1/59198	*43*	*Verzinsung*		.....	.....	.....	.....	.....	6,659
7/59199	*43*	*Tilgung*		.....	.....	.....	.....	.....	596,768
		Summe 5919		.....	.....	.....	.....	.....	603,428
		Summe 591		.....	21.849,463	14.553,089	36.402,552	37.533,645	32.653,185

Anmerkungen:
59 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
59		**Finanzschuld, Währungstauschverträge:**						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5900		Anleihen:						
2/59006	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,504	.....	0,504	0,504	735,761
8/59009	43	Erlöse - Anleihen		.....	0,001	0,001	25.400,001	102.874,000
		Summe 5900...		0,504	0,001	0,505	25.400,505	103.609,761
5901		Bundesobligationen:						
2/59014	43	Beiträge zum Schuldendienst		0,002	.....	0,002	0,002	.....
8/59019	43	Erlöse - Bundesobligationen		.....	0,001	0,001	1.350,001	6.640,000
		Summe 5901...		0,002	0,001	0,003	1.350,003	6.640,000
5908		Bundesschatzscheine:						
2/59084	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	20,344
8/59089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine		.....	0,001	0,001	12.500,001	25.208,000
		Summe 5908...		0,001	0,001	0,002	12.500,002	25.228,344
		Summe 590...		0,507	0,003	0,510	39.250,510	135.478,104
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen:						
2/59104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
8/59109	43	Erlöse - Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen		.....	0,001	0,001	7.755,001	30.563,000
		Summe 5910...		0,001	0,001	0,002	7.755,002	30.563,000
5911		Darlehen von Kreditunternehmungen:						
2/59114	43	Beiträge zum Schuldendienst		0,002	.....	0,002	0,002	.....
8/59119	43	Erlöse - Darlehen von Kreditunternehmungen		.....	0,001	0,001	5.000,001	12.800,000
		Summe 5911...		0,002	0,001	0,003	5.000,003	12.800,000
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:						
2/59124	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
8/59129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5912...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:						
2/59144	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
8/59149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5914...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....
		Summe 591...		0,005	0,004	0,009	12.755,009	43.363,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
592		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung:							
5920		Anleihen:							
1/59208	43	Aufgeld		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
7/59209	43	Tilgung		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 5920		.....	0,002	0,002	0,004	0,004	.....
5921		Bundesobligationen:							
1/59218	43	Aufgeld		.....	280,832	.....	280,832	0,003	.....
7/59219	43	Tilgung		.....	.....	300,002	300,002	0,003	.....
		Summe 5921		.....	280,832	300,002	580,834	0,006	.....
		Summe 592		.....	280,834	300,004	580,838	0,010	.....
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5930		Anleihen:							
1/59308	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	15.641,803	.....	15.641,803	16.554,264	15.238,589
7/59309	43	Tilgung		.....	.....	15.797,053	15.797,053	14.141,039	6.733,844
		Summe 5930		.....	15.641,803	15.797,053	31.438,856	30.695,303	21.972,434
5931		Schuldverschreibungen:							
1/59318	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	421,862	.....	421,862	284,779	251,496
7/59319	43	Tilgung		.....	.....	1.700,008	1.700,008	2.000,007	767,275
		Summe 5931		.....	421,862	1.700,008	2.121,870	2.284,786	1.018,771
		Summe 593		.....	16.063,665	17.497,061	33.560,726	32.980,089	22.991,204
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5944		Kredite und Darlehen:							
1/59448	43	Verzinsung		.....	1.209,843	.....	1.209,843	1.175,072	1.167,383
7/59449	43	Tilgung		.....	.....	494,193	494,193	4.377,744	12.187,755
		Summe 594		.....	1.209,843	494,193	1.704,036	5.552,816	13.355,138

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5930		Anleihen:						
2/59306	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005	.....	0,005	0,005	1.640,057
8/59309	43	Erlöse - Anleihen		.....	0,001	0,001	19.244,689	52.835,785
		Summe 5930...		0,005	0,001	0,006	19.244,694	54.475,843
5931		Schuldverschreibungen:						
2/59316	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006	.....	0,006	4,005	0,034
8/59319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen		.....	0,001	0,001	5.933,051	.....
		Summe 5931...		0,006	0,001	0,007	5.937,056	0,034
		Summe 593...		0,011	0,002	0,013	25.181,750	54.475,877
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5944		Kredite und Darlehen:						
2/59444	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	167,924
8/59449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen		.....	0,001	0,001	0,001	9.875,965
		Summe 594...		0,002	0,001	0,003	0,003	10.043,889

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
595		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
1/59508	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	4.351,710	.....	4.351,710	5.172,406	6.054,294
7/59509	43	Tilgung		.....	.....	13.429,652	13.429,652	13.740,400	23.601,379
		Summe 5950		.....	4.351,710	13.429,652	17.781,362	18.912,806	29.655,673
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59518	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	280,082	.....	280,082	240,085	384,880
7/59519	43	Tilgung		.....	.....	0,004	0,004	0,004	1.525,245
		Summe 5951		.....	280,082	0,004	280,086	240,089	1.910,125
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59548	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	93,899	.....	93,899	77,342	96,184
7/59549	43	Tilgung		.....	.....	423,386	423,386	0,001	.....
		Summe 5954		.....	93,899	423,386	517,285	77,343	96,184
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59568	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,003	.....	0,003	0,003	.....
7/59569	43	Tilgung		.....	.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 5956		.....	0,003	0,003	0,006	0,006	.....
1/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:							
7/59589	43	Kapitalzahlung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/5959		Finanzschuld in fremder Währung:							
7/59599	43	Kapitalzahlung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 595		.....	4.725,694	13.853,047	18.578,741	19.230,246	31.661,982
596		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5960		Anleihen in fremder Währung:							
1/59608	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	1.089,871	.....	1.089,871	1.348,848	1.183,141
7/59609	43	Tilgung		.....	.....	2.554,267	2.554,267	1.458,138	.....
		Summe 5960		.....	1.089,871	2.554,267	3.644,138	2.806,986	1.183,141
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59618	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	100,634	.....	100,634	102,700	99,396
7/59619	43	Tilgung		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 5961		.....	100,634	0,002	100,636	102,702	99,396
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59648	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
7/59649	43	Tilgung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5964		.....	0,001	0,001	0,002	0,002	.....
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59668	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	64,601	.....	64,601	159,079	163,892
7/59669	43	Tilgung		.....	.....	351,777	351,777	776,486	.....
		Summe 5966		.....	64,601	351,777	416,378	935,565	163,892
		Summe 596		.....	1.255,107	2.906,047	4.161,154	3.845,255	1.446,429

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
595		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):						
5950		Anleihen in fremder Währung:						
2/59506	43	Zinsen und Aufgeld		6.288,510	.....	6.288,510	8.100,871	6.549,028
8/59509	43	Kapital		.....	12.025,024	12.025,024	11.180,129	20.650,402
		Summe 5950...		6.288,510	12.025,024	18.313,534	19.281,000	27.199,429
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59516	43	Zinsen und Aufgeld		166,984	.....	166,984	144,419	221,105
8/59519	43	Kapital		.....	0,004	0,004	0,004	767,275
		Summe 5951...		166,984	0,004	166,988	144,423	988,380
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59546	43	Zinsen und Aufgeld		170,285	.....	170,285	153,879	166,359
8/59549	43	Kapital		.....	477,750	477,750	0,001	.....
		Summe 5954...		170,285	477,750	648,035	153,880	166,359
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59566	43	Zinsen und Aufgeld		0,004	.....	0,004	0,004	.....
8/59569	43	Kapital		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 5956...		0,004	0,003	0,007	0,007	.....
2/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:						
8/59589	43	Kapitalforderung		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/5959		Finanzschuld in fremder Währung:						
8/59599	43	Kapitalforderung		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 595...		6.625,783	12.502,783	19.128,566	19.579,312	28.354,168
596		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5960		Anleihen in fremder Währung:						
2/59606	43	Zinsen und Aufgeld		1.530,944	.....	1.530,944	2.060,314	1.574,596
8/59609	43	Kapital		.....	2.894,905	2.894,905	2.186,555	.....
		Summe 5960...		1.530,944	2.894,905	4.425,849	4.246,869	1.574,596
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59616	43	Zinsen und Aufgeld		84,895	.....	84,895	83,420	93,500
8/59619	43	Kapital		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 5961...		84,895	0,002	84,897	83,422	93,500
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59646	43	Zinsen und Aufgeld		0,002	.....	0,002	0,002	.....
8/59649	43	Kapital		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5964...		0,002	0,001	0,003	0,003	.....
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59666	43	Zinsen und Aufgeld		58,753	.....	58,753	179,140	120,888
8/59669	43	Kapital		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 5966...		58,753	0,003	58,756	179,143	120,888
		Summe 596...		1.674,594	2.894,911	4.569,505	4.509,437	1.788,984

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
597		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung:							
5970		Anleihen:							
1/59708	43	Aufgeld		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
7/59709	43	Tilgung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5970		.....	0,001	0,001	0,002	0,002	.....
5971		Schuldverschreibungen:							
1/59718	43	Aufgeld		.....	0,001	.....	0,001	0,001	703,600
7/59719	43	Tilgung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	703,600
		Summe 5971		.....	0,001	0,001	0,002	0,002	1.407,200
		Summe 597		.....	0,002	0,002	0,004	0,004	1.407,200
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5981		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/59818	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,400	.....	0,400	0,400	0,002
7/59819	43	Tilgung		.....	.....	0,200	0,200	0,200	0,002
		Summe 5981		.....	0,400	0,200	0,600	0,600	0,004
5983		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/59837	43	Dotierung des Nullkuponfonds		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/59838	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	9.238,123	.....	9.238,123	357,821	.....
7/59839	43	Tilgung		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 5983		.....	9.238,125	0,002	9.238,127	357,825	.....
5985		Devisentermingeschäfte:							
1/59858	43	Aufwendungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	33,381
7/59859	43	Aufwendungen (B)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	502,145
		Summe 5985		.....	0,001	0,001	0,002	0,002	535,525
		Summe 598		.....	9.238,526	0,203	9.238,729	358,427	535,529
1/599		Sonstiger Aufwand:							
1/59908	43	Aufwendungen		.....	2.958,384	.....	2.958,384	3.383,391	4.925,452
1/59917	43	Dotierung des Nullkuponfonds		.....	335,188	.....	335,188	335,190	375,864
		Summe 599		.....	3.293,572	.....	3.293,572	3.718,581	5.301,316
		Summe 1/59		.....	103.399,695	.....	103.399,695	101.245,589	98.438,446
		Summe 7/59		.....	.....	111.992,103	111.992,103	121.225,785	140.473,306
		Gesamtausgaben 59		.....	103.399,695	111.992,103	215.391,798	222.471,374	238.911,751

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/59849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG		.....	165.471,904	165.471,904	123.164,457	.....
5985		Devisentermingeschäfte:						
2/59854	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	33,407
8/59859	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	502,535
		Summe 5985...		0,001	0,001	0,002	0,002	535,941
		Summe 598...		0,001	165.471,905	165.471,906	123.164,459	535,941
2/599		Sonstige Einnahmen:						
2/59904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006	.....	0,006	15,086	2.338,809
2/59914	43	Überweisung des Nullkuponfonds		280,002	.....	280,002	0,004	709,446
		Summe 599...		280,008	.....	280,008	15,090	3.048,254
		Summe 2/59...		8.580,911	.....	8.580,911	10.741,664	14.371,256
		Summe 8/59...		.....	180.869,609	180.869,609	213.713,906	262.716,962
		Gesamteinnahmen 59...		8.580,911	180.869,609	189.450,520	224.455,570	277.088,218

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/60		**Land- und Forstwirtschaft:**							
1/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		321,660			321,660	321,997	321,247
1/60003		Anlagen				9,538	9,538	9,538	8,018
	41					*0,003*	*0,003*	*0,003*	*0,394*
	43					*9,535*	*9,535*	*9,535*	*7,624*
1/60005		Bezugsvorschüsse				4,648	4,648	4,648	4,648
	23					*1,098*	*1,098*	*1,098*	*0,974*
	43					*3,550*	*3,550*	*3,550*	*3,674*
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			46,919		46,919	46,919	37,107
	22				*6,550*		*6,550*	*6,550*	*6,122*
	43				*40,369*		*40,369*	*40,369*	*30,985*
1/60008		Aufwendungen	*		162,296		162,296	162,296	173,724
	41				*0,002*		*0,002*	*0,002*	
	43				*162,294*		*162,294*	*162,294*	*173,724*
		Summe 6000		321,660	209,215	14,186	545,061	545,398	544,744
1/60018	34	Agrarmarkt Austria			346,480		346,480	346,480	362,035
1/60023		Kapitalbeteiligungen				0,016	0,016	0,016	0,043
	34					*0,014*	*0,014*	*0,014*	*0,043*
	38					*0,002*	*0,002*	*0,002*	
1/60028	34	Zahlungen an die BIG			1,952		1,952	1,952	
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen			335,000		335,000	335,000	250,369
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen			38,457		38,457	38,457	36,626
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*		92,544		92,544	92,544	56,914
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	*		38,120		38,120	30,120	28,686
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen				0,214	0,214	0,214	0,715
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,040		0,040	0,040	0,013
1/60078	43	Aufwendungen			2,475		2,475	2,475	4,008
		Summe 6007			2,515	0,214	2,729	2,729	4,736
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen			38,436		38,436	38,436	8,977
	34				*38,419*		*38,419*	*38,419*	*8,977*
	37				*0,017*		*0,017*	*0,017*	
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)			28,700		28,700	28,700	34,989
1/60088	43	Internationale Maßnahmen *Internationale Nahrungsmittelhilfe*			37,702		37,702	37,702	37,154
		Summe 6008			104,838		104,838	104,838	81,120
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*		16,690		16,690	16,690	11,721
		Summe 600		321,660	1.185,811	14,416	1.521,887	1.514,224	1.376,994

Anmerkungen:

1/60008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 1997 85,395 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 1997 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/60		**Land- und Forstwirtschaft:**						
2/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
2/6000		Zentralleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60004		Erfolgswirksame Einnahmen		26,143	.....	26,143	26,643	42,668
	34			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
	43			*26,140*	.....	*26,140*	*26,640*	*42,668*
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,058	0,058	0,058	0,116
	41			.....	*0,003*	*0,003*	*0,003*	*0,020*
	43			.....	*0,055*	*0,055*	*0,055*	*0,096*
2/60009		Bezugsvorschußersätze		.....	4,451	4,451	4,451	4,156
	23			.....	*0,901*	*0,901*	*0,901*	*1,016*
	43			.....	*3,550*	*3,550*	*3,550*	*3,139*
		Summe 6000...		26,144	4,509	30,653	31,153	46,939
2/60028		Kapitalbeteiligungen		.....	1,012	1,012	1,012	0,011
	34			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	*0,011*
	38			.....	*1,011*	*1,011*	*1,011*	.....
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen		32,732	.....	32,732	30,427	1,610
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,810	.....	1,810	1,810	1,333
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	85,395	.....	85,395	85,395	51,720
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,104	.....	0,104	0,104	0,094
		Summe 6005...		85,499	.....	85,499	85,499	51,814
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/6007		Qualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,500	.....	0,500	0,500	6,277
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,100	0,100	0,100	0,053
		Summe 6007...		0,500	0,100	0,600	0,600	6,330
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	12,000	.....	12,000	12,000	5,891
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	0,016
		Summe 6009...		12,002	.....	12,002	12,002	5,907
		Summe 600...		158,689	5,621	164,310	162,505	113,945

Anmerkungen:
2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.
2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.
2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):	*						
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen		.....	157,883	.....	157,883	157,883	181,641
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)	*	.....	102,000	.....	102,000	102,000	102,929
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft	*	.....	78,636	.....	78,636	78,636	99,899
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen		.....	540,732	.....	540,732	432,732	496,931
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen		.....	391,132	.....	391,132	452,132	622,269
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen		.....	44,485	.....	44,485	44,485	67,813
1/60176		Sozialpolitische Maßnahmen		.....	7,906	.....	7,906	7,906	10,439
	22			.....	*4,481*	.....	*4,481*	*4,481*	*3,840*
	23			.....	*3,425*	.....	*3,425*	*3,425*	*6,599*
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen		.....	758,226	.....	758,226	808,226	847,177
1/60188	34	Aufwendungen		.....	3,300	.....	3,300	3,300	0,980
		Summe 6018		.....	761,526	.....	761,526	811,526	848,157
1/60196		Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben	*	.....	2,599	.....	2,599	2,599	2,627
	12			.....	*2,598*	.....	*2,598*	*2,598*	*2,451*
	34			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	*0,175*
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen	*	.....	29,564	.....	29,564	29,564	31,727
1/60116	*34*	*Fruchtfolgeförderung*		.....	.....	.....	.....	.....	2,558
		Summe 601		.....	2.116,463	.....	2.116,463	2.119,463	2.466,989
1/602		Agrarische Strukturförderung:							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)		.....	1.743,000	.....	1.743,000	1.743,000	799,954
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes		.....	2.225,000	.....	2.225,000	2.225,000	1.139,184
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen		.....	235,000	.....	235,000	235,000	301,365
1/60236	34	Finanzinstrument f. d. Ausr. d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU		.....	5,140	.....	5,140	5,140	1,434
1/60246	34	Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch. wes.; BA		.....	5,000	.....	5,000	5,000	2,355
		Summe 602		.....	4.213,140	.....	4.213,140	4.213,140	2.244,292

Anmerkungen:

1/601 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60136 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.

1/60196 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

1/60198 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):					
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ..... *	0,002	.....	0,002	0,002	8,800
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,101	.....	0,101	0,101	0,900
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen	.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen ..... *	0,003	.....	0,003	0,003	0,575
		Summe 601...	0,106	0,001	0,107	0,107	10,275
2/602		Agrarische Strukturförderung:					
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	0,014

Anmerkungen:
2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.
2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/603		Marktordnungsmaßnahmen:							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA		.....	5.158,808	.....	5.158,808	5.158,808	5.269,039
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)		.....	179,555	.....	179,555	179,555	19,290
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA		.....	1.619,637	.....	1.619,637	1.619,637	1.089,779
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen		.....	5.525,066	.....	5.525,066	5.525,066	5.431,633
1/60356	34	Nationale Marktordnungsmaßnahmen; Überw. a. d. AMA		.....	186,129	.....	186,129	239,389	60,559
1/60368	34	Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen		.....	3,525	.....	3,525	3,525	.....
1/60336	*34*	*EAGFL-Garantie, Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 603...		.....	12.672,720	.....	12.672,720	12.725,980	11.870,299
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60416	34	Brotgetreide, Maßn. aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/60436	34	Futtergetreide, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,002	.....	0,002	0,002	108,322
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	46,463
1/60496	34	Milch und Milchprodukte, Maßn. a. zweckgeb. Einn. gem. §85 MOG	*	.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/6044		*Abs. u. Verw. f. stärke-, öl-, eiweißhält. Früchte u. Grünbrache:*							
1/60444	*34*	*Zuschüsse gem. Stärkeförderungsgesetz*		.....	.....	.....	.....	.....	81,014
1/60446	*34*	*Sonstige Förderungen*		.....	.....	.....	.....	9,100	492,848
		Summe 6044...		.....	.....	.....	.....	9,100	573,862
1/60456	*34*	*Tiere und tierische Produkte, Förderungen.*		.....	.....	.....	.....	0,162	151,797
1/6047		*Milch und Milchprodukte:*							
1/60476	*34*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,184	649,353
1/60478	*34*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	1,980	7,891
		Summe 6047...		.....	.....	.....	.....	2,164	657,244
		Summe 604...		.....	0,007	.....	0,007	11,433	1.537,688

Anmerkungen:
1/60416 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60410.
1/60436 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60430.
1/60466 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.
1/60486 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.
1/60496 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52420.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/603		Marktordnungsmaßnahmen:					
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	3,530
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel	497,502	.....	497,502	499,418	117,981
		Summe 603...	497,504	.....	497,504	499,420	121,511
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:					
2/60405	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,101	.....	0,101	0,101	6,346
2/60410	34	Brotgetreide, zweckgeb. Im- und Exportausgleiche. *	0,001	.....	0,001	0,001	0,835
2/60430	34	Futtergetreide, zweckgeb. Im-u. Exportausgleiche. *	0,001	.....	0,001	0,001	-0,220
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen .... *	0,002	.....	0,002	0,002	63,898
2/60464	34	Tiere und tier. Produkte, erfolgswirksame Einnahmen	0,004	.....	0,004	0,004	.....
2/6047		Milch und Milchprodukte:					
2/60474	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	.....	0,001	0,001	1,433
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen .... *	0,001	.....	0,001	0,001	46,862
		Summe 604...	0,111	.....	0,111	0,111	119,156

Anmerkungen:
2/60410 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60416.
2/60430 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60436.
2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.
2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		359,745	.....	.....	359,745	361,297	375,284
1/60503	11	Anlagen		.....	.....	12,985	12,985	12,985	17,521
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,248	.....	6,248	6,248	6,028
1/60508	11	Aufwendungen		.....	67,578	.....	67,578	67,578	66,424
		Summe 6050		359,745	73,826	12,985	446,556	448,108	465,257
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:							
1/60510	12	Personalausgaben		302,298	.....	.....	302,298	287,901	284,205
1/60513	12	Anlagen		.....	.....	97,694	97,694	97,657	23,982
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,751	.....	4,751	2,271	1,377
1/60518	12	Aufwendungen		.....	93,934	.....	93,934	86,104	73,875
		Summe 6051		302,298	98,685	97,694	498,677	473,933	383,440
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		64,355	.....	.....	64,355	64,671	64,863
1/60523	11	Anlagen		.....	.....	0,359	0,359	0,359	1,251
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,743	.....	0,743	0,743	0,473
1/60528	11	Aufwendungen		.....	12,300	.....	12,300	12,300	9,660
		Summe 6052		64,355	13,043	0,359	77,757	78,073	76,247
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		105,150	.....	.....	105,150	105,174	104,155
1/60533	12	Anlagen		.....	.....	2,202	2,202	2,202	5,790
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,473	.....	0,473	0,473	0,265
1/60538	12	Aufwendungen		.....	25,869	.....	25,869	25,869	21,781
		Summe 6053		105,150	26,342	2,202	133,694	133,718	131,991
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		16,509	.....	.....	16,509	16,517	16,203
1/60543	12	Anlagen		.....	.....	0,399	0,399	0,399	0,809
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,018	.....	0,018	0,018	0,018
1/60548	12	Aufwendungen		.....	3,055	.....	3,055	3,055	2,961
		Summe 6054		16,509	3,073	0,399	19,981	19,989	19,990

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen		62,855	.....	62,855	62,855	63,147
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,329	0,329	0,329	0,282
		Summe 6050...		62,855	0,329	63,184	63,184	63,429
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen		71,836	.....	71,836	54,200	39,780
2/60515	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,900	0,900	0,739	0,316
		Summe 6051...		71,837	0,900	72,737	54,940	40,096
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen		13,388	.....	13,388	13,388	12,030
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 6052...		13,388	0,003	13,391	13,391	12,030
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,533	.....	2,533	2,533	2,604
2/60535	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,096	0,096	0,096	0,025
		Summe 6053...		2,534	0,096	2,630	2,630	2,629
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,211	.....	0,211	0,211	0,163
2/60545	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,001	0,001	0,001	0,000
		Summe 6054...		0,212	0,001	0,213	0,213	0,164

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:							
1/60550	12	Personalausgaben		40,539	.....	.....	40,539	40,554	42,159
1/60553	12	Anlagen		.....	.....	4,612	4,612	4,612	8,450
1/60557	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,170	.....	1,170	1,170	0,519
1/60558	12	Aufwendungen		.....	28,518	.....	28,518	28,518	27,160
		Summe 6055		40,539	29,688	4,612	74,839	74,854	78,289
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:							
1/60560	12	Personalausgaben		5,087	.....	.....	5,087	5,089	5,292
1/60563	12	Anlagen		.....	.....	0,333	0,333	0,333	0,351
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,005	.....	0,005	0,005	0,023
1/60568	12	Aufwendungen		.....	2,015	.....	2,015	2,015	2,251
		Summe 6056		5,087	2,020	0,333	7,440	7,442	7,918
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:							
1/60580	12	Personalausgaben		46,859	.....	.....	46,859	46,868	47,717
1/60583	12	Anlagen		.....	.....	1,251	1,251	1,251	6,497
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,771	.....	0,771	0,771	0,573
1/60588	12	Aufwendungen		.....	9,822	.....	9,822	9,822	10,357
		Summe 6058		46,859	10,593	1,251	58,703	58,712	65,144
1/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:							
1/60590	12	Personalausgaben		24,135	.....	.....	24,135	24,140	24,138
1/60593	12	Anlagen		.....	.....	1,657	1,657	1,657	1,576
1/60597	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,080	.....	0,080	0,080	0,042
1/60598	12	Aufwendungen		.....	3,473	.....	3,473	3,473	3,724
		Summe 6059		24,135	3,553	1,657	29,345	29,350	29,480
1/6057		*Bundesanstalten für Tierzucht:*							
1/60570	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	14,544	18,960
1/60573	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,037	0,405
1/60577	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	2,480	1,974
1/60578	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	7,830	9,751
		Summe 6057		.....	.....	.....	.....	24,891	31,090
		Summe 605		964,677	260,823	121,492	1.346,992	1.349,070	1.288,846
1/606		Übergangsregelungen:							
1/60606	34	Degressive Ausgleichszahlungen		.....	2.793,214	.....	2.793,214	4.521,508	5.797,097
1/60608	34	Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.		.....	8,500	.....	8,500	8,500	4,799
1/60616	34	Lagerabwertungen		.....	0,002	.....	0,002	0,002	3.440,000
1/60626	*34*	*Sonstige Übergangsmaßnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....	466,698
		Summe 606		.....	2.801,716	.....	2.801,716	4.530,010	9.708,594
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	457,245	.....	457,245	457,245	469,953
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		20,692	.....	.....	20,692	20,730	20,779
1/60723	34	Anlagen		.....	.....	0,710	0,710	0,710	5,564
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,282	.....	0,282	0,282	0,136
1/60728	34	Aufwendungen		.....	6,347	.....	6,347	6,347	6,095
		Summe 6072		20,692	6,629	0,710	28,031	28,069	32,574
		Summe 607		20,692	463,874	0,710	485,276	485,314	502,527

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:						
2/60554	12	Erfolgswirksame Einnahmen		38,058	.....	38,058	38,058	25,574
2/60555	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,357
2/60557	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,135	0,135	0,135	0,048
		Summe 6055...		38,059	0,135	38,194	38,194	25,978
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:						
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,037	.....	0,037	0,037	0,087
2/60565	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,088
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6056...		0,038	0,002	0,040	0,040	0,175
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:						
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen		9,192	.....	9,192	9,192	12,838
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,026	0,026	0,026	0,042
		Summe 6058...		9,192	0,026	9,218	9,218	12,880
2/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:						
2/60594	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,870	.....	2,870	2,870	2,981
2/60595	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	0,069
2/60597	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,032	0,032	0,032	0,005
		Summe 6059...		2,871	0,032	2,903	2,903	3,055
2/6057		*Bundesanstalten für Tierzucht:*						
2/60574	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	17,636	19,333
2/60577	*12*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,161	0,188
		Summe 6057...		.....	.....	.....	17,797	19,521
		Summe 605...		200,986	1,524	202,510	202,510	179,956
2/606		Übergangsregelungen:						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGBl. Nr. 1103/94		15,001	.....	15,001	15,001	.....
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen		5,215	.....	5,215	5,215	6,223
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,033	0,033	0,033	0,045
		Summe 6072...		5,215	0,033	5,248	5,248	6,268
		Summe 607...		5,216	0,033	5,249	5,249	6,268

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		133,109	.....	.....	133,109	133,212	135,713
1/60803	34	Anlagen		.....	.....	1,583	1,583	1,583	12,537
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,729	.....	4,729	4,729	3,629
	22			.....	*4,653*	.....	*4,653*	*4,653*	*3,576*
	34			.....	*0,076*	.....	*0,076*	*0,076*	*0,053*
1/60808	34	Aufwendungen	*	.....	15,819	.....	15,819	15,819	15,066
		Summe 6080		133,109	20,548	1,583	155,240	155,343	166,944
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen		.....	.....	0,146	0,146	0,146	10,494
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,350	.....	0,350	0,350	0,146
1/60818	34	Aufwendungen		.....	4,721	.....	4,721	4,721	1,221
		Summe 6081		.....	5,071	0,146	5,217	5,217	11,861
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen		.....	0,004	.....	0,004	0,004	.....
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 6082		.....	0,005	.....	0,005	0,005	.....
1/6083		Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	827,334	.....	827,334	721,205	800,986
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach-u. Lawinenverbauungen(zweckg. Geb)	*	.....	30,955	.....	30,955	30,955	26,130
		Summe 6083		.....	858,289	.....	858,289	752,160	827,116
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne		.....	36,917	.....	36,917	36,917	35,159
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*	.....	316,001	.....	316,001	316,001	287,120
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.		.....	0,923	.....	0,923	0,923	2,923
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):							
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*	.....	338,717	.....	338,717	338,717	346,277
		Summe 608		133,109	1.576,471	1,729	1.711,309	1.605,283	1.677,400

Anmerkungen:

1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/60808 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.

1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.

1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.

1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:					
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:					
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,853	.....	0,853	0,853	0,729
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,059	0,059	0,059	0,016
		Summe 6080...	0,853	0,059	0,912	0,912	0,746
2/6081		Öffentliches Wassergut:					
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen	25,850	.....	25,850	25,850	23,705
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:					
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen) *	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/60824	*34*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,003
		Summe 6082...	0,001	.....	0,001	0,001	0,003
2/6084		Bundesflüsse:					
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)	46,688	.....	46,688	46,688	28,980
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) *	1.615,008	.....	1.615,008	1.508,879	1.517,326
		Summe 608...	1.688,400	0,059	1.688,459	1.582,330	1.570,760

Anmerkungen:
2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.
2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (102,000 Millionen Schilling), 1/60808 (0,001 Millionen Schilling), 1/60836 (827,334 Millionen Schilling), 1/60838 (30,955 Millionen Schilling), 1/60858 (316,001 Millionen Schilling) und 1/60876 (338,717 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytosanitäre Kontrollen:							
		Grenzbeschaudienst							
1/60903	43	Anlagen		.....	.....	0,193	0,193	0,193	.....
1/60908	43	Aufwendungen		.....	5,412	.....	5,412	5,412	12,067
		Summe 6090		.....	5,412	0,193	5,605	5,605	12,067
1/6091		Bundeskellereiinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben		16,931	.....	.....	16,931	16,992	14,947
1/60913	43	Anlagen		.....	.....	0,341	0,341	0,341	0,836
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,070	.....	0,070	0,070	0,040
1/60918	43	Aufwendungen		.....	4,383	.....	4,383	4,383	4,625
		Summe 6091		16,931	4,453	0,341	21,725	21,786	20,449
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben		96,053	.....	.....	96,053	96,223	97,186
1/60933	37	Anlagen		.....	.....	4,334	4,334	4,334	6,364
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,200	.....	4,200	4,200	2,359
1/60938	37	Aufwendungen		.....	33,861	.....	33,861	33,861	33,205
		Summe 6093		96,053	38,061	4,334	138,448	138,618	139,113
1/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:							
1/60940	13	Personalausgaben		48,804	.....	.....	48,804	48,941	49,762
1/60943	13	Anlagen		.....	.....	1,529	1,529	1,529	0,951
1/60947	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,670	.....	1,670	1,670	1,402
1/60948	13	Aufwendungen		.....	7,964	.....	7,964	7,964	8,018
		Summe 6094		48,804	9,634	1,529	59,967	60,104	60,132
1/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:							
1/60950	34	Personalausgaben		58,798	.....	.....	58,798	58,892	58,783
1/60953	34	Anlagen		.....	.....	1,512	1,512	1,512	5,356
1/60957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,398	.....	4,398	4,398	3,719
1/60958	34	Aufwendungen		.....	19,795	.....	19,795	25,815	34,269
		Summe 6095		58,798	24,193	1,512	84,503	90,617	102,127
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:							
1/60960	34	Personalausgaben		9,575	.....	.....	9,575	9,575	9,568
1/60963	34	Anlagen		.....	.....	0,240	0,240	0,240	0,763
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,089	.....	1,089	1,089	0,899
1/60968	34	Aufwendungen		.....	7,256	.....	7,256	7,256	6,187
		Summe 6096		9,575	8,345	0,240	18,160	18,160	17,416
1/6099		Bauhöfe:							
1/60990	34	Personalausgaben		62,079	.....	.....	62,079	62,083	53,573
1/60993	34	Anlagen	*	.....	.....	8,152	8,152	8,152	28,215
1/60997		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,049	.....	4,049	4,049	2,360
	22			.....	*2,372*	.....	*2,372*	*2,372*	*0,862*
	34			.....	*1,677*	.....	*1,677*	*1,677*	*1,498*
1/60998	34	Aufwendungen		.....	27,399	.....	27,399	27,399	26,094
		Summe 6099		62,079	31,448	8,152	101,679	101,683	110,243
		Summe 609		292,240	121,546	16,301	430,087	436,573	461,547
		Gesamtausgaben 60		1.732,378	25.412,571	154,648	27.299,597	28.990,490	33.135,175

Anmerkungen:
1/60993 Hievon 1997 0,003 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschaudienst		0,043	.....	0,043	0,043	16,774
2/6091		Bundeskellereiinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,450	.....	1,450	1,450	0,891
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,106	0,106	0,106	0,088
		Summe 6091...		1,450	0,106	1,556	1,556	0,979
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934		Erfolgswirksame Einnahmen		21,742	.....	21,742	21,742	20,695
	37			*21,742*	.....	*21,742*	*21,742*	*20,695*
	12			.....	.....	.....	.....	.....
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,101	0,101	0,101	0,081
		Summe 6093...		21,742	0,101	21,843	21,843	20,776
2/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:						
2/60944	13	Erfolgswirksame Einnahmen		27,008	.....	27,008	27,008	33,559
2/60947	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	1,401	1,401	1,401	2,432
		Summe 6094...		27,008	1,401	28,409	28,409	35,991
2/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:						
2/60954		Erfolgswirksame Einnahmen		52,160	.....	52,160	52,160	48,511
	12			*0,301*	.....	*0,301*	*0,301*	*0,278*
	34			*51,859*	.....	*51,859*	*51,859*	*48,233*
2/60957	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	2,098	2,098	2,098	2,785
		Summe 6095...		52,160	2,098	54,258	54,258	51,296
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		14,863	.....	14,863	14,863	16,720
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,031	0,031	0,031	0,007
		Summe 6096...		14,863	0,031	14,894	14,894	16,728
2/6099		Bauhöfe:						
2/60994	34	Erfolgswirksame Einnahmen		127,783	.....	127,783	127,783	107,843
2/60997	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,364	0,364	0,364	0,611
		Summe 6099...		127,783	0,364	128,147	128,147	108,454
		Summe 609...		245,049	4,101	249,150	249,150	250,998
		Gesamteinnahmen 60...		2.811,064	11,339	2.822,403	2.716,385	2.372,881

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/63		**Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:**							
1/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:							
1/6300		Zentralleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		529,878	.....	.....	529,878	530,266	535,373
1/63003	43	Anlagen		.....	.....	27,797	27,797	27,797	19,559
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	42,774	.....	42,774	42,774	235,332
	22			.....	*8,878*	.....	*8,878*	*8,878*	*9,087*
	43			.....	*33,896*	.....	*33,896*	*33,896*	*226,245*
1/63008		Aufwendungen	*	.....	147,991	.....	147,991	147,991	147,831
	21			.....	*0,010*	.....	*0,010*	*0,010*	*0,010*
	43			.....	*147,981*	.....	*147,981*	*147,981*	*147,822*
		Summe 6300		529,878	190,765	27,797	748,440	748,828	938,096
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
	35			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
1/63016	38	Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung		.....	40,000	.....	40,000	40,000	52,656
		Summe 6301		.....	40,000	0,002	40,002	40,002	52,656
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63026	41	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
1/63028	41	Aufwendungen		.....	0,434	.....	0,434	0,434	0,350
		Summe 6302		.....	0,435	.....	0,435	0,435	0,350
1/6303		Beteiligungen an EG-Programmen:							
1/63038	43	Aufwendungen		.....	0,008	.....	0,008	0,008	.....
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63043	41	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/63048	41	Aufwendungen		.....	0,527	.....	0,527	0,527	0,425
		Summe 6304		.....	0,527	0,001	0,528	0,528	0,425
		Summe 630		529,878	231,735	27,800	789,413	789,801	991,527

Anmerkungen:
1/63008 Hievon 1997 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63001.
1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/63		**Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:**						
2/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:						
2/6300		Zentralleitung:						
2/63001	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,003	.....	0,003	0,003	.....
2/63004		Erfolgswirksame Einnahmen		94,529	.....	94,529	94,529	193,607
	21			*0,042*	.....	*0,042*	*0,042*	*0,202*
	43			*94,487*	.....	*94,487*	*94,487*	*193,405*
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,100	0,100	0,100	0,005
		Summe 6300...		94,532	0,100	94,632	94,632	193,612
2/6301		Kapitalbeteiligungen:						
2/63014		Erträge		26,003	.....	26,003	0,003	79,587
	35			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	38			*26,002*	.....	*26,002*	*0,002*	*79,587*
2/63017		Erlöse		.....	0,002	0,002	0,002	.....
	35			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 6301...		26,003	0,002	26,005	0,005	79,587
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:						
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:						
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	0,008
		Summe 630...		120,538	0,102	120,640	94,640	273,207

Anmerkungen:
2/63001 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):	*						
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'		.....	350,000	.....	350,000	350,000	311,677
1/6311		Tourismus:							
1/63114	38	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.		.....	0,002	.....	0,002	0,002	55,232
1/63116	38	Förderungen		.....	288,689	.....	288,689	288,647	274,185
1/63118	38	Aufwendungen		.....	31,483	.....	31,483	31,483	26,612
		Summe 6311...		.....	320,174	.....	320,174	320,132	356,029
1/6312		Elektrizitätswirtschaft:							
1/63125	35	Förderungen (D)		.....	.....	0,002	0,002	0,002	.....
1/63126	35	Förderungen		.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
		Summe 6312...		.....	0,001	0,002	0,003	0,003	.....
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63135	36	Förderungen (D)		.....	.....	0,003	0,003	0,003	.....
1/63136	36	Förderungen		.....	175,107	.....	175,107	175,107	175,005
		Summe 6313...		.....	175,107	0,003	175,110	175,110	175,005
1/6315		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen:							
1/63152	38	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/63154	36	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.		.....	0,002	.....	0,002	0,002	264,488
1/63155	36	Förderungen (D)		.....	.....	12,000	12,000	12,000	12,000
1/63156		Förderungen		.....	605,849	.....	605,849	605,891	458,627
	35			.....	*70,000*	.....	*70,000*	*88,000*	*125,949*
	36			.....	*535,849*	.....	*535,849*	*517,891*	*332,678*
1/63158		Aufwendungen		.....	31,907	.....	31,907	31,907	29,295
	36			.....	*23,107*	.....	*23,107*	*23,107*	*20,495*
	38			.....	*8,800*	.....	*8,800*	*8,800*	*8,800*
		Summe 6315...		.....	637,758	12,001	649,759	649,801	764,410
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):							
1/63175	36	Förderungen (D)	*	.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/63176	36	Förderungen	*	.....	697,099	.....	697,099	710,857	700,911
1/63178	36	Aufwendungen	*	.....	25,503	.....	25,503	25,503	2,064
		Summe 6317...		.....	722,602	0,001	722,603	736,361	702,974
1/63186		Strukturmaßnahmen EU		.....	0,003	.....	0,003	0,003	.....
	36			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
	38			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195		Bezugsvorschüsse		.....	.....	11,000	11,000	11,000	7,588
	23			.....	.....	*2,935*	*2,935*	*2,935*	*1,568*
	43			.....	.....	*8,065*	*8,065*	*8,065*	*6,020*
1/63196	43	Förderungen		.....	1,400	.....	1,400	1,400	1,224
		Summe 6319...		.....	1,400	11,000	12,400	12,400	8,812
		Summe 631...		.....	2.207,045	23,007	2.230,052	2.243,810	2.318,906

Anmerkungen:

1/631 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

1/63175 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.

1/63176 Hievon 1997 71,115 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.

1/63178 Hievon 1997 12,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170, 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63171 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63173.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6311		Tourismus:						
2/63114	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006	.....	0,006	0,006	.....
2/63119	38	Darlehensrückzahlungen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6311...		0,006	0,002	0,008	0,008	.....
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,340	.....	0,340	0,340	0,201
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen		.....	1,770	1,770	1,770	1,118
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	1,320
2/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
2/63134	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/63139	36	Darlehensrückzahlungen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 6313...		0,002	0,003	0,005	0,005	.....
2/6315		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen:						
2/63154	36	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	.....	2,000	2,000	1,137
2/63159	36	Darlehensrückzahlungen		.....	15,000	15,000	15,000	9,948
		Summe 6315...		2,000	15,000	17,000	17,000	11,086
2/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
2/63170	36	Mittel gemäß ITF-Gesetz	*	83,616	.....	83,616	97,374	112,191
2/63171	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002	.....	0,002	0,002	.....
2/63173	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*	.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6317...		83,618	0,001	83,619	97,377	112,191
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199		Bezugsvorschußersätze		.....	7,800	7,800	7,800	7,074
	23			.....	*1,300*	*1,300*	*1,300*	*1,338*
	43			.....	*6,500*	*6,500*	*6,500*	*5,736*
		Summe 631...		85,966	24,576	110,542	124,300	131,670

Anmerkungen:

2/63170 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.
Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/63175 (0,001 Millionen Schilling), 1/63176 (71,115 Millionen Schilling und 1/63178 (12,500 Millionen Schilling).

2/63171 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

2/63173 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/632		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6320		Österreichisches Patentamt:							
1/63200	36	Personalausgaben		131,347	.....	.....	131,347	131,459	132,208
1/63203	36	Anlagen		.....	.....	5,550	5,550	5,550	5,658
1/63207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,900	.....	2,900	2,900	2,336
	22			.....	*2,732*	.....	*2,732*	*2,732*	*2,191*
	36			.....	*0,168*	.....	*0,168*	*0,168*	*0,145*
1/63208	36	Aufwendungen		.....	40,670	.....	40,670	40,670	32,370
		Summe 6320...		131,347	43,570	5,550	180,467	180,579	172,572
1/63217	36	Oberster Patent- und Markensenat	*	.....	1,380	.....	1,380	1,380	0,469
		Summe 632...		131,347	44,950	5,550	181,847	181,959	173,041
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		26,111	.....	.....	26,111	26,142	26,309
1/63303	43	Anlagen		.....	.....	1,256	1,256	1,256	1,387
1/63307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,649	.....	0,649	0,649	0,496
	22			.....	*0,639*	.....	*0,639*	*0,639*	*0,493*
	43			.....	*0,010*	.....	*0,010*	*0,010*	*0,002*
1/63308	43	Aufwendungen		.....	5,705	.....	5,705	5,705	5,741
		Summe 633...		26,111	6,354	1,256	33,721	33,752	33,933
		Gesamtausgaben 63...		687,336	2.490,084	57,613	3.235,033	3.249,322	3.517,407

Anmerkungen:
1/63217 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6320 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/632		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6320		Österreichisches Patentamt:						
2/63204	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz		285,000	.....	285,000	285,000	286,605
2/63205		Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		11,000	.....	11,000	11,000	12,064
	21			*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	36			*10,999*	.....	*10,999*	*10,999*	*12,064*
2/63207	36	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
2/63209	36	Darlehensrückzahlungen		.....	0,228	0,228	0,228	0,330
		Summe 632		296,000	0,232	296,232	296,232	298,999
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		4,000	.....	4,000	4,000	2,988
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		286,434	.....	286,434	286,434	215,871
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,012	0,012	0,012	0,074
		Summe 633		290,434	0,012	290,446	290,446	218,933
		Gesamteinnahmen 63		792,938	24,922	817,860	805,618	922,810

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/64		**Bauten und Technik:**							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		13,287	.....	.....	13,287	13,289	13,289
1/64013	37	Anlagen		.....	.....	3,000	3,000	3,000	6,431
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,015	.....	0,015	0,015	0,009
1/64018	37	Aufwendungen		.....	11,502	.....	11,502	11,502	7,819
		Summe 6401		13,287	11,517	3,000	27,804	27,806	27,547
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		9,678	.....	.....	9,678	9,691	9,736
1/64028	37	Aufwendungen		.....	0,146	.....	0,146	0,146	0,148
		Summe 6402		9,678	0,146	.....	9,824	9,837	9,884
1/6403		Beschußämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		5,176	.....	.....	5,176	5,180	5,218
1/64033	43	Anlagen		.....	.....	0,360	0,360	0,360	0,337
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,020	.....	0,020	0,020	.....
1/64038	43	Aufwendungen		.....	1,947	.....	1,947	1,947	1,483
		Summe 6403		5,176	1,967	0,360	7,503	7,507	7,037
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen		.....	.....	0,034	0,034	0,034	0,139
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,200	.....	0,200	0,200	0,195
1/64068	37	Aufwendungen		.....	0,675	.....	0,675	0,675	0,350
		Summe 6406		.....	0,875	0,034	0,909	0,909	0,684
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen		.....	.....	1,100	1,100	1,100	0,176
1/64078	43	Aufwendungen		.....	33,680	.....	33,680	33,680	32,832
		Summe 6407		.....	33,680	1,100	34,780	34,780	33,008
1/6405		*Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung):*							
1/64053	*21*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/64057	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/64058	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,007
		Summe 6405		.....	.....	.....	.....	.....	0,007
		Summe 640		28,141	48,185	4,494	80,820	80,839	78,168

Anmerkungen:
1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/64		**Bauten und Technik:**						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300	.....	0,300	0,300	0,192
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,007	0,007	0,007	0,020
		Summe 6401		0,300	0,007	0,307	0,307	0,212
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		16,240	.....	16,240	16,240	12,626
2/6403		Beschußämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,130	.....	2,130	2,130	1,589
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
		Summe 6403		2,130	0,004	2,134	2,134	1,589
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,700	.....	2,700	2,700	2,484
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,004	0,004	0,004	.....
		Summe 6406		2,700	0,004	2,704	2,704	2,484
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010	.....	0,010	0,010	.....
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6407		0,010	0,002	0,012	0,012	.....
2/6405		*Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung)*:						
2/64054	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
2/64057	*21*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6405		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 640		21,380	0,017	21,397	21,397	16,911

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):	*						
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,005	0,005	0,005	-0,062
1/64146	12	Förderungen		.....	4,492	.....	4,492	4,492	5,612
1/64148	12	Aufwendungen		.....	0,003	.....	0,003	0,003	0,311
		Summe 6414		.....	4,495	0,005	4,500	4,500	5,861
1/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/64155	33	Förderungen (D)		.....	.....	0,401	0,401	0,401	0,375
1/64156	33	Förderungen		.....	0,512	.....	0,512	0,512	.....
		Summe 6415		.....	0,512	0,401	0,913	0,913	0,375
1/64166		Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	*	.....	437,610	.....	437,610	437,610	115,931
	33			.....	*437,609*	.....	*437,609*	*437,609*	*115,931*
	34			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
1/6417		Technisches Versuchswesen:							-
1/64175	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,005	0,005	0,005	.....
1/64176	12	Förderungen		.....	27,339	.....	27,339	27,339	27,293
1/64178	12	Aufwendungen		.....	12,000	.....	12,000	12,000	10,004
		Summe 6417		.....	39,339	0,005	39,344	39,344	37,297
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen		.....	0,100	.....	0,100	0,100	0,112
1/64188	12	Aufwendungen		.....	2,317	.....	2,317	2,317	1,515
		Summe 6418		.....	2,417	.....	2,417	2,417	1,626
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64196	34	Förderungen		.....	29,500	.....	29,500	34,557	58,700
1/64198	43	Aufwendungen		.....	7,145	.....	7,145	7,145	6,110
		Summe 6419		.....	36,645	.....	36,645	41,702	64,810
		Summe 641		.....	521,018	0,411	521,429	526,486	225,901

Anmerkungen:
1/641 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.
1/64166 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64160.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):					
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:					
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen	0,027	.....	0,027	0,027	0,044
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen	.....	0,124	0,124	0,124	0,575
		Summe 6412...	0,027	0,124	0,151	0,151	0,620
2/6414		Wohnbauforschung:					
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,700	.....	0,700	0,700	0,801
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen	.....	4,000	4,000	4,000	4,177
		Summe 6414...	0,700	4,000	4,700	4,700	4,978
2/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):					
2/64154	33	Erfolgswirksame Einnahmen	0,003	.....	0,003	0,003	.....
2/64159	33	Darlehensrückzahlungen	.....	0,300	0,300	0,300	0,635
		Summe 6415...	0,003	0,300	0,303	0,303	0,635
2/64160	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.) *	437,610	.....	437,610	437,610	116,854
2/6417		Technisches Versuchswesen:					
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,330	.....	0,330	0,330	.....
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen	.....	0,200	0,200	0,200	.....
		Summe 6417...	0,330	0,200	0,530	0,530	.....
2/6418		Allgemeine Bauforschung:					
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,002	.....	0,002	0,002	.....
		Summe 641...	438,672	4,624	443,296	443,296	123,087

Anmerkungen:
2/64160 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansatz 1/64166.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/642		Bundesstraßenverwaltung:	*						
1/6420		Bundesstraßen B:							
1/64203	32	Anlagen	*	.....	.....	2. 208, 100	2. 208, 100	2. 500, 000	2. 536, 589
1/64208	32	Aufwendungen	*	.....	1. 094, 185	.....	1. 094, 185	1. 086, 627	1. 143, 788
		Summe 6420...		.....	1. 094, 185	2. 208, 100	3. 302, 285	3. 586, 627	3. 680, 377
1/6421		Bundesstraßen S:							
1/64213	32	Anlagen	*	.....	.....	280, 000	280, 000	70, 000	53, 631
1/64218	32	Aufwendungen	*	.....	100, 000	.....	100, 000	90, 000	104, 476
		Summe 6421...		.....	100, 000	280, 000	380, 000	160, 000	158, 108
1/6422		Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben):							
1/64223	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*	.....	.....	240, 000	240, 000	240, 000	278, 039
1/64227	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	16, 000	.....	16, 000	16, 000	16, 655
1/64228	32	Aufwendungen	*	.....	2. 717, 295	.....	2. 717, 295	2. 758, 953	2. 668, 693
		Summe 6422...		.....	2. 733, 295	240, 000	2. 973, 295	3. 014, 953	2. 963, 387
1/6423		Bundesstraßen A:							
1/64233	32	Anlagen	*	.....	.....	1. 098, 000	1. 098, 000	750, 000	611, 898
1/64238	32	Aufwendungen	*	.....	770, 000	.....	770, 000	649, 000	667, 762
		Summe 6423...		.....	770, 000	1. 098, 000	1. 868, 000	1. 399, 000	1. 279, 661
1/6424		Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):							
1/64243	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*	.....	.....	100, 000	100, 000	100, 000	102, 497
1/64247	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	10, 000	.....	10, 000	10, 000	9, 509
1/64248	32	Aufwendungen	*	.....	1. 045, 000	.....	1. 045, 000	1. 050, 000	1. 056, 765
		Summe 6424...		.....	1. 055, 000	100, 000	1. 155, 000	1. 160, 000	1. 168, 771
1/6425		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64253	32	Anlagen		.....	.....	344, 000	344, 000	344, 000	323, 517
1/64258	32	Aufwendungen		.....	35, 294	.....	35, 294	35, 294	35, 362
		Summe 6425...		.....	35, 294	344, 000	379, 294	379, 294	358, 879
1/6426		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64268	32	Aufwendungen		.....	237, 588	.....	237, 588	228, 965	154, 295

Anmerkungen:

1/642 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/64203 Hievon 1997 450, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420 und 230, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64291.

1/64208 Hievon 1997 220, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/64213 Hievon 1997 10, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420 und 230, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64291.

1/64218 Hievon 1997 5, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/64223 Hievon 1997 45, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/64228 Hievon 1997 300, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/64233 Hievon 1997 60, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420 und 498, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64291.

1/64238 Hievon 1997 90, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/64243 Hievon 1997 30, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/64248 Hievon 1997 100, 000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.

1/6425 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64250.

1/6426 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64260.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/642		Bundesstraßenverwaltung:						
2/64200	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1.200,000	.....	1.200,000	1.100,000	1.120,494
2/64202	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)	*	.....	110,000	110,000	80,000	108,111
2/64204	32	Erfolgswirksame Einnahmen		98,486	.....	98,486	98,486	29,068
2/64207	32	Bestandswirksame Einnahmen		.....	7,700	7,700	7,700	5,022
2/64250	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)	*	379,294	.....	379,294	379,294	360,354
2/64260	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)	*	237,588	.....	237,588	228,965	153,931

Anmerkungen:

2/64200) Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64203 (450,000 Millionen Schilling),
2/64202) 1/64208 (220,000 Millionen Schilling), 1/64213 (10,000 Millionen Schilling), 1/64218 (5,000 Millionen Schilling), 1/64223 (45,000 Millionen Schilling), 1/64228 (300,000 Millionen Schilling), 1/64233 (60,000 Millionen Schilling), 1/64238 (90,000 Millionen Schilling), 1/64243 (30,000 Millionen Schilling), 1/64248 (100,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

2/64250 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6425.

2/64260 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6426.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/6427		Straßenforschung:							
1/64275	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,004	0,004	0,004	.....
1/64276	12	Förderungen		.....	8,900	.....	8,900	8,900	3,900
1/64278	12	Aufwendungen		.....	27,000	.....	27,000	27,000	18,000
		Summe 6427...		.....	35,900	0,004	35,904	35,904	21,900
1/6429		Straßengesellschaften:							
1/64292	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/64293	32	Anlagen		.....	.....	0,001	0,001	0,001	.....
1/64297	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (zweckgeb. Geb.)	*	.....	3.450,000	.....	3.450,000	3.450,000	2.849,000
1/64298	32	Aufwendungen		.....	2.888,500	.....	2.888,500	2.888,500	3.369,531
		Summe 6429...		.....	6.338,500	0,002	6.338,502	6.338,502	6.218,531
		Summe 642...		.....	12.399,762	4.270,106	16.669,868	16.303,245	16.003,908
1/644		Wasserbauverwaltung:							
1/6440		Wasserstraßendirektion:							
1/64400	33	Personalausgaben		39,102	.....	.....	39,102	39,173	39,459
1/64403	33	Anlagen	*	.....	.....	3,380	3,380	3,380	2,000
1/64407	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,500	.....	0,500	0,500	0,331
1/64408	33	Aufwendungen	*	.....	157,904	.....	157,904	157,904	153,650
		Summe 6440...		39,102	158,404	3,380	200,886	200,957	195,439
1/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
1/64410	33	Personalausgaben		73,592	.....	.....	73,592	73,972	74,695
1/64418	33	Aufwendungen		.....	10,772	.....	10,772	10,772	7,797
		Summe 6441...		73,592	10,772	.....	84,364	84,744	82,492
1/64438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz		.....	4,526	.....	4,526	4,526	4,600
1/64448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	16,000	.....	16,000	16,000	16,000
		Summe 644...		112,694	189,702	3,380	305,776	306,227	298,531

Anmerkungen:
1/64297 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64290.
1/64403 Hievon 1997 0,501 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64408 Hievon 1997 59,699 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64448 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64421.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/6427		Straßenforschung:					
2/64274	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,250	.....	0,250	0,250	0,132
2/64279	12	Darlehensrückzahlungen	.....	0,100	0,100	0,100	.....
		Summe 6427...	0,250	0,100	0,350	0,350	0,132
2/6429		Straßengesellschaften:					
2/64290	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *	3.450,000	.....	3.450,000	3.450,000	2.849,000
2/64291	32	Zweckgebundene Einnahmen aus Autobahngebühren *	958,000	.....	958,000	.....	.....
2/64294	32	Erfolgswirksame Einnahmen aus Autobahngebühren	208,000	.....	208,000	.....	.....
2/64297	32	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,003	0,003	0,003	.....
		Summe 6429...	4.616,000	0,003	4.616,003	3.450,003	2.849,000
		Summe 642...	6.531,618	117,803	6.649,421	5.344,798	4.626,111
2/644		Wasserbauverwaltung:					
2/6440		Wasserstraßendirektion:					
2/64400	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) *	60,200	.....	60,200	60,200	60,200
		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					
2/64404		Erfolgswirksame Einnahmen	17,413	.....	17,413	17,413	14,077
	33		*17,373*	.....	*17,373*	*17,373*	*14,039*
	37		*0,040*	.....	*0,040*	*0,040*	*0,038*
2/64407	33	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,008	0,008	0,008	.....
		Summe 6440...	77,613	0,008	77,621	77,621	74,277
2/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:					
2/64414	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft	100,000	.....	100,000	100,000	82,701
2/6442		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):					
2/64421	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen *	16,000	.....	16,000	16,000	16,000
		Summe 644...	193,613	0,008	193,621	193,621	172,978

Anmerkungen:
2/64290 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64297.
2/64291 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64203 (230,000 Millionen Schilling), 1/64213 (230,000 Millionen Schilling) und 1/64233 (498,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/64400 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64403 (0,501 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/64408 (59,699 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/64421 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64448.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben		377,503	.....	.....	377,503	377,705	379,097
1/64503	37	Anlagen		.....	.....	16,000	16,000	16,000	12,067
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,000	.....	1,000	1,000	0,688
1/64508	37	Aufwendungen		.....	50,498	.....	50,498	50,498	40,182
		Summe 6450		377,503	51,498	16,000	445,001	445,203	432,033
1/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg:	*						
1/64523	37	Anlagen		.....	.....	1,300	1,300	1,300	0,541
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,100	.....	1,100	1,100	1,668
1/64528	37	Aufwendungen		.....	12,000	.....	12,000	12,000	10,636
		Summe 6452		.....	13,100	1,300	14,400	14,400	12,846
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben		479,890	.....	.....	479,890	480,327	482,525
1/64533	37	Anlagen		.....	.....	13,100	13,100	13,100	7,165
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,450	.....	0,450	0,450	0,378
1/64538	37	Aufwendungen		.....	57,806	.....	57,806	57,806	53,881
		Summe 6453		479,890	58,256	13,100	551,246	551,683	543,950
1/64548	37	Zahlungen an die BIG		.....	2,699	.....	2,699	2,699	.....
		Summe 645		857,393	125,553	30,400	1.013,346	1.013,985	988,829

Anmerkungen:
1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		20,000	.....	20,000	20,000	6,989
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,035	0,035	0,035	0,081
		Summe 6450...		20,000	0,035	20,035	20,035	7,070
2/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		11,200	.....	11,200	11,200	12,958
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6452...		11,200	0,002	11,202	11,202	12,958
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen		75,000	.....	75,000	75,000	59,640
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,015	0,015	0,015	0,024
		Summe 6453...		75,000	0,015	75,015	75,015	59,663
		Summe 645...		106,200	0,052	106,252	106,252	79,692

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:	*						
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		43,280	.....	.....	43,280	43,280	43,280
1/64603	37	Anlagen		.....	.....	0,960	0,960	0,960	1,048
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	280,201	.....	280,201	280,201	267,780
1/64608	37	Aufwendungen	*	.....	231,555	.....	231,555	231,555	222,889
		Summe 6460...		43,280	511,756	0,960	555,996	555,996	534,996
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung	*	.....	.....	35,649	35,649	35,649	9,649
	11			.....	.....	*10,649*	*10,649*	*10,649*	*7,345*
	12			.....	.....	*25,000*	*25,000*	*25,000*	*2,303*
1/64633	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	*	.....	.....	36,500	36,500	36,500	31,677
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe	*	.....	.....	65,330	65,330	65,330	44,725
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	*	.....	.....	7,600	7,600	7,600	7,670
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege		.....	.....	7,000	7,000	7,000	36,790
1/64688	43	Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen		.....	1,000	.....	1,000	1,000	1,090
1/64698		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		.....	18,000	.....	18,000	18,000	20,012
	11			.....	*0,600*	.....	*0,600*	*0,600*	*0,001*
	12			.....	*1,200*	.....	*1,200*	*1,200*	*3,109*
	37			.....	*9,000*	.....	*9,000*	*9,000*	*7,414*
	43			.....	*7,200*	.....	*7,200*	*7,200*	*9,488*
		Summe 646...		43,280	530,756	153,039	727,075	727,075	686,609

Anmerkungen:

1/646 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/64608 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

1/64613 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

1/64633 Hievon 1997 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/64663 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

1/64673 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	10,000	.....	10,000	10,000	23,088
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen		351,432	.....	351,432	340,008	348,730
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,054	0,054	0,054	0,115
		Summe 646...		361,432	0,054	361,486	350,062	371,933

Anmerkungen:
2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64608 (0,002 Millionen Schilling), 1/64613 (0,002 Millionen Schilling), 1/64663 (0,002 Millionen Schilling), 1/64673 (0,001 Millionen Schilling), 1/64738 (3,992 Millionen Schilling), 1/64753 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64758 (6,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		.....	380,577	.....	380,577	390,020	268,799
	11			.....	*126,000*	.....	*126,000*	*131,000*	*88,291*
	12			.....	*92,400*	.....	*92,400*	*96,900*	*45,389*
	43			.....	*162,177*	.....	*162,177*	*162,120*	*135,120*
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen	*	.....	.....	432,569	432,569	472,569	432,629
1/64718	11	Aufwendungen	*	.....	413,495	.....	413,495	413,495	413,290
		Summe 6471		.....	413,495	432,569	846,064	886,064	845,919
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen	*	.....	.....	350,000	350,000	390,000	426,871
1/64728	12	Aufwendungen	*	.....	259,430	.....	259,430	259,430	270,475
		Summe 6472		.....	259,430	350,000	609,430	649,430	697,346
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:							
1/64738		Aufwendungen	*	.....	886,927	.....	886,927	906,927	968,633
	23			.....	*23,398*	.....	*23,398*	*23,398*	*24,561*
	41			.....	*863,529*	.....	*863,529*	*883,529*	*944,072*
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743		Anlagen	*	.....	.....	258,186	258,186	285,786	258,177
	11			.....	.....	*40,684*	*40,684*	*78,682*	*83,764*
	34			.....	.....	*217,502*	*217,502*	*207,104*	*174,412*
1/64748		Aufwendungen	*	.....	72,108	.....	72,108	80,008	72,390
	11			.....	*35,822*	.....	*35,822*	*39,822*	*40,848*
	34			.....	*36,286*	.....	*36,286*	*40,186*	*31,542*
		Summe 6474		.....	72,108	258,186	330,294	365,794	330,567

Anmerkungen:

1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/64713 Hievon 1997 0,012 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64718 Hievon 1997 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64723 Hievon 1997 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/64728 Hievon 1997 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64738 Hievon 1997 3,992 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 0,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64743 Hievon 1997 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64748 Hievon 1997 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	77,085	.....	77,085	17,085	76,687
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	.....	2,000	2,000	0,575
		Summe 647...		79,085	.....	79,085	19,085	77,262

Anmerkungen:

2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,012 Millionen Schilling), 1/64718 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,010 Millionen Schilling), 1/64728 (0,002 Millionen Schilling), 1/64738 (0,009 Millionen Schilling), 1/64743 (0,004 Millionen Schilling), 1/64748 (0,003 Millionen Schilling), 1/64753 (60,032 Millionen Schilling) und 1/64758 (17,010 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*	.....	.....	3. 144, 233	3. 144, 233	3. 144, 233	3. 084, 347
	12			.....	.....	*0, 003*	*0, 003*	*0, 007*	.....
	13			.....	.....	*594, 675*	*594, 675*	*594, 671*	*598, 550*
	23			.....	.....	*0, 958*	*0, 958*	*0, 958*	*0, 287*
	42			.....	.....	*369, 994*	*369, 994*	*369, 994*	*300, 984*
	43			.....	.....	*2. 178, 603*	*2. 178, 603*	*2. 178, 603*	*2. 184, 525*
	41			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/64758		Aufwendungen	*	.....	1. 216, 869	.....	1. 216, 869	1. 266, 869	1. 251, 355
	12			.....	*0, 001*	.....	*0, 001*	*0, 001*	.....
	13			.....	*180, 004*	.....	*180, 004*	*180, 004*	*174, 036*
	21			.....	*0, 004*	.....	*0, 004*	*0, 004*	*16, 150*
	23			.....	*18, 000*	.....	*18, 000*	*18, 000*	*76, 443*
	37			.....	*0, 004*	.....	*0, 004*	*0, 004*	*2, 473*
	42			.....	*40, 000*	.....	*40, 000*	*40, 000*	*75, 926*
	43			.....	*978, 856*	.....	*978, 856*	*1. 028, 856*	*906, 328*
		Summe 6475...		.....	1. 216, 869	3. 144, 233	4. 361, 102	4. 411, 102	4. 335, 702
		Summe 647...		.....	3. 229, 406	4. 184, 988	7. 414, 394	7. 609, 337	7. 446, 965
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eichwesens:							
1/64900	43	Personalausgaben		108, 562	.....	.....	108, 562	108, 680	109, 226
1/64903	43	Anlagen		.....	.....	9, 121	9, 121	9, 121	9, 500
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	3, 700	.....	3, 700	3, 700	2, 581
	22			.....	*3, 518*	.....	*3, 518*	*3, 518*	*2, 394*
	43			.....	*0, 182*	.....	*0, 182*	*0, 182*	*0, 187*
1/64908	43	Aufwendungen		.....	28, 149	.....	28, 149	28, 149	27, 699
		Summe 6490...		108, 562	31, 849	9, 121	149, 532	149, 650	149, 006
1/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:							
1/64910	43	Personalausgaben		618, 507	.....	.....	618, 507	619, 846	624, 078
1/64913	43	Anlagen		.....	.....	15, 450	15, 450	15, 450	67, 699
1/64917		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	19, 000	.....	19, 000	19, 000	17, 635
	22			.....	*18, 398*	.....	*18, 398*	*18, 398*	*16, 985*
	43			.....	*0, 602*	.....	*0, 602*	*0, 602*	*0, 650*
1/64918	43	Aufwendungen		.....	108, 300	.....	108, 300	108, 300	101, 191
		Summe 6491...		618, 507	127, 300	15, 450	761, 257	762, 596	810, 603
		Summe 649...		727, 069	159, 149	24, 571	910, 789	912, 246	959, 609
		Gesamtausgaben 64...		1. 768, 577	17. 203, 531	8. 671, 389	27. 643, 497	27. 479, 440	26. 688, 520

Anmerkungen:

1/64753 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 60,032 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700, 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352 und 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/64758 Hievon 1997 6,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 17,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eichwesens:						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		169,000	.....	169,000	169,000	162,498
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,050	0,050	0,050	0,060
		Summe 6490...		169,000	0,050	169,050	169,050	162,558
2/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:						
2/64914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		69,883	.....	69,883	69,883	80,501
2/64917	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,070	0,070	0,070	0,153
		Summe 6491...		69,883	0,070	69,953	69,953	80,654
		Summe 649...		238,883	0,120	239,003	239,003	243,212
		Gesamteinnahmen 64...		7.970,883	122,678	8.093,561	6.717,514	5.711,185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/65		**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**							
1/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
1/6500		Zentralleitung:							
1/65000	43	Personalausgaben		265,091	...	...	265,091	265,361	267,492
1/65003	43	Anlagen		...	...	7,528	7,528	7,528	6,177
1/65007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	19,134	...	19,134	19,134	16,362
	22			...	*5,602*	...	*5,602*	*5,602*	*4,192*
	43			...	*13,532*	...	*13,532*	*13,532*	*12,169*
1/65008	43	Aufwendungen	*	...	107,262	...	107,262	103,262	104,884
		Summe 6500		265,091	126,396	7,528	399,015	395,285	394,914
1/6501		Schiffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		32,355	...	...	32,355	32,414	32,910
1/65013	43	Anlagen		...	...	8,128	8,128	8,128	1,018
1/65017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	2,269	...	2,269	2,269	1,461
	22			...	*1,681*	...	*1,681*	*1,681*	*1,290*
	43			...	*0,588*	...	*0,588*	*0,588*	*0,171*
1/65018	43	Aufwendungen		...	23,680	...	23,680	22,677	23,926
		Summe 6501		32,355	25,949	8,128	66,432	65,488	59,315
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
1/65023	43	Anlagen		...	...	30,455	30,455	30,455	23,694
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	3,067	...	3,067	3,067	2,202
1/65028	43	Aufwendungen		...	107,408	...	107,408	104,503	84,106
		Summe 6502		...	110,475	30,455	140,930	138,025	110,002
		Summe 650		297,446	262,820	46,111	606,377	598,798	564,231
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):	*						
1/65108	33	Verkehrsverbünde		...	657,700	...	657,700	557,700	1.010,382
1/65118		Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr		...	42,280	...	42,280	42,280	46,133
	12			...	*1,810*	...	*1,810*	*1,810*	*0,773*
	33			...	*40,470*	...	*40,470*	*40,470*	*45,360*
1/65128	33	EU-TEN-Projekte (zw)	*	...	0,001	...	0,001	95,000	...
1/65133		Kapitalbeteiligungen		...	...	0,005	0,005	0,005	5,000
	33			...	...	*0,003*	*0,003*	*0,003*	*5,000*
	36			...	...	*0,001*	*0,001*	*0,001*	...
	38			...	...	*0,001*	*0,001*	*0,001*	...
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		...	11.000,200	...	11.000,200	11.000,200	11.088,000
		Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur gem. Bundesbahngesetz 1992							
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen	*	...	8.823,723	...	8.823,723	8.506,723	7.825,000
		Gemeinwirtschaftliche Leistungen gem. Bundesbahngesetz 1992							
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA)		...	1.400,000	...	1.400,000	1.050,000	...
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control		...	0,002	...	0,002	0,002	72,000
1/65127	*33*	*Abgeltungen an Privatbahnen*	*	...	...	...	...	...	487,700
1/65168	*33*	*Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Gebarung)*		...	...	...	...	...	254,684
		Summe 651		...	21.923,906	0,005	21.923,911	21.251,910	20.788,898

Anmerkungen:
1/65008 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.
1/651 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65127 Ab dem BVA 1996 beim Ansatz 1/65158 mitveranschlagt.
1/65128 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65120.
1/65158 Einschließlich der bis 1995 beim Ansatz 1/65127 veranschlagten Ausgaben.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/65		**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**						
2/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:						
2/6500		Zentralleitung:						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	.....	0,001	0,001	0,001
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		8,832	.....	8,832	8,832	232,713
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,030	0,030	0,030	0,146
		Summe 6500...		8,833	0,030	8,863	8,863	232,860
2/6501		Schiffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		20,746	.....	20,746	18,746	57,869
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,011	0,011	0,011	0,021
		Summe 6501...		20,746	0,011	20,757	18,757	57,890
2/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3.639,994	.....	3.639,994	4.119,995	133,438
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,005	0,005	0,005	0,038
		Summe 6502...		3.639,994	0,005	3.639,999	4.120,000	133,476
		Summe 650...		3.669,573	0,046	3.669,619	4.147,620	424,226
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/65104	33	Verkehrsverbünde		0,001	.....	0,001	0,001	516,510
2/65120	33	EU-TEN-Projekte (zw)	*	0,001	.....	0,001	95,000	.....
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		4.300,000	.....	4.300,000	0,001	.....
2/65137	36	Erlöse		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6513...		4.300,000	0,001	4.300,001	0,002	.....
2/65144	33	Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur		3.100,000	.....	3.100,000	3.100,000	2.800,000
2/65174	33	Konzessionsabgabe		5.600,000	.....	5.600,000	4.400,000	.....
2/65160	*33*	*Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einnahmen)*		.....	.....	.....	.....	254,684
		Summe 651...		13.000,002	0,001	13.000,003	7.595,003	3.571,194

Anmerkungen:
2/65000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65008 mitveranschlagt.
2/65120 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65128.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):	*						
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund)	*	.....	1.500,000	.....	1.500,000	1.500,000	1.500,000
1/65225	36	Unternehmungen mit Bundesbeteiligung		.....	.....	0,001	0,001	0,001	3.300,000
1/65236		Förderungen - EU-Kofinanzierung	*	.....	0,005	.....	0,005	0,005	.....
	33			.....	*0,001*	.....	*0,001*	*0,001*	.....
	36			.....	*0,004*	.....	*0,004*	*0,004*	.....
	34			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen		.....	89,330	.....	89,330	80,934	90,725
1/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/65255	36	Förderungen (D)		.....	.....	0,001	0,001	0,001	-0,120
1/65256	36	Förderungen		.....	108,558	.....	108,558	108,558	154,892
1/65258	36	Aufwendungen		.....	7,708	.....	7,708	7,708	7,482
		Summe 6525...		.....	116,266	0,001	116,267	116,267	162,255
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		.....	449,196	.....	449,196	449,196	470,087
1/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:							
1/65275	36	Förderungen (D)	*	.....	.....	5,900	5,900	5,900	9,086
1/65276	36	Förderungen	*	.....	55,616	.....	55,616	69,374	271,715
1/65278	36	Aufwendungen	*	.....	39,329	.....	39,329	33,360	21,637
		Summe 6527...		.....	94,945	5,900	100,845	108,634	302,438
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286		Förderungen		.....	114,316	.....	114,316	14,316	14,314
	33			.....	*8,059*	.....	*8,059*	*8,059*	*8,059*
	36			.....	*106,255*	.....	*106,255*	*6,255*	*6,255*
	38			.....	*0,002*	.....	*0,002*	*0,002*	.....
1/65295		Bezugsvorschüsse		.....	.....	57,124	57,124	38,914	1,697
	23			.....	.....	*13,772*	*13,772*	*9,392*	*0,100*
	33			.....	.....	*41,490*	*41,490*	*27,660*	.....
	43			.....	.....	*1,862*	*1,862*	*1,862*	*1,597*
		Summe 652...		.....	2.364,058	63,026	2.427,084	2.308,267	5.841,516

Anmerkungen:
1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65204 Hievon 1997 721,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661.
1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246, 1/65256, 1/65276 sowie beim ERP-Fonds veranschlagt.
1/65275 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65276 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65278 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/65270 (22,100 Millionen Schilling), 2/65271 (0,427 Millionen Schilling) und 2/65273 (16,802 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen		.....	0,813	0,813	0,813	0,889
2/6522		Unternehmungen mit Bundesbeteiligung:						
2/65224	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/65229	36	Unternehmungen mit Bundesbeteiligung		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 6522...		0,001	0,001	0,002	0,002	.....
2/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,066	.....	0,066	0,066	0,442
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen		.....	0,578	0,578	0,578	1,513
		Summe 6525...		0,066	0,578	0,644	0,644	1,954
2/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:						
2/65270	36	Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)	*	83,616	.....	83,616	97,374	297,002
2/65271	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,427	.....	0,427	0,590	0,849
2/65273	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*	.....	16,802	16,802	10,670	2,788
		Summe 6527...		84,043	16,802	100,845	108,634	300,639
2/65299		Bezugsvorschußersätze		.....	57,110	57,110	38,510	1,266
	23			.....	*14,590*	*14,590*	*9,790*	*0,166*
	33			.....	*41,400*	*41,400*	*27,600*	.....
	43			.....	*1,120*	*1,120*	*1,120*	*1,100*
		Summe 652...		84,110	75,304	159,414	148,603	304,748

Anmerkungen:
2/65270 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058. Korrespondierende Ausgaben 1997 bei den VA-Ansätzen 1/65275 (5,900 Millionen Schilling), 1/65276 (55,616 Millionen Schilling) und 1/65278 (22,100 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/65271 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.
2/65273 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
1/65500	33	Personalausgaben		15,751	.....	.....	15,751	15,762	15,938
1/65503	33	Anlagen		.....	.....	5,794	5,794	5,794	3,960
1/65508	33	Aufwendungen		.....	6,688	.....	6,688	6,188	5,303
-		Summe 655...		15,751	6,688	5,794	28,233	27,744	25,201
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/65703	32	Anlagen		.....	.....	1,200	1,200	1,200	0,420
1/65706	32	Förderungen		.....	19,000	.....	19,000	19,000	8,491
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	28,280	.....	28,280	28,280	22,688
1/65708	32	Aufwendungen		.....	7,523	.....	7,523	7,523	0,806
		Summe 657...		.....	54,803	1,200	56,003	56,003	32,405
1/659		Amt der Post- und Telekom Austria AG:							
1/65900	33	Personalausgaben		16.000,129	.....	.....	16.000,129	10.666,700	.....
1/65908	33	Aufwendungen		.....	1.490,399	.....	1.490,399	993,600	.....
		Summe 659...		16.000,129	1.490,399	.....	17.490,528	11.660,300	.....
		Gesamtausgaben 65...		16.313,326	26.102,674	116,136	42.532,136	35.903,022	27.252,252

Anmerkungen:
1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen		1,802	.....	1,802	1,802	1,753
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,044	0,044	0,044	.....
		Summe 655...		1,802	0,044	1,846	1,846	1,753
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		56,003	.....	56,003	56,003	44,933
2/659		Amt der Post- und Telekom Austria AG:						
2/65900	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/65904	33	Erfolgswirksame Einnahmen		17.490,527	.....	17.490,527	11.660,299	.....
		Summe 659...		17.490,528	.....	17.490,528	11.660,300	.....
		Gesamteinnahmen 65...		34.302,018	75,395	34.377,413	23.609,375	4.346,852

Anmerkungen:
2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/71		**Bundestheater:**							
1/710		Personalausgaben:							
1/71000	13	Aktivitätsaufwand		1.574,851	.....	.....	1.574,851	1.577,839	1.576,508
1/71010	13	Pensionsaufwand		837,789	.....	.....	837,789	805,789	772,113
		Summe 710...		2.412,640	.....	.....	2.412,640	2.383,628	2.348,620
1/711		Sachausgaben:							
1/71133	13	Anlagen	*	.....	.....	115,000	115,000	158,000	254,431
1/71155		Förderungen (D)		.....	.....	1,998	1,998	1,998	1,423
	13			.....	.....	*1,398*	*1,398*	*1,398*	*1,145*
	23			.....	.....	*0,600*	*0,600*	*0,600*	*0,278*
1/71156	13	Förderungen		.....	0,002	.....	0,002	0,002	.....
1/71167	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	60,000	.....	60,000	60,000	58,724
1/71188	13	Aufwendungen	*	.....	435,000	.....	435,000	424,000	370,639
		Summe 711...		.....	495,002	116,998	612,000	644,000	685,218
		Gesamtausgaben 71...		2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.027,628	3.033,838

Anmerkungen:
1/71133 Hievon 1997 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.
1/71188 Hievon 1997 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/71		**Bundestheater:**					
2/71159		Darlehensrückzahlungen	.....	2,000	2,000	2,000	1,507
	13		.....	*1,860*	*1,860*	*1,860*	*1,358*
	23		.....	*0,140*	*0,140*	*0,140*	*0,149*
2/712		Allgemeine Betriebseinnahmen:					
2/71200	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *	0,006	.....	0,006	0,006	2,891
2/71204	13	Erfolgswirksame Einnahmen	39,329	.....	39,329	39,329	40,100
2/71218	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,100	0,100	0,100	1,243
		Summe 712...	39,335	0,100	39,435	39,435	44,234
2/713		Übrige Einnahmen:					
2/71304	13	Tageseinnahmen	489,200	.....	489,200	489,200	524,348
2/71305	13	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	19,553	.....	19,553	19,553	4,109
		Summe 713...	508,753	.....	508,753	508,753	528,457
2/71504	13	Pensions- und Provisionsbeiträge	122,812	.....	122,812	122,812	124,454
		Gesamteinnahmen 71...	670,900	2,100	673,000	673,000	698,653

Anmerkungen:
2/71200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/71133 und 1/71188 mitveranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/71	Betriebsausgaben	3.024,640	3.027,628	3.033,838
2/71	Betriebseinnahmen	673,000	673,000	698,653
	Betriebsabgang...	2.351,640	2.354,628	2.335,185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/75		**Alkohol (Monopol):**							
1/752		Personalausgaben:							
1/75200	38	Aktivitätsaufwand		8,080	.....	.....	8,080	8,080	8,404
1/75210	38	Pensionsaufwand		2,768	.....	.....	2,768	2,768	2,685
		Summe 752...		10,848	.....	.....	10,848	10,848	11,089
1/753		Sachausgaben:							
1/75313	38	Anlagen		.....	.....	0,061	0,061	0,061	.....
1/75325		Förderungen (D)		.....	.....	0,050	0,050	0,100	.....
	23			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	.....	*0,049*	*0,049*	*0,099*	.....
1/75347	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,142	.....	0,142	0,142	0,105
1/75368	38	Aufwendungen		.....	36,299	.....	36,299	240,000	235,457
		Summe 753...		.....	36,441	0,111	36,552	240,303	235,562
		Gesamtausgaben 75...		10,848	36,441	0,111	47,400	251,151	246,651

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/75		**Alkohol (Monopol):**						
2/752		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/75204	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,269	.....	0,269	0,269	0,491
2/75218	38	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,008	0,008	0,008	.....
		Summe 752...		0,269	0,008	0,277	0,277	0,491
2/753		Übrige Einnahmen:						
2/75304	38	Branntweinverkaufserlöse		34,000	.....	34,000	67,000	284,586
2/75329		Bezugsvorschußersätze		.....	0,043	0,043	0,043	0,049
	23			.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,042*	*0,042*	*0,042*	*0,049*
		Summe 753...		34,000	0,043	34,043	67,043	284,634
2/75404	38	Pensionsbeiträge		0,287	.....	0,287	0,287	0,286
		Gesamteinnahmen 75...		34,556	0,051	34,607	67,607	285,411

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/75	Betriebsausgaben	47,400	251,151	246,651
2/75	Betriebseinnahmen	34,607	67,607	285,411
	Betriebsabgang...	12,793	183,544	.....
	Betriebsüberschuß...	.....	.....	38,760

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/77		**Österreichische Bundesforste:**							
1/772		Personalausgaben:							
1/77200	34	Aktivitätsaufwand		1.041,318	.....	.....	1.041,318	1.042,421	1.046,343
1/77210	34	Pensionsaufwand		130,000	.....	.....	130,000	129,000	128,099
		Summe 772...		1.171,318	.....	.....	1.171,318	1.171,421	1.174,442
1/773		Sachausgaben:							
1/77303	34	Anlagen (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	.....	84,899	84,899	84,899	149,401
1/77313	34	Sonstige Anlagen	*	.....	.....	99,997	99,997	84,997	81,378
1/77323	34	Anlagen (Bodensicherung, Seeufer)		.....	.....	0,003	0,003	0,003	.....
1/77325		Förderungen (D)		.....	.....	5,675	5,675	5,675	5,813
	23			.....	.....	*2,800*	*2,800*	*2,800*	*3,120*
	34			.....	.....	*2,875*	*2,875*	*2,875*	*2,693*
1/77336		Förderungen		.....	0,325	.....	0,325	0,325	0,325
	12			.....	*0,300*	.....	*0,300*	*0,300*	*0,300*
	34			.....	*0,025*	.....	*0,025*	*0,025*	*0,025*
1/77347	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	103,000	.....	103,000	103,000	102,616
1/77368	34	Aufwendungen	*	.....	370,101	.....	370,101	370,101	369,685
		Summe 773...		.....	473,426	190,574	664,000	649,000	709,217
		Gesamtausgaben 77...		1.171,318	473,426	190,574	1.835,318	1.820,421	1.883,659

Anmerkungen:
1/77303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/77300 und 2/77302.
1/77313 Weitere Ausgaben können nach Maßgabe der Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54607 VA-Post 0002/006 getätigt werden.
1/77368 Hievon 1997 0,101 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/77300.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/77		**Österreichische Bundesforste:**						
2/772		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/77214	34	Erfolgswirksame Einnahmen		2.086,900	.....	2.086,900	2.086,900	1.875,629
2/77228	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	7,000	7,000	7,000	7,323
		Summe 772		2.086,900	7,000	2.093,900	2.093,900	1.882,952
2/773		Übrige Einnahmen:						
2/77300	34	Vergütungen (zweckgebundene Einnahmen)	*	2,202	.....	2,202	2,202	2,509
2/77302	34	Grundverkäufe (zweckgebundene Einnahmen)	*	.....	82,798	82,798	82,798	202,812
2/77329		Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze		.....	6,900	6,900	6,900	7,031
	23			.....	*3,600*	*3,600*	*3,600*	*3,722*
	34			.....	*3,300*	*3,300*	*3,300*	*3,308*
2/77354	34	Pensionsbeiträge		11,200	.....	11,200	11,200	9,407
		Summe 773		13,402	89,698	103,100	103,100	221,759
		Gesamteinnahmen 77		2.100,302	96,698	2.197,000	2.197,000	2.104,711

Anmerkungen:
2/77300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/77303 (2,101 Millionen Schilling) und 1/77368 (0,101 Millionen Schilling) veranschlagt.
2/77302 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/77303 veranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/77	Betriebsausgaben	1.835,318	1.820,421	1.883,659
2/77	Betriebseinnahmen	2.197,000	2.197,000	2.104,711
	Betriebsüberschuß	361,682	376,579	221,052

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/78		*Post- und Telegraphenverwaltung:*							
1/782		*Personalausgaben:*							
1/78200	*33*	*Aktivitätsaufwand*		.....	.....	.....	.....	7.118,572	21.801,713
1/78210	*33*	*Pensionsaufwand*		.....	.....	.....	.....	3.699,629	10.674,363
		Summe 782...		.....	.....	.....	.....	10.818,201	32.476,076
1/783		*Sachausgaben:*							
1/78303	*33*	*Fernmeldeanlagen*		.....	.....	.....	.....	0,339	0,865
1/78313		*Sonstige Anlagen d. PTV n. Maßg. zweckgeb. Fernsprechgebühren*		.....	.....	.....	.....	178,639	168,362
	33			.....	.....	.....	.....	*178,638*	*168,362*
	41			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
1/78323	*33*	*Kapitalbeteiligungen*		.....	.....	.....	.....	0,005	0,200
1/78325		*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	17,331	51,573
	23			.....	.....	.....	.....	*4,899*	*17,593*
	33			.....	.....	.....	.....	*12,432*	*33,981*
1/78333	*33*	*Anlagen n. Maßgabe v. Liegenschaftsverkäufen (zweckgeb. Geb.)*		.....	.....	.....	.....	3,934	3,132
1/78336		*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	2,999	9,071
	22			.....	.....	.....	.....	*2,482*	*7,313*
	33			.....	.....	.....	.....	*0,517*	*1,758*
1/78347		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	428,444	1.268,651
	33			.....	.....	.....	.....	*324,535*	*929,414*
	38			.....	.....	.....	.....	*103,909*	*339,237*
1/78358		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	2.483,101	6.981,522
	11			.....	.....	.....	.....	*0,017*	*0,061*
	33			.....	.....	.....	.....	*2.483,084*	*6.981,461*
1/78364		*Überweisung von Zuschlagserlösen n. Maßg. zweckgeb. Einn.*		.....	.....	.....	.....	2,182	3,112
	11			.....	.....	.....	.....	*0,016*	*0,038*
	33			.....	.....	.....	.....	*2,166*	*3,074*
1/78373	*33*	*Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren*		.....	.....	.....	.....	7.020,641	12.423,226

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/78		*Post- und Telegraphenverwaltung:*						
2/782		*Allgemeine Betriebseinnahmen:*						
2/78200	*33*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,280	1,259
2/78204	*33*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	284,973	821,242
2/78218	*33*	*Sonstige bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	6,425	15,754
		Summe 782		.....	.....	.....	291,678	838,255
2/783		*Übrige Einnahmen:*						
2/78300		*Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken (zweckgeb. Einnahmen)*		.....	.....	.....	2,199	5,731
	11			.....	.....	.....	*0,033*	*0,040*
	33			.....	.....	.....	*2,166*	*5,691*
2/78312	*33*	*Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	3,934	2,284
2/78324	*33*	*Kapitalbeteiligungen*		.....	.....	.....	0,001	.....
2/78329		*Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze*		.....	.....	.....	21,209	60,682
	23			.....	.....	.....	*5,334*	*16,267*
	33			.....	.....	.....	*15,875*	*44,415*

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
1/7838		*Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten(zweckgeb. Geb.):*							
1/78385	*22*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	0,933	0,749
1/78388	*22*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,933	1,302
		Summe 7838		.....	.....	.....	.....	1,866	2,051
		Summe 783		.....	.....	.....	.....	10.139,481	20.911,766
		Gesamtausgaben 78		.....	.....	.....	.....	20.957,682	53.387,842

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
2/7838		*Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten (zweckgeb. Geb.):*						
2/78380	22	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	1,366	5,483
2/78383	22	*Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	0,500	1,184
		Summe 7838		.....	.....	.....	1,866	6,666
		Summe 783		.....	.....	.....	29,209	75,363
2/784		*Gebühren:*						
2/78404	33	*Gebühren/Post*		.....	.....	.....	5.166,150	14.979,496
2/78414	33	*Gebühren/Telegraph*		.....	.....	.....	26,664	76,612
2/78424	33	*Gebühren/Fernschreib-, Text- und Datenübertragungsdienste*		.....	.....	.....	485,285	1.315,120
2/7843		*Gebühren/Fernsprecher:*						
2/78430	33	*Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher*		.....	.....	.....	7.199,280	12.591,587
2/78434	33	*Gebühren/Fernsprecher*		.....	.....	.....	6.132,720	24.442,493
		Summe 7843		.....	.....	.....	13.332,000	37.034,081
2/78444	33	*Gebühren/Funk*		.....	.....	.....	266,640	793,459
2/78454	33	*Gebühren/Kommunikations- u. bes. Teilnehmereinrichtungen*		.....	.....	.....	1.166,550	3.426,602
		Summe 784		.....	.....	.....	20.443,289	57.625,371
2/78504	33	*Omnibusdienst*		.....	.....	.....	653,600	1.816,324
2/78604	33	*Pensionsbeiträge*		.....	.....	.....	666,600	2.047,437
2/78704	33	*Vergütung der Österreichischen Postsparkasse*		.....	.....	.....	273,306	710,000
		Gesamteinnahmen 78		.....	.....	.....	22.357,682	63.112,749

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
1/78	Betriebsausgaben	.....	20.957,682	53.387,842
2/78	Betriebseinnahmen	.....	22.357,682	63.112,749
	Betriebsüberschuß	.....	1.400,000	9.724,907

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	AUSGABEN Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 1997	Bundesvor-anschlag 1996	Erfolg 1995
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	36,075	22,402	2,598	61,075	61,178	79,048
02	Bundesgesetzgebung	166,279	1.327,382	49,618	1.543,279	1.543,877	1.346,440
03	Verfassungsgerichtshof	25,492	34,355	1,645	61,492	61,546	61,199
04	Verwaltungsgerichtshof	109,911	13,642	2,358	125,911	126,924	124,170
05	Volksanwaltschaft	23,516	19,890	1,110	44,516	44,550	44,499
06	Rechnungshof	212,868	56,091	3,909	272,868	272,966	263,556
	Gruppe 0...	574,141	1.473,762	61,238	2.109,141	2.111,041	1.918,911
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.021,665	3.069,020	162,154	4.252,839	4.272,592	4.625,273
11	Inneres	14.267,956	5.628,244	1.071,756	20.967,956	20.912,886	20.448,342
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	25.353,419	41.099,497	732,503	67.185,419	67.087,486	66.675,599
13	Kunst	.....	1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	1.155,447
14	Wissenschaft und Forschung	11.530,512	17.095,002	1.525,000	30.150,514	30.018,354	29.776,458
15	Soziales	1.575,236	88.312,910	260,154	90.148,300	86.256,099	84.527,269
16	Sozialversicherung	.....	63.599,502	.....	63.599,502	66.599,952	68.446,461
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	537,702	4.480,700	75,444	5.093,846	7.660,055	5.969,965
18	Umwelt	197,846	2.808,492	35,721	3.042,059	3.877,280	2.801,305
19	Jugend und Familie	50,638	54.468,501	898,073	55.417,212	54.400,343	59.020,241
	Gruppe 1...	54.534,974	281.701,517	4.771,156	341.007,647	342.235,047	343.446,360
20	Äußeres	809,915	2.967,782	251,830	4.029,527	4.030,245	4.036,823
30	Justiz	5.546,814	4.050,385	149,615	9.746,814	9.646,854	9.709,097
40	Militärische Angelegenheiten	9.658,000	11.117,493	95,507	20.871,000	20.743,000	20.460,344
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	8.064,238	4.237,253	352,783	12.654,274	12.660,295	12.880,979
51	Kassenverwaltung	0,002	3.527,746	2.797,663	6.325,411	4.036,633	16.219,825
52	Öffentliche Abgaben	.....	142,220	.....	142,220	142,220	125,330
53	Finanzausgleich	.....	40.536,870	.....	40.536,870	37.386,603	32.230,211
54	Bundesvermögen	.....	10.256,834	10.172,222	20.429,056	22.185,938	17.297,205
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	29.986,133	43.881,930	0,778	73.868,841	68.528,875	58.672,169
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	103.399,695	.....	103.399,695	101.245,589	98.438,446
	Gruppe 5...	38.050,373	205.982,548	13.323,446	257.356,367	246.186,153	235.864,165
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	1.732,378	25.412,571	154,648	27.299,597	28.990,490	33.135,175
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	687,336	2.490,084	57,613	3.235,033	3.249,322	3.517,407
64	Bauten und Technik	1.768,577	17.203,531	8.671,389	27.643,497	27.479,440	26.688,520
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	16.313,326	26.102,674	116,136	42.532,136	35.903,022	27.252,252
	Gruppe 6...	20.501,617	71.208,860	8.999,786	100.710,263	95.622,274	90.593,355
	Gruppe 0 bis 6...	129.675,834	578.502,347	27.652,578	735.830,759	720.574,614	706.029,054
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.027,628	3.033,838
75	Alkohol (Monopol)	10,848	36,441	0,111	47,400	251,151	246,651
77	Österreichische Bundesforste	1.171,318	473,426	190,574	1.835,318	1.820,421	1.883,659
78	Post- und Telegraphenverwaltung	.....	.....	.....	.....	20.957,682	53.387,842
	Gruppe 7...	3.594,806	1.004,869	307,683	4.907,358	26.056,882	58.551,990
	Summe Allgemeiner Haushalt...	133.270,640	579.507,216	27.960,261	740.738,117	746.631,496	764.581,043
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung	.....	.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	60.017,750
54	Bundesvermögen	.....	922,436	.....	922,436	1.910,185	4.348,824
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	111.992,103	111.992,103	121.225,785	140.473,306
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	922,436	186.992,103	187.914,539	198.135,970	204.839,880
	Gesamtausgaben...	133.270,640	580.429,652	214.952,364	928.652,656	944.767,466	969.420,923

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	EINNAHMEN Bezeichnung	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1997	Bundesvoranschlag 1996	Erfolg 1995
	Allgemeiner Haushalt					
0	Oberste Organe					
01	Präsidentschaftskanzlei	1,045	0,193	1,238	1,238	1,197
02	Bundesgesetzgebung	59,447	0,696	60,143	60,143	60,771
03	Verfassungsgerichtshof	0,849	0,151	1,000	1,000	0,717
04	Verwaltungsgerichtshof	4,697	0,303	5,000	5,000	3,389
05	Volksanwaltschaft	1,727	0,083	1,810	1,810	1,700
06	Rechnungshof	1,239	0,761	2,000	2,000	1,780
	Gruppe 0...	69,004	2,187	71,191	71,191	69,553
1	Innenverwaltung					
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	630,813	3,891	634,704	675,720	915,795
11	Inneres	1.277,745	70,756	1.348,501	1.245,745	1.094,431
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	731,767	46,220	777,987	754,987	740,769
13	Kunst	0,157	0,051	0,208	0,208	0,003
14	Wissenschaft und Forschung	1.428,424	28,396	1.456,820	1.456,820	1.208,806
15	Soziales	60.405,059	68,206	60.473,265	58.665,521	56.859,674
16	Sozialversicherung	143,004	.....	143,004	143,004	220,285
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	890,507	2,233	892,740	2.229,173	1.979,975
18	Umwelt	98,936	0,605	99,541	6,617	236,557
19	Jugend und Familie	56.724,521	416,053	57.140,574	54.149,944	55.716,791
	Gruppe 1...	122.330,933	636,411	122.967,344	119.327,739	118.973,088
20	Äußeres	97,206	30,794	128,000	132,000	98,045
30	Justiz	6.336,155	13,845	6.350,000	6.050,000	6.004,005
40	Militärische Angelegenheiten	489,736	28,087	517,823	508,178	542,999
5	Finanzen					
50	Finanzverwaltung	2.013,327	158,385	2.171,712	2.190,302	2.038,450
51	Kassenverwaltung	14.769,941	3.771,471	18.541,412	25.818,664	36.348,024
52	Öffentliche Abgaben	423.164,587	.....	423.164,587	388.160,020	345.773,182
53	Finanzausgleich	3.867,056	.....	3.867,056	3.729,098	4.649,479
54	Bundesvermögen	13.206,102	7.271,978	20.478,080	24.790,567	26.111,651
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	16.928,903	0,184	16.929,087	15.389,956	12.142,727
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	8.580,911	.....	8.580,911	10.741,664	14.371,256
	Gruppe 5...	482.530,827	11.202,018	493.732,845	470.820,271	441.434,768
6	Wirtschaft					
60	Land- und Forstwirtschaft	2.811,064	11,339	2.822,403	2.716,385	2.372,881
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	792,938	24,922	817,860	805,618	922,810
64	Bauten und Technik	7.970,883	122,678	8.093,561	6.717,514	5.711,185
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	34.302,018	75,395	34.377,413	23.609,375	4.346,852
	Gruppe 6...	45.876,903	234,334	46.111,237	33.848,892	13.353,728
	Gruppe 0 bis 6...	657.730,764	12.147,676	669.878,440	630.758,271	580.476,187
7	Bundesbetriebe					
71	Bundestheater	670,900	2,100	673,000	673,000	698,653
75	Alkohol (Monopol)	34,556	0,051	34,607	67,607	285,411
77	Österreichische Bundesforste	2.100,302	96,698	2.197,000	2.197,000	2.104,711
78	Post- und Telegraphenverwaltung	.....	.....	.....	22.357,682	63.112,749
	Gruppe 7...	2.805,758	98,849	2.904,607	25.295,289	66.201,524
	Summe Allgemeiner Haushalt...	660.536,522	12.246,525	672.783,047	656.053,560	646.677,711
	Ausgleichshaushalt					
51	Kassenverwaltung	.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	60.026,250
54	Bundesvermögen	.....	.....	.....	.....	.....
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	180.869,609	180.869,609	213.713,906	262.716,962
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	255.869,609	255.869,609	288.713,906	322.743,212
	Gesamteinnahmen...	660.536,522	268.116,134	928.652,656	944.767,466	969.420,923

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.	sachliche Ausgaben			Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
		Erfolgswirksame Ausgaben		Bestandsw. Ausgaben	Summe					
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	36,075	22,402	2,598	25,000	61,075	1,045	0,193	1,238	- 59,837
02	Bundesgesetzgebung	166,279	1.327,382	49,618	1.377,000	1.543,279	59,447	0,696	60,143	- 1.483,136
03	Verfassungsgerichtshof	25,492	34,355	1,645	36,000	61,492	0,849	0,151	1,000	- 60,492
04	Verwaltungsgerichtshof	109,911	13,642	2,358	16,000	125,911	4,697	0,303	5,000	- 120,911
05	Volksanwaltschaft	23,516	19,890	1,110	21,000	44,516	1,727	0,083	1,810	- 42,706
06	Rechnungshof	212,868	56,091	3,909	60,000	272,868	1,239	0,761	2,000	- 270,868
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.021,665	3.069,020	162,154	3.231,174	4.252,839	630,813	3,891	634,704	- 3.618,135
11	Inneres	14.267,956	5.628,244	1.071,756	6.700,000	20.967,956	1.277,745	70,756	1.348,501	-19.619,455
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	25.353,419	41.099,497	732,503	41.832,000	67.185,419	731,767	46,220	777,987	-66.407,432
13	Kunst	.....	1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	0,157	0,051	0,208	- 1.149,792
14	Wissenschaft und Forschung	11.530,512	17.095,002	1.525,000	18.620,002	30.150,514	1.428,424	28,396	1.456,820	-28.693,694
15	Soziales	1.575,236	88.312,910	260,154	88.573,064	90.148,300	60.405,059	68,206	60.473,265	-29.675,035
16	Sozialversicherung	.....	63.599,502	.....	63.599,502	63.599,502	143,004	.....	143,004	-63.456,498
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	537,702	4.480,700	75,444	4.556,144	5.093,846	890,507	2,233	892,740	- 4.201,106
18	Umwelt	197,846	2.808,492	35,721	2.844,213	3.042,059	98,936	0,605	99,541	- 2.942,518
19	Jugend und Familie	50,638	54.468,501	898,073	55.366,574	55.417,212	56.724,521	416,053	57.140,574	+ 1.723,362
20	Äußeres	809,915	2.967,782	251,830	3.219,612	4.029,527	97,206	30,794	128,000	- 3.901,527
30	Justiz	5.546,814	4.050,385	149,615	4.200,000	9.746,814	6.336,155	13,845	6.350,000	- 3.396,814
40	Militärische Angelegenheiten	9.658,000	11.117,493	95,507	11.213,000	20.871,000	489,736	28,087	517,823	-20.353,177
50	Finanzverwaltung	8.064,238	4.237,253	352,783	4.590,036	12.654,274	2.013,327	158,385	2.171,712	-10.482,562
51	Kassenverwaltung	0,002	3.527,746	2.797,663	6.325,409	6.325,411	14.769,941	3.771,471	18.541,412	+12.216,001
52	Öffentliche Abgaben	.....	142,220	.....	142,220	142,220	423.164,587	.....	423.164,587	+423022,367
53	Finanzausgleich	.....	40.536,870	.....	40.536,870	40.536,870	3.867,056	.....	3.867,056	-36.669,814
54	Bundesvermögen	.....	10.256,834	10.172,222	20.429,056	20.429,056	13.206,102	7.271,978	20.478,080	+ 49,024
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	29.986,133	43.881,930	0,778	43.882,708	73.868,841	16.928,903	0,184	16.929,087	-56.939,754
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	103.399,695	.....	103.399,695	103.399,695	8.580,911	.....	8.580,911	-94.818,784
60	Land- und Forstwirtschaft	1.732,378	25.412,571	154,648	25.567,219	27.299,597	2.811,064	11,339	2.822,403	-24.477,194
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	687,336	2.490,084	57,613	2.547,697	3.235,033	792,938	24,922	817,860	- 2.417,173
64	Bauten und Technik	1.768,577	17.203,531	8.671,389	25.874,920	27.643,497	7.970,883	122,678	8.093,561	-19.549,936
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	16.313,326	26.102,674	116,136	26.218,810	42.532,136	34.302,018	75,395	34.377,413	- 8.154,723
71	Bundestheater	2.412,640	495,002	116,998	612,000	3.024,640	670,900	2,100	673,000	- 2.351,640
75	Alkohol (Monopol)	10,848	36,441	0,111	36,552	47,400	34,556	0,051	34,607	- 12,793
77	Österreichische Bundesforste	1.171,318	473,426	190,574	664,000	1.835,318	2.100,302	96,698	2.197,000	+ 361,682
78	Post- und Telegraphenverwaltung	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Allgemeiner Haushalt	133.270,640	579.507,216	27.960,261	607.467,477	740.738,117	660.536,522	12.246,525	672.783,047	-67.955,070
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	.....	75.000,000	75.000,000	.....
54	Bundesvermögen	.....	922,436	.....	922,436	922,436	.....	.....	.....	- 922,436
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	111.992,103	111.992,103	111.992,103	.....	180.869,609	180.869,609	+68.877,506
	Summe Ausgleichshaushalt	.....	922,436	186.992,103	187.914,539	187.914,539	.....	255.869,609	255.869,609	+67.955,070
	Summe Gesamthaushalt	133.270,640	580.429,652	214.952,364	795.382,016	928.652,656	660.536,522	268.116,134	928.652,656	.....
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	102.313,949								
	Pensionsaufwand	30.956,691								

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1996
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	- 0,103	.....	.....	.....	- 0,103	.....	.....	.....	+ 0,103
02	Bundesgesetzgebung	- 0,598	.....	.....	.....	- 0,598	.....	.....	.....	+ 0,598
03	Verfassungsgerichtshof	- 0,054	.....	.....	.....	- 0,054	.....	.....	.....	+ 0,054
04	Verwaltungsgerichtshof	- 2,013	.....	+ 1,000	+ 1,000	- 1,013	.....	.....	.....	+ 1,013
05	Volksanwaltschaft	- 0,034	.....	.....	.....	- 0,034	.....	.....	.....	+ 0,034
06	Rechnungshof	- 0,098	+ 1,555	- 1,555	.....	- 0,098	.....	.....	.....	+ 0,098
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 1,176	- 22,576	+ 3,999	- 18,577	- 19,753	- 41,016	.....	- 41,016	- 21,263
11	Inneres	- 44,930	+ 85,278	+ 14,722	+ 100,000	+ 55,070	+ 90,488	+ 12,268	+ 102,756	+ 47,686
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	- 2,067	+ 99,174	+ 0,826	+ 100,000	+ 97,933	+ 23,001	- 0,001	+ 23,000	- 74,933
13	Kunst	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
14	Wissenschaft und Forschung	- 2,840	+ 515,000	- 380,000	+ 135,000	+ 132,160	- 0,183	+ 0,183	.....	- 132,160
15	Soziales	- 29,520	+ 3.921,721	.....	+ 3.921,721	+ 3.892,201	+ 1.818,247	- 10,503	+ 1.807,744	- 2.084,457
16	Sozialversicherung	.....	- 3.000,450	.....	- 3.000,450	- 3.000,450	.....	.....	.....	+ 3.000,450
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	- 0,340	- 2.569,069	+ 3,200	- 2.565,869	- 2.566,209	- 1.336,433	.....	- 1.336,433	+ 1.229,776
18	Umwelt	- 0,212	- 825,009	- 10,000	- 835,009	- 835,221	+ 92,924	.....	+ 92,924	+ 928,145
19	Jugend und Familie	- 0,088	+ 997,800	+ 19,157	+ 1.016,957	+ 1.016,869	+ 2.968,008	+ 22,622	+ 2.990,630	+ 1.973,761
20	Äußeres	- 12,024	+ 19,038	- 7,732	+ 11,306	- 0,718	- 4,495	+ 0,495	- 4,000	- 3,282
30	Justiz	+ 99,960	+ 16,000	- 16,000	.....	+ 99,960	+ 300,000	.....	+ 300,000	+ 200,040
40	Militärische Angelegenheiten	+ 390,000	- 263,390	+ 1,390	- 262,000	+ 128,000	+ 9,645	.....	+ 9,645	- 118,355
50	Finanzverwaltung	- 11,893	- 3,613	+ 9,485	+ 5,872	- 6,021	- 8,590	- 10,000	- 18,590	- 12,569
51	Kassenverwaltung	.....	+ 2.459,085	- 170,307	+ 2.288,778	+ 2.288,778	- 2.298,260	- 4.978,992	- 7.277,252	- 9.566,030
52	Öffentliche Abgaben	.....	.....	.....	.....	.....	+35.004,567	.....	+35.004,567	+35.004,567
53	Finanzausgleich	.....	+ 3.150,267	.....	+ 3.150,267	+ 3.150,267	+ 137,958	.....	+ 137,958	- 3.012,309
54	Bundesvermögen	.....	+ 139,758	- 1.896,640	- 1.756,882	- 1.756,882	+ 378,475	- 4.690,962	- 4.312,487	- 2.555,605
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	- 161,452	+ 5.501,918	- 0,500	+ 5.501,418	+ 5.339,966	+ 1.539,121	+ 0,010	+ 1.539,131	- 3.800,835
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	+ 2.154,106	.....	+ 2.154,106	+ 2.154,106	- 2.160,753	.....	- 2.160,753	- 4.314,859
60	Land- und Forstwirtschaft	- 3,022	- 1.687,871	.....	- 1.687,871	- 1.690,893	+ 106,018	.....	+ 106,018	+ 1.796,911
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	- 0,531	- 13,758	.....	- 13,758	- 14,289	+ 12,242	.....	+ 12,242	+ 26,531
64	Bauten und Technik	- 2,566	+ 8,123	+ 158,500	+ 166,623	+ 164,057	+ 1.346,047	+ 30,000	+ 1.376,047	+ 1.211,990
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	+ 5.333,089	+ 1.277,815	+ 18,210	+ 1.296,025	+ 6.629,114	+10.743,306	+ 24,732	+10.768,038	+ 4.138,924
71	Bundestheater	+ 29,012	+ 11,000	- 43,000	- 32,000	- 2,988	.....	.....	.....	+ 2,988
75	Alkohol (Monopol)	.....	- 203,701	- 0,050	- 203,751	- 203,751	- 33,000	.....	- 33,000	+ 170,751
77	Österreichische Bundesforste	- 0,103	.....	+ 15,000	+ 15,000	+ 14,897	.....	.....	.....	- 14,897
78	Post- und Telegraphenverwaltung	-10.818,201	- 2.917,659	- 7.221,822	-10.139,481	-20.957,682	-22.325,614	- 32,068	-22.357,682	- 1.400,000
	Summe Allgemeiner Haushalt	- 5.241,804	+ 8.850,542	- 9.502,117	- 651,575	- 5.893,379	+26.361,703	- 9.632,216	+16.729,487	+22.622,866
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
54	Bundesvermögen	.....	- 987,749	.....	- 987,749	- 987,749	.....	.....	.....	+ 987,749
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	- 9.233,682	- 9.233,682	- 9.233,682	.....	-32.844,297	-32.844,297	-23.610,615
	Summe Ausgleichshaushalt	.....	- 987,749	- 9.233,682	-10.221,431	-10.221,431	.....	-32.844,297	-32.844,297	-22.622,866
	Summe Gesamthaushalt	- 5.241,804	+ 7.862,793	-18.735,799	-10.873,006	-16.114,810	+26.361,703	-42.476,513	-16.114,810	.....
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	- 1.413,723								
	Pensionsaufwand	- 3.828,081								

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg.	Förderungen Ges. Verpfl.	 Darlehen	 Zuschuß	Aufwendungen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg. /E	 Erm. Ausg. /B	Sachausgaben Summe
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		2,398		0,200		6,925	15,477		25,000
02	Bundesgesetzgebung		49,006	168,324	0,612	200,674	688,302	270,082		1.377,000
03	Verfassungsgerichtshof		1,445		0,200		26,000	8,355		36,000
04	Verwaltungsgerichtshof		2,067		0,291		2,000	11,642		16,000
05	Volksanwaltschaft		0,910		0,200		14,000	5,890		21,000
06	Rechnungshof		3,059		0,850		10,168	45,923		60,000
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		158,008	725,305	4,146	750,580	294,067	1.299,068		3.231,174
11	Inneres		1.043,154		28,600	157,583	982,672	4.487,989	0,002	6.700,000
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten		682,196		50,307	761,251	35.532,000	4.806,246		41.832,000
13	Kunst		10,300		0,051	1.010,586		129,063		1.150,000
14	Wissenschaft und Forschung		1.500,000	0,002	25,000	2.295,000	3.100,000	11.700,000		18.620,002
15	Soziales		46,565	10,500	207,129	4.947,917	80.393,882	2.960,611	6,460	88.573,064
16	Sozialversicherung						63.599,502			63.599,502
17	Gesundheit und Konsumentenschutz		72,547	3.016,081	2,897	126,935	761,011	576,673		4.556,144
18	Umwelt		34,486		1,235	2.289,011	3,188	516,293		2.844,213
19	Jugend und Familie		5,474		2,665	225,173	54.152,051	91,277	889,934	55.366,574
20	Äußeres		249,920		1,910	1.140,360	493,092	1.334,330		3.219,612
30	Justiz		135,525		14,000	205,200	1.005,770	2.839,415	0,090	4.200,000
40	Militärische Angelegenheiten		52,307		43,200	3,650	2.714,095	8.399,748		11.213,000
50	Finanzverwaltung		323,979	30,001	28,804	681,167	802,109	2.723,976		4.590,036
51	Kassenverwaltung		2.600,001			24,000	2.628,503	875,243	197,662	6.325,409
52	Öffentliche Abgaben							142,220		142,220
53	Finanzausgleich					0,001	36.665,210	3.871,659		40.536,870
54	Bundesvermögen	1.354,612	50,013		40,206	244,003	2.928,746	7.084,085	8.727,391	20.429,056
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				0,778		43.881,930			43.882,708
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						335,190	103.064,505		103.399,695
60	Land- und Forstwirtschaft		150,000	6.958,000	4,648	16.006,571	568,000	1.880,000		25.567,219
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	0,001	34,606	0,004	23,006	1.808,149	47,703	634,228		2.547,697
64	Bauten und Technik	0,001	8.670,973		0,415	508,453	3.782,186	12.912,892		25.874,920
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr		53,110	1.500,000	63,026	836,021	52,750	23.713,903		26.218,810
71	Bundestheater		115,000		1,998	0,002	60,000	435,000		612,000
75	Alkohol (Monopol)		0,061		0,050		0,142	36,299		36,552
77	Österreichische Bundesforste		184,899		5,675	0,325	103,000	370,101		664,000
78	Post- und Telegraphenverwaltung									
	Summe Allgemeiner Haushalt	1.354,614	16.232,009	12.408,217	552,099	34.222,612	335.634,194	197.242,193	9.821,539	607.467,477
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								75.000,000	75.000,000
54	Bundesvermögen						922,436			922,436
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge								111.992,103	111.992,103
	Summe Ausgleichshaushalt						922,436		186.992,103	187.914,539
	Summe Gesamthaushalt	1.354,614	16.232,009	12.408,217	552,099	34.222,612	336.556,630	197.242,193	196.813,642	795.382,016

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 1996
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg.	Förderungen Ges. Verpfl.	 Darlehen	 Zuschuß	Aufwendungen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg. /E	 Erm. Ausg. /B	Sach-ausgaben Summe
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei									
02	Bundesgesetzgebung									
03	Verfassungsgerichtshof									
04	Verwaltungsgerichtshof		+ 1,000							+ 1,000
05	Volksanwaltschaft									
06	Rechnungshof		- 1,555				+ 0,051	+ 1,504		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		+ 3,500	- 79,863	+ 0,499	+ 33,959	+ 0,350	+ 22,978		- 18,577
11	Inneres		+ 14,722			- 241,235	+ 28,176	+ 298,337		+ 100,000
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten		- 1,549		+ 2,375	- 67,130		+ 166,304		+ 100,000
13	Kunst									
14	Wissenschaft und Forschung		- 380,000			+ 85,000	- 300,000	+ 730,000		+ 135,000
15	Soziales					- 142,021	+ 4.078,742	- 15,000		+ 3.921,721
16	Sozialversicherung						- 3.000,450			- 3.000,450
17	Gesundheit und Konsumentenschutz		+ 3,200	+ 3.016,075		- 0,800	- 5.608,844	+ 24,500		- 2.565,869
18	Umwelt		- 10,000			- 828,009		+ 3,000		- 835,009
19	Jugend und Familie						+ 997,800		+ 19,157	+ 1.016,957
20	Äußeres		- 7,532		- 0,200	+ 28,539	- 0,175	- 9,326		+ 11,306
30	Justiz		- 16,000			+ 9,000	- 5,000	+ 12,000		
40	Militärische Angelegenheiten				+ 1,390		- 263,263	- 0,127		- 262,000
50	Finanzverwaltung		+ 9,485	+ 12,000		+ 70,456	- 133,263	+ 47,194		+ 5,872
51	Kassenverwaltung		- 200,000				+ 2.423,531	+ 35,554	+ 29,693	+ 2.288,778
52	Öffentliche Abgaben									
53	Finanzausgleich					+ 0,001	+ 3.012,308	+ 137,958		+ 3.150,267
54	Bundesvermögen	- 1.642,641	+ 48,001		- 2,000	+ 32,000	- 135,084	+ 242,842	- 300,000	- 1.756,882
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				- 0,500		+ 5.501,918			+ 5.501,418
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						- 0,002	+ 2.154,108		+ 2.154,106
60	Land- und Forstwirtschaft					- 1.687,871				- 1.687,871
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.					- 13,758				- 13,758
64	Bauten und Technik		+ 158,500			- 5,057		+ 13,180		+ 166,623
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr				+ 18,210	+ 94,638		+ 1.183,177		+ 1.296,025
71	Bundestheater		- 43,000					+ 11,000		- 32,000
75	Alkohol (Monopol)				- 0,050			- 203,701		- 203,751
77	Österreichische Bundesforste		+ 15,000							+ 15,000
78	Post- und Telegraphenverwaltung		- 7.203,558	- 2,182	- 18,264	- 2,999	- 428,444	- 2.484,034		-10.139,481
	Summe Allgemeiner Haushalt...	- 1.642,641	- 7.609,786	+ 2.946,030	+ 1,460	- 2.635,287	+ 6.168,351	+ 2.371,448	- 251,150	- 651,575
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung									
54	Bundesvermögen						- 987,749			- 987,749
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge								- 9.233,682	- 9.233,682
	Summe Ausgleichshaushalt...						- 987,749		- 9.233,682	-10.221,431
	Summe Gesamthaushalt...	- 1.642,641	- 7.609,786	+ 2.946,030	+ 1,460	- 2.635,287	+ 5.180,602	+ 2.371,448	- 9.484,832	-10.873,006

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche 11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	24.916,511	10.966,880	4.095,941	.....	540,760	1.196,677	.....	.....	16.128,574
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	0,001	.....
3	An (B)	1.040,777	1.947,920	940,385	.....	76,058	17,755	0,959	4.271,303	66,780
4	F/G (E)	400,000	0,002	.....	.....	3.016,081	10,500	.....	.....	1.500,000
5	F-D (B)	0,500	0,014	1,549	.....	.....	202,004	129,766	0,001	41,893
6	F (E)	969,186	2.337,038	1.285,659	.....	588,300	5.293,211	16,425	19,000	1.053,158
7	A/G-S (E)	35.427,508	2.455,046	614,185	587,672	3.680,039	199.348,601	30.653,941	3.504,280	36.166,680
8	A (E)	4.921,300	11.700,104	1.655,484	.....	787,324	3.007,221	41,398	8.895,385	24.129,385
9	A-B (B)	.....	.....	.....	.....	.....	896,428	.....	0,001	0,002
	Summe Sachausgaben...	42.759,271	18.440,124	4.497,262	587,672	8.147,802	208.775,720	30.842,489	16.689,971	62.957,898
	Summe Allgem. Haush...	67.675,782	29.407,004	8.593,203	587,672	8.688,562	209.972,397	30.842,489	16.689,971	79.086,472
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Ausgaben...	67.675,782	29.407,004	8.593,203	587,672	8.688,562	209.972,397	30.842,489	16.689,971	79.086,472
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	0,837	522,929	196,600	.....	879,442	115.065,530	.....	6.280,885	1.234,812
4-6	E	780,169	592,876	901,549	.....	252,442	2.185,017	106,562	309,836	39.944,444
	Summe Einnahmen(E)...	781,006	1.115,805	1.098,149	.....	1.131,884	117.250,547	106,562	6.590,721	41.179,256
2,3	ZB	.....	0,008	0,060	.....	.....	475,732	.....	110,000	.....
7-9	B	1,217	6,693	3,603	.....	0,406	1,000	142,663	12,928	100,621
	Summe Einnahmen(B)...	1,217	6,701	3,663	.....	0,406	476,732	142,663	122,928	100,621
	Summe Allgem. Haush...	782,223	1.122,506	1.101,812	.....	1.132,290	117.727,279	249,225	6.713,649	41.279,877
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Einnahmen...	782,223	1.122,506	1.101,812	.....	1.132,290	117.727,279	249,225	6.713,649	41.279,877

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche 34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	Summe
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	1.586,438	.....	132,799	1.036,882	658,215	9.594,565	18.970,708	43.445,690	133.270,640
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	0,002	.....	1.354,611	.....	.....	.....	1.354,614
3	An (B)	425,888	0,002	5,553	38,739	0,068	87,206	1.092,100	6.220,516	16.232,009
4	F/G (E)	6.958,000	.....	30,002	.....	0,003	.....	.....	493,629	12.408,217
5	F-D (B)	2,875	0,002	17,906	.....	0,049	30,700	0,411	124,429	552,099
6	F (E)	16.169,796	125,789	2.288,500	2.075,025	708,222	17,932	.....	1.275,371	34.222,612
7	A/G-S (E)	471,092	.....	2.843,612	287,506	18,172	2.115,983	978,006	16.481,871	335.634,194
8	A (E)	1.698,307	.....	4.318,189	518,050	1.130,486	9.305,635	5.758,360	119.375,565	197.242,193
9	A-B (B)	0,340	0,002	8.727,012	.....	.....	.....	0,090	197,664	9.821,539
	Summe Sachausgaben...	25.726,298	125,795	18.230,776	2.919,320	3.211,611	11.557,456	7.828,967	144.169,045	607.467,477
	Summe Allgem. Haush...	27.312,736	125,795	18.363,575	3.956,202	3.869,826	21.152,021	26.799,675	187.614,735	740.738,117
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	922,436	.....	.....	.....	.....	.....	922,436
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	186.992,103	186.992,103
	Summe Ausgaben...	27.312,736	125,795	19.286,011	3.956,202	3.869,826	21.152,021	26.799,675	374.606,838	928.652,656
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	1.629,220	.....	4.109,892	180,011	80,000	154,700	351,000	5.400,829	136.086,687
4-6	E	3.036,898	126,086	973,736	523,895	5.713,109	359,817	6.911,910	461.731,489	524.449,835
	Summe Einnahmen(E)...	4.666,118	126,086	5.083,628	703,906	5.793,109	514,517	7.262,910	467.132,318	660.536,522
2,3	ZB	82,798	.....	6.916,803	.....	.....	.....	.....	1,013	7.586,414
7-9	B	13,007	1,775	15,893	0,219	1,069	21,008	18,855	4.319,154	4.660,111
	Summe Einnahmen(B)...	95,805	1,775	6.932,696	0,219	1,069	21,008	18,855	4.320,167	12.246,525
	Summe Allgem. Haush...	4.761,923	127,861	12.016,324	704,125	5.794,178	535,525	7.281,765	471.452,485	672.783,047
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	255.869,609	255.869,609
	Summe Einnahmen...	4.761,923	127,861	12.016,324	704,125	5.794,178	535,525	7.281,765	727.322,094	928.652,656

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/11		**Inneres:**			
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):			
1/1111		Zivilschutz:			
1/11113	41	Anlagen	1,400	1,400	2,800
1/11116	41	Förderungen	0,500	0,500	1,000
		Summe 1111...	1,900	1,900	3,800
1/113		Bundespolizei:			
1/1130		Bundespolizei:			
1/11303	42	Anlagen	8,500	8,500	17,000
1/114		Bundesgendarmerie:			
1/1140		Bundesgendarmerie:			
1/11403	42	Anlagen	18,000	18,000	36,000
		Gesamtausgaben 11...	28,400	28,400	56,800

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/12		**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**			
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:			
1/12003	43	Anlagen	.....	1,667	1,667
1/12006	43	Förderungen	.....	0,001	0,001
		Summe 120...	.....	1,668	1,668
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:			
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:			
1/12203	11	Anlagen	.....	0,180	0,180
1/12206	11	Förderungen	.....	0,017	0,017
1/1221		Erwachsenenbildung:			
1/12216	11	Förderungen	.....	0,137	0,137
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:			
1/12256	11	Förderungen	.....	8,510	8,510
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:			
1/12266	11	Förderungen	.....	0,918	0,918
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:			
1/12276	11	Förderungen	.....	0,208	0,208
		Summe 122...	.....	9,970	9,970
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:			
1/1240		Hofmusikkapelle:			
1/12403	13	Anlagen	.....	0,375	0,375
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:			
1/12413	11	Anlagen	.....	0,334	0,334
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:			
1/12423	11	Anlagen	.....	0,090	0,090
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:			
1/12433	11	Anlagen	.....	0,812	0,812
1/1244		Museen:			
1/12443	13	Anlagen	.....	26,026	26,026
1/12446	13	Förderungen	.....	3,600	3,600
1/1246		Nationalbibliothek und Phonothek:			
1/12463	12	Anlagen	.....	1,787	1,787
1/1247		Bundesdenkmalamt:			
1/12473	13	Anlagen	.....	0,264	0,264
1/12476	13	Förderungen	.....	48,816	48,816
		Summe 124...	.....	82,104	82,104
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:			
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:			
1/12603	11	Anlagen	.....	4,197	4,197
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:			
1/12613	11	Anlagen	.....	0,291	0,291
		Summe 126...	.....	4,488	4,488

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/127		Allgemeinbildende Schulen:			
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:			
1/12703	11	Anlagen	.....	22,410	22,410
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:			
1/12713	11	Anlagen	.....	0,871	0,871
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:			
1/12743	11	Anlagen	.....	0,573	0,573
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):			
1/12763	11	Anlagen	.....	1,390	1,390
		Summe 127...	.....	25,244	25,244
1/128		Berufsbildende Schulen:			
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:			
1/12803	11	Anlagen	.....	17,315	17,315
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:			
1/12813	11	Anlagen	.....	12,308	12,308
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:			
1/12823	11	Anlagen	.....	5,486	5,486
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):			
1/12863	11	Anlagen	.....	1,534	1,534
		Summe 128...	.....	36,643	36,643
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:			
1/1290		Pädagogische Akademien:			
1/12903	11	Anlagen	.....	2,554	2,554
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:			
1/12913	11	Anlagen	.....	1,287	1,287
1/1292		Berufspädagogische Akademien:			
1/12923	11	Anlagen	.....	0,692	0,692
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:			
1/12933	11	Anlagen	.....	0,330	0,330
1/1294		Pädagogische Institute:			
1/12943	11	Anlagen	.....	0,779	0,779
		Summe 129...	.....	5,642	5,642
		Gesamtausgaben 12...	.....	165,759	165,759
1/13		**Kunst:**			
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):			
1/1301		Musik und darstellende Kunst:			
1/13016	13	Förderungen	.....	25,019	25,019
		Gesamtausgaben 13...	.....	25,019	25,019

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/14		**Wissenschaft und Forschung:**			
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):			
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:			
1/14106	12	Förderungen	.....	88,550	88,550
1/1419		Forschungsunternehmungen:			
1/14196	12	Förderungen	.....	89,000	89,000
		Summe 141...	.....	177,550	177,550
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:			
1/1420		Universitäten:			
1/14203	12	Anlagen	.....	1.240,535	1.240,535
1/1423		Bibliotheken:			
1/14233	12	Anlagen	.....	26,386	26,386
		Summe 142...	.....	1.266,921	1.266,921
1/143		Kunsthochschulen:			
1/1430		Kunsthochschulen:			
1/14303	13	Anlagen	.....	91,705	91,705
		Gesamtausgaben 14...	.....	1.536,176	1.536,176

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/30		**Justiz:**			
1/302		Justizbehörden in den Ländern:			
1/30203	42	Anlagen	6,000	6,000	12,000
1/30208	42	Aufwendungen	5,000	.....	5,000
		Summe 302...	11,000	6,000	17,000
1/303		Justizanstalten:			
1/30303	42	Anlagen	13,000	6,000	19,000
		Gesamtausgaben 30...	24,000	12,000	36,000
1/40		**Militärische Angelegenheiten:**			
1/401		Heer und Heeresverwaltung:			
1/40108	41	Aufwendungen	400,000	100,000	500,000
		Gesamtausgaben 40...	400,000	100,000	500,000
1/60		**Land- und Forstwirtschaft:**			
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):			
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	6,000	6,000	12,000
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen	70,000	70,000	140,000
		Summe 601...	76,000	76,000	152,000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:			
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:			
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen	30,000	40,000	70,000
1/6084		Bundesflüsse:			
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne	24,000	26,000	50,000
1/6086		Interessentengewässer:			
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.	22,000	22,000	44,000
		Summe 608...	76,000	88,000	164,000
		Gesamtausgaben 60...	152,000	164,000	316,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/64		**Bauten und Technik:**			
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):			
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG	28,000	20,000	48,000
	11		*11,000*	*6,000*	*17,000*
	12		*8,000*	*6,000*	*14,000*
	43		*9,000*	*8,000*	*17,000*
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:			
1/64713	11	Anlagen	50,000	108,000	158,000
1/64718	11	Aufwendungen	50,000	25,000	75,000
		Summe 6471...	100,000	133,000	233,000
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:			
1/64723	12	Anlagen	30,000	100,000	130,000
1/64728	12	Aufwendungen	40,000	32,000	72,000
		Summe 6472...	70,000	132,000	202,000
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:			
1/64738		Aufwendungen	60,000	70,000	130,000
	23		*10,000*	*5,000*	*15,000*
	41		*50,000*	*65,000*	*115,000*
		Summe 6473...	60,000	70,000	130,000
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:			
1/64743	11	Anlagen	20,000	10,000	30,000
1/64748		Aufwendungen	10,000	.....	10,000
	11		*5,000*	.....	*5,000*
	34		*5,000*	.....	*5,000*
		Summe 6474...	30,000	10,000	40,000
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:			
1/64753		Anlagen	320,000	138,000	458,000
	12		*5,000*	*3,000*	*8,000*
	13		*55,000*	.....	*55,000*
	23		.....	*10,000*	*10,000*
	43		*260,000*	*125,000*	*385,000*
1/64758	43	Aufwendungen	192,000	97,000	289,000
		Summe 6475...	512,000	235,000	747,000
		Gesamtausgaben 64...	800,000	600,000	1.400,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/65		**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**			
1/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:			
1/6500		Zentralleitung:			
1/65003	43	Anlagen	.....	0,100	0,100
1/6501		Schiffahrtspolizei:			
1/65013	43	Anlagen	0,055	0,055	0,110
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:			
1/65023	43	Anlagen	1,000	1,000	2,000
		Summe 650...	1,055	1,155	2,210
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):			
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur	1.000,000	.....	1.000,000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):			
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:			
1/65246	33	Förderungen	1,000	1,500	2,500
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen	12,000	15,000	27,000
		Summe 652...	13,000	16,500	29,500
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:			
1/65503	33	Anlagen	.....	0,050	0,050
		Gesamtausgaben 65...	1.014,055	17,705	1.031,760
1/77		**Österreichische Bundesforste:**			
1/773		Sachausgaben:			
1/77313	34	Sonstige Anlagen	7,600	7,600	15,200
		Gesamtausgaben 77...	7,600	7,600	15,200

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	AUSGABEN Bezeichnung	Stabilisierungs-quote	Konjunktur-belebungs-quote	Konjunktur-ausgleich-Voranschlag
0	Oberste Organe			
01	Präsidentschaftskanzlei	...	...	...
02	Bundesgesetzgebung	...	...	...
03	Verfassungsgerichtshof	...	...	...
04	Verwaltungsgerichtshof	...	...	...
05	Volksanwaltschaft	...	...	...
06	Rechnungshof	...	...	...
	Gruppe 0	...	...	...
1	Innenverwaltung			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	...	...	...
11	Inneres	28,400	28,400	56,800
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	...	165,759	165,759
13	Kunst	...	25,019	25,019
14	Wissenschaft und Forschung	...	1.536,176	1.536,176
15	Soziales	...	...	...
16	Sozialversicherung	...	...	...
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	...	...	...
18	Umwelt	...	...	...
19	Jugend und Familie	...	...	...
	Gruppe 1	28,400	1.755,354	1.783,754
20	Äußeres	...	...	...
30	Justiz	24,000	12,000	36,000
40	Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000	500,000
5	Finanzen			
50	Finanzverwaltung	...	...	...
51	Kassenverwaltung	...	...	...
52	Öffentliche Abgaben	...	...	...
53	Finanzausgleich	...	...	...
54	Bundesvermögen	...	...	...
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	...	...	...
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	...	...	...
	Gruppe 5	...	...	...
6	Wirtschaft			
60	Land- und Forstwirtschaft	152,000	164,000	316,000
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	...	...	...
64	Bauten und Technik	800,000	600,000	1.400,000
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1.014,055	17,705	1.031,760
	Gruppe 6	1.966,055	781,705	2.747,760
	Gruppe 0 bis 6	2.418,455	2.649,059	5.067,514
7	Bundesbetriebe			
71	Bundestheater	...	...	...
75	Alkohol (Monopol)	...	...	...
77	Österreichische Bundesforste	7,600	7,600	15,200
	Gruppe 7	7,600	7,600	15,200
	Gesamtausgaben	2.426,055	2.656,659	5.082,714

Anlage II.a Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche									Summe
		11 EU	12 FW	13 Kn	23 Wb	33 Vk	34 Lf	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	Stabilisierungs-quote										
3	AN (B)	70,000	35,000	55,000	.....	.....	7,600	1,400	45,500	261,055	475,555
5	F-D (B)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
6	F (E)	.....	.....	.....	.....	13,000	128,000	0,500	.....	.....	141,500
8	A (E)	66,000	48,000	.....	10,000	1.000,000	29,000	450,000	5,000	201,000	1.809,000
	Summe Stab. Guote...	136,000	83,000	55,000	10,000	1.013,000	164,600	451,900	50,500	462,055	2.426,055
	Konjunkturbelebungs-quote										
3	AN (B)	191,433	1.371,708	118,370	10,000	0,050	7,600	1,400	38,500	127,822	1.866,883
5	F-D (B)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
6	F (E)	9,790	177,550	77,435	.....	16,500	138,000	0,500	.....	0,001	419,776
8	A (E)	31,000	38,000	.....	5,000	.....	26,000	165,000	.....	105,000	370,000
	Summe Konj. Guote...	232,223	1.587,258	195,805	15,000	16,550	171,600	166,900	38,500	232,823	2.656,659
	Konjunkturausgleich...	368,223	1.670,258	250,805	25,000	1.029,550	336,200	618,800	89,000	694,878	5.082,714

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997

I. Allgemeines

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt E, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76, in der Fassung BGBl. Nr. 1105/1994.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Der Text des BFG/97 entspricht im wesentlichen dem Text des BFG/96; neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel I

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlußsummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der voraussehbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monatshälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

Die bisherige Erlösverrechnung der Währungstauschverträge wirkte sich verzerrend auf den Limitrahmen gemäß Artikel II des Bundesfinanzgesetzes aus. Durch die Eröffnung neuer Voranschlagsan-

sätze können die Erlöse aus Währungstauschverträgen von den tatsächlichen Tilgungen aus Währungstauschverträgen des jeweiligen Finanzjahres unterschieden werden.

Zu Artikel III

Im Abs. 1 wird der BMF ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen – wenn es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt – der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem in der Anlage II (Konjunkturausgleich-Voranschlag) ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 5,1 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunkturentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken.

Für das Jahr 1997 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +2,7 vH zugrunde gelegt. Bei der Beurteilung der Entwicklung der nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft ist von den hiefür maßgeblichen aktuellen Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der Beratungen der Arbeitsgruppe beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, der Vertreter der Sozialpartner angehören, auszugehen.

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hiefür ist der gemäß Art. 201 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluß 88/376/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 24. Juni 1988, ABl. Nr. L 185/24 sowie die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, zuletzt geändert mit Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/5 vom 12. November 1994, Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, daß folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Bruttosozialprodukts aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die an den EG-Gesamtshaushalt abzuführenden Eigenmittel veranschlagt. Die im Art. III vorgesehene Bedeckungsermächtigung in Höhe von 15 vH findet seine Begründung in dem möglichen Eintreten mehrerer Umstände, deren Folgen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur schwer abgeschätzt werden können:

- Es muß im Laufe des Jahres 1997 mit Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplänen gerechnet werden, welche die EU-Haushaltsordnung gemäß Art. 15(a) u.a. für die Verbuchung des Saldos im EU-Haushalt vorsieht. Art. 32(a) bestimmt, daß dieser Saldo aus dem Haushaltsjahr n, je nach dem, ob es sich um einen Haushaltsüberschuß oder um ein -defizit handelt, auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite im Haushaltsjahr n+1 eingesetzt wird.
- Des weiteren ist auf Grundlage von Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89 (Abrechnung der Mehrwertsteuer-Grundlagen des Vorjahres) mit einer Nachzahlungsverpflichtung von Seiten Österreichs an die EU zu rechnen, deren Höhe sich derzeit nur schwer schätzen läßt.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der eventuelle Abruf einer BSP-Reserve im laufenden Haushaltsjahr. Zu erwarten ist ein Betrag von rund 400 Millionen Schilling.
- Weitere Änderungen können sich insbesondere aufgrund der Anpassung des Haushaltsvolumens 1997 an die Durchführungsbedingungen oder eine allfällige Revision der "Finanziellen Vorschau" ergeben.

Das Auftreten einer oder all dieser o.a. Eventualitäten kann zu erhöhten Eigenmittelabfuhren an die EU führen, welche die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben vermindern. Mit Abs. 3 wird der Bundes-

minister für Finanzen ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

Zu Artikel IV bis VIII

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgabenrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte „sachliche" Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

„Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar" im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, daß die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe jener „Mehreinnahmen" errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EG (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 52). Diese Zahlungen werden bei den Voranschlagsansätzen 2/51314 (EAGFL/Garantie) sowie 2/51305, 2/51306 und 2/51315 (Strukturfonds) verrechnet. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt – gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen – durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt.

Die EU-Strukturfonds (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung) sind das zentrale Instrumentarium zur Gewährleistung des Zieles des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union (Art. 130 a Unions-Vertrag) und dienen damit zur Flankierung der Binnenmarktpolitik und der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

Wesentliche Grundsätze der Vergabe der Mittel der EU-Strukturfonds sind die Konzentration des Mitteleinsatzes auf bestimmte regional-, arbeitsmarkt- und agrarpolitische Ziele, die Vergabe der Mittel in Form einer Kofinanzierung für zielorientierte, mehrjährige Maßnahmenprogramme, das Prinzip der Additionalität und der Partnerschaft.

Nachdem der genaue Zeitpunkt des Abschlusses des entsprechenden Genehmigungsverfahrens nicht bekannt ist, sind die von den EU-Strukturfonds zur Kofinanzierung bereitzustellenden Mittel schwer abschätzbar. Um die einlangenden EU-Mittel widmungsgemäß verwenden zu können, ist für die Leistung der korrespondierenden Mehrausgaben im Wege einer Überschreitungsermächtigung im Art. IV Abs. 3 vorgesorgt.

Mit der Ermächtigung des Art. V Abs. 1 Z 12 soll die Möglichkeit geschaffen werden, durch den Verzicht der Unterrichtsverwaltung auf Rechte an Schul-, Heim- und sonstigen Gebäuden bzw. anderer Privatisierungsmaßnahmen entstehende zusätzliche Erlöse zur Bedeckung neuer vertraglicher Verpflichtungen aus der Schulraumbeschaffung sowie derzeit nicht quantifizierbarer Kostensteigerungen im Betriebsaufwand heranzuziehen. Die Änderung des Betrages in der Ermächtigung der Z 21 ergibt sich durch die Absicht, den Anteil des Eigenerwerbes von Bundesanleihen bei Begebung zur Verbesserung des Market-Making zu erhöhen. Für die Unterstützung der Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen in den Ländern wird durch die Ermächtigung in der Z 24 vorgesorgt. Unter Zugrundelegung eines Verfassungsgerichtshoferkenntnisses ergeben sich für den Bund Nachzahlungen an die Gemeinde Wien betreffend klinischer Mehraufwand für die Jahre 1985 bis 1995. Da die Leistung dieser Zahlung jedoch von einer dem Bund vorzulegenden und von ihm anzuerkennenden Abrechnung abhängig ist, die derzeit noch nicht vorliegt, wird im Art. VII Z 8 eine entsprechende Erhöhung der Ermächtigung vorgesehen. Durch

die Ermächtigung in Z 26 sollen Gutachter- und Beraterkosten abgedeckt werden, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Anteilsrechten anfallen, aber nicht zu einer Veräußerung führen.

Art. VIII bringt zum Ausdruck, daß die hier zusammengefaßten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. Weiters wird klargestellt, daß unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

Zu Artikel IX

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die gesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen zu übernehmen.

Zu Artikel X

Der Bundesminister für Finanzen wird gemäß § 53 Abs. 4 BHG ermächtigt, andere als die in den Abs. 1 bis 3 leg. cit. angeführten Rücklagenzuführungen durchzuführen.

Zu Artikel XI und XII

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt.

Auf Grund von zu erwartenden wesentlich erhöhten Tauschvorgängen ist eine Anpassung der Höchstgrenze im Art. XI Abs. 2 erforderlich.

Zu Artikel XIII, XIV und XV

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge sowie der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Zu Artikel XVI und XVII

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG.

B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) und Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) für das Jahr 1997

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag und Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält der Arbeits(Amts)behelf zum BFG/97, 1. Teil.

C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage III) für das Jahr 1997

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage III zum BFG/97 zu entnehmen.

D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage IV) für das Jahr 1997

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) des Fahrzeugplanes bleibt gegenüber 1996 abgesehen von dem Entfall der die Reservekraftfahrzeuge der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung betreffenden Bestimmungen in P2 Abs. 2 im wesentlichen inhaltlich unverändert.

Wie in den Vorjahren kann ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird. Weiters ist für die erstmalige Inverwendungnahme der im Plan der Kraftfahrzeuge für 1997 enthaltenen Personenkraftwagen, Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, Motorräder und Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg), das ist bei Anschaffung, Anmietung oder unentgeltlicher Zurverfügungstellung zufolge Ministerratsbeschluß, die jeweils gültige KFZ-Empfehlungsliste verbindlich.

Die Gesamtzahl der im Plan der Kraftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge vermindert sich gegenüber dem Jahr 1996 um 9.886. Diese Verminderung ist im wesentlichen auf die im Jahre 1996 erfolgte Ausgliederung der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung aus dem Budget zurückzuführen.

Während im Plan für Luftfahrzeuge die Anzahl gegenüber dem Vorjahr mit 50 unverändert blieb, konnte die Anzahl der Wasserfahrzeuge um weitere 2 auf 191 vermindert werden.

E. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen (Anlage V) für das Jahr 1997

Der Wortlaut des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Anzahl der Anlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2.442 um 48 auf 2.394 vermindert. Ein Großteil dieser Verminderung ergab sich durch die Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung.

Im einzelnen ergeben sich folgende Veränderungen:

Type A (Kleinanlagen):	
bundeseigene	+9
angemietete	–3
Type B (Mittelanlagen):	
bundeseigene	–15
angemietete	....
Type C (Großanlagen):	
bundeseigene	–31
angemietete	....
Type D (Sonderanlagen):	
bundeseigene	–8
angemietete	....
	-48

Dadurch ergab sich bei folgenden Bereichen eine Veränderung in der Anzahl der Anlagen:

Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr.ähnl.Einr.)	–1
Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz; Zentralleitung	+2
Vertretungsbehörden	+12
Bundesrechenamt	+9
Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr; Zentralleitung	+2
Post- und Telegraphenverwaltung (Ausgliederung)	–72
	-48

Abkürzungen im Text:
BFG = Bundesfinanzgesetz(e)
BFG/97 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997
BFG/96 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996
BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung
BMF = Bundesminister für Finanzen
B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1996

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)

Wien 1996
Österreichische Staatsdruckerei

51 0835

Inhalt

I. TEIL

Seite

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1996 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1995 und 1994:

Gesamtgebarung und Aufgabenstellung ... 7— 8
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 78 ... 10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei ... 11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung ... 12— 15
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof ... 16
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof ... 17
Kapitel 05: Volksanwaltschaft ... 18
Kapitel 06: Rechnungshof ... 19
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen ... 20— 25
Kapitel 11: Inneres ... 26— 34
Kapitel 12: Unterricht und kulturelle Angelegenheiten ... 35— 56
Kapitel 13: Kunst ... 57— 61
Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung ... 62— 76
Kapitel 15: Soziales ... 77— 93
Kapitel 16: Sozialversicherung ... 94—114
Statistische Daten zur Pensionsversicherung ... 103—114
Kapitel 17: Gesundheit und Konsumentenschutz ... 115—126
Kapitel 18: Umwelt ... 127—129
Kapitel 19: Jugend und Familie ... 130—136
Kapitel 20: Äußeres ... 137—141
Kapitel 30: Justiz ... 142—147
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten ... 148—153
Kapitel 50: Finanzverwaltung ... 154—167
Kapitel 51: Kassenverwaltung ... 168—173
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.) ... 174—198
Titel 2/529 Ab Überweisungen II (Eigenmittelabfuhren an die EU) ... 191—192
Übersicht über die im Budget 1996 veranschlagten Ertragsanteile ... 193
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes ... 194—196
Kapitel 53: Finanzausgleich ... 199—204
Kapitel 54: Bundesvermögen ... 205—219
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines) ... 220—223
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien ... 223
Kapitel 59: Finanzschuld, Währungstauschverträge ... 224—227
Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines) ... 228—252
Agrarische Strukturförderung ... 237—239
Marktordnungsmaßnahmen ... 239—241
Marktordnungspolitische Maßnahmen ... 241
Finanzielle Regelungen zur Entlastung der Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des EU-Beitrittsvertrages ... 246—247
Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr ... 253—257
Kapitel 64: Bauten und Technik ... 258—269
Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG ... 266
Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr ... 270—276

Seite

Kapitel 71: Bundestheater ... 277—278
Kapitel 75: Alkohol (Monopol) ... 279
Kapitel 77: Österreichische Bundesforste ... 280—281
Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung ... 282—291

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1996:

Inlandswirksame Gebarung (1994 bis 1996) ... 293—297
Gebarungsunterschiede (1996 gegenüber 1995) ... 298—302
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1996 ... 302
Erfolgswirksame/Bestandswirksame Gebarung ... 303
Personalstand und Personalausgaben ... 304—308
Starrheit des Bundeshaushaltes (1995 und 1996) ... 308
Investitionen und Investitionsförderung (1994 bis 1996) ... 309—312
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1994 bis 1996) ... 312—313
Bereinigte Budgetgebarung (1994 bis 1996) ... 314—315
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes ... 316—317
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes ... 318—321

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung (1987 bis 1996) ... 322—323
Nettoausgaben (1987 bis 1994) ... 323—324
Volkswirtschaftliche Steuerquote (1987 bis 1996) ... 324—325
Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ... 325—326
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1954—1994 ... 326
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1987 bis 1996) ... 326—328
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1987 bis 1996) ... 328—330
Öffentliches Sparen und öffentliche Vermögensrechnung (1987 bis 1996) ... 330
Brutto-Anlageinvestitionen (1987 bis 1996) ... 331
Öffentliches Sparen (1987 bis 1994) ... 331
Öffentliche Verschuldung (1987 bis 1994) ... 332

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:

Gebarung 1945 bis 1994 ... 333—343
Vorläufiger Gebarungserfolg 1995 ... 343—351
Budgetvorschauen bzw. -prognosen, Budgetprogramm und Budgetbericht ... 352—354

IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz ... 355
Budgetbericht und Budgetprogramm ... 355
Bundesrechnungsabschluß ... 355
Vorschriften für die Haushaltsführung ... 356

V. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushaltsgebarung ... 357—358
Gliederung des Bundesvoranschlages ... 358—359
Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes ... 359—360
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen) ... 360—362
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) ... 362—366
Kontenplan für die Bundesverwaltung ... 366—367
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ... 367—371
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige) ... 371
Mehrjährige Vorhaben ... 372
Zweckgebundene Einnahmen ... 372
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe ... 372—373
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr) ... 373—377

A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1996 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1995 und 1994

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 1996 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 1996 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlußziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1995 bzw. dem vorläufigen Gebarungserfolg 1995 und dem Erfolg 1994 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Vorläufiger Gebarungserfolg 1995	Erfolg 1994
	in Millionen Schilling			
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	746 631	752 820	764 581	731 447
Einnahmen	656 054	650 547	646 678	626 629
Abgang	90 578	102 273	117 903	104 818
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	198 136	214 194	204 840	121 092
Einnahmen	288 714	316 467	322 743	225 910
Überschuß	90 578	102 273	117 903	104 818
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. S [1]	2 449,4	2 360,1 [2]	2 360,1	2 262,9
Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP	3,7	4,3	5,0	4,6

RUNDUNGSDIFFERENZEN

[1]) Prognose des WIFO vom Dezember 1995.

[2]) Bei Berücksichtigung der bei Erstellung des BVA 1995 vorliegenden WIFO-Prognose vom Dezember 1994 (BIP: 2 372,9 Mrd. S) entspricht dies ebenfalls einem Anteil von 4,3 vH.

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Die Bundesregierung hat sich das fiskalpolitische Ziel gesetzt, mittelfristig das Budget zu konsolidieren und das Nettodefizit auf unter 3 vH des Bruttoinlandsproduktes zu senken und die im Maastrichter-Vertrag über die Europäische Union festgelegten Konvergenzkritierien für die öffentlichen Haushalte zu erreichen. Bereits 1997 soll das Nettodefizit des Bundes auf 2,7 vH des BIP gesenkt werden.

Bedingt durch eine Reihe von Entwicklungen — rezessionsbedingte Einnahmenausfälle und Ausgabensteigerungen, Ausweitung des Personalaufwandes, Expansion der Familien- und Sozialleistungen, Einnahmenausfälle durch die Steuerreform sowie Kosten des EU-Beitritts — hat sich von 1992 bis 1995 die budgetäre Situation des Bundes erheblich verschlechtert und das Defizit beträchtlich erhöht. Eine Fortführung dieser Entwicklung hätte den budgetpolitischen Handlungsspielraum weiter verringert und zu einer immer höheren Budgetbelastung durch Zinsenzahlungen geführt. Darüber hinaus hätten sich negative Auswirkungen für die Währungspolitik ergeben, welche über höhere Zinssätze wiederum negative Rückwirkungen auf Wirtschaftsentwicklung und das Budget gehabt hätten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde eine breit angelegte sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite treffende Konsolidierungsstrategie, die auch mit den anderen Gebietskörperschaften und den Sozialpartnern abgestimmt wurde, gewählt. Zwei Drittel der Konsolidierung werden über ausgabenseitige Einsparungsmaßnahmen in den Bereichen Personalausgaben im öffentlichen Dienst, Einsparungen bei familienpolitischen Leistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung erzielt. Ein Drittel wird über einnahmenseitige Maßnahmen — Schließen von Steuerlükken, Streichung von Ausnahmebestimmungen, Wegfall von nicht mehr zeitgemäßen Steuersubventionen sowie Einbeziehung von Gas und Strom in die Energiebesteuerung — erzielt. Die Konsoldierung erfolgt sozial ausgewogen, höhere Einkommen tragen mehr bei als niedrigere Einkommen und betrifft alle Einkommensarten und Bevölkerungsgruppen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unter dem Eindruck nachlassender Auslandsnachfrage schwächt sich das Wirtschaftswachstum in Österreich 1996 und 1997 ab. Die europaweiten Bemühungen zum Abbau der Budgetdefizite werden die Konjunktur bis in das Jahr 1997 dämpfen. Dennoch geht die EU davon aus, daß es sich derzeit nur um eine Wachstumspause handelt, welche auf Grund guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen 1997 wieder von stärkerem Wachstum abgelöst werden wird. Anfang 1996 treten in Deutschland Steuersenkungen in Kraft, welche über höhere Importe auch auf die Nachbarländer ausstrahlen werden. Für den gesamten OECD-Raum wird für 1996 und 1997 ein Wachstum von jeweils 2,3 vH erwartet, für die EU ergibt sich für 1996 und 1997 ein Wachstum von jeweils knapp unter 2 vH. Die USA werden im gleichen Zeitraum mit jeweils 2,5 vH wachsen, und die osteuropäischen Reformstaaten können mit einem durchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 4,5 vH rechnen.

In Österreich haben das schleppende Wachstum der Produktion und sparsamer Arbeitskräfteeinsatz — auch im Dienstleistungssektor — einen Rückgang der Beschäftigung zur Folge. Bis 1996 kann dies weitgehend durch den Abbau des Arbeitskräftepotentials durch Frühpensionen aufgefangen werden. Für 1997 ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 vH (*internationale Definition*) zu rechnen.

Der Bundesvoranschlag 1996 und 1997 wurde unter Zugrundelegung der Dezemberprognose 1995 des Wirtschaftsforschungsinstitutes erstellt, wobei von folgenden Eckdaten ausgegangen wurde:

Beim Bruttoinlandsprodukt (=BIP) wird 1996 ein reales Wachstum von 1,6 vH und für 1997 von 1,2 vH erwartet. Das nominelle BIP wird 1996 2 449 Milliarden und 1997 2 517 Milliarden Schilling betragen. 1996 werden sowohl die Netto-Masseneinkommen als auch die verfügbaren persönlichen Einkommen nur schwach zunehmen, 1997 werden sie stagnieren. Auf Grund einer abnehmenden Sparquote ergibt sich daraus für den privaten Konsum ein reales Wachstum von 1,5 vH für 1996 und 1 vH im Jahre 1997. Die Warenexporte sollen 1996 und 1997 nominell jeweils um 7,1 vH zunehmen, real wird die Zuwachsrate jeweils 6 vH betragen. Die Warenimporte werden 1996 und 1997 nominell um 4 vH zunehmen. Für die Leistungsbilanz ergibt sich für 1996 ein Defizit von 35 Milliarden (1,4 vH des BIP) und für 1997 ein Defizit von 20 Milliarden Schilling (das sind 0,8 vH des BIP). Die Arbeitslosenquote wird 1996 4,7 vH und 1997 5,5 vH betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird für 1996 mit 2,2 vH und für 1997 mit 1,9 vH prognostiziert.

Auch auf Grund der sich leicht abschwächenden konjunkturellen Entwicklung stand die Bundesregierung bei der Erstellung des Bundesvoranschlages für 1996 und 1997 vor einer großen Herausforderung. Das Budgetdefizit des Bundes soll bis Ende 1997 auf 2,7 vH des BIP reduziert werden.

Die Netto-Kosten des EU-Beitritts für den Bundeshaushalt betragen 1995 1,4 vH des BIP. 1996 und 1997 fallen sie auf 0,8 vH des BIP.

3. Konjunkturausgleich-Voranschlag

Um im Jahre 1996 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996 ein Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 5,1 Milliarden Schilling angeschlossen.

4. Budgetvollzug 1995

Der Bundesvoranschlag 1995 sah ein Defizit von 102,3 Milliarden Schilling oder 4,3 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Der vorläufige Gebarungserfolg weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 117,9 Milliarden Schilling oder 5,0 vH des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden im allgemeinen Haushalt die Ausgaben um rd. 11,8 Milliarden Schilling überschritten und die Einnahmen um rd. 3,9 Milliarden Schilling unterschritten.

Die Überschreitung auf der Ausgabenseite wurde in erster Linie durch höhere Bundeszuschüsse für die Pensionsversicherung (8 Milliarden Schilling), durch vermehrte Beihilfen für Erzeugung und Verwertung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie durch höhere Ausgleichszahlungen im Bereich der Landwirtschaft verursacht.

Auf der Einnahmenseite wurde einerseits der Voranschlag für Veräußerungserlöse um 7,1 Milliarden Schilling unterschritten, weil der Verkauf von Anteilsrechten des Bundes an Unternehmungen nur zum Teil realisiert wurde, andererseits lag das Nettoergebnis bei den öffentlichen Abgaben — trotz geringerer Bruttoeinnahmen — um 4,3 Milliarden Schilling über dem BVA 1995, da die Überweisungen an die Länder und Gemeinden (Ertragsanteile) sowie an die EU wesentlich niedriger waren.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 78:

1. Gesetzliche Grundlagen

Zur Darstellung gelangt das Grundgesetz in der zuletzt gültigen Fassung.

2. Ausgliederungen

Bei Vergleichen mit den Jahren 1994 und 1995 ist zu berücksichtigen, daß die Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung 1. Mai 1996 aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert wird. Betroffen sind die Kapitel 78 (Post- und Telegraphenverwaltung), 65 (Öffentliche Wirtschaft und Verkehr), 55 (Pensionen-Hoheitsverwaltung) und 52 (Öffentliche Abgaben; wegen Körperschaftsteuer).

3. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden die Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhung mit Wirkung 1. Jänner 1995 und der Einmalzahlung für 1996 in Höhe von 2 700 Schilling pro Person berücksichtigt.

4. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

5. Bundesrechnungsabschluß bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen des Jahres 1994 stellen den Erfolg, jene des Jahres 1995 den Bundesvoranschlag, BGBl. Nr. 283, bzw. den vorläufigen Gebarungserfolg (Stand 31. Jänner 1996), und die des Jahres 1996 den Bundesvoranschlag dar.

Unter dem Hinweis „Veranschlagte Ausgaben" und „Einnahmen" werden die Beträge des Bundesvoranschlages 1996 verstanden.

Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 1996 und die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

6. Rundungsdifferenzen

Bei Betragsangaben wurde einheitlich mathematisch bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

7. Redaktionsschluß 8. März 1996

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Herrn Bundespräsidenten, der im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBl. Nr. 450 in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz vom 4. August 1992, BGBl. Nr. 470, geregelt ist.

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	34,3	38,1	72,4	1,0
1995	35,0	24,4	59,4	1,2
1995 vorl. Erf..	36,9	42,2	79,0	1,2
1996	36,2	25,0	61,2	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 1995 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen" 1,400 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Herrn Bundespräsidenten

Die Bezüge des Herrn Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 820/1995, geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)" verrechnet.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sowie aus den Aufgaben der zur Besorgung der parlamentarischen Hilfsdienste und der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments berufenen Parlamentsdirektion gemäß Artikel 30 Bundes-Verfassungsgesetz, ferner auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	153,5	1 084,1	1 237,7	30,3
1995	177,6	1 201,0	1 378,6	56,0
1995 vor. Erf. .	169,4	1 177,0	1 346,4	60,8
1996	166,9	1 377,0	1 543,9	60,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1993;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992;

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedarf ua. die Festsetzung von Postgebühren, Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden Personen, die in Betrieben des Bundes ständig beschäftigt sind, der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates.

Schließlich bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterechts. Der Hauptausschuß des Nationalrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	553,8	24,5
1995	600,5	43,0
1995 vor. Erf.	648,6	48,4
1996	786,1	48,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Mehrausgaben vor allem für Zuwendungen an den Nationalfonds und auf Grund der Folgekosten der Nationalratswahl 1995.

Titel 022 Bundesrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 50/1996;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB bei gewissen Fristsetzungen für die Erlassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, daß dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	79,0	4,2
1995	91,8	7,5
1995 vor. Erf.	76,7	7,5
1996	89,6	7,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Diese Ausgaben beinhalten u. a. die Vorsorge für die Folgekosten von Landtagswahlen, welche entsprechend der Anzahl der entsendeten Mitglieder einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die budgetären Erfordernisse haben.

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments

Gesetzliche Grundlage

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 742/1990;

Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 839/1995;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen Hilfsdiensten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatare an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	159,0	—
1995	207,2	4,0
1995 vor. Erf.	192,5	2,8
1996	226,9	3,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben sind auf die Bestimmungen des Klubfinanzierungsgesetzes 1985 zurückzuführen, welches die Höhe der Bezüge im öffentlichen Dienst als Berechnungsgrundlage dieser Ausgaben vorsieht. Darüber hinaus wird hier für die Bezüge der 21 österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments Vorsorge getroffen.

Titel 024 Parlamentsdirektion

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1993;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 50/1996.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgenden parlamentarischen Hilfsdienste umfassen insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	153,5	292,3	445,8	1,5
1995	177,6	301,6	479,2	1,4
1995 vor. Erf.	169,4	259,2	428,6	2,0
1996	166,9	274,3	441,2	1,6

Unterschiede gegen Vorjahre

In diesen Voranschlagsbeträgen ist für die laufenden Ausgaben der Parlamentsdirektion Vorsorge getroffen.

Das Mehrerfordernis bei den Sachausgaben resultiert überwiegend aus den Aufwendungen für notwendige Instandhaltungs- und Umbauarbeiten im historischen Parlamentsgebäude.

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 469/1995, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 121 Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	25,6	32,7	58,3	0,6
1995	26,5	35,4	61,9	0,9
1995 vorl. Erf..	26,1	35,1	61,2	0,7
1996	25,5	36,0	61,5	1,0

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 470/1995;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	105,2	13,9	119,1	5,0
1995	106,6	13,9	120,4	4,3
1995 vorl. Erf..	110,2	14,0	124,2	3,4
1996	111,9	15,0	126,9	5,0

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, und das Geschäftsordnungsgesetz 1975, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1988, BGBl. Nr. 720. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 478/1995.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt,

von ihr vermutete Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlaß eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	24,4	19,5	43,9	1,1
1995	24,5	23,9	48,4	1,8
1995 vorl. Erf..	24,0	20,5	44,5	1,7
1996	23,6	21,0	44,6	1,8

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1989.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellte Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Ab 1. Jänner 1997 ist der Rechnungshof weiters befugt, die Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen. Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI [1]) (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	212,5	61,0	273,4	1,4
1995	223,8	72,2	296,0	1,5
1995 vorl. Erf..	210,4	53,2	263,6	1,8
1996	213,0	60,0	273,0	2,0

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, geregelt.

[1]) INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	938,2	3 951,6	4 889,7	881,4
1995	1 021,2	3 247,0	4 268,2	664,8
1995 vorl. Erf.	1 038,3	3 587,0	4 625,3	915,8
1996	1 022,8	3 249,8	4 272,6	675,7

Infolge Kompetenzänderungen auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz sind die Voranschlagsbeträge 1995 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Titel 100 Bundeskanzleramt

Gesetzliche Grundlagen

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 917/1993;

Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 700/1995;

Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;

Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 200/1985;

Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;

Bundesgesetz über den Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen, BGBl. Nr. 837/1992.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, Angelegenheiten der Osthilfe, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union sowie der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU, der Durchführung des Auslandsdienstes auf Kurzwelle, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, der Information und Dokumentation, des Datenschutzes und allgemeiner Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten einschließlich der Ausbildung von Bundesbediensteten sowie Angelegenheiten der Gleichbehandlungskommission und Verwaltungsmanagement.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	406,6	1 976,5	2 383,1	797,1
1995	412,0	1 641,0	2 053,0	551,6
1995 vorl. Erf.	400,8	1 833,4	2 234,2	748,0
1996	394,6	1 569,3	1 963,9	517,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben resultiert vor allem aus einer geringeren Dotierung der Mittel für den Innovations- und Technologiefonds sowie einer Reduzierung der Zahlungen an den Ausgleichstaxfonds.

Paragraph 1000 Bundeskanzleramt-Zentralleitung

Förderungen

Die hier veranschlagten Mittel sind vor allem für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland, die Förderung von Fraueninitiativen, die Unterstützung von Projekten des Bundesseniorenbeirates, die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogramms, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichische Institut für Raumplanung, die Unterstützung der Initiativen des Jewish Welcome Service, die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit der Europäischen Integration sowie die Abdeckung des Betriebsabganges des Betriebskindergartens vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder und der Landeshauptmänner, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD und OECD-Energieagentur vorgesorgt.

Paragraph 1001 Verwaltungsakademie

Hier sind die Mittel für die Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung — wie etwa im Zusammenhang mit europäischer Integration — und der Schulung von Führungskräften veranschlagt.

Weiters sind Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die durch die Herstellung und den Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraph 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragraphen abgewickelt.

Paragraph 1005 Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerbl. Wirtschaft. Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbl. Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich (Weitere Erläuterungen siehe Paragraph 5110).

Paragraph 1006 Zusammenarbeit mit ZOR und NUS

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die zentral- und osteuropäischen Länder sowie die Neuen Unabhängigen Staaten in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist in erster Linie der Transfer österreichischen Know-hows.

Voranschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG

Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt

Gesetzliche Grundlagen

Behörden-Überleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;

Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut, StGBl. Nr. 90/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 785/1995;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 50/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aufgaben

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen „Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)", „Archiv der Republik", „Finanz- und Hofkammerarchiv", „Haus-, Hof- und Staatsarchiv" und „Kriegsarchiv" sowie der „Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs" und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Archivamt obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	52,9	16,2	69,1	0,9
1995	55,1	20,0	75,2	0,9
1995 vorl. Erf..	56,2	20,4	76,6	0,7
1996	55,5	20,8	76,2	0,9

Titel 102 Statistisches Zentralamt

Wichtige Gesetzliche Grundlagen

Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 390/1994;

Krebsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 138/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1969;

Verordnung über die Agrarstrukturerhebung, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 844/1994;

Verordnung über statistische Erhebung über den Stand und die Entwicklung der industriellen Gütererzeugung, BGBl. Nr. 406/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 826/1995;

Verordnung über statistische Erhebung über den Stand und die Entwicklung der gewerblichen Gütererzeugung und Dienstleistungen, BGBl. Nr. 407/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 826/1995;

Handelsstatistisches Gesetz, BGBl. Nr. 661/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 173/1995;

Güterbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 63/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 126/1993;

Straßen- und Schienenverkehrsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 142/1983;

Kraftfahrgesetz, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1995;

Wohnbaustatistikverordnung, BGBl. Nr. 342/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 919/1994;

Mikrozensusverordnung, BGBl. Nr. 334/1967;

Meldegesetz, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1995;

Verwaltungsvereinbarungen für das ÖKO-Punktesystem, BGBl. Nr. 879/1992 und BGBl. Nr. 823/1992.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Wohnbaustatistik sowie der Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens und der Umweltstatistik, wobei der Umstellung auf die EU-Erfordernisse größtes Gewicht zukommt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	438,4	178,3	616,7	17,1
1995	470,2	197,5	667,7	26,6
1995 vorl. Erf.	454,9	194,1	649,0	28,0
1996	448,2	181,8	630,0	29,6

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei

Gesetzliche Grundlagen

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 10/1991.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung und der Verlag der „Wiener Zeitung".

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	40,2	1,0	41,2	41,1
1995	42,1	0,8	43,0	43,0
1995 vorl. Erf.	41,0	0,9	41,9	42,4
1996	40,5	0,8	41,3	41,3

Hier werden lediglich Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei" verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung

Gesetzliche Grundlagen

Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 865/1992;

Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 238/1991;

Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1991.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	762,2	—
1995	641,6	0,0
1995 vorl. Erf.	757,9	—
1996	687,3	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung ergibt sich vor allem aus der Veranschlagung eines Wahlwerbungskosten-Beitrags für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

Von den für 1996 veranschlagten Ausgaben entfallen:

123,5 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,

281,7 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,

7,1 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,

100,8 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,

165,0 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und

9,2 Millionen Schilling auf die Presseförderung — Journalistenausbildung.

Titel 105 Volksgruppenförderung

Gesetzliche Grundlage

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	38,3	—
1995	52,7	0,0
1995 vorl. Erf.	52,1	—
1996	52,7	0,0

Titel 107 Sportangelegenheiten

Gesetzliche Grundlage

Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 917/1993.

Aufgaben

Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	*85,6*	*647,8*	*733,4*	*91,2*
1995	41,6	693,4	735,1	42,7
1995 vorl. Erf.	85,3	728,6	813,9	96,6
1996	84,1	737,1	821,2	86,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personal- und Sachausgaben ergibt sich aus dem Umstand, daß bei den Bundessportheimen und Sporteinrichtungen derzeit keine Privatisierung erfolgt und daher die Ausgaben wieder voll veranschlagt wurden.

Paragraph 1070 Sportförderung

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen

Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt Nachwuchsförderung. Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten im Rahmen des Österreichischen Sportstättenplanes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

Paragraph 1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Aufgaben

Betrieb von 11 Bundessportheimen bzw. Bundessportschulen.

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Ausbau der Sporteinrichtungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die öffentlichen Abgaben und die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der gesamten Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Überweisungen an die Länder gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, veranschlagt.

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	13 471,3	6 022,5	19 493,8	777,1
1995	14 113,1	6 126,3	20 239,4	815,9
1995 vorl. Erf.	14 154,8	6 293,5	20 448,3	1 094,4
1996	14 312,9	6 600,0	20 912,9	1 245,7

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	734,5	714,0	1 448,5	33,8
1995	776,5	927,4	1 703,9	39,9
1995 vorl. Erf.	788,5	931,5	1 720,0	36,1
1996	779,4	1 126,8	1 906,2	50,5

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Zentralleitung	1 448,5	1 703,9	1 720,0	1 811,2
Zahlungen an die BIG	—	—	—	95,0
Summe ...	1 448,5	1 703,9	1 720,0	1 906,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung gegenüber dem Jahre 1995 ergibt sich im wesentlichen im ADV-Bereich im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schengener Übereinkommens, bei den Wahlkosten sowie auf Grund der erstmalig im Jahre 1996 zentral für das gesamte Ressort beim Paragraphen 1101 veranschlagten Geldmittel für Zahlungen an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG).

Paragraph 1100 Zentralleitung

Anlagen

Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Förderungen

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen teils der Förderung und Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive, teils werden die Förderungsbeträge anderen Subventionswerbern gewährt. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel im Zusammenhang mit Auslandsdiensten gemäß § 12b ZDG sowie für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familien- und Geburtenbeihilfen, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 239 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge an Schengen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraph 1101 Zahlungen an die BIG

Bei diesem Paragraph wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 419/1992, die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1013/1994;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 106/1990.

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1986), BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 4 Z 2 des Katastrophenfondsgesetzes 1986, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz: Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 828/1995.

Aufgaben bzw. Organisation

Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Unter „Flugpolizei" ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst" hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 19 Hubschrauber, 4 Motorflugzeuge und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	948,9	266,5
1995	908,1	291,8
1995 vorl. Erf.	1 046,7	572,7
1996	1 156,1	630,1

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	79,2	81,7	90,2	57,7
Zivilschutz: [1]				
Vorsorge für alle Ressorts				
Bereich Inneres	22,4	25,9	25,4	26,6
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)	41,5	50,0	66,7	50,0
Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965	22,1	13,0	13,4	13,5
Zivildienst	689,5	659,8	795,1	932,4
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	78,5	71,9	50,2	70,0
Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. G, Z 12 BMG	15,7	5,8	5,8	5,8
Summe . . .	948,9	908,1	1 046,7	1 156,1

Paragraph 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Hier ist der Aufwand für die vom Bundesministerium für Inneres im Rahmen der Hilfs- und Rettungseinsätze bzw. für exekutive Aufgaben eingesetzten Luftfahrzeuge veranschlagt.

Paragraph 1111 Zivilschutz

Neben den Ausgaben für die Selbstschutz-Informationszentren sowie die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes ergeben sich Mehrausgaben auf Grund des im Jahre 1996 geplanten Workshops über Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen der Europäischen Union und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten).

[1]) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar im wesentlichen bei folgenden Paragraphen:
6000, 6304, 6530, 7831 und 7931

Paragraph 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)

Bei diesem Paragraph wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes 1986, in der derzeit geltenden Fassung, berücksichtigt, die vorsehen, daß jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hiefür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraph 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965

Hier ist der Aufwand für die Österreichischen UN-Polizeikontingente veranschlagt.

Paragraph 1117 Zivildienst

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraph 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß 100 StVO.

Paragraph 1119 Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt G, Z 12 BMG

Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	14,6	—
1995	22,5	0,0
1995 vorl. Erf.	17,8	—
1996	15,8	0,0

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	6,2	6,4	8,4	6,4
Fremdenwesen	8,4	16,1	9,4	9,4
Summe ...	14,6	22,5	17,8	15,8

Paragraph 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge

Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBl. Nr. 303/1920;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 1996 6,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 1122 Fremdenwesen

Gesetzliche Grundlage

Fremdengesetz, BGBl. Nr. 838/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

Aufgaben

Bei diesem Paragraph sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind.

Titel 113 Bundespolizei

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung der Bundesregierung vom 7. Dezember 1976 über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden, BGBl. Nr. 690/1976;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 566/1991;

Verordnung des Bundesministeriums für Inneres vom 26. Februar 1946 über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektionen, BGBl. Nr. 74/1946;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung idF der 19. Novelle (§ 100 Abs. 10 StVO), BGBl. Nr. 518/1994.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 9 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	6 514,4	1 634,7	8 149,1	395,3
1995	6 776,0	1 801,3	8 577,3	412,6
1995 vorl. Erf.	6 809,0	1 762,2	8 571,2	404,0
1996	6 779,3	1 702,3	8 481,6	465,0

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Bundespolizei	8 149,1	8 577,3	8 527,0	8 391,6
Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)	—	—	44,2	90,0
Summe	8 149,1	8 577,3	8 571,2	8 481,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgabenverminderung ist insbesondere auf den Umstand zurückzuführen, daß die Ausgaben für Zahlungen an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) ab dem Jahre 1996 zentral beim Paragraph 1101 veranschlagt sind.

Die Mehrausgaben beim Paragraph 1131 entstehen durch den verstärkten Einsatz auf dem Gebiet der Verkehrsüberwachung.

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	45,6
Sonstiges	0,3
Zusammen ...	45,9

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	44,6
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen ...	45,9

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,500
Sonstiges	0,850
Zusammen ...	1,350

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	0,900
Zuführung an Rücklagen	0,450
Zusammen ...	1,350

Titel 114 Bundesgendarmerie

Gesetzliche Grundlagen

Gendarmeriegesetz, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung StGBl. Nr. 75/1918 und BGBl. Nr. 59/1972,

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 566/1991,

Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. Nr. 267/1993;

Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993;

Straßenverkehrsordnung idF der 19. Novelle (§ 100 Abs. 10 StVO), BGBl. Nr. 518/1994.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 3 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 35 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 7 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 805 Gendarmerieposten mit 5 Außenstellen, 64 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezentralschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	6146,5	1631,9	7778,4	60,2
1995	6478,2	1694,1	8172,3	54,9
1995 vorl. Erf.	6483,9	1689,7	8173,6	66,7
1996	6681,3	1875,4	8556,7	80,0

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Bundesgendarmerie	7769,9	8172,3	8117,4	8386,7
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	8,5	—	56,2	170,0
Summe	7778,4	8172,3	8173,6	8556,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich hauptsächlich durch die erfolgten Übernahmen von Zollwachebeamten für den Grenzdienst. Dadurch verbunden sind erhöhte Geldmittel für Investitionen im Fernmeldebereich, auf dem Kraftfahrzeug- und ADV-Sektor sowie für die Ausstattung von Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen vorgesehen.

Die Mehrausgaben beim Paragraph 1141 entstehen durch den verstärkten Einsatz auf dem Gebiet der Verkehrsüberwachung.

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	61,2
Sonstiges	0,7
Zusammen	61,9

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	61,3
Fondsaufwand	0,6
Zusammen	61,9

Titel 115 Besondere Einrichtungen

Gesetzliche Grundlagen

Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl. Nr. 8/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 610/1994;

Bundesgesetz über die Betreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 405/1991;

Verordnung über die Bundesbetreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1993;

Bundesgesetz über die Regelung des Aufenthaltes von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 351/1995;

Verordnung der Bundesregierung über die Anzahl der Bewilligungen nach dem Aufenthaltsgesetz, BGBl. Nr. 854/1995;

Verordnung über das Aufenthaltsrecht von kriegsvertriebenen Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina, BGBl. Nr. 389/1995.

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraph 1152 Bundesasylamt

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl. Nr. 8/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 610/1994.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	75,9	1 078,4	1 154,3	21,3
1995	82,4	773,0	855,4	16,7
1995 vorl. Erf.	73,4	845,5	918,9	14,9
1996	72,9	723,6	796,5	20,1

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Flüchtlingsbetreuung und Integration	1 110,1	785,1	863,7	745,7
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	6,5	21,8	14,6	10,7
Bundesasylamt	37,7	48,5	40,6	40,1
Summe ...	1 154,3	855,4	918,9	796,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraph 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Asylwerber und Flüchtlinge.

Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bei diesem Paragraph sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 19,5 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Betreuungsstellen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Darüber hinaus werden die für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Ausgaben im Zuge der Bund-Länder-Aktion zu einem Drittel von den Ländern refundiert.

Betreuungsstellen und Insassen

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1993	1994	1995
Betreuungsstellen	5	6 [2])	6 [2])
Insassen	1 100 [1])	1 070 [1])	1 200 [1])
Unterbringung in Gasthöfen	5 600	1 000	900

[1]) In dieser Summe sind im Jahre 1993 800, im Jahre 1994 870 und im Jahre 1995 700 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina enthalten.

[2]) Einschließlich Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorfer Straße 23.

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Aufwendungen

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, der Gedenkstätten Melk und Ebensee sowie die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

Paragraph 1152 Bundesasylamt

Aufgaben bzw. Organisation

Mit Inkrafttreten des Asylgesetzes 1991 wurde als Asylbehörde 1. Instanz ein Bundesasylamt eingerichtet, das über die bei diesem Amt eingebrachten Asylanträge zu entscheiden hat.

Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.

Ausgaben

Bei diesem Paragraph sind vor allem neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater veranschlagt.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	28,400
Konjunkturbelebungsquote	28,400
Verwendungszweck (je Quote):	
1. Subvention an die Feuerwehr zum Ankauf von Geräten, die dem Zivilschutz dienen	0,500
2. Kraftfahrzeugsektor	9,000
3. Nachrichtensektor	6,900
4. Amtsausstattung	12,000

Kapitel 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt N.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	23 994,1	39 447,1	63 441,2	602,0
1995	25 320,2	40 898,7	66 218,9	688,1
1995 vorl. Erf.	25 387,5	41 288,1	66 675,6	740,8
1996	25 355,5	41 732,0	67 087,5	755,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, und des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990; weiters ist auf den am 21. Dezember 1995 unterzeichneten fünften Zusatzvertrag Bedacht zu nehmen;

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 618/1989;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 616/1989;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1989.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Museen, der Nationalbibliothek, der Phonothek und des Bundesdenkmalamts.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	348,7	2 877,9	3 226,5	58,2
1995	350,9	2 314,4	2 665,3	57,2
1995 vorl. Erf.	349,0	2 693,9	3 042,8	53,5
1996	346,4	2 797,5	3 143,9	58,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz und bei der Schulraumbeschaffung.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der vierten Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes, für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation sowie des Softwareprogrammes „Schulanlagenmanagement (SAM)" Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung", des „Bildungsfilms", des „Österr. Kulturservice", bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung und der Vorbereitung auf das „Millenium 1996" sowie für Vereinigungen, die kulturelle und pädagogische Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Kultus — Ständige Leistungen

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 587,7 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind ua. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau des Österreich-Zentrums in Skörde, Schweden; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen — Kulturpädagogisches Konzept des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewußtseins der jungen Generation.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschußprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u. dgl. bezahlt.

Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Paragraph 1201 Zahlungen an die BIG

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Zahlung der von nicht im Rahmen der Mieten verrechenbaren Betriebsausstattung vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz voranschlagt.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand

Aufgaben

Dieser Zweckaufwand umfaßt vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemeinpädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemeinbildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung, für die bibliothekarischen Einrichtungen und für den Denkmalfonds.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	1 094,0	1,5
1995	1 197,8	1,9
1995 vorl. Erf.	1 154,3	3,8
1996	1 265,7	1,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Förderungen für Erwachsenenbildung (zB lebensbegleitendes Lernen) sowie der Waldorfschulen.

Paragraph 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

Gesetzliche Grundlagen

Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995;

Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für das Zentrum für Schulentwicklung sowie für Software vorgesorgt.

Förderungen

Förderungszuwendungen für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier werden die Ausgaben für Schülerbeihilfen, Studienförderungen, die laufenden Transferzahlungen an die Länder für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.

Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien veranschlagt.

Paragraph 1221 Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen

Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:

- Ausbau eines computergestützten Erwachsenenbildungs-Informationsservice (EBIS)
- Entwicklung von Selbststudienmaterialien im Rahmen des Zweiten Bildungsweges
- Neue Wege des Fremdsprachenlernens
- Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal
- gezielte Förderung innovativer Bildungsangebote
- Europäisches Jahr für lebensbegleitendes Lernen 1996.

Paragraph 1225 Allgemeinbildendes Schulwesen

Förderungen

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des allgemeinbildenden Schulwesens.

Veranschlagt sind vor allem Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Darüber hinaus sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien, die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Paragraph 1226 Berufsbildendes Schulwesen

Förderungen

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Hier sind vor allem Förderungszuwendungen an private Schulerhalter und gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Paragraph 1227 Lehrer- und Erzieherbildung

Förderungen

Die Zuwendungen für die Studentenvertretung dienen der Förderung der pädagogischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Studierenden an privaten Pädagogischen und Religionspädagogischen Akademien.

Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedsstaaten des Europarates.

Paragraph 1228 Bibliothekarische Einrichtungen

Förderungen

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet Förderungen für Einrichtungen der Informationsvermittlung der Kooperation zwischen bibliothekarischen und kulturellen Einrichtungen und der Kulturinformation.

Paragraph 1229 Denkmalfonds (zweckgeb. Gebarung)

Förderungen

Dieser Voranschlagsansatz wurde durch die Novelle 1990 zum DMSG erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Im BVA 1995 war diese Gebarung unter Paragraph 1249 veranschlagt.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen

Bis 1994 wurden die Ausgaben und Einnahmen für die Hofmusikkapelle beim Kap. 13, Titel 132, für die Museen, Bundesdenkmalamt und Denkmalfonds beim Kap. 14, Paragraphe 1440, 1441, 1450, 1451 und 1452 veranschlagt und verrechnet. Die Ausgaben und Einnahmen der Österreichischen Nationalbibliothek und der Österreichischen Phonothek wurden bei den Paragraphen 1422 und 1423 mitveranschlagt und mitverrechnet.

Organisation

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die Museen, die Nationalbibliothek und Phonothek sowie das Bundesdenkmalamt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	*75,0*	*114,6*	*189,7*	*88,7*
1995	716,8	908,9	1 625,7	179,0
1995 vorl. Erf..	706,1	928,8	1 634,9	186,7
1996	703,7	1 131,9	1 835,6	190,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung des Museumsquartiers (BGBl. Nr. 372/1990) sowie der Stiftung Leopold (BGBl. Nr. 621/1994).

Paragraph 1240 Hofmusikkapelle

Aufgaben

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralscola.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	*8,8*	*5,3*	*14,1*	*4,3*
1995	9,1	6,2	15,3	5,2
1995 vorl. Erf..	9,4	5,6	15,0	4,5
1996	9,4	6,9	16,3	5,5

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie Brandschutzmaßnahmen.

Aufwendungen

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten, Vorbereitung der 500-Jahr-Feier im Jahre 1998), veranschlagt.

Paragraph 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Aufgaben

Vorsorge für 4 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Belange der Leibeserziehung sowie für die Durchführung und Beschickung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	22,2	22,3	44,5	24,7
1995	22,9	21,2	44,1	22,6
1995 vorl. Erf..	22,7	21,0	43,7	22,7
1996	22,6	21,6	44,2	23,3

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Koordinationstagungen aus Leibeserziehung und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Aufgaben

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	13,1	59,2	72,3	54,4
1995	13,6	54,2	67,9	52,0
1995 vorl. Erf..	13,8	60,2	74,0	58,2
1996	13,7	54,8	68,5	53,0

Anlagen

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung der beiden Jugendhäuser Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind vor allem Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen.

Aufwendungen

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen", bei der im Schuljahr 1994/95 1 473 Gruppen mit 35 627 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen", wo im Schuljahr 1994/95 113 Gruppen mit 2 448 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

Paragraph 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage

BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Aufgaben

Aus diesen Mitteln werden der laufende Betrieb der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang, die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern, der Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene an den Förderungsstellen sowie die Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich" finanziert.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Schilling		
1994	39,8	33,1	72,8	9,6
1995	41,6	30,4	72,0	9,0
1995 vorl. Erf..	41,5	30,3	71,8	10,1
1996	41,3	33,7	75,0	10,4

Anlagen

Hier wird für notwendige Einrichtungserfordernisse, technische Anlagen und Geräte in den Förderungsstellen und im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden zentrale Veranstaltungen und Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang finanziert. Weiters dienen diese Mittel zur Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene (in erster Linie in den Förderungsstellen). Auch die Kosten für die Wanderbüchereien und für diverse Publikationen (Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich", „Erwachsenenbildung in Österreich — Ein Überblick", usw.) werden aus diesem Voranschlagsansatz bestritten.

Paragraphe 1244 und 1245 Museen

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1993;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold", BGBl. Nr. 621/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.

Zahlungen für die Stiftung Ludwig, Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.

Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.

Gemäß Ministerratsbeschluß vom 18. Juli 1990, Zl. 608 030/35-V/12/90 („zweite Museumsmilliarde"), sollen in den Jahren 1992 bis 1995 schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt werden, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen. Dem Baufortschritt folgend konnten die vorgesehenen Mittel für die Lapidariensammlung, für das Technische Museum, für die Graphische Sammlung Albertina und das Museum für Völkerkunde noch nicht beziehungsweise teilweise im veranschlagten Zeitraum vorausgabt werden.

Weiters ist hier das Museumsquartier veranschlagt (BGBl. Nr. 372/1990).

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	*391,5*	*526,9*	*918,4*	*64,3*
1995	407,5	521,4	928,9	66,0
1995 vorl. Erf..	394,6	528,5	923,1	61,9
1996	393,2	630,4	1 023,6	68,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch die weitere Anschaffung von technischen Geräten, die Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Sammlungen und dem Aufwand für das Museumsquartier bedingt.

Anlagen

Die Investitionen im Zusammenhang mit den baulichen Generalsanierungsmaßnahmen erfolgen dem Baufortschritt entsprechend. Schwerpunkte sind die Depoteinrichtung im Museum für Völkerkunde, die Fortsetzung der Schausaalsanierung im Naturhistorischen Museum, die Abschlußinvestitionen zur Fertigstellung der Österreichischen Galerie im Jahre 1996 und die Einrichtung eines Subfoyers im Kunsthistorischen Museum.

Förderungen

Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der „Sammlung Leopold" wurden 75 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Kommunalsteuer veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für zehn Bundesmuseen sowie zur Finanzierung der nichtständigen Ausstellungen, wie zB Schätze aus dem Land der Bibel, Erotische Kunst des Alten Peru, die Rot-Weiß-Rote Liste, Austria im Rosennetz, Bruno Gironcoli, Emigranten, Österreichische Künstler in Amerika, Junge Österreicher, Zwischen den Zeiten, Österreichische Kunst von 1908—1938, Franz West, die Autographensammlung Stefan Zweigs, Österreichische Bühnenbildner in Amerika. Weiters sind die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung unter diesem Voranschlagsansatz zu bedecken. Außerdem sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, den Betriebsaufwand Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier budgetiert.

Paragraph 1246 Nationalbibliothek und Phonothek

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 689/1991.

Aufgaben

Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogenen Literatur, sonstiger Informationsträger und Kulturgüter, der Österreichischen Phonothek die Sammlung und Erschließung von Tonträgern.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	*125,2*	*80,5*	*205,7*	*4,2*
1995	130,9	84,9	215,8	5,9
1995 vorl. Erf.	130,9	85,7	216,6	3,7
1996	130,5	99,2	229,8	5,9

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen, insbesondere der Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für die Österreichische Nationalbibliothek und die Österreichische Phonothek, insbesondere auch der Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern.

Paragraphe 1247 und 1248 Bundesdenkmalamt

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1990 (Denkmalschutzgesetz, DMSG);

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBl. Nr. 90, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 391/1986 (Ausfuhrverbot für Kulturgut, AusfVKG).

Aufgaben

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, neben dem Denkmalschutz auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	*87,3*	*283,0*	*370,4*	*18,9*
1995	91,2	190,5	281,7	18,3
1995 vorl. Erf.	93,2	197,5	290,7	25,4
1996	93,0	285,1	378,1	23,1

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen. Besonders zu erwähnen ist der Auf- und Ausbau der ADV-Einrichtungen.

Förderungen

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, daß die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung befindet sich (durch die Novelle BGBl. Nr. 473/1990 erweitert) im § 5 Abs. 7 DMSG. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinsenzuschüsse vor.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die

Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Das Bundesdenkmalamt ist auf Grund der Bestimmungen des 11 Abs. 7 DMSG ab 1. Jänner 1991 zur Anlage einer zentralen Kartei der Denkmalfunde sowie zur jährlichen Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde verpflichtet. Es handelt sich um die einzige ganz Österreich umfassende diesbezügliche Dokumentation.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Darüber hinaus ist das Bundesdenkmalamt in zunehmendem Ausmaß gezwungen, archäologische Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Ausfuhrverbotsgesetzes für Kulturgut (AusfVKG) ist für die Beiziehung von Konsulenten finanziell vorzusorgen.

Paragraph 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgeb. Gebarung)

Hier sind jene Beträge veranschlagt, die — zweckgebunden — als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Auch für die im Rahmen der Bestimmungen des 10 AusfVKG notwendig werdenden Ausgaben bei der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts wurde vorgesorgt.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpsychologischen Beratungsstellen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	658,8	229,6	888,4	150,9
1995	685,8	222,5	908,3	143,2
1995 vorl. Erf..	677,4	220,4	897,8	180,3
1996	672,5	227,8	900,3	171,3

Paragraph 1260 Schulaufsichtsbehörden

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;

Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 468/1995.

Aufgaben

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	580,3	209,7	790,0	115,8
1995	603,6	204,0	807,5	136,2
1995 vorl. Erf..	596,1	202,0	798,1	165,5
1996	591,7	207,3	799,0	151,3

Anlagen

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz von bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen, Telefonanlagen und Einrichtungen. Weiters sind Ausgaben für die

Fortführung des Ausstattungsprogrammes für die Landesschulräte (SSR für Wien) mit Verwaltungscomputern, Druckern, Streamertapes, CD-Rom-Laufwerken, diversen Programmen, Vernetzungen und den Aufbau einer integrierten EDV-unterstützten Personalverwaltung (hard- und softwaremäßig) in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenamt vorgesehen. Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die Landesschulräte/Stadtschulrat für Wien und Bezirksschulräte (Übersiedlung des Landesschulrates für Oberösterreich).

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Paragraph 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung

Aufgaben

Die Schulpsychologie-Bildungsberatung umfaßt neben der psychologischen Untersuchung, Beratung, Förderung, Betreuung und Behandlung auch die Erstellung von Informationen zur Schullaufbahnorientierung, die Erarbeitung von pädagogisch-psychologischen Grundlagen und Anwendungsformen und anderen wissenschaftlichen Projekten, sowie die Betreuung (Ausbildungskonzept, Supervision, Mitwirkung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung) von Schülerberater(inne)n.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	78,5	19,9	98,4	35,1
1995	82,2	18,6	100,8	7,0
1995 vorl. Erf..	81,3	18,4	99,7	14,8
1996	80,8	20,4	101,3	20,0

Anlagen

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler(innen), Schülerberater(innen) und für die schulpsychologische Arbeit sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten in den „Impulsen der Schulpsychologie-Bildungsberatung" (vormals: „Beiträgen zur pädagogischen Psychologie") und die Herausgabe von schulpsychologischen Elternbroschüren veranschlagt.

Titel 127 Allgemeinbildende Schulen

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994.

Aufgaben

Bei diesem Titel sind die Kosten für den Betrieb der allgemeinbildenden höheren Schulen, der Höheren Internatsschulen des Bundes, des Bundes-Blindenerziehungsinstitutes und des Bundesinstitutes für Gehörlosenbildung, der allgemeinbildenden Pflichtschulen und der Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) präliminiert. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	10752,0	31895,3	42647,2	91,6
1995	10864,3	33058,5	43922,8	105,7
1995 vorl. Erf.	11216,2	33111,2	44327,4	111,1
1996	11204,1	33123,2	44327,3	128,4

Paragraph 1270 Allgemeinbildende höhere Schulen

Aufgaben

Öffentliche allgemeinbildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemeinbildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	10333,8	1094,1	11428,0	25,5
1995	10427,0	1025,0	11452,0	35,1
1995 vorl. Erf.	10792,3	1056,5	11848,9	43,2
1996	10780,8	1100,0	11880,8	57,7

Anlagen

An vielen allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit, einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusorgen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt. Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten aller im Ausland tätigen Lehrer verrechnet.

Paragraph 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Aufgaben

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

Im Schuljahr 1995/96 werden 4 Anstalten mit 98 Klassen geführt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	252,1	39,5	291,6	36,4
1995	262,8	35,5	298,3	38,4
1995 vorl. Erf.	256,7	36,5	293,2	39,8
1996	256,5	37,9	294,4	40,3

Anlagen

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

Paragraph 1274 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung

Aufgaben

Das „Bundes-Blindenerziehungsinstitut" und das „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung" sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	95,1	21,8	116,8	4,1
1995	100,0	22,5	122,5	3,4
1995 vorl. Erf.	95,5	22,7	118,2	3,5
1996	95,3	22,2	117,5	3,6

Anlagen

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, die Lehrmittelzentrale, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

Paragraph 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen

Allgemeines

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, ersetzt der Bund den Ländern von Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	30 712,5	0,5
1995	31 949,0	0,0
1995 vorl. Erf.	31 968,9	0,0
1996	31 932,6	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben ist auf Einsparungsmaßnahmen bei den Landes-Pflichtschullehrern zurückzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlußzeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 881 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen

Hier sind ua. Beträge für die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)

Aufgaben

Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1995/96 stehen insgesamt 8 Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sowie zwei Bundestagesschulheime in Betrieb, die alle zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	71,0	27,4	98,4	25,1
1995	74,5	26,4	100,9	28,7
1995 vorl. Erf.	71,7	26,6	98,3	24,6
1996	71,6	30,5	102,0	26,8

Anlagen

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt, insbesondere für das Bundesschülerheim Wien Himmelhof (Zubau). Außerdem ist die Neueinrichtung der Küche im Bundesschülerheim Horn erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Veranstaltungen.

Titel 128 Berufsbildende Schulen

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen Lehranstalten, die Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Bundesschülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode- und Bekleidungstechnik,
4. Akademien für Sozialarbeit,
5. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes fachliche grundlegende Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode- und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen,
4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit berufsbildenden höheren Schulen eingegliedert werden.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	10541,1	2648,0	13189,0	197,6
1995	11010,2	2609,1	13619,3	187,3
1995 vorl. Erf.	10781,3	2593,1	13374,3	190,9
1996	10772,4	2599,1	13371,5	190,8

Paragraph 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Aufgaben

Die technischen und gewerblichen Lehranstalten mit ihren Sonderformen, den Kollegs und den angeschlossenen Versuchsanstalten haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere technische und gewerbliche Bildung zu vermitteln und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	4 668,1	613,8	5 281,9	77,9
1995	4 893,1	543,5	5 436,6	74,3
1995 vorl. Erf.	4 721,2	558,5	5 279,7	76,8
1996	4 718,9	560,8	5 279,8	76,8

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und maschinelle Ausstattung der Schulen sowie die Ausstattung mit Hard- und Software vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen die Ausgaben für den Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen.

Paragraph 1281 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- u. wirtschaftliche Berufe

Aufgaben

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Mode- und Bekleidungstechnik sowie für die Fachschulen für Sozialberufe veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	2 789,8	436,3	3 226,1	60,7
1995	2 905,8	421,4	3 327,2	58,6
1995 vorl. Erf.	2 871,4	430,2	3 301,6	55,2
1996	2 868,2	430,3	3 298,5	60,4

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung sowie der Modernisierung der Anstalten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragraph 1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Aufgaben

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	3 023,0	309,3	3 332,3	5,5
1995	3 148,6	280,7	3 429,3	1,3
1995 vorl. Erf.	3 129,9	287,0	3 416,9	4,6
1996	3 126,6	290,5	3 417,1	2,1

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragraph 1285 Berufsbildende Pflichtschulen

Aufgaben

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hiefür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 51 Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	1 248,1	—
1995	1 325,6	0,0
1995 vorl. Erf.	1 279,3	—
1996	1 279,4	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraph 1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Aufgaben

Bundesschülerheime sind staatliche Internate für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Hier wird der Aufwand für die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, für die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie für das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien 3 veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	60,2	40,5	100,7	53,5
1995	62,7	37,9	100,6	53,2
1995 vorl. Erf..	58,8	38,0	96,8	54,3
1996	58,7	38,1	96,9	51,5

Anlagen

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der berufsbildenden Bundesschülerheime.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993;

Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974.

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge herangebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Ferner können die Pädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen pädagogische Tatsachenforschung betreiben.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung der Lehrer, der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen und der pädagogischen Tatsachenforschung. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen
6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen
6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen
1 Evang. Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. u. H.B. in Österreich
4 Berufspädagogische Akademien des Bundes

8 Pädagogische Institute des Bundes
3 Pädagogische Institute der Länder
9 Religionspädagogische Institute der Diözesen
1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. und H.B.
15 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
12 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik
4 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik
4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	1 618,5	587,9	2 206,4	13,4
1995	1 692,1	587,5	2 279,6	13,7
1995 vorl. Erf.	1 657,6	586,4	2 244,1	14,4
1996	1 656,3	586,8	2 243,1	14,2

Paragraph 1290 Pädagogische Akademien

Aufgaben

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule in sechs Semestern Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge heranzubilden. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragraphen veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	879,5	224,0	1 103,6	4,8
1995	919,7	224,0	1 143,7	4,1
1995 vorl. Erf.	899,9	223,3	1 123,2	5,3
1996	899,5	227,1	1 126,6	4,0

Anlagen

Zur Erfüllung der Lehrplananforderungen erforderliche Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sowie im Medienbereich,

— Weitere Etappe der Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg im Zuge des Zu- und Umbaues,
— Ergänzung bzw. Austausch von Unterrichtscomputern an den Pädagogischen Akademien und Übungshauptschulen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters sind hier Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfaßt. Weiters wurde für die Studienbibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland" vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (BIBOS) zu bestreiten.

Für die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch an Pädagogischen Akademien) wurde vorgesorgt.

Paragraph 1291 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Aufgaben

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluß an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung in viersemestrigen Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semestern) für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Erziehern heranzubilden.

Die fünfjährige Ausbildung schließt zugleich mit der Hochschulreife ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner(innen) bzw. Sondererzieher(innen) ausgebildet.

Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzugliedern; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	514,4	107,7	622,0	7,5
1995	536,3	107,9	644,2	8,3
1995 vorl. Erf..	535,5	108,1	643,6	7,9
1996	534,9	104,5	639,4	9,0

Anlagen

Die Bildungsanstalten sind entsprechend den Lehrplananforderungen mit Lehrmitteln, Medien, Musikinstrumenten und Computern auszustatten (steigende Schülerzahlen). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einrichtung der Übungskindergärten und -horte (Erneuerung und Zweckadaptierungen im Hinblick auf die gebotene Sicherheit und Hygiene bei Kleinkindern). Für die neue Expositur der Bundes-Bildungsanstalt in Wien wird die Ausstattung und Einrichtung vervollständigt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz (BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993) präliminiert.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für Bildungsanstalten ist für die Erfordernisse der Ausbildung, insbesonders für Schulveranstaltungen, Fortbildung, Anmietungen, Betriebskosten und Instandhaltungen sowie für die Mehrausgaben auf Grund steigender Schülerzahlen vorzusorgen. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 20 Millionen Schilling im Jahr 1996 zu entrichten.

Paragraph 1292 Berufspädagogische Akademien

Aufgaben

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Ferner können die Berufspädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen berufspädagogische Tatsachenforschung betreiben.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	74,6	20,0	94,7	0,3
1995	77,9	18,9	96,8	0,4
1995 vorl. Erf..	68,9	20,1	89,0	0,5
1996	68,8	20,4	89,2	0,4

Anlagen

Ankauf von Unterrichtscomputern, Software, Phonotypieanlagen, Kücheneinrichtungen, Lehrmittel- und Medienausstattung für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte sowie die Abgeltungen für Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für diverse Service- und Reparaturarbeiten, Wartungsverträge sowie die notwendigen Ausgaben für die Betriebsprüfung.

Paragraph 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Aufgaben

Ausbildung von Leibeserzieher und Sportlehrer.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	35,6	33,4	69,0	0,3
1995	37,4	33,3	70,7	0,5
1995 vorl. Erf..	36,1	33,1	69,2	0,3
1996	36,0	33,5	69,5	0,5

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen sowie der notwendige Aufwand für die Betriebsführung der Anlagen.

Paragraph 1294 Pädagogische Institute

Aufgaben

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995, der Fortbildung der im Dienst stehenden Lehrer, wobei auch die Vorbereitung auf und Prüfung für zusätzliche Befähigungen erfolgen kann. Außerdem können die Institute Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortbilden. Weiters gehört die pädagogische Tatsachenforschung zur Aufgabe der Pädagogischen Institute.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	114,4	202,7	317,2	0,6
1995	120,9	203,3	324,2	0,4
1995 vorl. Erf.	117,3	201,8	319,1	0,5
1996	117,2	201,3	318,5	0,3

Anlagen

Die Pädagogischen Institute werden mit ADV-Geräten und diverser Software für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet. Für Ersatzanschaffungen ist vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern wird hier erfaßt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Öffentliche Schulen

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler
Allgemeinbildende Pflichtschulen	1993/94	4 912	33 110	659 715
	1994/95	4 912	33 182	660 928
	1995/96 *)	4 912	33 200	662 910
Allgemeinbildende höhere Schulen	1993/94	247	5 977	148 015
	1994/95	249	6 087	151 114
	1995/96 *)	249	6 100	153 532
Berufsbildende Pflichtschulen	1993/94	220	5 819	139 161
	1994/95	216	5 633	134 080
	1995/96 *)	216	5 600	128 985
Berufsbildende mittlere Schulen	1993/94	328	1 849	39 396
	1994/95	329	1 837	39 553
	1995/96 *)	329	1 820	39 157
Berufsbildende höhere Schulen	1993/94	215	3 948	90 203
	1994/95	219	4 000	91 685
	1995/96 *)	219	4 060	93 060
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1993/94	2	15	575
	1994/95 *)	2	15	547
	1995/96 *)	2	15	567
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1993/94	20	337	8 020
	1994/95	20	370	8 597
	1995/96 *)	20	384	9 044
Lehrerbildende Akademien	1993/94	13	—**)	5 244
	1994/95 *)	13	—**)	5 464
	1995/96 *)	13	—**)	5 568

*) Vorläufige Schätzung.

**) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, sowie aus dem Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988.

Aufgaben

Im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden beim Kapitel 13 die subsidiären Ausgaben und Einnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Kultur- und Kunstförderung veranschlagt.

Gesetzliche Grundlage

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes.

Gesamtgebarung

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	8,8	1 141,2	1 150,0	4,6
1995	—	1 131,1	1 131,1	0,3
1995 vor. Erf.	—	1 155,4	1 155,4	0,0
1996	—	1 150,0	1 150,0	0,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 130 Bundesministerium (Zweckaufwand)

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	1 135,9	0,3
1995	1 131,1	0,3
1995 vor. Erf.	1 155,4	0,0
1996	1 150,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber dem BVA 1995 ergibt sich im wesentlichen aus dem Bedarf für kommerzielle Galerien, dem Kunstförderungsbeitrag, beim Österreichischen Filminstitut, dem Künstlerhilfe-Fonds und bei den Kulturentwicklungen — Kulturinitiativen.

Paragraph 1300 Bildende Künste und Ausstellungen

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf in Österreich im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen im Bereich der bildenden Kunst.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	77,5	—
1995	87,4	0,0
1995 vor. Erf.	87,0	—
1996	91,2	—

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich vor allem für das Projekt „Kommerzielle Galerien".

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers im Inland und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Druckkostenbeiträge für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreis), Architektur & Design und Mode. Ateliersgründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenden Kunst.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, sowie Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Ressorts stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Beiratsaufwendungen für Kunstjury veranschlagt.

Paragraph 1301 Musik und darstellende Kunst

Aufgaben

Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Theater, Musikvereinigungen, Orchester, Kunstschulen sowie der Festwochen und Festspiele.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	510,0	—
1995	498,2	0,0
1995 vor. Erf.	498,2	—
1996	500,0	—

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Theater, Musikvereinigungen, Kompositionszuschüsse, Orchester, sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- u. Tourneezuschüsse, Förderung von Konzertveranstaltern, Investitionszuschüsse.

Aufwendungen

Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds nach dem Bundesgesetz vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 147, ist der Bund verpflichtet, 40 vH des Abganges der Festspiele zu übernehmen.

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen und Musikjury.

Paragraph 1302 Literatur

Aufgaben

Förderung der Literatur und Jugendliteratur

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	147,4	—
1995	197,8	0,0
1995 vor. Erf.	202,7	—
1996	198,0	—

Anlagen

Ausgaben für die Literaturwahrung in Rom, Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert-Musil-, Projekt-, Arbeitspreise), Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten, Sachbuchförderung).

Bei der Jugendliteratur: Stipendien (Nachwuchs, Projekt, Übersetzer), Prämien, Druckkosten, Verlagsförderung, Investitionszuschüsse, Preise, Projekte der Kunstkuratoren (Bildende Künste und Musik).

Aufwendungen

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literaturjury und Jugendschriftenkommission. Mieten für Stipendiatenwohnungen, Wertverträge der Kunstkuratoren.

Paragraph 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Aufbringung der Einnahmen

Als Einnahmen werden die Kunstförderungsbeiträge je Rundfunkteilnehmer, die als jährliche Abgabe in der Höhe von 55 Schilling eingehoben werden, beim Voranschlagsansatz 2/52180 veranschlagt und beim oben genannten Ansatz verausgabt.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung der Post (4 vH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 und der Bundesanteil zwischen dem ho. Ressort und dem BMUkA im Verhältnis 85 : 15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	76,0	—
1995	77,2	0,0
1995 vor. Erf.	96,6	—
1996	80,0	—

Anlagen

Kunst- und Fotoankäufe.

Förderungen (D)

Darlehen.

Förderungen

Zur Beratung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Verwendung der Kunstförderungsbeiträge ist ein Beirat eingesetzt.

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen und Kulturentwicklung, Investitionszuschüsse.

Aufwendungen

Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraph 1304 Filmwesen

Aufgaben

Förderung des Film- und Fotowesens und des Österreichischen Filminstituts (BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 187/1993).

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	223,8	0,0
1995	177,4	0,2
1995 vor. Erf.	177,8	0,0
1996	183,0	0,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch weitere Förderungen im Rahmen „100 Jahre Kino" bedingt.

Anlagen

Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland, Fotoatelier London.

Förderungen (D)

Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums „WIPO" (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Vereinsförderung (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung.

Aufwendungen

Ehrengaben, Ersätze für Filmarchivierung in Laxenburg, Filmwochen/Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EURIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film-, Video- und Fotojury.

Paragraph 1305 Künstlerhilfe

Gesetzliche Grundlage

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960.

Aufgaben

Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	38,2	—
1995	38,4	0,0
1995 vor. Erf.	38,4	—
1996	40,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung des Künstlerhilfefonds ist bedingt durch die gestiegene Mitgliedschaft der pflichtversicherten bildenden Künstler bei der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft.

Förderungen

Beiträge des Bundes, die den Fonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt einzuhalten.

Paragraph 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten

Aufgaben

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	16,2	0,2
1995	6,7	0,0
1995 vor. Erf.	6,7	—
1996	6,7	0,0

Förderungen

Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel.

Paragraph 1307 Kulturentwicklung — Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben

Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit. Dokumentation und wissenschaftliche Evalvation der Kulturarbeit. Öffentlichkeitsarbeit.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	46,7	—
1995	48,0	0,0
1995 vor. Erf.	48,0	—
1996	51,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich auf Grund vermehrter Förderungsansuchen von Kulturinitiativen.

Förderungen

Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmzuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainee-Stipendien

Aufwendungen

Projektstudien, Beiratsaufwendungen.

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt O.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	11 513,6	19 421,1	30 934,8	1 529,1
1995	11 750,8	18 009,8	29 760,6	1 629,1
1995 vor. Erf.	11 555,6	18 220,8	29 776,5	1 208,8
1996	11 533,4	18 485,0	30 018,4	1 456,8

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsfortbildung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten der wissenschaftlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten des Bundesforschungs- und Prüfzentrums Arsenal.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	208,9	134,0	342,8	20,9
1995	224,4	166,4	390,8	28,1
1995 vor. Erf.	232,6	161,8	394,4	20,9
1996	229,4	1 217,3	1 446,7	29,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich durch die Umschichtung der BIG-Zahlungen von den Titeln 142 und 143 zum Paragraphen 1401.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Aufwendungen an die Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt.

Paragraph 1401 Zahlungen an die BIG

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	1 062,3	—

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, der Expertengutachten und Auftragsforschung, der wissenschaftlichen und anwendungsorientierten Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und der Forschungsunternehmungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	6 827,5	335,6
1995	5 472,9	250,5
1995 vor. Erf.	5 625,6	252,0
1996	5 532,2	251,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis resultiert im wesentlichen aus Kürzungen bei den Forschungseinrichtungen.

Paragraph 1410 Hochschulische Einrichtungen

Gesetzliche Grundlage

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995.

Aufgaben

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschafter- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaues bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Mensen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Kunsthochschulen veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraph 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen

Aufgaben

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbern (ua. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraph 1412 Bibliothekarische Einrichtungen

Förderungen

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Paragraph 1413 Expertengutachten und Auftragsforschung

Gesetzliche Grundlage

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufwendungen

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Aus der Post „Stimulierung europäischer Forschungskooperationen" werden Forschungsprojekte, die mit ausländischen Partnern durchgeführt werden, finanziert.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst festgelegt.

Die allgemeine Auftragsforschung dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraph 1414 Wissenschaftliche Forschung

Gesetzliche Grundlage

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Förderungen

Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Aufgabe des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 475 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Hier sind auch die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, Lise-Meitner Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Darüber hinaus werden dem FWF 60 Millionen Schilling für Spezialforschungsbereiche zur Verfügung gestellt. Diese Bereiche sind fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Hochschulen, Kunsthochschulen oder gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Paragraph 1415 Anwendungsorientierte Forschung

Gesetzliche Grundlage

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Förderungen

Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft

Seit 1. Jänner 1995 fällt diese in die Kompetenz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten (VA-Ansatz 1/63176).

Bei diesem Voranschlagsansatz werden nur mehr die Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation veranschlagt.

Paragraph 1416 Forschungseinrichtungen

Gesetzliche Grundlage

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Förderungen

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der I. Republik, Joanneum Research, die Österreichische Computergesellschaft, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, die Gesellschaft für Mikroelektronik, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Weiters sind Förderungen im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Technologieschwerpunkte vorgesehen.

Aufwendungen

Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus

diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind die Sondervorhaben „Stiftung Dokumentationsarchiv" sowie IIASA-Stipendien enthalten. Von großer Bedeutung ist auch der Bereich der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Abkommen und die Entsendung österreichischer Experten in internationale Gremien, insbesondere im Rahmen der EU. 1995 und 1996 sind unter diesem Ansatz Mittel für die Jubiläumsjahre 1995/96 „Anniversarien" budgetiert.

Paragraph 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

Gesetzliche Grundlage

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Sondermittel für die Kommission „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung" und die IIASA-Kommission, Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART veranschlagt:

— APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von „postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft" zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaftern in Europa.

Aufwendungen

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefaßt: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Weltraumzusammenarbeit mit GUS, Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Distaster Reduction Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Weltraumforschung) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langerin, ELETTRA).

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mècaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefaßt.

Paragraph 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

Gesetzliche Grundlagen

CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;

EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;

EMBL: BGBl. Nr. 562/1975;

EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;

ESA: BGBl. Nr. 95/1987;

WMO: BGBl. Nr. 64/1958;

EUMETSAT: BGBl. Nr. 304/1994.

Förderungen

Diese Mittel dienen zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum

für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW), zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und zur EUMETSAT.

Des weiteren sind hier die anfallenden Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei ESA ergeben, veranschlagt.

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU sowie verschiedenen ESA-Programmen.

Die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Paragraph 1419 Forschungsunternehmungen

Förderungen

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H. (ÖFZS) (Vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Gesellschaft m. b. H. — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen. Ferner ist für das Technologietransferzentrum Leoben und für Technologieschwerpunkte vorgesorgt.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	9967,7	10826,6	20794,3	1034,3
1995	10428,6	11434,9	21863,5	1068,8
1995 vor. Erf. .	10230,6	11577,3	21807,4	871,4
1996	10210,6	10819,2	21029,8	985,3

Paragraph 1420 Universitäten

Gesetzliche Grundlagen

Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 idF BGBl. Nr. 829/1995;

Universitäts-Organisationsgesetz (UOG), BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 509/1995;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993;

Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1995;

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;

Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 732/1995;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1993;

Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;

Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 512/1995;

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 369/1991;

Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 277/1988;

Bundesgesetz über Evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 248/1993;

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 272/1994;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1988;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993;

Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99/1990;

Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994;

Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;

Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Aufgaben

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hiedurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	9118,2	10187,3	19305,5	310,3
1995	9716,7	10810,7	20527,4	316,0
1995 vor. Erf.	9635,1	11000,7	20635,8	293,4
1996	9636,0	10249,4	19885,4	337,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Personalausgaben ist unter anderem auf eine Verringerung von Planstellen zurückzuführen.

Die Verminderung der Sachausgaben ist vor allem auf die Umschichtung der BIG-Mieten zum Paragraphen 1401 zurückzuführen.

Anlagen

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muß die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegiengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte, Vorbereitungslehrgänge sowie der auf den Bund entfallende 50%ige Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien veranschlagt.

Weiters sind die anteiligen Bundesbeiträge für den Klinischen Aufwand und die Klinikneubauten zu leisten.

Einnahmen 1996

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden hier im wesentlichen dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

Zusätzliche Einnahmen werden aus Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen erwartet.

Paragraph 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer vom 18. April 1939, DRGBl. I, S 797;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 509/1995;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	408,9	233,0	641,9	646,5
1995	410,3	265,4	675,7	675,7
1995 vor. Erf. .	262,8	221,7	484,5	500,3
1996	262,9	309,0	571,9	571,9

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

Einnahmen 1996

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes 1972 und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragraph 1422 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Gebarung

Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind 1996 Einnahmen in Höhe von 40 000 Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragraph 1423 Bibliotheken

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Aufgaben

Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem österreichischen Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film obliegt die Herstellung, Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung von visuellen Medien.

Organisation

Derzeit bestehen die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz, die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und das österreichische Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	147,0	116,3	263,4	2,9
1995	7,7	53,0	60,7	0,5
1995 vor. Erf. .	34,8	65,0	99,8	0,7
1996	15,6	38,5	54,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung ergibt sich durch den Wegfall der Zentralbibliothek für Physik und der Zentralbibliothek für Medizin die beim Paragraph 1420 veranschlagt sind.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung der Zentralbibliotheken und dem österreichischen Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film und die Anschaffung von Filmsammlungen und für den EDV-Verbund.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hauptsächlich Aufwendungen für Materialien für Mikrofilme und Photokopien, Druckaufträge und Druckwerke, Instandhaltungen sowie Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung veranschlagt.

Paragraph 1424 Wissenschaftliche Anstalten

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben

Geologische Bundesanstalt

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Meßnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut

Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung

Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluß der historischen Hilfswissenschaften.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	188,0	166,9	354,9	0,7
1995	189,3	155,1	344,4	2,8
1995 vor. Erf.	191,4	150,7	342,1	0,9
1996	190,6	139,6	330,2	1,8

Anlagen

Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (ua. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Paragraph 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)

Hier werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen veranschlagt.

Paragraph 1426 Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betriebsähnliche Einrichtung)

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal — ArsenalG, BGBl. Nr. 802/1993.

Aufgaben

Gemäß 3 des Arsenalgesetzes hat das Forschungs- und Prüfzentrum im Rahmen seines Wirkungsbereiches insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Gewinnung von Erkenntnissen nach wissenschaftlichen und technischen Methoden als Grundlage für die Aufgaben gemäß Z 2 bis 4;
2. Durchführung von Forschungen und Entwicklungen gegen Entgelt;
3. Durchführung technischer Versuche und Prüfungen sowie anderer wissenschaftlicher Tätigkeiten, Erstellung von Befunden, Gutachten, Berichten, Zertifikaten und Zeugnissen gegen Entgelt;
4. Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung gegen Entgelt.

Erwähnt muß auch noch werden, daß das Forschungs- und Prüfzentrum einen Teil seines Arbeitsaufwandes für die Mitwirkung bei Hoheitsaufgaben, die Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und technischen Vorschriften sowie der Durchführung von Fachveranstaltungen u. dgl. im öffentlichen Interesse zu leisten hat.

Weiters hat das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal Versuchs- und Forschungseinrichtungen, für deren Bestehen in Österreich ein öffentliches Interesse vorliegt, bereitzustellen.

In jeder technischen Versuchsanstalt ist es außerdem notwendig, neben der Auftragsforschung auch einige Forschungsarbeiten durchzuführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	105,6	121,0	226,6	71,9
1995	104,8	149,8	254,5	72,9
1995 vor. Erf. .	106,4	139,0	245,4	75,2
1996	105,7	81,8	187,5	72,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung resultiert vor allem aus der Umschichtung der Ausgaben für die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) zum Paragraphen 1401.

Anlagen

Hauptsächlich Vorsorge für die Anschaffung der erforderlichen Betriebsausstattung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung der öffentlichen Abgaben (seit 1. Jänner 1994 ist das BFPZ Arsenal kommunalsteuerpflichtig) sowie für die Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für den laufenden Betrieb, wie zB Gerätemieten, Transport- und Energiekosten, veranschlagt.

Titel 143 Kunsthochschulen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kunsthochschulen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	858,2	823,2	1 681,4	55,2
1995	1 097,7	811,1	1 908,8	281,7
1995 vor. Erf.	1 092,4	762,2	1 854,6	64,6
1996	1 093,3	671,0	1 764,3	191,1

Paragraph 1430 Kunsthochschulen

Gesetzliche Grundlagen

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. 5. 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 303/1989;

Kunsthochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 187/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1995;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Die Kunsthochschulen haben die wissenschaftlich-künstlerische Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Das vorrangige Ziel besteht darin, unter Beachtung des rechten Verhältnisses zwischen Tradieren und Experimentieren die Tendenzen zum Neuen, Experimentellen, zum bisher Nichtgelehrten zu verstärken.

Die Kunsthochschulen haben der Pflege und Erschließung der Künste, der Kunstlehre sowie in diesem Zusammenhang auch der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen.

Eine vorrangige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen oder anderen künstlerisch wissenschaftlichen Berufsvorbildung.

Die Studien haben die Grundlagen für eine selbständige künstlerische Tätigkeit zu schaffen und entsprechend der gewählten Studienrichtung die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit künstlerischen, pädagogischen oder anderen wissenschaftlichen Problemen zu bieten. Die Studierenden sind auf ihren künftigen Beruf so vorzubereiten, daß sie die Fähigkeit erwerben, den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis gerecht zu werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer umfassenden Bildung durch Kunst.

Die Studierenden sollen sich ihrer Stellung und ihrer Aufgaben und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden.

Sie sollen die Bedeutung der von ihnen gewählten Disziplin im Ganzen der Kunst sowie die Bedeutung der Kunst im Gesamtzusammenhang der Kultur begreifen lernen.

Den Kunsthochschulen obliegt ferner die Weiterbildung ihrer Absolventen.

Organisation

Zum Bereich der Kunsthochschulen sind

die Akademie der bildenden Künste in Wien,

die Hochschule für angewandte Kunst in Wien,

die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,

die Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg,

die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz

und die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz zu zählen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	856,5	807,1	1 663,6	31,8
1995	1 096,3	792,6	1 888,9	261,8
1995 vor. Erf.	1 090,9	743,6	1 834,6	40,4
1996	1 091,9	652,6	1 744,5	171,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Sachausgaben ergibt sich primär aus der Übertragung der „BIG-Aufwendungen" vom VA-Ansatz 1/14308 zum VA-Ansatz 1/14018, desweiteren aus der Reduzierung bei den Anlagen (1/14303) und auf Grund der durch die Existenzlektorenaktion bedingten Einsparungen im Lehrauftragsbereich bei den Aufwendungen (ges. Verpfl.) VA-Ansatz 1/14307.

Die Verminderung bei den Einnahmen resultiert aus dem infolge des Erkenntnisses des OGH 8 Ob 557/93 bedingten Wegfall der vertraglich festgeschriebenen Beitragsleistungen des Landes Steiermark zum jährlichen Gebarungsabgang der HS für Musik und darstellende Kunst in Graz (§ 2 F-VG).

Anlagen

Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausstattungsinvestitionen der Kunsthochschulen, Anlagenkäufe, Maschinen und Geräte, instrumentelle Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und der Bedarf an Software und die bibliotheksbezogenen Investitionen ihren Niederschlag.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Kunsthochschulen betreffen, sowie Zuschüsse für Vortrags- und Studientätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen, und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Kunsthochschulen stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Abgeltung der Prüfungsentgelte und Kollegiengelder, die Aufwendungen an Eignungsausbildungsteilnehmer und an studentische Hilfskräfte und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für Ausstellungen, für hochschulische Publikationen, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Kunsthochschulen veranschlagt.

Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen ausländischer Studierender sowie für Auslandsstipendien österreichischer Studierender und für Stipendien für Graduierte österreichischer Kunsthochschulen, die österreichische Staatsbürger sind, vorgesorgt.

Paragraph 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen

Hochschul-Taxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993.

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	1,7	16,1	17,8	23,4
1995	1,4	18,5	19,9	19,9
1995 vor. Erf. .	1,5	18,5	20,0	24,2
1996	1,4	18,5	19,9	19,9

Anlagen

Hier wird für die notwendige Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Kunsthochschulen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Beiträge, die Kostenersätze der Studierenden und die Einnahmen aus Veranstaltungen (§ 36 KHOG, § 57 AOG) sind anteilsmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie" der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Drucksorten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen (§ 36 KHOG, § 57 AOG) an.

Titel 146 Fachhochschulen

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993.

Aufgaben

Aufbau eines nichtuniversitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierten und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden und ein Hinzukommen von ständig neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1995	124,5	0,1
1995 vor. Erf.	94,0	—
1996	245,2	0,1

Ausgaben 1996

Anlagen

Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderliche Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen

Hier wurden Zahlungen an Länder, Gemeinden und sonstige juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 Soziales

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt D, ausgenommen die beim Kapitel 16 Sozialversicherung zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	1 584,3	79 170,6	80 754,9	53 543,9
1995	1 622,2	82 948,5	84 570,7	57 164,4
1995 vor. Erf.	1 609,9	82 917,4	84 527,3	56 859,7
1996	1 604,8	84 651,3	86 256,1	58 665,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktpolitik, Pflegevorsorge, Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten, Allgemeinen Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes und der Arbeitsinspektion.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	265,5	2 669,7	2 935,2	32,1
1995	269,8	2 917,9	3 187,7	907,8
1995 vor. Erf.	248,2	3 230,0	3 478,2	909,1
1996	248,7	2 842,6	3 091,3	34,6

Unterschiede zu den Vorjahren

Im vorläufigen Erfolg 1995 sind die Rückflüsse aus dem Europäischen Sozialfonds enthalten.

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Büromaschinen und ADV-Geräten samt ergonomischem Mobiliar.

Förderungen

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im wesentlichen die Förderung von Arbeitsloseninitiativen, sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des „Österreichischen Komitees für Sozialarbeit" sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen" erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Internationalen Arbeitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt ua. neben dem Verwaltungsaufwand (ADV, Gerichtsgebühren, Energiebezüge usw.) auch die Aufwendungen für die Kodifikation des Sozialversicherungsrechtes, für das Bundeseinigungsamt, den Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung, die Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes, den Mitgliedsbeitrag an das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrt in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Österreich sowie die Aufwendungen im Interesse der Verbesserung der sozialen und beruflichen Stellung der Frau, für den Problemkreis Arbeit und Arbeitsbeziehungen u. dgl. Hier sind auch Mittel für EU-Maßnahmen (Projekte im In- und Ausland) vorgesehen.

Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitnehmerschutz, Problemgruppen am Arbeitsmarkt, sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Voranschlagsansatz 1/15016 Zahlungen gemäß EU-Vorschriften

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Voranschlagsansatz 1/15018 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Voranschlagsansatz 1/15057 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik

Gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG hat der Bund jährlich einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik zu leisten.

Einnahmen

Im wesentlichen Kostenersätze des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds, des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds sowie Bezugsvorschußersätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht.

Bundesaufsicht

Träger der Sozialversicherung

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Bundespflegegeldgesetzes — BPGG (BGBl. Nr. 000/1996) und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 (BGBl. Nr. 24/1994) ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse

Gemäß § 33 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 835/1992, unterliegt die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge

Gesetzliche Grundlagen

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648/1989;

Verordnung über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 866/1995.

Aufgaben

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	311,3	0,2
1995	266,0	0,2
1995 vor. Erf.	286,7	0,2
1996	290,8	0,3

Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Von dem mit 238,8 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

0,3 Millionen Schilling auf Familienbeihilfen,

149,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,

70,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,

3,9 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,

0,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern,

1,8 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld und

12,8 Millionen Schilling auf Pflegegeld nach dem BPGG.

Am 1. Juli 1995 standen 2671 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2837 Personen am 1. Juli 1994.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 112/1993.

Aufgaben

Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	13,7	0,9
1995	15,9	1,2
1995 vor. Erf.	14,0	1,1
1996	14,5	1,2

Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 7,4 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

6,0 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,8 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

0,6 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Juli 1995 bezogen 120 Personen (58 Opfer und 62 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 115 Personen am 1. Juli 1994.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

Gesetzliche Grundlagen

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Verordnung über die Anpassung der Entschädigungsleistungen im Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 867/1995;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1995;

Aufgaben

Entschädigung von Impfschäden und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	16 493,9	942,9
1995	17 019,6	0,0
1995 vor. Erf.	17 071,8	80,2
1996	16 920,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der geringere Aufwand gegenüber dem vorläufigen Erfolg 1995 ist ua. darauf zurückzuführen, daß keine Anpassung des Pflegegeldes im Jahre 1996 vorgenommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz

Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.

Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Paragraph 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz

Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

Gesetzliche Grundlagen

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBlfÖ. Nr. 181/1939;

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/1991;

Verordnung über die Höhe der Kleinrenten für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 863/1995;

Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aufgaben

Kleinrentnerfürsorge, Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	75,5	—
1995	67,7	0,0
1995 vor. Erf.	66,8	—
1996	58,2	0,0

Voranschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab. Am 1. Juli 1995 bezogen 10 Personen eine Kleinrente gegenüber 12 Personen am 1. Juli 1994.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.

Weiters ist die Förderung von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege, die mit Hilfe der von ihnen geschaffenen sozialen Dienste eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Sozialeinrichtungen darstellen, vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorgerischen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

Titel 155 Arbeitsmarktpolitik (I)

Gesetzliche Grundlagen

Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Organisation

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger „Arbeitsmarktservice" geschaffen.

Aufgaben

Ziel des Arbeitsmarktservice ist, im Rahmen der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.

Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitsuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, BGBl. Nr. 642/1973, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	843,1	51 775,0	52 618,1	51 937,7
1995	867,0	54 946,8	55 813,8	55 638,8
1995 vor. Erf. .	844,1	54 648,1	55 492,2	55 272,1
1996	815,0	57 758,4	58 573,4	58 353,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Ein Vergleich ist auf Grund der Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung aus der Bundesverwaltung und der Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstleistungsunternehmens Arbeitsmarktservice nicht möglich.

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 1996 folgende Ausgaben geleistet:

	Millionen Schilling
§ 1550 Ämter des AMS	865,0
§ 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	5 000,0
§ 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39 a AMFG	20,1
§ 1554 Sonderunterstützung	3 180,6
§ 1555 Leistungen nach dem AlVG	41 170,8
§ 1556 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 AMFG und gemäß § xx, BGBl. Nr. . . ./1995	200,0
§ 15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG	4 900,0
§ 1557 Überweisung an das AMS gemäß AMSG	2 805,0
§ 1558 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	315,0
§ 15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	117,0
Titel 155 (Summe) . . .	58 573,50

Der Bund trägt hievon die Ausgaben gemäß § 39a AMFG (§ 1552) und § 51a AMFG (VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1550 Ämter des Arbeitsmarktservice

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, daß Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 865 Millionen Schilling umfaßt den Personalaufwand für die im Arbeitsmarkt-

service tätigen Beamten einschließlich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraph 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

Angesichts der im Jahr 1996 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage — sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch — adäquat abgestimmt.

Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, daß jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.

Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, daß auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, daß das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraph 1551 verbucht.

Die anteilige Kofinanzierung erfolgt nach Maßgabe des Geldflusses der EU-Mittel.

Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.

In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, daß alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung — von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs — angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlußmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.

Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten ArbeitnehmerInnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge der beruflichen Rehabilitation.

Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenz, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und — in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte — systematisch einzurichten.

ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung

von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.

Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.

Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluß an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, daß die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.

Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluß mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.

Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muß jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Paragraph 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 39 a AMFG

Hier ist die Restfinanzierung der bis Ende 1991 genehmigten Projekte veranschlagt. Diesen Aufwand trägt der Bund endgültig.

Voranschlagsansatz 1/15547 Sonderunterstützung

Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1:

Angenommen wurden 3 000 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues). Der Gesamtaufwand (inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung) wurde mit rund 1,4 Milliarden Schilling veranschlagt.

Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 2:

Angenommen wurden rund 8 500 Anspruchsberechtigte. Dies entspricht einem Rückgang von rund 2 000 Personen gegenüber 1995. Der Gesamtaufwand (inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung) wurde mit rund 1,7 Milliarden Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AlVG

Gemäß BGBl. Nr. 408/1990 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AlVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/15557 Leistungen nach dem AlVG

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 130 000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 70 750 Bezieher/innen von Notstandshilfe und 14 000 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 109 000 S pro Jahr (299 S täglich) und die durch-

schnittliche Notstandshilfe mit 90 000 S pro Jahr (247 S täglich) und die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 73 000 S pro Jahr (200 S täglich) veranschlagt. Hiezu kommt noch der voraussichtliche Aufwand für Pensionsvorschüsse gemäß § 23 AlVG. Der Voranschlag für Karenzurlaubsgeld entspricht einem Durchschnittsbetrag von 76 000 S pro Jahr (207 S täglich) für 122 000 Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt. Hiezu kommen noch die Krankenversicherungsbeiträge sowie für die Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe die Pensionsversicherungsbeiträge.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 8,6 vH zuzüglich 0,5 vH Sonderbeitrag des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieherinnen wurden 22,8% des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15565 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 51 a AMFG(D)

Darlehen an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15566 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG

Zuschüsse an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß XXX AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/15577 Überweisungen an das AMS gemäß § 48 (6) AMSG

Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15578 Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

Voranschlagsansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rd. 0,7 vH der mit 45 500 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen in Abgeltung des Aufwandes der KV-Träger für die Einhebung der AlV-Beiträge.

Voranschlagsansatz 1/15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen

Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und die Teilzeitbeihilfe.

Voranschlagsansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG einzuheben, wobei diese im Jahre 1996 bis zu einem Höchstbetrag von 39 000 S monatlich — bei einem Beitragssatz von 6,0 vH — zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden 2 489 000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 21 745 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Voranschlagsansatz 2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (zweckgebundene Einnahmen)

Hier wird der Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik veranschlagt.

Titel 156 Arbeitsmarktpolitik (II)

Gesetzliche Grundlagen

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1964;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 81/1983;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 315/1992;

Aufgaben

Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	790,6	571,2
1995	706,8	555,0
1995 vor. Erf.	697,4	543,6
1996	217,9	213,8

Voranschlagsansätze 1/15607 und 1/15617 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Veranschlagt ist der Aufwand an Schlechtwetterentschädigung zuzüglich eines Pauschalbetrages als Abgeltung für die während der Zeit des Arbeitsausfalles von den Dienstgebern geleisteten Sozialabgaben sowie auch der Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung für die Einhebung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages bis 30. April 1996.

Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt 1,4 vH des Arbeitsverdienstes, wobei dieser bis zu der im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz in der Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage (§ 45 Abs. 1 lit. b ASVG) zu berücksichtigen ist. Die im Jahre 1996 aus dem Schlechtwetterentschädigungsbeitrag zu erwartenden Einnahmen wurden auf Grund des Erfolges 1995 und unter Berücksichtigung der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Lohnerhöhungen errechnet. Die Einnahmen sind bis zum Beitragsmonat April 1996 budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für durchschnittlich 27 Bezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

Gesetzliche Grundlagen

Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 865/1995;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 864/1995.

Aufgaben

Dem Bundesminister für Arbeit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsopfer- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

Organisation

Bundessozialamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, Prothesenwerkstätte in Wien;

Bundessozialamt für Oberösterreich in Linz, Prothesenwerkstätte in Linz;

Bundessozialämter für Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	294,4	6 982,2	7 276,6	53,8
1995	301,4	6 933,8	7 235,2	55,3
1995 vor. Erf. .	322,8	6 838,1	7 160,9	48,0
1996	338,3	6 483,1	6 821,4	56,1

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1570 Bundessozialämter

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der bei den Bundessozialämtern eingerichteten Schiedskommissionen. Neben der Vollziehung des Kriegsopfer- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsopferfondsgesetzes (Kriegsopferfonds) und Impfschadengesetzes sowie der im Artikel 33 des BGBl. Nr. 314 angeführten Gesetze wie zB Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz befaßt.

Anlagen

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die EDV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen des Bundesrechenamtes und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Paragraph 1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsähnl. Einrichtungen)

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Prothesenwerkstätten in Wien und Linz. Von den Prothesenwerkstätten werden für die orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten Körperersatzstücke, orthopädische Behelfe und andere Hilfsmittel erzeugt und repariert.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfaßt ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 1996 beträgt 1,023 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023, 1989: 1,021, 1990: 1,030, 1991: 1,050, 1992: 1,040, 1993: 1,040, 1994: 1,025, 1995: 1,028).

Von dem mit 5 706,9 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Familienbeihilfen	6,1
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV)	2 266,4
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV)	3 000,0
auf Rentengebühren für Waisen (KOV)	80,0
auf Rentengebühren für Eltern (KOV)	17,0
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV)	110,0
auf Rentengebühren für Witwen (HV)	3,2
auf Rentengebühren für Waisen (HV)	1,7
auf Rentengebühren für Eltern (HV)	0,8
auf Sterbegeld (KOV und HV)	29,1
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV)	0,6
auf Rentenumwandlungen (KOV und HV)	2,0
und auf Pflegegeld nach dem BPGG	190,0

Der Voranschlag 1996 berücksichtigt die Erhöhung der Versorgungsleistungen und den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentenempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 5,4 vH jährlich. Am 1. Juli 1995 standen 96 179 Versorgungsberechtigte (46 808 Beschädigte, 47 419 Witwen, 1 267 Waisen, 685 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 101 675 am 1. Juli 1994.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 1995 1 550 Personen, und zwar 1 454 Beschädigte, 44 Witwen, 25 Waisen und 27 Eltern, gegenüber 1 508 Personen am 1. Juli 1994.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich aufgrund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraph 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 7,8 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigestellt. Von den Bundessozialämtern wurden im Jahre 1995 7 996 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 1 264 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Paragraph 2/1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsähnl. Einrichtungen)

Hervorzuheben sind die Vergütungen der Bundessozialämter für die Erzeugung und Reparatur von Körperersatzstücken, orthopädischen Behelfen und anderen Hilfsmitteln, die Kriegsbeschädigten im Rahmen der orthopädischen Versorgung beigestellt werden.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgnissen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von Geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Behinderten, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsopferversorgungs-

gesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden.

Der Fonds wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet, der aus Vertretern der organisierten Kriegsopfer, organisierten Behinderten, Opferbefürsorgten, Ländervertretern sowie Vertretern der Dienstnehmer und Dienstgeber und des Bundesministeriums für Finanzen besteht.

Kriegsopferfonds

Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 687/1991, und wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsenfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für Arbeit und Soziales. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen

Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1994;

Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;

Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 836/1992;

Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 264/1969, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 462/1987;

Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;

Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 871/1995;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;

Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;

Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 323/1977.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	181,4	58,5	239,9	5,1
1995	184,1	74,0	258,1	6,1
1995 vor. Erf. .	194,8	64,6	259,4	5,3
1996	202,8	65,3	268,1	6,2

Paragraph 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen

Aufgaben und Organisation

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

5 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 4 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluß, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuß einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befaßten Gerichtshofes besorgt.

Paragraph 1592 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt.

Anlagen

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Meßgerätesektor vorgesorgt.

Von den zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen sind 2 im Jahre 1996 durch neue zu ersetzen. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen

Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hiefür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Die Untersuchungskosten werden gegenüber 1995 steigende Tendenz aufweisen.

Weiters ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 345 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 34 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt D, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	55 242,4	1 021,0
1995	60 468,3	143,0
1995 vorl. Erf.	68 446,5	220,3
1996	66 600,0	143,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 80, 80a und 80b;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 34 und 34b;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 31 und 31e;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehelfe der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	42 499,4	812,0
1995	47 629,9	0,0
1995 vorl. Erf.	55 918,6	32,9
1996	53 900,4	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Pensionsanpassung durch das Pensionsanpassungsgesetz und die natürliche Zunahme der Pensionslast bewirken eine Steigerung der Gesamtaufwendungen in der Pensionsversicherung, die

die Zunahme der Gesamterträge übersteigt. Der Unterschied zwischen dem BVA 1995 und dem voraussichtlichen Erfolg 1995 ist auf Vorzieheffekte bei der Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension, stärkere Pensionszugänge aus dem Bereich der Arbeitslosigkeit und der Sonderunterstützung sowie ein geringeres Wirtschaftswachstum als in den bei der Erstellung des BVA gültigen Prognosen angenommen worden ist, zurückzuführen. Im Jahre 1996 wurde der zu erwartende Bundesbeitrag durch verschiedene Einsparungsmaßnahmen um rund 6,6 Milliarden Schilling auf rund 53,9 Milliarden Schilling reduziert.

Bei den in den Jahren 1994 und 1995 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um in den Jahren 1993 und 1994 zu hoch akontierte Bundesbeiträge, die refundiert wurden.

Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hiebei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen sowie der Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand der Pensionsversicherungsträger mit Ausnahme der Vergütungen an Sozialversicherungsträger, bei den Erträgen der Bundesbeitrag, die Ersätze für Ausgleichszulagen sowie der Beitrag gemäß § 80 b ASVG außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr aus dem Steueraufkommen der nach diesem Bundesgesetz Pflichtversicherten einen Beitrag zu überweisen. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen sowie der Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand der Pensionsversicherungsträger mit Ausnahme der Vergütungen an Sozialversicherungsträger, bei den Erträgen der Bundesbeitrag, die Ersätze für Ausgleichszulagen sowie der Beitrag gemäß § 34 b GSVG bzw. § 31 e BSVG außer Betracht zu lassen.

Weiters leistet der Bund zur Tragung des Verwaltungs- und Verrechnungsaufwandes der Pensionsversicherungsträger gemäß § 80 b ASVG bzw. § 34 b GSVG bzw. § 31 e BSVG einen Beitrag bis zur Höhe des Verwaltungs- und Verrechnungsaufwandes des Jahres 1995.

Die Eckdaten der Gebarung 1996 der Pensionsversicherungsträger:

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter

Durchschnittlicher Stand an Pensionen	939 231
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1 228 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	98 073,8
Pflichtbeiträge	58 026,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds	29 243,0
Bundesbeitrag für 1996	19 450,9

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen

Durchschnittlicher Stand an Pensionen	15 201
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	21 800
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	1 606,4
Pflichtbeiträge	1 108,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds	480,5
Bundesbeitrag für 1996	367,7

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten

Durchschnittlicher Stand an Pensionen	530 890
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1 324 200
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	92 157,6
Pflichtbeiträge	81 824,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds	10 717,3
Bundesbeitrag für 1996	6 578,3

Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues

Durchschnittlicher Stand an Pensionen	25 505
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	10 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	4 423,7
Pflichtbeiträge	910,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds	2 462,7
Bundesbeitrag für 1996	1 640,7

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG	152 102
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG	1 131
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem GSVG	210 600
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem FSVG	10 900
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand nach dem GSVG	20 016,6
Pensionsaufwand nach dem FSVG	310,3
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen	6 565,0
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen	840,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds	893,9
Bundesmittel für 1996	13 995,0

Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen	192 718
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	206 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	14 317,7
Pflichtbeiträge	3 799,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds	753,6
Bundesmittel für 1996	11 867,8

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Gesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung kann bis zum 15. Juli eines jeden Jahres dem Bundesminister für Arbeit und Soziales eine vorläufige Empfehlung darüber vorlegen, in welcher Höhe der Anpassungsfaktor festgesetzt werden soll. Bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres hat der Beirat dem Bundesminister für Arbeit und Soziales in einem Gutachten den Anpassungsfaktor vorzuschlagen. Dabei hat der Beirat die Grundsätze des § 108 f Abs. 3, 4 und 5 ASVG zu berücksichtigen, nach denen auf den Anpassungsrichtwert und die Anpassungsbandbreite Bedacht zu nehmen ist. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

für das Jahr			
1966	1,070	1982	1,052
1967	1,081	1983	1,055
1968	1,064	1984	1,040
1969	1,071	1985	1,033
1970	1,054	1986	1,035
1971	1,071	1987	1,038
1972	1,074	1988	1,023
1973	1,090	1989	1,021
1974	1,104	1990	1,040 [1]
1975	1,102	1991	1,050
1976	1,115	1992	1,040
1977	1,070	1993	1,040
1978	1,069	1994	1,025
1979	1,065	1995	1,028
1980	1,056	1996	1,023
1981	1,051		

[1] 3,0% und 1,0% (4,03%).

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2 000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung der Pension	Jährliche Steigerung des VPI 1966 (1976, 1986) in Prozent
1966	2 140,00	7,0	2,2
1967	2 313,30	8,1	4,0
1968	2 461,40	6,4	2,8
1969	2 636,20	7,1	3,1
1970	2 778,60	5,4	4,4
1971	2 975,90	7,1	4,7
1972	3 196,10	7,4	6,3
1973	3 483,70	9,0	7,6
I/1974 [1]	3 846,00	12,1	9,5
VII/1974 [2]	3 961,40		
I/1975 [3]	4 365,50	13,5	8,4
VII/1975 [2]	4 496,50		
1976 [4]	5 013,60	13,1	7,3
1977	5 364,60	7,0	5,5

Fußnoten siehe Seite 98.

im Jahre	auf in Schilling	der Pension	Jährliche Steigerung des VPI 1966 (1976, 1986) in Prozent
1978	5 734,80	6,9	3,6
1979	6 107,60	6,5	3,7
1980	6 449,60	5,6	6,4
1981	6 778,50	5,1	6,8
1982	7 131,00	5,2	5,4
1983	7 523,20	5,5	3,3
1984	7 824,10	4,0	5,6
1985	8 082,30	3,3	3,2
1986	8 365,20	3,5	1,7
1987	8 683,10	3,8	1,4
I/1988	8 683,10	1,2	2,0
VII/1988 [5]	8 882,80		
1989 [6]	9 069,30	3,3	2,5
1990 [7]	9 434,80	4,0	3,3
1991	9 906,50	5,0	3,3
1992	10 302,80	4,0	4,1
1993	10 714,90	4,0	3,6
1994	10 982,80	2,5	3,0
1995	11 290,30	2,8	2,2
1996	11 550,00	2,3	2,2 [8]

[1] Erhöhung um 10,4%.
[2] Erhöhung um 3,0%.
[3] Erhöhung um 10,2%.
[4] Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.
[5] Erhöhung um 2,3%.
[6] Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.
[7] Erhöhung am 1. Jänner 1990 um 3,0% und 1,0% (4,03%).
[8] Schätzwert.

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 141;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995;

Finanzausgleichsgesetz 1993 (FAG 1993), BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995.

Aufgaben

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	11 349,4	63,6
1995	11 494,6	0,0
1995 vorl. Erf.	11 209,9	52,1
1996	11 198,4	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den in den Jahren 1994 und 1995 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um in den Jahren 1993 und 1994 an die Träger der Pensionsversicherung zu hoch akontierte Ausgleichszulagen, die refundiert wurden.

Ausgaben

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 1996 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1995):

	Schilling
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	11 253 (11 000)
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	7 887 (7 710)
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	7 887 (7 710)
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	2 945 (2 879)
falls beide Elternteile verstorben sind	4 423 (4 324)
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	5 233 (5 115)
falls beide Elternteile verstorben sind	7 887 (7 710)

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 840 (821) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex 1966, 1976 bzw. 1986.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
VII/1965	915	—	1 265	—	—
1966	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 [1]	1 283	7,5	1 782	7,5	5,0
VII/1970 [2]	1 333		1 851		
I/1971 [3]	1 428	13,0	1 983	13,0	5,4
VII/1971 [4]	1 528		2 122		
1972 [5]	1 641	11,0	2 279	11,0	6,9
1973	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
I/1974 [6]	2 000	12,8	2 861	12,8	8,5
VII/1974 [7]	2 060		2 947		
I/1975 [8]	2 285	14,3	3 270	14,3	9,1
VII/1975 [7]	2 354		3 368		
1976 [9]	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 [10]	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1

Fußnoten siehe Seite 100.

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
1987	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988	5 004	2,8	7 168	2,8	1,1
1989	5 134	2,6	7 354	2,6	1,9
I/1990 [11]	5 434	7,2	7 784	7,2	2,8
VII/1990 [12]	5 574		7 984		
1991 [13]	6 000	9,0	8 600	9,1	3,6
1992	6 500	8,3	9 317	8,3	3,5
1993	7 000	7,7	9 967	7,0	3,0
1994	7 500	7,1	10 700	7,4	2,8
1995	7 710	2,8	11 000	2,8	1,5
1996	7 887	2,3	11 253	2,3	2,0 [14]

[1]) Erhöhung um 5,4%.
[2]) Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.
[3]) Erhöhung um 7,1%.
[4]) Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.
[5]) Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.
[6]) Erhöhung um 11,1%.
[7]) Erhöhung um 3,0%.
[8]) Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.
[9]) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.
[10]) Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.
[11]) Erhöhung um 300 S für Alleinstehende bzw. 430 S für Verheiratete.
[12]) Erhöhung um 140 S für Alleinstehende bzw. 200 S für Verheiratete.
[13]) Erhöhung am 1. Jänner 1991 um 7,6% für Alleinstehende bzw. 7,7% für Verheiratete.
[14]) Schätzwert.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 132 a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), §§ 31 und 81;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	842,9	—
1995	867,0	0,0
1995 vorl. Erf.	865,4	—
1996	886,4	0,0

Ausgaben

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für das Geschäftsjahr 1993 einen Beitrag in der Höhe von 800 Millionen Schilling zu leisten. Der Beitrag des Bundes für jedes weitere Geschäftsjahr ist so festzustellen, daß der jeweils für das vorangegangene Geschäftsjahr geltende Beitrag mit dem jeweils für das Geschäftsjahr festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen ist.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 1996 kommen die Ersätze für das Jahr 1995 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 74 a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	306,0	19,1
1995	215,0	0,0
1995 vorl. Erf.	163,1	0,7
1996	323,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Auf Grund einer Sonderregelung wurde der Bundesbeitrag zur Unfallversicherung nach dem BSVG für das Jahr 1995 um 150 Millionen Schilling vermindert (zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA 1995 wurde aber nur eine Verminderung um 100 Millionen Schilling angenommen).

Bei den in den Jahren 1994 und 1995 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um in den Jahren 1993 und 1994 zu hoch geleistete Vorschüsse nach dem NSchG, die refundiert wurden.

Ausgaben

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag von 16 Schilling. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3. Auf Grund einer Sonderregelung wurde dieser Beitrag für das Jahr 1995 um 150 Millionen Schilling vermindert.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Titel 165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

Gesetzliche Grundlagen

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	244,7	126,3
1995	261,8	143,0
1995 vorl. Erf.	289,4	134,5
1996	291,3	143,0

Ausgaben

Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Statistische Daten:

Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 [1]
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	394 179	401 901	401 884	398 890	395 723
Alterspensionen	816 703	826 308	854 035	894 033	931 092
Witwerpensionen	24 438	26 314	27 923	29 646	30 708
Witwenpensionen	453 542	451 901	450 140	448 655	448 723
Waisenpensionen	55 115	53 562	51 895	51 064	50 532
Alle Pensionen	1 743 977	1 759 986	1 785 877	1 822 288	1 856 778
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	7 480 S	7 507 S	7 784 S	8 079 S	8 335 S
Alterspensionen	9 581 S	9 734 S	10 089 S	10 496 S	10 843 S
Witwerpensionen	2 264 S	2 302 S	2 393 S	2 720 S	3 016 S
Witwenpensionen	5 559 S	5 263 S	5 474 S	5 702 S	5 904 S
Waisenpensionen	2 258 S	1 934 S	2 009 S	2 115 S	2 209 S
Alle Pensionen	7 726 S	7 729 S	8 052 S	8 425 S	8 750 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen)	20 112 S	20 966 S	21 917 S	22 740 S	23 532 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	2 983 942	2 989 494	2 997 811	3 014 549	3 011 500

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 [1]
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	306 277	311 829	312 056	310 588	308 876
Alterspensionen	678 004	687 553	707 864	741 959	773 377
Witwerpensionen	19 355	20 933	22 332	23 831	24 768
Witwenpensionen	364 875	363 838	362 649	361 784	362 246
Waisenpensionen	45 187	43 958	42 543	41 955	41 560
Alle Pensionen	1 413 698	1 428 111	1 447 444	1 480 117	1 510 827
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	8 081 S	8 127 S	8 414 S	8 720 S	8 985 S
Alterspensionen	9 915 S	10 090 S	10 416 S	10 806 S	11 142 S
Witwerpensionen	2 429 S	2 473 S	2 564 S	2 878 S	3 150 S
Witwenpensionen	5 813 S	5 558 S	5 770 S	6 001 S	6 203 S
Waisenpensionen	2 260 S	2 017 S	2 099 S	2 206 S	2 305 S
Alle Pensionen	8 112 S	8 147 S	8 455 S	8 822 S	9 143 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen)	21 127 S	22 124 S	23 042 S	23 933 S	24 711 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	2 585 861	2 574 687	2 584 577	2 589 239	2 584 000

[1]) Schätzung.

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 [1]
Erwerbsunfähigkeitspensionen	19 701	20 219	20 476	20 485	20 509
Alterspensionen	73 223	73 923	77 902	79 686	81 179
Witwerpensionen	1 958	2 079	2 164	2 251	2 288
Witwenpensionen	45 458	45 259	45 038	44 805	44 768
Waisenpensionen.....	3 731	3 627	3 526	3 419	3 358
Alle Pensionen ...	144 071	145 107	149 106	150 646	152 102
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Erwerbsunfähigkeitspensionen	7 127 S	7 127 S	7 451 S	7 844 S	8 177 S
Alterspensionen	9 988 S	10 112 S	10 735 S	11 358 S	11 858 S
Witwerpensionen	2 384 S	2 421 S	2 525 S	2 678 S	3 447 S
Witwenpensionen	5 388 S	5 110 S	5 351 S	5 605 S	5 843 S
Waisenpensionen.....	2 508 S	2 060 S	2 117 S	2 260 S	2 347 S
Alle Pensionen ...	7 848 S	7 824 S	8 335 S	8 833 S	9 255 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	15 409 S	16 217 S	17 331 S	18 336 S	19 605 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	200 385	202 779	206 291	208 575	210 600

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 [1]
Erwerbsunfähigkeitspensionen	30	33	34	38	39
Alterspensionen	596	653	776	794	805
Witwerpensionen	5	7	9	10	11
Witwenpensionen	153	172	194	208	217
Waisenpensionen.....	56	52	54	61	59
Alle Pensionen ...	840	917	1 067	1 111	1 131
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Erwerbsunfähigkeitspensionen	13 289 S	14 090 S	14 463 S	14 798 S	15 161 S
Alterspensionen	19 047 S	19 841 S	20 631 S	21 652 S	22 309 S
Witwerpensionen	6 206 S	6 181 S	6 651 S	5 938 S	6 917 S
Witwenpensionen	9 854 S	10 337 S	10 889 S	11 218 S	11 499 S
Waisenpensionen.....	3 383 S	3 413 S	3 589 S	3 645 S	3 901 S
Alle Pensionen ...	16 046 S	16 816 S	17 683 S	18 334 S	18 878 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	25 629 S	26 402 S	28 542 S	29 998 S	32 098 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	8 864	9 304	9 767	10 337	10 900

[1]) Schätzung.

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 [1]
Erwerbsunfähigkeitspensionen	68 171	69 820	69 318	67 779	66 299
Alterspensionen	64 880	64 179	67 493	71 594	75 731
Witwerpensionen	3 120	3 295	3 418	3 554	3 641
Witwenpensionen	43 056	42 632	42 259	41 858	41 492
Waisenpensionen.....	6 141	5 925	5 772	5 629	5 555
Alle Pensionen ...	185 368	185 851	188 260	190 414	192 718
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Erwerbsunfähigkeitspensionen	4 878 S	4 848 S	5 043 S	5 212 S	5 355 S
Alterspensionen	5 547 S	5 379 S	5 793 S	6 206 S	6 581 S
Witwerpensionen	1 152 S	1 135 S	1 180 S	1 680 S	1 825 S
Witwenpensionen	3 575 S	2 889 S	3 038 S	3 192 S	3 334 S
Waisenpensionen.....	2 081 S	1 222 S	1 267 S	1 334 S	1 397 S
Alle Pensionen ...	4 654 S	4 401 S	4 676 S	4 961 S	5 221 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	10 952 S	10 762 S	11 634 S	11 864 S	12 305 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	188 832	202 724	197 176	206 398	206 000

[1]) Schätzung.

Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Durchschnittliches Monatseinkommen [1]) der		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage [2]) in der		
	Arbeiter	Angestellten	Pensionsversicherung der Arbeiter	Pensionsversicherung der Angestellten	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
	Schilling				
1987	14 403	22 250	14 326	18 899	21 843
1988	14 807	22 895	14 789	19 547	22 895
1989	15 355	23 971	15 435	20 320	24 105
1990	16 307	25 266	16 362	21 328	25 404
1991	17 415	26 782	17 319	22 570	26 713
1992	18 425	28 228	18 334	23 953	28 415
1993	19 225	29 357	19 126	25 051	30 903
1994	19 890	30 179	19 863	26 084	32 909
1995	20 666 [3])	31 296 [3])	20 632 [3])	27 023 [3])	34 484 [3])
1996	21 389 [3])	32 266 [3])	21 313 [3])	27 834 [3])	35 731 [3])

[1]) Grundlage für die Berechnung bildet die Lohnsteuerstatistik 1987. Diese Daten wurden mit den Zuwachsraten des Tariflohnindex und des Pro-Kopf-Einkommens je Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung fortgeschrieben.

[2]) Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.

[3]) Schätzwerte.

Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten

	monatliche Höchstbeitragsgrundlage	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51 a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
	Schilling	in Prozent der Beitragsgrundlage				
1987	26 400	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1988	27 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1989	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1990	28 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	30 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	31 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	33 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	36 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	37 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	39 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtausgaben des Bundes [1]	Brutto-Inlands-produkt [2]	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (1) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (3) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (1) : (5)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%	%	%	%
1970	8 306	1 823	10 129	101 584	375 880	8,2	10,0	2,2	2,7
1971	8 285	2 507	10 792	112 567	419 620	7,4	9,6	2,0	2,6
1972	9 285	3 133	12 418	127 889	479 540	7,3	9,7	1,9	2,6
1973	9 554	3 388	12 942	141 151	543 460	6,8	9,2	1,8	2,4
1974	11 602	3 760	15 362	167 133	618 560	6,9	9,2	1,9	2,5
1975	16 836	4 121	20 957	196 697	656 120	8,6	10,7	2,6	3,2
1976	18 493	4 729	23 222	221 900	724 750	8,3	10,5	2,6	3,2
1977	21 133	4 918	26 051	236 658	796 190	8,9	11,0	2,7	3,3
1978	17 306 [3]	5 218	22 524 [3]	265 521	842 330	6,5	8,5	2,1	2,7
1979	18 557 [3]	5 452	24 009 [3]	288 134	918 540	6,4	8,3	2,0	2,6
1980	16 538 [3]	5 596	22 134 [3]	306 492	994 700	5,4	7,2	1,7	2,2
1981	18 714 [3]	5 823	24 537 [3]	339 456	1 055 970	5,5	7,2	1,8	2,3
1982	24 687 [3]	6 123	30 810 [3]	372 775	1 133 530	6,6	8,3	2,2	2,7
1983	33 568 [3]	6 302	39 870 [3]	407 791	1 201 230	8,2	9,8	2,8	3,3
1984	33 462 [3]	7 258	40 720 [3]	435 135	1 276 770	7,7	9,4	2,6	3,2
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 348 420	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 422 500	7,7	9,0	2,7	3,2
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 481 390	8,8	10,0	3,0	3,5
1988	47 105	6 547	53 652	568 904 [4]	1 566 440	8,3 [4]	9,4 [4]	3,0	3,4
1989	48 753	6 396	55 149	602 672 [4]	1 672 900	8,1 [4]	9,2 [4]	2,9	3,3
1990	45 029	7 380	52 409	624 858 [4]	1 801 300	7,2 [4]	8,4 [4]	2,5	2,9
1991	49 122	8 321	57 443	678 889 [4]	1 926 500	7,2 [4]	8,5 [4]	2,5	3,0
1992	49 574	9 212	58 786	739 506 [4]	2 047 200	6,7 [4]	7,9 [4]	2,4	2,9
1993	48 119	10 220	58 339	856 127 [4]	2 124 100	5,6 [4]	6,8 [4]	2,3	2,7
1994	42 499	11 349	53 848	852 539 [4]	2 262 900	5,0 [4]	6,3 [4]	1,9	2,4
1995	55 919	11 210	67 129	969 421 [4]	2 360 100	5,8 [4]	6,9 [4]	2,4	2,8
1996	53 900	11 198	65 098	944 767 [4]	2 449 400	5,7 [4]	8,9 [4]	2,2	2,7

[1] Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.
[2] Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).
[3] Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.
[4] Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

www.parlament.gv.at

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtausgaben des Bundes [1]	Brutto-Inlands-produkt [2]	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (1) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (3) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (1) : (5)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%	%	%	%
1970	6 524	1 378	7 902	101 584	375 880	6,4	7,8	1,7	2,1
1971	6 304	1 592	7 896	112 567	419 620	5,6	7,0	1,5	1,9
1972	6 510	1 877	8 387	127 889	479 540	5,1	6,6	1,4	1,7
1973	6 418	2 039	8 457	141 151	543 460	4,5	6,0	1,2	1,6
1974	7 502	2 221	9 723	167 133	618 560	4,5	5,8	1,2	1,6
1975	11 400	2 475	13 875	196 697	656 120	5,8	7,1	1,7	2,1
1976	12 046	2 697	14 743	221 900	724 750	5,4	6,6	1,7	2,0
1977	13 407	2 872	16 279	236 658	796 190	5,7	6,9	1,7	2,0
1978	8 846	3 030	11 876	265 521	842 330	3,3	4,5	1,1	1,4
1979	9 308	3 147	12 455	288 134	918 540	3,2	4,3	1,0	1,4
1980	6 996	3 228	10 224	306 492	994 700	2,3	3,3	0,7	1,0
1981	7 309	3 346	10 655	339 456	1 055 970	2,2	3,1	0,7	1,0
1982	12 045	3 533	15 578	372 775	1 133 530	3,2	4,2	1,1	1,4
1983	19 816	3 606	23 422	407 791	1 201 230	4,9	5,7	1,6	1,9
1984	19 881	4 242	24 123	435 135	1 276 770	4,6	5,5	1,6	1,9
1985	21 297	3 668	24 965	464 673	1 348 420	4,6	5,4	1,6	1,9
1986	24 116	3 631	27 747	498 390	1 422 500	4,8	5,6	1,7	2,0
1987	28 388	3 674	32 062	514 461	1 481 390	5,5	6,2	1,9	2,2
1988	29 877	3 765	33 642	568 904 [3]	1 566 440	5,3 [3]	5,9 [3]	1,9	2,1
1989	30 280	3 675	33 955	602 672 [3]	1 672 900	5,0 [3]	5,6 [3]	1,8	2,0
1990	25 334	4 139	29 473	624 858 [3]	1 801 300	4,1 [3]	4,7 [3]	1,4	1,6
1991	27 249	4 700	31 949	678 889 [3]	1 926 500	4,0 [3]	4,7 [3]	1,4	1,7
1992	26 793	5 317	32 110	739 506 [3]	2 047 200	3,6 [3]	4,3 [3]	1,3	1,6
1993	24 888	6 042	30 930	856 127 [3]	2 124 100	2,9 [3]	3,6 [3]	1,2	1,5
1994	19 594	6 785	26 379	852 539 [3]	2 262 900	2,3 [3]	3,1 [3]	0,9	1,2
1995	29 149	6 725	35 874	969 421 [3]	2 360 100	3,0 [3]	3,7 [3]	1,2	1,5
1996	28 037	6 762	34 799	944 767 [3]	2 449 400	3,0 [3]	3,7 [3]	1,1	1,4

[1]) Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.
[2]) Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).
[3]) Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

www.parlament.gv.at

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtausgaben des Bundes [1]	Brutto-Inlands-produkt [2]	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (1) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (3) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (1) : (5)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%	%	%	%
1970	1 056	445	1 501	101 584	375 880	1,0	1,5	0,3	0,4
1971	1 281	492	1 773	112 567	419 620	1,1	1,6	0,3	0,4
1972	1 592	570	2 162	127 889	479 540	1,2	1,7	0,3	0,5
1973	1 739	607	2 346	141 151	543 460	1,2	1,7	0,3	0,4
1974	2 273	656	2 929	167 133	618 560	1,4	1,8	0,4	0,5
1975	3 077	722	3 799	196 697	656 120	1,6	1,9	0,5	0,6
1976	3 612	891	4 503	221 900	724 750	1,6	2,0	0,5	0,6
1977	4 135	805	4 940	236 658	796 190	1,7	2,1	0,5	0,6
1978	4 319 [3]	821	5 140 [3]	265 521	842 330	1,6	1,9	0,5	0,6
1979	4 644 [3]	831	5 475 [3]	288 134	918 540	1,6	1,9	0,5	0,6
1980	5 015 [3]	837	5 852 [3]	306 492	994 700	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 [3]	862	7 153 [3]	339 456	1 055 970	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 [3]	878	7 830 [3]	372 775	1 133 530	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 [3]	876	8 445 [3]	407 791	1 201 230	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 [3]	996	8 398 [3]	435 135	1 276 770	1,7	1,9	0,6	0,7
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 348 420	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 422 500	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 481 390	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	568 904 [4]	1 566 440	1,7 [4]	1,8 [4]	0,6	0,7
1989	10 278	787	11 065	602 672 [4]	1 672 900	1,7 [4]	1,8 [4]	0,6	0,7
1990	10 894	855	11 749	624 858 [4]	1 801 300	1,7 [4]	1,9 [4]	0,6	0,7
1991	12 157	937	13 094	678 889 [4]	1 926 500	1,8 [4]	1,9 [4]	0,6	0,7
1992	12 444	1 025	13 469	739 506 [4]	2 047 200	1,7 [4]	1,8 [4]	0,6	0,7
1993	12 685	1 101	13 786	856 127 [4]	2 124 100	1,5 [4]	1,6 [4]	0,6	0,6
1994	12 432	1 208	13 640	852 539 [4]	2 262 900	1,5 [4]	1,6 [4]	0,5	0,6
1995	15 266	1 166	16 432	969 421 [4]	2 360 100	1,6 [4]	1,7 [4]	0,6	0,7
1996	13 995	1 148	15 143	944 767 [4]	2 449 400	1,5 [4]	1,6 [4]	0,6	0,6

[1] Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.
[2] Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).
[3] Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.
[4] Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

www.parlament.gv.at

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtausgaben des Bundes [1]	Brutto-Inlands-produkt [2]	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (1) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamtausgaben des Bundes Sp. (3) : (4)	Relativer Anteil der: Bundesbeiträge am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (1) : (5)	Relativer Anteil der: Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto-Inlandsprodukt Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%	%	%	%
1970	726	—	726	101 584	375 880	0,7	0,7	0,2	0,2
1971	700	423	1 123	112 567	419 620	0,6	1,0	0,2	0,3
1972	1 183	686	1 869	127 889	479 540	0,9	1,5	0,2	0,4
1973	1 397	742	2 139	141 151	543 460	1,0	1,5	0,3	0,4
1974	1 827	883	2 710	167 133	618 560	1,1	1,6	0,3	0,4
1975	2 359	924	3 283	196 697	656 120	1,2	1,7	0,4	0,5
1976	2 835	1 141	3 976	221 900	724 750	1,3	1,8	0,4	0,5
1977	3 591	1 241	4 832	236 658	796 190	1,5	2,0	0,5	0,6
1978	4 141 [3]	1 367	5 508 [3]	265 521	842 330	1,6	2,1	0,5	0,7
1979	4 605 [3]	1 474	6 079 [3]	288 134	918 540	1,6	2,1	0,5	0,7
1980	4 527 [3]	1 531	6 058 [3]	306 492	994 700	1,5	2,0	0,5	0,6
1981	5 114 [3]	1 615	6 729 [3]	339 456	1 055 970	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 [3]	1 712	7 402 [3]	372 775	1 133 530	1,5	2,0	0,5	0,7
1983	6 183 [3]	1 820	8 003 [3]	407 791	1 201 230	1,5	2,0	0,5	0,7
1984	6 179 [3]	2 020	8 199 [3]	435 135	1 276 770	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 348 420	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 422 500	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 481 390	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	568 904 [4]	1 566 440	1,3 [4]	1,7 [4]	0,5	0,6
1989	8 195	1 934	10 129	602 672 [4]	1 672 900	1,4 [4]	1,7 [4]	0,5	0,6
1990	8 801	2 386	11 187	624 858 [4]	1 801 300	1,4 [4]	1,8 [4]	0,5	0,6
1991	9 716	2 684	12 400	678 889 [4]	1 926 500	1,4 [4]	1,8 [4]	0,5	0,6
1992	10 337	2 870	13 207	739 506 [4]	2 047 200	1,4 [4]	1,8 [4]	0,5	0,6
1993	10 546	3 077	13 623	856 127 [4]	2 124 100	1,2 [4]	1,6 [4]	0,5	0,6
1994	10 473	3 356	13 829	852 539 [4]	2 262 900	1,2 [4]	1,6 [4]	0,5	0,6
1995	11 504	3 319	14 823	969 421 [4]	2 360 100	1,2 [4]	1,5 [4]	0,5	0,6
1996	11 868	3 288	15 156	944 767 [4]	2 449 400	1,2 [4]	1,6 [4]	0,5	0,6

[1] Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.
[2] Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).
[3] Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.
[4] Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

www.parlament.gv.at

316 von 858 71 der Beilagen und Zu 71 der Beilagen XX. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtaufwendungen der PV [1] (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV [1] (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der: Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Deckungsrate der: Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	7 578	1 852	9 430	28 304	30 156	26,8	31,3
1971	8 191	2 594	10 785	32 016	34 610	25,6	31,2
1972	8 927	3 150	12 077	36 039	39 189	24,8	30,8
1973	9 605	3 430	13 035	40 303	43 733	23,8	29,8
1974	12 154	3 801	15 955	47 306	51 107	25,7	31,2
1975	15 934	4 266	20 200	55 399	59 665	28,8	33,9
1976	18 171	4 658	22 829	65 999	70 657	27,5	32,3
1977	21 145	4 947	26 092	71 712	76 659	29,5	34,0
1978	16 357 [2]	5 267	21 624 [2]	79 317	84 584	20,6	25,6
1979	18 368 [2]	5 482	23 850 [2]	86 766	92 248	21,2	25,9
1980	16 666 [2]	5 620	22 286 [2]	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 [2]	5 841	24 130 [2]	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 [2]	6 172	31 040 [2]	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 [2]	6 307	38 161 [2]	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 [2]	6 477	40 156 [2]	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 429	6 424	50 853	161 991	168 415	27,4	30,2
1988	45 632	6 539	52 171	168 612	175 151	27,1	29,8
1989	46 968	6 374	53 342	178 310	184 684	26,3	28,9
1990	43 792	7 392	51 184	190 049	197 441	23,0	25,9
1991	47 953	8 236	56 189	204 685	212 921	23,4	26,4
1992	47 248	9 239	56 487	216 849	226 088	21,8	25,0
1993	47 361	10 125	57 486	222 373	232 498	21,3	24,7
1994	46 118	11 294	57 412	228 771	240 065	20,2	23,9
1995	52 572	11 188	63 760	242 049	253 237	21,7	25,2
1996	53 900	11 198	65 098	255 038	266 236	21,1	24,5

[1] 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.
[2] Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

www.parlament.gv.at

71 der Beilagen und Zu 71 der Beilagen XX. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtaufwendungen der PV [1] (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV [1] (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der: Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Deckungsrate der: Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	5 840	1 397	7 237	25 553	26 950	22,9	26,9
1971	6 178	1 644	7 822	28 598	30 242	21,6	25,9
1972	6 205	1 892	8 097	31 831	33 723	19,5	24,0
1973	6 460	2 064	8 524	35 358	37 422	18,3	22,8
1974	7 968	2 259	10 227	41 125	43 384	19,4	23,6
1975	10 775	2 514	13 289	48 005	50 519	22,4	26,3
1976	11 852	2 723	14 575	57 281	60 004	20,7	24,3
1977	13 483	2 901	16 384	61 217	64 118	22,0	25,6
1978	8 101	3 061	11 162	67 348	70 409	12,0	15,9
1979	9 196	3 166	12 362	73 357	76 523	12,5	16,2
1980	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3
1981	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7
1982	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3
1983	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4
1984	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6
1985	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5
1986	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3
1987	27 739	3 665	31 404	137 698	141 363	20,1	22,2
1988	28 588	3 762	32 350	143 446	147 208	19,9	22,0
1989	28 822	3 657	32 479	151 691	155 348	19,0	20,9
1990	24 031	4 126	28 157	161 616	165 742	14,9	17,0
1991	26 392	4 667	31 059	173 957	178 624	15,2	17,4
1992	24 799	5 349	30 148	184 147	189 496	13,5	15,9
1993	24 099	5 947	30 046	188 625	194 572	12,8	15,4
1994	22 069	6 765	28 834	193 578	200 343	11,4	14,4
1995	27 359	6 716	34 075	204 959	211 675	13,3	16,1
1996	28 037	6 762	34 799	215 992	222 754	13,0	15,6

[1]) 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

318 von 858 71 der Beilagen und Zu 71 der Beilagen XX. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)
www.parlament.gv.at

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtaufwendungen der PV [1] (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV [1] (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	1 012	455	1 467	1 802	2 257	56,2	65,0
1971	1 275	514	1 789	2 076	2 590	61,4	69,1
1972	1 565	577	2 142	2 417	2 994	64,7	71,5
1973	1 780	620	2 400	2 872	3 492	62,0	68,7
1974	2 342	673	3 015	3 573	4 246	65,5	71,0
1975	2 869	743	3 612	4 268	5 011	67,2	72,1
1976	3 531	788	4 319	5 039	5 827	70,1	74,1
1977	4 104	807	4 911	5 822	6 629	70,5	74,1
1978	4 204 [2]	824	5 028 [2]	6 500	7 324	64,7	68,7
1979	4 573 [2]	834	5 407 [2]	7 296	8 130	62,7	66,5
1980	5 134 [2]	843	5 977 [2]	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 [2]	859	6 938 [2]	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 [2]	880	7 635 [2]	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 [2]	875	8 292 [2]	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 [2]	873	8 209 [2]	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 473	822	10 295	14 216	15 038	66,6	68,5
1989	10 018	786	10 804	15 053	15 839	66,6	68,2
1990	10 941	854	11 795	16 109	16 963	67,9	69,5
1991	11 876	935	12 811	17 408	18 343	68,2	69,8
1992	12 097	1 021	13 118	18 486	19 507	65,4	67,2
1993	12 786	1 098	13 884	19 242	20 340	66,4	68,3
1994	13 452	1 197	14 649	20 434	21 631	65,8	67,7
1995	13 927	1 160	15 087	21 367	22 527	65,2	67,0
1996	13 995	1 148	15 143	22 387	23 535	62,5	64,3

[1] 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.
[2] Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

www.parlament.gv.at

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. [1]	Ausgleichs-zulagen [1]	Bundesmittel (BB+AZ) [1]	Gesamtaufwendungen der PV [1] (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV [1] (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	726	—	726	949	949	76,5	76,5
1971	738	436	1 174	1 342	1 778	55,0	66,0
1972	1 157	681	1 838	1 791	2 472	64,6	74,4
1973	1 365	746	2 111	2 073	2 819	65,8	74,9
1974	1 844	869	2 713	2 608	3 477	70,7	78,0
1975	2 290	1 009	3 299	3 126	4 135	73,3	79,8
1976	2 788	1 147	3 935	3 679	4 826	75,8	81,5
1977	3 558	1 239	4 797	4 673	5 912	76,1	81,1
1978	4 052 [2]	1 382	5 434 [2]	5 469	6 851	74,1	79,3
1979	4 599 [2]	1 482	6 081 [2]	6 113	7 595	75,2	80,1
1980	4 542 [2]	1 535	6 077 [2]	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 [2]	1 615	6 669 [2]	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 [2]	1 724	7 343 [2]	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 [2]	1 821	7 923 [2]	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 [2]	1 899	8 011 [2]	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 571	1 955	9 526	10 950	12 905	69,1	73,8
1989	8 128	1 931	10 059	11 566	13 497	70,3	74,5
1990	8 820	2 412	11 232	12 324	14 736	71,6	76,2
1991	9 685	2 634	12 319	13 320	15 954	72,7	77,2
1992	10 352	2 869	13 221	14 216	17 085	72,8	77,4
1993	10 476	3 080	13 556	14 506	17 586	72,2	77,1
1994	10 597	3 332	13 929	14 759	18 091	71,8	77,0
1995	11 286	3 312	14 598	15 723	19 035	71,8	76,7
1996	11 868	3 288	15 156	16 659	19 947	71,2	76,0

[1]) 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.
[2]) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

www.parlament.gv.at

Kapitel 17 Gesundheit und Konsumentenschutz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	623,6	6 269,2	6 892,8	2 106,6
1995	536,7	5 793,4	6 330,1	2 109,4
1995 vorl. Erf.	542,2	5 427,7	5 970,0	1 980,0
1996	538,1	7 122,0	7 660,1	2 229,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 170 Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Gesundheits- und Veterinärwesens, der Nahrungsmittelkontrolle und in Angelegenheiten des Konsumentenschutzes.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	190,1	174,7	364,8	21,9
1995	181,5	177,3	358,8	4,1
1995 vorl. Erf.	184,3	160,0	344,3	5,0
1996	182,8	178,2	361,0	6,7

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung.

Förderungen

Hier ist hauptsächlich der Betriebsaufwand des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungsinformationszentrale vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen" erwachsen im wesentlichen aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand der Zentralleitung.

Einnahmen

Im wesentlichen Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersätze der EU für Dienstreisen.

Titel 171 Konsumentenschutz

Gesetzliche Grundlagen

Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 247/1993;

Produktsicherheitsgesetz 1994, BGBl. Nr. 63/1995.

Aufgaben

Allgemeine Konsumenteninformation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Belangen;

Information und Prävention im Bereich der Verhütung produktbezogener Haushalts-, Sport- und Freizeitunfälle;

konsumentenbezogene Öffentlichkeitsarbeit;

Mitwirkung im Verein für Konsumenteninformation;

Erstellung von Gutachten und Forschung in verbraucherrelevanten Bereichen;

Sicherstellung der Beteiligung von Konsumentenvertretern an der inländischen, europäischen und sonstigen internationalen Normung.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	35,9	—
1995	36,6	0,0
1995 vorl. Erf.	36,6	—
1996	35,0	0,0

Förderungen

Insbesondere Förderung der Verbraucherbeteiligung an der Normung.

Aufwendungen

Hier wird der Mitgliedsbeitrag für den Verein für Konsumenteninformation veranschlagt.

Weiters sind in diesem Voranschlagsansatz Mittel für Forschungsaufträge, Expertengutachten, die Erstellung von Informationsmaterial sowie für Maßnahmen im Zuge der Vollziehung des Produktsicherheitsgesetzes vorgesehen.

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;
Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;
Krankenpflegegesetz, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 872/1992;
Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 462/1992;
Plasmapheresegesetz, BGBl. Nr. 427/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 96/1993;
Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 363/1990;
Suchtgiftgesetz 1951, BGBl. Nr. 234, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 184/1985;
Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz über den Verkehr und die Gebarung mit Suchtgiften (Suchtgiftverordnung 1979), BGBl. Nr. 390/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 15/1987;

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 14. September 1981 über die Suchtgiftberatung, BGBl. Nr. 435/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 857/1993;
Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 107/1994;
Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 97/1993;
Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990;
Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;
Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;
Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen", BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
Finanzausgleichsgesetz 1993 (FAG 1993), BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, BGBl. Nr. 700/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1996, BGBl. Nr. . . ./1996;
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;
Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsaufklärung;
AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;
Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe;
Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps;
Bekämpfung von Infektionskrankheiten;
Kariesprophylaxe;
Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes;
Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, des Mißbrauches von Medikamenten und des Rauchens;
Psychische Hygiene;
Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;
Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs;
Beteiligung an WHO-Projekten;
Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches;
Zivilschutz;
Arzneimittelwesen;
Krankenanstaltenwesen;
Medizinische Strahlenangelegenheiten;
Medizinprodukte.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	5 384,3	1 706,1
1995	5 004,2	1 802,7
1995 vorl. Erf.	4 710,4	1 693,9
1996	6 340,2	1 907,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Mehrausgaben sind auf die höheren Beiträge des Bundes an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wegen Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und auf das höhere Umsatzsteueraufkommen zurückzuführen.

Mehreinnahmen sind auf die erhöhten Beiträge an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, die durch die Steigerung des Umsatzsteueraufkommens bedingt sind, zurückzuführen.

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
		Millionen Schilling		
Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen	205,9	176,8	161,5	155,2
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	4 148,7	4 219,6	3974,5	5616,2
Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches	23,7	31,8	30,6	26,8
Mutter-Kind-Paß	500,9	576,0	543,8	542,0
Sportförderung	505,1	[1])	[1])	[1])
Summe ...	5 384,3	5 004,2	4710,4	6340,2

Paragraph 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen

Anlagen

Für die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere über AIDS, sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen

Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.

Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert, vor allem auch in bezug auf die AIDS-Forschung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird auch 1996 das bisherige Impfschema beibehalten:

1. Komplette Grundimmunisierung des neuen Geburtsjahrganges,
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung bei Austritt aus der Schule.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfaktion notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Weiters sind Kosten für Untersuchungen auf Hepatitis A berücksichtigt.

Aufwendungen

Im Vordergrund steht die Aufklärungsarbeit zur Vermeidung der Weiterverbreitung von AIDS.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Beistellung von Impfstoff gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis insbesondere für Kinder zu den Impfaktionen der Länder Vorsorge getroffen. Da Rötelnerkrankungen in den ersten Monaten der Schwangerschaft eine Schädigung der Leibesfrucht verursachen können, wird die erstmals im Jahre 1975 propagierte Röteln-Schutzimpfung der Mädchen im Vorpubertätsalter weitergeführt. In die Aktion werden auch Frauen im Wochenbett miteinbezogen, um durch deren Impfung bei späteren Schwangerschaften einer Schädigung der Leibesfrucht vorzubeugen. Für den Ankauf von Impfstoff für die Masern-Mumps-Rötelnimpfung der Kinder vom 14. Lebensmonat bis zum zweiten Lebensjahr ist vorgesorgt. Diese Impfung ist zur Verhinderung der folgenschweren, oft bleibende Schäden verursachende Masernenzephalitis und der häufig auftretenden Mumpsmeningitis zu empfehlen.

Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für humangenetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.

[1]) Die Ausgaben für Sportförderung sind ab 1995 bei Kapitel 10 mitveranschlagt (Paragraph 1070).

Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der Sanitätspersonen, der Psychotherapeuten und für Untersuchungen nach § 105 a Ärztegesetz (§ 8 UbG) ist vorgesorgt.

Sowohl das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen als auch andere Stellen werden mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen befaßt. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand" warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten. Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.

Voranschlagsansatz 1/17217 Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Durch den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sollen den Rechtsträgern von Krankenanstalten nicht nur bedeutend mehr Mittel, als dies auf Grund des Krankenanstaltengesetzes seinerzeit möglich war, zur Verfügung gestellt werden, sondern es soll auch ein möglichst reibungsloser Übergang vom bisher praktizierten Abgangsdeckungssystem zu einem leistungsorientierten Finanzierungssystem gefunden werden. Hiedurch wird die Kostenwirtschaftlichkeit der Leistungserstellung in den österreichischen Krankenanstalten auch weiterhin gesteigert und eine optimale Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sichergestellt.

Weiters werden Strukturreformmaßnahmen zur Entlastung der Krankenanstalten gefördert.

Paragraph 1722 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Suchtgiftmißbrauchern wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 22 des Suchtgiftgesetzes vorgesorgt. Ebenso ist die vorgesehene Änderung des Suchtgiftgesetzes berücksichtigt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtgiftrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtgiftmißbrauch bereitgestellt.

Paragraph 1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung)

Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen

Umsatzsteueranteil für den KRAZAF;

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;

Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

Titel 173 Bundesministerium; Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie

Gesetzliche Grundlagen

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
Verordnung über die Anordnung von Tollwut-Schutzimpfungen für Füchse, BGBl. Nr. 358/1991;
Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988;
Verordnung über die Aujeszky'sche Krankheit, BGBl. Nr. 303/1986;
Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994;
Fleischhygieneverordnung, BGBl. Nr. 280/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1992;
Geflügelhygieneverordnung, BGBl. Nr. 274/1991;
Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 476/1995;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1992;
Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 759/1992;
Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;
IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;
Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;
Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994;
Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994;
Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989;
Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;
Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993.

Aufgaben

Großräumige Überwachung des Bundesgebietes auf radioaktive Verunreinigung einschließlich Vorsorge für Schutz- und Abwehrmaßnahmen;
Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen;
Entsorgung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen;
Abwehr von Tierseuchen;
Fleisch- und Schlachthofhygiene;
Entschädigung nach Veterinärgesetzen;
Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle;
Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz;
Chemikalienkontrolle (Giftwesen);
gesundheitliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln (Zulassungsverfahren) sowie Angelegenheiten der Gentechnologie.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	189,9	4,0
1995	194,7	4,8
1995 vorl. Erf.	184,3	6,3
1996	187,2	7,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Strahlenschutz	112,2	110,9	117,0	112,4
Veterinärwesen	56,3	64,4	51,4	66,4
Lebensmittel, Chemikalien	19,8	15,8	12,6	4,3
Gentechnologie	1,6	3,6	3,4	4,1
Summe	189,9	194,7	184,3	187,2

Paragraph 1732 Strahlenschutz

Anlagen

Im Strahlenfrühwarnsystem sind Ergänzungen und Modifikationen erforderlich.

Förderungen

Zu der dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz obliegenden großräumigen Überwachung der Umwelt auf Radioaktivitätsverunreinigungen ist die Erstellung von ÖNormen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Meßgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Weiters sind die Kosten der erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Einnahmen

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch die Konsenswerber sowie Vergütungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Inanspruchnahme von Stromwegen im Übertragungsnetz des Strahlenfrühwarnsystems (TAWES-Leitungen).

Paragraph 1737 Veterinärwesen

Förderungen

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie

Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25 a leg. cit. berücksichtigt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen vorgesorgt.

Einnahmen

Strafgelder, die wegen Übertretungen der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes eingehoben werden.

Paragraph 1738 Lebensmittel, Chemikalien

Förderungen

Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie, insbesondere die Erarbeitung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen.

Entschädigungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle

Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraph 1739 Gentechnologie

Förderungen

Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

Aufwendungen

Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/1992;
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995;
Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben

Alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Volksgesundheit, woraus in erster Linie Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	89,5	0,4
1995	95,3	0,3
1995 vorl. Erf.	86,3	0,1
1996	101,2	0,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben sind insbesondere durch die Einbeziehung der Hebammenakademien in die Studienförderung bedingt.

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Aufwendungen	0,3	0,4	0,3	0,5
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz	—	0,0	—	0,0
Zweckzuschüsse nach dem KAG	—	0,0	—	0,0
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	37,0	43,0	35,8	43,4
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen	6,0	6,7	6,6	6,9
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen	41,6	39,0	39,0	44,0
Schülerbeihilfen	4,6	6,2	4,7	6,4
Summe . . .	89,5	95,3	86,3	101,2

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für Studienunterstützungen in Härtefällen für Schüler/Studierende in medizinisch-technischen Schulen/Akademien und Hebammenakademien vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Schüler/Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen

Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen und von Bundeshebammenlehranstalten vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit der Anstalten der Bundesstaatlichen Sanitäts- und Veterinärverwaltung, der Bundeshebammenlehranstalten/Akademien und des Veterinärmedizinischen Grenzbeschaudienstes.

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1992;
Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989;
Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;
Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;
Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/1992;
Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 107/1994;
Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993;
Hebammengesetz 1963, BGBl. Nr. 310/1994;
Hebammen-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 443/1971;
Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994;
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;
Veterinärbehördliche Ein- und Durchfuhrverordnung 1992, BGBl. Nr. 31/1993.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	433,5	395,0	828,5	374,1
1995	355,2	285,1	640,3	297,5
1995 vorl. Erf.	358,0	250,1	608,1	274,8
1996	355,3	280,2	635,5	307,8

Paragraph 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Aufgaben

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen

Apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraph 1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten

Aufgaben und Organisation

1. Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des
Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
Tuberkulosegesetzes,
Bazillenausscheidergesetzes,
Bäderhygienegesetzes,
Geschlechtskrankheitengesetzes,
AIDS-Gesetzes,
Mutter-Kind-Passes;
Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,
Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
Untersuchungen von Infusionspräparaten.

2. Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneochemische Untersuchungen.

3. Bundesstaatliche Anstalt für experimentell pharmakologische und balneologische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneologische Untersuchungen.

4. Bundesstaatliches Serumprüfinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes,
Beratungstätigkeit über Tollwutimpfungen.

Anlagen

Diese Budgetmittel werden vor allem für die Ausstattung neuadaptierter Räume und für die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen verwendet, da die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten einen hohen Qualitätsstandard erfordern.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraph 1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien

Aufgaben

In den Bundeshebammenlehranstalten/Hebammenakademien wird die Ausbildung der Hebammenschülerinnen/Studierenden auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Anlagen

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung der Unterrichtsräume sowie für den Ankauf von Lehrmitteln ist vorgesorgt.

Aufwendungen

Der Betriebsaufwand berücksichtigt ua. den Ankauf von Kleininventar und die Übernahme von Kosten für die Beschäftigung zusätzlichen Lehrpersonals.

Einnahmen

Verpflegskostenbeiträge und Beiträge der Bundesländer Salzburg und Kärnten zum Betriebsabgang.

Paragraph 1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Aufgaben

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen

Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische-, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für das Aujeszky-Überwachungsprogramm der EU bestimmt sind.

Einnahmen

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Einnahmen aus dem Aujeszky-Überwachungsprogramm.

Paragraph 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Aufgaben

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten.

Anlagen

Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen

Neben den Ausgaben für Amtshandlungen sind vor allem die Kosten für die Werkverträge mit Grenztierärzten sowie für den EU-Beitritt (EU-Informationssystem, Einrichtung und Betriebskosten für Kühlcontainer, Anmietung von Räumen und Quarantäneställen) veranschlagt.

Einnahmen

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 18 Umwelt

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	238,6	67 405,0	67 643,6	59 037,1
1995	191,6	5 295,8	5 487,4	2 237,0
1995 vorl. Erf..	202,3	2 599,0	2 801,3	236,6
1996	198,1	3 679,2	3 877,3	6,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 180 Bundesministerium für Umwelt

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Umwelt obliegen die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	151,8	134,9	286,8	1 172,3
1995	104,5	120,9	225,4	2 000,4
1995 vorl. Erf..	112,6	126,9	239,4	2,1
1996	110,2	127,2	237,4	1,5

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz erwachsen im wesentlichen Aufwendungen aus Beiträgen zum Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen und der ECE-EMEP-Konvention (Grenzüberschreitende Luftverunreinigung).

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Ausgaben für die Veranstaltung von umweltpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Titel 186 Umweltschutz

Gesetzliche Grundlagen

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;

Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. Nr. 275/1995;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1990;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1991;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996;

Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/94;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 309/1994;

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985;

Chemikaliengesetz BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 759/1992;

Altlastensanierungsgesetz BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 155/1994;

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 228/1993;

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;

Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/94.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:
— die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
— die Förderung der Altlastensanierung,
— die allgemeine Umweltförderung und
— die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa).

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Österreichische Kommunalkreditbank AG betraut.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	4 715,0	239,6
1995	5 056,5	232,1
1995 vorl. Erf.	2 351,9	232,3
1996	3 431,8	0,0

Paragraph 1860 Umweltpolitische Maßnahmen

Anlagen

Hier ist für die Einrichtung von Meßstellen nach dem Smogalarmgesetz und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt vorgesorgt.

Förderungen

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Insbesondere sind Förderungsmittel zur Errichtung von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Instandhaltungskosten für Meßgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch erhebliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes, des Chemikaliengesetzes sowie des Bundesgesetzes über den Umweltsenat.

Paragraph 1862 Altlastensanierung (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Aufgaben

Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gem. § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraph 1863 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraph 1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

Bei diesem Paragraph werden Mittel für die allgemeine Umweltförderung und für Umweltschutzmaßnahmen im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Titel 187 Umweltbundesamt

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985.

Aufgaben

Das Umweltbundesamt hat Aufgaben durch fachwissenschaftliche Arbeiten, Vermittlung der Arbeitsergebnisse, Erstellung von Gutachten und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anregungen und Beschwerden Umweltinteressen zu wahren.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	85,7	131,6	217,3	4,1
1995	87,1	118,3	205,4	4,5
1995 vorl. Erf..	89,7	120,2	209,9	2,2
1996	87,8	120,3	208,1	5,1

Anlagen

Hier wird für die Ausstattung der Unterkunft des Umweltbundesamtes sowie für Erweiterungen der ADV-Anlage und für Ersatzanschaffungen von Luftmeßgeräten vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Vergebührung von Mietverträgen und Vertragsgebühren für ADV-Einrichtungen vorzusorgen.

Aufwendungen

Betriebsaufwendungen, insbesondere die Aufwendungen für die Unterbringung des Umweltbundesamtes in Wien und seiner Zweigstellen in Salzburg und Klagenfurt.

Kapitel 19 Jugend und Familie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt H.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1995	57,8	59 324,8	59 382,7	56 349,1
1995 vorl. Erf.	51,9	58 968,4	59 020,2	55 716,8
1996	50,7	54 349,6	54 400,3	54 149,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 190 Bundesministerium für Jugend und Familie

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Jugend und Familie obliegen Angelegenheiten der Familienpolitik, der Familienförderung, — insbesondere des Familienlastenausgleiches — sowie Angelegenheiten der Jugendpolitik und Jugenderziehung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1995	56,6	63,1	119,7	0,4
1995 vorl. Erf.	50,8	58,6	109,4	0,3
1996	49,7	59,1	108,8	0,4

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Auszahlung der Familienbeihilfe und Geburtenbeihilfe an die Bediensteten des Ressorts im Rahmen der Selbstträgerschaft vorzusorgen.

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Veranstaltung von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Das Bundesministerium für Jugend und Familie leistet einen Beitrag an die Internationale Union der Familienorganisation (IUFO — Internationale des Organismus Familiaux UIOF), Paris; Beitragsleistung 77 000 Schilling im Jahr.

Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	*4 659,9*	*0,0*
1995	2 793,2	0,0
1995 vorl. Erf.	3 077,8	—
1996	25,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Jahr 1996 ergibt sich kein Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen

Für familienpolitische Maßnahmen sind 1996 25,5 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Jugend und Familie vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen

Gesetzliche Grundlage

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, daß der Bund im Falle, daß die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlage

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

Die Gewährung von Familienbeihilfen;

die Gewährung einer Geburtenbeihilfe;

die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;

die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;

die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;

die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;

eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;

die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;

die Förderung von Familienberatungsstellen;

die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;

die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß;

die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;

Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;

Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;

Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;

Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;

Ersatz der Teilzeitbeihilfe.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	*57 620,9*	*57 620,9*
1995	56 348,5	56 348,5
1995 vorl. Erf.	55 716,3	55 716,3
1996	54 149,4	54 149,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Minderausgaben gegenüber 1995 sind auf die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich des FLAF zurückzuführen.

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (—)
		Millionen Schilling	
1987	38 740,3	37 373,0	–1 367,3
1988	38 963,1	38 374,5	– 588,6
1989	38 686,7	40 062,8	+1 376,1
1990	41 855,7	42 925,1	+1 069,4
1991	43 903,6	42 124,3	–1 779,3
1992	49 977,3	48 489,1	–1 488,2
1993	53 168,9	49 766,0	–3 402,9
1994	57 620,9	52 991,7	–4 629,2
1995 (vorl. Erfolg)	55 716,3	52 664,1	–3 052,3
1996 (Bundesvoranschlag)	54 111,2	54 149,4	+ 38,2

Gebarung

Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen

Die Familienbeihilfe beträgt derzeit für jedes Kind 1 300 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 Schilling monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 650 Schilling.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 998 800 Anspruchsberechtigte für rund 1 707 200 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Zusätzlich wurden im Jahre 1995 an 32 638 Ausländer für 52 988 Kinder, die sich ständig im Ausland aufhalten, Familienbeihilfe in verminderter Höhe gezahlt. Ferner wird für 51 453 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1994 8 261.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/19317 Geburtenbeihilfen

Die Gewährung von Geburtenbeihilfen wird mit Ende 1996 eingestellt. Die Ansprüche aus Vorjahren auf Teilleistungen, die im Jahre 1996 fällig sind, bleiben aufrecht. Für Kinder die im Jahr 1996 geboren werden, soll auch noch der 2. Teilbetrag der Geburtenbeihilfe in Höhe von 5 000 Schilling angewiesen werden.

Voranschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen

Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1990/91	138 091	432,6	3 133
1991/92	138 000 *)	413,4	2 995 *)
1992/93	138 000 *)	445,7	3 230 *)
1993/94	138 000 *)	403,6	2 925 *)

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	Erfolg 1994	vorl. Erf. 1995	BVA 1996
		Millionen Schilling	
1. Linienverkehr	3749,2	3695,7	3708,9
2. Gelegenheitsverkehr	629,7	615,2	574,4

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1991/92	918300	4002,2	4358
1992/93	930000	4010,4	4313
1993/94	884400	4217,4	4769
1994/95	853400	4413,1	5171

Beim Gelegenheitsverkehr beträgt der Eigenanteil 270 Schilling pro Kind.

Voranschlagsansatz 1/19347 Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfaßt:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S	
			pro Kind	pro Buch
1990/91	1122058	994,8	886,6	101,8
1991/92	1141429	1050,1	920,0	106,5
1992/93	1154181	1100,8	954,0	110,0
1993/94	1157876	1137,2	982,0	113,0
1994/95	1160609	1179,1	1015,9	117,1

Voranschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten

Gemäß § 30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraph 1936 Härteausgleich

Gem. § 38a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraph 1937 Familienberatungsstellen

Gemäß § 39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 734/1988, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 1996 werden voraussichtlich rd. 290 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Sonstige familienpolitische Maßnahmen

Beitrag zum Karenzurlaubsgeld

Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld wurden 70 vH des Gesamtaufwandes des Jahres 1995 veranschlagt.

Im BVA 1996 sind dafür 8069 Millionen Schilling veranschlagt.

*) Schätzziffern

Wiedereinstellungsbeihilfe

Gemäß § 39a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.

Im Jahre 1996 sind dafür 9,040 Millionen Schilling veranschlagt.

Mutter-Kind-Paß

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Paß festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im Jahre 1996 sind dafür 542 Millionen Schilling veranschlagt.

Schülerunfallversicherung

Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld

Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 50 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Im Jahre 1996 sind für diesen Zweck 2 109,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Betriebshilfe

Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 50 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 408/1990).

Im BVA 1996 sind dafür 45,586 Millionen Schilling vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe

1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.

2. Gemäß § 39a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.

Im Voranschlag 1996 sind für diesen Zweck 221,660 Millionen Schilling vorgesehen.

Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld

Gemäß § 39a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1996 sind für diese Leistungen 2 218 Millionen Schilling veranschlagt.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten

Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1996 sind dafür 80,650 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 628/1991, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 1996 wird mit rd. 33 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Stand Ende Dezember 1995 eine Gesamtschuld von 8 015,890 Millionen Schilling aus.

Darüber hinaus wurde zur teilweisen Abgangsdeckung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Gebarung 1994 ein Betrag von 2 000 Millionen Schilling vom Katastrophenfonds überwiesen. Dieser Betrag ist mit Überschüssen aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen aufzurechnen, wobei diese Mittel dem Bund zufließen (BGBl. Nr. 1060/1994).

Im Jahr 1996 sind zur teilweisen Abdeckung der Schuld des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 38,197 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen

Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 ist ein Anteil vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Voranschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)

Gem. § 31 Abs. 1 ist für alle unentgeltlich in Anspruch genommenen Unterrichtsmittel, mit Ausnahme der therapeutischen Unterrichtsmittel für Behinderte und den Schulbüchern für Sehgeschädigte, ein Selbstbehalt von 10 vH zu leisten.

Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 270 Schilling pro Person und Jahr verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse

Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Titel 194 Jugend

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	*1,0*	*142,7*	*143,8*	*0,1*
1995	1,3	120,0	121,3	0,2
1995 vorl. Erf..	1,1	115,6	116,7	0,1
1996	1,0	115,6	116,6	0,2

Paragraph 1941 Außerschulische Jugenderziehung

Förderungen

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendkunde (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Aufwendungen

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewußtsein der Bevölkerung vorgesorgt.

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	774,3	2 240,3	3 014,6	84,0
1995	809,6	3 166,6	3 976,2	133,4
1995 vorl. Erf.	834,1	3 202,7	4 036,8	98,0
1996	821,9	3 208,3	4 030,2	132,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	301,4	930,0	1 231,4	16,1
1995	324,5	1 040,9	1 365,4	24,0
1995 vorl. Erf.	330,6	959,7	1 290,3	14,8
1996	330,3	1 031,8	1 362,1	23,9

Anlagen

Im Jahre 1996 wurde vor allem auf die Umstellung des gesamten Automatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf den EU-Vorsitz im 2. Halbjahr 1998 und die Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) sowie den weiteren Ausbau der Einrichtungen der Telekommunikation Bedacht genommen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Mitgliedsländern der GUS in Wien veranschlagt sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutschkurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sowie verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehelf ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Aufwendungen

Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes wurde primär für die Umstellung des Büroautomatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, den weitern Ausbau des EKIS sowie die Unterbringung von weiteren internationalen Organisationen in Wien vorgesorgt. Ferner war für erhöhte Beiträge zu OSZE-Institutionen und die Ausweitung von OSZE-Missionen eine entsprechende Sicherstellung zu treffen. Im Rahmen der EU-Mitgliedschaft waren auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesenersätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

Titel 201 Vertretungsbehörden

Dienststellen im Ausland

Derzeit bestehen 98 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 74 diplomatische, 18 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Addis Abeba, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Zagreb.

Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz hat ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEO und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Berlin, Chikago, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1996 etwa 210 Honorarkonsulate amtieren.

In Washington besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	421,2	1 128,4	1 549,5	57,3
1995	432,2	1 192,8	1 624,9	63,3
1995 vorl. Erf.	442,3	1 077,6	1 519,9	58,9
1996	439,7	1 145,5	1 585,1	65,8

Anlagen

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für den Erwerb von Gebäuden und die Errichtung von Neubauten (Amts- und Wohngebäuden) sowie für die Instandsetzungen von bundeseigenen Gebäuden im Ausland vorgesehen. Daneben wurden entsprechende Ausgabenbeträge für die Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems und dem damit verbundenen forcierten Ausbau der ADV bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden im Ausland bereitgestellt. Ferner ist auch für den Ankauf weiterer ADV-Anlagen und Telekommunikationseinrichtungen vorgesorgt.

Förderungen

Die hier veranschlagten 5,431 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,400 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland" und 1,031 Millionen Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Die Ausweitung der Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen, sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern, erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Ausgabenbeträge für 1996. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten, sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt. Weitere zusätzliche Beträge sind für die Umstellung auf das EKIS vorgesehen.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen und den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992 erhoben und bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" verrechnet.

Titel 202 Diplomatische Akademie

Die Diplomatische Akademie wurde im Jahre 1964 errichtet und im Konsulartrakt des Theresianums, Wien IV., Favoritenstraße 15, untergebracht. Ihre gesetzliche Grundlage und ihr Aufgabengebiet ergeben sich aus dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1979.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	10,9	12,2	23,1	2,4
1995	11,7	19,7	31,4	2,6
1995 vorl. Erf.	11,7	19,0	30,6	2,4
1996	6,3	9,1	15,3	1,3

Bei den Sachausgaben ist im Jahre 1996 grundsätzlich für den laufenden Betrieb im ersten Halbjahr vorgesorgt. Daneben sind auch entsprechende Mittel für die Durchführung von Spezialkursen für junge Diplomaten aus Osteuropa veranschlagt.

Die Diplomatische Akademie wird mit Wirkung vom 1. Juli 1996 aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ausgegliedert. Die danach von diesem weiterhin zu leistenden Beträge sind bei den Ansätzen der Zentrale veranschlagt.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden elf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom, Teheran, Warschau und Zagreb.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl.

Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenz des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten bzw. des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraph 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom BMfaA (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten sowie Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst übernommen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	40,9	79,3	120,1	2,3
1995	41,2	143,4	184,6	2,6
1995 vorl. Erf.	49,6	73,7	123,3	3,1
1996	45,7	81,7	127,4	2,5

Anlagen

Vorgesorgt ist insbesondere für die Instandsetzung der Institutsgebäude in London, Paris, Prag und Rom.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sowie verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen, Heimbeiträgen sowie aus Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Titel 204 Kulturelle Veranstaltungen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	90,4	6,1
1995	89,8	6,4
1995 vorl. Erf.	92,8	4,5
1996	90,3	4,5

Kulturelle Veranstaltungen

Die für 1996 veranschlagten Mittel werden zur verstärkten kulturpolitischen Standortbestimmung Österreichs vor dem Hintergrund der sich weiterentwickelnden neuen politischen Gegebenheiten im Westen und im Osten Europas beitragen. In diesem Sinne wird man um eine Gestaltung der Kulturarbeit im Verhältnis zu den Staaten der Europäischen Union bemüht sein, die die Mitgliedschaft Österreichs berücksichtigt, und zwar bereits im Hinblick auf den österreichischen Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte 1998. Weitere regionale Schwerpunkte werden Mittel- und Osteuropa, die Vereinigten Staaten und Ostasien sein, wobei aber die grundsätzlich globale Ausrichtung der österreichischen Auslandskulturpolitik nicht vernachlässigt wird. Obwohl für das Millennium Österreichs kein Sonderbudget zur Verfügung steht, wird eine Reihe zusätzlicher Veranstaltungen unter diesem Titel im Rahmen der regulären Budgetplanung stattfinden. Besondere Berücksichtigung bei der Programmplanung werden auch einige besondere herausragende Gedenkanlässe (zB Anton Bruckner und Ingeborg Bachmann) finden.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen aus Kursbeiträgen.

Titel 205 Entwicklungshilfe

Bis 1994 wurden die Ausgaben und Einnahmen für Entwicklungshilfe im Kap. 10, Titel 106, veranschlagt und verrechnet.

Gesetzliche Grundlage

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	*979,1*	*25,3*
1995	680,0	34,6
1995 vorl. Erf.	980,0	14,4
1996	850,0	33,9

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hiezu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

In dem veranschlagten Betrag sind 36,6 Millionen Schilling zur Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Entwicklungsländern („Erhaltung des Regenwaldes") enthalten.

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt I.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	5 188,4	3 673,0	8 861,5	5 651,3
1995	5 388,7	4 069,1	9 457,8	6 032,0
1995 vorl. Erf.	5 397,1	4 312,0	9 709,1	6 004,0
1996	5 446,9	4 200,0	9 646,9	6 050,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	145,7	194,7	340,4	14,8
1995	151,1	220,7	371,8	14,2
1995 vorl. Erf.	148,8	218,0	366,9	14,6
1996	151,0	231,7	382,7	14,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1996 ist vor allem auf die erstmals hier veranschlagten Zahlungen an die BIG zurückzuführen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahre 1991 sind von Vereinen für Patientenanwaltschaft Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Gesetzliche Grundlagen

Oberster Gerichtshof, BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991,

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994,

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	111,1	10,5	121,6	1,2
1995	115,3	11,6	126,9	1,0
1995 vorl. Erf..	113,3	12,4	125,8	1,2
1996	113,9	11,7	125,6	1,0

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern

Gesetzliche Grundlagen

Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1995;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994, und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);

Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;

Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 521/1995 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nrn. 912/1994 und 600/1995);

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;

Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989;

Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 623/1994 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 214/1992);

Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1989;

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994;

Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBl. Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und 573/1994 (Sonderpauschalvergütung 1992 und 1993), Art. II § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;

Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;

Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaftsgesetz — VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;

Unterbringungsgesetz — UbG, BGBl. Nr. 155/1990;

Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 133/1995;

Grundrechtsbeschwerde-Gesetz — GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993:

Rechtsanwaltsprüfungsgesetz — RAPG (§ 28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

Notariatsprüfungsgesetz — NPG (§ 28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 692/1993;

Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz — BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

4 Oberlandesgerichte;
4 Oberstaatsanwaltschaften;
21 Gerichtshöfe I. Instanz;
17 Staatsanwaltschaften;
192 Bezirksgerichte.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	3 306,8	2 230,4	5 537,1	5 261,1
1995	3 437,7	2 547,9	5 985,6	5 605,9
1995 vorl. Erf.	3 445,2	2 784,7	6 229,9	5 606,2
1996	3 475,8	2 661,5	6 137,3	5 643,1

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Bezugszahlungen an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen sowie aus Strafgeldern.

Titel 303 Justizanstalten

Gesetzliche Grundlagen

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1994;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 622/1994;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;

Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994;

Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987.

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachschule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

17 Gerichtshofgefängnisse mit 8 Außenstellen;
7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
		Millionen Schilling		
1994	1 522,2	1 032,2	2 554,4	374,2
1995	1 588,6	1 058,3	2 646,9	410,8
1995 vorl. Erf.	1 598,6	1 065,8	2 664,4	382,0
1996	1 614,3	1 058,8	2 673,1	391,1

Anlagen

Bei diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts- und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung, für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die Gefangenenarbeiten veranschlagt.

Einnahmen

Der Großteil der Einnahmen resultiert aus Kostenbeiträgen für Leistungen aus dem Strafvollzug.

Justizwache — Massafonds

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Erzieher" zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	14,9

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Beschaffung von Massasorten	14,7
Fondsaufwand	0,2
Zusammen ...	14,9

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1994	2 500 000
1995	2 600 000
1995 vorl. Erf.	2 500 000
1996	2 400 000

Titel 305 Bewährungshilfe

Gesetzliche Grundlagen

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 622/1994;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes werden die Aufgaben der Bewährungshilfe — außer in der Steiermark — von einer privaten Vereinigung besorgt. Die Geschäftsstellen Graz und Leoben mit den Außenstellen Bruck, Graz, Judenburg und Liezen werden als Dienststellen des Bundes geführt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt eigene Räumlichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben			nahmen
	Millionen Schilling			
1994	102,6	205,2	307,9	0,0
1995	96,0	230,6	326,7	0,1
1995 vorl. Erf.	91,2	231,0	322,2	0,0
1996	91,9	236,3	328,1	0,1

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, der Ausstattung mit ADV-Anlagen, der Fallzahlensteigerung insbesondere bei ATA/J, der laufenden Erweiterung von ATA/E, dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten sowie der Intensivierung der Betreuungsangebote.

Förderungen

Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen

Der Großteil der bei diesem VA-Ansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Millionen Schilling

Stabilisierungsquote	24,0
Konjunkturbelebungsquote	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt J.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	8068,2	12068,6	20136,8	575,1
1995	8237,2	11992,8	20230,0	540,9
1995 vorl. Erf..	8340,8	12119,6	20460,3	543,0
1996	9268,0	11475,0	20743,0	508,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	647,3	204,4	851,7	111,0
1995	659,1	192,6	851,7	110,1
1995 vorl. Erf..	657,0	194,2	851,2	118,4
1996	684,2	209,0	893,2	117,5

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 1996 41,810 Millionen Schilling (1995 31,774 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 12,050 Millionen Schilling für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen

Die Mittel für „Förderungen" sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen" zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite bei dem eigenen Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Familien- und Geburtenbeihilfen für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6, Abs. 6, WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommission.

Aufwendungen

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG

Beim VA-Ansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen

Der Veranschlagung der Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluß 1995 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 77 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen" verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung

Gesetzliche Grundlagen

Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994;

Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;

Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1994;

Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 365/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995;

Sperrgebietsgesetz 1995 — SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260;

Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;

Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 895/1995;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;

Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 163/1993 (DFB);

Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1994;

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1995;

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;

Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;

Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 550/1994;

Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975.

Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz — MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994.

Aufgaben

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	7361,1	11721,9	19083,0	316,2
1995	7514,3	11656,1	19170,4	283,4
1995 vorl. Erf..	7622,7	11801,5	19424,2	291,2
1996	8520,3	11140,7	19661,0	263,2

Liegenschaftsankäufe

Der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagte Ausgabenbetrag ist zum Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat. Neben den Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, werden für die Familienangehörigen jedes im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Versicherten Krankenfürsorgekosten gem. § 56a ASVG bezahlt. Ebenso werden die Kosten für die im Assistenzeinsatz an der österreichischen Grenze eingesetzten GWD und ZS bei diesem VA-Ansatz verrechnet.

Zu den Ausgaben bei diesem Voranschlagsansatz zählen weiters: Familien- und Geburtenbeihilfen, Ausgaben an öffentlichen Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen sowie Zahlungen von Geldleistungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/IFOR in Bosnien Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuzzulagengesetz 1970.

Aufwendungen

Der Veranschlagung der Ausgabenbeträge für Aufwendungen liegen folgende Vorhaben zugrunde:

1. Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kaders,
3. Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
4. Berücksichtigung jener Erfordernisse, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Bereitstellung der für die Heeresgliederung-NEU erforderlichen Ausrüstung

Die im Budgetjahr möglichen Beschaffungen erfolgen zwar im Planungsrahmen des Budgetprogrammes, beinhalten jedoch keine markanten Neuanschaffungen von Rüstungsgütern. Es kann lediglich der vertraglich gebundene Lieferumfang zulaufen. Die Beschaffungen im Budgetjahr 1996 liegen mit Schwergewicht bei

— Fernmeldegeräten
— Radargeräten
— Abwehrlenkwaffen

— IT-Anwendungen
— Nachtsicht für GKBF
— Splitterschutz
— Schieß- und Gefechtssimulatoren, Ausbildungsmittel und -anlagen
— Mittel zur Feuerunterstützung
— Ersatz Schützenpanzer/üsMG
— Sanitätsgerät
— Ausrüstung für UN-Einsätze und AUSLOG/IFOR.

Auf dem Fernmeldesektor wird vor allem auf die Ausstattungsergänzung mit Fernsprechgerät sowie mit Mittel für Aufklärung und Führung Bedacht genommen.

Im Bereich der Heeresmotorisierung sind fast ausschließlich Beschaffungen für den Ersatz auszuscheidenden Gerätes bzw. Modifikationen vorgesehen.

Im Bereich der Luftstreitkräfte sind Mittel insbesondere für Infrastruktur und Betrieb der Luftraumüberwachungsflugzeuge, welche die in Friedens- und Krisenzeiten bedeutsame Wahrung der Lufthoheit sicherstellen sollen, vorgesehen.

Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die der Verpflegung, der Bekleidung und der Ausbildung der Wehrpflichtigen sowie der Materialerhaltung (Instandsetzung, Instandhaltung und Lebenszeitverlängerung) des eingeführten Gerätes dienen.

Die für die Ausbildung aufgewendeten Mittel ermöglichen die Aufrechterhaltung des Ausbildungsbetriebes wie die Erhaltung von Ausbildungsgerät und Anlagen sowie die Zurverfügungstellung der zur Absolvierung der Schießprogramme erforderlichen Munition.

Die Ausgaben für die Materialerhaltung dienen der Beschaffung erforderlicher Ersatzteile, Geräte und Werkzeuge sowie der Vergabe von Aufträgen an zivile Fachbetriebe.

Der weitere Ausbau der Informationstechnologie ermöglicht den zeitverzuglosen Zugriff auf die Daten der vorhandenen Informationssysteme vom jeweiligen Arbeitsplatz aus. Dadurch werden Einsatzvorbereitungen und Führungsfähigkeit verbessert.

Die für das System Goldhaube bereitgestellten Mittel sollen hauptsächlich den Betrieb und die Systempflege dieser Einrichtungen unter Einbindung der Luftraumüberwachungsflugzeuge sicherstellen.

Ausbildung

Die kurze Grundwehrdienstzeit erfordert eine intensive Ausbildung. Dies ist ua. durch Beschaffung von modernem Ausbildungsgerät möglich. Neben den Mitteln für den Ausbau von Schieß- und Kampfanlagen sowie audiovisuellen Geräten soll 1996 vor allem die Beschaffung von Simulatoren aller Art fortgesetzt werden. Mit diesen Mitteln sollen nicht nur die Ausbildung gefechtsnäher gestaltet, sondern auch Einsparungen durch den verminderten Gebrauch des Einsatzgerätes und eine geringere Umweltbelastung erzielt werden. Die Umstellung des Ausbildungsgerätes erfolgt in mehreren Etappen; im Bundesvoranschlag 1996 konnten weitere anteilige Kosten berücksichtigt werden.

Angemessene Aufwendungen für die Milizarbeit sollen die laufende Information und Ausbildung der Milizsoldaten auch zwischen den Waffenübungen sicherstellen.

Infrastruktur

Im Bereiche der Infrastruktur werden die vordringlichsten Baumaßnahmen für Munitionslager und für die Schieß- und Übungsplätze unter besonderer Bedachtnahme auf die Sicherheitserfordernisse durchgeführt.

Die bei den „Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke" verbuchten Mieten sind dynamisiert.

Einnahmen

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	8,1 Mio S

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlage

III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422/1992.

Aufgaben

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	122,5	118,3
1995	122,7	122,7
1995 vorl. Erf.	102,3	102,6
1996	102,7	102,7

Einnahmen

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärhistorisches Institut

Aufgaben

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärhistorischen Abteilung werden alle militärhistorischen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	32,0	9,7	41,7	1,8
1995	32,1	10,9	43,0	2,0
1995 vorl. Erf.	33,4	11,1	44,4	2,7
1996	34,0	11,2	45,2	2,4

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.

Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebarung.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe

Aufgaben

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflege, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
		Millionen Schilling		
1994	27,7	10,2	37,9	27,8
1995	31,7	10,5	42,2	22,7
1995 vorl. Erf.	27,7	10,6	38,3	28,2
1996	29,5	11,3	40,8	22,4

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.

Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	400,0
Konjunkturbelebungsquote	100,0

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	8510,8	3928,1	12438,9	1255,8
1995	8529,2	5150,5	13679,7	2107,6
1995 vorl. Erf.	8344,8	4536,2	12881,0	2038,5
1996	8076,1	4584,2	12660,3	2190,3

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches.

Angelegenheiten der Bundesfinanzen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes samt Anlagen und Führung des Bundeshaushaltes.

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge, soweit diese Abgaben und Beiträge von Abgabenbehörden des Bundes verwaltet werden.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr der Europäischen Union.

Zollwesen einschließlich der Angelegenheiten des Dienstbetriebes der Zollwache.

Angelegenheiten des Verfahrens, der Erhebung, der Vollstreckung, des Verwaltungsstrafrechtes und des Verwaltungsstrafverfahrens auf dem Gebiete der in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Abgaben und Beiträge.

Organisatorische Angelegenheiten der Abgaben(Zoll)verwaltung des Bundes.

Angelegenheiten des Finanzwesens einschließlich der Finanzpolitik.

Dazu gehören insbesondere auch:

Währungs-, Kredit-, Sparkassen-, Bank- und Börsewesen.

Angelegenheiten des Kapital- und Zahlungsverkehrs.

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht.

Punzierungswesen.

Angelegenheiten der Österreichischen Postsparkasse.

Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.

Angelegenheiten staatlicher Monopole einschließlich der Errichtung und Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes, die Zwecken der staatlichen Monopole gewidmet sind.

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Angelegenheiten der Wirtschaftstreuhänder auf dem Gebiete der Beratung und Vertretung in Abgaben- und Finanzstrafsachen.

Finanzielle Kriegsschadensangelegenheiten einschließlich der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten.

Dazu gehören insbesondere auch:

Kriegs-, Besatzungs- und Kriegsfolgeschäden am österreichischen Vermögen im In- und Ausland sowie an ausländischem Vermögen in Österreich.

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955.

Pensionsrecht öffentlich Bediensteter und finanzielle Angelegenheiten des Dienstverhältnisses öffentlich Bediensteter.

Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Aufsicht einschließlich der Verwertung unter öffentlicher Verwaltung oder öffentlicher Aufsicht stehender Vermögenschaften.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	522,2	186,3	708,5	95,2
1995	543,6	443,9	987,4	588,2
1995 vorl. Erf..	537,7	377,7	915,5	390,2
1996	541,1	307,1	848,2	543,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben ist die Verminderung hauptsächlich auf die Umstellung der Verrechnung der Ausgaben aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung in das Kapitel 54 zurückzuführen.

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1996 1,5 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentralleitung sind hier die Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche und an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50017 Zahlungen an die EGKS

Österreich hat auf Grund des Protokolles Nr. 5 zur EU-Beitrittsakte der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, einen Beitrag zu den Mitteln des Funktionshaushaltsplanes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Höhe von insgesamt 15 300 000 ECU zu leisten. Dieser Betrag ist je zur Hälfte am 1. Jänner 1995 und 1. Jänner 1996 fällig. Die Ratenzahlung für 1996 wurde demgemäß mit 99,450 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen

Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

Hier werden insbesondere die Kosten der Zurückstellung von Silbermünzen sowie die Ausgaben für Zinsenreduktionen, die hochverschuldeten Entwicklungsländern gewährt werden, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	408,1	22,2
1995	633,0	0,8
1995 vorl. Erf.	501,8	14,3
1996	523,5	1,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben gegenüber dem BVA 1995 betrifft die Kosten für Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansätze 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen bzw.
2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen

Gesetzliche Grundlage

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG" ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes seit 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen. Dafür sind im BVA 1996 80,002 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1993.

Aufgaben

Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.

Dafür sind im BVA 1996 14,535 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen

Gesetzliche Grundlage

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Aufgaben

Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinsreduktion) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung im Sinne der „Trinidad Terms"/„Enhanced Toronto Terms" (50%ige

Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) und der sogenannten „Naples Terms" (bis zu 67%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.

Im BVA 1996 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen 180 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 240 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der für 1996 veranschlagte Betrag in Höhe von 9,0 Millionen Schilling ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe bestimmt.

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze

Hier ist nur ein Betrag von 50 000 S für Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen vorgesehen.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen".

Voranschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen

Die im Voranschlag 1996 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 42/1995;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 212/1995;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 972/1993;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 255/1993;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

Aufgaben

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	1 180,4	53,1
1995	1 204,7	143,8
1995 vorl. Erf.	1 101,7	176,8
1996	1 077,5	187,8

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Es ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 1996 wurden Ausgaben in Höhe von 156 000 S veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Im BVA 1996 sind dafür 1,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw.
2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen

Gesetzliche Grundlage

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Für das Jahr 1996 sind veranschlagt:

170,0 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz,

100,0 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und

30,0 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.

Die Einnahmen in Höhe von 26,0 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansätze 1/50247 und 1/50248 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 972/1993, wurde ua. auch das Innovations- und Technologiefondsgesetz geändert. Auf Grund dieser Novelle wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist. Für 1996 sind dafür 420 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50256 Hagelversicherung (Mittel des Kat. Fonds); Förderungen

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds eine Beihilfe gewährt wird, die ausschließlich zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 1996 beträgt 120,0 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.

Auf Grund des Garantiegesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich bis zu 75 Millionen Schilling nicht rückzahlbarer Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 1996 mit einem Betrag von 18,0 Millionen Schilling vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen

Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen

Auf Grund des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 294/1987, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Es wurden aufgrund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

1. Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-$ für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1996 sind Mittel in Höhe von 600 000 US-$ vorgesehen.
2. Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-$ für die Periode 1991 bis 1995. Für nachfolgende Jahre wird die Dotierung jährlich erfolgen. Für 1996 sind Mittel in Höhe von 1 Million US-$ vorgesehen.
3. Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Für die Periode 1988 bis 1991 standen Mittel für Konsulentenfinanzierungen in Höhe bis zu 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieses Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde bisher nicht geschlossen.
4. Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis zu 5 Millionen US-$ für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1996 sind Mittel in Höhe von 1 Million US-$ vorgesehen.
5. Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-$ (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel). Für 1996 sind Mittel in Höhe von 200 000 US-$ vorgesehen.
6. Globale Umweltfazilität-Kooperations-Treuhandfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Durch die erst Ende 1995 durchgeführte Leistung der ersten Rate in Höhe von 22,1 Millionen Schilling wird die zweite Rate erst 1997 einbezahlt werden.

Für 1996 sind für diese Vorhaben bei 1/50296 52,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Zinsenstützungsaktion für bestimmte Investitionsprojekte

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsenstützungsaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den Bau von Kleinkraftwerken. Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen konnten bis zum 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Krediterfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens 10 Jahre lang um maximal 3% verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkennbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.

Für die gesamte Aktion werden im Jahre 1996 8,0 Millionen Schilling bereitgestellt.

Zinsenzuschüsse im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes

Ebenfalls bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Zinsenstützung des Bundes im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) zu verrechnen.

In einem zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeKB-AG am 9. Juni 1982 abgeschlossenen Grundvertrag über die Einrichtung eines Verfahrens zur Refinanzierung von Darlehen österreichischer Kreditinstitute, die im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (BGBl. Nr. 164/1982) eingeräumt werden, wurde für die durch den Verkauf von Kassenobligationen der OeKB an österreichische Versicherungsunternehmen und die daraus zu vergebenden Darlehen zur Finanzierung der Wohnhaussanierung ein Zinssatz von 7¾% p.a. festgelegt (Verfahren — Althaussanierung).

Bedingt durch die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus war es erforderlich, auch diesen Zinssatz zu reduzieren. Im Rahmen der 1. Zusatzvereinbarung vom 19. März 1986 über das weitere Verfahren zur Einräumung von Darlehen an die Bundesländer und den Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Startwohnungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984), wurde der Zinssatz von 7 3/4% auf 6% herabgesetzt (Verfahren — Wohnhaussanierung). Ab dem Tag der Unterfertigung dieser Vereinbarung hat der Bund eine Zinsenstützung in Höhe von 1,9% p.a., berechnet von dem aus dem Erlös des Verkaufes von 7 3/4%-Kassenobligationen der OeKB sich ergebenden Mittelaufkommen (zum Zeitpunkt der Vereinbarungsunterfertigung rund 2 Milliarden Schilling) zu leisten.

Diese Zinsenstützung ist für den Zeitraum von 1986—1998 anberaumt und dürfte insgesamt rund 453 Millionen Schilling erfordern.

Im Jahre 1996 werden hiefür 22,0 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiegesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

Aus diesem Titel sind für das Jahr 1996 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 86,300 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen OPEL Austria in Wien und BMW-Motoren GmbH in Steyr dienen sollen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (5,467 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (86 000 S), an das Österreichische College (598 000 S), an den Gemeinde- und Städtebund (6,321 Millionen Schilling) und sonstige Förderungsbeiträge (1,460 Millionen Schilling) veranschlagt.

Außerdem sind für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung Investitionsförderungen in Höhe von 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	13,0	113,7
1995	149,3	132,3
1995 vorl. Erf.	5,4	169,2
1996	99,7	146,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Sachausgaben gegenüber dem Erfolg 1995 ergibt sich dadurch, da für eine beabsichtigte Novelle des Entschädigungsgesetzes ČSSR vorgesorgt werden mußte.

Paragraph 5030 Schäden im Inland

Gesetzliche Grundlagen

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 503 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;

Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 515/1995.

Paragraph 5031 Schäden im Ausland

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und dem Zusatzentschädigungsgesetz wurden für das Jahr 1996 75 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 5,0 Millionen Schilling sind Erträgnisse des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.

Auf Grund des Vermögensvertrages mit der DDR wurden 20,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen" wurde für die Kosten der öffentlichen Verwaltung für das in Österreich befindliche ČSFR-Vermögen mit 0,3 Millionen Schilling vorgesorgt.

Paragraph 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag

Gesetzliche Grundlagen

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Für Entschädigungszahlungen nach dem UVEG wurden für 1996 200 000 Schilling veranschlagt.

Paragraph 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraph wurde im BVA 1996 mit 971 000 Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat. Weiters werden hier auch Ausgaben auf Grund des 2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetzes verrechnet.

Paragraph 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz;

BGBl. Nr. 165/1956, österreichisch-deutscher Vermögensvertrag;

BGBl. Nr. 119/1958.

Im BVA 1996 wurde mit 2,2 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 9,4 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgnissen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraph 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlage

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 1996 mit 949 000 Schilling und die Einnahmen auf Grund von vermehrten Kaufinteressenten mit 132,4 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1995	BVA 1995	BVA 1996
		Millionen Schilling	
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz	418,084	} 0,030	} 0,001
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	1 435,904		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	614,422	.....	.....
Jugoslawien	1,890	.....	.....
ČSFR	1 134,615	100,000	75,000
Deutschland (ehem. DDR)	97,654	30,000	20,000
Polen	71,405	.....	.....
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2	1 046,130	0,200	0,200
Auf Grund des Art. 8	80,131	0,010	0,001
Sonstige Zahlungen	31,893	.....	.....
Aushilfezahlungen (Sachleistungen)	1 338,755	0,120	0,003

Titel 504 Finanzlandesdirektionen

Gesetzliche Grundlagen

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995 sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 38/1995;

Übertragungsgesetz (Grenzkontrolle durch Zollorgane), BGBl. Nr. 220/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 76/1980;

Zollkodex — ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz — ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (insbesondere die Gewährung von Familienbeihilfe, Geburtenbeihilfe, Schulfahrtbeihilfe sowie unentgeltliche Beistellung von Schulbüchern), die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachschule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von sieben Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), 86 Finanzämtern, 8 Großbetriebsprüfungen, 7 Hauptzollämtern, 62 Zollämtern, 59 Zollamtszweigstellen, 2 Abfertigungsstellen, 32 Zollposten, 58 Kontrollposten und 45 Zollwachabteilungen besorgt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	6 982,4	1471,8	8 454,2	217,9
1995	6 917,6	2 033,4	8 951,0	199,3
1995 vorl. Erf.	6 775,2	1 749,1	8 524,4	236,4
1996	6 530,0	1 843,6	8 373,6	240,4

Paragraph 5040 Dienststellen

Voranschlagsansatz 1/50403 Anlagen

Bei diesem VA-Ansatz wurde für notwendige Ergänzungen der Amts- und Betriebsausstattung sowie den Ankauf von Kfz vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde mit einem Betrag von 177,631 Millionen Schilling für Familien- und Geburtenbeihilfe und mit 1,686 Millionen Schilling für öffentliche Abgaben vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50408 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz ist der Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen veranschlagt. Die Erhöhung gegenüber dem BVA 1995 ist im wesentlichen auf vermehrte Aufwendungen für die Verkabelung der Finanz- und Zollämter, Leistungen der Post, Postsparkassengebühren, Druckwerke, Inlandreisen, sonstige Miet- und Pachtzinse, Vergabe von Reinigungsaufträgen sowie allgemeine Preissteigerungen zurückzuführen.

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift)	11,8
Sonstiges	0,5
Zusammen ...	12,3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV)	11,8
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges)	0,5
Zusammen ...	12,3

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz), BGBl. Nr. 660/1994).

Aufgaben

Nach Artikel 40 EWG-Vertrag sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählen die Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisausgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.

Die Höhe der Ausfuhrerstattungen wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert die Erstattungen bei der Ausfuhr von Waren nach Drittländern.

Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattungs-Förderungsregelungen in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen auf Grund eines entsprechenden Antrages des Ausführers für Waren der Erstattungsnomenklatur ist das ZA Salzburg/Erstattungen zuständig.

Die Mitgliedstaaten stellen nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur vorschußweisen Abgeltung durch die Gemeinschaft bereit.

Im BVA 1996 sind dafür 390,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50438 Gebarung gemäß § 22 KHVG

Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.

90 vH der Prämien werden beim Voranschlagsansatz 2/50434 vereinnahmt und über den Voranschlagsansatz 1/50438 dem Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 vH der Prämien entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Der Erfolg des Jahres 1995 betrug 9 588 600 Schilling, für das Jahr 1996 wurden 15,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Bei diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundesrechenamtes, der Finanzprokuratur, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes veranschlagt.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	331,2	667,7	999,0	77,9
1995	365,5	685,2	1 050,7	340,3
1995 vorl. Erf.	344,6	778,7	1 123,2	342,9
1996	339,0	699,5	1 038,5	371,1

Paragraph 5070 Bundesrechenamt

Gesetzliche Grundlage

Bundesrechenamtsgesetz, BGBl. Nr. 123/1978; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 625/1994.

Aufgaben

Das Bundesrechenamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundesrechenamtes sind im § 2 Abs. 1 des Bundesrechenamtsgesetzes normiert.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	256,7	656,0	912,7	17,3
1995	288,5	669,5	958,0	286,8
1995 vorl. Erf.	270,9	764,0	1 034,9	278,5
1996	266,1	684,0	950,1	310,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich dadurch, daß auf Grund der BRAG-Novelle die für andere Ressorts, Länder, Sozialversicherungsträger sowie die AMS erbrachten Leistungen veranschlagt wurden.

Paragraph 5071 Finanzprokuratur

Gesetzliche Grundlagen

Prokuraturgesetz, StGBl. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Die Befassung der Finanzprokuratur oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

Aufgaben

Die Prokuratur ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuraturgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokuratur im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes vorgesehen.

Die Prokuratur ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokuratur die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokuratur zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	55,3	7,2	62,5	19,4
1995	57,4	8,2	65,6	14,7
1995 vorl. Erf.	54,1	6,7	60,8	19,4
1996	52,9	7,3	60,2	19,7

Paragraph 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Gesetzliche Grundlagen

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 113/1994;

Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1989;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 38/1990;

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1988.

Aufgaben

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Organisation

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:

Punzierungsamt Wien I;

Punzierungsamt Wien II;

Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;

Punzierungsamt Graz;

Punzierungsamt Innsbruck.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	19,3	4,5	23,8	41,2
1995	19,6	7,5	27,1	38,8
1995 vorl. Erf..	19,6	8,0	27,6	45,0
1996	19,9	8,3	28,1	40,9

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des österreichischen Postsparkassengesetzes, der Österreichischen Salinen AG und des Amtes der Münze Österreich verrechnet. Diese Ausgaben werden zur Gänze dem Bund ersetzt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	674,9	0,9	675,8	675,9
1995	702,5	1,1	703,6	702,9
1995 vorl. Erf..	687,3	21,7	709,0	708,7
1996	666,1	33,1	699,3	699,3

Paragraph 5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Gesetzliche Grundlage

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Aufgaben

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	655,3	0,8	656,1	656,2
1995	682,6	1,1	683,6	683,7
1995 vorl. Erf..	668,7	21,7	690,4	690,5
1996	647,4	33,1	680,5	680,5

Die Sachausgaben enthalten lediglich die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse, Aufwandsentschädigungen und Rückersätze von Einnahmen aus den Vorjahren sowie sonstige Entgelte an Einzelpersonen.

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraph 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft

Gesetzliche Grundlage

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte, der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für 2 der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

Im BVA 1996 sind für Personal- und Sachausgaben 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraph 5082 Amt der Münze Österreich

Gesetzliche Grundlage

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Aufgaben

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG" ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.

Im BVA 1996 sind die Personal- und Sachausgaben für 39 Bedienstete in Höhe von 17,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt				Ausgleichshaushalt	
	Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen	Sach-	Ein-
	ausgaben				ausgaben	nahmen
	Millionen Schilling					
1994	—	25 599,7	25 599,7	18 645,6	31 033,3	31 135,6
1995	—	4 776,8	4 776,8	35 551,8	75 000,0	75 000,0
1995 vorl. Erf.	—	16 219,8	16 219,8	36 348,0	60 017,8	60 026,3
1996	0,0	4 036,6	4 036,6	25 818,7	75 000,0	75 000,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	3 568,6	3 904,4
1995	3 690,7	4 829,7
1995 vorl. Erf.	3 171,4	6 030,1
1996	3 054,2	4 037,6

Voranschlagsansatz 1/51003 Erwerb von Bundestiteln

Voranschlagsansatz 2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz

Die hier vorgesehenen Beträge werden zur Marktpflege und in dem Maße, als günstige Verkaufsangebote auf dem Markte vorliegen, in Anspruch genommen.

Voranschlagsansätze 1/51038 und 2/51034 Kursverluste und -gewinne

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes veranschlagt.

Paragraph 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten

Voranschlagsansatz 1/51047 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

An öffentlichen Abgaben (Kapitalertragsteuer auf Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmitteln) wurden für 1996 198 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen

Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (zB Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.

Voranschlagsansatz 1/51058 Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestiteln) und

Voranschlagsansatz 2/51054 Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestiteln)

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Ausgaben und Einnahmen der Zinsen aus Währungstauschtransaktionen im Zusammenhang mit Wertpapierkäufen des Bundes verrechnet.

Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	748,2	652,8
1995	490,0	465,8
1995 vorl. Erf.	677,6	528,7
1996	449,4	444,8

Im BVA 1995 waren auf Grund des Budgetprovisoriums bereits 1995 realisierte Transaktionen enthalten. Für 1996 sind derzeit keine gleichartigen Geschäfte in der Höhe wie 1995 vorhersehbar.

Paragraph 5110 Innovations- und Technologiefonds

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden, BGBl. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 603/1987 beschlossen.

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wird, kommen dem Fonds im Jahre 1996 420 Millionen Schilling zu. Unter Einbeziehung der sonstigen Einnahmen des ITF (11,262 Millionen Schilling), (Netto)Zinsen aus der Veranlagung von Fondsmitteln (2,730 Millionen Schilling) und der Entnahme der Einnahmenrücklage (12,455 Millionen Schilling) können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen 446,450 Millionen Schilling verwendet werden.

Paragraph 5111 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph werden die Zinsen bzw. die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1993) entstehen.

Titel 512 Rücklagen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	20 887,0	14 088,4
1995	50,2	17 181,8
1995 vorl. Erf.	11 982,6	20 000,7
1996	168,0	6 150,5

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, daß in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

Paragraph 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(r) Rücklage

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1996 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes	Ausgabe: Paragraph 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Paragraph 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik"	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

Den beim Voranschlagsansatz 2/51218 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 21,901 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/15703	9,800
1/15723	0,800
1/15923	5,300
1/17323	1,000
1/17903	3,000
1/17923	2,000

Paragraph 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(r) Einnahmen-Rücklage

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 1/51249 veranschlagten Rücklagenzuführungen in Höhe von 167,962 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Einnahmen bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
2/51110	7,798
2/52600	99,999
2/53400	59,990

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 14,819 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/14104	0,002
1/50226	0,112
1/50408	2,248
1/51108	12,455

Paragraph 5125 Zuführung an bzw. Entnahme (Verringerung) aus der Ausgleichsrücklage

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 1996 wurde aus der Rücklage eine Verringerung nicht veranschlagt.

Paragraph 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 1996 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51268 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 2 979,887 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/10066	72,886
1/15006	119,000
1/15166	30,000
1/17217	950,000
1/18606	20,000
1/18636	1 546,000
1/18646	242,000

Paragraph 5127 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Einnahmen-Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1996 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 1996 sind Rücklagenauflösungen von folgenden Voranschlagsansätzen vorgesehen:

	Millionen Schilling
1/17973	60,000
1/20303	108,426
2/53400	2 644,651
2/60050	20,560
2/60890	257,499
2/64160	11,019
2/64250	1,902
2/64260	0,017
2/64421	0,376
2/64400	29,207

Stand der Rücklagen

Der Stand der Rücklagen am 31. Dezember 1995 stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 31. 12. 1995	Veranschlagte Rücklagenentnahme, -verringerung bzw. -auflösung laut BVA 1996	Veranschlagte Rücklagenzuführung laut BVA 1996
		Millionen Schilling	
1. Allgemeine Rücklage	**2 650,5**	**190,3**	**0,0**
hievon:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	422,8	—	—
Internationale Finanzinstitutionen	705,2	—	—
2. Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	**7 054,6**	**2 980,1**	**168,0**
hievon:			
Mittel des ITF	191,3	12,5	0,0
Katastrophenfonds	2 644,7	2 644,7	60,0
Marktordnungspol. Maßnahmen	301,0	0,0	0,0
Ausfuhrförderung (AFG)	1 272,5	0,0	0,0
Kfz-Steuer (U-Bahnbau)	320,6	0,0	0,0
Sicherheitsabgabe	263,8	0,0	100,0
3. Ausgleichsrücklage	**5 271,4**	**0,0**	**0,0**
4. Besondere Rücklage	**6 169,1**	**2 979,9**	**0,0**
hievon:			
Klinischer Aufwand	1 502,7	—	—
Siedlungswasserwirtschaft	2 705,4	2 496,0	—
Sonstige Umweltmaßnahmen	518,9	242,0	—
Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteurop. Staaten	427,1	72,9	—
5. Besondere Einnahmen-Rücklage	—	**0,0**	**0,0**

Titel 513 Zahlungen von der EU

	Einnahmen Millionen Schilling
1995	13 074,5
1995 vorl. Erf.	9 788,5
1996	15 185,9

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt verrechnet:

Voranschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, werden im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig.

Für 1996 ist ein Betrag von 1 378,0 Millionen Schilling vorgesehen. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt auf der Grundlage des Europaabkommens bei Kap. 60, Titel 606.

Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU)

Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)

Die im Jahre 1996 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Regionalfonds können hinsichtlich Höhe und Fälligkeit dzt. nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege von Überschreitungsermächtigungen vorgesorgt (Art. IV, Abs. 3 BFG); diese Überschreitungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Betroffen sind die Ausgabenansätze der für die Förderungsverwaltung zuständigen Ressorts.

Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL/Garantie (EU)

Für Zahlungen der EU im Rahmen der Gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 1996 ein Betrag von 12 059,720 Millionen Schilling vorgesehen; hiebei entfallen auf

Ackerkulturen, Zucker usw.	5 158,711
Obst, Gemüse, Wein	179,555
Tierische Erzeugnisse	1 619,637
Flankierende Maßnahmen	2 391,194
Ausfuhrerstattungen	390,000

Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 603 bzw. Ausfuhrerstattungen beim Titel 504.

Flankierende Maßnahmen aus 1995	2 320,623

(Diese Mittel wurden 1995 beim VA-Ansatz 1/60346 bevorschußt und 1996 von der EU refundiert.)

Voranschlagsansatz 2/51315 EAGFL/Ausrichtung (EU)

Im Landwirtschaftsbereich (EAGFL/Ausrichtung) kann im Jahre 1996 mit Rückflüssen von 1 748,140 Millionen Schilling gerechnet werden.

Die Mittelverwendung erfolgt bei VA-Ansätzen des Strukturfonds:
1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)
1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (EU)
1/60246 Sektorplan Fischerei und Ackerkultur sowie Erzeugerorganisation der Fischwirtschaft Bundesmittel

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Regionalfonds und EAGFL-Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel 2 Monate) — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hiezu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305 und 2/51306). Die EU-Mittel werden zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln des Bundes verwendet.

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	—	—	—	—
1995	—	50,0	50,0	—
1995 vorl. Erf.	—	—	—	—
1996	0,0	50,0	50,0	—

Paragraph 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 50 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach-ausgaben	Einnahmen	Sach-ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	395,9	—	31 033,3	31 135,6
1995	496,0	0,0	75 000,0	75 000,0
1995 vorl. Erf.	388,1	0,0	60 017,8	60 026,3
1996	315,0	0,0	75 000,0	75 000,0

Paragraph 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen

Beim Paragraph 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hiebei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Paragraph 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind im BVA 1996 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 75 Milliarden Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 1996 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 1996 zu enden hat, mit einem Zinsenaufwand von 315 Millionen Schilling zu rechnen.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	104,6	358 402,2
1995	141,1	341 472,7
1995 vorl. Erf.	125,3	345 773,2
1996	142,2	388 160,0

Allgemeines zur Veranschlagung

Die Schätzungen der öffentlichen Abgaben für die Bundesvoranschläge 1996 und 1997 erfolgten in zwei Stufen. Zuerst wurden — im Rahmen einer budgetären Bestandsaufnahme — auf Basis des Ergebnisses 1995, der verfügbaren Wirtschaftsprognosen und Informationen über wahrscheinliche Sonderfaktoren die Einnahmen unter der Annahme einer gegenüber dem Stand zu Beginn 1996 unveränderten Rechtslage geschätzt.

Im einzelnen wurde bei den großen Steuern von folgenden Überlegungen ausgegangen: Auf Grund der guten Ergebnisse des letzten Quartals 1995 ist anzunehmen, daß nunmehr der eigentlich schon früher erwartete Effekt der Steuerreform 1994 zu wirken beginnt, womit die Einnahmen an veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer gegenüber 1995 deutlich ansteigen sollten. Bei beiden Steuern ist auch 1996 ein ähnlich hohes Aufkommen an Sondervorauszahlung im Zusammenhang mit der IFB-Senkung angenommen. Die Lohnsteuer wurde mittels entsprechender — im Laufe der Zeit leicht abnehmender — Elastizitäten in Abhängigkeit zur prognostizierten Lohn- und Gehaltsentwicklung fortgeschrieben. Für die Schätzung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen wurde ein etwa konstantes Zinsniveau angenommen, sodaß sich lediglich eine Steigerung parallel zur Ausweitung der Finanzanlagen ergibt. Bei der USt-Schätzung wurde von einer um die Sondereffekte 1995 (v. a. EU-bedingte Änderungen, Verrechnung der SonderVZ) bereinigten Basis ausgegangen, die Fortschreibung erfolgte etwa parallel zur Entwicklung des Inlandskonsums, der ja den überwiegenden Teil der Bemessungsgrundlage darstellt. Weiters wurde berücksichtigt, daß die Sondervorauszahlung 1996 im Zuge der Umstellung von Einfuhrumsatzsteuer auf Erwerbsteuer um ca. 3 Milliarden Schilling über jener von 1995 liegen dürfte. Die Zölle werden 1996 selbstverständlich noch zurückgehen, weil im Jahr 1995 noch (anfänglich) höhere Einnahmen nach Rechtslage vor dem EU-Beitritt angefallen sind. Danach sollten sie voraussichtlich etwas stärker wachsen als das BIP. Bei den Verbrauch- und Verkehrsteuern sowie bei den Stempelgebühren wurde realistischerweise nur ein mäßiges Wachstum oder Konstanz angenommen.

Die so geschätzten Zahlen wurden im zweiten Schritt um diejenigen Mehreinnahmen erhöht, die sich voraussichtlich aus der Umsetzung der steuerlichen Maßnahmen des Sparpakets ergeben. Nach dem derzeitigen Informationsstand sind bei den einzelnen Steuern folgende Bruttomehreinnahmen zu erwarten:

Steuerart	1996	1997
	Milliarden Schilling	
Veranlagte Einkommensteuer	2,6	4,6
Lohnsteuer	3,8	18,3
Körperschaftsteuer	8,1	8,1
Kapitalertragsteuern	2,0	3,0
Umsatzsteuer	5,7	2,0
Energiesteuer auf Gas und Strom	3,0	7,0
Andere Abgaben	1,8	3,7
Summe (Brutto) ...	**27,0**	**46,7**

Zusätzlich wurden bei der Körperschaftsteuer Mehreinnahmen durch die Ausgliederung der Post in ein privatwirtschaftlich organisiertes und KöSt-pflichtiges Unternehmen berücksichtigt. Diese Einnahmen sind im wesentlichen realistischerweise erst ab 1997 zu erwarten. Nicht berücksichtigt wurde die im EU-Beitrittsvertrag vorgesehene Umsatzsteuer-Befreiung im Gesundheits- und Sozial(versicherungs)bereich, da die konkrete Form dieser Maßnahme noch nicht feststeht und sie im großen und ganzen etwa budgetneutral erfolgen soll.

Die Überweisungen ergeben sich auf Grund des derzeit vereinbarten Finanzausgleichs und der EU-Budgetierung.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 „Öffentliche Abgaben" gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung" veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1994	225 555,9
1995	243 158,0
1995 vorl. Erf.	245 751,7
1996	277 680,0

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996.

Sachlicher Überblick

Die Einkommensteuer ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemißt sich nach einem progressiven Stufentarif. Der Steuersatz beginnt mit 10 vH für die ersten 50 000 S des Einkommens und nähert sich asymptotisch dem Satz von 50 vH bei Einkommen über 700 000 S. Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 8 840 S, der ab 1997 für Einkommen über 200 000 Schilling verschliffen über 500 000 Schilling wegfallen wird. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5 000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5 000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 350 S für das erste Kind, 525 S für das zweite Kind und 700 S für jedes weitere Kind zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S monatlich zu, wenn für das Kind weder ihr noch ihrem (Ehe)Partner Familienbeihilfe gewährt wird; für das zweite Kind beträgt der Absetzbetrag 525 S und für jedes weitere Kind jeweils 700 S. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag können auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996.

Sachlicher Überblick

Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten uä.) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 22 vH von den vollen Kapitalerträgen. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer — ausgenommen stille Beteiligungen — ist damit abgegolten. Ab 1. Jänner 1996 erfolgt eine Erhöhung auf 25 vH.

Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 22 vH erhoben. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten. Ab 1. Juli 1996 erfolgt eine Erhöhung auf 25 vH.

Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer

Gesetzliche Grundlage

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34 vH. Für alle Körperschaften gilt eine Mindestkörperschaftsteuer in Höhe von 15 000 S im Jahr. Diese wird 1996 auf 50 000 S im Jahr erhöht.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick

Der Abgabe von Zuwendungen unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahestehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 15 vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer

Gesetzliche Grundlage

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die Gewerbesteuer wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr eingehoben.

Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer

Gesetzliche Grundlagen

Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Das Vermögensteuergesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent

Gesetzliche Grundlage

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Das Erbschaftssteueräquivalentgesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer

Gesetzliche Grundlage

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1994.

Sachlicher Überblick

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben" wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstükken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Bodenwertabgabe sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

Sachlicher Überblick

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;
2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sonderabgabe von Banken wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr eingehoben.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Millionen Schilling
1994	138,0
1995	135,0
1995 vorl. Erf.	140,5
1996	140,0

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Sachlicher Überblick

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 55 S jährlich zu entrichten.

Nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Millionen Schilling
1994	202 572,1
1995	189 000,0
1995 vorl. Erf.	179 948,9
1996	210 700,0

Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer

Gesetzliche Grundlagen

Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 831/1995.

Sachlicher Überblick

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen — mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge — nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmen in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, daß in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16 vH, wenn der Unternehmen einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse,

verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergemeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Kranken- und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.

Nicht begünstigt ist jedoch ua. die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art und die als Nebenleistung erbrachte Lieferung von Wärme. Für eine Übergangszeit ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12% für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern und von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen vorgesehen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschiffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen, die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrssteuern (zB Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen und die Umsätze der Kleinunternehmer.

Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstükken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.

Bei nichtbuchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen, und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist jedoch mit Ausnahme der unter § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 fallenden Umsätze eine zusätzliche Steuer von 10 vH zu entrichten.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Millionen Schilling
1994	8 153,3
1995	6 000,0
1995 vorl. Erf.	4 301,0
1996	3 600,0

Gesetzliche Grundlagen für Ein- und Ausfuhrabgaben generell

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO);

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, (Zollbefreiungsverordnung — ZBefrVO) samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz-ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die seit dem Beitrittszeitpunkt nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind Gemeinschaftsabgaben, die von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abgeführt werden. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10% davon als Erhebungsaufwand ein.

Die Ein- und Ausfuhrabgaben gliedern sich wie folgt:
— Zölle (Voranschlagsansatz 52304)
— Agrarabschöpfungen und Ausgleichsabgaben (Voranschlagsansatz 52364)

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen ist weiterhin das frühere (österreichische) Zollrecht maßgebend.

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle

Gesetzliche Grundlagen

1. Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2288/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 über die Aufstellung der in Artikel 60 Abs. 1 d der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 13; zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 213/89 vom 27. Jänner 1989, ABIEG Nr. 25/70 vom 28. Jänner 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2289/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 70 bis 78 der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 15, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 735/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 18;

Verordnung (EWG) Nr. 2290/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 50 bis 59 b sowie 63 a und 63 b der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 20, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 734/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 15;

Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung des Artikels 63 c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 347 vom 16. Dezember 1988, S. 55;

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1;

Vertrag über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994; ABIEG Nr. C 241 vom 29. August 1994;

Verordnung (EG) Nr. 3281/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1995—1998, ABIEG Nr. L 348 vom 31. Dezember 1994, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3282/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 zur Verlängerung der Verordnungen (EWG) Nr. 3833/90, (EWG) Nr. 3835/90 und (EWG) Nr. 3900/91 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern bis Ende 1995, ABIEG Nr. L 348 vom 31. Dezember 1994, S. 57;

Verordnung (EG) Nr. 3284/94 des Rates vom 22. Dezember 1994, ABl. Nr. L 349 vom 31. Dezember 1994, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemein-

schaft gehörenden Ländern; zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1252/95, ABl. Nr. 122 vom 2. Juni 1995;

Entscheidung Nr. 2424/88/EGKS der Kommission vom 29. Juli 1988, ABl. Nr. L 209 vom 2. August 1988, über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 1808/95 des Rates vom 24. Juli 1995 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für einige landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse sowie Fischereierzeugnisse und zur Einführung eines Verfahrens zur Anpassung der Zollkontingente, ABIEG Nr. 176 vom 27. Juli 1995, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2432/88 vom 11. Juli 1988 des Rates über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern, ABIEG Nr. L 209 vom 2. August 1988, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 521/94 und 522/94, ABIEG Nrn. L 66/7 und 66/10 vom 10. März 1994;

seit 1995 Verordnung (EWG) Nr. 3283/94 des Rates über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern.

2. Bisheriges Zollrecht:

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1988 — ZollG), BGBl. Nr. 644/1988, zuletzt geändert durch das BGBl. Nr. 532/1992;

Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1992, BGBl. Nr. 874/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 148/1993;

Zolltarifgesetz 1988, BGBl. Nr. 155/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 116/1994;

Taragesetz, BGBl. Nr. 130/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1992.

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Unterteilungen
— Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
— EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
— Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
— Zölle betreffend den Agrarbereich,
veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.

Im Lauf des Jahres 1995 sind Zölle auch an die Stelle vieler früher im Rahmen der Marktordnungen der Gemeinschaft auf Agrarwaren erhobene Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben getreten.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den hiefür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.

Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als Zoll erfolgen.

Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben.

Bei der Einfuhr von Waren aus
— den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
— den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
— den AKP-Staaten,
— und allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat,

werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstige Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhr- und Ausfuhrabgaben

Diese sind nach dem für die Gemeinschaft geltenden Unterteilungen
— Agrarabschöpfungen oder Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr,
— Ausfuhrabschöpfungen.

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse von 18. Mai 1972, ABIEG Nr. L 118/1 vom 20. Mai 1972), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 746/93, ABIEG Nr. L 77/14 vom 31. März 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker vom 30. Juni 1981, ABIEG Nr. L 177/4 vom 1. Juli 1981, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 133/94, ABIEG Nr. L 22/7 vom 24. Jänner 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktordnung für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L 181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1866/94, ABIEG Nr. L 197/1 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/1 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1249/89, ABIEG Nr. L 129/122 vom 11. Mai 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Eier vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/49 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1574/93, ABIEG Nr. L 152/1 vom 24. Juni 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/77 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1574/93, ABIEG Nr. L 152/1 vom 24. Juni 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur vom 17. Dezember 1992, ABIEG Nr. L 388 vom 31. Dezember 1992, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Reis vom 21. Juni 1976, ABIEG Nr. L 166/1 vom 25. Juni 1976, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1418/76, ABIEG Nr. L 197/7 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, ABIEG Nr. L 84/1 vom 27. März 1987, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1891/94, ABIEG Nr. L 197/42 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates über die gemeinsame Markorganisation für Rindfleisch vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/24 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1884/94, ABIEG Nr. L 197/27 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse vom 24. Februar 1986, ABIEG Nr. L 49/1 vom 27. Februar 1986, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 549/94, ABIEG Nr. L 69/5 vom 12. März 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Saatgut vom 26. Oktober 1971, ABIEG Nr. L 246/1 vom 5. November 1971, zuletzt geändert mit Verordnung (EG) Nr. 3375/93, ABIEG Nr. L 303/9 vom 10. Dezember 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/13 am 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1880/94; ABIEG Nr. L 197/94 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 136/66 des Rates über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette vom 22. September 1966, ABIEG Nr. S. 3025/66 vom 30. September 1966, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3179/93, ABIEG Nr. L 285/9 vom 20. Jänner 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch vom 25. September 1989, ABIEG Nr. L 289/1 vom 7. Oktober 1989, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1886/94, ABIEG Nr. L 197/30 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen vom 13. Februar 1993, ABIEG Nr. L 47/1 vom 25. Februar 1993, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 233/94, ABIEG Nr. L 30/9 vom 3. Februar 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3448/93 des Rates zur Feststellung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren vom 6. Dezember 1993, ABIEG Nr. L 318/18 vom 20. Dezember 1993 (Anmerkung: ersetzt Verordnung 3033/80);

Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates über die gemeinsame Handelsregelung für Eieralbumin und Milchalbumin vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/104 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 4001/87, ABIEG Nr. L 377/44 vom 31. Dezember 1987;

Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 des Rates über Glukose und Laktose vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 281/20 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 222/88, ABIEG Nr. L 28/1 vom 1. Februar 1988.

Sachlicher Überblick

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den angeführten Marktorganisationen statt oder neben dem Zoll Abschöpfungen und ähnliche Abgaben bei der Einfuhr bzw. gegebenenfalls bei der Ausfuhr erhoben werden.

Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschlußverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht. Die vorstehenden Abgaben sind an die EG abzuführen.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Millionen Schilling
1994	43 000,4
1995	49 525,0
1995 vorl. Erf.	47 003,0
1996	49 850,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer

Gesetzliche Grundlage

Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Der Tabaksteuer unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtabak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtabak). Für Zigaretten wurde ein gemischter Steuersatz eingeführt, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57 vH des Kleinverkaufspreises führt. Der Steuersatz beträgt 232 S je 1 000 Stück und 41 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 740 S je 1 000 Stück. Ab 1. Mai 1996 beträgt der Steuersatz 246 S je 1 000 Stück und 41,5% des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 740 S je 1 000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13 vH, für Feinschnitt 47 vH und für anderen Rauchtabak 34 vH des Kleinverkaufspreises.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer

Gesetzliche Grundlage

Biersteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50 000 Hektoliter) sind Steuerersatzermäßigungen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52420 Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)

Gesetzliche Grundlage

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994.

Sachlicher Überblick

Dieser VA-Ansatz dient der Verrechnung der vor der Übernahme der EU-Milchmarktordnung durch Österreich gültigen rechtlichen Vorschriften im Bereich der Absatzförderungsbeiträge bei Milch.

Die korrespondierenden Ausgaben sind beim VA-Ansatz 1/60496 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer

Gesetzliche Grundlagen

Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Mineralölsteuer umfaßt die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhältige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die als Heizstoff verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 6 600 S, für solche unverbleite Waren sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 5 610 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 3 890 S für 1 000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 3 600 S und für Flüssiggas zum Verheizen 600 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 950 S je 1 000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Verheizen verwendet werden. Ein Steuersatz von 500 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht, wenn sie zum Betrieb einer Gesamtenergieanlage verwendet werden, ein Steuersatz von 200 S je 1 000 Kilogramm Eigengewicht und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 3 890 S je 1 000 Liter vorgesehen. Der Steuersatz für biogene Stoffe beträgt 180 S je 1 000 Liter. Für andere Kraftstoffe als biogene Stoffe beträgt der Steuersatz 5 610 S bzw. 3 890 S für 1 000 Liter, je nach deren Beschaffenheit.

Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wurde; wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,94 S je Liter geleistet.

Voranschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer

Gesetzliche Grundlagen

Alkoholsteuer- und Monopolgesetz 1995; BGBl. Nr. 703/1994.

Sachlicher Überblick

Der Alkoholsteuer unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 10 000 S je 100 Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze von 5 400 S und 9 000 S je 100 S je 100 Liter.

Voranschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer

Gesetzliche Grundlage

Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Der Schaumweinsteuer unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 2 000 S, und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1 000 S je Hektoliter.

Der Zwischenerzeugnissteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der Kombinierten Normenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfaßt werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischen-

erzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, dh. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2 000 S je Hektoliter.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	Millionen Schilling
1994	8 525,1
1995	8 800,0
1995 vorl. Erf.	8 436,1
1996	8 600,0

Voranschlagsansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren

Voranschlagsansatz 2/52524 Übrige Gebühren

Gesetzliche Grundlage

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 172/1995.

Sachlicher Überblick

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anläßlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (0,50 S bis 7 000 S) oder Hundertsatzgebühren ($^1/_{16}$ vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 500 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Die Gewinstgebühren bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1 vH bis 25 vH und sind ebenso wie die mit 16 vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben

Gesetzliche Grundlage

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 284/1994.

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden im Bundeshaushalt beim VA-Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren" verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

	Millionen Schilling
1994	35 222,0
1995	34 030,0
1995 vorl. Erf.	34 497,1
1996	39 365,0

Voranschlagsansatz 2/52600 Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sicherheitsabgabe ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten.

Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Voranschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern

Gesetzliche Grundlage

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Als Kapitalverkehrsteuern werden die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftsteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 vH der Bemessungsgrundlage.

Die Wertpapiersteuer wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inlande oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Auslande abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04 vH bis 2,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe

Gesetzliche Grundlage

Energieabgabegesetz BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 600 S je 1 000 m^3 und für Strom 0,10 S je kWh.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe

Gesetzliche Grundlage

Normverbrauchsabgabengesetz BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen.

Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie KFZ zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist linear abhängig vom Kraftstoffverbrauch des KFZ.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer

Gesetzliche Grundlage

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer

Gesetzliche Grundlage

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4 vH, für Lebensversicherungen mit Laufzeiten unter 10 Jahren und bei anderen 11 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

Voranschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer

Gesetzliche Grundlage

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen, die in Erfüllung der Versicherungspflicht für im Inland zugelassenen Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen und Krafträder eingegangen werden, unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes nach dem 30. April 1993 einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 5,50 S je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 55 S. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,22 S je Kubikzentimeter Hubraum. Wird das Versicherungsentgelt vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich entrichtet, ermäßigt sich die Steuer auf 5,40 S, 5,30 S bzw. 5 S (bei Krafträdern auf 0,216 S, 0,212 S, 0,20 S). Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Voranschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 831/1995.

Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 629/1994.

Sachlicher Überblick

Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichen Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 t oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt im Jahre 1996 158 S, der Wochensatz 800 S, der Monatssatz 1 600 S bzw. 3 200 S für Fahrzeuge mit 18 t oder mehr. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.

Das Straßenverkehrsbeitragsgesetz ist auf Güterbeförderungen nach dem 31. Dezember 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer

Gesetzliche Grundlage

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 503/1995.

Sachlicher Überblick

Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen nach dem 30. April 1993 in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Ausnahme haftpflichtversicherter Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen und Krafträder, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichen Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.

Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendeten Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge, sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 t von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Die Steuer beträgt je ccm Hubraum 0,22 S je kW Motorleistung 5,50 S (mindestens aber 55 S), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t für jede angefangene Tonne 70 S, mindestens 600 S (Anhänger 500 S), höchstens 2 660 S (Anhänger 2 000 S) monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe

Gesetzliche Grundlage

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 695/1993.

Sachlicher Überblick

Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe

Gesetzliche Grundlage

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 695/1993.

Sachlicher Überblick

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bildet die Summe der Wetteinsätze der Glücksspiele eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto und Zusatzspiele für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH. Für Sofort- und Nummernlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5 vH, für das Zahlenlotto 27,5 vH und für die Klassenlotterie 2 vH.

Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)

Gesetzliche Grundlage

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. xxx/1996 ist mit Wirkung 1. Juli 1996 eine Erhöhung vorgesehen. Seit 1. Juli 1996 beträgt die zweckgebundene ausschließliche Bundesabgabe pro Tonne Abfalls 800 S, für Baurestmassen 90 S und für alle übrigen Abfälle 800 S. Von diesen Beiträgen sind Abschläge, sofern die Abfälle auf einer Deponie, die über ein Deponiebasisdichtungssystem verfügt, oder Erhöhungen vorgesehen, sofern die Abfälle auf einer Deponie erfolgt, die über keine, dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaserfassung und -behandlung verfügt. Die Einhebung erfolgt ähnlich der Umsatzsteuer.

85 vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hiefür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.

15 vH des Aufkommens dienen zur Finanzierung des Aufsuchens der Altlasten, der Erstellung des öffentlich zugänglichen Altlastenatlasses mit Prioritätsklassifizierung sowie von Kostenersätzen an die Länder.

Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	104,6	1 369,9
1995	141,1	1 500,0
1995 vorl. Erf.	125,3	1 102,1
1996	142,2	370,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen auch Geldstrafen, Wertersätze und Verfallserlöse.

Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)

	Millionen Schilling
1994	166 134,5
1995	162 572,3
1995 vorl. Erf.	156 653,2
1996	172 691,0

Gesetzliche Grundlagen

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. xxx/1996.

Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite 193 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

1. bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder 28,131 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 0,719 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden zu drei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (Durchschnitt der Jahre 1989—1993);
2. bei der Lohnsteuer auf die Länder 20,054 Hundertteile nach der Volkszahl und 0,416 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
3. bei der Kapitalertragsteuer I auf die Länder und Gemeinden und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
4. bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf die Länder 8,1 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer und 18,9 Hundertteile nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;

5. bei der Umsatzsteuer auf die Länder 17,886 Hundertteile nach der Volkszahl, 0,542 Hundertteile zu einem Sechstel auf Wien als Land und zu fünf Sechsteln auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl und 0,269 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden 4,621 Hundertteile nach der Volkszahl, 5,903 Hundertteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 1,283 Hundertteile nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Durchschnitt der Jahre 1989—1993);
6. bei der Biersteuer auf die Länder 15,736 Hundertteile und auf die Gemeinden 19,232 Hundertteile nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 18,151 Hundertteile und auf die Gemeinden 8,280 Hundertteile in folgendem Verhältnis: Burgenland 2,327, Kärnten 8,812, Niederösterreich 17,831, Oberösterreich 17,964, Salzburg 8,832, Steiermark 14,879, Tirol 11,761, Vorarlberg 4,331, Wien 13,263;
7. bei der Weinsteuer, der Schaumweinsteuer, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer sowie beim Branntweinaufschlag und Monopolausgleich auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
8. bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
9. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu je einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Viertel in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,758, Kärnten 8,203, Niederösterreich 22,431, Oberösterreich 16,756, Salzburg 7,359, Steiermark 15,645, Tirol 10,332, Vorarlberg 4,007, Wien 11,509;
10. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der Motorbezogenen Versicherungssteuer auf die Länder in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,243, Kärnten 6,769, Niederösterreich 19,261, Oberösterreich 16,993, Salzburg 6,557, Steiermark 14,757, Tirol 7,548, Vorarlberg 4,246, Wien 20,626;
11. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
12. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hiebei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für die Fonds

Vom Aufkommen an Umsatzsteuer sind 0,642 vH für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bestimmt.

Voranschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge an Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Voranschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 2,11 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)

Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen.

Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds

An den Katastrophenfonds sind 1,558 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)

	Millionen Schilling
1995	28 103,0
1995 vorl. Erf.	18 754,0
1996	29 434,0

Beim VA-Ansatz 2/52904 werden die Eigenmittelabfuhren an den EU-Haushalt dargestellt.

1. Gesetzliche Grundlagen

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag.

Beschluß des Rates 88/376/EWG, Euratom vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaft (Abl. L 185/24 vom 15. Juli 1988) geändert durch den Beschluß 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994 (Abl. L 293/9 vom 12. November 1994). Die Annahme dieses Beschlusses erfolgte in Österreich durch den Nationalrat am 12. Oktober 1995. Nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten tritt der neue Eigenmittelbeschluß gemäß seinem Art. 11 rückwirkend mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

2. Finanzjahr 1996

Aufbauend auf den Eigenmittelbeschluß 1988 werden für das Jahr 1996 im BVA 29 434 Millionen Schilling bei VA-Ansatz 2/52904 veranschlagt. Nicht eingerechnet sind eine derzeit nur äußerst schwer abschätzbare Nachzahlungsverpflichtung (es kann von einem Betrag iHv. 1 Milliarde Schilling ausgegangen werden) auf Grund des Eigenmittelrechtes, insbesondere Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89, sowie Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne, welche die EU-Haushaltsordnung ua. für ein rückwirkendes Inkrafttreten des Eigenmittelbeschlusses 1994 und eines allfälligen Saldo im EU-Haushalt 1995 (Haushaltsüberschuß oder Haushaltsabgang) vorsieht. Ebenso nicht enthalten ist die Anforderung einer allfälligen BSP-Reserve in Höhe von ca. 416 Millionen Schilling. All diesen Eventualitäten wird durch eine Bedeckungsermächtigung in Art. III Abs. 3 BFG 1996 Rechnung getragen.

3. Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden

Mit den Finanzausgleichspartnern wurde grundsätzlich vereinbart, daß Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Eigenmittel mitwirken. Die hiefür erforderliche finanzausgleichsgesetzliche Regelung ist derzeit noch nicht beschlossen. (Bei Fortführung der Regelung des FAG 1993 idF BGBl. Nr. 853/96, würden die Länder (5,7 Mrd.) und Gemeinden (5,9 Mrd.) im Jahre 1996 rund 11,6 Milliarden Schilling beitragen; die auf Grund der Eigenmittelabführung entstehende Saldoverschlechterung im Bundeshaushalt 1996 würde somit voraussichtlich rund 17,825 Milliarden Schilling betragen. Dieser Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.)

4. Finanzjahr 1995 — vorl. Erfolg

Die Abweichungen gegenüber dem BVA 1995 sind im wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Die abzuführenden traditionellen Eigenmittel (Zölle, Agrar- und Zuckerabgaben) sind erheblich niedriger, als von der EU angenommen (Differenz rund 1,745 Milliarden Schilling).
- Gutschrift United Kingdom-Korrektur, rund 260 Millionen Schilling.
- Dem BVA 1995 wurden die Zahlen des EH 95 idF Dezember 1994 zugrunde gelegt. Zwischenzeitig wurde von der EU der Berichtigungs- und Nachtragshaushalt 1/95 beschlossen, welcher auf Grund der Übertragung eines Haushaltsüberschusses 1994 in das Jahr 1995 eine Reduzierung der gesamten Eigenmittel von rund 76 auf rund 70,2 Milliarden ECU vorsieht. Entsprechend wurde die Eigenmittelverpflichtung Österreichs herabgesetzt: BSP um rund 2,256 Milliarden Schilling und UK-Korrektur um rund 0,166 Milliarden Schilling.
- Tatsächlich hat die EU von ihrem Eigenmittelguthaben in Österreich (23,579 Milliarden Schilling) 1995 18,754 Milliarden Schilling (brutto, dh. inkl. 10%iger Einhebungsvergütung) abgerufen. Der Kassenrest für das Haushaltsjahr 1995 beträgt 4 825 647 647,21 S. Die Europäische Kommission rief dieses Guthaben mit einer Eigenmittelanforderung iHv. 6,4 Milliarden Schilling Anfang Jänner 1996 ab.

www.parlament.gv.at

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1996 gem. §§ 7 und 8 FAG 1993

Abgaben	Berechnungsbasis 1996 [1]	Teilungsverhältnis			Anteile des/der			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes	Länder [2]	Gemeinden [2]	Länder und Gemeinden (Summe)
	in Mill. S	in %			in Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommenssteuer	26 459,513	46,640	28,850	24,510	12 340,717	7 062,502	6 420,351	13 482,853
Lohnsteuer	149 483,181	63,480	20,470	16,050	94 891,923	28 310,079	23 752,044	52 062,123
Kapitalertragsteuer	3 564,284	20,574	13,235	66,191	733,316	436,443	2 335,634	2 772,077
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	22 300,000	53,000	27,000	20,000	11 819,000	5 570,569	4 415,384	9 985,953
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1 600,000	70,000	30,000	—	1 120,000	444,091	—	444,091
Bodenwertabgabe	75,000	4,000	—	96,000	3,000	—	71,280	71,280
Summe ...	203 481,978				120 907,956	41 823,683	36 994,693	78 818,376
Kunstförderungsbeitrag	134,400	70,000	30,000	—	94,080	40,320	—	40,320
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer	209 347,306	69,496	18,697	11,807	145 488,004	36 213,476	24 470,371	60 683,847
Abgabe von alkoholischen Getränken	—	40,000	30,000	30,000	—	—	—	—
Biersteuer	2 100,000	38,601	33,887	27,512	810,621	658,390	571,972	1 230,363
Schaumweinsteuer	250,000	38,601	33,887	27,512	96,503	78,380	68,092	146,472
Weinsteuer	—	38,601	33,887	27,512	—	—	—	—
Alkoholsteuer	900,000	38,601	33,887	27,512	347,409	282,167	245,131	527,298
Mineralölsteuer	33 500,000	91,291	6,575	2,134	30 582,485	2 037,847	707,739	2 745,585
Grunderwerbsteuer	5 500,000	4,000	—	96,000	220,000	—	5 227,181	5 227,181
Kraftfahrzeugsteuer	1 545,000	76,827	23,173	—	1 186,977	331,239	—	331,239
Motorbezogene Versicherungssteuer	7 700,000	50,000	50,000	—	3 850,000	3 561,981	—	3 561,981
Summe ...	260 842,306				182 581,998	43 163,480	31 290,486	74 453,966
Spielbankabgabe [3]	1 250,000	69,000	14,000	17,000	862,500	175,000	212,500	387,500
Insgesamt ...	465 708,684				304 446,534	85 202,484	68 497,679	153 700,162

Hiezu:
Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1995 ..... 11 000,000

Hievon ab:
Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrhythmus der Abgabenanteile 12 000,000

Verbleiben... 152 700,162

[1] Bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Umsatzsteuer weicht die Berechnungsbasis von den Voranschlagsbeträgen ab, weil gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1993 die Abgeltungen und Anteile für den Familienlastenausgleich, weiters die Anteile für den Katastrophenfonds und für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds **vor der Teilung** in Abzug gebracht werden. Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung in Höhe von 4 vH abgezogen.

[2] Der Beitrag der Länder und Gemeinden an der EU-Finanzierung wurde bei der Berechnung der Ertragsanteile berücksichtigt.

[3] Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1995.

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1987 bis 1996

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erf.	BVA
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern:										
Veranlagte Einkommensteuer	25 483,1	27 085,2	31 255,6	33 792,6	35 768,3	36 964,1	32 689,4	31 595,5	29 995,4	36 000,0
Lohnsteuer	97 700,3	104 042,0	88 036,6	105 490,5	121 863,3	134 267,7	139 239,7	134 767,2	150 226,8	162 300,0
Kapitalertragsteuer	1 300,1	1 465,3	3 170,3	2 130,8	2 827,5	3 513,6	3 258,4	4 178,6	4 071,6	3 700,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	.....	.....	3 342,9	7 186,2	9 601,8	11 357,5	16 625,2	19 747,7	20 841,3	22 300,0
Körperschaftsteuer	10 188,1	11 526,5	14 245,9	13 786,1	15 348,4	20 982,5	18 611,5	21 136,7	28 083,4	43 000,0
Abgabe von Zuwendungen	13,5	6,1	8,2	9,6	8,2	8,0	5,9	4,9	8,8	5,0
Gewerbesteuer	6 400,0	6 775,8	7 762,7	8 516,0	8 968,8	9 435,5	8 577,6	2 474,4	1 695,0	500,0
Bundesgewerbesteuer	4 970,8	5 102,8	5 808,7	6 351,9	6 693,7	7 032,2	6 394,4	1 840,2	1 259,7	380,0
Vermögensteuer	4 569,1	5 532,2	6 197,0	7 035,2	7 983,4	8 373,8	8 426,0	886,1	616,0	100,0
Erbschaftssteueräquivalent	1 012,2	1 382,5	1 644,5	1 801,4	2 016,1	2 161,4	1 897,2	169,1	186,9	10,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1 013,2	1 372,8	1 104,5	1 055,8	1 233,9	1 615,0	1 329,5	1 282,4	1 128,6	1 600,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	284,6	285,0	283,0	275,4	277,0	274,2	276,7	276,7	277,6	280,0
Bodenwertabgabe	61,7	59,9	60,8	63,3	69,3	68,6	72,7	72,3	75,8	75,0
Wohnbauförderungsbeitrag	.....	4 538,8	4 980,0	5 358,6	5 813,3	6 338,6	6 591,6	6 837,9	7 188,6	7 400,0
Sonderabgabe von Banken	1 453,6	1 519,8	1 625,9	1 690,7	1 715,7	2 044,2	1 925,2	285,3	96,3	10,0
Aufsichtsratsabgabe	171,2	114,4	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Zinsertragsteuer	1 257,1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	0,1	0,1	0,1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Summe ...	155 878,7	170 809,1	169 526,6	194 544,2	220 188,8	244 436,7	245 920,9	225 555,9	245 751,7	277 660,0
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):										
Kunstförderungsbeitrag	95,3	95,2	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	140,0
Wohnbauförderungsbeitrag	4 333,9	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Summe ...	4 429,2	95,2	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	
Einkommen- und Vermögensteuern: Summe ...	160 307,9	170 904,3	169 640,7	194 660,2	220 305,7	244 554,1	246 064,7	225 693,8	245 892,2	277 800,0

www.parlament.gv.at

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erf.	BVA
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Millionen Schilling									
Umsatzsteuern:										
Umsatzsteuer	130 809,5	135 602,5	144 828,4	154 520,7	163 654,9	172 965,5	176 001,4	202 572,1	179 948,9	210 700,0
Abgabe von alkohol. Getränken	2 731,9	2 825,2	2 612,3	2 655,2	2 826,9	820,6	.....	.....	.....	.....
Summe ...	133 541,4	138 427,7	147 440,7	157 175,9	166 481,8	173 786,1	176 001,4	202 572,1	179 948,9	210 700,0
Ein- und Ausfuhrabgaben:										
Zölle	4 761,7	5 453,1	5 865,2	5 748,5	6 259,9	6 653,9	6 427,9	6 830,9	4 104,8	3 590,0
Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben	.....	.....	.....	846,4	1 051,1	1 085,2	1 169,0	1 322,4	196,1	10,0
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz [1]	8,9	7,4	6,4	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz [1]	9,1	14,8	11,6	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz [1]	823,8	844,8	795,1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Abgaben nach dem Antidumpinggesetz [1]	0,0	0,0	0,0	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Summe ...	5 603,5	6 320,2	6 678,2	6 594,9	7 311,0	7 739,0	7 596,9	8 153,3	4 301,0	3 600,0
Verbrauchsteuern:										
Tabaksteuer	11 046,9	10 921,4	10 997,8	11 289,7	11 733,3	11 792,0	11 716,3	12 190,3	12 241,3	13 100,0
Biersteuer	718,8	742,0	725,9	767,1	758,7	2 159,2	2 254,4	2 263,0	2 204,5	2 100,0
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen)	1 099,9	476,1	477,2	173,4	91,4	66,6	–74,7	62,0	–147,0	0,0
Mineralölsteuer	17 258,0	18 148,5	18 990,7	19 618,3	20 699,8	25 186,8	25 324,0	27 079,6	31 459,0	33 500,0
Alkoholsteuer	96,4	105,0	119,1	135,3	139,6	270,8	297,3	300,6	758,5	900,0
Schaumweinsteuer	246,3	277,4	302,9	338,3	355,3	446,8	461,1	428,0	360,4	250,0
Abhofpauschale auf Milch (zweckgebundene Einnahmen)	.....	14,2	9,4	9,6	5,5	0,2	0,5	.....	.....	.....
Branntweinaufschlag	119,2	102,2	128,7	101,8	106,8	124,0	165,7	168,8	.....	.....
Weinsteuer	.....	.....	.....	.....	.....	32,7	242,0	228,6	60,4	.....
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse	141,3	149,7	166,3	172,0	203,4	235,7	214,2	261,5	65,9	.....
Summe ...	30 726,8	30 936,3	31 917,9	32 605,4	34 093,9	40 314,9	40 601,6	43 000,4	47 003,0	49 850,0
Stempel- und Rechtsgebühren:										
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	2 856,4	2 879,4	3 001,6	3 149,2	3 109,0	2 930,9	3 068,4	3 123,6	3 032,5	3 000,0
Übrige Gebühren	3 361,8	3 558,0	3 872,0	4 291,4	4 708,4	5 559,5	4 855,9	5 401,4	5 403,6	5 600,0
Summe ...	6 218,2	6 437,5	6 873,6	7 440,6	7 817,4	8 490,4	7 924,3	8 525,1	8 436,1	8 600,0

[1]) Ab 1990 beim Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben mitveranschlagt.

www.parlament.gv.at

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erf.	BVA
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Millionen Schilling									
Verkehrsteuern:										
Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	83,3	128,8	186,3	220,0
Kapitalverkehrsteuern	862,9	1 158,6	1 460,7	2 041,5	1 875,5	1 450,0	1 704,6	1 516,6	1 231,3	1 200,0
Energieabgabe	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3 000,0
Normverbrauchsabgabe	.....	.....	.....	.....	.....	4 405,3	4 727,3	4 606,3	4 742,3	5 300,0
Grunderwerbsteuer	2 195,6	2 882,8	3 175,0	3 455,3	4 073,4	4 707,2	4 740,1	5 222,9	5 411,7	5 500,0
Versicherungssteuer	3 727,4	4 145,9	4 974,5	5 281,7	5 762,7	6 192,8	6 475,5	7 238,0	8 590,0	9 400,0
Motorbezogene Versicherungssteuer	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3 889,9	7 583,8	7 579,0	7 700,0
Straßenbenützungsabgabe	2 724,7	2 819,0	2 981,7	3 109,7	3 175,7	2 884,7	2 951,9	3 128,7	2 479,7	1 700,0
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen)	1 902,7	1 998,1	2 089,1	2 182,9	2 272,1	2 330,9	878,5	267,7	797,8	830,0
Kraftfahrzeugsteuer	3 533,7	3 678,3	3 879,7	4 054,0	4 219,6	4 328,8	1 631,5	497,2	742,4	715,0
Spielbankabgabe	530,9	640,2	762,6	884,1	999,4	1 019,4	1 106,1	1 177,3	1 120,6	1 250,0
Konzessionsabgabe	1 109,3	1 314,8	1 510,3	1 600,8	1 930,7	2 042,5	1 864,2	2 007,5	2 332,3	2 250,0
Altlastenbeitrag (zweckgeb. Einn.)	.....	.....	.....	142,6	172,7	167,3	215,7	211,1	285,2	300,0
Sonderabgabe von Erdöl	400,7	415,3	395,7	504,7	630,9	543,0	515,9	165,6	137,4	.....
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgeb. Einn.)	1 639,9	1 777,7	1 985,4	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 345,3	–1 042,2	.....
Außenhandelsförderungsbeitrag	152,4	165,1	184,4	200,9	214,2	216,4	194,7	125,0	–96,8	.....
Summe ...	18 780,2	20 995,8	23 399,1	25 620,2	27 632,7	32 618,2	33 075,1	35 222,0	34 497,1	39 365,0
Umsatz- bis Verkehrsteuern: Summe ...	194 870,1	203 117,4	216 309,6	229 437,0	243 336,8	262 948,7	265 199,3	297 473,0	274 186,1	312 115,0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1 129,1	1 151,1	1 285,6	1 324,9	1 430,7	1 566,2	1 558,0	1 369,9	1 102,1	370,0
Öffentliche Abgaben — Brutto: Summe ...	356 307,1	375 172,9	387 235,9	425 422,2	465 073,2	509 069,0	512 822,0	524 536,7	521 180,4	590 285,0
Ab Überweisungen (I):										
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	93 698,9	98 121,0	99 925,9	110 245,0	125 288,3	134 949,6	142 887,1	140 977,3	135 451,0	152 700,2
Steueranteil für die Fonds	1 839,0	1 674,1	1 753,4	1 882,6	2 640,8	1 271,7	1 144,0	1 191,3	1 136,4	1 352,7
Gewerbesteuer an die Gemeinden	6 432,7	6 780,5	7 657,6	8 508,9	7 513,4	9 309,0	8 750,7	4 212,4	1 490,4	500,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	2 866,4	3 082,8	2 913,1	3 336,5	.....	4 264,6	4 220,4	4 171,9	4 558,7	4 969,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0
An den Katastrophenfonds	2 860,6	3 062,7	2 894,8	3 291,4	3 758,9	4 192,1	4 252,8	4 389,1	4 516,1	3 669,1
Altlastenbeitrag an UWF	.....	.....	.....	128,4	155,4	150,5	.....	.....	.....	.....
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1 965,2	1 845,6	1 856,9	2 028,0	2 279,4	1 168,0	205,0	.....	.....	.....
Für öffentlichen Verkehr	1 120,0	1 380,2	1 566,8	1 637,2	1 704,1	1 748,2	658,9	.....	.....	.....
An den Milchwirtschaftsfonds	1,0	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
An die Länder für die Wohnbauförderung	16 659,8	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Für Wohnbauforschung	91,6	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer	1 621,6	1 756,7	2 176,9	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 692,6	.....	.....
Ab Überweisungen I: Summe ...	138 656,8	127 203,7	130 245,3	142 720,3	155 146,2	168 883,7	173 714,9	166 134,5	156 653,2	172 691,0
Ab Überweisungen (II):										
Beitrag zur Europäischen Union	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	18 754,0	29 434,0
Öffentliche Abgaben — Netto: Summe ...	217 650,3	247 969,2	256 990,7	282 701,9	309 927,0	340 185,3	339 107,0	358 402,2	345 773,2	388 160,0

www.parlament.gv.at

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

2. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabenfestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabenexekutionsordnung

Abgabenexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 694/1993. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1045/1994. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögenschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABlEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1; in der Fassung ABlEG Nr. L 79/84 und der Beitrittsakte;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABlEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) 2193/94 vom 8. September 1994, ABlEG Nr. L 235 vom 9. September 1994, S. 6;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABlEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948 [1])] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1993 bis 1996 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1993 — FAG 1993).

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungsübersichten

Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik" in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungsübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	32 187,3	4 526,4
1995	34 580,1	4 550,0
1995 vorl. Erf.	32 230,2	4 649,5
1996	37 386,6	3 729,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	3 754,5	—
1995	4 664,2	—
1995 vorl. Erf.	4 539,7	—
1996	4 978,0	—

[1]) Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 12 dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt und zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der erstmaligen Veranschlagung von Finanzzuweisungen zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1996 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1995 im Jahre 1996 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 350 Millionen Schilling zu erwarten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten:

Ertragskopfquote für nebenstehende Jahre	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
				Schilling			
niedrigste	6 899	7 811	8 647	9 018	9 358	10 009	9 155
höchste	8 561	9 480	10 687	10 705	10 810	11 650	10 690
im Durchschnitt	7 650	8 591	9 558	9 882	10 032	10 729	9 865

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1989 bis 1996 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1989	1 088,434	1993	1 532,906
1990	1 413,071	1994	1 282,879
1991	1 295,681	1995 (vorl. Erf.)	1 358,724
1992	1 502,023	1996 (BVA)	1 350,000

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1996 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden

Gemäß § 21 FAG 1993 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,37 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 1996 sind 1 005,507 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrage von 100 Millionen Schilling jährlich werden gemäß § 20 Abs. 2 FAG 1993 gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettelung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1993 sieht eine Grenze von 68 000 S jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen folgt dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung. Im Jahre 1995 wurden solche Finanzzuweisungen an 120 Gemeinden gewährt.

Voranschlagsansatz 1/53047 Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 1996 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzzuweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Stromsteuer und Erdgassteuer.

Für das Jahr 1996 sind für diese Zwecke 355,050 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 346/1982, wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflußbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, daß es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren. Im Jahre 1996 ist für diese Zwecke ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut

Gemäß § 20 Abs. 5 FAG 1993, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, daß sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Gemäß VfGH-Erkenntnis ist auch für die Zeit vor dem 1. Oktober 1986 ein Kostenersatz zu leisten. Im Jahre 1996 ist daher insgesamt ein Beitrag von 65 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53077 Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1996 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1993 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzzuweisung in Höhe von 300 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53097 Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1996 aus den Mineralölsteuereinnahmen gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1993 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzzuweisungen von insgesamt 1 787,480 Millionen Schilling.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	23 115,2	12,0
1995	25 258,5	6,0
1995 vorl. Erf.	24 325,9	6,3
1996	28 739,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Diese Ausgabensteigerung betrifft in erster Linie die Transferzahlungen des Bundes an die Länder gemäß Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz und steht in Zusammenhang mit höheren Einnahmen bei der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und dem Wohnbauförderungsbeitrag.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Im Jahre 1996 ist für diesen Zweck ein Betrag von 440 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1993 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hiefür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühnen Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz (3,0 Millionen Schilling) und für die Renovierung des Stadttheaters in Klagenfurt (46,6 Millionen Schilling) wurde für das Jahr 1996 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1993 vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.

Im Haushaltsjahr 1996 werden voraussichtlich 156 Millionen Schilling erforderlich sein.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach § 1 und § 5 WBF-ZG

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse orientiert sich gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, am Aufkommen der Einkommensteuer ohne Kapitalertragsteuer gemäß § 93 Abs. 2 Z 3 und Abs. 3 EStG 1988, BGBl. Nr. 400, und ohne Abgeltungen an den Familienlastenausgleichsfonds, und am Aufkommen der Körperschaftsteuer und des Wohnbauförderungsbeitrages.

Für die Überweisungen an die Länder ist mit insgesamt 27 680,865 Millionen Schilling vorgesorgt.

Von diesen Mitteln werden 93 vH sofort an die Länder ausbezahlt, 7 vH und ein Betrag von rd. 850 Millionen Schilling werden auf einem Sonderkonto des Bundes bis zu einer Einigung über die Neuaufteilung der Wohnbauförderungsmittel nutzbringend angelegt.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1993 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 1996 einen Zweckzuschuß von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 2/53204 Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes

Voranschlagsansatz 2/53214 Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes

Voranschlagsansatz 2/53274 Rückzahlung von Darlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987

Für Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sowie für allfällige Reste von Darlehensrückzahlungen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/53254 Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion

Gemäß § 13 des Startwohnungsförderungs-Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 14/1992, hat der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Beträge, die auf Grund des Auslaufens der Starthilfe nach dem Startwohnungsgesetz frei werden, nach Maßgabe der Auflösung der entsprechenden Rückstellung an den Bund abzuführen.

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	5 317,5	4 514,4
1995	4 657,4	4 544,0
1995 vorl. Erf.	3 364,6	4 643,2
1996	3 669,1	3 729,1

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansätze 1/53408 bis 1/53478 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

Voranschlagsansatz 2/53400 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. . . ./1996, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden zu verwenden.

Die Katastrophenfondsmittel werden nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 — FAG 1993, BGBl. Nr. 30/1993 idF BGBl. Nr. . . ./1996, aufgebracht und sind nutzbringend anzulegen.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1995 betrug 2 644 650 718,29 S.

Von den Ausgaben 1995 entfallen:

	Schilling
1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften ...	111 227 268
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	153 931 000
und der Österreichischen Bundesbahnen	254 684 000
zusammen ...	519 842 268
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	79 815 783
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	205 583 902
5. Für Zwecke der Tunnelbrandbekämpfung und für Stützpunktfeuerwehren	26 000 000
6. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden	240 174 581
7. Für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen	51 720 000
als Bundeszuschuß für Wildbach- und Lawinenverbauung	892 136 000
als Bauaufwand für Bundesflüsse	262 597 000
als Bundeszuschuß für Konkurrenzgewässer	362 593 000
zusammen ...	1 569 046 000
im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	116 854 000
als Aufwendungen für Wasserbauten	60 200 000
als Bundeszuschuß für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	16 000 000
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	360 354 000
zusammen ...	553 408 000
Summe ...	2 122 454 000
8. Zum Ausgleich von Härten nach den Nuklearereignissen des Jahres 1986	893 949
9. Bankspesen	66
10. Für das Warn- und Alarmsystem	50 000 000
11. Hagelversicherung	119 805 889
Gesamtausgaben 1995 ...	3 364 570 438

Für das Jahr 1996 sind nachstehend angeführte Gebarungen vorgesehen:

Einnahmen

	Millionen Schilling
2/53400 Dotierung des Fonds	3 729,091

Ausgaben

	Millionen Schilling
1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen	130,253
1/53418 Zahlungen an Länder	365,074
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden	281,419
1/53438 Bankspesen	0,011
1/53448 Nuklearschäden	6,000
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes	229,318
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	2 487,026
1/53478 Warn- und Alarmsystem	50,000
1/53488 Hagelversicherungsförderung	120,000
1/51249 Rücklagenzuführungen	59,990

Kapitel 54 Bundesvermögen

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt Sachausgaben	Einnahmen	Ausgleichshaushalt Sachausgaben
	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1994	19 762,3	19 756,8	1 251,8
1995	20 142,0	32 527,4	4 345,6
1995 vorl. Erf.	17 297,2	26 111,7	4 348,8
1996	22 185,9	24 790,6	1 910,2

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)

Gesetzliche Grundlagen

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 204/1986;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983 und 298/1987;

Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;

Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;

Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 517/1995;

Salzmonopolgesetz 1978, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;

Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991;

Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 697/1991;

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;

Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;

Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 173/1991;

Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazilität, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;

Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. Nr. 416/1988;

Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), BGBl. Nr. 24/1992;

Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 696/1993;

Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;

Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 136/1987;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. Nr. 174/1991;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstoffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstoffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991;

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;

Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995.

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an

der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,

der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,

der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft),

den Monopolbetrieben Austria Tabakwerke AG,

der Österreichische Salinen AG

und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereichter Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	1 018,8	7 449,2
1995	3 414,2	7 186,5
1995 vorl. Erf.	2 855,5	7 034,9
1996	2 999,3	6 900,1

Voranschlagsansätze 1/54013 und 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

Für das Geschäftsjahr 1995 werden keine Dividendenzahlungen erwartet.

Voranschlagsansätze 1/54043 und 2/54044 Elektrizitätswirtschaft

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 1996 125,745 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen

Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstoffonds (CF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) und ist an deren Kapital mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei diesen Kapitalanteilen wird zwischen einzahlbarem (callable) und eingezahltem (paid-in) Kapital unterschieden.

Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzsituationen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine (BSS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BSS ist durch das Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

Internationaler Währungsfonds

Anläßlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 9. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 775,6 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1 188,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz, BGBl. Nr. 173/1991). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 385/1995, vom 9. Juni 1995 wurde die Oesterreichische Nationalbank ermächtigt, beim Internationalen Währungsfonds auf ein Sonderkonto eine Einlage in Höhe von 50 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) mit einer Verzinsung von 0,5 Prozent jährlich und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren vorzunehmen.

Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. Der Schillinggegenwert beträgt 333 052 560 Schilling. 1987 wurde vom Direktorium eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 48,254 Millionen US-Dollar beteiligt hat. Davon waren 6,25% in fünf Raten in den Jahren 1988 bis 1992 einzuzahlen.

Afrikanischer Entwicklungsfonds

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 230 530 500 Schilling (BGBl. Nr. 601/1981).

1992 wurde von den Mitgliedern eine sechste Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit 465 163 311 Schilling beteiligt hat.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 83 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Schillinggegenwert von 1 335 000 000 US-$, das sind 0,76% des gesamten Kapitals.

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 696/1993, wurde beschlossen, daß sich die Republik Österreich mit einem Betrag von 117 Millionen Sonderziehungsrechten an der Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur IDA beteiligt.

Die Leistung dieses Beitrages erfolgt in drei gleichen Jahresraten (30. November 1993, 1994 und 1995) in Form von unverzinslichen, bei Sicht fälligen Bundesschatzscheinen.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 586 Millionen Schilling vorgesehen.

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6 020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10 000 US-$ mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966.

Für 1996 sind für Barzahlungen und Bundesschatzscheineinlösungen 133,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

Mit dem Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9 313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10 000 US-$ mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959 und erhöht seinen Beitrag zum Fonds für Sondergeschäfte um einen Höchstbetrag von 56 596 883,64 Schilling.

Für 1996 sind für Bundesschatzscheineinlösungen 5 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluß einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Anleihen, Kapitalbeteiligungen und Investitionen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 110 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956).

Für 1996 ist mit 19 Millionen Schilling vorgesorgt.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Verhandlungen über die Gründung dieser internationalen Finanzinstitution wurden 1984 abgeschlossen. Die Schlußakte über die Gründung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft wurden von der erforderlichen Anzahl von Staaten, u. a. auch von Österreich 1984 unterzeichnet. Österreich hat sich an dieser Finanzinstitution mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 1., 2. und 3. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 231,3 Millionen Schilling beteiligt. Zur Zeit sind die Verhandlungen der 4. Wiederauffüllung, an der sich Österreich wieder beteiligen wird, noch im Gange.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 9,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Gemeinsamer Rohstoffonds (CF)

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und

2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstoffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2 391 005 Fondsrechnungseinheiten (FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich an den Gemeinsamen Rohstoffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereits anläßlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. Die Zahlung wird in mehreren Raten erfolgen.

Für 1996 wird keine weitere Beitragsleistung vorgesehen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22 800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen ECU gezeichnet. Davon sind 68,4 Millionen ECU (30 vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen ECU), zum Teil bar (je 6,84 Millionen ECU) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.

Für 1996 ist für die Einlösung von Bundesschatzscheinen ein Betrag von 73 Millionen Schilling veranschlagt.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995 wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Für 1996 sind Mittel in Höhe von 2 088,640 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansätze 1/54093 und 2/54094 Sonstige Unternehmungen

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Bei den veranschlagten Ausgabenbeträgen handelt es sich um die Einzahlung von Stammkapital bei der Monopolverwaltung Ges. m. b. H. und beim Österreichischen Wertpapieraufsichtsinstitut (je 1 Million Schilling).

Die Einnahmen stammen aus einer Sonderdividende der Österreichischen Salinen AG sowie aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisen-

bahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Flughafen Wien AG, Flughafen Graz Ges. m. b. H. und Flughafen Salzburg Ges. m. b. H, CA-BV, Bank Austria AG, Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Ges. m. b. H., Österreichische Salinen AG.

Paragraph 2/5407 Oesterreichische Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Für das Geschäftsjahr 1995 werden 5 000 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 7,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/54084 Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen

Aus dem Bereich der Bundesbeteiligung zählt dazu die Austria Tabakwerke AG.

Der Austria Tabakwerke AG, vorm. Österreichische Tabakregie, obliegt gemäß dem Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995, die Verwaltung dieses Staatsmonopols. Die Tabakregie besteht seit 1784, in der Rechtsform einer AG seit 1939. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit 1. Jänner 1986 2 200 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Für das Geschäftsjahr 1995 wird eine Dividende von 308 Millionen Schilling erwartet.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand bzw. Erlöse)

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	—	350,4
1995	—	13 000,1
1995 vorl. Erf.	—	5 888,9
1996	61,1	4 700,1

Unterschiede gegen Vorjahre

In dem für 1996 ausgewiesenen Betrag sind Erlöse aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an der Österreichischen Postsparkasse enthalten.

Außerdem werden hier ab dem Rechnungsjahr 1996 die Ausgaben aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung verrechnet.

Titel 542 Bundesdarlehen

Aufgaben

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen und Post- und Telegraphenverwaltung.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	280,3	234,5
1995	45,7	253,2
1995 vorl. Erf.	268,6	245,9
1996	42,2	272,8

Für das Jahr 1996 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen an die BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H. zur Finanzierung des allgemeinen Beamtenwohnbaues (20,500 Millionen Schilling) sowie zweckbestimmten Wohnraumfinanzierung des Bundesministeriums für Finanzen (2,700 Millionen Schilling), weiters für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (5,000 Millionen Schilling) und der Post- und Telegraphenverwaltung (7,500 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB-, PTV- und ÖBF-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzählung) rund 4,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTV erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.

Zur Verrechnung der Darlehen im Sinne der Ermächtigung gemäß Art. V (1) 9 BFG 1994 ist der VA-Ansatz 1/54285 „Ausland" und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraph 2/5428 „Ausland" vorgesehen. Im BVA 1996 sind Zinseinnahmen in Höhe von 110 Millionen Schilling präliminiert.

Bei den Einnahmen handelt es sich weiters um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB der Großglockner-Hochalpenstraßen AG, „Dachstein" Fremdenverkehrs-AG, Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Salzburg Betriebsges.m.b.H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz

Gesetzliche Grundlage

Verbotsgesetz, StGBl. Nr. 13/1945.

Aufgaben

Ehem. NS-Vermögen

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes, in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträgnisse aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflußbarer Willenserklärungen der Anspruchberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	0,4	82,6
1995	2,0	71,2
1995 vorl. Erf.	—	84,7
1996	2,0	73,7

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesfinanzgesetz 1996 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Aufgaben

Das unbewegl. Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegl. Bundesvermögen, wie Verkäufe, Täusche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, daß eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	—	737,7
1995	0,0	830,1
1995 vorl. Erf.	0,4	991,0
1996	1,9	1 396,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Veranschlagung für 1996 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen. Außerdem sind Einnahmen in Höhe von 1,107 Millionen Schilling für die Übertragung des Fruchtgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenußentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt.

Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Jahr 1995 ergibt sich durch die höheren Abfuhrbeträge der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., was eine höhere Veranschlagung der Ausgaben für Provisionszahlungen im Jahre 1996 zur Folge hat.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes

Gesetzliche Grundlagen

Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Bundesgesetz, betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 733/1995;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995;

Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1994;

AUA-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1982;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße- Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds" auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds" auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 233/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 396/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971;

Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 115/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe gefordert werden, BGBl. Nr. 298/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 731/1974;

Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 479/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Arlberg-Schnellstraße-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 113/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG, BGBl. Nr. 579/1973;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Axamer Lizum Aufschließungs AG, BGBl. Nr. 185/1974;

Erdgasanleihegesetz, BGBl. Nr. 420/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 60/1979;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 788/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1979;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 973/1993;

Chemie-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 156/1976;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1992;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 255/1993;

Polenkohlegarantiegesetz, BGBl. Nr. 555/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1981;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1991;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds" und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds" auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1986;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 5 BWG; BGBl. Nr. 532/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EUROFIMA, BGBl. Nr. 968/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994;

Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1994 wurden Bundeshaftungen von rund 2 458 426 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schilling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1994 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen	rund 136 445
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von	rund 121 520
entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rund 14 925

somit nur rund 0,60 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	15 007,2	10 684,3
1995	13 306,6	10 854,2
1995 vorl. Erf.	10 698,5	11 566,2
1996	13 098,6	11 151,3

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes [1] [2]

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in	
		Fremdwährung	Schillingwährung			Fremdwährung	Schillingwährung
		in Millionen Schilling				in Millionen Schilling	
1980	258 410	73 140	185 270	1988	520 507	148 172	372 335
1981	360 693	117 112	243 581	1989	560 209	166 715	393 494
1982	400 615	118 078	282 537	1990	598 398	183 700	414 698
1983	440 818	126 908	313 910	1991	614 193	194 102	420 091
1984	490 127	147 380	342 747	1992	644 673	219 415	425 258
1985	497 593	141 076	356 517	1993	676 721	242 757	433 964
1986	496 643	134 345	362 298	1994	661 580	223 641	437 939
1987	499 404	137 263	362 141	30. 6. 1995 [3]	682 406	233 290	449 126

Stand der Haftungen des Bundes per 30. Juni 1995 [1] [4]

	Stand per 30. 6. 1995 Millionen Schilling	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandkredite	2 553,2	
b) Auslandanleihen	6 083,8	
c) Energieanleihen (Inland)	7 177,6	
d) Sonstige Inlandkredite	5 254,1	21 068,7
Ausfuhrförderungsgesetz		321 993,3
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		158 538,6

Fußnoten auf Seite 219.

	Stand per 30. 6. 1995 Millionen Schilling	
Agrarinvestitionskredite		561,2
Verstaatlichte Unternehmungen (ohne E-Wirtschaft)		49 983,2
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Straßenbau	73 726,4	
b) Bundeshochbauten	4 797,1	
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	20 811,3	
d) Sonstiges	19,3	99 354,1
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds		15 805,2
Bundeswohnbaufonds		2 885,0
Sonstige Kredite:		
a) Prämiensparen	0,4	
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	6 240,5	
c) Atomhaftpflichtgesetz	260,0	
d) Erdöllagerges. m. b. H.	999,4	
e) Polenkohlegarantiegesetz	445,6	
f) ÖBB-EUROFIMA	2 920,7	
g) Österr. Arbeitsmarktservice	1 350,0	12 216,6
Gesamtsumme		682 405,9

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen [5] 1980—1995

	Ausfuhrförderung [6]		Übrige	
	Inanspruch-nahme	Rückflüsse	Inanspruch-nahme	Rückflüsse
	in Millionen Schilling			
1980	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6
1983	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986	9 100,2	3 666,2	16,5	0,2
1987	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4
1988	6 162,4	3 902,0	40,0	2,0
1989	9 187,5	8 071,6	38,7	2,2
1990	9 627,9	5 804,2	37,0	2,0
1991	14 851,6	11 032,6	59,4	4,9
1992	13 424,8	8 329,8	59,7	1,7
1993	14 274,6	8 550,7	40,9	1,9
1994	14 758,2	7 497,1	84,9	0,2
1995	10 375,4	8 281,7	100,3	5,7

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993;

Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;

Fußnoten auf Seite 219.

Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;

Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;

Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;

Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden: Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG und die Creditanstalt-Bankverein auf Grund der zitierten Bundesgesetze, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung und Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen wird ua. die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt
	Sachausgaben	Einnahmen	Sachausgaben
	Millionen Schilling		
1994	4 707,5	159,1	1 251,8
1995	3 373,5	158,0	4 345,6
1995 vorl. Erf.	3 474,1	212,9	4 348,8
1996	5 981,0	296,2	1 910,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Abweichungen gegenüber 1995 ergeben sich hauptsächlich auf Grund der Zinszahlungen nach den ÖIAG-Anleihegesetzen.

Weitere Abweichungen ergeben sich aus höheren Ersatzzahlungen an die ASFINAG für die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken und Hochbauten..

Voranschlagsansatz 1/54817 Zahlungen an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 31. Rate werden für 1996 128 000 Schilling benötigt.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 1996 wurden für Kapital und Zinsen 5,526 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Die Kostenersatzzahlungen des Bundes umfassen daher noch für die Jahre ab 1988 die in der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 223/1985, geregelte Bereitstellung von Bundesmitteln für die Ausfinanzierung der Bauaufwendungen sowie die Erhaltung und Verwaltung der beiden Gebäude.

Für das Jahr 1996 wurden als Kostenersatz des Bundes 150,0 Millionen Schilling (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 2,6 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 U$ auf 25 000 U$ verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 1996 wurden hiefür insgesamt 9,625 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

Der Beitrag für das Kraftwerk Melk der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 9. Mai 1978 mit 1 850 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer und Zwischenfinanzierungskosten festgelegt. Als 18. Jahresrate wurden für 1996 165,400 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 31. März 1981 mit 2 350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.

Für das Jahr 1996 sind 154,400 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 28. Juli 1992 mit 1 500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.

Für das Jahr 1996 sind 201,200 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54846 Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungen

Hiezu zählen Zuschüsse an die Olympia-Eissportzentrum-Innsbruck-Ges. m. b. H. zur Abdekkung des laufenden Aufwandes (4,0 Millionen Schilling), Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes (58,0 Millionen Schilling).

Voranschlagsansätze 1/54847 und 7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Ersatz an ÖIAG

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW, BBU bzw. Nachfolgegesellschaft genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Für 1996 wurden die erforderlichen Mittel für Zinsen mit 2 865,094 Millionen Schilling und Tilgungen mit 1 910,185 Millionen Schilling angesetzt.

Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar. Seither wurde jährlich ein gleich hoher Beitrag gezahlt (BGBl. Nr. 293/1987, BGBl. Nr. 255/1990, BGBl. Nr. 767/1992).

Im Jahre 1992 wurde mit BGBl. Nr. 395/1992 festgelegt, den österreichischen Anteil für die Jahre 1993, 1994 und 1995 auf 4,5 Millionen US-Dollar zu erhöhen.

Für 1996 ist ein Beitrag in Höhe von 16,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Höhe der Beiträge für die nächste 3-Jahresperiode steht zur Zeit noch nicht fest. Es darf jedoch von der Beibehaltung der jetzigen Summen ausgegangen werden.

Globale Umweltfazilität der Weltbank

1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 417/1991). Die Zahlung dieses Betrages erfolgt durch Schatzscheinerlag in drei gleichen Raten in den Jahren 1991 bis 1993.

Mit Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 387/1995, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 1. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,51 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in drei gleichen Raten beginnend im Jahre 1995, geleistet werden.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 150,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen

Leistungen an Bank Austria AG

Gemäß Bundesgesetz von 31. März 1982, BGBl. Nr. 206 hat der Bund der Gesamtrechtsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 273,518 Millionen Schilling im Jahr 1996 zu ersetzen.

Leistungen an Creditanstalt-Bankverein

Gemäß Bundesgesetz vom 6. November 1985, BGBl. Nr. 484/1985, ist für die vorgesehene Übernahme von Annuitätenzahlungen zu den von der CA-BV an ihre Tochtergesellschaften Steyr-Daimler-Puch AG, Maschinenfabrik Andritz AG und Maschinenfabrik Heid AG gewährten Zuschüssen die Veranschlagung von 400,0 Millionen Schilling vorgenommen worden.

Leistungen an ÖIAG

Gemäß Bundesgesetz vom 30. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993, sind vom Bund der ÖIAG alle anfallenden Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung von bundesbehafteten Anleihen, Darlehen oder Krediten zu ersetzen.

Für 1996 ist ein Betrag von 67,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Ersatz an ASFINAG

Für die gemäß BGBl. Nr. 510/1987 und BGBl. Nr. 136/1989, in Verbindung mit BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993, zu leistenden Mindestkostenersätze des Bundes an die Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs-AG (ASFINAG) für deren Hochbau- und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-Finanzierung, wurden für 1996 300,0 bzw. 1 160,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/54834 Verschiedene Abfuhren

Gesetzliche Grundlage

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Österreichischen Postsparkasse wird auf Grund des Geschäftsergebnisses im Jahre 1995 mit 250 Millionen Schilling angenommen.

Paragraph 2/5484 Sonstige Forderungen

EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedsstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1998 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für 1996 wurden hiefür 5,4 Millionen Schilling veranschlagt.

---

[1]) In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

[2]) Kapitalbeträge.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387 und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

[3]) Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betrugen zum 31. Dezember 1994 184 333 Millionen Schilling.

[4]) Kapitalbeträge.

[5]) Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsinanspruchnahmen.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387 und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

[6]) Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Zahlungen der Österreichischen Postsparkasse, die Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1990 bis 1994 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal-	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
			Millionen Schilling	
1994	47 463,6	8 581,5	56 045,1	10 991,6
1995	29 427,5	29 993,1	59 420,6	12 133,5
1995 vorl. Erf.	28 888,0	29 784,1	58 672,2	12 142,7
1996	30 147,6	38 381,3	68 528,9	15 390,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

Gesetzliche Grundlagen

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;

Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1995;

Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;

Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekanntgegeben.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal-	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
			Millionen Schilling	
1994	27 389,1	101,7	27 490,8	221,6
1995	29 042,4	666,3	29 708,7	223,9
1995 vorl. Erf.	28 523,5	596,8	29 120,3	219,7
1996	29 777,2	640,9	30 418,2	226,9

Titel 551 Ersätze an Länder

Gesetzliche Grundlage

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995.

Pensionsreformgesetz 1993, BGBl. Nr. 334 (Artikel XI), hinsichtlich des Pensionssicherungsbeitrages.

Aufgaben

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen.

	Sachausgaben Millionen Schilling
1994	8 475,9
1995	8 714,2
1995 vorl. Erf.	8 529,3
1996	8 857,2

Titel 552 Sonstige Bedienstete

Gesetzliche Grundlagen

Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;

Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 334/1993;

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981;

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanrentner, Mozarteum, Taubstummeninstitut, Südtiroler, Kanaltaler, Stadtschutzwache, Dorotheum, Vertragspensionen, Versorgungsbezüge nach dem Epidemiegesetz, Pensionisten und Provisionisten der „Austria" Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei und Wiener Zeitung, der Münze Österreich AG sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal-	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
			Millionen Schilling	
1994	412,8	0,9	413,7	6,7
1995	382,1	36,4	418,5	5,7
1995 vorl. Erf.	364,5	28,0	392,5	6,2
1996	367,3	31,9	399,3	5,2

Voranschlagsansätze 1/55305 Pensionsvorschüsse und
2/55309 Pensionsvorschußersätze

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Im BVA 1996 sind für Pensionsvorschüsse 1,3 Millionen Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,2 Millionen Schilling zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

Für 1996 werden 3,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen

	Personal-	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
			Millionen Schilling	
1994	19661,5	2,8	19664,4	4825,0
1995	—	20575,0	20575,0	5040,0
1995 vorl. Erf.	—	20630,0	20630,0	4954,4
1996	—	28850,0	28850,0	7910,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen ergibt sich aus der erstmaligen Veranschlagung der Ersätze für die Pensionen der Post- und Telekom Austria AG.

Paragraph 5550 Österreichische Bundesbahnen

Gesetzliche Grundlage

Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen. Seit dem Jahre 1995 erfolgt die Verrechnung der Beiträge des Bundes zum Pensionsaufwand der ÖBB bei den Sachausgaben.

Paragraph 5551 Post- und Telekom Austria AG

Gesetzliche Grundlage

Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. XXX/1996.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der Post- und Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die Post- und Telekom Austria AG einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Postbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen
	Millionen Schilling
1994	5938,1
1995	6863,8
1995 vorl. Erf.	6962,2
1996	7247,6

Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge

Gesetzliche Grundlagen

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995.

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Mai 1995 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 11,75 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebührenzulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 11,75 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Im Jahre 1996 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 6430,9 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995 (§§ 308 und 529).

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 1996 mit 369,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/55615 Pensionssicherungsbeitrag

Gesetzliche Grundlage

Abschnitt II A des Pensionsgesetzes 1965 in der Fassung des Pensionsreform-Gesetzes 1993, BGBl. Nr. 334 (Artikel I, Ziffer 1).

Durch das Pensionsreform-Gesetz 1993 ist mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1993 ein Pensionssicherungsbeitrag eingeführt worden. Bei der Festsetzung der Höhe des Pensionssicherungsbeitrages ist neben dem Unterschied zwischen der allgemeinen Erhöhung der monatlich wiederkehrenden Geldleistungen nach dem Pensionsgesetz 1965 und der Anpassung der Pensionen in der gesetzlichen Sozialversicherung auch eine Veränderung der Höhe des Pensionsbeitrages gemäß § 22 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zu berücksichtigen, soweit dessen Höhe 10,25 vH überschreitet.

Gemäß der Verordnung der Bundesregierung, BGBl. Nr. 354/1995, wurde ab Mai 1995 ein Pensionssicherungsbeitrag in Höhe von 1,62 vH festgesetzt.

Im Jahre 1996 sind Einnahmen in Höhe von 447,0 Millionen Schilling zu erwarten.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1996			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1990	1991	1992	1993	1994
		Anzahl							
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			[1]					
55000	Ruhebezüge	50 978	.....	50 978	[4] 43 849	[4] 45 022	[4] 46 084	[4] 47 191	[4] 48 088
55010	Versorgungsbezüge	27 874	.....	27 874	[4] 26 917	[4] 27 088	[4] 27 305	[4] 27 487	[4] 27 627
55020	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	98	.....	98	[4] 151	[4] 144	[4] 131	[4] 120	[4] 109
	Titel 550 (Summe) ...	78 950	.....	78 950	[4] 70 917	[4] 72 254	[4] 73 520	[4] 74 798	[4] 75 824
552	Sonstige Bedienstete: [2]								
55200	Ruhebezüge	201	528	729	[3] 1 176	[3] 1 083	[3] 1 012	[3] 953	[3] 806
55210	Versorgungsbezüge	235	547	782	[3] 1 026	[3] 964	[3] 921	[3] 893	[3] 820
55220	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	484	.....	484	[3] 834	[3] 748	[3] 684	[3] 614	[3] 559
	Titel 552 (Summe) ...	920	1 075	1 995	[3] 3 036	[3] 2 795	[3] 2 617	[3] 2 460	[3] 2 185
	Kapitel 55 (Summe) ...	79 870	1 075	80 945	73 953	75 049	76 137	77 258	78 009

[1] Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge 22
Versorgungsbezüge 35

[2] Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionisten der „Austria" Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei (einschl. Wiener Zeitung) und der Münze Österreich AG. enthalten.

[3] Hievon Provisionsparteien:

	1990	1991	1992	1993	1994
Ruhebezüge	942	859	797	739	604
Versorgungsbezüge	705	663	642	622	567
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	—	—	—	—	—
Summe ...	1 647	1 522	1 439	1 361	1 171

[4] Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

Kapitel 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 5 B-VG, im § 65, 65 a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 626/1994, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	83 069,4	3 025,9	86 095,3	8 637,9	88 806,7	194 774,6	174 902,0	203 412,5
1995	94 052,7	5 660,1	99 712,8	13 082,0	134 848,6	241 466,8	234 561,4	254 548,8
1995 vorl. Erf.	93 137,1	5 301,3	98 438,4	14 371,3	140 473,3	262 717,0	238 911,7	277 088,3
1996	97 527,0	3 718,6	101 245,6	10 741,7	121 225,8	213 713,9	222 471,4	224 455,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 225 Milliarden Schilling Ende 1994 auf rd. 1 342,4 Milliarden Schilling Ende 1995.

Genauere Angaben über die einzelnen Schuldarten, über die Laufzeit der Kredite, über die Höhe der Zinsen und Tilgungen in den nächsten Jahren usw. sind aus dem Teilheft zu Kapitel 59, Beilagen III.G zu ersehen.

Titel 590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

Allgemeiner Haushalt Ausgleichshaushalt Gesamthaushalt Zinsen Sonstiges Summe Ausgaben Einnahmen Tilgung Einnahmen Ausgaben Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	40 999,7	0,0	40 999,7	303,8	43 859,7	106 603,5	84 859,4	106 907,3
1995	44 945,8	0,0	44 945,8	0,5	84 004,1	15 641,0	128 949,9	15 641,5
1995 vorl. Erf.	45 790,3	0,0	45 790,3	756,1	83 769,5	134 722,0	129 559,8	135 478,1
1996	48 238,1	0,0	48 238,1	0,5	71 014,2	0,0	119 252,3	0,5

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine veranschlagt.

Titel 591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	22 335,3	0,0	22 335,3	0,0	9 487,7	21 588,1	31 823,0	21 588,1
1995	21 887,3	0,0	21 887,3	0,0	10 685,1	19 353,0	32 572,4	19 353,0
1995 vorl. Erf.	21 970,6	0,0	21 970,6	0,0	10 682,6	43 363,0	32 653,2	43 363,0
1996	23 816,1	0,0	23 816,1	0,0	13 717,5	0,0	37 533,6	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen, Darlehen von Kreditunternehmungen, Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften, Sonstige Kredite und Darlehen und die Notenbankschuld verrechnet.

Titel 592 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	69,0	0,0	69,0	0,0	100,0	0,0	169,0	0,0
1995	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1995 vorl. Erf.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1996	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bei diesem Titel werden die Rückzahlungen für die Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung verrechnet.

Titel 593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	12 491,3	0,0	12 491,3	71,4	12 746,6	30 497,0	25 237,9	30 568,3
1995	16 585,2	0,0	16 585,2	1 917,7	9 457,6	25 183,4	26 042,8	27 101,1
1995 vorl. Erf.	15 490,1	0,0	15 490,1	1 640,1	7 501,1	52 835,8	22 991,2	54 475,9
1996	16 839,0	0,0	16 839,0	4,0	16 141,0	0,0	32 980,0	4,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	610,4	0,0	610,4	17,3	15,6	14 373,2	626,0	14 390,4
1995	1 286,4	0,0	1 286,4	190,7	12 035,3	5 810,7	13 321,7	6 001,4
1995 vorl. Erf.	1 167,4	0,0	1 167,4	167,9	12 187,8	9 876,0	13 355,2	10 043,9
1996	1 175,1	0,0	1 175,1	0,0	4 377,7	0,0	5 552,8	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 595 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	5 470,0	0,0	5 470,0	6 431,0	19 283,0	18 730,2	24 753,0	25 161,2
1995	6 802,6	0,0	6 802,6	7 888,6	17 961,2	15 956,9	24 763,8	23 845,5
1995 vorl. Erf.	6 535,4	0,0	6 535,4	6 936,5	25 126,6	21 417,7	31 662,0	28 354,2
1996	5 489,8	0,0	5 489,8	8 399,2	13 740,4	11 180,1	19 230,2	19 579,3

Titel 596 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	1 093,7	0,0	1 093,7	986,2	3 314,1	2 982,7	4 407,8	3 968,9
1995	1 616,4	0,0	1 616,4	1 835,7	0,0	0,0	1 616,4	1 835,7
1995 vorl. Erf.	1 446,4	0,0	1 446,4	1 789,0	0,0	0,0	1 446,4	1 789,0
1996	1 610,6	0,0	1 610,6	2 322,9	2 234,6	2 186,6	3 845,2	4 509,5

Bei den Titeln 595 und 596 werden die Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen veranschlagt.

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen bei den Titeln 595 und 596 stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 593 und 594 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. -gewinnen und Spesen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen werden beim Titel 599 mitveranschlagt.

Titel 597 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1995	705,0	0,0	705,0	0,0	705,0	0,0	1 410,0	0,0
1995 vorl. Erf.	703,6	0,0	703,6	0,0	703,6	0,0	1 407,2	0,0
1996	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bei diesem Titel werden die Rückzahlungen für die Nullkuponfinanzschuld in ausländischer Währung verrechnet.

Titel 598 Pauschalvorsorge

	Allgemeiner Haushalt	Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Sachausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1994	—	—	—	—	—	—
1995	224,0	—	0,2	159 521,8	224,2	159 521,8
1995 vorl. Erf.	33,4	33,4	502,1	502,5	535,3	509,9
1996	358,2	0,0	0,2	123 164,5	358,4	123 164,5

Paragraph 5981 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung

Gesetzliche Grundlage

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 1995 nach Erstellung des Voranschlages und für die im Jahre 1996 durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen [überplanmäßige Ausgaben gem. § 41 (3) BHG] bei den Titeln 590, 591, 593 und 594.

Im Voranschlag 1996 sind für Zinsen und Aufgeld 357,8 Millionen Schilling und für Tilgungen 0,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 8/59849 Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG

Gesetzliche Grundlage

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 16, Abs. 1.

Die **Veranschlagung** der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.

Im Voranschlag 1996 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 123 164,457 Millionen Schilling angesetzt.

Paragraph 5985 Devisentermingeschäfte

Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 599 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	3 025,9	828,2
1995	5 660,1	1 248,6
1995 vorl. Erf.	5 301,3	3 048,3
1996	3 718,6	15,1

Voranschlagsansätze 1/59908 und 2/59904

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsverluste, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsgewinne im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengebarung und dem Abschluß von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Im Voranschlag 1996 sind dafür Ausgaben in Höhe von 3 383,4 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 15,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/59917 Dotierung des Nullkuponfonds und 2/59914 Überweisung des Nullkuponfonds

Bei diesen VA-Ansätzen werden die **Dotierung** bzw. die **Überweisungen** des Nullkuponfonds veranschlagt und verrechnet.

Gesetzliche Grundlage

Nullkuponfondsgesetz, BGBl. Nr. 82/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1992.

Durch die Emission von Prämienwertpapieren bzw. den Abschluß entsprechender Währungstauschverträge, bei denen keine Zinsenaufwendungen während der Laufzeit, sondern erst am Ende der Laufzeit kumuliert in Form von Tilgungsagios anfallen, ergäbe sich eine Verschiebung des Zinsenaufwandes in das Tilgungsjahr.

Mit dem Nullkupongesetz wird bestimmt, daß der Bund an den Nullkuponfonds jährlich Überweisungen in der Höhe der Zinsen für ein Jahr auf Basis des am Fälligkeitstag aushaftenden Standes der jeweiligen Nullkuponfinanzschuld zu leisten hat.

Am Ende der Laufzeit jeder Nullkuponfinanzschuld bzw. jedes Währungstauschvertrages hat der Nullkuponfonds die hiefür insgesamt überwiesenen Mittel samt den dazugehörigen Veranlagungserträgen dem Bund zur Verfügung zu stellen. Die Überweisungen haben in der Währung zu erfolgen, in der die Zinsenverpflichtungen des Bundes eingegangen wurden.

Im Voranschlag 1996 sind dafür Ausgaben in Höhe von 335,2 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 0,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	1715,3	18751,0	20466,3	3066,1
1995	1749,5	29289,0	31038,5	2847,2
1995 vorl. Erf..	1744,5	31390,6	33135,2	2372,9
1996	1735,4	27255,1	28990,5	2716,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen folgendes zu bemerken:

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Gesetzliche Grundlagen

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1993;

Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990;

Wassergüteerhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;

Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1994;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;

Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994;

Weingesetz 1985, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995.

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Saatgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Angelegenheiten der Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um

die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardstal bis zur Mündung in die March handelt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	316,5	605,3	921,8	110,0
1995	324,0	1 255,0	1 579,0	119,8
1995 vorl. Erf..	321,2	1 055,7	1 377,0	113,9
1996	322,0	1 192,2	1 514,2	162,5

Paragraph 6000 Zentralleitung

Der Paragraph 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gem. BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gem. BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gem. BGBl. Nr. 222/1985, vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über die „Agrarmarkt Austria" wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Weiters ist bei diesem Paragraph für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60028 Zahlungen an die BIG

Unter diesem neuen VA-Ansatz sind die Mietenzahlungen des Ressorts an die Bundesimmobiliengesellschaft zu veranschlagen.

Paragraph 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen

Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in § 9 LWG vorgesehenen **Lageberichtes** („Grüner Bericht") sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert.

Weiters sind die veranschlagten Mittel für **Anerkennungsprämien** an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.

Weiters sind aus den veranschlagten Mitteln die Personal- und Reisekosten der **Betriebsstatistiker** zur Erfüllung des Arbeitsprogrammes zu bestreiten sowie die verpflichtende Einrichtung des **INVEKOS** (integriertes Verwaltungskontroll-System) zu finanzieren.

Die veranschlagten Mittel für den ***Berghöfekataster*** sind für Erhebungen der Statistiker vor Ort auf Grund der Befliegungsergebnisse des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen im Zusammenhang mit der Erstellung des „Neuen Berghöfekatasters" vorgesehen.

Die veranschlagten Mittel dienen weiters der Führung des **Wasserwirtschaftskatasters,** BGBl. Nr. 34/1969, wobei hier die Schwerpunkte der Arbeiten bei der Bestandsaufnahme, Auswertung und Evidenthaltung der maßgeblichen wasserwirtschaftlichen Faktoren im gesamten Bundesgebiet sowie bei der wasserwirtschaftlichen Dokumentation liegen.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an **das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum.**

Die Mittel unter der Voranschlagspost **„Forstpolitische Unterlagen"** dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben sowie der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des „Waldberichtes" nach § 16 Forstgesetz gemäß der Entschließung

des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hiefür veranschlagt.

Paragraph 6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959

Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, daß die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinhaltung notwendige Anordnung trifft und durchführen läßt, ohne daß ein Verpflichteter für die Tragung der Kosten ermittelt oder herangezogen werden kann. Im Falle der Uneinbringlichkeit vom Verpflichteten ist der Aufwand als Zweckaufwand vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu tragen.

Paragraph 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes

Wasserkreislauf

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz BGBl. Nr. 58/1979) zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990, in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, den Niederschlag, das unterirdische Wasser, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, daß sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte

Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Wasserrechtsgesetznovelle 1990 (BGBl. Nr. 252/1990) trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.

Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Meßstellen, dh. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/1991) von Grundwasser und Fließgewässern.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gleichfalls zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben

Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift „Förderungsdienst" mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Publikation von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (zB Parlament und Landtage) vorgesehen.

Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers über agrar- und betriebswirtschaftliche sowie förderungspolitische Fragen hergestellt.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind im Sinne des Saatgutgesetzes 1937 (BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1994) auch Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. In erster Linie ist die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur laufende Kontrollen, sondern auch eine Koordinierung der Kontrolltätigkeit und der Untersuchungsmethoden der einzelnen Anstalten unerläßlich.

Im Bereich Forstwesen werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zur jährlichen „Woche des Waldes", Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.

Darüber hinaus werden Mittel für Maßnahmen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1994, BGBl. Nr. 273/1994, dienen.

Paragraph 6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995, und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 1035/72, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1907/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraph 6008 Sonstige Aufgaben

Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand der „FAO-Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not" sowie die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land- und Forstwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen und der Donauschutzkonvention Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8 900 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 28,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen

Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1996 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 31,9 Millionen Schilling.

Schließlich hat sich Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung bereit erklärt, einen jährlichen Beitrag zur Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve der FAO im Umfang von 5 000 t Getreide zu leisten. Für diese Zwecke wurden rd. 5,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975

Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gem. § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlaß der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gem. Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gem. § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)

Gesetzliche Grundlagen

Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 472/1992;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.

Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	185,3	30,2
1995	2 860,4	0,1
1995 vorl. Erf.	2 467,0	10,3
1996	2 119,5	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Auf Grund des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union ergab sich die Notwendigkeit einer Neustrukturierung des Förderungsbudgets ab 1995.

Demgemäß sind die bisher unter den Titel 601 bis 603 veranschlagten nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen — soweit sie ab diesem Zeitpunkt weitergeführt werden — nur mehr im Titel 601 veranschlagt.

Die Verminderung des Voranschlagsbetrages gegenüber 1995 resultiert aus der erforderlichen Umschichtung von nationalen Förderungsmitteln zu den Förderungszusätzen des Titels 602 (EAGFL-Ausrichtung).

Voranschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen

Beratungswesen

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch den EU-Beitritt beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.

Im einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.

Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vorgesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten

Umfangreichere Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Voranschlagsansatz 1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)

Die Mittel sind insbesondere für forstlich biologisch und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung. Weiters sind Bundesmittel für die anteilige Finanzierung von Weingarten-Stillegungsmaßnahmen der Länder Niederösterreich und Burgenland vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen

Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau

Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.

Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.

Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung

Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.

Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.

Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Die Förderung der tierischen Produktionsalternativen im Bereich der landwirtschaftlichen Tierhaltung umfaßt Maßnahmen am Erzeugungssektor der damit befaßten Organisationen. Die Mittel werden insbesondere für die Bereiche Schaf-, Geflügel-, Fisch-, Markenfleischproduktion sowie die Bienenhaltung verwendet.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen

Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Verbände der biologischen Landwirtschaft vorgesehen, wobei insbesondere die große Zahl der Umstellungsbetriebe einer intensiven Beratung und sonstigen Betreuung bedarf. Die biologische Landwirtschaft erfährt in Österreich einen besonders starken Aufschwung.

Förderung landtechnischer Maßnahmen

Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.

Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,5 Milliarden Schilling. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse

Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Energieinvestitionen (Biomasse-Heizanlagen, Biogasanlagen ua.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im besonderen der Biomasse.

Forstliche Maßnahmen

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterfüh-

rung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie zB die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden und Mittel für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschußt.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen

Verkehrserschließung ländlicher Gebiete

Die veranschlagten Mittel sind für die Errichtung dringend benötigter Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.

Die zeitgemäße Erschließung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung. Darüber hinaus schafft die Verkehrserschließung die Grundlage für eine allgemeine Belebung der Wirtschaft, Mobilität der Arbeitskräfte, Ansiedlung von Betrieben und für den Fremdenverkehr außerhalb geschlossener Ortschaften. Dadurch wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Die rechtlichen Grundlagen für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete sind ua. das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz, die Durchführungsgesetze der Länder, die jeweiligen Landesstraßengesetze oder Flurverfassungslandesgesetze.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbessung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert, wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Weiters werden die Umstellung vorhandener Tierhaltungssysteme auf besonders tierfreundliche Aufstallungsformen und die Errichtung von Düngerlagerstätten (Lagerbehälter und Stapelflächen für Wirtschaftsdünger) gefördert. Zeitgemäße Düngerlagerstätten sind eine Hauptvoraussetzung für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zufolge wassergefährdender Gülle, Jauche und Sickersäfte.

Weiters werden Investititionen in den Bereichen „Urlaub am Bauernhof", Direktvermarktung und Almwirtschaft gefördert.

Landtechnische Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für die Neu- und Ersatzanschaffung von Bergbauernspezialmaschinen und für die Mechanisierung der Innenwirtschaft zur Vereinfachung oder Erleichterung der Arbeitsvorgänge vorgesehen.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz und Verwertungsmaßnahmen

Werbung und Markterschließung

Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbessung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im tierischen und pflanzlichen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung in nicht gewerblichen Betrieben („Urlaub am Bauernhof") einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland sowie eine teilweise Kostenabdeckung für den Bundesverband, der ua. die Information über das Angebot für den gesamten Tourismus und die Koordination der Regional- und Landesaktivitäten wahrzunehmen hat, sind möglich. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation

von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft von Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, zur Rationalisierung der Be- und Verarbeitung sowie Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen. Es sind daher nur mehr die zur Abdeckung der Vorbelastungen für Förderungsfälle der letzten fünf Jahre erforderlichen Mittel veranschlagt.

Zur Sicherung der erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 472/1992 und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung durch die Gewährung von Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

Paragraph 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen

Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU-Fitneßprogrammes sowie die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen

Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU-Fitneßprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Paragraph 6019 Sonstige Maßnahmen

Voranschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben

Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Landwirtschaft

Die veranschlagten Mittel dienen als Ergänzung zu den Aufwendungen für Forschungsaufträge, welche im Rahmen des Forschungs- und Versuchswesens getätigt werden.

Forstwirtschaft

Im Rahmen der forstwirtschaftlichen Forschungsförderung werden neue fachliche Erkenntnisse und Entscheidungshilfen zur Verbesserung und nachhaltigen Sicherung, Erhaltung und Regelung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkung des Waldes erarbeitet. Aus den veranschlagten Mitteln werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation-Vermehrungsverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben, zB DNA-Analyse an Fichte, In-vitro-Vermehrung von Tanne und Eiche. Ziel ist die Erarbeitung neuer und verbesserter Entscheidungshilfen für die gesetzlich vorgeschriebene Herkunftserstellung und -kontrolle.

Voranschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungskooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Landwirtschaft

Unter den angeführten Zielvorgaben — Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte — erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft

Bedeckung laufender Forschungsaufträge, Waldschadensforschung im Rahmen des FIW II (Stabilisierungs-, Revitalisierungs-, Sanierungsforschung), Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (COST-Projekt E 3, Bewertung infrastruktureller Leistungen des Waldes).

Wasserwirtschaft

Schwerpunktthemen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Gewässerversauerungen.

Titel 602 Agrarische Strukturförderung

Gesetzliche Grundlagen

Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben

Dem BMLF obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muß die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.

Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	2 005,7	0,0
1995	2 624,0	0,0
1995 vorl. Erf.	2 244,3	0,0
1996	4 213,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Bis zum Jahr 1994 waren im Titel 602 jene Förderungsmaßnahmen veranschlagt, die zur Erhaltung von wirtschaftlich gesunden und gesellschaftlich und kulturell lebendigen Räumen in den Berggebieten dienten.

Auf Grund der Neustrukturierung des Förderungsbudgets sind die vor 1995 unter diesem Titel veranschlagten Förderungsmaßnahmen — mit Ausnahme der entsprechenden Direktzahlungen — ab 1995 im Titel 601 vorgesehen.

Nunmehr enthält der Titel 602 die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel-1, Ziel-5a- und Ziel-5b-Gebieten, sowie des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF). Darüber hinaus ist auch der Bundesanteil an diesen Förderungen unter diesem Titel veranschlagt. Um die seitens der EU für die angeführten Förderungsmaßnahmen zur Verfügung gestellten Förderungsmittel zu erhalten, ist eine entsprechende Kofinanzierung durch Österreich erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)

Der „Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft" (EAGFL) beteiligt sich mit seiner Abteilung „Ausrichtung" an der Finanzierung der Agrarstrukturförderungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese Beteiligung erfolgt seit 1989 im Rahmen der Neuausrichtung aller drei Strukturfonds der EU. EAGFL-kofinanzierte agrarische Förderungsmaßnahmen

kommen dabei in den regionalen Strukturfondszielen 1, 5b und im horizontalen Ziel 5a zur Anwendung. Für die Kofinanzierung von Maßnahmen gemäß Ziel 5a stehen für die laufende Strukturfondsperiode bis 1999 388 Millionen ECU an EAGFL-Mitteln zur Verfügung.

Zu den EAGFL-Mitteln im Rahmen des Zieles 5a kommen noch die EAGFL-Mittel der Ziele 1, 5b und EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen. Für das Ziel 1 (Burgenland) sind bis 1999 24 Millionen ECU an EAGFL-Ausrichtungsmitteln vorgesehen. Für die sieben Länderprogramme im Rahmen des Zieles 5 b stehen bis 1999 164 Millionen ECU EU-Mittel von der Abteilung Ausrichtung des EAGFL zur Verfügung.

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes

Im Bereich der EU-Strukturfondsförderung können nur dann EU-Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen abgerufen werden, wenn entsprechende nationale Mittel eingesetzt werden. In diesem Ansatz ist daher der entsprechende Bundesanteil veranschlagt.

Gemeinsam mit den im Ansatz 1/60206 dargestellten EAGFL-Mitteln und den Gegenüberstellungsmitteln der Länder werden damit folgende Maßnahmenschwerpunkte finanziert:

— Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
Aus der Sicht der gemeinsamen Agrarpolitik ist Beratung und Weiterbildung grundsätzlich eine national zu finanzierende Aufgabe. Immer dann, wenn es gilt, Anpassung und Weiterentwicklungen der GAP rasch zu implementieren, sieht das EU-Recht jedoch eine Mitfinanzierung von Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vor [vgl. zB Art. 28 VO (EWG) 2328/91 oder Art. 6 VO (EWG) 2078/92].

— Die Förderung der ländlichen Entwicklung (= Ziel 5b) ist seit der EU-Strukturfondsreform ein wesentlicher Schwerpunkt der gemeinsamen Agrar- und Regionalpolitik. Im EAGFL-kofinanzierten Teil der 5b-Programme werden beispielsweise Projekte finanziert, die eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten der Bauern ermöglichen. Die Förderungstatbestände sind in Art. 5 der VO 2085/93 über die Aufgaben des EAGFL, Abt. Ausrichtung genannt und gelten auch für das Ziel 1 (entsprechende Maßnahmen sind für das Burgenland im Programmplanungsdokument vorgesehen).

— Direktzahlungen in Berggebieten und sonstigen benachteiligten Gebieten haben sich als Ausgleichszulage gemäß Art. 17 bis 19 zur gewichtigsten Maßnahme im Rahmen des Ziels 5a entwickelt. Da Österreich gemäß dem Verhandlungsergebnis über einen überdurchschnittlichen Anteil an EU-konformen benachteiligten Gebieten verfügt, nimmt die Ausgleichszulage einen finanziell wesentlichen Anteil an den kofinanzierten Maßnahmen ein. Die Ausgleichszulage dient dem Ausgleich für ständige natürliche Nachteile und Bewirtschaftungserschwernisse und unterstützt damit die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung in Berggebieten und benachteiligten Gebieten.

— Zur beschleunigten Anpassung der Agrarstrukturen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen gemäß Art. 5 bis 11 der VO (EWG) 2328/91 erforderlich. Dabei werden Betriebe in Berggebieten und benachteiligten Gebieten gemäß Art. 7 der VO (EWG) 2328/91 mit einem höheren Förderungsanteil berücksichtigt. Zusätzlich können in diesen Gebieten gemeinschaftliche Anlagen („kollektive Investitionen") gemäß Art. 20 gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Jungunternehmerförderung gemäß Art. 10 (Niederlassungsprämie).

— Um das Angebot der landwirtschaftlichen Erzeuger gebündelt auf den Markt bringen zu können und so deren Stellung als Marktpartner zu stärken, können in diversen Produktionssparten Erzeugergemeinschaften gefördert werden.

— Schließlich stellt die Förderung der Verbesserung, Verarbeitung und Vermarktung der Urproduktion im Rahmen von Sektorplänen der VO 866/90 und 867/90 einen Maßnahmenschwerpunkt dar, der für die EU-Eingliederung der österreichischen Nahrungsmittelindustrie wesentlich ist.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF), Mittel der EU

Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorplan Fischerei und Aquakultur sowie Erzeugerorganisationen des Fischereiwesens, Bundesmittel

Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume) sowie der Verkaufsförderung.

Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen

Gesetzliche Grundlagen

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben

Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.

Diese Beihilfen sind ab dem Jahre 1995 unter dem Titel 603 veranschlagt.

Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	2 984,8	0,4
1995	9 401,1	163,0
1995 vorl. Erf.	11 870,3	121,5
1996	12 726,0	499,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Bis zum Jahr 1994 waren unter diesem Titel die Förderungsmaßnahmen des Grünen Planes auf Grund der Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes veranschlagt. Diese Maßnahmen sind ab dem Jahr 1995 — soweit sie national weitergeführt werden — im Titel 601 vorgesehen.

Im Zuge der Neustrukturierung des Förderungsbudgets des Kap. 60 sind ab 1995 unter diesem Titel die obligatorischen Beihilfen des EAGFL-Garantie und im Einvernehmen mit der EU durchgeführte nationale Marktordnungsmaßnahmen veranschlagt.

Um einen allfälligen zusätzlichen Budgetbedarf bei einer Reihe von Ausgabenpositionen dieses Titels abfangen zu können, besteht neben den im Bundesvoranschlag veranschlagten Beträgen noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigungen. Dies ist deshalb notwendig, weil auf Grund der durch den EU-Beitritt bedingten Systemumstellungen und der neuen Förderungskonzeption eine exakte Feststellung des Bedarfes zum Zeitpunkt der Veranschlagung 1996 nicht möglich war.

Anläßlich der Veranschlagung im Jahre 1995 konnte auf Grund fehlender Erfahrungswerte der tatsächliche Bedarf nicht genau abgeschätzt werden.

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker und Textilpflanzen), Überweisung an die AMA

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.

Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung und sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Leinsamen außer Faserlein nach der Allgemeinen Regelung und Kleinerzeugerregelung lt. EU-VO 1765/92 und deren Durchführungsverordnungen sowie für die Flächenstillegung und Rohstofferzeugung auf diesen Flächen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Faserlein, Hanf, Trockenfutter und Körnerleguminosen.

Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse)

Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation, ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisung an die AMA

Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen

Umweltmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2078/92 im Hinblick auf eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft vorgesehen.

Diese zentrale agrar- und umweltpolitische Maßnahme bezweckt:
— die Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft;
— den ökologischen Ausgleich zur Verwirklichung der Ziele der Agrar- und Umweltpolitik;
— die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Marktentwicklung;
— die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte.

Für diese Förderung stellt die EU auf Grund des Ergebnisses der Beitrittsverhandlungen einen Finanzierungsrahmen in Höhe von 175 Millionen ECU p. a. zur Verfügung.

Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2080/93 zur Förderung
1. einer alternativen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen durch Aufforstung und
2. zur Entwicklung forstwirtschaftlicher Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben vorgesehen.

Die Beihilfenregelung kann folgendes umfassen:
— Beihilfen zu den Aufforstungskosten;
— eine jährliche Prämie zur Deckung der Kosten für die Pflege der aufgeforsteten Flächen in den ersten fünf Jahren;
— eine jährliche Hektarprämie zum Ausgleich von Einkommensverlusten auf Grund der Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen;
— Investitionsbeihilfen zur Verbesserung von Waldflächen, und zwar insbesondere für die Anlage von Wind- und Brandschutzstreifen, von Wasserstellen und von forstwirtschaftlichen Betriebswegen für Bestandesumwandlungen.

Voranschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsmaßnahmen, Überweisung an die AMA

Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist auch eine Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen, die jedoch zusätzlich mit nationalen Mitteln finanziert werden kann. Hiefür sowie für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen sind insgesamt 239,4 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60368 Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen

Auf Grund der erforderlichen nationalen Finanzierung von etwaigen Interventionen ist ein Betrag von insgesamt 3,5 Millionen Schilling an Finanzierungskosten im Jahr 1996 vorgesehen.

Titel 604 Marktordnungspolitische Maßnahmen

Gesetzliche Grundlagen

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Viehwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Stärkeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 378/1992.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	10 390,6	731,2
1995	1 662,9	37,5
1995 vorl. Erf.	1 537,9	119,2
1996	11,4	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Unterschiede gegenüber den Vorjahren ergeben sich auf Grund des Beitritts Österreichs zur EU mit 1. Jänner 1995 und der damit zusammenhängenden Umstrukturierung der Marktordnung. Der Titel 604 enthält nur mehr die Ausgaben für die Liquidationskosten der Austro-Milchexportabwicklungs-Ges. m. b. H. (AMEA) sowie Restzahlungen für Schulden aus den Vorjahren.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten

Gesetzliche Grundlagen

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;

Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1995;

Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 230/1982;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 300/1995.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	959,0	302,6	1 261,6	182,6
1995	973,8	325,2	1 299,0	195,0
1995 vorl. Erf.	983,0	305,9	1 288,8	180,0
1996	966,8	382,3	1 349,1	202,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben ergibt sich das Mehrerfordernis insbesondere durch die Rückzahlung der Einrichtungskosten entsprechend dem bestehenden Vertrag im Zusammenhang mit der im Jahr 1995 erfolgten Übersiedlung von Bundesanstalten in das Forschungszentrum Hirschstetten.

Paragraph 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Aufgaben

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

Organisation

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum" in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraph 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten

Aufgaben

Der Wirkungsbereich der Bundesämter umfaßt hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Der Wirkungsbereich der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft umfaßt Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs-, Prüfungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen ua. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und die Bundesanstalt:

1. Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)

Der Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienenzucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.

Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst).

Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtsproben; staatliche Prüfnummer.

Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

2. Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.

Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.

Forschung ua. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich des biologischen Landbaues.

3. Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.

Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anläßlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission.

4. Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Forschung ua. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Paragraph 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Organisation und Aufgaben

Bei diesem Paragraph ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschule in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst und geben die Voraussetzung für den Besuch einer Universität gleicher oder verwandter Fachrichtung.

Die Forstfachschule vermittelt die Ausbildung für Forstwarte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei besonders auch eine qualifizierte Ausbildung für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eröffnet werden soll.

Paragraph 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Aufgaben

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Untersuchungen und Versuche auf fachwissenschaftlicher Grundlage sowie durch Vermittlung der Anwendbarkeit ihrer Untersuchungsergebnisse für die forstliche Praxis, den forstlichen Belangen im allgemeinen und der Forstwirtschaft im besonderen zu dienen. Im einzelnen nennt das Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, folgende Aufgaben:

- Erhebungen aller Art über den Zustand und die Entwicklung des österreichischen Waldes.
- Die Feststellung der Ursachen von Forstschäden (wie durch Wild und Immissionen), allenfalls in Zusammenarbeit mit anderen an diesen Untersuchungen interessierten Stellen.
- Die Prüfung von Fragen der forstlichen Raumplanung und der Wildbach- und Lawinenverbauung.
- Die Prüfung von Geräten, Werkzeugen, Maschinen sowie von chemischen und anderen Mitteln, die für eine Verwendung in der Forstwirtschaft bestimmt sind.
- Die Prüfung von forstlichem Vermehrungsgut.
- Die Prüfung von Arbeitsverfahren und Anwendungsmethoden auf ihre Eignung in der Forstwirtschaft.
- Die Abgabe von Gutachten.

Die nachstehenden Fachbereiche werden an der Anstalt bearbeitet: Standortskunde, Forstpflanzenzüchtung und Genetik, Waldbau und Versuchsgärten, Forstinventur, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Forstschutz, Immissionsforschung und Forstchemie, Forsttechnik, Wildbachkunde, Lawinenkunde, subalpine Waldforschung, wissenschaftliche Dienste.

Schwerpunkte der Anstaltstätigkeiten, neben der seit 1961 durchgeführten Forstinventur, sind zurzeit die alljährlich durchgeführten gesamtösterreichischen Erhebungen über den Waldzustand und die Belastung des Waldes durch Schadstoffe. Gerade die Ursachenforschung auf dem Gebiet der neuartigen Waldschäden hat gezeigt, daß die Gefahren für den Wald von miteinander vernetzten Ursachen hervorgerufen werden. Dieser Erkenntnis ist auch vom Forschungsansatz her zu begegnen. Es werden daher zunehmend Gemeinschaftsprojekte mit ökosystemaren Betrachtungsweisen intensiv bearbeitet. Hiebei seien nur die zwei wichtigsten Programme herausgegriffen:

Österreichisches Waldschadenbeobachtungssystem

Beobachtung der Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf das gesamte Waldökosystem, Erfassung einer Reihe wichtiger Parameter (Waldboden, Vegetation und Zuwachskunde, chemische Nadel- und Blattanalysen auf Schadstoff- und Nährelementgehalte, Schadstoffeintragsmessungen, Kronenzustandserhebung mittels Luftbildinterpretation).

Diese Waldschadenserhebung entspricht in Durchführung und Berichtslegung bereits den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1696/1987 der Kommission vom 10. Juni 1987, in der die Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3528/1986 des Rates über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung festgelegt wurden.

Beiträge zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder

Erfassung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldreservaten, Begründung von Generhaltungsplantagen, Errichtung und Betrieb einer forstlichen Samenbank, Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten.

Ministerkonferenz

In der zweiten Sitzung der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (Helsinki, Juni 1993) wurde von den teilnehmenden europäischen Staaten beschlossen, daß Österreich den Kovorsitz für die Ministerkonferenz übernimmt.

Österreich hat sich somit verpflichtet, in den nächsten 15 Jahren an der administrativen und inhaltlichen Fortführung der Konferenz mitzuwirken und nach der dritten Sitzung (Lissabon 1998) den Vorsitz zu übernehmen.

Österreich übernimmt somit gemäß den Vereinbarungen als Kovorsitzland einerseits einen Teil der Kosten des in Lissabon eingerichteten Büros (Kosten für Unterhalt wie Telefon, FAX usw.) und andererseits die Kosten der letzten Konferenz und für die Vorbereitungen der nächsten Konferenz in Lissabon 1998.

Es ist geplant, daß die administrative Abwicklung über die Forstliche Bundesversuchsanstalt erfolgen soll.

Paragraph 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;

Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraph 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Aufgaben und Organisation

Für die milchwirtschaftlichen Belange bestehen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Anstalten:

1. Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)

Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käsereikulturen.

2. Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen sowie die Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse und andere Produkte, die unter Verwendung von Milchinhaltsstoffen hergestellt werden, weiters Herstellung und Vertrieb von Standardeichlösungen.

Den Anstalten obliegt außerdem die Fortbildung milchwirtschaftlichen Personals und die Veranstaltung von Kursen.

Paragraph 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

Paragraph 6057 Bundesanstalten für Tierzucht

Organisation und Aufgaben

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 515/1994, bestehen folgende Tierzuchtanstalten:

1. Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Andrologie, Gynäkologie, Genetik, Biologie, Pathologie sowie Hygiene und Technologie der Fortpflanzung der Haustiere.

Die Auflösung dieser Bundesanstalt ist mit 31. Dezember 1996 vorgesehen.

2. Bundesanstalt für Pferdezucht.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pferdezucht und Pferdehaltung sowie das Reit- und Fahrwesen.

Die Auflösung dieser Bundesanstalt ist mit 31. Dezember 1996 vorgesehen.

Paragraph 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

Organisation und Aufgaben

1. Institut für Wassergüte in Wien.

Der Aufgabenbereich umfaßt die Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster (BGBl. Nr. 34/1968), Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Der Aufgabenbereich des Institutes umfaßt die Forschung, Untersuchung und Gutachtenerstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtvolkswirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Meßgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde

Der Aufgabenbereich umfaßt die Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflußfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Paragraph 6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich. Diese Bundesanstalt befindet sich in Wieselburg.

Titel 606 Übergangsregelungen

Gesetzliche Grundlage

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995.

Aufgaben

Finanzielle Regelungen für den Übergangszeitraum 1995—1998 zur Entlastung der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1995	8 661,6	40,0
1995 vorl. Erf.	9 708,6	—
1996	4 530,0	15,0

Voranschlagsansatz 1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen, Förderungen

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben Österreichs Landwirte, bedingt durch das niedrigere Förderungsniveau, hohe Preisverluste zu erwarten. Um diese Einbußen zum Teil zu kompensieren, werden während einer Übergangsperiode von vier Jahren degressive Beihilfen gewährt. Artikel 138 des Beitrittsvertrages regelt die Gewährung dieser Beihilfen. Unter diesem Ansatz sind die anteiligen EU- und Bundesmittel veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60608 Degressive Ausgleichszahlungen, Aufwendungen

Im Rahmen der degressiven Ausgleichszahlungen für Mastschweine werden zur Abdeckung der Verwaltungskosten von Unternehmungen 8 Millionen Schilling bereitgestellt.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens

Gesetzliche Grundlagen

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert duch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	20,3	435,5	455,8	6,4
1995	20,8	454,9	475,7	5,3
1995 vorl. Erf..	20,8	481,7	502,5	6,3
1996	20,7	464,6	485,3	5,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Mehraufwand bei den Sachausgaben 1996 gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 beruht vor allem auf einem erhöhten Bedarf für den Ersatz der Besoldungskosten der Lehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen.

Paragraph 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1993 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraph 6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Aufgaben

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzu-

geben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Über diese grundsätzlichen Kursziele hinaus werden in der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach auch Spezialkurse für die Bedienung, Wartung und den Einsatz von Schwermaschinen, die im Zuge der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstwirtschaft immer mehr eingesetzt werden, sowohl für das Bedienungspersonal als auch für die Einsatzleiter abgehalten. In der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort/Gmunden werden hingegen Spezialkurse gehalten, die als Schwerpunkt die Ausbildung des forstlichen Führungspersonals in Fragen der Rationalisierung und modernen Betriebsführung zum Ziele haben.

Weiters führen die Forstlichen Ausbildungsstätten die praktische Erprobung von forstlichen Maschinen und Geräten durch.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1 060/1994.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
		Millionen Schilling		
1994	132,8	1 626,0	1 758,8	1 703,9
1995	133,6	1 845,3	1 978,9	1 990,1
1995 vorl. Erf..	135,7	1 541,7	1 677,4	1 570,8
1996	133,2	1 472,1	1 605,3	1 582,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die niedrigere Veranschlagung bei den Sachausgaben ist ua. auf die geringere Dotierung der Mittel aus dem Katastrophenfonds zurückzuführen.

Paragraph 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Paragraph 6081 Öffentliches Wassergut

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen

Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraph 6082 Wildbach- und Lawinenverbauung

An Bundeszuschüssen sind auf Grund ausreichender Dotierung der zweckgebundenen Mittel nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraph 6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)

Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgeb. Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinenverbauung zu verwenden.

Paragraph 6084 Bundesflüsse

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedekkung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6086 Interessentengewässer

Angesichts der ausreichenden Dotierung der zweckgebundenen Gebarung sind an Bundeszuschüssen nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraph 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten usw. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenz-

gewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen

Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 943/1993;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995;

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	286,8	215,2	502,0	301,5
1995	297,3	198,6	495,9	296,2
1995 vorl. Erf..	283,8	177,7	461,5	251,0
1996	292,7	143,9	436,6	249,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Der wesentlich geringere Bedarf bei den Sachausgaben resultiert vor allem aus den Bestimmungen des neuen Pflanzenschutzgesetzes 1995. Danach entfällt mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union infolge des Wegfalls der Binnengrenzen ein Großteil der Aufwendungen für die phytosanitären Kontrollen und Holzkontrolle.

Paragraph 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraph 6091 Bundeskellereiinspektion

Auf Grund des § 37 Abs. 1 des Weingesetzes 1985 idgF obliegt der Bundeskellereiinspektion die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Unter diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

Paragraph 6093 Bundesgärten

Aufgaben und Organisation

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schloßpark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
3. Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien über 100 Außengärten bei bundeseigenen Gebäuden, wie Schulen und Amtsgebäuden, gärtnerisch zu betreuen.

Paragraph 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule

Aufgaben

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lipizzanergestüt sowie die hiefür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

Paragraph 6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

Aufgaben und Organisation

Die Bundesversuchswirtschaften Wieselburg an der Erlauf, Fuchsenbigl im Marchfeld und Königshof haben neben ihren eigenen Betriebsaufgaben die Bestimmung, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien, Großversuche auf allen Gebieten der Landwirtschaft durchzuführen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis zu erproben.

Sie haben weiters durch Zurverfügungstellung von Feldparzellen den genannten Anstalten die Durchführung von Parzellenversuchen sowie die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notwendigen Prüfungen von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln usw. zu ermöglichen. Ebenso müssen die Felder und Höfe der Betriebe der Bundesanstalt für Landtechnik zur Prüfung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung stehen.

Auf den Bundesversuchswirtschaften Wieselburg und Königshof werden Versuchs- und Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Tierzucht und Tierproduktion unter zentraler Leitung durchgeführt. Darüber hinaus fungiert die Bundesversuchswirtschaft Wieselburg als Lehrbetrieb für die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum.

Die Bundesversuchswirtschaft Königshof steht darüber hinaus dem Bundesheer zum Teil als Übungsplatz zur Verfügung, so daß dieser Betrieb in einer sehr zweckmäßigen Weise wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Interessen des Bundes gleichzeitig dient.

Paragraph 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Aufgaben und Organisation

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhube, Kollerhube, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.

Weiters sind bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für den Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur sowie für die Lehr- und Versuchsforste Ort und Ossiach vorgesehen.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschule Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhube und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhube sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Paragraph 6099 Bauhöfe

Aufgaben

Bei der Wildbach- und Lawinenverbauung werden bundeseigene Maschinen und Kraftfahrzeuge verwendet, die vornehmlich in bundeseigenen Bauhöfen untergebracht sind. Die Kosten für die Anschaffung von Baumaschinen, Großgeräten und Kraftfahrzeugen der Betriebe und die Instandhaltung derselben sowie die Betriebskosten der Bauhöfe sind bei dem gegenständlichen Voranschlagsansatz veranschlagt.

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt C, Z 1—20.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	703,0	2 729,0	3 432,0	721,4
1995	678,7	2 806,7	3 485,4	833,3
1995 vorl. Erf..	693,9	2 823,5	3 517,4	922,8
1996	687,9	2 561,5	3 249,3	805,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Patentwesens, des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues hinsichtlich der schiffbaren Flüsse Donau, March und der Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltechnikerwesens sowie der Unternehmungen, die durch Bundesgesetz mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	544,6	474,2	1 018,8	147,1
1995	520,5	425,9	946,4	115,0
1995 vorl. Erf..	535,4	456,2	991,5	273,2
1996	530,3	259,5	789,8	94,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden wegen des Entfalles von Zahlungen im Zusammenhang mit EFTA und EWR niedriger angesetzt. Die Einnahmen wurden entsprechend der zu erwartenden Gewinnabfuhr der BIG und einer Änderung der Verrechnung Europäischer Patentgebühren niedriger veranschlagt.

Förderungen

Hier ist für den Zuschuß des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn Ges. m. b. H. und an die Österreichische Donau Betriebs AG vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind hauptsächlich die Beiträge an das GATT sowie an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;

Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;

Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Aufgaben

Die Förderungen erfolgen in:
- Angelegenheiten des Tourismus;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffeförderung);
- Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	2 207,9	27,2
1995	2 323,9	144,1
1995 vorl. Erf.	2 318,9	131,7
1996	2 243,8	124,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden im Rahmen der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung geringer veranschlagt. Die Einnahmen auf Grund der zu erwartenden Überweisungen gemäß ITF-Gesetz niedriger angesetzt.

Förderungen (D)

Gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern

An Unternehmer von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen dieser Aktion für Investitionsvorhaben, die eine Rationalisierung des Betriebes vorsehen, und für Betriebsmittel, deren Stärkung eine Verbesserung der Struktur des Betriebes zur Folge hat, niedrig verzinsliche Darlehen gewährt.

Förderungen

Tourismusförderung

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,
- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensitiver Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekanntgegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sind seit 1995 Mittel für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft und Mittel gemäß ITF-Gesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Verein „Österreich Werbung"

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreich Werbung" obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Tourismus" und der „Sonstigen Wirtschaft" sowie Werkleistungen im Rahmen der „Osthilfe" ist hier vor allem für die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse" vorgesorgt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens

Gesetzliche Grundlagen

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 634/1994;

Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 773/1992;

Musterschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 261/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;

Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr. 98/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;

Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;

Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 418/1992;

Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979;

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979.

Aufgaben

Patentangelegenheiten

Auf nationaler Ebene ist das Österreichische Patentamt für die Erteilung, die Rücknahme, die Nichtigerklärung, die Aberkennung, die Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, die Entscheidung über das Bestehen des Vorbenützerrechtes, die Entscheidung über Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister zuständig.

Dazu kommt, daß am 23. April 1979 der Patentzusammenarbeitsvertrag (Washington 1970) und am 1. Mai 1979 das Europäische Patentübereinkommen (München 1973) für Österreich in Kraft getreten sind, woraus dem Österreichischen Patentamt zusätzliche Aufgaben erwachsen, so insbesondere die im Rahmen des europäischen Vertragswerkes zu erstattenden Recherchen für europäische Patentanmeldungen. Schließlich muß auch die Neuordnung der gesamten Dokumentation nach der internationalen Patentklassifikation fortgesetzt werden. Die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes erstreckt sich auch auf die Einreichung von Patentanmeldungen auf Grund des Europäischen Patentübereinkommens sowie auf die Tätigkeit als Anmeldeamt, als Bestimmungsamt, als ausgewähltes Amt sowie als internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag.

Markenangelegenheiten

Die Zuständigkeit des Österreichischen Patentamtes in Markenangelegenheiten erstreckt sich auf die Anmeldung und Registrierung von Marken, die Führung des Markenregisters, die Umschreibung und Löschung von Marken sowie auf die Entgegennahme des Antrages auf internationale Registrierung einer Marke.

Musterangelegenheiten

Beim Patentamt wird ein Zentralmusterarchiv geführt, das je ein Zweitstück der bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hinterlegten Muster aufzunehmen und zu verwahren hat.

Oberster Patent- und Markensenat

Der Oberste Patent- und Markensenat ist als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes eingerichtet.

Referat für den gewerblichen Rechtsschutz

Das Patentamt führt auch die Agenden des Referates für den gewerblichen Rechtsschutz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	132,6	41,0	173,6	296,9
1995	132,7	49,3	182,0	310,2
1995 vorl. Erf..	132,2	40,8	173,0	299,0
1996	131,5	50,5	182,0	296,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung beim Sachaufwand ist auf die Errichtung einer Patentschriftendokumentation zurückzuführen.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent- und Markenschutzgesetzes eingehoben werden.

Titel 633 Bergbehörden

Gesetzliche Grundlagen

1. Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, und die hiezu ergangenen Verordnungen;

2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1984 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. 12/1984, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 153/1973, die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, und die Elektrotechnikverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 12/1984;

3. das neunte Hauptstück des Allgemeinen Berggesetzes, RGBl. Nr. 146/1854, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 460/1922;

4. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;

5. Bundesgesetz über das Grubenwehrehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;

6. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	25,7	6,0	31,7	250,2
1995	25,5	7,6	33,1	264,0
1995 vorl. Erf..	26,3	7,6	33,9	218,9
1996	26,1	7,7	33,8	290,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden auf Grund der zu erwartenden Eingänge aus Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen höher veranschlagt.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	1783,2	25090,2	26873,5	5601,9
1995	1786,8	24882,5	26651,3	5809,4
1995 vorl. Erf..	1780,6	24907,9	26688,5	5711,2
1996	1771,1	25708,3	27479,4	6717,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	30,6	62,1	92,7	16,0
1995	29,5	57,5	87,0	21,4
1995 vorl. Erf..	28,2	49,9	78,2	16,9
1996	28,2	52,7	80,9	21,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden auf Grund steigender Ersätze der Schönbrunner Tiergarten-GmbH. höher veranschlagt.

Bundesmobilienverwaltung

Aufgaben

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;

2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

Schönbrunner Tiergartenamt

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben

Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

Beschußämter

Gesetzliche Grundlage

Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben

Die Beschußämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schußsicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußerprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagengütern veranschlagt.

Bäder

Aufgaben

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau und Wr. Neustadt.

Ausgaben

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

Regierungsgebäude

Hier wird vor allem der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wasserbaues, des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	270,4	186,7
1995	542,9	417,8
1995 vorl. Erf.	225,9	123,1
1996	526,5	443,3

Wohnbauforschung

Gesetzliche Grundlage

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993.

Aufgaben

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfaßt insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Wasserbau

Gesetzliche Grundlagen

Wasserbautenförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994.

Aufgaben

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Ausgaben

Im Jahre 1996 sind Beiträge für den Ausbau des Hafens in Krems und für vorbeugende Maßnahmen im Raume von Linz und Wien sowie im südlichen Marchland vorgesehen. Es werden außerdem die Mittel des Katastrophenfonds hauptsächlich für den Hochwasserschutz im Raum von Wien verwendet. Diese Mittel wurden 1996 höher veranschlagt.

Technisches Versuchswesen

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufgaben

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Allgemeine Bauforschung

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufgaben

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

Ausgaben

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Gesetzliche Grundlage

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990.

Förderungen

Bei diesem Paragraph sind die Mittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungs-Gesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso ist für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

Aufwendungen

Die für das Internationale Informationszentrum für Terminologie (Infoterm) vorgesehenen Mittel dienen zur anteilsmäßigen Finanzierung seiner Personalausgaben.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung

Gesetzliche Grundlagen

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;

ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993;

Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaften, BGBl. Nr. 826/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG und der Alpen Straßen AG.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	15 487,7	4 414,9
1995	15 646,3	4 507,1
1995 vorl. Erf.	16 003,9	4 626,1
1996	16 303,2	5 344,8

Bundesstraßen B

Bundesstraßen S

Bundesstraßen A

Anlagen

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen B, S und A veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen B, S und A vorgesorgt.

Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)

Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)

Anlagen

Hier werden die Ausgaben der Bundesstraßenverwaltung für die Errichtung von Gebäuden (Straßenmeistereien), für die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten des Erhaltungsdienstes und von Ersatzteilen hiezu verrechnet.

Aufwendungen

Neben der Anschaffung von Streumaterial, Treibstoff werden hier die Überweisungen an die Länder gem. FAG 1993 als Ersatz für deren Ausgaben für das Personal des Erhaltungsdienstes und als Pauschalabgeltung für die Kosten der Projektierung, Bauleitung und Bauführung veranschlagt. Alle diese Ausgaben werden auf Grund der organisatorischen Zusammenfassung der Bundesstraßen B und S gemeinsam verrechnet und nur die betreffenden Ausgaben für die Autobahnen getrennt ausgewiesen.

Straßenforschung

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)
Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)

Anlagen

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, dh. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen B und S, vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1993, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1993 bestimmt.

Straßengesellschaften

Aufwendungen

Einerseits werden hier die Rückübertragung der Mauteinnahmen und die Zahlungen an die Österr. Autobahnen- und Schnellstraßen AG sowie an die Alpen Straßen AG und andererseits die Zahlungen an die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft) zur Vermeidung einer Haftungsinanspruchnahme des Bundes bzw. die als Ersatz der Kosten für die Errichtung der betreffenden Bundesstraßen an die Gesellschaften zu leistenden Zahlungen veranschlagt.

Titel 644 Wasserbauverwaltung

Gesetzliche Grundlagen

Wasserstraßendirektion-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Verträge betreffend die Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994.

Aufgaben

Führung der Geschäfte des Wasserbaues an Donau, March und Thaya und der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	121,6	200,8	322,4	203,2
1995	119,3	193,0	312,3	193,6
1995 vorl. Erf..	114,2	184,4	298,5	173,0
1996	113,1	193,1	306,2	193,6

Wasserstraßendirektion

Aufgaben

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schiffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem Teil der Thaya.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0,0 bis 19,4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

Aufwendungen

Im wesentlichen sind hier Mittel für Auftragsvergaben an Dritte zur Durchführung der Aufgaben der Wasserstraßendirektion veranschlagt.

Amt der Wasserstraßendirektion

Gemäß Bundesgesetz über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft", BGBl. Nr. 11/1992, wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz

Aufgaben

Die Wasserstraßendirektion ist geschäftsführende Stelle der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

Aufwendungen

Vorsorge für den Bundesanteil an dem in den Aufgaben zitierten Aufwand.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	854,2	142,4	996,5	58,8
1995	866,2	161,0	1 027,2	61,3
1995 vorl. Erf..	861,6	127,2	988,8	79,7
1996	858,0	156,0	1 014,0	106,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden auf Grund allgemeiner Kostensteigerungen höher angesetzt. Die Einnahmen wurden wegen zu erwartender Mehreinnahmen bei Eintrittsgebühren für Besichtigungen und bei Ersätzen der Bundesimmobilien GmbH. höher veranschlagt.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Aufgaben

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongreßzentrums.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

Aufgaben

Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)

Aufgaben

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfaßt Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive und des Bundesheeres in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen, Arbeits- und Invalidenämter und Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
		Millionen Schilling		
1994	52,2	892,5	944,7	396,9
1995	52,0	804,8	856,8	350,1
1995 vorl. Erf..	43,3	643,3	686,6	371,9
1996	43,3	683,8	727,1	350,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Durch die Übergabe von Liegenschaften an die Bundesimmobiliengesellschaft sind die Einnahmen niedriger veranschlagt. Die Ausgaben wurden für zu erwartende Liegenschaftsankäufe in Wien und Graz höher veranschlagt.

Betriebskosten und Hauserfordernisse

Organisation

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von 36 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen. Hievon sind 28 Bundesdienststellen und acht im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung.

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

Ausgaben

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG

Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993, stellt sich wie folgt dar:

	BVA 1996	BVA 1995 Millionen Schilling	Erfolg 1994
Bund: Mietenzahlungen der Ressorts (inkl. USt):			
Schulen	1 089	934	928
Universitäten	954	631	539
sonstige Nutzer	147	107	74
Summe Mietenzahlungen ...	2 190	1 672	1 541
BIG: Einnahmen (ohne USt):	2 079	1 611	1 401
Ausgaben:			
Aufwendungen (Instandhaltung, Zinsaufwand usw.):	341	254	173
Abfuhr Fruchtgenuß	1 107	600	545

Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	7 895,1	88,0
1995	7 279,3	19,1
1995 vorl. Erf.	7 447,0	77,3
1996	7 609,3	19,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Zur Konjunkturbelebung im Bereich der Bauwirtschaft wurden die Ausgaben geringfügig höher veranschlagt.

Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

A. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundesschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeninstitut Wien.

B. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Schulen der Wissenschaftsverwaltung

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Bauten für die Landesverteidigung

Die Ausgaben betreffend die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen, Zweckadaptierungen an denselben und die Errichtung neuer militärischer Objekte, wie zB Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen mit militärischen Wohnbauten.

Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Sonstige Bundesgebäude

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1996 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	800,0
Konjunkturbelebungsquote	600,0

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Gesetzliche Grundlagen

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 480/1980 und die dazu ergangenen Verordnungen.

Aufgaben

Angelegenheiten des Eich- und Vermessungswesens.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	724,7	139,3	864,0	237,4
1995	719,7	179,7	899,4	239,0
1995 vorl. Erf..	733,3	226,3	959,6	243,2
1996	728,5	183,7	912,2	239,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben wurden niedriger veranschlagt, da die Anschaffung von Hard- und Software für das Agrarflächen-Projekt 1995 abgeschlossen wurde.

Einrichtungen des Eichwesens

Aufgaben

Dem Eichwesen obliegt es:

1. die Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten aufzubewahren und für ihren Anschluß an die internationalen Etalons zu sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festzulegen;

2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Meßtechnik durch Verordnung festzulegen;

3. für die eichpflichtigen Meßgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen zu erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen" kundzumachen;

4. neue Meßgerätebauarten zur Eichung zuzulassen;

5. Meßgeräte zu eichen;

6. die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen zu überwachen;

7. im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes Meßgeräte zu prüfen, zu beglaubigen sowie entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten zu fördern; desgleichen, die Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte zu erlassen.

Einrichtungen des Vermessungswesens

Aufgaben

Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen"

Die von den Dienststellen der Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen" und den nachgeordneten Vermessungsämtern auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, u. zw.
   a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
   b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
   c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellement) und
   d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen.

Die unter Ziffer 2, 4 und 5 angeführten Aufgaben obliegen den Vermessungsämtern, die übrigen Aufgaben den Abteilungen dieser Gruppe.

Gruppe „Landesaufnahme“

Die Gruppe Landesaufnahme führt alle Arbeiten hinsichtlich Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes) durch.

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel bei den „Einrichtungen des Eichwesens“ und den „Einrichtungen des Vermessungswesens“ werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

Kapitel 65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt N.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	307,0	27 051,8	27 358,7	4 003,7
1995	341,3	26 563,0	26 904,3	3 902,3
1995 vorl. Erf.	316,3	26 935,9	27 252,3	4 346,9
1996	10 980,2	24 922,8	35 903,0	23 609,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Aufgaben

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr umfaßt die Angelegenheiten der Regionalförderung, soweit es sich um einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen im industriell-gewerblichen Bereich handelt, der Technologieförderung, des ERP-Fonds, der verstaatlichten oder staatseigenen Unternehmungen sowie des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums bzw. der Post fallen, der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung, der See- und Flußschiffahrt, des zivilen Luftverkehrs, des Kraftfahrwesens und der Straßenpolizei. Ferner werden die Belange der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen mit Ausnahme der Wasserleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen), der Post- und Telegraphenverwaltung (ab 1. Mai 1996 der Post- und Telekom Austria AG), der Schiffahrt und der Luftfahrt wahrgenommen.

Paragraph 6500 Zentralleitung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	261,3	130,2	391,5	213,4
1995	289,7	126,4	416,1	7,6
1995 vorl. Erf.	267,5	127,4	394,9	232,9
1996	265,4	129,9	395,3	8,9

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

An gesetzlichen Verpflichtungen sind für die Familienbeihilfen 5,6 Millionen Schilling und für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, sowie TER und JAA insgesamt 9,160 Millionen vorgesehen.

Daneben sind hier die Ausgaben für Sachverständigengutachten und sonstige Leistungen gemäß § 57 Abs. 3 und § 129 KFG 1967 und die öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Veranschlagt sind die sachlichen Ausgaben dieses Ressortbereiches, soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen.

Paragraph 6501 Schiffahrtspolizei

Gesetzliche Grundlagen

Schiffahrtsgesetz 1990, BGBl. Nr. 87/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 429/1995;

Verordnung des BMföWuV, BGBl. Nr. 160/1993.

Aufgaben

Der Schiffahrtspolizei obliegen auf Wasserstraßen, ausgenommen in die Landesvollziehung fallende, die Aufgaben der Schiffahrtspolizeibehörde und die Wahrnehmung der schiffahrtspolizeilichen Aufgaben gemäß Teil B des Schiffahrtsgesetzes 1990 (Überwachung der Einhaltung aller die Schiffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, Regelung der Schiffahrt einschließlich der Bezeichnung des Fahrwassers und Hilfeleistung bei Havarien).

Außenstellen (Strom-, Schleusen- bzw. Hafenaufsichten) gemäß § 37 Abs. 5 leg. cit. befinden sich in Hainburg, Wildungsmauer, Wien, Greifenstein, Tulln, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartszell.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Schilling		
1994	30,3	50,5	80,8	1,2
1995	34,0	32,3	66,3	19,2
1995 vorl. Erf.	32,9	26,4	59,3	57,9
1996	32,4	33,1	65,5	18,8

Anlagen

Die veranschlagten Mittel dienen dem Erwerb eines Flächenecholots. Bei den restlichen Posten sind die für die Erhaltung der Dienstbereitschaft der Schiffahrtspolizeiorgane erforderlichen Anschaffungen, wie Steganlagen, Zillen, Motore, Meßgeräte ua., budgetiert.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schiffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffahrtspolizeiaußenstellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Wallsee, Ottensheim, Aschach, Altenwörth, Abwinden-Asten, Melk und Greifenstein sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Paragraph 6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten

Gesetzliche Grundlagen

Fernmeldegesetz 1993, BGBl. Nr. 908/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 821/1995;

Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;

Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. . . /1996.

Aufgaben

Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:

Die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen, die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes. Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gem. § 2 Regionalradiogesetz.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	117,3	120,8
1995	118,8	110,0
1995 vorl. Erf.	110,0	133,5
1996	138,0	4 120,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben gegenüber 1995 resultiert aus der zu veranschlagenden Umsatzsteuer für die Leistungen durch die Post.

Bei den Einnahmen wurde das Konzessionsentgelt gemäß § 20a Fernmeldegesetz der Firma Ö-CALL veranschlagt.

Anlagen

Die veranschlagten Mittel dienen für den Erwerb bzw. Ersatz von Funkmeßfahrzeugen und -meßgeräten sowie für Hardware zur Planung von Privatrundfunksendern und Software für topographische Datenbank für Rundfunkplanung und Verträglichkeitsberechnungen im Sprechfunk.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung bzw. Wartung von Fahrzeugen und Funkmeßgeräten und den notwendigen Verwaltungsaufwand bestimmt.

Einnahmen

Aus den fernmeldebehördlichen Tätigkeiten werden Einnahmen aus dem Titel „Gebühren und Geld-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen" erzielt.

Einmalige Einnahmen aus Konzessionsentgelt.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

Gesetzliche Grundlagen

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. .../1996;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. Nr. 502/1995;

Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1994;

Poststrukturgesetz, BGBl. .../1996;

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbünde.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahn-Infrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gem. § 3 Bundesbahngesetz 1992 und § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.

Gemäß § 8 des Hochleistungsstreckengesetzes kann durch Verordnung der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Planung und der Bau bestimmter, zu Hochleistungsstrecken erklärter Eisenbahnen übertragen werden. Die der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG daraus erwachsenen Kosten sind gemäß § 11 des Hochleistungsstreckengesetzes durch den Bund zu ersetzen, soweit es sich nicht um Planungen und Baumaßnahmen handelt, für die Dritte die finanzielle Vorsorge zu tragen haben. Ebenso hat der Bund der Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft die Kosten gemäß § 4, BGBl. Nr. 502/1995, zu ersetzen.

Die Entwicklung des Straßenverkehrs macht spezifische Aktionen zur Hebung der Verkehrssicherheit vordringlich. Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — läßt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten. Die hiefür vorgesehenen Mittel stehen zweifellos in keinem Verhältnis zu den ersparten sozialen Kosten für Krankenhausaufenthalte, Rekonvaleszenz und Ausfall von Arbeitsleistungen.

Eine zielbewußte Verwaltungstätigkeit kann im Hinblick auf die immer komplizierter werdenden Fragenkomplexe kaum mehr auf Entscheidungshilfen verzichten, welche wissenschaftlich vorbereitet und auf interdisziplinären Grundlagen erstellt werden. So wird es auch im Verkehrsbereich immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange (Schiene, Straße, Luftfahrt, Post- und Telegrafenwesen usw.) objektive Beurteilungskriterien erfordert.

Im Bereich der Verkehrsverbünde ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbünden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust". Der Bund wird beim „Verkehrsverbund Ost-Region" die Hälfte, bei den dem Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) vorgelagerten Verkehrsverbünden „NÖ Süd/Burgenland Mitte", „Mostviertel/Zentralraum", „Waldviertel" und „Weinviertel" einen Mischsatz in Höhe von rd. 41% und bei den Verkehrsverbünden „Oberösterreich", „Salzburg", „Tirol", „Vorarlberg", „Steiermark" und „Kärnten" jeweils ein Drittel des gesamten Durchtarifierungsverlustes übernehmen.

Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	20 677,7	3 201,8
1995	20 480,5	3 585,0
1995 vorl. Erf.	20 788,9	3 571,2
1996	21 251,9	7 595,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Einnahmen ist auf die Veranschlagung der Konzessionsabgabe gem. Poststrukturgesetz zurückzuführen.

Aufwendungen

	Millionen Schilling
— Kosten für Eisenbahninfrastruktur	11 000,2
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB	8 037,0
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen	469,7
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen Post- und Telekom Austria AG	1 050,0
— Verkehrsverbünde	557,7
— Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr	42,3
— EU — TEN-Projekte	95,0

Einnahmen

— Entgelt für Benützung der Eisenbahninfrastruktur	3 100,0
— EU — TEN-Projekte	95,0
— Konzessionsabgabe Post- und Telekom Austria AG	4 400,0

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Bundesgesetz vom 17. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993 (ÖIAG-Gesetz und ÖIAG-Finanzierungsgesetz-Novelle 1993);

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol für die Gewährung von Förderungen aus der gemeinsamen Regionalen Innovationsprämie sowie Richtlinien des BMföWuV und der Bundesländer für die Technologie- und Strukturoffensive (Qualitätssicherung und Produktfindung).

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und Ergänzungen hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1 500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien U 3 und U 6 zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischem Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert. Schwerpunkte: Kombinierter Verkehr, Umsetzeinrichtungen zur Verkehrsverlagerung, Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Anschlußbahnen.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn—ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht-bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Konzessionen für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, der AG der Wiener Lokalbahnen hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Der Ansatz enthält daher auch die hiefür erforderlichen Mittel.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	6 032,0	414,1
1995	5 736,2	121,7
1995 vorl. Erf.	5 841,5	304,7
1996	2 308,3	148,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben ist im wesentlichen auf den voraussichtlichen Entfall der 3. Tranche des Gesellschafterdarlehens an die ÖIAG zurückzuführen.

Die Erhöhung der Einnahmen ist auf die Veranschlagung der Bezugsvorschußersätze der Beamten der Post- und Telekom Austria AG zurückzuführen.

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

1 500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen

80,934 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

108,559 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Regionalförderung; gleichzeitig Einnahmen von 0,644 Millionen Schilling aus dem Titel Rückzahlungen von in den Vorjahren gewährten Darlehen;

449,196 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

75,274 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Technologieförderungsprogramme;

14,316 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

Regionalförderung

Aus den regionalen Zinsenzuschußaktionen für Investitionskredite im gewerblich-industriellen Bereich (Oberösterreich, Burgenland) sind insgesamt 0,057 Millionen Schilling veranschlagt.

Für die mit den Bundesländern für neuabgegrenzte Problemgebiete im Jahr 1990 mit Laufzeit bis Ende 1992 vereinbarte Regionalförderungsaktion (Regionale Innovationsprämie, Regionale Infrastrukturförderung) und ihre Weiterführung bis Ende 1995 und die weitere Verlängerung bis Ende 1999 sind 102,986 Millionen Schilling veranschlagt.

Für das „Ostgrenz-Sonderprogramm", worin auch ein grenzüberschreitendes Innovations- und Gründerzentrum in Gmünd und weitere Projekte dieser Art in Kooperation mit Tschechien, Ungarn und Slowenien vorgesehen sind, wurde vorgesorgt.

Technologie-Anwendungsförderung

Für Förderungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987 sind 75,274 Millionen Schilling veranschlagt.

Derzeit sind vom ITF-Kuratorium folgende Förderungsschwerpunkte festgelegt: Umwelttechnik, flexible computerintegrierte Produktion für Klein- und Mittelbetriebe — Flex CIM, Verkehrstechnik, Energietechnik, Softwaretechnologie.

Für die mit allen Bundesländern eingerichteten Aktionsprogramme „Qualitätssicherung" und „Produktfindung" wurde entsprechend vorgesorgt.

Sonstige Förderungen

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 14,316 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen

Entgeltzahlungen an den ERP-Fonds für die Tätigkeit des ERP-Fonds als „Geschäftsführung des Innovations- und Technologiefonds" sowie Kosten von Gutachten und anderen Beratungstätigkeiten.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Gesetzliche Grundlagen

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 258/1995;

Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1995;

Gefahrgutbeförderungsgesetz — Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 430/1995.

Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	15,5	7,5	23,0	2,0
1995	17,6	11,8	29,4	1,8
1995 vorl. Erf..	15,9	9,3	25,2	1,8
1996	15,7	12,0	27,7	1,8

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds

Gesetzliche Grundlage

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 258/1995.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgnissen aus Veranlagungen.

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6;
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	36,4	49,5
1995	57,0	57,0
1995 vorl. Erf.	32,4	44,9
1996	56,0	56,0

Titel 659 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Gesetzliche Grundlage

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. xxx/1996

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1996	10666,7	993,6	11660,3	11660,3

Bei den Ausgaben ist der Aufwand für die Beamten der Post- und Telekom Austria AG entsprechend veranschlagt. Die Einnahmen stellen den Kostenersatz durch die vorgenannte AG dar.

Kapitel 71 Bundestheater

Die Bundestheater unterstehen dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Rechtliche Grundlage

Der Österreichische Bundestheaterverband wurde auf Grund des Erlasses des Bundeministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, ZA.E. 984-Präs/71, zuletzt geändert durch den Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 19. März 1976, Z AE 10 930/1-I/76 als Nachfolge der bisherigen Bundestheaterverwaltung geschaffen.

Organisation

Die Leitung des Österreichischen Bundestheaterverbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper und dem Generalsekretär. Zweck des Verbandes ist es, die Führung der österreichischen Bundestheater, nämlich des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper so zu koordinieren, daß unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung getragen wird.

Zu den Bundestheatern gehören:

1. das Burgtheater,
   das die Nachfolge des im Jahre 1776 gegründeten k. k. Hofburgtheaters angetreten hat und als repräsentatives Repertoiretheater für die dramatische Weltliteratur betrieben wird. Dem Burgtheater ist derzeit das Akademietheater angegliedert, das seine Spielzeit im Jahre 1923 begann. Fallweise werden auch Aufführungen in einem 3. Spielraum geboten.
2. die Staatsoper,
   die in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet wurde und ein repräsentatives Repertoiretheater für Oper und Ballett mit umfassender Literatur darstellt.
3. die Volksoper,
   die von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt wird und als repräsentatives Repertoiretheater für die volkstümliche Oper und Operette und ähnliche Werke geführt wird.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1994	2 317,0	719,9	3 036,9	651,1
1995	2 363,1	670,6	3 033,7	618,9
1995 vorl. Erf.	2 348,6	685,2	3 033,8	698,7
1996	2 383,6	644,0	3 027,6	673,0

Ausgaben

Personalausgaben

Der Aktivitätsaufwand umfaßt die Ausgaben für das künstlerische, technische und Verwaltungs-Personal, wobei für die reibungslose Abwicklung des Spielbetriebes die Erbringung von Mehrleistungen unerläßlich ist. Er beläuft sich auf 1 577,8 Millionen Schilling oder 52,1 vH des Gesamtaufwandes.

Der Pensionsaufwand, dessen gesetzliche Grundlage das Bundestheaterpensionsgesetz vom 9. Juli 1958, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995, bildet, hat im Jahre 1996 eine Größenordnung von 805,8 Millionen Schilling erreicht, was einen Anteil von 26,6 vH der Gesamtausgaben des Kapitels 71 bedeutet.

Sachausgaben

Die gesamten Sachausgaben sind mit einem Betrag von 644,0 Millionen Schilling, das sind 21,3 vH der Gesamtausgaben, veranschlagt. Davon sind für Investitionen 158,0 Millionen Schilling und für Aufwendungen (einschl. gesetzliche Verpflichtungen) zur Aufrechterhaltung des Betriebes 486,0 Millionen Schilling präliminiert. Das Sonderinvestitionsprogramm sieht die notwendige Erneuerung der bühnentechnischen Anlagen innerhalb der Bundestheater vor.

An auswärtigen Gastspielen sind Tourneen des Burgtheaters nach Bregenz, Graz, Villach, Antwerpen, Athen, Berlin, Japan, Meiningen, Mülheim, Paris, Rom, Wiesbaden und eine Arbeiterkammer-Tournee geplant.

Einnahmen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde der Trend eines anhaltend guten Theaterbesuches und der Opernball berücksichtigt. Weiters wurde davon ausgegangen, daß verschiedene Organisationen, wie das Theater der Jugend, der Kulturring der Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen angeboten erhalten.

Besucherzahlen

	1992	1993	1994
Burgtheater	296 201 [1]	281 849 [1]	284 795 [1]
Akademietheater	128 494	126 211	124 325
Staatsoper	590 135	588 760	401 602
Volksoper	386 019	369 155	383 653

[1] Einschließlich Lusterboden, Vestibül (bis 30. Juni 1993) und Kasino.

Kapitel 75 Alkohol (Monopol)

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Monopolverwaltung ist durch das Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, geregelt. Ihre Aufgaben werden zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols aufgeteilt. Die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete zur Besorgung der Wirtschaftsverwaltung der kaufmännischen Geschäfte der Monopolverwaltung bestimmte Dienststelle; sie hat sich hiebei nach den grundsätzlichen Weisungen des Bundesministeriums für Finanzen zu richten.

Aufgaben

Die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols übernimmt in landwirtschaftlichen Brennereien und Melassebrennereien erzeugten Alkohol, veranlaßt dessen Reinigung und trifft die Dispositionen bezüglich Versand, Lagerung und Verkauf. Das Bundesministerium für Finanzen setzt die Übernahmepreise für den abgelieferten Alkohol sowie die Reinigungsentgelte fest.

Brennereien

In landwirtschaftlichen Brennereien werden inländische Kartoffeln, Getreide und andere stärkehaltige Rohstoffe, in Melassebrennereien Rübenstoffe zu Alkohol verarbeitet, der bis zu bestimmten Mengen an die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols abgeliefert werden kann, die ihrerseits den jeweils festgesetzten Übernahmepreis bezahlt. Andere Brennereien unterliegen der Besteuerung.

Erzeugungsmengen

Den landwirtschaftlichen Brennereien und Melassebrennereien sind gemäß §§ 96 und 97 des Alkohol — Steuer und Monopolgesetzes 1995 bestimmte Anteile am Jahresbedarf der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, den sie zur Herstellung von alkoholischen Getränken, Aromen, kosmetischen Erzeugnissen, Arzneimitteln, Essig und zur Abgabe für häusliche Zwecke verkauft, zugewiesen. Die Anteile gelten für die Herstellung von Alkohol aus bestimmten Rohstoffen. Für innerhalb der Anteile hergestellten und abgelieferten Alkohol werden Übernahmepreise berechnet. Die für gewerbliche Brennereien gemäß § 96 Abs. 2 Z 3 des Alkohol — Steuer und Monopolgesetzes 1995 vorgesehenen Anteile werden von einzelnen landwirtschaftlichen Brennereien ausgenützt.

Verkaufspreise

Die Verkaufspreise für den von der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols abgegebenen Alkohol werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" verlautbart.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	12,4	296,6	309,0	1 149,7
1995	11,7	242,5	254,3	348,3
1995 vorl. Erf..	11,1	235,6	246,7	285,4
1996	10,9	240,3	251,2	67,6

Unterschiede der Gebarung

Infolge geänderter Rechtslage fehlt im Verkaufspreis des Jahres 1996 der Fiskalanteil zur Gänze. Darüber hinaus wird es zu einer Verringerung der Alkoholübernahme bzw. der Verkaufsmenge kommen. Beide Maßnahmen bewirken erheblich niedrigere Einnahmen.

Kapitel 77 Österreichische Bundesforste

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz vom 17. November 1977 über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste", BGBl. Nr. 610/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 870/1992.

Aufgaben

Den Österreichischen Bundesforsten obliegt vor allem die Erzielung eines bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Erfolges bei der Produktion und der Verwertung des Rohstoffes Holz und der forstlichen Nebenprodukte. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist auf die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes, weiters auf die Interessen der Landwirtschaft sowie auf sonstige öffentliche Interessen Bedacht zu nehmen.

Organisation

Zur Leitung der Österreichischen Bundesforste ist der Vorstand berufen, der an die Weisungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gebunden ist. Dem Wirtschaftsrat obliegt es, die vom Vorstand vorgelegten Berichte zu beraten und die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen. Die Betriebsführung wird von 52 Forstverwaltungen besorgt, die der Generaldirektion unterstellt sind. Von diesen liegen in Niederösterreich 10, Oberösterreich 11, Salzburg 14, Tirol 8, der Steiermark 7 und in Kärnten 2 Forstverwaltungen.

Zu den Bundesforsten gehören ferner die Bau- und Maschinenhöfe in Wien-Hütteldorf, in Steinkogl bei Ebensee, in Molln, in St. Johann im Pongau und in Kramsach in Tirol. Als Nebenbetriebe werden die Sägewerke in Gußwerk und in Amstetten geführt.

Gesamtgebarung

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	1 190,4	779,9	1 970,3	2 079,0
1995	1 215,8	686,3	1 902,1	2 082,3
1995 vorl. Erf.	1 174,4	709,2	1 883,7	2 104,7
1996	1 171,4	649,0	1 820,4	2 197,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Für 1996 wird mit höheren Einnahmen aus Rohholzverkäufen gerechnet.

Personalausgaben

In den Personalausgaben sind die Ausgaben für die Bezüge der aktiven Arbeiter und Angestellten, der Provisions- und Pensionsparteien sowie jene für die gesetzlichen Dienstgeberbeiträge vorgesehen.

Anlagen

Bei den Anlagen sind 169,9 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar für Liegenschaften nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 84,9 Millionen Schilling, für Forstaufschließungen 4,0 Millionen Schilling, für Maschinen und Werkzeuge 31,8 Millionen Schilling, für Hochbauten 9,1 Millionen Schilling, für die Erneuerung des Fahrparks 25,3 Millionen Schilling und für sonstige wertvermehrende Vorhaben 14,8 Millionen Schilling.

Die ständige Kostenprogression zwingt auch weiterhin zu besonderen Rationalisierungsmaßnahmen im Betriebsablauf zur Steigerung der Produktivität. Dem Ansteigen der Personalkosten wird auch hinkünftig nur durch Maschineneinsatz unter Verwendung der technologisch zweckmäßigsten Geräte im Rahmen der natürlichen Gegebenheiten sowohl bei der Kultur als auch bei der Holzernte sowie durch Verwaltungskonzentration und -automation zu begegnen sein.

Der Neubau von Forststraßen nimmt weiter ab, da die geplante Forstaufschließungsdichte in vielen Gebieten bereits erreicht wurde bzw. in naher Zukunft erreicht werden wird.

Förderungen

Zu den Förderungen zählen die Bezugs-, Lohn- und Pensionsvorschüsse, Beiträge für Forschungsaufgaben, kulturelle bzw. wissenschaftliche Zwecke und die Darlehen für Siedlungsbauten.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind veranschlagt: Die „Gesetzlichen Verpflichtungen", und zwar die Grundsteuer, sonstige Abgaben und Beiträge auf der Basis der Grundsteuermeßbeträge, Gebühren, Kommunalsteuer, Pflegegelder und andere öffentliche Abgaben. Bei den „Aufwendungen" sind neben den für die ordnungsgemäße Führung des Gesamtbetriebes erforderlichen Ausgaben auch die Verwaltungserfordernisse, Reisekosten, Aufwandsentschädigungen und Mittel für die Schutzwaldsanierung erfaßt.

Holzeinschlag

Der vorgesehene Einschlag 1996 beträgt rund 2 110 000 fm. Hievon werden rund 200 000 fm als Servitutsholz abgegeben werden müssen, sodaß rund 1 910 000 fm frei verfügbar bleiben.

Der tatsächliche Einschlag im Jahre 1995 betrug 2 046 000 fm, hievon in der Endnutzung 1 552 000 fm und in der Vornutzung 494 000 fm.

Vom freien Einschlag mit rund 1 910 000 fm sollen im Jahre 1996 rund 1 320 000 fm in Regie genutzt werden. Für Eigenbedarf sind hievon 12 000 fm vorgesehen. Für Abgaben am Stock sind 475 000 fm geplant; hievon entfallen auf den Eigenbedarf (Deputathölzer für Arbeiter) 17 000 fm und auf den Verkauf 458 000 fm. Diese Schlägerungen werden hauptsächlich in Waldorten zugewiesen, wo besonders ungünstige Verhältnisse eine Nutzung in Regie als nicht rentabel ausschließen.

Bei den Sägewerken ist ein Einschnitt von rund 130 000 fm Rundholz vorgesehen.

Einnahmen

Die Betriebseinnahmen ergeben sich überwiegend
- aus der Verwertung von Roh- und Schnittholz,
- weiters aus Erträgnissen der Land- und Almwirtschaft durch Verpachtung von Grundstücken,
- aus der Jagd und Fischerei durch Verpachtungen, Abschußvergaben, Verkauf von Wildbret und ähnlichem,
- bei den anderen Nebenwirtschaften aus der Verwertung von Sand- und Schottergruben sowie aus den Verpachtungen und Vermietungen verschiedener Objekte.

Einforstungsrechte

Außer den normalen Betriebsaufwendungen haben die Bundesforste noch Leistungen im Rahmen der Einforstungsrechte zu erbringen, die sich auf den Gebarungserfolg auswirken. Der Wert dieser Leistungen im Jahre 1995 stellt sich wie folgt dar:

Nutz- (133 415 fm) und Brennholz (45 027 fm) sowie Elementarholz und Ablösen (2 579 fm) im Wert von insgesamt rund 86 Millionen Schilling, Streu (1 808 rm) und Weide (31 700 Rindergräser) im Wert von zusammen 24 Millionen Schilling.

Der Gesamtwert der Leistungen hat 1995 rund 110 Millionen Schilling betragen. Die Bewertung erfolgt auf der Basis ortsüblicher Preise.

Außerdem haben die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten von rund 25 Millionen Schilling zu tragen, die noch aus der Zeit vor der Schaffung des eigenen Wirtschaftskörpers datieren.

Festzustellen ist auch, daß bei der Waldbewirtschaftung in erhöhtem Ausmaß auf das Landschaftsbild und die Sozialfunktionen des Waldes Bedacht zu nehmen ist, was nicht immer ohne Mehraufwendungen oder Einnahmenausfälle möglich ist.

Für 1996 erwartet man einen Überschuß von 376,6 Millionen Schilling.

Konjunkturausgleich — Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	7,600
Konjunkturbelebungsquote	7,600

Der Einsatz zusätzlicher Mittel ist für den Ankauf von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Werkzeugen sowie von Material für den Straßen- und Hochbau vorgesehen.

Kapitel 78 Post- und Telegraphenverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt L, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundeshaushalt gemäß Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995.

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung bilden:

1. Auf dem Inlandspostsektor:

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 906/1993.

Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 96/1994, erlassen.

Die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1989 über die Neufestsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 42/1989, zuletzt geändert durch die Kundmachung vom 12. Dezember 1991, PuTVBl. Nr. 44/1991.

2. Auf dem Auslandspostsektor:

Die Urkunden des Weltpostvereins (Seoul 1994); die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Feber 1950 [1]) erlassene Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 23. September 1987 über die Neufestsetzung der Auslandspostgebühren mit Wirksamkeit vom 1. Feber 1986, BGBl. Nr. 455/1987, zuletzt geändert durch Verordnung, BGBl. Nr. 856/1994;

die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1989 über die Neufestsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 42/1989, zuletzt geändert durch die Kundmachung vom 12. Dezember 1991, PuTVBl. Nr. 44/1991.

3. Auf dem Inlandsfernmeldesektor:

Das Fernmeldegesetz 1993, BGBl. Nr. 908/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 821/1995:

Die Fernsprechordnung, BGBl. Nr. 276/1966; die Telegraphenordnung, BGBl. Nr. 83/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 617/1977; die Bildübertragungsordnung, BGBl. Nr. 247/1964; die Verordnung über die Benützung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Fernschreibanlagen und über die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb von privaten Fernschreibanlagen, BGBl. Nr. 216/1955, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 111/1965 sind als Geschäftsbedingungen sinngemäß anzuwenden; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Rundfunk- und Fernsehrundfunk-Empfangsanlagen, BGBl. Nr. 333/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 504/1995;

das Fernmeldegebührengesetz, BGBl. Nr. 170/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 637/1994; das Telegraphenwegegesetz, BGBl. Nr. 435/1929, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 20/1970.

4. Auf dem Auslandsfernmeldesektor:

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf, 1992), die Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste; die mit Verordnung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 9. Oktober 1977, BGBl. Nr. 527/1977, dem Bundesministerium für Verkehr erteilten Ermächtigungen;

---

[1]) § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, StGBl. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

das Übereinkommen und das Betriebsübereinkommen über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT" samt Anlage(n), beide im BGBl. Nr. 343/1973, sowie das Übereinkommen und die Betriebsvereinbarung über die Europäische Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT" samt Anlagen, beide im BGBl. Nr 350/1985.

5. Bei der Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen auf Straßen (Omnibusdienst):

Für den Kraftfahrlinienverkehr das Kraftfahrliniengesetz, BGBl. Nr. 84/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 128/1993, sowie die auf Grund dieses Gesetzes kundgemachte 1. Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 206/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 904/1994, und

für den Gelegenheitsverkehr das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl. Nr. 85/1952, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 129/1993, sowie die Betriebsordnung für den nichtlinienmäßigen Personenverkehr, BGBl. Nr. 951/1993, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 1028/1994.

Aufgaben

Der Post- und Telegraphenverwaltung obliegen postbehördliche und gebührenrechtliche Angelegenheiten des Inlandsdienstes sowie die vollzugsdienstlichen Angelegenheiten des Postverkehrs, wie die Annahme, Weiterleitung und Abgabe von Briefsendungen und Paketen, die Übermittlung und Einziehung von Geldbeträgen, die Einzahlung und Auszahlung im Spar- und Scheckverkehr der Österreichischen Postsparkasse sowie sonstige Leistungen im Sinne des § 14 des Postgesetzes; die Vollziehung der Urkunden des Weltpostvereines; die Abrechnung über den gesamten Auslandspostverkehr einschließlich der Flugpost; der Abschluß und die Vollziehung der Sonderübereinkommen mit fremden Postverwaltungen; die Festsetzung der Auslandspostgebühren; die Verbindung mit dem Internationalen Büro des Weltpostvereines in Bern; das Postkurswesen und die Postverbindungen mit dem Ausland einschließlich des Flugpostverkehrs; die Anwendung der Zollvorschriften im Auslandspostdienst; die Aufsicht über Rundfunk- und Fernsehrundfunk-Empfangsanlagen; die Regelung des Dienstes und Betriebes der dem öffentlichen Verkehr dienenden Fernmeldeanlagen; die Bereitstellung und der Betrieb des öffentlichen Fernmeldenetzes; die Geltendmachung des Leitungsrechtes für Fernmeldeanlagen; die Beförderung von Personen und Sachen im Rahmen des Postautoverkehrs.

Gemäß Art. 7 der EG-Richtlinie 90/388/EWG über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste hat die Erteilung der Betriebsgenehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und der verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen von einer von den Fernmeldeorganisationen unabhängigen Einrichtung durchgeführt zu werden. Entsprechend dieser Auflage der EG-Kommission war es erforderlich, die o. a. hoheitsrechtlichen fernmeldebehördlichen Tätigkeiten aus dem Bereich der PTV auszugliedern und die mit diesen Agenden betraute neugeschaffene Stelle per 1. Jänner 1993 in der Sektion IV des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Kapitel 65, einzurichten. Die gesetzmäßige Durchführung dieser Ausgliederung bzw. Überstellung erfolgte durch eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 — BMG, BGBl. Nr. 76/1986, und zwar durch BGBl. Nr. 25/1993.

Weiters obliegt der Post- und Telegraphenverwaltung die Wahrnehmung der aus den Eigentumsrechten des Bundes an der Radio-Austria AG, der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. und der Post- und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft erfließenden Rechte und Befugnisse.

Organisation

Die oberste Leitung obliegt der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die als Sektion III dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr eingegliedert ist.

Der Generaldirektion nachgeordnet sind die Post- und Telegraphendirektionen mit dem Sitz in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz (mit dem Post- und Telegrapheninspektorat in Salzburg) und Wien.

Den Post- und Telegraphendirektionen nachgeordnet sind die Dienststellen des ausübenden Dienstes, und zwar 2 340 Postämter, 310 Poststellen, 13 Fernmeldebauämter, 6 Fernmeldebetriebsämter, 5 Rundfunkämter und 6 Postautoleitungen (Stand 1. Juni 1995).

Im Bereich der Post- und Telegraphendirektion Wien bestehen ferner als selbständige Dienststellen das Fernsprechbetriebsamt, das Fernamt Wien, die Telegraphenzentralstation, das Fernmeldegebührenamt und die Lehrwerkstätte (vormals Fernmeldemonteurschule).

Für das gesamte Bundesgebiet zuständig und daher der Generaldirektion unmittelbar nachgeordnet sind das Fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Fernmelde-

zeugverwaltung, die Postzeugverwaltung und das Rechenzentrum der Post- und Telegraphenverwaltung.

Verkehrsentwicklung

Post- und Fernmeldedienst

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
				Anzahl in Tausend				
a) **Postsendungen** (Inland und Ausland [1])	3 156 005	3 302 985	3 485 984	3 508 518	3 503 838	3 372 885	3 573 319	3 792 458
b) **Ein- und Auszahlungen im Spar- und Scheckverkehr** [1]	102 542	103 530	103 896	101 569	96 810	92 883	87 982	81 945
c) **Telegraph:**								
Inland:								
Telegramme	1 279	1 270	1 251	1 248	1 213	1 169	1 145	1 132
Wörter	29 075	29 332	28 489	28 457	28 160	26 628	26 474	25 964
Ausland:								
Telegramme	458	449	440	442	391	327	264	116
Wörter	12 466	12 058	11 400	11 432	9 904	8 163	6 471	2 847
d) **Fernschreiber:**								
Selbstwählverkehr, Inland und Ausland (Gebühreneinheiten S 1,—)	330 001	305 232	227 250	171 672	125 623	94 044	64 787	48 300
e) **Fernsprecher:**								
Inland:								
Handvermittelter Verkehr — Gespräche	16	19	17	18	27	32	36	41
Minuten	370	403	290	270	311	349	320	299
Selbstwählverkehr — Gebührenstunden [2]	470 120	443 271	456 267	481 452	529 439	571 350	637 117	666 374
Ausland:								
Minuten	773 642	856 674	989 728	1 132 647	1 278 772	1 407 705	1 536 360	1 594 669

Postautodienst

Der Postautodienst dient der Personen- und Sachbeförderung überwiegend im Überlandverkehr; die Fahrzeuge des Post- und Fernmeldedienstes werden für die Postbeförderung zwischen den Postdienststellen, für den Einsammel- und Zustelldienst von Postsendungen sowie den Materialtransport für den Bau- und Erhaltungsdienst verwendet.

Derzeit werden im Inland 672 Kraftfahrlinien, davon 18 Saisonlinien, betrieben. Mit den 28 zwischenstaatlichen Linien (15 nach Deutschland, 4 nach Italien, 4 nach Ungarn, 2 nach der Schweiz und 3 nach Tschechien) beträgt die Gesamtzahl der Linien 703. Die einfache Streckenlänge dieser Linien beträgt rund 30 400 Kilometer.

Im Jahre 1994 wurden im Liniendienst (Inland und Ausland) bei einer Leistung von rund 78,9 Millionen Kilometern 136,5 Millionen Personen befördert. Die Gesamtfahrleistung aller Omnibusse unter Einbeziehung der Fahrten im Gelegenheitsverkehr und der Regieleistungen betrug 82,8 Millionen Kilometer. Von den Fahrgästen entfielen allein auf die Schüler mit einer 50%igen Fahrpreisermäßigung 66,5%.

Für den Post- und Fernmeldedienst wurden Leistungen von rund 120,0 Millionen Kilometern erbracht. Darüber hinaus wurden noch mit den Mopeds 8,9 Millionen Kilometer gefahren. Die Gesamtfahrleistung im Postautodienst betrug demnach 211,7 Millionen Kilometer.

Gesamtgebarung

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1994	32 169,5	19 336,7	51 506,2	61 286,7
1995	32 647,9	20 963,6	53 611,5	64 107,8
1995 vorl. Erf.	32 476,1	20 911,8	53 387,8	63 112,7
1996	10 818,2	10 139,5	20 957,7	22 357,7

[1]) Stückzahl.

[2]) Ortsverkehr und Inlandsfernverkehr sowie Fernverkehr nach den in den Selbstwählverkehr einbezogenen Ländern.

Unterschiede gegen Vorjahre

Infolge Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung beinhaltet der Voranschlag 1996 die voraussichtlichen Ausgaben und Einnahmen für die Monate Jänner bis April 1996.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 ergibt sich angesichts der weiteren Bemühungen der Bundesregierung in Richtung der Konsolidierung des Bundeshaushaltes vornehmlich durch ausgabenseitige Einschränkungen sowie durch verstärkte Unternehmenszielsetzungen, die Post- und Telegraphenverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen auszubauen, folgendes Bild:

Ausgaben

Personalausgaben

Eine Steigerung der Personalausgaben konnte durch Überstundenreduktionen und Personaleinsparungen sowie durch moderate Bezugserhöhungen verhindert werden.

Sachausgaben

Die Sachausgaben weisen in ihrer Gesamtsumme, auf das ganze Jahr gerechnet, gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 zwar eine Erhöhung auf, die jedoch überwiegend die Ausgaben für Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren betrifft. Bei dem auch weiterhin erwarteten günstigen Verlauf der Verkehrsentwicklung, der sich in entsprechend hohen Betriebseinnahmen niederschlägt, waren aber auch die Voranschlagsbeträge für die auf Grund der zu erbringenden Betriebsleistungen zwangsläufig anfallenden Aufwendungen anzuheben, um einen geordneten Ablauf der Betriebsleistungen und damit das Einnahmenaufkommen sicherzustellen.

Einnahmen

Bei der Festsetzung der Betriebseinnahmen wurde die bisherige günstige Verkehrsentwicklung berücksichtigt.

Höhere Einnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995, auf das ganze Jahr gerechnet, werden bei den Gebührenansätzen (Postgebühren, Telegraphengebühren, Gebühren für Datenübertragungsdienste, Fernsprechgebühren) erwartet.

Auch im Omnibusverkehr ist mit einer Steigerung der Erträge zu rechnen.

Höhere Einnahmen sind auch bei der Vergütung der Österreichischen Postsparkasse zu erwarten.

Verwendung der Sachausgaben

Fernmeldeanlagen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
0,3	0,9	0,9	–0,6	–0,6

Die Ausgaben sind für die Abdeckung laufender finanzieller Verpflichtungen für aktivierungsfähige Rechte im Bereich des Fernmeldedienstes veranschlagt.

Sonstige Anlagen der PTV nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
178,6	168,4	208,6	+10,2	–30,0

Seit dem Bundesvoranschlag 1991 beruht die Festlegung der Ausgabenbeträge bei diesem VA-Ansatz auf dem Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 734/1995 (FMIG-Novelle 1995).

Postautodienst

Zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrzeugparks ist auch für das Jahr 1996 die Beschaffung neuer Fahrzeuge vorgesehen. Dadurch soll, den Betriebserfordernissen Rechnung tragend, das Ausscheiden alter und unwirtschaftlicher Fahrzeuge ermöglicht werden.

Die Anzahl der zu beschaffenden Omnibusse und Regiefahrzeuge für den Postdienst richtet sich nach den im Fahrzeugplan für 1996 vorgesehenen Höchstständen.

Durch die Beschaffung moderner Werkstatt- und Garagenausrüstungen, wie zB Waschanlagen und Prüfstände, soll neben der Erleichterung der Arbeitsbedingungen auch ein Rationalisierungseffekt erzielt werden. Ferner wird mit der Erneuerung von Tankanlagen das Grundwasser geschützt und damit ein Beitrag für den Umweltschutz geleistet.

Maschinen, Betriebsmittel und nichtmotorisierte Fahrzeuge

Mit den vorgesehenen Beträgen wird die Ausstattung der großen Umleitepostämter mit postbetriebstechnischen Anlagen fortgeführt.

Die für Maschinen für den Büro- und Betriebsdienst sowie für Betriebsmittel vorgesehenen Beträge sind größtenteils für Ersatzanschaffungen bestimmt.

Kapitalbeteiligungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
0,0	0,2	1,0	–0,2	–1,0

Bei diesem VA-Ansatz gelangen nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesellschaftsorgane der Radio-Austria AG, der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. und der Post- und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft allfällige Kapitaleinzahlungen des Bundes zur Verrechnung. Nach derzeitigem Stand sind im Jahre 1996 Kapitaleinzahlungen an die vorgenannten Unternehmungen nicht vorgesehen.

Förderungen (D)

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
17,3	51,6	63,5	–34,3	–46,2

Bezugs- und Pensionsvorschüsse

Die veranschlagten Beträge sind für die Auszahlung dringlicher Bezugs- und Pensionsvorschüsse vorgesehen.

Anlagen nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
3,9	3,1	18,8	+0,8	–14,9

Nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen sollen die zur Verfügung stehenden Beträge vornehmlich für den Neubau und Umbau von Postämtern, Wählämtern und Postautostellen sowie für die entsprechenden Liegenschaftskäufe eingesetzt werden.

Förderungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
3,0	9,1	9,8	–6,1	–6,8

Die der Freizeitgestaltung und der Erhaltung des physischen und psychischen Wohlbefindens der Post- und Telegraphenbediensteten dienenden Postsport- und Postmusikvereine sowie die kulturellen bzw. künstlerischen Aktivitäten der Post- und Telegraphenbediensteten werden finanziell unterstützt; außerdem werden Teile des Betriebsaufwandes von Postsportvereinen abgegolten. Des weiteren ist ein Förderungsbeitrag für die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg" vorgesehen.

Die für das „Sozialwerk der Post- und Fernmeldebediensteten" vorgesehenen Mittel sind für die Betreuung der Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung, ihrer ehemaligen Bediensteten und deren Angehörigen sowie Hinterbliebenen durch soziale Maßnahmen, insbesondere durch die Führung der Ferienhäuser des Sozialwerkes, bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
428,4	1 268,7	1 041,6	–840,3	–613,2

Bei diesem VA-Ansatz sind die Erfordernisse für die Weitergabe von Gebührenanteilen bzw. von Einnahmen aus dem Post-, Fernmelde- und Omnibusdienst, die öffentlichen Abgaben (einschließlich der Nachzahlungen an Lohnsteuer und Dienstgeberbeiträgen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz 1967 idgF), die Verschleißeranteile, die Beiträge an internationale Institutionen und die Zahlungen aufgrund des Pflegegeldgesetzes veranschlagt.

Aufwendungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
2 483,1	6 981,5	6 676,3	–4 498,4	–4 193,2

Allgemeine Betriebsausgaben

Die veranschlagten Beträge werden insbesondere für die Postbeförderung durch die Österreichischen Bundesbahnen für Beleuchtung und Beheizung, für die Reinigung von Dienststellen und öffentlichen Fernsprechzellen, für die Bewachung von Geldtransporten, für die Herstellung von Briefmarken, Druckwerken und Drucksorten, für die Anmietung sowie den laufenden Aufwand der ADV-Anlagen einschließlich der berufsbegleitenden Fortbildung von Bediensteten auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung im In- und Ausland und ferner für die Beschaffung und Instandhaltung der Betriebsmittel, der Dienstkleider und der persönlichen Schutzausrüstungen verwendet. Größere Beträge sind auch für Reisegebühren — wobei darauf überwiegend Gebühren für Dienstzuteilungen entfallen — und für Aufwandsentschädigungen vorgesehen. Die Ausgaben an Provisionen für die Werbung im Rahmen der Postreklame und die Aufwendungen für die Stromkreisanmietungen und anteiligen Betriebskosten an den internationalen Seekabelanlagen sowie für die Benützung zwischenstaatlicher kommerzieller Nachrichten-Satellitensysteme und die Gebühren für den im Wege der Österreichischen Postsparkasse abgewickelten Zahlungsverkehr werden ebenfalls zu Lasten dieses VA-Ansatzes bestritten.

Postautodienst

Die zur Verfügung stehenden Ausgabenbeträge sind für die Instandhaltung der Fahrzeuge, für die Ersatzteilbeschaffung, für die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen und für die Bereifung sowie für die Deckung des Aufwandes für die Verkehrsabwicklung und den sonstigen Betriebsaufwand bestimmt. Außerdem ergeben sich Aufwendungen für Fahrzeugmieten und für die Haftpflichtversicherung im Kraftfahrdienst.

Fernmeldeanlagen der Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationstechnik

Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen ist die Beschaffung jener Materialien, elektrischer Bauelemente und Ersatzteile vorgesehen, welche zur Aufrechterhaltung des betriebssicheren Zustandes sämtlicher Übertragungs-, Richtfunk- und Stromversorgungsanlagen sowie der Anlagen

der Fernmeldesatelliten- und Mobilkommunikationstechnik benötigt werden. Ferner werden mit den veranschlagten Beträgen die Ausgaben für die Instandhaltungsarbeiten, für die Wartung sowie für die Reparatur von Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationseinrichtungen bestritten.

Fernmeldeanlagen der Vermittlungstechnik

Bei den Anlagen der Fernsprechvermittlungstechnik sollen mit den vorgesehenen Beträgen jene Anschaffungen und Reparaturen durchgeführt werden, die für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprechanlagen erforderlich sind.

Fernmeldeanlagen der Linientechnik

Mit den veranschlagten Beträgen werden Kabel, blanke und isolierte Drähte, Leitungsmaste und Fernmeldebauzeug zur Erhaltung des gesamten Fernmeldeleitungsnetzes und der Teilnehmerstellen beschafft sowie Instandhaltungs- und Wartungsleistungen durch postfremde Personen und Unternehmen finanziert.

Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik

Mit den vorgesehenen Mitteln sind jene Anschaffungen und Instandhaltungen zu bestreiten, die zum Betrieb des Fernschreib- und Datennetzes sowie der Einrichtungen für die Dienste „PAN" und „MAN" erforderlich sind.

Hochbauwesen

Die vorgesehenen Beträge dienen der Erhaltung des umfangreichen Gebäudebestandes der Post- und Telegraphenverwaltung sowie der Anmietung von Gebäuden und Räumen.

Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
2,2	3,1	3,2	–0,9	–1,0

Vom vorgesehenen Betrag werden auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der III. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1984, BGBl. Nr. 161/1983, und auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 in Innsbruck (Paralympics), BGBl. Nr. 164/1987, den hiefür in Betracht kommenden Organisationskomitees Restzahlungen zur Verfügung gestellt werden.

Weiters ist die Förderung des Verbandes österreichischer Philatelistenvereine mit ca. 2,2 Millionen Schilling in Aussicht genommen.

Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
7 020,6	12 423,2	11 310,5	–5 402,6	–4 289,9

Die auf Grund der FMIG-Novelle 1995, BGBl. Nr. 734/1995, zur Verfügung stehenden Mittel sowie die zusätzlich im Wege einer Zwischenfinanzierung aufzubringenden Beträge dienen der Durchführung von Fernmeldeinvestitionsvorhaben, insbesondere der Herstellung von neuen Fernsprechhauptanschlüssen, dem forcierten Ausbau der neuen wartungsarmen, vollelektronischen, digitalen Fernsprechvermittlungssysteme sowie dem weiteren nachfragekonformen Ausbau zukunftsweisender neuer Dienste, der Errichtung der dafür erforderlichen Hochbauvorhaben sowie der Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst.

Fernmeldeanlagen der Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationstechnik

Unter anderem sind im Voranschlag 1996 für Bestellungen rund 373,3 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag werden die Ausgaben für die Errichtung von Übertragungs-, Richtfunk-, Mobilkommunikations- und Stromversorgungsanlagen sowie für Einrichtungen für Fernmeldesatellitenverbindungen und für den Erwerb von Stromkreisen in interkontinentalen Übertragungswegen gedeckt.

Fernmeldeanlagen der Vermittlungstechnik

Für Bestellaufträge der Fernsprechvermittlungstechnik (Teilnehmer- und Vorfeldeinrichtungen sowie technische Einrichtungen für den Orts- und Fernverkehr) sind 1 467,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Fernmeldeanlagen der Linientechnik

Mit dem im Voranschlag 1996 vorgesehenen Betrag von 1 278,3 Millionen Schilling werden Kosten für den Leitungsnetzausbau, für Teilnehmeranschlußherstellungen, für die dem technischen Bedarf entsprechende Verlegung der Leitungen und für die Beschaffung des hiefür erforderlichen Fernmeldebauzeuges abgedeckt.

Außerdem sind Beschaffungen von Werkzeugen, Geräten und Maschinen des Fernmeldedienstes in Höhe von 67,6 Millionen Schilling laut Voranschlag vorgesehen.

Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik

Für den Text- und Datendienst sind im Jahre 1996 88,0 Millionen Schilling bestimmt. Damit werden vermittlungs- und übertragungstechnische Einrichtungen für den weiteren Ausbau des Datennetzes sowie Einrichtungen für die Dienste „PAN" und „MAN" beschafft.

Hochbauwesen

Für Bestellungen und Liegenschaftskäufe des Hochbausektors (Fernsprechhochbau, allgemeiner Fernmeldehochbau, kombinierter Post- und Fernmeldehochbau sowie Post- und Postautohochbau) sind 479,6 Millionen Schilling bestimmt. Dieser Betrag ist hauptsächlich für die Errichtung von Neubauten, Erweiterungsbauten und Umbauten zur Unterbringung der vermittlungstechnischen Einrichtungen von Richtfunkstationen, Fernmeldebauämtern, Fernmeldezeugabteilungen, Bautruppunterkünften, kombinierten Post- und Wählämtern, Postämtern und Postautostellen sowie deren Einrichtung vorgesehen.

Sonstige Ausgaben

Für die Verzinsung der Zwischenfinanzierungen nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz sind rund 2 614,4 Millionen Schilling und für die Tilgung 500,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Ferner sind für den Ankauf von ADV-Anlagen und ADV-Software für Zwecke des Fernmeldedienstes 127,7 Millionen Schilling und für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst 24,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Zahl der zu beschaffenden Fahrzeuge für den Fernmeldedienst orientiert sich an den im Fahrzeugplan für 1996 festgelegten Höchstständen.

Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten (zweckgebundene Gebarung)

Der Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten ist durch Statut vom 13. Dezember 1947 eingerichtet worden. Dem Fonds fließen Anteile von Sonderpostmarken-Zuschlägen [1]), diverse Verwertungserlöse, Geldzuwendungen aus Schenkungen, Erbschaften und Darlehensrückzahlungen zu.

Förderungen (D)

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
0,9	0,7	0,9	+0,2	0,0

Für das Jahr 1996 sind freiwillige Förderungen in Form von zinsenlosen Darlehen in Höhe von 0,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Aufwendungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber Erfolg 1994
		Millionen Schilling		
0,9	1,3	1,5	–0,4	–0,6

Für die Gewährung von Unterstützungen sind im Jahre 1996 0,9 Millionen Schilling vorgesehen.

---

[1]) Bei Sonderpostmarken mit Zuschlag fließen aus dem Zuschlagserlös nach Abzug der Herstellungskosten 20% dem Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten zu (§ 20 a Postgesetz, BGBl. Nr. 646/1975).

B. Sonstiges

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1996

Inlandswirksame Gebarung

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
		Millionen Schilling	
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern [1]	180 916	151 826	132 793
Übrige öffentliche Abgaben [2]	236 618	217 559	225 433
Sonstige Einnahmen [3]	60	190	176
Summe/Abgaben	417 594	369 575	358 402
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union [4]	29 434	28 103	.....
Summe 1.11	388 160	341 473	358 402
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds [5]	18 135	18 488	18 061
an Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds [6]	1 353	1 213	1 191
Summe 1.12	19 488	19 701	19 252
Summe 1.1	407 648	361 174	377 654
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben [7]	85 173	83 778	78 784
Indirekte Abgaben [8]	499	183	742
Summe 1.2	85 672	83 961	79 526
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	673	619	651
Alkohol (Monopol)	68	348	1 150
Österreichische Bundesforste	2 197	2 082	2 079
Post- und Telegraphenverwaltung	22 358	64 108	61 287
Summe 1.3	25 295	67 157	65 167
1.4 Sonstige Einnahmen	137 438	138 255	104 281
Summe 1	656 054	650 547	626 629
2. Ausgleichshaushalt	288 714	316 467	225 910
Insgesamt	944 767	967 014	852 539

Fußnoten siehe Seite 296.

	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
		Millionen Schilling	
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen [9]	0	0	.....
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren [10]	.....	.....	.....
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland [11]	27	27	16
Einnahmen aus Vermögensverträgen [12]	5	5	9
Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter [13]	7	7	6
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland [14]	16 064	13 863	315
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland [15]	1	1	2
Zinsen aus Forderungen [16]	10 727	9 730	7 423
Summe 3.1 ...	26 832	23 633	7 771
3.2 Überweisungen vom AMS [17]	939	0	.....
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen [18]	6 150	17 182	14 088
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen [19]	0	2 765	4 629
Überweisung vom Fonds der AMV [20]	.....	.....	2 376
Summe 3.3 ...	6 150	19 946	21 093
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne [21]	58	1 501	1 009
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) [22]	2 600	2 600	1 798
Haftungsübernahmen des Bundes [23]	11 151	10 854	10 684
Überweisungen des ERP-Fonds [24]	0	0	.....
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen [25]	0	0	20
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen [26]	15 423	13 592	15 431
Summe 3.4 ...	29 232	28 547	28 942
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in inländischer Währung [27]	175 169	194 516	128 192
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung [28]	25 178	30 994	44 870
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) [29]	13 367	15 957	21 713
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand [30]	75 000	75 000	31 136
Summe 4 ...	288 714	316 467	225 910
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	351 867	388 594	283 716
Verbleibende Einnahmen ...	592 900	578 421	568 823

Fußnoten siehe Seiten 296/297.

AUSGABEN	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
		Millionen Schilling	
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Gruppe 0 bis 6	720 575	694 018	674 625
1.2 Gruppe 7 (Bundesbetriebe):			
Bundestheater	3 028	3 034	3 037
Alkohol (Monopol)	251	254	309
Österreichische Bundesforste	1 820	1 902	1 970
Post- und Telegraphenverwaltung	20 958	53 612	51 506
Summe 1.2	26 057	58 802	56 822
Summe 1	746 631	752 820	731 447
2. Ausgleichshaushalt	198 136	214 194	121 092
Insgesamt	944 767	967 014	852 539
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Ausland [31]	1 756	2 243	2 390
Erwerb von ausländischen Beteiligungen [9]	2 997	3 240	968
Erwerb von ausländischen Wertpapieren [10]	.....	.....	.....
Gewährung von Darlehen an das Ausland [11]	0	0	226
Ausgaben für Personal (Ausland) [32]	250	243	243
Zinsen an das Ausland [33]	7 081	8 481	6 649
Laufende Transferzahlungen (Ausland) [34]	2 543	2 618	3 518
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) [35]	292	364	265
Summe 3.1	14 920	17 190	14 258
3.2 Überweisungen an das AMS [36]	2 805	2 587	.....
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen [18]	168	50	20 887
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen [19]	0	2 765	4 629
Überweisungen an den Fonds der AMV [20]	.....	.....	510
Summe 3.3	168	2 815	26 026
3.4 Finanzschuldenverwaltung:			
Zinsen an das Ausland [37]	18 277	18 801	13 102
Emissionsverluste [38]	425	1 755	378
Sonstige Auslandszahlungen [39]	1 018	1 227	705
Summe 3.4	19 720	21 782	14 185

Fußnoten siehe Seite 297.

296

Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)

	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
		Millionen Schilling	
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste [40]	60	559	44
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) [22]	2 800	2 825	3 321
Haftungsübernahmen des Bundes [23]	13 099	13 307	15 007
Überweisungen an den ERP-Fonds [24]	61	25	24
Zahlungen an ASFINAG [41]	2 873	3 409	2 941
Zurückstellung von Silbermünzen [25]	80	80	100
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen [42]	15 423	13 642	15 429
Summe 3.5	34 396	33 847	36 867
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG (Tilgung) [43]	1 910	4 346	1 252
Rückzahlung von Finanzschulden in inländischer Währung [27]	84 732	94 689	53 447
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung [28]	20 519	22 198	12 762
Rückzahlung von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) [29]	15 975	17 961	22 597
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand [30]	75 000	75 000	31 033
Summe 4	198 136	214 194	121 092
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben)	270 144	292 414	212 429
Verbleibende Ausgaben	674 623	674 600	640 110
Inlandwirksamer Saldo I	81 723	96 179	71 287
ab: 5. Beitrag zur Europäischen Union [4]	29 434	28 103	.....
Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß (Saldo II)	52 289	68 076	71 287

Fußnoten zur Übersicht „Inlandswirksame Gebarung":

[1]) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 83...
[2]) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 84...
[3]) Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
[4]) Titel 529 (Hievon Länderanteil: BVA 1996: 0,001 Millionen Schilling; BVA 1995: 5 250,000 Millionen Schilling und Anteil der Gemeinden: BVA 1996: 0,001 Millionen Schilling; BVA 1995: 4 750,000 Millionen Schilling).
[5]) Voranschlagsposten 83.. der Voranschlagsansätze: 19310, 19311, *18310, 18311* und 53400.
[6]) Voranschlagsposten 84.. des Voranschlagsansatzes: 17294.
[7]) Voranschlagsposten: 83.. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 19310, 19311, *18310, 18311* sowie 53400).
[8]) Voranschlagsposten: 84.. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansatz: 17294).
[9]) Voranschlagsposten: 081..
[10]) Voranschlagsposten: 088..
[11]) Voranschlagsposten: 249., 259. und 268..
[12]) Voranschlagsposten: 884. des Titels 503.
[13]) Voranschlagsposten: 883. des Voranschlagsansatzes 15784.
[14]) Voranschlagsposten: 883. und 884. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784 und 503..
[15]) Voranschlagsposten: 886., 887. und 888..
[16]) Voranschlagsposten: 8296.
[17]) VA-Ansätze: 15534, 1557..
[18]) Voranschlagsposten: 298..

[19]) Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 . .
[20]) Bis einschließlich BVA 1994: Post-Untergliederung . 81 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 . .
[21]) Voranschlagsposten: 8292 und 8298.
[22]) Voranschlagsposten: 085 . und 223 . .
[23]) Titel 547.
[24]) Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 . .
[25]) Paragraph 5010.
[26]) Voranschlagsposten: 8262, 8263.
[27]) Voranschlagsposten: 30 . . .
[28]) Voranschlagsposten: 31 . . .
[29]) Voranschlagsposten: 32 . . .
[30]) Voranschlagsposten: 355 . .
[31]) Voranschlagsansatz 40108, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 1996: 1 339, 1995: 1 707 sowie 1994: 2 039 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.
[32]) Voranschlagsposten: 5 . . 1.
[33]) Voranschlagsposten: 655 . .
[34]) Voranschlagsposten: 780 ., 781 ., 782 ., 783 . und 784 . .
[35]) Voranschlagsposten: 785 ., 786 ., 787 ., 788 . und 789 . .
[36]) VA-Ansätze: 1/15537, 1/1557.
[37]) Voranschlagsposten: 653 . und 654 . .
[38]) Voranschlagsposten: 6579.
[39]) Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 des Voranschlagsansatzes 59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 .).
[40]) Voranschlagsposten: 6571 und 658 . .
[41]) Voranschlagspost 7280 des Voranschlagsansatzes 64298.
[42]) Voranschlagsposten: 7292, 7293.
[43]) Voranschlagsposten: 741 . /001 des Voranschlagsansatzes 7/54847.

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringernde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläuber, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläuber, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland verlangt werden.

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1996 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1995 hervorgehoben:

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1996		Unterschied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Allgemeiner Haushalt:			
Öffentliche Abgaben:			
Veranlagte Einkommensteuer	36 000,0	+	6 700,0
Lohnsteuer	162 300,0	+	12 300,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	22 300,0	+	800,0
Körperschaftsteuer	43 000,0	+	16 800,0
Übrige Einkommen- und Vermögensteuern	14 200,0	–	2 093,0
Umsatzsteuer	210 700,0	+	21 700,0
Ein- und Ausfuhrabgaben	3 600,0	–	2 400,0
Tabaksteuer	13 100,0	+	600,0
Mineralölsteuer	33 500,0	–	500,0
Übrige Verbrauchsteuern	3 250,0	+	225,0
Stempel- und Rechtsgebühren	8 600,0	–	200,0
Verkehrsteuern	39 365,0	+	5 335,0
Übrige	370,0	–	1 130,0
Zusammen ...	590 285,0	+	58 137,0
Ab:			
Überweisungen an Länder und Gemeinden sowie an Fonds und Kammern	172 691,0	+	10 118,7
Überweisungen an Europäische Union	29 434,0	+	1 331,0
Verbleiben ...	388 160,0	+	46 687,3
Bundeskanzleramt:			
Innovations- und Technologiefonds	444,7	–	40,9
Übrige Gebarung	231,0	+	51,8
Inneres	1 245,7	+	429,9
Unterricht und kult. Angelegenheiten	755,0	+	66,9
Wissenschaft und Forschung	1 456,8	–	172,2
Soziales:			
Arbeitsmarktpolitik (hauptsächlich Arbeitslosenversicherungsbeiträge)	58 567,2	+	2 373,4
Übrige Einnahmen	98,3	–	872,3
Sozialversicherung	143,0		–
Gesundheit und Konsumentenschutz	2 229,2	+	119,8
Umwelt	6,6	–	2 230,3
Jugend und Familie:			
Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen:			
Dienstgeberbeiträge	38 777,9	+	128,3
Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	4 966,0	+	472,0
Abgeltung von Einkommensteuern	9 500,0		–
Ersatz vom Reservefonds	0,0	–	2 764,6
Übrige Einnahmen	905,5	–	34,8
Übrige Gebarung	0,5		–
Justiz	6 050,0	+	18,0
Militärische Angelegenheiten	508,2	–	32,7
Finanzverwaltung:			
Einhebungsvergütungen	409,8	–	82,0
Österreichisches Postsparkassenamt	680,5	–	3,2
Übrige Gebarung	1 100,0	+	167,9

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1996		Unterschied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Kassenverwaltung:			
Innovations- und Technologiefonds	434,8	–	21,0
Entnahme aus, Verringerung der und Auflösung von Rücklagen	6 150,5	–	11 031,3
Effekten- und Geldverkehr des Bundes	4 037,6	–	792,1
Zahlungen von der EU	15 185,9	+	2 111,4
Übrige Gebarung	9,9		–
Finanzausgleich:			
Katastrophenfonds	3 729,1	–	814,9
Übrige Gebarung	0,0	–	6,0
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung (Erträge):			
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	5 007,5	–	1 053,0
Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen	308,0	–	90,0
Sonstige Erträge	1 458,8	+	1 002,8
Kapitalbeteiligung (Erlöse)	4 700,1	–	8 300,0
Haftungsübernahmen des Bundes	11 151,3	+	297,1
Übrige Gebarung	2 164,9	+	406,3
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen	5 110,0	+	70,0
Beitrag der Post- und Telekom Austria AG	2 800,0	+	2 800,0
Pensionsbeiträge	6 430,9	+	261,2
Übrige Einnahmen	1 049,1	+	125,3
Finanzschuld, Währungstauschverträge	10 741,7	–	2 340,3
Land- und Forstwirtschaft:			
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	1 582,3	–	407,8
Übrige Gebarung	1 134,1	+	277,0
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	805,6	–	27,7
Bauten und Technik:			
Straßengesellschaften	3 450,0	+	601,0
Übrige Straßenbaumittel	1 894,8	+	236,7
Übrige Gebarung	1 372,7	+	70,4
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:			
Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	4 120,0	+	4 010,0
Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur	3 100,0	+	300,0
Konzessionsabgabe	4 400,0	+	4 400,0
Amt der Post- und Telekom Austria AG	11 660,3	+	11 660,3
Übrige Gebarung	329,1	–	663,2
Bundestheater	673,0	+	54,1
Alkohol (Monopol)	67,6	–	280,7
Österreichische Bundesforste	2 197,0	+	114,7
Post- und Telegraphenverwaltung	22 357,7	–	41 750,1
Übrige Einnahmen	203,4	+	3,6
Allgemeiner Haushalt (Summe)	656 053,6	+	5 506,1

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1996		Unterschied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		–
Finanzschuld, Währungstauschverträge	213 713,9	–	27 752,9
Ausgleichshaushalt (Summe)	288 713,9	–	27 752,9
Gesamteinnahmen	944 767,5	–	22 246,7
Ausgaben:			
Allgemeiner Haushalt:			
Bundeskanzleramt:			
Statistisches Zentralamt	630,0	–	37,7
Innovations- und Technologiefonds	444,7	–	40,9
Presse- und Parteienförderung	687,3	+	45,7
Sportangelegenheiten	598,5	–	20,4
Übrige Gebarung	1 912,1	+	57,7
Inneres:			
Polizei und Gendarmerie	17 038,3	+	288,7
Flüchtlingsbetreuung	745,6	–	39,5
Übrige Gebarung	3 129,0	+	424,3
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:			
Ersätze für Landeslehrer	32 761,4	–	98,2
Allgemeinbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 843,2	+	456,8
Berufsbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 103,8	–	203,1
Museen	1 023,6	+	94,7
Übrige Gebarung	8 355,5	+	618,4
Kunst	1 150,0	+	18,9
Wissenschaft und Forschung:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	21 029,8	–	833,7
Kunsthochschulen	1 764,3	–	144,5
Übrige Gebarung	7 224,3	+	1 236,1
Soziales:			
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	2 500,0		–
Pflegevorsorge	16 900,0	–	100,0
Arbeitsmarktpolitik	58 791,3	+	2 270,7
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	6 821,4	–	413,8
Übrige Gebarung	1 243,4	–	71,5
Sozialversicherung:			
Bundesbeitrag einschl. Ausgleichszulagen	65 098,8	+	5 974,3
Leistungen zur Krankenversicherung	886,4	+	19,4
Übrige Gebarung	614,8	+	138,0
Gesundheit und Konsumentenschutz:			
Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	5 616,2	+	1 396,6
Mutter-Kind-Paß	542,0	–	34,0
Übrige Gebarung	1 501,9	–	32,6
Umwelt:			
Siedlungswasserwirtschaft	2 200,0	–	1 707,8
Sonstige Gebarung	1 677,3	+	97,7

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

Ausgaben:	Bundesvoranschlag 1996		Unterschied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Jugend und Familie:			
Zahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen	0,0	–	2 764,6
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:			
Familienbeihilfen	32 173,6	–	1 836,6
Geburtenbeihilfen	1 816,0	+	464,0
Schüler(Lehrlings)freifahrten und Schulfahrtbeihilfen	4 537,6	–	573,5
Schulbücher	1 232,6	–	57,6
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Pensionsbeiträge)	10 287,0	–	160,3
Übrige Gebarung	4 102,6	–	35,2
Sonstige Gebarung	250,5	–	18,7
Äußeres	4 030,2	+	54,1
Justiz	9 646,9	+	189,1
Militärische Angelegenheiten	20 743,0	+	513,0
Finanzverwaltung:			
Bundesrechenamt	950,1	–	7,9
Finanzlandesdirektionen	8 373,6	–	577,4
Übrige Gebarung	3 336,6	–	434,1
Kassenverwaltung:			
Effekten- und Geldverkehr	3 054,2	–	636,5
Übrige Gebarung	982,4	–	103,7
Finanzausgleich:			
Leistungen an Länder und Gemeinden	4 978,0	+	313,8
Zweckzuschüsse des Bundes	28 739,5	+	3 481,0
Katastrophenfonds	3 669,1	–	988,3
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung	2 999,3	–	414,9
Haftungsübernahmen	13 098,6	–	208,0
Abgeltung an Donaukraftwerke	521,0	+	20,8
Ersatz an ÖIAG	2 865,1	+	2 865,1
Aufwand für Verstaatlichte Banken	673,5	–	160,5
Übrige Gebarung	2 028,4	–	58,6
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen	21 220,0	+	645,0
Beitrag für Pensionen der Post- und Telecom Austria AG	7 630,0	+	7 630,0
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	8 857,2	–	143,0
Übrige Gebarung	30 821,7	+	976,0
Finanzschuld, Währungstauschverträge:			
Verzinsung	97 527,0	+	3 474,3
Übrige Gebarung	3 718,6	–	1 941,5
Land- und Forstwirtschaft:			
Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens	2 119,5	–	740,9
Agrarische Strukturförderung	4 213,1	+	1 589,1
Marktordnungsmaßnahmen	12 726,0	+	3 324,9
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	1 605,3	–	373,6
Übergangsregelungen	4 530,0	–	4 131,6
Übrige Gebarung	3 796,6	–	1 715,9
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	3 249,3	–	236,0

Ausgaben:	Bundesvoranschlag 1996		Unterschied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Bauten und Technik:			
Bundesstraßenverwaltung einschließlich Autobahnen	16 303,2	+	324,8
Bundesgebäudeverwaltung	1 014,0	–	13,2
Liegenschaftsverwaltung einschließlich Erwerb	727,1	–	129,7
Bundeshochbau	7 609,3	+	330,0
Übrige Gebarung	1 825,8	+	316,2
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:			
Abgeltungen an ÖBB	19 506,9	+	593,9
Amt der Post- und Telecom Austria AG	11 660,3	+	11 660,3
Förderungsmaßnahmen	2 308,3	–	3 427,9
Übrige Gebarung	2 427,5	+	172,4
Bundestheater	3 027,6	–	6,1
Alkohol (Monopol)	251,2	–	3,1
Österreichische Bundesforste	1 820,4	–	81,7
Post- und Telegraphenverwaltung	20 957,7	–	32 653,8
Übrige Ausgaben	2 253,3	+	147,5
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	746 631,5	–	6 188,5
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		–
Bundesvermögen	1 910,2	–	2 435,4
Finanzschuld, Währungstauschverträge	121 225,8	–	13 622,8
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	198 136,0	–	16 058,3
Gesamtausgaben ...	944 767,5	–	22 246,8

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel III des Bundesfinanzgesetzes 1996 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 5 082,714 Millionen Schilling mit einer Stabilisierungsquote in Höhe von 2 426,055 Millionen Schilling und mit einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von 2 656,659 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1996 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel erfordern, um dadurch auf die Konjunkturentwicklung in Österreich stabilisierend oder belebend einzuwirken, so ist hiezu der Bundesminister für Finanzen unter den im Artikel III festgelegten Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1996, und zwar sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjukturbelebungsquote in Höhe des Bedarfs bei einzelnen Voranschlagsansätzen und einheitlicher Hundertsätze bei den übrigen Voranschlagsansätzen bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß, wirksam werden lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote
	Millionen Schilling	
Inneres	28,400	28,400
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	–	165,759
Kunst	–	25,019
Wissenschaft und Forschung	–	1 536,176
Justiz	24,000	12,000
Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000
Land- und Forstwirtschaft	152,000	164,000
Bauten und Technik:		
Hochbau	800,000	600,000
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1 014,055	17,705
Österreichische Bundesforste	7,600	7,600
Summe ...	2 426,055	2 656,659

Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen [1]) Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen und Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen bewirkt folgendes Bild:

	Millionen Schilling
Erfolgswirksame Einnahmen	634 175
abzüglich erfolgswirksame Ausgaben	711 079
Bedarf an Bedeckungsmittel für erfolgswirksame Ausgaben	– 76 904
hiezu bestandswirksame Einnahmen	310 592
Summe ...	233 688
Bestandswirksame Ausgaben	233 688

[1]) Einschließlich Personalausgaben.

Personalstand und Personalausgaben

1. Veranschlagter Aufwand und Stand der aktiven Bediensteten im Jahre 1996 [1]

Dem Bundesfinanzgesetz 1996 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich jugendliche Bedienstete) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 1996 vorgesehen ist, ist der hiefür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 2 und 3 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen [1]) stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein, und zwar aus folgendem Grund:

	1996	1995
Stellenplan des Bundes	172 824 [1a])	230 071 [1a])
Hiezu:		
Bundesbedienstete — Teil V [2])	50 066	5 035
Bundesbedienstete — Teil VI [3])	1 342	3 360
Bundesbedienstete — Teil VII [3])	9 834	10 405
Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand		1 139
Ab:		
Planstellen, die bei den Personalausgaben betragsmäßig nicht veranschlagt bzw. nicht besetzt sind	[4])	2 344
Planstellen, die in den Sachausgaben betragsmäßig veranschlagt sind	[4])	545
Veranschlagter Stand [1])	[4])	247 121

Weiters ist zu bemerken, daß von den im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen für Beamte im Jahre 1996 voraussichtlich XXXX (im Vorjahr 8 673) Planstellen das ganze Jahr mit Vertragsbediensteten besetzt sein werden.

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im Art. I § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte

Beamte und Vertragsbedienstete

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. Nr. 820/1995), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. Nr. 522/1995), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 5 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind

---

[1]) Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan.

[1a]) Hievon 1995 8 100 und 1996 7 809 Zeitsoldaten (Verschiebung von den Sach- in die Personalausgaben).

[2]) Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen. Die Abweichungen gegenüber 1995 sind durch die Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung ab 1. Mai 1996 bedingt.

[3]) Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

[4]) Die Daten standen bei Redaktionsschluß noch nicht zur Verfügung.

in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, der Bühnenarbeiter der Bundestheater und der Forstarbeiter der Österreichischen Bundesforste. Bezüglich der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste ist der Veranschlagung das in der Anlage zur Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, enthaltene Entlohnungsschema zugrunde gelegt.

Sonstige Zahlungen

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden ua. berücksichtigt:

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 (in der Fassung des Art. VI des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 820/1995).

Sonderzahlungen [5])

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 [6]), bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 [7]) jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen

Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. XXX/XXXX, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumszuwendungen

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1996 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984) vorgesehenen Jubiläumszuwendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. Nr. xxx/1996 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 665/1994, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Kunsthochschulen, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung

Auch im Jahre 1996 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des Artikels I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, von den Bundesländern getragen.

---

[5]) Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

[6]) In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

[7]) In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

Besoldung der Landeslehrer

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Insgesamt ist bei den Personalausgaben der Aufwand für folgende Bedienstete veranschlagt:

	1996				1995 (Summe)	Unterschied 1996 gegenüber 1995
	Beamte	Vertragsbedienstete		Zusammen		
		A	B			
	Anzahl der Bediensteten					
Universitäts(Hochschul)- und Bundeslehrer (ohne Bundesbeamte des Schulaufsichtsdienstes)					45 211	
Sonstige Bundesbedienstete					201 910	
Zusammen ...	[2]	[2]	[2]	[2]	247 121	
Davon jugendliche Bedienstete					*3 081*	

2. Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 1996 [1]

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, das Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletz geändert durch BGBl. Nr. 131/1995, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 334/1993, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981 und das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl Nr. 22/1992, berücksichtigt.

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Kinderzulage (vormals Haushaltszulage), die Ergänzungszulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Der Anspruch auf Pflegegeld ist im Bundespflegegeldgesetz geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührliche Ruhe(Versorgungs)bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Sonderregelungen

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

[1] Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1996, II. Teil (Beilagen G_{10} bis G_{14}).
[2] Die Daten standen bei Redaktionsschluß noch nicht zur Verfügung.

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Für Pensionsansprüche der nicht unter das Pensionsgesetz 1965 fallenden Pensions(Provisions)parteien der ehemaligen Post- und Telegraphenverwaltung sind die Bestimmungen des Post- und Telegraphen-Pensionsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 231/1967, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Bei den Österreichischen Bundesforsten sind nur jene Arbeiter provisionsberechtigt, die vor Errichtung des selbständigen Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste" im Jahre 1926 als statutarische ständige Arbeiter aufgenommen worden waren. Die Versorgungsgenüsse dieser ständigen Arbeiter und deren Hinterbliebenen wurden mit Verordnung BGBl. Nr. 15/1951 neu festgesetzt. Im übrigen gebührt den Bediensteten des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste" und deren Hinterbliebenen auf Grund der Bundesforste-Dienstordnung 1986, in der Fassung BGBl. Nr. 522/1995, ein Zuschuß zu den Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Dieser Zuschuß gebührt in der Höhe jenes Betrages, um den die Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung hinter den nach § 76 der Bundesforste-Dienstordnung 1986 zu ermittelnden Vergleichsruhe(Versorgungs)genüssen zurückbleiben.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamtes, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärarischen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Der Pensionsaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ist im § 21 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, geregelt.

Mittelbare Bundesverwaltung

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des Art. I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherren oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an

berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, in der Fassung BGBl. Nr. 334/1993 berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 1996 [1] Mill. S	%	Bundesvoranschlag 1995 [1] Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	138 512	14,7	148 395	15,3
1.2. Sachausgaben	343 835	36,4	326 493	33,8
Summe 1.	482 348	51,1	474 887	49,1
2. Ermessensausgaben				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden [2]	297 786	31,5	309 674	32,0
Summe 1. und 2.1.	780 134	82,6	784 562	81,1
2.2. Übrige Ermessensausgaben [3]	164 633	17,4	182 453	18,9
Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen	*36 787*	*3,9*	*44 216*	*4,6*
Summe 1. und 2.	944 767	100,0	967 014	100,0

[1]) Gesamthaushalt.
[2]) Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden (einschließlich Kassenstärker-Kreditoperationen), soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.
[3]) Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

	1996 [1]	1995 [1]	1994 [2]
	Milliarden Schilling		
Bundesvoranschlag:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) [3] [4]	28,3	34,1	33,0
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) [3]	1,1	1,6	1,6
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) [3] [5]	4,2	4,0	3,8
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) [3] [6]	52,4	50,2	47,9
Summe [7]	86,0 [8]	89,9	86,3 [9]
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft [10]	*7,1*	*6,9*	*7,5*
Wohnungsbau [11]	*28,5*	*25,0*	*23,0*
Übrige Gebäude [12]	*9,3*	*7,8*	*8,1*
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) [13]	*7,1*	*6,8*	*6,9*
Investitionen der Post- und Telegraphenverwaltung [14]	*7,8*	*14,6*	*13,1*

	1996 [1] [15]			1995 [1] [15]		
	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Summe	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Summe
			Milliarden Schilling			
Konjunkturausgleich-Voranschlag:						
Eigeninvestitionen:						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) [3] [16]	0,8	2,1	2,9	0,8	2,1	2,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens [16]	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) [3]	0,5	0,2	0,7	0,5	0,2	0,7
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) [17]	1,1	0,4	1,5	1,1	0,4	1,5
Summe	2,4	2,7	5,1 [18]	2,4	2,7	5,1

	1996 [1]	1995 [1]	1994 [2]
	Milliarden Schilling		
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds [19]	4,0	5,0	—
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds) [19]	0,5	0,5	—
Sonstige Finanzierungsmöglichkeiten:			
Auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes [20]	4,0	14,5	—

Fußnoten siehe Seiten 310 bis 312.

Fußnoten zu Seite 309:

[1]) Voranschlag.
[2]) Jahreserfolg.
[3]) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches.
[4]) Siehe Beilagen O_7 und O_8 des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.
[5]) Siehe Beilagen O_7 und O_8 des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung" vermindert um die in der Fußnote [31]) auf Seite 295 des Arbeits(Amts)behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.
[6]) Investitionsförderung: siehe Beilage O_9 (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz zuzüglich Kapitalaufstockung (alle Voranschlagsposten 080., jedoch ohne die des Voranschlagsansatzes 1/54022).
[7]) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen.
[8]) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	
		Milliarden Schilling							
11	Erziehung und Unterricht	0,59	0,21	0,13	1,08	0,15	0,00	.....	2,16
12	Forschung und Wissenschaft	0,56	0,17	0,10	2,29	1,77	0,00	.....	4,89
13	Kunst	0,29	0,04	.....	0,99	0,40	.....	.....	1,72
21	Gesundheit	0,03	0,01	.....	0,07	0,39	.....	.....	0,50
22	Soziale Wohlfahrt	0,01	0,01	.....	0,02	0,08	0,00	.....	0,12
23	Wohnungsbau	0,04	0,00	.....	0,00	28,28	0,13	0,00	28,45
32	Straßen	3,10	0,06	0,04	3,82	0,06	0,00	0,00	7,08
33	Sonstiger Verkehr	0,53	0,21	.....	7,14	14,73	0,00	0,00	22,61
34	Land- und Forstwirtschaft	0,44	0,05	.....	0,30	3,31	.....	0,00	4,10
35	Energiewirtschaft	.....	.....	.....	.....	0,02	0,00	0,00	0,02
36	Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	.....	0,00	0,26	0,02	0,00	0,28
37	Öffentliche Dienstleistungen	0,07	0,02	.....	0,03	2,64	.....	0,00	2,76
38	Private Dienstleistungen	0,00	0,00	.....	0,00	0,03	.....	0,00	0,03
41	Landesverteidigung	1,41	0,01	.....	2,84	0,05	.....	.....	4,31
42	Staats- und Rechtssicherheit	0,38	0,24	.....	1,11	.....	.....	.....	1,73
43	Übrige Hoheitsverwaltung	1,66	0,12	0,16	3,25	0,02	.....	.....	5,21
	Summe...	9,11	1,15	0,43	22,94	52,19	0,15	0,00	85,97
		33,63				52,34			

Fußnoten zu Seite 309 (Fortsetzung):

[9]) Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	
		Milliarden Schilling							
11	Erziehung und Unterricht	0,58	0,27	0,26	1,25	0,10	0,00	.....	2,46
12	Forschung und Wissenschaft	0,50	0,13	0,18	2,09	2,15	.....	.....	5,05
13	Kunst	0,29	0,04	.....	1,14	0,32	.....	.....	1,79
21	Gesundheit	0,04	0,01	.....	0,09	0,30	.....	.....	0,44
22	Soziale Wohlfahrt	0,02	0,04	.....	0,09	0,25	.....	.....	0,40
23	Wohnungsbau	0,12	0,00	.....	0,00	22,72	0,15	.....	22,99
32	Straßen	3,03	0,07	0,04	3,50	0,07	.....	.....	6,71
33	Sonstiger Verkehr	1,19	0,55	.....	11,42	14,62	0,00	0,05	27,83
34	Land- und Forstwirtschaft	0,43	0,05	.....	0,34	2,30	.....	0,00	3,12
35	Energiewirtschaft	.....	.....	.....	.....	0,09	.....	.....	0,09
36	Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	.....	0,00	0,57	0,04	.....	0,61
37	Öffentliche Dienstleistungen	0,07	0,01	.....	0,06	4,01	.....	.....	4,15
38	Private Dienstleistungen	0,00	0,00	.....	0,00	0,04	.....	.....	0,04
41	Landesverteidigung	1,20	0,01	.....	2,67	0,04	.....	.....	3,92
42	Staats- und Rechtssicherheit	0,36	0,26	.....	0,98	.....	.....	.....	1,60
43	Übrige Hoheitsverwaltung	1,31	0,13	0,26	3,29	0,07	.....	.....	5,06
	Summe...	9,14	1,57	0,74	26,92	47,65	0,19	0,05	86,26
		38,37				47,89			

[10]) Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61..), der Post-Untergliederungen 0.. bis 8.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02.. bis 06.. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46), 10.., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 77 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

[11]) Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) der Kapitel 01 bis 77.

[12]) Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbe- träge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau, Straßenbau sowie bei der Post- und Telegraphenverwaltung.

[13]) Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1.. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64228 und 1/64248 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61.., 69.., 720., 727., 7290, 73.. und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4.., sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 77 sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsauf- gaben zustehenden Überweisungsbeträge.

[14]) Alle Ausgaben der Voranschlagsposten 02.. bis 06.., 1..., 24.., 400., 409., 61.., 735. bis 739., 745. bis 748., 757. und 770. des Kapitels 78.

[15]) Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1995 und 1996 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

[16]) Siehe die Beilagen O_{12}, O_{13}, O_{15} und O_{16} der Amtsbehelfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1995 und 1996, vermindert um die Spalte „Landesverteidigung"; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Baufüh- rungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

[17]) Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen O_{14} und O_{17} der Amtsbehelfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1995 und 1996.

Fußnoten zu Seite 309 (Fortsetzung):

[18]) Bei Freigabe wird dieser Betrag voraussichtlich wie folgt wirksam:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung		Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	
		Milliarden Schilling						
11	Erziehung und Unterricht	0,08	.....	0,02	0,26	0,01	.....	0,37
12	Forschung und Wissenschaft	0,07	.....	0,01	1,41	0,16	.....	1,65
13	Kunst	.....	.....	.....	0,17	0,08	.....	0,25
23	Wohnungsbau	.....	.....	.....	0,03	.....	.....	0,03
33	Sonstiger Verkehr	.....	.....	.....	0,00	1,03	.....	1,03
34	Land- und Forstwirtschaft	0,06	.....	.....	0,01	0,27	.....	0,34
41	Landesverteidigung	0,07	.....	.....	0,55	0,00	.....	0,62
42	Staats- und Rechtssicherheit	.....	0,01	.....	0,08	.....	.....	0,09
43	Übrige Hoheitsverwaltung	0,29	.....	0,02	0,39	0,00	.....	0,70
	Summe...	0,57	0,01	0,05	2,90	1,55	.....	5,08
		3,53				1,55		

[19]) Diese Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds.

[20]) Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 734/1995 (FMIG-Novelle 1995). Bei den hier angeführten sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten handelt es sich um die Inanspruchnahme von Zessionskrediten, die zur Erfüllung des Fernmeldeinvestitionsprogramms notwendig werden, soweit die in erster Linie zur Finanzierung vorgesehenen zweckgebundenen Anteile der Einnahmen aus Fernsprechgebühren hiezu nicht ausreichen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des jeweiligen Bundesvoranschlages steht jedoch noch nicht fest, in welcher Höhe von der im FMIG ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit solcher sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden wird. Der Zeitpunkt der Investitionswirksamkeit (Bestellvolumen) und jener der Ausgabenwirksamkeit (Tilgung der entsprechenden Verbindlichkeiten) fallen auseinander. Mit Wirksamkeitsbeginn des Bundesgesetzes über die Einrichtung und Aufgaben der Post- und Telekom Austria Aktiengesellschaft (Poststrukturgesetz — PTSG, BGBl. Nr. 000/1996) tritt mit 1. Mai 1996 des Fernmeldeinvestitionsgesetzes in der geltenden Fassung außer Kraft.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebarungsgruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die Übersicht auf Seite 313 zeigt die wichtigsten Daten.

Kennziffer	Aufgabenbereiche	Bundesvoranschlag						Erfolg	Einnahmen		
		Personalausgaben	Sachausgaben			Ausgaben (Summe)			Bundesvoranschlag		Erfolg
			Anlagen	Förderungen	Aufwendungen	1996	1995	1994	1996	1995	1994
		Millionen Schilling									
	Allgemeiner Haushalt										
11	Erziehung und Unterricht	24 926,2	1 112,3	1 392,7	40 206,8	67 638,0	66 680,2 [1]	65 649,7 [2]	762,5	661,4	716,0
12	Forschung und Wissenschaft	10 971,5	2 366,5	2 251,6	13 654,3	29 243,8	28 751,3	28 653,5	1 126,7	1 454,1	1 488,0
13	Kunst	4 070,7	998,1	1 329,7	2 335,2	8 733,6	8 663,1	8 505,1	1 099,1	1 128,5	936,0
14	Kultus	.....	.....	.....	587,7	587,7	550,8	540,2	.....	.....	.....
	11 bis 14 (Summe) ...	39 968,4	4 476,9	4 973,9	56 783,9	106 203,0	104 645,3	103 348,5	2 988,3	3 244,0	3 140,0
21	Gesundheit	541,2	72,9	575,1	7 845,5	9 034,7	7 642,8	7 337,5	2 448,9	2 276,1	2 145,5
22	Soziale Wohlfahrt	1 225,8	17,8	5 892,8	201 301,2	208 437,5	205 637,5	200 081,9	112 031,1	113 627,2	112 168,9
23	Wohnungsbau	.....	1,0	156,5	28 318,3	28 475,7	25 062,2	23 037,6	242,1	262,7	270,6
	21 bis 23 (Summe) ...	1 767,0	91,6	6 624,4	237 465,0	245 947,9	238 342,5	230 457,1	115 622,1	116 166,0	114 585,0
32	Straßen	.....	4 005,2	19,0	12 299,1	16 323,3	15 667,4	15 499,7	5 409,1	4 572,5	4 471,7
33	Sonstiger Verkehr	21 613,8	7 220,3	2 580,9	56 405,7	87 820,8	100 382,9	96 691,5	51 069,9	75 763,4	70 079,4
34	Land- und Forstwirtschaft	1 586,9	400,5	24 823,6	2 176,6	28 987,6	31 164,6	20 467,5	4 655,4	4 664,4	4 933,3
35	Energiewirtschaft	.....	0,0	143,8	0,0	143,8	220,6	262,3	127,9	4 074,1	273,5
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	132,9	6,6	2 151,3	16 168,4	18 459,2	19 454,6	21 000,8	13 032,0	11 823,7	11 964,6
37	Öffentliche Dienstleistungen	1 037,7	38,7	2 892,0	811,6	4 780,1	6 428,2	6 218,5	539,7	730,4	834,1
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	658,3	2 998,3	683,7	1 470,5	5 810,8	6 101,5	3 668,6	11 080,2	15 111,1	8 493,2
	32 bis 38 (Summe) ...	25 029,7	14 669,6	33 294,4	89 332,0	162 325,6	176 419,8	163 809,0	85 914,2	116 739,6	101 049,8
41	Landesverteidigung	9 204,6	87,4	47,4	11 649,4	20 988,8	20 422,5	20 529,7	526,1	559,1	589,2
42	Staats- und Rechtssicherheit	18 917,5	1 114,3	0,4	6 636,7	26 668,9	25 923,4	24 579,5	6 918,9	6 564,6	6 124,1
43	Übrige Hoheitsverwaltung	43 625,4	6 399,3	1 930,2	132 542,4	184 497,3	184 066,5	188 723,2	444 084,0	407 274,2	401 140,7
	41 bis 43 (Summe) ...	71 747,5	7 601,0	1 978,0	150 828,5	232 154,9	230 412,4	233 832,4	451 529,0	414 397,9	407 853,9
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	138 512,4	26 839,1	46 870,7	534 409,3	746 631,5	752 820,	731 447,0	656 053,6	650 547,4	626 628,7
	Ausgleichshaushalt										
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	.....	.....	.....	1 910,2	1 910,2	4 345,6	1 251,8	.....	.....	.....
43	Übrige Hoheitsverwaltung	.....	.....	.....	196 225,8	196 225,8	209 848,6	119 840,0	288 713,9	316 466,8	225 910,2
	Summe Ausgleichshaushalt ...	.....	.....	.....	198 136,0	198 136,0	214 194,2	121 091,8	288 713,9	316 466,8	225 910,2
	Gesamtsumme ...	138 512,4	26 839,1	46 870,7	732 545,2	944 767,5	967 014,2	852 538,9	944 767,5	967 014,2	852 538,9

[1] Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1995, Seite 321.
[2] Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Bundesrechnungsabschluß 1994, Band 2, Seiten 140/141.

www.parlament.gv.at

Bereinigte Budgetgebarung

Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen [1]), Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe [1]) des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zB Postgebühren, Verkehrseinnahmen) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlaufer") vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlages gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung muß sich an den Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit" und „Bilanzklarheit" halten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Durchlaufer

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch einer Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde ab 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt.

In Ergänzung der im Jahre 1964 durchgeführten Maßnahme wurde in sinngemäßer Weise in den Bundesvoranschlägen 1975 bis 1987 auch noch die Veranschlagung der Durchlaufer-Gebarungen betreffend Münzregal und Katastrophenfondsmittel durchgeführt. Auf Grund des neuen Bundeshaushaltsgesetzes ist die Gebarung der Katastrophenfondsmittel ab dem Bundesvoranschlag 1988 wieder bruttomäßig zu veranschlagen. Die bruttomäßige Veranschlagung der Gebarung des Münzregals war nur im Bundesvoranschlag 1988 vorgesehen. Als „Durchlaufer", deren Veranschlagung beibehalten werden mußte, verblieben im wesentlichen bis zur Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen die Abgeltung von Einnahmeausfällen der Österreichischen Bundesbahnen und der Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zum Karenzurlaubsgeld.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Brutto-Inlandsproduktes bzw. Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte bzw. im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlaufer" in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Regelung saldiert sind.

---

[1]) Diese betrieblichen Einrichtungen, wie zB Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, Post- und Telegraphenverwaltung oder Österreichische Bundesforste, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlaufer") ausgeschieden.

	Bundesrechnungsabschluß 1994		Bundesvoranschlag 1995		Bundesvoranschlag 1996	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
Gesamtgebarung (brutto) (mit Ausgleichshaushalt)	852 539	852 539	967 014	967 014	944 767	944 767
Bereinigte Budgetgebarung						
Gruppe 0 bis 6 (ohne Ausgleichshaushalt)	674 624	561 462	694 018	583 390	720 574	630 758
hiezu: Überschuß Alkohol (Monopol)		841		94		
Bundesforste		109		180		377
Post- u. Telegraphenverw.		9 780		10 496		1 400
Abgang Bundestheater	2 386		2 415		2 355	
Alkohol (Monopol)					184	
Zwischensumme [1]	677 010	572 192	696 433	594 161	723 113	632 535
ab: „Durchlaufer" [2]	15 576	15 576	13 946	13 946	15 726	15 726
hiezu: Ausgleichshaushalt	121 092	225 910	214 194	316 467	198 136	288 714
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung [3]	782 526	782 526	896 682	896 682	905 523	905 523
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S	2 262,9		[4] 2 360,1		[4] 2 449,4	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP	34,6		38,0		37,0	

[1] Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

[2] Zufolge haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebarung der Kapitel 71 bis einschließlich 78 (Kapitel 78 bis einschließlich 1996) nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Voranschlagsansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlaufer" ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlaufer, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlaufer werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfaßt sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Voranschlagsposten 8260 und 8261 als Vergütungen bzw. bei den Voranschlagsposten 8262 und 8263 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes a u s n a h m s l o s erfaßt, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Voranschlagsposten 7290 bis 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Voranschlagsposten solche Überrechnungen erfolgen können.

[3] Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

[4] Schätzung.

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauerenden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anläßlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Aktiva	BRA 1994	BRA 1993
	Millionen Schilling	
1. Anlagevermögen		
1.1 Unbewegliche Anlagen	321 820	404 210
1.2 Bewegliche Anlagen	26 780	68 795
1.3 Im Bau befindliche Anlagen	58 274	65 423
1.4 Vorräte	4 012	5 516
1.5 Aktivierungsfähige Rechte	1 702	1 485
1.6 Finanzanlagen		
1.61 Beteiligungen	58 154	60 431
1.62 Wertpapiere des Anlagevermögens	—	—
1.7 Anzahlungen für Anlagen	80	969
2. Umlaufvermögen		
2.1 Vorräte	1 302	1 602
2.2 Bargeld, Guthaben, Wertpapiere		
2.21 Bargeld	3 622	3 260
2.22 Guthaben bei Kreditunternehmungen	52 506	30 469
2.23 Schwebende Gelder	— 1 271	—
2.24 Wertpapiere des Umlaufvermögens	6 202	7 606
2.3 Forderungen		
2.31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12 265	11 986
2.32 Forderungen aus Darlehen	16 818	13 466
2.33 Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen	24 435	20 768
2.34 Forderungen aus Vorschüssen	5 314	6 391
2.35 Ersatzforderungen	2 196	1 610
2.36 Sonstige Forderungen	75 974	67 535
2.37 Gegebene Anzahlungen	2 073	2 432
2.38 Forderungen aus Währungstauschverträgen	107 949	98 186
2.4 Haushaltsrücklagen	29 164	30 365
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	45 666	20 680

Passiva	BRA 1994	BRA 1993
	Millionen Schilling	
1. Rücklagen		
1.1 Haushaltsrücklagen	29 164	30 365
1.2 Sonstige Rücklagen	—	27 121
2. Wertberichtigungen	—	—
3. Verbindlichkeiten		
3.1 Schwebende Geldgebarungen	—	—
3.2 Schulden aus Lieferungen und Leistungen [1]	217 117	223 585
3.3 Schulden aus Erträgen	5 592	6 868
3.4 Ersatzschulden	211	462
3.5 Sonstige Schulden [2]	124 910	114 053
3.6 Empfangene Anzahlungen	60	1 180
3.7 Schulden aus Währungstauschverträgen	118 211	102 604
3.8 Finanzschulden [3]	1 218 122	1 104 638
4. Rückstellungen	4 400	3 782
5. Passive Rechnungsabgrenzung	34 471	9 508

[1] bis [3] Hievon fällige Schulden:

BRA 1994	BRA 1993
3 435	[1] 3 094
1 052	[2] 1 340
10	[3] 10

Übersicht über die Planungsmäßigen Vorbelastungen [1]

Kapitel	Bezeichnung	Planungsmäßige Vorbelastungen [2]			
		1996	1997	1998 u. später	Summe
		Millionen Schilling			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	139,522	146,402	420,979	706,903
11	Inneres	295,750	330,390	751,000	1 377,140
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1 464,996	1 235,703	2 500,166	5 200,865
14	Wissenschaft und Forschung	3 646,200	3 246,880	12 372,810	19 265,890
20	Äußeres	969,257	964,500	1 192,260	3 126,017
40	Militärische Angelegenheiten	8 272,051	8 271,924	1 337,677	17 881,652
50	Finanzverwaltung	359,890	440,390	873,339	1 673,619
54	Bundesvermögen	8 449,184	5 680,110	28 417,459	42 546,753
60	Land- und Forstwirtschaft	2 803,334	2 871,078	6 232,783	11 907,195
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	701,035	701,035	2 037,542	3 439,612
64	Bauten und Technik	10 673,525	10 850,986	15 749,340	37 273,851
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1 949,196	1 949,196	4 588,280	8 486,672
71	Bundestheater	67,706	51,706	18,000	137,412
78	Post- und Telegraphenverwaltung	7 051,627	—	—	7 051,627

[1] Die Bestimmungen des Finanziellen Wirkungsbereiches (eine Anlage der Durchführungsbestimmungen zu den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen) beziehen sich auf Verfügungen eines Ressorts, die im einzelnen in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht als ein einheitlicher Vorgang angesehen werden können (Vorhaben). Die Ausgaben, die sich auf Grund von Entscheidungen der zuständigen Organe der Bundesverwaltung über solche in Angriff zu nehmende Vorhaben in zukünftigen Finanzjahren ergeben können, werden vorerst als planungsmäßige Vorbelastungen bezeichnet. Diese Vorbelastungen können ein Vorhaben aus der Anschaffung oder Herstellung (einschließlich Selbsterstellung) von Wirtschaftsgütern, aus Förderungsmaßnahmen oder aus sonstigen vertraglichen Vereinbarungen zum Gegenstand haben.

Erst im Zuge der Verwirklichung eines solchen Vorhabens werden rechtsverbindliche Verpflichtungen (zB durch Auftragsvergabe, Vertragsabschluß, Erlassung eines Bescheides) begründet, die in der Bundesverrechnung als solche erfaßt werden.

Soweit im Zeitpunkt der Teilhefterstellung Vorhaben noch nicht beendet sind, werden die Gesamtkosten dieser einzelnen Vorhaben, das sind die planungsmäßigen Vorbelastungen, zusammengefaßt und aufgeteilt auf die entsprechenden Finanzjahre in Übersichten ausgewiesen. **Eine Aussage, inwieweit diese planungsmäßigen Vorbelastungen bereits zu rechtsverbindlichen Verpflichtungen geführt haben, vermitteln diese Übersichten derzeit noch nicht.**

[2] Zusammenfassung der in den Teilheften für das Jahr 1996 in der Beilage III D „Übersicht über die künftige Finanzjahre belastende Vorhaben" aufscheinenden Vorbelastungs-Daten für die Jahre 1996 und später.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß § 35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ist normiert, daß der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.

Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten

- Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
- Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
- die von vom Bund verschiedenen Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, daß die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die gesetzliche Refundierungsverpflichtung unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs. 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs (gemäß § 5 Abs. 4 Z 3 BHG).

Zu den außerbudgetären Finanzierungen zählen die

- ASFINAG-Finanzierungen des Straßenbaus durch Straßensondergesellschaften
- ASFINAG-Finanzierungen des ÖBB-Hochleistungsstreckenbaues
- ASFINAG-Finanzierungen des Hochleistungsstreckenbaues durch die Hochleistungsstrecken AG
- ASFINAG-Finanzierungen des Bundes-Hochbaues
- IAKW-Finanzierungen
- ÖIAG-Finanzierungen.

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgenden Aufstellungen über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes geben an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß 1.,
4. die Entwicklung des Standes der Verschuldung, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie der gesetzliche Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften des Bundes.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger						Auswirkungen auf den BVA 1996	
(Gesetzliche) Grundlage (BGBl. Nr.)	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche Gesamtkosten	Voraussichtliche Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Voraussichtliche Ausgaben im Jahr 1996	VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (– = Einnahme)
			in Milliarden Schilling				
a) Finanzierung (ausschließlich)							
591/1982 288/1984 493/1985 80/1987 339/1987 510/1987 325/1988 136/1989 419/1991	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	Finanzierung der Straßenbausondergesellschaften, von Bundeshochbauten und von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken (ÖBB und HL AG)	[1] [1] [1]	[2] 5,000 23,000	[5] 0,395 3,250	1/64297/7285 1/64298/7280 1/54848/7280 1/54848/7281	1,652 2,631 0,300 1,160
298/1981 602/1981 633/1982 589/1983 298/1987 421/1991	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns	118,423	–	–	1/54847/7411 7/54847/7411/001 1/54847/7414 7/54847/7414/001 1/54847/7415 7/54847/7415/001 1/54847/7416 7/54847/7416/001	0,001 0,000 0,567 1,414 1,997 0,496 0,300 0,000
b) Bau (ausschließlich)							
826/1992	Alpen Straßen AG	Arlberg Tunnel, Teilstrecken der S 16 in Tirol und Vorarlberg: Herstellung und Erhaltung; Teilstrecke der B 315, Planung	[3]	13,900	0,103 [4]	1/64297/7287/002 1/64298/7287/002 1/64298/7287/302 2/64290/8179	1,000 0,015 0,000 –2,050

[1]) Derzeit nicht abschätzbar.
[2]) Auf die Beträge bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften wird verwiesen.
[3]) Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.
[4]) Baukosten.
[5]) Gesamtausgaben einschließlich der bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften ausgewiesenen Baukosten: 15 Milliarden Schilling.

www.parlament.gv.at

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger						Auswirkungen auf den BVA 1996	
(Gesetzliche) Grundlage (BGBl. Nr.)	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1996	VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (– = Einnahme)
			in Milliarden Schilling				
826/1992	Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG	Brenner Autobahn: Herstellung, Erhaltung; Inntalautobahn: Herstellung eines Teilabschnittes Teilstrecken der Südautobahn, der Semmering-Schnellstraße und der Murtal-Schnellstraße, der Innkreisautobahn: Planung und Errichtung; Bundesstraßenverbindung A 2–A 4: Planung Teilstrecken der Phyrn Autobahn in Steiermark und Oberösterreich: Herstellung, Erhaltung Teilstrecken der Tauern Autobahn in Salzburg und Kärnten, Karawankentunnel: Herstellung, Erhaltung; Umfahrungen Zell/See, Lofer, Klagenfurt: Herstellung Teilstrecken von Bundesstraßenverbindungen in Wien, Teilstrecken der A 23: Planung und Errichtung	[3]	68,700	1,412 [4]	1/64297/7287/001 1/64298/7287/001 1/64298/7287/301 2/64290/8178	0,798 0,243 0,000 –1,400
c) Finanzierung und Bau							
223/1985	IAKW-AG	Internationaler Teil, Österreichisches Konferenzzentrum: Errichtung, Erhaltung, Verwaltung, Finanzierung	11,300	9,000	0,134	1/54826/7420 1/54826/7471/423 2/54824/8555/370	0,150 0,001 –0,001

[3] Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.
[4] Baukosten.

www.parlament.gv.at

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften), der ÖIAG[3]) und der IAKW-AG sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierzungsgesellschaften 1985—1994

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensaufnahme durch außerbudgetäre Sonderfinanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr	Gesetzliche Haftungsrahmen[1]) zum 31. 12.
1985	46,1	14,4	+13,6	175,3[2])
1986	63,4	19,6	+17,3	202,0[2])
1987	83,6	22,3	+20,2	227,7[2])
1988	94,5	13,0	+10,9	249,5[2])
1989	103,3	11,2	+ 8,8	274,1[2])
1990	112,6	13,6	+ 9,3	273,1[2])
1991	118,4	9,3	+ 5,8	338,3[2])
1992	129,5	10,6	+11,1	338,3[2])
1993	137,0	14,4	+ 7,5	338,3[2])
1994	145,4	14,7	+ 8,4	338,3[2])

[1]) Für Kapital, Zinsen und Kosten.
[2]) Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzieurngsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1985 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.
[3]) In der Spalte „Verschuldung zum 31. 12." ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte „Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12." beinhaltet alle Haftungsgesetze.

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1 a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

	Bruttoausgaben [1]									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994 [2]	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund [5]	514,7	557,4	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0	909,4	869,8 [4]
Länder (ohne Wien)	137,1	148,2	151,0	161,3	173,5	192,5	211,8	228,7	239,4	
Gemeinden (ohne Wien)	94,6	99,1	106,6	114,6	128,7	141,2	152,3	164,5	171,1	
Wien (Land und Gemeinde)	83,5	88,1	93,0	91,4	99,1	116,8	117,8	133,1	139,2	
Gemeindeverbände [7]	3,3	3,3	3,7	3,8	4,2	4,7	5,5	5,8	6,0	
Öffentliche Fonds [8]	32,4	37,4	34,2	37,5	43,7	45,6	47,9	50,8	55,0	
Kammern [9]	19,7	20,5	21,5	25,0	24,1	28,5	28,4	29,3	30,5	
Sozialversicherungsträger [10]	255,3	265,6	280,9	300,8	338,6	361,0	381,9	407,0	428,0	
Staat (Summe)	1 140,6	1 219,6	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 722,6	1 841,2	1 978,6	

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT) (bis einschließlich 1994); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Anteil in %									
Bund [5]	45,1	45,7	45,8	45,6	45,0	44,8	45,1	44,6	46,0	
Länder (ohne Wien)	12,0	12,1	11,8	11,9	11,7	11,9	12,3	12,4	12,1	
Gemeinden (ohne Wien)	8,3	8,1	8,4	8,5	8,7	8,8	8,8	8,9	8,6	
Wien (Land und Gemeinde)	7,3	7,2	7,3	6,8	6,7	7,2	6,8	7,2	7,0	
Gemeindeverbände [7]	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Öffentliche Fonds [8]	2,9	3,1	2,7	2,8	3,0	2,8	2,8	2,8	2,8	
Kammern [9]	1,7	1,7	1,7	1,8	1,6	1,8	1,6	1,6	1,5	
Sozialversicherungsträger [10]	22,4	21,8	22,0	22,3	22,9	22,4	22,2	22,1	21,8	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

[1] Laut Finanzstatistik. Inklusive Tilgungen, Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenzuführungen, aber ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.
[2] Vorläufige Werte.
[3] Schätzungen.
[4] Bundesvoranschlag.
[5] Bundeshaushalt sowie Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaft.
[6] Laut Finanzstatistik. Ohne Schuldenaufnahme und Kassenstärkungsmaßnahmen, jedoch inklusive Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenentnahmen.
[7] Erfaßt sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

Übersicht 1 a

	Bruttoeinnahmen [6]									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993)	1994 [2]	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund [5]	409,9	451,7	478,4	502,3	557,7	592,1	602,0	627,1	646,7	656,1 [4]
Länder (ohne Wien)	132,1	142,4	147,6	158,1	170,2	188,1	204,7	219,0	220,0	
Gemeinden (ohne Wien)	89,1	94,3	101,5	109,4	122,2	133,3	141,4	154,1	160,3	
Wien (Land und Gemeinde)	77,4	80,0	87,8	88,7	96,0	112,7	110,9	122,4	125,3	
Gemeindeverbände [7]	3,3	3,3	3,5	3,7	4,1	4,5	5,5	6,0	6,0	
Öffentliche Fonds [8]	26,2	35,3	41,7	33,3	36,5	36,4	38,2	45,0	55,0	
Kammern [9]	18,7	19,7	20,4	23,7	23,9	26,8	27,4	28,2	30,5	
Sozialversicherungsträger [10]	253,5	263,1	277,4	297,9	323,7	347,7	371,2	395,8	428,0	
Staat (Summe)	1 010,2	1 089,8	1 158,3	1 217,1	1 334,3	1 441,6	1 501,3	1 597,6	1 671,8	

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF

(zu Übersicht 1 a)

	Bruttoeinnahmen									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Anteil in %									
Bund [5]	40,6	41,5	41,3	41,3	41,8	41,1	40,1	38,9	38,7	
Länder (ohne Wien)	13,1	13,1	12,7	13,0	12,8	13,0	13,6	13,7	13,2	
Gemeinden (ohne Wien)	8,8	8,7	8,8	9,0	9,2	9,2	9,4	9,6	9,6	
Wien (Land und Gemeinde)	7,7	7,3	7,6	7,3	7,2	7,8	7,4	7,7	7,5	
Gemeindeverbände [7]	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	
Öffentliche Fonds [8]	2,6	3,2	3,6	2,7	2,7	2,5	2,5	2,8	3,3	
Kammern [9]	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8	1,9	1,8	1,8	1,8	
Sozialversicherungsträger [10]	25,1	24,1	23,9	24,5	24,3	24,1	24,7	24,8	25,5	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Nettoausgaben

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

a) Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — interne Verrechnungen — und

b) Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abzug, verbleiben die sektoralen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt. Bringt man des weiteren auf der Ausgabenseite die Tilgungen der öffentlichen Haushalte in Abzug, verbleiben die Nettoausgaben.

[8]) Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Agrarmarkt Austria (AMA), Ausgleichstaxfonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Getreidewirtschaftsfonds (bis 1993), Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Kriegsopferfonds, Massafonds der Bundesgendarmerie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds (bis 1992), Polizeimassafonds, Reservefonds für Familienbeihilfen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (bis 1986), Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Arbeitsmarktservice, Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte, Hilfsfonds nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, Fonds „Gesundes Österreich", Österreichische Bundesfinanzierungsagentur.

[9]) Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Wiener Börsekammer, Ingenieurkammern (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Wirtschaftskammer (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Arbeiterkammer (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Österreichische Patentanwaltskammer, Rechtsanwaltskammern (Kammertag und 7 Kammern), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

[10]) Jahresergebnisse der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie der Krankenfürsorgeanstalten, des Erstattungsfonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz, des Insolvenz-Ausfallgeldfonds und der Sonderrechnung über Leistungen nach dem Nachtschichtschwerarbeitsgesetz, nach dem Betriebshilfegesetz und nach dem Bundespflegegeldgesetz.

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern der Ausgabenseite für die Jahre 1987 bis 1994 (Nettoausgaben).

Übersicht 2

	Staat (insgesamt)							
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	1 140,6	1 219,6	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 722,6	1 841,2
ab: Vergütungen [11]) und Überweisungen	203,9	255,9	254,2	268,3	295,0	328,9	337,4	378,8
Tilgungen	51,9	57,2	63,1	63,4	64,8	81,0	96,5	110,7
Nettoausgaben	884,8	906,5	958,3	1 017,4	1 116,8	1 203,4	1 288,7	1 351,7

Quelle: ÖSTAT

Übersicht 2 a

	davon Bund [5])							
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	514,7	557,4	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0
ab: Vergütungen [11])	8,4	17,5	16,8	15,8	17,3	21,0	12,9	36,5
Überweisungen	103,9	127,7	132,8	131,5	142,6	150,1	167,9	182,7
Tilgungen [11a])	35,1	39,3	43,6	49,5	44,4	64,6	76,8	90,1
Nettoausgaben	367,3	372,9	391,5	417,9	460,4	487,3	519,4	512,7

Quelle: ÖSTAT

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind dje Ausgaben und Einnahmen des Staates aber noch weiter eingegrenzt. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt (siehe auch Abschnitt C, 2. Absatz).

B. Volkswirtschaftliche Steuerquote

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Ein Teil des vom Bund erhobenen Abgabenaufkommens wird jedoch an verschiedene Rechtsträger weitergegeben. Der Anteil der dem Bund verbleibenden kassamäßigen Steuereinnahmen (einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) am Brutto-Inlandsprodukt — unter Berücksichtigung der 1978 erfolgten Umstellung von Kinderabsetzbeträgen auf Transferzahlungen und ab 1988 einschließlich der für die Wohnbauförderung zweckgebundenen Steuermitteln — ist von rund 17,5% im Jahre 1970 lediglich auf rund 20,1% im Jahre 1994 gestiegen, während die Steuerquote insgesamt in diesem Zeitraum von 35,6 auf 41,8% zunahm.

[11]) Inklusive Rücklagenzuführungen.
[11a]) Ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

Übersicht 3

	Steuern und steuerähnliche Einnahmen [13]									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994 [2]	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund	413,1	431,6	446,0	485,3	530,2	576,8	603,4	610,5	596,8	658,7
Länder	1,7	1,7	1,8	2,0	2,0	2,2	2,3	2,3	2,5	2,7
Gemeinden [12]	20,4	21,6	23,5	25,4	26,7	29,0	30,4	38,7	40,0	41,0
Kammern	8,9	9,2	9,8	10,1	10,5	11,3	11,5	11,5	12,0	12,5
Sozialversicherungsträger	173,7	181,7	193,2	208,5	225,7	248,5	265,3	279,8	293,6	303,5
Fonds	5,5	6,6	5,9	5,1	4,8	5,2	5,6	5,0	0,5	0,0
Beiträge zum EU-Haushalt	—	—	—	—	—	—	—	—	23,6	29,4
Summe	623,2	652,5	680,2	736,4	799,9	872,8	918,4	947,8	969,0	1 047,8
Brutto-Inlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
Summe in % des Brutto-Inlandsprodukts	42,1	41,6	40,7	40,9	41,5	42,6	43,2	41,9	41,1	42,8

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF; WIFO (Dezember-Prognose 1995)

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der gesamten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur prozentuellen Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß (Aufkommenselastizität).

Übersicht 4

	Veränderung gegenüber Vorjahr				Aufkommenselastizität
	der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen [13]		des Brutto-Inlandsprodukts		
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1986	25,5	4,4	74,1	5,5	0,80
1987	17,2	2,8	58,9	4,1	0,69
1988	29,3	4,7	85,2	5,8	0,82
1989	27,7	4,2	106,5	6,8	0,62
1990	56,2	8,3	128,4	7,7	1,08
1991	63,5	8,6	125,2	7,0	1,23
1992	73,0	9,1	120,7	6,3	1,44
1993	45,5	5,2	76,8	3,8	1,37
1994	29,4	3,2	138,8	6,5	0,49
1995	21,2	2,2	97,2	4,3	0,51
1996	78,8	8,1	89,3	3,8	2,13

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [14]

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und anderseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten öffentlichen Haushalte und des Bundessektors [15] zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes (Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse**

[12] Inklusive Wien.

[13] Inklusive Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sozialversicherungsbeiträge; auf Forderungsbasis (Kasseneinnahmen zuzüglich Erstattungen und Veränderungen der Forderungen); Zuordnung nach der Einhebung.

[14] Siehe hiezu die Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1994", Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1995.

[14a] Einschließlich öffentlicher Einkommen.

[15] Bund inklusive Akademie der Wissenschaften, Österreichische Hochschülerschaft und Bundesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit.

(laut Geldrechnung) berücksichtigt und entsprechend einem besonderen Kontenkonzept für die öffentlichen Betriebe in bestimmter Weise auf (positive oder negative) Einkommen aus Besitz und Unternehmung, indirekte Steuern (Monopole) bzw. Subventionen (strukturelle Defizitbetriebe) sowie Kapitaltransfers aufgeteilt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden jährlich die hauptsächlichen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Vorgänge in systematischer Form erfaßt und ausgewiesen. Die Reihen der VGR werden in Österreich, wie in anderen Ländern auch, von Zeit zu Zeit gründlichen Revisionen unterzogen, um weiterentwickelte Verbuchungskonzepte in die Rechnung einzuführen, wie sie von den maßgeblichen internationalen Stellen ausgearbeitet werden. Das von den UN im Jahre 1968 herausgegebene „System of National Accounts" SNA [16]) gab erstmals einen integrierten Rahmen für die VGR einschließlich Input-Output-, Geldstrom- und Vermögensrechnung vor, und bedeutete eine Weiterentwicklung des früheren Systems in Richtung geschlossener **Brutto**-Erfassung aller Transaktionen und stärkerer **Differenzierung** der Güterkonten einerseits und der institutionellen Konten andererseits.

Die Ergebnisse einer auf das SNA 68 umgestellten VGR für Österreich wurden erstmals 1979 [17]) und in der Folge jährlich publiziert. Die jüngsten Ergebnisse wurden Ende 1995 veröffentlicht [14]). Nach einer 1984 erfolgten Rückrechnung ist ein VGR-Datenset aus einem Guß für den gesamten Zeitraum **1954—1994** verfügbar.

1993 erschien ein grundlegend revidiertes SNA (SNA 93) [17a]). Die Revision des Europäischen Systems der VGR (ESVG) ist i. w. 1994 abgeschlossen worden, eine entsprechende EU-Rats-Verordnung ist 1996 zu erwarten. Derzeit wird die österreichische VGR auf die EU-Vorgaben hin adaptiert. Durch die Berücksichtigung von neuem statistischen Material ergeben sich auch jährlich geringfügige Änderungen, vor allem in den jüngsten Jahren.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen (Hauptaggregate) über das Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode **(Brutto-Inlandsprodukt),** über die Summe der erzielten Einkommen **(Volkseinkommen)** und die Gesamtheit der zur Verwendung gelangenden Waren und Dienstleistungen **(Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).** Zwischen diesen Hauptaggregaten bestehen folgende Zusammenhänge (siehe auch Übersicht 5):

Volkseinkommen
\+ Faktoreinkommen an das Ausland
\- Faktoreinkommen aus dem Ausland
\+ Abschreibungen
\+ Indirekte Steuern
\- Subventionen
Brutto-Inlandsprodukt

\+ Importe
\- Exporte
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

In den Hauptaggregaten ist der Staat mit seinem Beitrag zum BIP, der öffentlichen Lohnsumme (Volkseinkommen) bzw. dem öffentlichen Konsum und den öffentlichen Brutto-Investitionen enthalten (Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom Staat und im speziellen vom Bundessektor „für sich selbst" verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds [8]) sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

---

[16]) A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F No. 2, Rev. 3, UN, New York 1968.
[17]) „Österreichs Volkseinkommen 1964—1977, Neuberechnung", Heft 525 der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1979.
[17a]) System of National Accounts 1993; EUROSTAT, IMF, OECD, UN, World Bank; Brussels/Luxemburg, New York, Paris, Washington, D. C.; 1993.

Übersicht 5

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Löhne und Gehälter	792,7	827,6	880,5	946,4	1 027,4	1 095,6	1 141,3	1 182,1	1 230,6	1 268,8
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (zinsenbereinigt)[14a]	294,1	326,5	351,6	389,1	406,0	428,9	434,8	477,7	512,0	511,7
Volkseinkommen	1 086,8	1 154,1	1 232,1	1 335,5	1 433,4	1 524,5	1 576,0	1 659,9	1 742,6	1 780,5
± Faktoreinkommen an das/aus dem Ausland	+12,9	+8,5	+8,9	+7,3	+13,1	+9,7	+9,4	+7,5	+5,2	+10,9
+ Abschreibungen	183,9	194,1	205,6	218,5	235,2	252,6	270,1	288,7	306,0	324,4
+ Indirekte Steuern (netto)	197,8	209,8	226,3	240,0	244,9	260,5	268,6	306,8	306,3	333,6
Brutto-Inlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
+ Außenbeitrag	−7,2	−8,2	−16,2	−23,4	−16,7	−19,7	−13,9	+6,3	+19,4	+12,2
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 474,2	1 558,2	1 656,7	1 777,9	1 909,8	2 027,6	2 110,2	2 269,2	2 379,5	2 461,6

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 1995)

Aufgrund der nachfolgenden Übersicht 6 werden 1996 vom Bundessektor selbst nur rund 6,4% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für rund 0,6% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten Staat betragen die analogen Prozentsätze rund 18,5% bzw. rund 3,0%.

Übersicht 6

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	102,0	104,3	109,0	113,7	124,3	131,2	140,8	148,4	152,1	157,3
Brutto-Anlageinvestitionen	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,1	14,4
Bundessektor (Summe)	116,9	119,1	124,0	130,1	141,0	147,0	156,5	164,1	166,2	171,7
Öffentlicher Konsum	178,4	184,0	193,9	206,2	224,1	243,6	263,7	277,9	289,1	295,0
Brutto-Anlageinvestitionen	35,9	35,9	40,2	40,9	46,4	51,4	51,2	53,3	57,9	60,0
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe)	214,3	219,9	234,1	247,1	270,5	295,1	314,9	331,2	347,0	355,0
Privater Konsum	837,8	882,7	935,4	998,3	1 062,1	1 133,7	1 180,7	1 247,2	1 304,0	1 352,7
Brutto-Anlageinvestitionen	291,4	320,5	350,5	385,1	425,3	445,8	448,2	491,9	519,1	542,0
Privater Sektor (Summe)	1 129,2	1 203,2	1 285,9	1 383,4	1 487,4	1 579,5	1 629,0	1 739,2	1 823,1	1 894,7
Lagerbewegung und statistische Differenz	13,8	16,0	12,6	17,3	10,9	6,0	9,8	34,7	43,1	40,3
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 474,2	1 558,2	1 656,7	1 777,9	1 909,8	2 027,6	2 110,2	2 269,2	2 379,5	2 461,6

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); WIFO; BMF

328 **Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung — Einkommenskonto**

Übersicht 6 a

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	6,9	6,7	6,6	6,4	6,5	6,5	6,7	6,5	6,4	6,4
Brutto-Anlageinvestitionen	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6
Bundessektor (Summe)	7,9	7,7	7,5	7,3	7,4	7,3	7,4	7,2	7,0	7,0
Öffentlicher Konsum	12,1	11,7	11,7	11,6	11,7	12,0	12,5	12,2	12,1	12,0
Brutto-Anlageinvestitionen	2,4	2,3	2,4	2,3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe)	14,5	14,1	14,1	13,9	14,2	14,6	14,9	14,6	14,5	14,4
Privater Konsum	56,8	56,5	56,4	56,1	55,6	55,9	56,0	55,0	54,8	55,0
Brutto-Anlageinvestitionen	19,8	20,6	21,1	21,7	22,3	22,0	21,2	21,7	21,8	22,0
Privater Sektor (Summe)	76,6	77,1	77,5	77,8	77,9	77,9	77,2	76,6	76,6	77,0
Lagerbewegung und statistische Differenz	0,9	1,1	0,9	1,0	0,6	0,3	0,5	1,5	1,9	1,6
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor [15]) den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen werden 1995 von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von knapp 40% für öffentliche Konsumausgaben verbraucht. Die restlichen Einnahmen, vermindert um die Zinsen für die Staatsschuld, werden neu verteilt, und zwar im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Einkommenskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 7

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Laufende Einnahmen:										
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	29,4	30,7	33,3	38,1	40,8	50,0	45,7	48,1	53,5	52,1
davon Bundessektor	*22,4*	*23,1*	*24,9*	*27,6*	*29,1*	*33,6*	*30,1*	*33,2*	*38,0*	*36,1*
Versicherungsleistungen	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
davon Bundessektor	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*
Indirekte Steuern	245,2	254,9	271,4	287,9	305,8	325,8	339,1	367,3	333,7	365,9
davon Bundessektor	*173,1*	*178,8*	*190,1*	*201,2*	*213,2*	*229,0*	*236,2*	*254,2*	*224,6*	*250,1*

Übersicht 7 (Fortsetzung)

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Direkte Steuern der privaten Haushalte	177,2	186,4	180,5	203,4	227,5	249,9	267,9	265,1	284,8	303,2
davon Bundessektor[18]	*105,0*	*130,1*	*124,5*	*140,2*	*154,7*	*169,1*	*181,8*	*185,2*	*208,0*	*217,2*
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften	26,2	28,1	33,9	35,6	39,7	47,1	44,8	33,2	39,2	52,1
davon Bundessektor	*20,0*	*21,3*	*25,7*	*26,5*	*29,8*	*36,4*	*34,3*	*25,9*	*33,2*	*45,4*
Gebühren und Strafen der privaten Haushalte	3,9	4,1	4,4	4,9	5,1	5,1	5,6	6,0	6,0	6,2
davon Bundessektor	*2,8*	*2,9*	*3,1*	*3,4*	*3,4*	*3,3*	*3,5*	*3,8*	*3,8*	*4,0*
Sozialversicherungsbeiträge[19]	183,3	191,8	204,3	220,6	238,9	262,3	280,0	298,6	314,6	325,0
davon Bundessektor	*5,6*	*5,8*	*6,4*	*7,0*	*7,5*	*7,9*	*8,3*	*12,0*	*13,0*	*13,4*
Imputierte Pensionsbeiträge	39,6	41,1	43,4	46,0	49,8	53,1	56,3	54,4	56,0	57,0
davon Bundessektor	*20,4*	*21,0*	*22,1*	*23,5*	*25,5*	*27,2*	*28,9*	*26,1*	*27,0*	*27,4*
Laufende Transfers von Trägern öffentlichen Rechts	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Bundessektor	*5,0*	*6,2*	*7,7*	*7,8*	*11,1*	*13,5*	*15,6*	*15,1*	*14,0*	*17,0*
Laufende Transfers vom Ausland	0,7	0,6	0,6	0,7	0,9	0,7	0,7	0,8	9,4	2,8
davon Bundessektor	*0,3*	*0,3*	*0,2*	*0,3*	*0,4*	*0,2*	*0,2*	*0,3*	*8,9*	*2,3*
Laufende Einnahmen (Summe)	705,7	738,0	772,3	837,5	908,8	994,4	1 040,5	1 074,2	1 097,6	1 164,7
davon Bundessektor	*354,8*	*389,2*	*404,7*	*437,6*	*475,0*	*520,6*	*539,2*	*556,0*	*570,8*	*613,2*
Laufende Ausgaben:										
Öffentlicher Konsum	280,4	288,4	302,9	319,9	348,4	374,8	404,5	425,2	444,0	451,0
davon Bundessektor	*102,0*	*104,3*	*109,0*	*113,7*	*124,3*	*131,2*	*140,8*	*148,4*	*155,0*	*156,0*
Zinsen für die Staatsschuld	58,4	61,8	66,4	73,1	81,9	87,5	91,9	91,5	102,3	109,9
davon Bundessektor	*49,4*	*53,1*	*58,0*	*64,3*	*72,9*	*78,4*	*82,8*	*82,7*	*91,4*	*96,6*
Versicherungsprämien, netto	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
davon Bundessektor	*0,2*	*0,2*	*0,2*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*
Subventionen	47,4	45,1	45,1	47,9	60,9	65,3	70,6	62,2	62,9	58,7
davon Bundessektor	*37,5*	*34,7*	*34,1*	*35,2*	*47,4*	*48,8*	*53,5*	*43,7*	*42,9*	*38,7*
Sozialversicherungsbarleistungen	161,5	167,8	176,4	188,7	199,9	212,3	229,4	246,8	264,5	274,4
Pensionen der Hoheitsverwaltung	63,4	66,0	70,1	74,5	80,8	85,9	91,5	96,2	101,5	103,5
davon Bundessektor	*38,4*	*39,9*	*42,4*	*45,0*	*48,9*	*52,0*	*55,7*	*58,9*	*62,0*	*63,0*
Sonstige Sozialtransfers	87,0	85,2	86,4	94,1	103,7	117,2	142,3	152,7	153,5	149,5
davon Bundessektor	*67,4*	*64,8*	*64,3*	*70,3*	*77,5*	*86,9*	*108,3*	*113,0*	*109,4*	*105,5*
Laufende Transfers an Träger öffentlichen Rechts	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bundessektor	*96,3*	*105,5*	*105,5*	*111,0*	*121,4*	*125,4*	*140,0*	*152,0*	*163,6*	*169,4*
Laufende Transfers an das Ausland	3,9	4,3	4,7	5,5	6,5	8,0	8,5	9,6	14,9	18,8
davon Bundessektor	*1,0*	*1,1*	*1,2*	*1,6*	*2,0*	*2,1*	*2,7*	*3,5*	*8,7*	*12,4*
Laufende Ausgaben (Summe)	702,2	718,8	752,4	804,0	882,5	951,5	1 039,3	1 084,7	1 144,0	1 166,2
davon Bundessektor	*392,1*	*403,7*	*414,7*	*441,4*	*494,6*	*525,0*	*584,1*	*602,4*	*633,3*	*641,9*

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF

[18] Bis 1987 werden die Einnahmen um die Leistungen des Bundes an die Länder für Zwecke der Wohnbauförderung vermindert dargestellt. Ab 1988 werden diese Leistungen als zweckgebundene Zuschüsse (Kapitaltransfers) veranschlagt.

[19] Einschließlich Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe.

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden folgendermaßen verwendet: Mit jeweils etwas mehr als einem Viertel für Konsumausgaben und Transfers an öffentliche Rechtsträger, der Rest für Zinsen und im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die hohe Steuerbelastung des österreichischen Inlandsproduktes erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferzahlungen („Umverteilung") eine besonders große Rolle spielen.

Öffentliches Sparen und Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder direkt die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: Im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem Staat und privaten Sektor.

In der Übersicht 8 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen" ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 8:

Vermögensveränderungskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 8

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Sparen	3,5	19,2	19,9	33,5	26,3	42,9	1,2	–10,5	–46,4	–1,5
davon Bundessektor	*–37,3*	*–14,5*	*–10,0*	*–3,8*	*–19,6*	*–4,4*	*–44,9*	*–46,5*	*–62,5*	*–28,7*
Abschreibungen	11,6	11,8	12,2	12,8	13,5	13,8	14,5	15,1	15,6	16,1
davon Bundessektor	*2,6*	*2,7*	*2,8*	*2,9*	*3,1*	*3,1*	*3,3*	*3,4*	*3,6*	*3,8*
Kapitaltransfer, netto vom Inland	–26,8	–27,3	–23,0	–26,9	–26,3	–27,4	–34,6	–33,2	–41,3	–42,6
davon Bundessektor	*–17,9*	*–18,1*	*–13,3*	*–14,7*	*–12,0*	*–11,8*	*–12,8*	*–11,4*	*–15,0*	*–15,6*
Kapitaltransfer, netto von Trägern öffentlichen Rechts	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bundessektor[18])	*–5,6*	*–21,3*	*–21,8*	*–23,3*	*–26,3*	*–28,3*	*–29,8*	*–30,3*	*–35,4*	*–38,3*
Kapitaltransfer, netto vom Ausland	–0,0	–0,0	–0,1	–0,1	–0,3	–0,2	–0,4	–0,3	–0,2	–0,2
davon Bundessektor	*–0,0*	*–0,0*	*–0,1*	*–0,1*	*–0,2*	*–0,2*	*–0,4*	*–0,3*	*–0,2*	*–0,2*
Finanzierung der Bruttovermögensbildung	–11,8	3,6	9,0	19,3	13,2	29,0	–19,3	–28,9	–72,3	–28,2
davon Bundessektor	*–58,2*	*–51,2*	*–42,4*	*–39,1*	*–55,1*	*–41,6*	*–84,6*	*–85,1*	*–109,5*	*–79,0*
Brutto-Anlageinvestitionen	50,7	50,7	55,2	57,3	63,0	67,7	67,5	70,1	72,0	74,4
davon Bundessektor	*14,9*	*14,8*	*15,0*	*16,4*	*16,7*	*15,8*	*15,7*	*15,7*	*14,1*	*14,4*
Erwerb von Liegenschaften, netto	0,7	0,6	0,6	0,7	0,5	0,0	1,2	2,3	0,7	0,7
davon Bundessektor	*0,6*	*0,4*	*0,4*	*–0,4*	*0,1*	*–0,7*	*0,0*	*0,5*	*0,0*	*0,0*
Netto Kreditgewährung/ Verschuldung (= öffentliches Defizit)	–63,2	–47,7	–46,8	–38,7	–50,4	–38,7	–88,0	–101,3	–145,0	–103,3
davon Bundessektor	*–73,6*	*–66,4*	*–57,8*	*–55,1*	*–71,9*	*–56,7*	*–100,4*	*–101,4*	*–123,6*	*–93,4*
Bruttoinlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
Öffentliches Defizit, in % des BIP	4,3	3,0	2,8	2,2	2,6	1,9	4,1	4,5	6,1	4,2

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF

Brutto-Anlageinvestitionen

Die Brutto-Anlageinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 9

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Brutto-Anlageinvestitionen des Staates	50,7	50,7	55,2	57,3	63,0	67,3	66,9	70,1	72,0	74,4
privaten Sektors	291,4	320,5	350,5	385,1	425,3	445,8	448,2	491,9	519,1	542,0
Zusammen ...	342,1	371,2	405,7	442,4	488,4	513,1	515,1	562,0	591,1	616,4
Davon Bundessektor	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,1	14,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF; WIFO

Öffentliches Sparen

Finanziert werden die Brutto-Anlageinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen", dem analogen „Privaten Sparen", aus den unverteilten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betrugen:

Übersicht 10

	1987		1988		1989		1990	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	3,5	*2,1*	19,2	*10,1*	19,9	*9,2*	33,5	*13,1*
Sparen der privaten Haushalte	118,6	*70,0*	115,6	*60,0*	136,9	*62,6*	158,3	*62,1*
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	47,3	*28,0*	56,4	*29,9*	59,6	*28,2*	63,1	*24,8*
Zusammen ...	169,3	*100,0*	190,6	*100,0*	216,4	*100,0*	254,9	*100,0*
Hievon Bundessektor	–37,3		–14,5		–10,0		–3,9	

	1991		1992		1993		1994	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	26,3	*9,9*	38,6	*14,6*	–3,3	*–1,3*	–11,3	*–4,0*
Sparen der privaten Haushalte	174,4	*65,8*	163,4	*61,7*	164,7	*66,8*	196,1	*68,9*
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	64,3	*24,3*	62,9	*23,7*	85,2	*34,5*	99,9	*35,1*
Zusammen ...	265,0	*100,0*	264,9	*100,0*	246,6	*100,0*	284,7	*100,0*
Hievon Bundessektor								

Quelle: ÖSTAT

Öffentliche Verschuldung [20])

Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:

a) öffentliches Defizit, in % des BIP,
b) öffentliche Verschuldung, in % des BIP.

Der 1. Indikator ist in Übersicht 8 enthalten, der 2. Indikator ist in Übersicht 11 abgeleitet. 1993 wurden in Österreich erstmals beide im „Maastrichter Vertrag" festgelegten Grenzwerte überschritten (3% für das öffentliche Defizit bzw. 60% für die öffentliche Verschuldung).

Übersicht 11

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund										
Finanzschulden lt. Bundesrechnungsabschluß	700,1	749,2	796,2	853,6	932,0	988,0	1 104,6	1 218,1		
minus Darlehen öffentlicher Rechtsträger	−0,3	−0,2	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−1,2		
plus Schulden/minus Forderungen aus Währungstauschverträgen	−2,5	−2,5	+4,0	+8,1	+5,8	+4,0	+4,4	+10,3		
plus Silbermünzen (OeNB)	–	–	–	–	–	+1,3	+1,4	+1,5		
minus eigene Bundestitel	–	–	–	–	−1,1	−1,1	−1,5	−2,8		
Verschuldung lt. Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	697,3	746,5	800,1	861,6	936,6	992,2	1 108,9	1 225,9	1 342,4	1 432,4
ASFINAG [21])	49,5	54,1	58,8	64,1	68,9	72,5	78,2	79,6	83,0	84,6
Bundesfonds [22])	8,9	13,5	13,3	13,1	13,7	17,1	23,5	23,7	25,0	25,0
Länder ohne Wien	43,3	43,0	40,0	39,5	38,8	39,5	43,7	48,2	63,0	71,5
Gemeinden ohne Wien	45,3	45,1	44,9	44,2	45,2	47,7	53,2	57,2	69,0	77,5
Wien	26,0	30,2	27,5	28,1	27,4	24,5	26,9	37,0	50,0	56,0
Öffentliche Verschuldung, insgesamt	870,2	932,3	984,6	1 050,6	1 130,6	1 193,6	1 334,4	1 471,5	1 632,4	1 747,0
Bruttoinlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
Öffentliche Verschuldung, in % des Bruttoinlandsproduktes	58,7	59,5	58,9	58,3	58,7	58,3	62,8	65,0	69,2	71,3

[20]) Nach den Konzepten der VGR, ohne Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Rechtsträgern.
[21]) Einschließlich Verschuldung der Straßenbausondergesellschaften.
[22]) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, Insolvenz-Ausfallgeldfonds, Arbeitsmarktservice.

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

Gebarung 1945 bis 1995

Für die Jahre 1945 bis 1994 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, während den Ausführungen über das Jahr 1995 die Daten des vorläufigen Gebarungserfolges zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zusammenfassend zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund acht Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahr 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verläßlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch bereits bei der Erstellung nicht überfordert wurden. Das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit konnte von 2,6 Milliarden Schilling im Jahre 1963 auf 0,5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0,9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59
		Voranschlag 1960
1962	23—25	Erfolg 1960
		Voranschlag 1961
1963	22—24	Erfolg 1961
		Voranschlag 1962
1964	22—24	Erfolg 1962
		Voranschlag 1963
1965	23—26	Erfolg 1963
		Voranschlag 1964
1966	26—29	Erfolg 1964
		Voranschlag 1965
1967	32—35	Erfolg 1965
		Voranschlag 1966
1968	36—39	Erfolg 1966

1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich in Österreich noch 1968 ausgewirkt und beeinflußte auch das Staatsbudget. In den nachfolgenden konjunkturell überaus günstigen Jahren wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und durch Ausgabenbindungen, Stillegung von Mehreinnahmen, Rücklagenzuführungen und vorzeitige Finanzschuldenrückzahlungen der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Bruttoausgaben des Bundes um rund 48 vH, das Bruttonationalprodukt jedoch um 57 vH gestiegen ist.

Das Nettodefizit der Bundesgebarung (das ist Bruttodefizit abzüglich Finanzschuldenrückzahlungen) betrug 1968 5,5 Milliarden Schilling und verminderte sich in den Jahren 1969 bis 1972 von 2,2 auf 1,5 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit der Bundesgebarung (das ist der Ausgabenanteil, der die Nachfrage im Inland entscheidend beeinflußt) sank bereits 1969 auf 0,8 Milliarden Schilling (0,2 vH des Bruttonationalproduktes) und verwandelte sich in den Jahren 1971/1972 in einen inlandswirksamen Überschuß von rund 2 Milliarden Schilling (0,4 vH des Bruttonationalproduktes). Die Ausgaben des Bundes für Investitionszwecke erhöhten sich in der Zeit von 1968 bis 1972 von 16,2 auf 25,5 Milliarden Schilling und betrugen jeweils ein Vielfaches des Gebarungsdefizites. Weiters erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1972 insbesondere auch die Ausgaben für Sozialleistungen sowie für Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1967 bis 1972 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1968	36—39	Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967
		Voranschlag 1968
1970	279—283	Erfolg 1968
		Voranschlag 1969
1971	268—271	Erfolg 1969
		Voranschlag 1970
1972	285—288	Erfolg 1970
		Voranschlag 1971
1973	287—290	Erfolg 1971
		Voranschlag 1972
1974	295—300	Erfolg 1972

1973—1994

Das **Haushaltsjahr 1973** war wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitritt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich) beeinflußt. Das Budget 1973 wurde daher unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Budgetpolitik gestaltet. Das inlandswirksame Defizit verminderte sich von 5 auf 3 Milliarden Schilling. Die Finanzschulden erhöhten sich, wenn man von der zweckgebundenen Bereitstellung von Mitteln für die Sonderfinanzierung Vorratsentlastung (im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer) und Entwicklungshilfe absieht, nur um 1,9 Milliarden Schilling. Auslandsanleihen wurden im Jahre 1973 keine aufgenommen.

Für die kassamäßige Finanzierung des nominellen Bruttodefizites im Jahre 1973 von 12,8 Milliarden Schilling wurden im wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen herangezogen. Das Nettodefizit belief sich auf 7,1 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Investitionszwecke betrugen rund 27,7 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das **Jahr 1974** war einerseits bei anhaltender Hochkonjunktur dem eingeschlagenen stabilitätspolitischen Kurs Rechnung zu tragen, andererseits sollten im Falle von Abschwächungstendenzen zusätzliche Ausgabenpläne rasch realisiert werden können.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1974 10,9 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1974 (Darlehen für Entwicklungshilfezwecke und Freigabe aus der Stabilisierungsquote) sowie durch sozialpolitische und konjunkturpolitische Maßnahmen auf 18,5 Milliarden Schilling. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 11,6 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit lag bei 5,8 Milliarden Schilling. Für Investitionszwecke sind 32,8 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Die österreichische Bundesregierung hat im Sinne ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung auch im **Jahre 1975** Budgetmittel im Rahmen einer gezielten und zweckmäßigen Konjunkturpolitik herangezogen. Durch rechtzeitig erstellte und durchgeführte Konjunkturprogramme konnten die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf Österreich abgeschwächt werden.

Die konzentrierten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1975 zu einer Erhöhung des Budgetabganges auf etwas mehr als 37 Milliarden Schilling.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1975 16,3 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1975 zur Freigabe aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag. Die weltweiten Rezessionserscheinungen im Jahre 1975 bedingten auch in Österreich eine Konjunkturlage, die die bereits erwähnten Mindereinnahmen und Mehrausgaben zur Folge hatte, sodaß sich das Bruttodefizit des Bundes auf 37,2 Milliarden Schilling erhöhte. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 29,7 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit betrug rund 26,1 Milliarden Schilling.

Bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1976** war die österreichische Bundesregierung davon ausgegangen, daß die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1976 von der internationalen Entwicklung keinen besonderen konjunkturstützenden Einfluß erwarten kann und daher zur Sicherung der Arbeitsplätze in erster Linie inländische nachfragebelebende Maßnahmen vorgesehen werden müssen, um einen nachhaltigen Aufschwung für die Zukunft herbeizuführen.

Zu Beginn des Jahres 1976 wurden daher 3 Milliarden Schilling aus der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages freigegeben, mit welchem konjunkturpolitisch wichtige zusätzliche Aufträge an die österreichische Wirtschaft vergeben wurden. Zur Belebung der allgemeinen Investitionstätigkeit wurden die im Jahre 1976 vorgenommenen Investitionen von der (4%igen) Investitionssteuer befreit. Auch die Wiedereinsetzung der vorzeitigen Abschreibung in der Höhe von 50 vH für private Bauinvestitionen im Jahre 1976 diente der Kompensation des privaten Nachfrageausfalls, der durch den öffentlichen Sektor nicht zur Gänze wettgemacht werden konnte.

Weitere Maßnahmen wurden gesetzt durch die Anhebung der Bundesmineralölsteuer ab März 1976 und durch die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Oktober 1976.

Diese budgetären bzw. steuerlichen Maßnahmen wurden durch Verbesserung der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Fonds und der Investitionskredit AG sowie durch eine Verbesserung der Exportförderung abgestützt.

Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1976 zu einer Erhöhung des Budgetabganges von 36 auf 44 Milliarden Schilling. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltspolitik des Jahres

1976 ist ersichtlich aus einer realen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 5,2 vH, die bei der Budgeterstellung für das Jahr 1976 noch mit etwa 1,5 bis 2 vH prognostiziert worden war.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate, die im Jahresdurchschnitt 1976 nur 2,0 vH betrug, sank bis zum Jahresende auf 1,7 vH. Mit dieser Arbeitslosenrate war die Vollbeschäftigung praktisch gegeben.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von 7,3 vH, der eine Steigerungsrate im OECD-Bereich (insgesamt) von 8,6 vH und im OECD-Bereich (Europa) von 10,8 vH gegenüberstand, nahm Österreich auch in diesem Bereich im Jahre 1976 eine günstige Position ein.

Das Bruttodefizit betrug 1976 44 Milliarden Schilling. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1976 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 33,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere verstaatlichte Banken und internationale Finanzinstitutionen) von 2 Milliarden Schilling, für Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21 Milliarden Schilling und für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 13 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Zielsetzungen bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1977**, das rezessionsbedingte hohe Ausmaß der Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren zukünftig zu vermindern, kann für 1977 als gelungen angesehen werden. Gegenüber den Annahmen bei der Voranschlagserstellung für das Jahr 1977 verminderten sich nach den ermittelten vorläufigen Erfolgsdaten das Bruttodefizit von 43,6 auf 41,9 Milliarden Schilling, das Nettodefizit von 31,4 auf 29,9 Milliarden Schilling und das inlandwirksame Defizit von 27,7 auf 23,1 Milliarden Schilling. Im Jahre 1976 betrugen diese Daten noch 44,0, 33,3 und 26,5 Milliarden Schilling, lagen also durchwegs höher als 1977.

Als Gegenmaßnahme zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in das Bundesbudget 1978 Eingang gefunden hat. Im Jänner des laufenden Jahres wurde es durch ein arbeitsplatzorientiertes Strukturprogramm ergänzt. Außerdem unterstützt diese Maßnahmen die einkommenspolitische Zurückhaltung der Sozialpartner. Auf Grund der getroffenen Maßnahmen soll das Wachstum des privaten Konsums etwas eingeschränkt, die Investitionstätigkeit hingegen gefördert werden.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 236,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 194,8 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 41,9 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizits aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1977 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 30,8 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,4 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21,4 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1978** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH gerechnet. Mit 6,4 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum etwas unter diesem Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 266,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 214,9 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 51,2 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1978 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 35,4 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,2 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 24,5 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 17,2 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges konnte im Rahmen der Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes (einschließlich Novelle) gefunden werden. Durch die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 war eine Freigabe aus dem Konjunkturausgleichsbudget nicht erforderlich. Die nominelle Wachstumsrate für 1978 betrug 6,4 vH. Demgegenüber erhöhten sich die Bundesausgaben von 1977 auf 1978 aufgrund der aufgezeigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten etwas mehr, und zwar

um rund 12,5 vH, und die Einnahmen um 10,3 vH. Nach Ausscheiden der oben genannten saldoneutralen Gebarungen nur um 10,6 vH bzw. 7,8 vH.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1979** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 3 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 6,5 vH gerechnet. Mit 8,5 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum deutlich über diesem Wert, das tatsächliche reale Wachstum betrug 5 vH.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1979 finden in der Budgetentwicklung nicht ihren vollen Niederschlag, da sich etwa die Exportsteigerungen erst mit Verzögerung auf das Steueraufkommen auswirken. Nachteilig auf den Budgetvollzug hat sich auch ausgewirkt, daß bei der Einkommensteuer die zur Veranlagung gekommenen Jahre geringere Gewinne als angenommen erbrachten. Ferner ergaben sich aus der zur Erhaltung des guten Investitionsklimas im Feber 1979 beschlossenen Sistierung der Selbstverbrauchsteuer Mindereinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 288,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 237,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 50,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,0 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 32,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 3,55 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1978 um rund 0,6 Prozentpunkte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1980** wurde von einer realen Wachstumsrate von 3 vH und einem nominellem Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 9 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich über diesem Wert, aber auch das tatsächliche reale Wachstum übertraf den Ausgangswert um einen halben Prozentpunkt.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 306,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 259,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 47,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 29,3 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,94 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1979 um rund 0,6 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 23,8 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem BVA 1980 um rund 2,0 Milliarden Schilling und gegenüber dem Erfolg des Jahres 1979 um rund 2,6 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1980 sah bei Gesamtausgaben von 302,2 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 253,2 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,0 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 30,7 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Artikel VIII a BFG 1980 in Höhe von 500 Millionen Schilling hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,9 Milliarden Schilling. Die Verringerung des Abganges beruht hauptsächlich darauf, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag mit 5,8 Milliarden Schilling höher ausfielen, während an Mehrausgaben nur 4,3 Milliarden Schilling erforderlich waren.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1981** wurde von einer realen Wachstumsrate von rund 1 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 5 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich unter diesem Wert, real dürfte eine Stagnation eingetreten sein.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 339,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 287,8 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 51,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 24,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 27,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,63 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1980 um rund 0,3 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 22 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem BVA 1981 um rund 1 Milliarde Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1981 sah bei Gesamtausgaben von 335,1 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 285,3 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,8 Milliarden Schilling und einen Netto Abgang von 25 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Art. VIII a BFG 1981 in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling sowie der in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1981 erteilten Ermächtigung. Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um 4 Milliarden Schilling erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2,1 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,5 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlages 1982** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2 vH und einem nominellen Zuwachs von 7½ vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 8 vH liegt das tatsächliche nominelle Wachstum geringfügig über diesem Wert, real betrug der Zuwachs 1,1 vH.

In der Jahresabrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 372,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 300,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 71,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 46,7 Milliarden Schilling. Der Netto-Abgang beträgt 4,08 vH des Bruttoinlandsproduktes. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 42,2 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1982 sah bei Gesamtausgaben von 368,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 309,1 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 59,2 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 31,6 Milliarden Schilling vor. Durch die in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1982 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 14,5 Milliarden Schilling durch die Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich der Brutto-Abgang in der Jahresrechnung jedoch um 1 Milliarde Schilling, hingegen erhöhten sich der Netto-Abgang um 0,6 Milliarden Schilling. Die Erhöhung des Netto-Abganges beruht auf niederen Finanzschuldtilgungen infolge von Konversion und Aussetzen der Notenbanktilgung aufgrund einer gesetzlichen Regelung.

Der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlages 1983** wurde eine reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 vH zugrunde gelegt, als nomineller Wert wurde 7,0 vH angenommen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag nur bei 5,4 vH, das reale Wachstum bei 1,5 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 407,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 316,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,1 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,5 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 65,6 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 5,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1982 um rd. 1,5 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 53,5 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergeben sich Mehrausgaben von 7,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 9,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 16,8 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 17,2 Milliarden Schilling erhöhte.

Vergleicht man das Jahresergebnis 1983 mit der Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung der Bundesfinanzgesetznovelle unter Berücksichtigung der Freigabe der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages, ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 8,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 0,8 Milliarden Schilling. Der Brutto-Abgang hat sich dabei um 7,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 7,2 Milliarden Schilling verbessert.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1984** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes, von 0,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 5,5 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag mit rd. 6 vH über diesem Wert. Real ergab sich mit 2,2 vH ein wesentlich höherer Wert als bei der Erstellung des BVA 1984 angenommen wurde.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 435,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 344,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 90,2 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 32,8 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 57,4 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1983 um rd. 0,9 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 40,2 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergeben sich Minderausgaben von 1,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 4,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 4,8 Milliarden Schilling verringerte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1985** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 3 vH, einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH und einer Arbeitslosenrate von 4,4 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum wird wegen des noch hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Preisauftriebes mit voraussichtlich 6 vH unter diesem Wert liegen. Real dürfte sich keine Veränderung gegenüber dem bei der Erstellung des BVA 1985 angenommenen Wert ergeben. Dennoch lag die Arbeitslosenrate mit 4,8 vH höher als der ursprünglich prognostizierte Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 464,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 372,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 31,7 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 60 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,39 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1984 um rd. 0,06 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 43,3 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 ergeben sich Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Schilling und Mehreinahmen 3,7 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 2,6 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 0,5 Milliarden Schilling verringerte.

Das österreichische **Bundesbudget 1986** wurde unter den nachstehenden wirtschaftlichen Annahmen erstellt: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2,5%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 5,7%, Arbeitslosenrate 4,9% und Zunahme der Verbraucherpreise 3,0%. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Das reale Brutto-Inlandsprodukt erreichte schließlich nur einen Wert von 1,7%, während die nominelle Wachstumsrate annähernd dem prognostizierten Wert entsprach. Die Arbeitslosenrate lag mit 5,2% über dem zugrunde gelegten Wert, während der Verbraucherpreisanstieg mit 1,7% unter dem Prognosewert blieb.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 498,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 391,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 106,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 33,6 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 73,1 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 5,1% des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1985 um rund 0,7 Prozentpunkte.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1986 ergeben sich Mehrausgaben von 3,0 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 0,2 Milliarden Schilling erhöhte. Der Netto-Abgang liegt um 4,7 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1986.

Bei der Erstellung des **Bundeshaushaltes 1987** wurde von nachstehenden Eckdaten ausgegangen: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 4,7%, Arbeitslosenrate 5,5%, Anstieg der Verbraucherpreise 2,3% und Leistungsbilanzabgang rund 3 Milliarden Schilling.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung verlief träger als erwartet. Das reale Brutto-Inlandsprodukt hat einen Zuwachs von nur 1,3% erreicht. Zwei Faktoren sind für diese Wachstumsverflachung hauptverantwortlich: der niedrige Dollarkurs, der — zusammen mit dem Kaufkraftverlust der Entwicklungsländer — den Export erschwerte, und die hohe Sparneigung im Inland. Dadurch wurde der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bewirkte Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte nur teilweise nachfragewirksam. Nominell wuchs das Brutto-Inlandsprodukt um 3,8%.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 514,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 409,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 104,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 35,1 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 69,8 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1987 ergeben sich Mehrausgaben von 4,6 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 10,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 6,1 Milliarden Schilling verminderte. Der Netto-Abgang liegt um 4,8 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1987.

Der **Bundeshaushalt 1988** wurde in Erwartung folgender Eckdaten erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von nominell 3,4 und real 1,5%, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2%, Arbeitslosenrate 6,1% und einem Leistungsbilanzüberschuß von 3,8 Milliarden Schilling.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, jedoch um real 4,2%, den höchsten Wert seit 1979. Getragen wurde dieses starke Wachstum sowohl von der günstigen internationalen Konjunktur als auch von einer lebhaften heimischen Konsum- und Investitionsnachfrage.

Trotz der kräftigen Konjunktur betrug der Anstieg der Verbraucherpreise nur 2%, teilweise aufgrund der dämpfenden Wirkung noch leicht fallender Energiepreise.

Die Beschäftigung nahm insgesamt zu. Da jedoch das Arbeitsangebot noch anstieg, reduzierte sich die Arbeitslosenrate gegenüber 1987 nur um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3%. Damit konnte die Tendenz ansteigender Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre gebrochen werden.

Obwohl die lebhafte Binnennachfrage zu einem höheren Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem vorläufigen Ergebnis von –6,4 Milliarden Schilling annähernd ausgeglichen.

Grundlage für die Erstellung des Bundesvoranschlages 1988 war erstmals das im Jahr 1986 beschlossene Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986. Nicht nur das BHG, sondern auch andere gesetzliche Regelungen haben eine wesentliche Änderung in der Veranschlagung und Gliederung des Bundeshaushaltes bewirkt, und zwar in folgenden Punkten:

— Einnahmen aus der Aufnahme und Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten (Ausgleichshaushalt),
— Leistungen des Bundes für Zwecke der Wohnbauförderung,
— Überweisungen des Katastrophenfonds an Organe des Bundes und
— Kostenersätze des Münzregals an das Hauptmünzamt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 517,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 451,3 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,5 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 0,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 4,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 4,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1988 liegt. Er beträgt 4,2% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundeshaushalt 1989** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,8 vH (nominell) und 2,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,5 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 5,4 vH.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft — gemessen am Brutto-Inlandsprodukt — jedoch um real 4 vH. Dieses Wachstum wurde von allen Komponenten der Nachfrage getragen, insbesondere gingen von den Experten, dem privaten Konsum und den Investitionen bedeutende Impulse aus. Die Steuerreform verstärkte die positive Konjunktureinschätzung von Konsumenten und Produzenten.

Trotz zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten im Zuge der weiteren Konjunkturbelebung blieb der Anstieg der Verbraucherpreise mit 2,5 vH sehr moderat.

Der mäßige Preis- und Kostendruck ist teilweise auf den hohen Zuwachs des Arbeitsangebotes zurückzuführen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 1,8 vH, was den höchsten Zuwachs seit 1977 darstellt. Die Arbeitslosenrate sank auf 5,0 vH.

Obwohl die kräftige Binnennachfrage zu einem hohen Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem Ergebnis von 2,2 Milliarden Schilling positiv.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 540,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 478,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1989 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 12,7 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 16,1 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1989 liegt. Er beträgt 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1990** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,9 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,0 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 4,7 vH.

Statt der erwarteten „sanften Landung" des Konjunkturaufschwunges erreichte das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von real 4,6 vH einen neuen Höhepunkt. Besonders starke Impulse gingen neuerlich von den Exporten, dem privaten Konsum und den Investitionen aus. Hauptbestimmungsgründe für die auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich günstige Entwicklung waren der Nachfragesog im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und die verzögerte Verausgabung der Einkommensgewinne aus der Steuerreform 1989.

Trotz hoher Auslastung der Kapazität und der Verteuerung des Rohöls in der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise nur mäßig, nämlich auf 3,3 vH.

Im Jahresdurchschnitt wurden um 2,3 vH mehr unselbständig Beschäftigte registriert, sodaß der höchste Zuwachs seit 1973 erreicht wurde. Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische

Beschäftigte. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotzuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,4 vH anstieg.

Obwohl sich die Nachfrage im internationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelte und die höheren Erdölpreise die Handelsbilanz belasteten, weist die Leistungsbilanz einen Überschuß von 9,4 Milliarden Schilling aus.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 564,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 501,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1990 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 15,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 18,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1990 liegt. Er beträgt 3,5% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1991** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,4 vH (nominell) und 3,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 4,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,7 vH und eine Arbeitslosenrate von 5,5 vH.

Die Wirtschaftsentwicklung ist für 1991 flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen worden ist: sie weist eine Wachstumsrate von 3 vH auf (real). Besonders die Industrieproduktion, die 1990 um nahezu 8 vH gestiegen war, hat an Schwung verloren. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen.

Hingegen nahm die Beschäftigung weiter kräftig zu (2,3 vH). Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten erreichte damit den höchsten Wert in der Nachkriegszeit. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotszuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,8 vH anstieg.

Die Inflation blieb auf niedrigem Niveau (3,3 vH). In der Leistungsbilanz ergab sich ein Defizit von 1,7 Milliarden Schilling.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 619,9 Milliarden Schilling Einnahmen von 557,2 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang von 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1991 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 19,3 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 19,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 0,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1991 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1992** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,0 vH (nominell) und 2,8 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,8 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,1 vH.

Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen ist die Wirtschaftsentwicklung für 1992 deutlich flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen; sie weist nunmehr eine Wachstumsrate von 1,5 vH (real) auf. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Ausland wurde vor allem in der Industrie spürbar. Ihre Produktion war seit Mitte 1992 zunächst nur leicht, zuletzt aber deutlich rückläufig.

Die Beschäftigung hat 1992 rasch auf die Abschwächung der Konjunktur reagiert. Die Beschäftigungszunahme war mit 0,8 vH nicht einmal halb so hoch wie 1991. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich auf 5,9 vH.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 658,0 Milliarden Schilling Einnahmen von 591,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,4 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1992 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 9,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 5,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,3 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1992 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1993** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,3 vH (nominell) und 1,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,4 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,4 vH.

Tatsächlich wurde im Jahre 1993 auch die österreichische Wirtschaft von der internationalen Konjunkturschwäche voll erfaßt: Erstmals seit einem Jahrzehnt schrumpften Nachfrage und Produktion (nach vorläufigen Ergebnissen) um 0,5 vH — ähnlich stark wie jeweils im Gefolge der beiden Erdölschocks. Die Beschäftigung sank um 0,3 vH und die Arbeitslosenrate stieg auf 6,9 vH.

Die Tiefe und Nachhaltigkeit der internationalen Rezession begleitet von der Höherbewertung des Schillings schlugen auf die Exportwirtschaft stark durch. Die Warenausfuhr sank nominell und real um rund 4,5 vH. Wegen der Auftragsunsicherheit kürzten die Unternehmungen ihre Investitionen drastisch. Die Hauptstütze des Wachstums waren der private Konsum — gestützt durch das Familienpaket und das Pflegegeld — und Teilbereiche der Bauwirtschaft.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 699,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 601,4 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 98,2 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1993 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 22,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 34,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1993 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Abganges im allgemeinen Haushalt waren die — überwiegend — konjunkturbedingten Einnahmenausfälle bei den öffentlichen Abgaben (–17,5 Milliarden Schilling) sowie im Güter- und Personenverkehr der ÖBB (–3,1 Milliarden Schilling), weiters die Mehrausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungs- und dem Sonderunterstützungsgesetz (+7,2 Milliarden Schilling). Darüber hinaus konnte auch die Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen nicht im geplanten Umfang realisiert werden (–6,8 Milliarden Schilling).

Der Bundesvoranschlag 1994 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,6 vH (nominell) und 1,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,2 vH und eine Arbeitslosenrate von 7,5 vH.

Tatsächlich verlief die Konjunktur günstiger als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Die Wirtschaft wuchs stärker (5,6 vH nominell und 2,8 vH real) und die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm rascher zu (0,6 vH). Die Arbeitslosenrate in der traditionellen Abgrenzung sank auf 6,6 vH. Die Warenausfuhr kam wieder in Schwung. Die Netto-Masseneinkommen stiegen dank der 2. Etappe der Steuerreform und höherer Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte (Pflegegeld) um 5,0 vH und ermöglichten damit einen beträchtlichen Zuwachs realer Kaufkraft. Die Haushalte steigerten ihre Nachfrage real um 2,3 vH. Die generelle Steuerentlastung der Einkommen ermöglichte zusätzlich einen Anstieg der Sparquote um einen Prozentpunkt. Die Verbraucherpreissteigerungen haben sich kontinuierlich abgeschwächt. Die sinkenden Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft verringerten allerdings deutlich den positiven Beitrag zur Leistungsbilanz, die sich auf 20,3 Milliarden Schilling verschlechterte.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 731,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 626,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 104,8 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 22,1 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 2,0 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 24,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1994 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1973 bis 1995 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen		
für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1974	300—302	Voranschlag 1973
1975	287—295	Erfolg 1973
		Voranschlag 1974
1976	284—292	Erfolg 1974
		Voranschlag 1975
1977	284—293	Erfolg 1975
		Voranschlag 1976
1978	292—302	Erfolg 1976
		Voranschlag 1977

Erläuterungen in den Amtsbehelfen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1979	301—311	Erfolg 1977 Voranschlag 1978
1980	295—305	Erfolg 1978 Voranschlag 1979
1981	296—306	Erfolg 1979 Voranschlag 1980
1982	288—299	Erfolg 1980 Voranschlag 1981
1983	284—295	Erfolg 1981 Voranschlag 1982
1984	281—291	Erfolg 1982 Voranschlag 1983
1985	282—292	Erfolg 1983 Voranschlag 1984
1986	333—342	Erfolg 1984 Voranschlag 1985
1987	387—396	Erfolg 1985 Voranschlag 1986
1988	362—372	Erfolg 1986 Voranschlag 1987
1989	356—366	Erfolg 1987 Voranschlag 1988
1990	355—365	Erfolg 1988 Voranschlag 1989
1991	351—361	Erfolg 1989 Voranschlag 1990
1992	348—357	Erfolg 1990 Voranschlag 1991
1993	349—357	Erfolg 1991 Voranschlag 1992
1994	341—350	Erfolg 1992 Voranschlag 1993
1995	351—359	Erfolg 1994 Voranschlag 1995
1996	000—000	Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

Nähere Einzelheiten über den Erfolg im Jahre 1993 können dem Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung, 55. Stück vom 13. April 1994, entnommen werden.

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

1. Gesamtüberblick [1])

Der vorläufige Gebarungserfolg 1995 zeigt nachstehende Schlußsummen:

	Bundesvoranschlag	vorläufiger Gebarungserfolg in Milliarden Schilling	Unterschiede	in vH
Allgemeiner Haushalt				
Personalausgaben	148,4	147,5	– 0,9	– 0,6
Sachausgaben	604,4	617,1	+12,7	+ 2,1
Summe ...	752,8	764,6	+11,8	+ 1,6
Einnahmen	650,5	646,7	– 3,9	– 0,6
Abgang ...	–102,3	–117,9	+15,6	+15,3

[1]) Durch Auf- und Abrundungen ergeben sich bei Summen- bzw. Saldenbildungen fallweise Rundungsdifferenzen.

344 **Vorläufiger Gebarungserfolg 1995**

	Bundes-voranschlag	vorläufiger Gebarungserfolg	Unterschiede	
	in Milliarden Schilling			in vH
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	214,2	204,8	– 9,4	– 4,4
Einnahmen	316,5	322,7	+ 6,3	+ 2,0
Überschuß ...	102,3	117,9	+15,6	+15,3
Gesamthaushalt				
Ausgaben	967,0	969,4	+ 2,4	+ 0,2
Einnahmen	967,0	969,4	+ 2,4	+ 0,2
Abgang des allgemeinen Haushaltes im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt				
Brutto-Inlandsprodukt	2 372,9	2 360,1	–12,8	– 0,5
Abgang in vH des BIP	4,3	5,0	+ 0,7	

2. Rechtliche Grundlage für den Budgetvollzug

2.1 Bundesfinanzgesetz

Bindende Grundlage für die Gebarung des Jahres 1995 war das Bundesfinanzgesetz 1995, BGBl. Nr. 283.

2.2 Abänderungen des Bundesfinanzgesetzes und seiner Anlagen

2.2.1 Mit BGBl. Nr. 432/1995 (Artikel II) wurde im Zusammenhang mit der Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eine Überschreitungsermächtigung erteilt.

2.2.2 Mit BGBl. Nr. 702/1995 (2. BFG-Novelle 1995) wurde im wesentlichen die Ermächtigung für zusätzliche Kreditoperationen erteilt, die Rücklagenfähigkeit für bestimmte Ausgaben geschaffen und mehrere Voranschläge eröffnet.

2.2.3 Mit BGBl. Nr. 703/1995 (Budgetüberschreitungsgesetz 1995), wurden für verschiedene unabweisliche Maßnahmen Mehrausgaben in Höhe von rund 1,8 Milliarden Schilling genehmigt. Die Bedeckung konnte durch Ausgabeneinsparungen, durch Mehreinnahmen und Rücklagenentnahmen sichergestellt werden.

2.2.4 Mit BGBl. Nr. 787/1995 (3. Bundesfinanzgesetznovelle und 2. Budgetüberschreitungsgesetz 1995) wurde ua. für Aktivitäten im Bereich der Landwirtschaft eine Überschreitungsermächtigung abgeändert und zur Ausfinanzierung der Maßnahmen des „Österreichischen Umweltprogrammes zur Förderung einer umweltgerechten, den extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL)" wurden Budgetmittel in der Höhe von rund 0,7 Milliarden Schilling im Wege einer Umschichtung zur Verfügung gestellt.

3. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Der Bundesvoranschlag 1995 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,8 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Einkommenszuwachs je Beschäftigten um 4 vH, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,9 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 6,4 vH. Tatsächlich entwickelte sich die österreichische Wirtschaft 1995 weniger günstig, als bei der Erstellung des BVA erwartet wurde.

Export- und Industrieproduktion sind in Österreich seit Mitte 1995 deutlich rückläufig. In der Bauwirtschaft ging die lange Wachstumsphase zu Ende. Die Tourismuswirtschaft erlitt im Spätsommer weitere Einbußen. Laut Wifo-Prognose dürfte 1995 die gesamte Wirtschaftsleistung real um wenig mehr als 2 vH und nominell um 4,3 vH gestiegen sein. Ebenso rasch wie auf den jüngsten Konjunkturaufschwung reagierte die Beschäftigung auf das Nachlassen der Wachstumskräfte. Seit dem Frühjahr 1995 ist sie rückläufig. Der Rückgang der Beschäftigung bewirkte bisher nur einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit, da über die steigende Zahl der Frühpensionen das Arbeitskräftepotential deutlich entlastet wurde. Die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex betrug 2,2 vH. Damit hat Österreich wieder den Anschluß an die Gruppe der preisstabilsten Länder der EU gefunden. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte mit knapp über 2 vH des BIP im Jahr 1995 einen Höchststand. Die wich-

tigsten Ursachen der Verschlechterung waren der massive Rückgang des Überschusses im Reiseverkehr und die erstmals zu leistenden Zahlungen Österreichs an den EU-Haushalt.

4. Voranschlagsabweichungen

4.1 Allgemeiner Haushalt

4.1.1 Einnahmen

Im Vorjahr wurden Einnahmen in Höhe von rund 646,7 Milliarden Schilling erzielt und daher der Voranschlag nach Saldierung von Mehr- und Mindereinnahmen um 3,9 Milliarden Schilling (–0,6 vH) unterschritten.

4.1.1.1 Öffentliche Abgaben

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen 1995 mit 521,2 Milliarden Schilling um fast 11,0 Milliarden Schilling (–2,1 vH) unter dem BVA. Nach Überweisung der den Ländern, Gemeinden und Fonds gesetzlich zustehenden Anteilen an Abgaben und nach Überweisung des Beitrages zur Europäischen Union verblieben **netto** rund 345,8 Milliarden Schilling, womit der BVA um 4,3 Milliarden Schilling (+1,3 vH) überschritten wurde. Trotz geringerer Bruttoeinnahmen war das Nettoergebnis höher als im Voranschlag 1995, weil die Überweisungen an die Länder und Gemeinden bzw. an die Europäische Union insgesamt um 15,3 Milliarden Schilling geringer waren.

Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag konnten vor allem bei der veranlagten Einkommensteuer (+0,7 Milliarden Schilling), bei der Körperschaftsteuer (+1,9 Milliarden Schilling), bei der Versicherungssteuer (+0,9 Milliarden Schilling) und bei der Straßenbenützungsabgabe (+0,5 Milliarden Schilling) erzielt werden.

Mindereinnahmen waren in erster Linie bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen (–0,7 Milliarden Schilling), bei der Umsatzsteuer (–9,1 Milliarden Schilling), bei Ein- und Ausfuhrabgaben (–1,7 Milliarden Schilling) und bei der Mineralölsteuer (–2,5 Milliarden Schilling) zu verzeichnen. Beim Außenhandelsförderungsbeitrag ist durch Rücküberweisung von Abgaben sogar ein negatives Einnahmenergebnis von 1,1 Milliarden Schilling eingetreten.

Die Mehreinnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sind in erster Linie durch die unerwartet hohen Investitionsfreibetragsvorauszahlungen und durch die Steigerungen im Zuge der Veranlagung 1994 entstanden. Die Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer sind vor allem auf die ungünstigere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Berichtsjahr, insbesondere auf die starken Einbußen im Reiseverkehr und auf den Kaufkraftabfluß in grenznahen Bereichen zurückzuführen; außerdem war die im Dezember fällige Sondervorauszahlung niedriger als erwartet.

Bei der Mineralölsteuer sind — wegen der späten Fälligkeit dieser Abgabe — größere Zahlungen erst nach dem Jahreswechsel eingegangen, und bei den Zolleinnahmen konnten die Auswirkungen des EU-Beitrittes nur schwer abgeschätzt werden.

Die geringere Überweisung von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden ergibt sich vor allem aus dem niedrigeren Aufkommen an Umsatzsteuer und Mineralölsteuer sowie aus dem Überweisungsrhythmus.

Die Beiträge an die EU waren gegenüber dem BVA 1995 um 9,3 Milliarden Schilling geringer. Diese Differenz ergibt sich

a) aus den Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplan der EK vom Mai 1995,
b) aus geringeren Einnahmen bei den traditionellen Eigenmitteln und
c) aus der verzögerten kassenmäßigen Abwicklung seitens der EU.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig wichtigsten Abgaben und Überweisungen des Bundes im Jahre 1995 und die Veränderungen gegenüber 1994:

	vorläufiger Erfolg 1995	BRA 1994	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Veranlagte Einkommensteuer	30,0	31,6	– 1,6	– 5,1
Lohnsteuer	150,3	134,8	+15,5	+ 11,5
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	20,8	19,7	+ 1,1	+ 5,5
Körperschaftsteuer	28,1	21,1	+ 6,9	+ 32,9
Gewerbe- und Bundesgewerbesteuer	3,0	4,3	– 1,4	– 31,5
Wohnbauförderungsbeitrag	7,2	6,8	+ 0,4	+ 5,1
Umsatzsteuer	179,9	202,6	–22,6	– 11,2

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

	vorläufiger Erfolg 1995	BRA 1994	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Ein- und Ausfuhrabgaben	4,3	8,2	−3,9	− 47,2
Tabaksteuer	12,2	12,2	+ 0,1	+ 0,4
Mineralölsteuer	31,5	27,1	+ 4,4	+ 16,1
Stempel- und Rechtsgebühren	8,4	8,5	− 0,1	− 1,0
Verkehrsteuern	34,5	35,2	− 0,7	− 2,1
übrige Abgaben	11,0	12,4	− 1,4	− 11,4
Summe Bruttoeinnahmen	521,2	524,5	− 3,4	− 0,6
Ab Überweisungen (I):				
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	−135,5	−141,0	− 5,5	− 3,9
Steueranteil für Fonds	− 1,1	− 1,2	− 0,1	− 4,6
Gewerbesteuer an Gemeinden	− 1,5	− 4,2	− 2,7	− 64,6
Anteile und Abgeltungen für Familienlastenausgleichsfonds	− 14,1	− 13,7	+ 0,4	+ 2,8
Außenhandelsförderungsbeitrag an Bundeskammer	− 0,0	− 1,7	− 1,7	−100,0
Katastrophenfonds	− 4,5	− 4,4	+ 0,1	+ 2,9
Summe Überweisungen (I)	−156,7	−166,1	− 9,5	− 5,7
Beitrag zur Europäischen Union	− 18,8	—	+18,8	—
Summe Nettoeinnahmen	345,8	358,4	−12,6	− 3,5

4.1.1.2 Sonstige Einnahmen

Im folgenden Abschnitt wird über Voranschlagsabweichungen in der Größenordnung ab 0,5 Milliarden Schilling je Kapitel berichtet:

Kap. 18 **Umwelt** (–2,0 Milliarden Schilling). Mindereinnahmen, da der geplante Verkauf von Forderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds nicht realisiert wurde.

Kap. 19 **Jugend und Familie** (–0,6 Milliarden Schilling). Für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen waren fast 38,7 Milliarden Schilling veranschlagt, eingenommen wurden 37,7 Milliarden Schilling. Der Großteil dieser Mindereinnahmen wurde durch Ausgabenersparungen kompensiert, sodaß der Abgang aus der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds nur um 0,3 Milliarden Schilling auf 3,1 Milliarden Schilling anstieg.

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (+0,8 Milliarden Schilling). Die Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr lagen um 1,2 Milliarden Schilling und die Rücklagenentnahmen um 2,8 Milliarden Schilling über dem Voranschlag, die Rückflüsse von der Europäischen Union waren per Saldo um 3,3 Milliarden Schilling niedriger.

Kap. 54 **Bundesvermögen** (–6,4 Milliarden Schilling). Da der Verkauf von Anteilsrechten des Bundes an Unternehmungen nur zum Teil realisiert wurde, blieben die Veräußerungserlöse um 7,1 Milliarden Schilling zurück. Im Bereich der Ausfuhrförderung wurden Mehreinnahmen von 0,6 Milliarden Schilling erzielt.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (+1,3 Milliarden Schilling). Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Stückzinsen bei Bundesanleihen (+0,7 Milliarden Schilling), Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen aus Währungstauschverträgen (+1,8 Milliarden Schilling), Zinseinnahmen aus Währungstauschverträgen (–1,0 Milliarden Schilling).

Kap. 78 **Post- und Telegraphenverwaltung** (–1,0 Milliarden Schilling). Vor allem bei den Einnahmen aus dem Fernsprechverkehr konnte der Voranschlag 1995 nicht erreicht werden.

4.1.1.3 Aufgliederung der Einnahmen nach Einnahmengruppen

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die öffentlichen Abgaben, die abgabenähnlichen Einnahmen, die Betriebseinnahmen und die sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1995 und die Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu ersehen:

	vorläufiger Erfolg 1995	BRA 1994	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Einnahmen allgemeiner Haushalt				
Öffentliche Abgaben — Kapitel 52 (netto)				
Einkommen- und Vermögensteuern	156,4	132,8	+ 23,6	+17,8
Übrige Abgaben	208,0	225,4	- 17,5	- 7,8
Sonstige	0,2	0,2	+ 0,0	+10,6
Summe	364,5	358,4	+ 6,1	+ 1,7
Beitrag zur Europäischen Union	- 18,8	—	- 18,8	—
Summe Kap. 52 (netto)	345,8	358,4	- 12,6	+ 3,5
Überweisungen von Abgabenanteilen				
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	14,1	13,7	+ 0,4	+ 2,8
an Katastrophenfonds	4,5	4,4	+ 0,1	+ 2,9
an Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	1,1	1,2	- 0,1	+ 4,6
Summe Überweisungen	19,7	19,3	+ 0,5	+ 2,4
Summe öffentliche Abgaben	384,2	377,7	+ 6,6	+ 1,7
Abgabenähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	44,0	41,3	+ 2,6	+ 6,4
Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	37,7	36,7	+ 1,0	+ 2,6
Übrige	1,0	1,5	+ 0,5	+33,1
Summe abgabenähnliche Einnahmen	82,6	79,5	+ 3,1	+ 3,9
Betriebseinnahmen				
Post- und Telegraphenverwaltung	63,1	61,3	+ 1,8	+ 3,0
Übrige Bundesbetriebe und Alkohol (Monopol)	3,1	3,9	- 0,8	-20,4
Summe Betriebseinnahmen	66,2	65,2	+ 1,0	+ 1,6
Sonstige Einnahmen	113,6	104,1	+ 9,5	+ 9,1
Summe allgemeiner Haushalt	646,7	626,6	+ 20,0	+ 3,2
Einnahmen Ausgleichshaushalt	322,7	225,9	+ 96,8	+42,9
Summe Gesamthaushalt	969,4	852,5	+116,9	+13,7

Bei den **sonstigen Einnahmen** handelt es sich hauptsächlich um Erlöse aus Leistungen, Veräußerungen, Kostenersätze, Vergütungen und Überweisungen, Darlehensrückzahlungen, Rücklagenentnahmen ua.

4.1.2 Ausgaben

Die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes liegen um 11,8 Milliarden Schilling (+1,6 vH) über dem BVA.

4.1.2.1 Personalausgaben

Der Voranschlag für Personalausgaben wurde insgesamt um 0,9 Milliarden Schilling (–0,6 vH) unterschritten. Beim Aktivitätsaufwand betragen die Minderausgaben per Saldo 0,2 Milliarden Schilling und beim Pensionsaufwand (Hoheitsverwaltung und Betriebe) 0,7 Milliarden Schilling.

4.1.2.2 Sachausgaben

Die Sachausgaben liegen per Saldo um 12,7 Milliarden Schilling (+2,1 vH) über dem Voranschlag. Die betragsmäßig wesentlichsten Abweichungen sind bei folgenden Kapiteln eingetreten:

Kap. 12 **Unterricht und kulturelle Angelegenheiten** (+0,4 Milliarden Schilling). Für die Schulraumbeschaffung wurden zusätzliche Mittel in Höhe von rund 0,4 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt.

Kap. 15 **Soziales.** Die veranschlagten Sachausgaben in Höhe von 82,9 Milliarden Schilling wurden per Saldo geringfügig unterschritten. Die Ausgaben für Leistungen nach dem AlVG (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzurlaubsgeld einschließlich der darauf entfallenden Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsbeiträge) lagen mit 41,3 Milliarden Schilling um 0,8 Milliarden Schilling unter dem Voranschlag 1995. Aufgrund weiterer Minderausgaben bei anderen Voranschlagsansätzen (zB Sonderunterstützung –0,3 Milliarden Schilling) schloß die AMS-Gebarung im Vorjahr mit einem Überschuß von Fast 1,1 Milliarden Schilling ab, der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen an das Arbeitsmarktservice überwiesen wurde.

Kap. 16 **Sozialversicherung** (+8,0 Milliarden Schilling). Höhere Leistungen des Bundes für die Pensionsversicherung, vor allem für die PVA der Arbeiter, der Angestellten und für die SVA der gewerblichen Wirtschaft.

Kap. 18 **Umwelt** (–2,7 Milliarden Schilling). Für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden Förderungsmittel in wesentlich geringerem Umfang zur Verfügung gestellt.

Kap. 19 **Jugend und Familie** (–0,4 Milliarden Schilling). Die finanziellen Leistungen im Rahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen betrugen im Vorjahr 55,7 Milliarden Schilling. Die Unterschreitung des Voranschlages um 0,6 Milliarden Schilling ergab sich vor allem durch geringere Ausgaben für Familienbeihilfen, Schulfahrtbeihilfen, Schulbücher und für Lehrlingsfreifahrten.

Kap. 50 **Finanzverwaltung** (–0,6 Milliarden Schilling). Diese Einsparungen betreffen hauptsächlich Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften, Zuschüsse an die OeKB-AG für Kosten im Rahmen des Exportfinanzierungsverfahrens, Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Vermögensverluste im Ausland und Schuldenerleichterungen für hochverschuldete Staaten aufgrund internationaler Aktionen.

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (+11,4 Milliarden Schilling). Diese Voranschlagsabweichung ist in erster Linie auf Rücklagenzuführungen in Höhe von insgesamt 12,0 Milliarden Schilling zurückzuführen. Davon entfallen auf die allgemeine Rücklage 1,5 Milliarden Schilling, auf die zweckgebundene Einnahmenrücklage 4,1 Milliarden Schilling, auf die besondere Rücklage 3,2 Milliarden Schilling, auf die Ausgleichsrücklage 3,1 Milliarden Schilling und auf die besondere Einnahmen-Rücklage 0,1 Milliarden Schilling. Diesen Rücklagenzuführungen stehen Rücklagenentnahmen und -auflösungen in Höhe von insgesamt 20,0 Milliarden Schilling gegenüber. Der Stand an Rücklagen am Jahresende 1995 beträgt rund 21,1 Milliarden Schilling. Weitere Mehrausgaben fielen auch an für die Entrichtung der Kapitalertragssteuer auf Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmitteln und für Zahlungen im Rahmen des Innovations- und Technologiefonds (insgesamt +0,4 Milliarden Schilling).

Ersparungen konnten beim Ankauf von Bundesanleihen zur Marktpflege (–0,2 Milliarden Schilling), bei Kursverlusten (–0,5 Milliarden Schilling) und bei den Zinsen für kurzfristige Kreditoperation zur vorübergehenden Kassenstärkung erzielt werden.

Kap. 53 **Finanzausgleich** (–2,3 Milliarden Schilling). Minderausgaben entstanden vor allem bei den Überweisungen aus dem Katastrophenfonds (–1,3 Milliarden Schilling) und bei den Zuschüssen für Zwecke der Wohnbauförderung (–0,9 Milliarden Schilling), da das Aufkommen bestimmter Abgaben im Zeitraum Oktober 1994 bis September 1995 geringer war als erwartet.

Kap. 54 **Bundesvermögen** (–2,8 Milliarden Schilling). Wesentliche Minderausgaben entstanden für Verpflichtungen aus der Übernahme von Haftungen — hauptsächlich Ausfuhrförderung — (–2,6 Milliarden Schilling) und bei den Beiträgen Österreichs zu internationalen Finanzinstitutionen sowie bei Kapitaleinzahlungen des Bundes (insgesamt –0,6 Milliarden Schilling).

Für Darlehenszahlungen an osteuropäische Länder im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe und für Kostenersätze an die ASFINAG zur Finanzierung von Hochbauten und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (–1,3 Milliarden Schilling). Geringerer Aufwand für Zinsen und für Provisionen im Zusammenhang mit der Durchführung von Kreditoperationen.

Kap. 60 **Land- und Forstwirtschaft** (+2,1 Milliarden Schilling). Die Mehrausgaben betreffen vor allem Beihilfen für die Erzeugung und Lagerung von Getreide, Mais, Sonnenblumenkernen, Sojabohnen ua., Hektarbeihilfen bei Flächenstillegungen, Maßnahmen des Österreichischen Umweltprogrammes zur Förderung einer umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) und degressive Ausgleichszahlungen.

4.2 Ausgleichshaushalt

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (Ausgaben –15,0 Milliarden Schilling, Einnahmen –15,0 Milliarden Schilling).

Unter diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Aufnahme und Tilgung von Kassenstärkern verrechnet. Der Bedarf solcher Geldmittel ist von der jeweiligen Kassenlage des Bundes abhängig.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (Ausgaben +5,6 Milliarden Schilling, Einnahmen +21,3 Milliarden Schilling).

Die Mehrausgaben und ein Teil der Mehreinnahmen resultieren aus der Durchführung von Währungstauschverträgen.

Zur Bedeckung von Einnahmenausfällen und bestimmter Mehrausgaben mußten zusätzliche Kreditoperationen durchgeführt werden (2. BFG-Novelle 1995 sowie Art. II und VII BFG).

5. Aufgliederung der Ausgaben nach Gebarungsgruppen

	vorl. Erfolg 1995	BRA 1994	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Allgemeiner Haushalt				
Aktivitätsaufwand	107,0	104,5	+ 2,5	+ 2,3
Pensionsaufwand	40,5	58,6	– 18,1	– 30,9
Summe Personalausgaben	147,5	163,1	– 15,7	– 9,6
Anlagen (Ges. Verpfl.)	2,9	1,0	+ 1,9	+195,1
Anlagen (Erm. Ausgaben)	29,2	29,1	+ 0,1	+ 0,4
Förderungen (Ges. Verpfl.)	9,3	3,2	+ 6,2	+193,5
Förderungen (Darlehen)	4,0	4,0	– 0,1	– 2,3
Förderungen (Zuschüsse)	41,2	37,9	+ 3,2	+ 8,6
Aufwendungen (Ges. Verpfl.)	317,3	279,7	+ 37,7	+ 13,5
Aufwendungen (Erm. Ausg. erfolgswirksam)	192,8	180,2	+ 12,6	+ 7,0
Aufwendungen (Erm. Ausg. bestandswirksam)	20,5	33,3	– 12,8	– 38,5
Summe Sachausgaben	617,1	568,3	+ 48,8	+ 8,6
Summe allgemeiner Haushalt	764,6	731,4	+ 33,1	+ 4,5
Ausgleichshaushalt				
Aufwendungen (Ges. Verpfl.)	4,3	1,3	+ 3,1	+247,4
Aufwendungen (Erm. Ausg. bestandswirksam)	200,5	119,8	+ 80,7	+ 67,3
Summe Ausgleichshaushalt	204,8	121,1	+ 83,7	+ 69,2
Summe Gesamthaushalt	969,4	852,5	+116,9	+ 13,7

6. Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die **organorientierte Gliederung** des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

Die **funktionelle Gliederung** des Budgets hingegen gibt Aufschluß über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. In der nachstehenden Übersicht werden die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes und des Ausgleichshaushaltes nach siebzehn Aufgabenbereichen aufgegliedert:

Kennziffer	Aufgabenbereich	vorl. Erfolg 1995	BRA 1994	Unterschiede	
		in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
	Allgemeiner Haushalt				
11	Erziehung und Unterricht	67,5	65,6	+ 1,8	+ 2,8
12	Forschung und Wissenschaft	28,8	28,7	+ 0,1	+ 0,4

350 **Vorläufiger Gebarungserfolg 1995**

Kennziffer	Aufgabenbereich	vorl. Erfolg 1995	BRA 1994	Unterschiede	
		in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
13	Kunst	8,6	8,5	+ 0,1	+ 1,1
14	Kultus	0,6	0,5	+ 0,0	+ 2,0
21	Gesundheit	7,3	7,3	– 0,1	+ 1,1
22	Soziale Wohlfahrt	213,3	200,1	+ 13,2	+ 6,6
	hievon:				
	Einrichtungen des Arbeitsmarktservice	*56,2*	*53,4*	*+ 2,8*	*+ 5,3*
	Kriegsopfer- und Heeresversorgung	*7,0*	*7,1*	*– 0,1*	*+ 1,6*
	Sozialversicherung	*68,4*	*55,2*	*+ 13,2*	*+ 23,9*
	Leistungen nach dem Bundespflegegesetz	*17,0*	*16,5*	*+ 0,6*	*+ 3,5*
	Familienlastenausgleich (Titel 193)	*55,7*	*57,9*	*– 2,2*	*– 3,7*
23	Wohnungsbau	24,2	23,0	+ 1,1	+ 4,9
32	Straßen	16,0	15,5	+ 0,5	+ 3,3
	hievon:				
	Zahlungen an Straßengesellschaften	*6,2*	*5,6*	*– 0,7*	*+ 12,0*
33	Sonstiger Verkehr	99,7	96,7	+ 3,0	+ 3,1
	hievon:				
	Post	*53,0*	*51,5*	*+ 1,5*	*+ 3,0*
	Ausgaben für Eisenbahninfrastruktur	*11,1*	*11,6*	*– 0,5*	*– 4,0*
	Gemeinwirtsch. Leistungen gem. BB-Gesetz	*7,8*	*7,6*	*+ 0,2*	*+ 2,7*
	Pensionen der ÖBB	*20,6*	*19,7*	*+ 1,0*	*+ 4,9*
34	Land- und Forstwirtschaft	33,2	20,5	+ 12,8	+ 62,4
	hievon:				
	Übergangsregelungen	*9,7*	—	*+ 9,7*	—
35	Energiewirtschaft	0,2	0,3	– 0,1	– 23,1
36	Industrie und Gewerbe	16,7	21,0	– 4,3	– 20,3
37	Öffentliche Dienstleistungen	3,7	6,2	– 2,5	– 40,1
38	Private Dienstleistungen	6,1	3,7	+ 2,4	+ 65,8
41	Landesverteidigung	20,7	20,5	+ 0,2	+ 1,0
42	Staats- und Rechtssicherheit	26,3	24,6	+ 1,7	+ 7,0
43	Übrige Hoheitsverwaltung	191,8	188,7	+ 3,1	+ 1,6
	hievon:				
	Finanzschuld — Zinsen und Provisionen	*98,4*	*86,1*	*+ 12,3*	*+ 14,3*
	Zuführung an Rücklagen	*12,0*	*20,9*	*– 8,9*	*– 42,6*
	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	*29,4*	*27,8*	*+ 1,6*	*+ 5,8*
	Pensionen (Landeslehrer)	*8,5*	*8,5*	*+ 0,1*	*+ 0,6*
	Summe allgemeiner Haushalt	**764,6**	**731,4**	**+ 33,1**	**+ 4,5**
	Ausgleichshaushalt				
36	Industrie und Gewerbe	4,3	1,3	+ 3,1	+247,4
43	Übrige Hoheitsverwaltung	200,5	119,8	+ 80,7	+ 67,3
	Summe Ausgleichshaushalt	**204,8**	**121,1**	**+ 83,7**	**+ 69,2**
	Summe Gesamthaushalt	**969,4**	**852,5**	**+116,9**	**+ 13,7**

7. Investitionen und Investitionsförderung

Für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen wurden im Jahre 1995 85,3 (1994: 86,3) Milliarden Schilling aufgewendet, die sich wie folgt zusammensetzen:

	vorl. Erfolg 1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1994
Eigeninvestitionen		
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung)	33,8	33,0
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung)	1,5	1,6
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	3,8	3,8
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)	46,2	47,9
Summe ...	85,3	86,3

8. Schulden und Forderungen des Bundes

Über die Schulden und Forderungen des Bundes können mit Ausnahme der Finanzschulden noch keine endgültigen Beträge bekanntgegeben werden, da die Buchungen in der Phase 3 und 4 der Bundesverrechnung erst Ende Februar 1996 abgeschlossen werden.

9. Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen

Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der nicht fälligen Finanzschuld (FS) unter Berücksichtigung von Verpflichtungen und Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) im Jahre 1995:

	in Millionen Schilling	
Stand am 31. 12. 1994		**1 228 374,4**
hievon Bundesbesitz:	*2 777,6*	
Erhöhung durch Finanzschuldaufnahmen gemäß Art. II BFG 1995	+226 832,3	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV	+ 13 062,4	
abzüglich Forderungen aus WTV	– 12 959,9	+226 934,8
Erhöhung durch Konversionsaufnahmen von FS	+ 52 776,0	+ 52 776,0
Erhöhung durch Schuldaufnahmen nachträglicher WTV	+ 4 921,5	
abzüglich Forderungen nachträglicher WTV	– 4 926,1	– 4,6
Erhöhung durch Schuldaufnahmen gemäß § 65 a BHG	+ 11 100,1	+ 11 100,1
Verminderung durch Tilgung von FS	–114 843,7	
zuzüglich Tilgung von Verpflichtungen aus WTV	– 7 925,2	
abzüglich Begleichung von Forderungen aus WTV	+ 4 199,3	–118 569,6
Verminderung durch Konversionstilgungen von FS	– 50 756,0	– 50 756,0
Erhöhung durch Wertberichtigungen der Schulden aus WTV	+ 804,7	
Verminderung durch Wertberichtigungen der Forderungen aus WTV	– 14,6	+ 790,1
Erhöhung durch Kurswertänderungen bei FS	+ 1 752,1	
zuzüglich Kurswertänderung bei Schulden aus WTV	+ 3 244,0	
abzüglich Kurswertänderung bei Forderungen aus WTV	– 262,9	+ 4 733,3
Verminderung durch Kurswertänderung bei FS	– 13 869,0	
zuzüglich Kurswertänderung bei Schulden aus WTV	– 3 153,7	
abzüglich Kurswertänderung bei Forderungen aus WTV	+ 6 486,3	– 10 536,4
Erhöhung durch Rückkauffinanzierungen	+ 5 515,1	5 515,1
Schuld (einschließlich Bundesbesitz)		1 350 357,2
Verminderung durch Bundesbesitz (im Sinne des EU-Vertrages)	– 7 961,9	– 7 961,9
Stand am 31. 12. 1995 ...		**1 342 395,3**

Die Gesamtschuld hat sich gegenüber dem Vorjahr um 116,8 Milliarden Schilling (+9,5 vH) erhöht. Der Anteil der Schillingschuld beträgt 1 051,3 Milliarden Schilling (78,3 vH) und der Anteil der Fremdwährungsschuld 291,1 Milliarden Schilling (21,7 vH). Die Finanzschulden in inländischer Währung erhöhten sich um 86,6 Milliarden Schilling (+9,0 vH), die der Fremdwährungsschulden um 30,2 Milliarden Schilling (+11,6 vH).

Der Finanzierungsbedarf des Bundes für das Jahr 1995 wurde zu 73,9 vH durch Schuldaufnahmen in inländischer Währung und zu 26,1 vH in Fremdwährungen gedeckt.

Budgetvorschauen des Bundesministeriums für Finanzen sowie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. Budgetprognosen, Budgetprogramm und Budgetberichtes des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Die Budgetvorschau 1965 bis 1968

Die erste vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau betraf die Jahre 1965 bis 1968; sie wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Da über die Ziele, angewandten Methoden und Schlußfolgerungen dieser Vorschau der Einleitungsbericht ausführlich Rechenschaft gibt, wird nur die Weiterentwicklung behandelt, im übrigen aber auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen. Schon die erste Budgetvorschau diente als Grundlage wichtiger budgetpolitischer Entscheidungen. So wurden für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse bereits die Unterlagen über die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Ferner wurde diese Budgetvorschau in revidenter Form für politische Beschlüsse im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 herangezogen. Sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, und zwar auf den Seiten 30/31, abgedruckt.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau waren auch in anderen Ländern Arbeiten an ähnlichen Projekten fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974" verfaßt und in der Bundesrepublik Deutschland die erste Vorausschätzung wesentlich verbessert. Diese ausländischen Arbeiten wurden folgerichtig vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert.

Obwohl sich die bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewandten Methoden bewährt hatten, wurden bei der neuen Budgetvorschau in einigen Fällen Änderungen vorgenommen, die vor allem auf Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur ersten Budgetvorschau zurückzuführen waren. Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalprodukts, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert wurde. War für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4 vH im Jahr gerechnet, also keine Konjunkturschwankung prognostiziert worden, so rechnete die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 vH im Prognosezeitraum, für die einzelnen Jahre allerdings mit unterschiedlichen Werten: für 1968 wurde eine Wachstumsrate von 3 vH, für 1969 eine solche von 5,50 vH und für 1970 wieder ein Normalwachstum von 4 vH angenommen. Da der Beirat auch empfohlen hatte, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen zu erstellen, um so den Informationswert der Vorschau zu vergrößern, wurde in der Vorschau 1967 bis 1970 auch eine Variante mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus um jährlich 2 vH berechnet.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970 wurde im Juli 1967 dem Parlament übermittelt; sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 auf den Seiten 40/41 abgedruckt.

Revision der Budgetvorschau 1967 bis 1970 unter Einbeziehung des Jahres 1971

Durch politische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch den Bundesvoranschlag 1968 ergaben sich zum Teil weitgehende Änderungen der letzten Vorschau, was eine Revision und die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig erscheinen ließ. Diese Revision nahm budgetpolitische Entscheidungen nicht vorweg, sondern gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage zum 1. Juli 1968 die Einnahmen und Ausgaben entwickeln würden. Sie sollte so die Basis für notwendige budgetpolitische Entscheidungen liefern. Ihr zusammengefaßtes Ergebnis wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

Budgetvorschauen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen

Ende September 1969 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Prognose bis zum Jahre 1974 betraut. Diese Budgetvorschau 1970 bis 1974 des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971 auf den Seiten 272 ff. abgedruckt.

Zu Jahresbeginn 1974 wurde der Beirat abermals mit der Ausarbeitung einer Vorschau für die Jahre 1974 bis 1978 betraut. Diese Arbeit wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 auf den Seiten 295 ff. veröffentlicht.

Zu Jahresbeginn 1977 verfaßte der Beirat über Einladung des Bundesministers für Finanzen eine Budgetprognose für die Jahre 1976 bis 1980 in zwei Varianten und unter Zugrundelegung von zwei verschiedenen Annahmen über die Bedienung der Staatsschuld: In der Trendvariante wurde eine Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, in der Variante „Rechtslage" keine solche angenommen; die Variante A rechnete mit tilgungsfreien Jahren, die Variante B ohne solche. Das Ergebnis dieser Arbeit des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1978 auf den Seiten 304 ff. abgedruckt.

Im Frühjahr 1978 wurde der Beirat von den Präsidenten der Interessenvertretungen mit der Erarbeitung einer Budgetvorschau 1978 bis 1982 beauftragt, zumal die letzte Vorschau infolge der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und der durch diese bewirkten Maßnahmen auf politischer Ebene beträchtlich an Aktualität eingebüßt hatte. Die Arbeit wurde im Sommer 1978 abgeschlossen. Dementsprechend sind in dieser Vorschau weder später gesetzte fiskalpolitische Maßnahmen noch allfällige andere, wesentliche, damals noch nicht bekannte Einflußgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Vorschau sind auf den Seiten 307 ff. im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980 veröffentlicht.

Diese Vorschau wurde vom Beirat im Frühjahr 1979 revidiert; die Ergebnisse dieser Überarbeitung finden sich auf Seite 310 im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980.

Im Juli 1980 veröffentlichte der Beirat wiederum eine Vorschau für die Jahre 1980 bis 1984. Als Basis diente das Jahr 1980; es wurde eine mittlere Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,25 vH und ein Deflator von 4,75 vH unterstellt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 301 des Amtsbehelfes zum BFG 1982 abgedruckt worden.

1982 publizierte der Beirat zum siebenten Male eine als Beschreibung mittelfristiger Trends und Tendenzen zu verstehende Budgetvorschau für die Jahre 1982 bis 1986. Der Beirat legte eine mittelfristige Wachstumsrate des realen BIP von jährlich 2,50 vH und einen Deflator von 4,75 vH zugrunde. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 293 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1984 veröffentlicht worden.

Im Juni 1984 legte der Beirat seine achte Budgetvorschau im Rahmen einer Darstellung mittelfristiger Probleme des Bundeshaushaltes vor; er unterstellte dabei eine mittelfristige Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2 vH und einen durchschnittlichen Anstieg der inländischen Produktionspreise von 4 vH im Jahr. Die Vorschau umfaßte die Jahre 1984 bis 1988; sie ist auf den Seiten 344 ff. des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1986 zuletzt veröffentlicht worden.

Seine letzte Budgetvorschau hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im Juni 1986 vorgestellt. Sie umfaßt die Jahre bis einschließlich 1990 und wurde aufgrund einer angenommenen mittleren Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von jährlich 2,75 vH und eines Deflators von durchschnittlich 3,25 vH sowie einer nominellen Zuwachsrate des Pro-Kopf-Einkommens der Unselbständigen von 5 vH erstellt. Diese Budgetvorschau ist auf den Seiten 373 und ff. des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1988 zuletzt veröffentlicht worden.

Budgetprognose des BMF gemäß BHG

Das am 1. Jänner 1987 in Kraft getretene neue Haushaltsrecht (Bundeshaushaltsgesetz) sah im § 12 vor, daß der Bundesminister für Finanzen alljährlich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung eine Budgetprognose für mindestens vier Jahre (Voranschlagsjahr und drei Folgejahre) zu erstellen und dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen hat. Entsprechend dem Bundeshaushaltsgesetz stellt diese Budgetprognose eine Vorschau auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes in den nächsten Jahren dar, soll mittelfristige Entwicklungstendenzen aufzeigen und dabei insbesondere auch die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre sowie die Auswirkungen außerbudgetärer Sonderfinanzierungen auf den Haushalt sichtbar machen. Dabei waren die Ausgaben und Einnahmen aufgrund der bestehenden Rechtslage zu erfassen, so als ob diese im Prognosezeitraum unverändert weiter bestünden. Die erste derartige Budgetprognose wurde gemeinsam mit dem Investitionsprogramm für die Jahre 1988 bis 1991 — im Zusammenhang mit dem Bundesvoranschlagsentwurf 1988 — im Oktober 1987 erstellt und dem Nationalrat zur Kenntnis gebracht.

Mit der BHG-Novelle 1988, BGBl. Nr. 573/1988 vom 27. September 1988, wurden die Bestimmungen betreffs Budgetprognose und Investitionsprogramm (nämlich die §§ 12 und 13 BHG) entscheidend geändert, wobei nunmehr absehbare Änderungen der Rechtslage wie etwa zukünftige Anpassungen der Pensionen, der Bezüge der öffentlich Bediensteten, Inflationsanpassung der Einkommen- und Lohnsteuer zu berücksichtigen sind. Ferner wurde der Vorlagetermin auf den 30. Juni jeden Jahres verschoben. Der Bericht über Budgetprobleme und Investitionsprogramm ist nunmehr

„dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates" zu übermitteln. Als Ausgangsbasis wurde das zuletzt beschlossene BFG bestimmt.

Eine solche Budgetprognose wurde bis 1994 jährlich vom Bundesministerium für Finanzen erstellt, von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen und anschließend dem vorgenannten Ausschuß des Nationalrates übermittelt.

Budgetprogramm und Budgetbericht gemäß BHG

Die Budgetprognose für die Jahre 1994 bis 1997 war die letzte dieser Art, da das BHG nunmehr die Erstellung eines mehrjährigen Budgetprogrammes und eines jährlichen Budgetberichtes vorsieht.

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, dessen Einführung der Nationalrat Mitte 1994 beschlossen hat, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit („Inkrementalismus") und einer bloßen operativen Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Im Frühjahr 1995 wurde erstmals ein solches Budgetprogramm für die XIX. Legislaturperiode erstellt. Dieses Programm umfaßt die Jahre 1995 bis 1998. Es bildet auch den Kern des im Mai 1995 der EU-Kommission vorgelegten Konvergenzprogrammes. Da die XIX. Legislaturperiode vorzeitig beendet wurde, hat die neue Bundesregierung binnen sechs Monaten nach ihrem Amtsantritt ein neues Budgetprogramm zu erstellen. In dessen Folge wird sodann eine Revision des Konvergenzprogrammes zu erfolgen haben.

Begleitet wird das Budgetprogramm von einem jährlichen Budgetbericht, der dem Nationalrat und der interessierten Öffentlichkeit Informatioenen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen sowie die Entwicklung des Bundeshaushaltes zur Verfügung stellen und insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluß geben soll. Er ist spätestens zu Beginn der Beratungen des Bundesvoranschlagsentwurfes dem Budgetausschuß vorzulegen.

IV. Bundeshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlages als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie weitere für die Haushaltsführung im jeweiligen Finanzjahr wesentliche Grundlagen (das sind insbesondere der Fahrzeugplan und der Plan für Datenverarbeitungsanlagen). Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG — mit Ausnahme des federführend vom Bundeskanzler zu erstellenden Entwurfes des Stellenplanes — obliegt dem Bundesminister für Finanzen (vgl. §§ 32 und 33 des Bundeshaushaltsgesetzes — BHG). Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen — der Entwurf der Anlage „Stellenplan" vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen — der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen (vgl. § 34 BHG).

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluß über die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Budgetbericht und Budgetprogramm

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen des von ihr vorgelegten Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes in dem damit betrauten Ausschuß des Nationalrates diesem Ausschuß einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG). Der Budgetbericht hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes (§ 12 BHG) Aufschluß zu geben.

Jedes haushaltsleitende Organ hat die für die Erstellung des Budgetprogrammes und des Budgetberichtes erforderlichen Unterlagen samt Erläuterungen dem Bundesminister für Finanzen rechtzeitig zu übermitteln, der den Entwurf des Budgetberichtes und des Budgetprogrammes sodann der Bundesregierung rechtzeitig zur Beschlußfassung vorzulegen hat. Soweit sich das Budgetprogramm und der Budgetbericht auf Planstellen beziehen, obliegt die Erstellung der Entwürfe dem Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen (§ 13 a BHG).

Bundesrechnungsabschluß

Der Rechnungshof verfaßt den Bundesrechnungsabschluß und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 B-VG in Verbindung mit § 98 BHG und § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluß ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluß erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluß in der Folge dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.

Der Bundesrechnungsabschluß selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vorschriften für die Haushaltsführung

Die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) des Bundes hat sich nach den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen (Art. 13 Abs. 2, 51, 51 a, 51 b und 51 c B-VG) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der geltenden Fassung und den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften zu orientieren. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung werden durch das Bundeshaushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hiezu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

Oberstes Ziel der Haushaltsführung ist die Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hiefür benötigten Geldmittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wobei insbesondere auch die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen ist.

V. Gliederung des Bundesvoranschlages [1]

Gebarung

Wirksame und unwirksame Gebarung

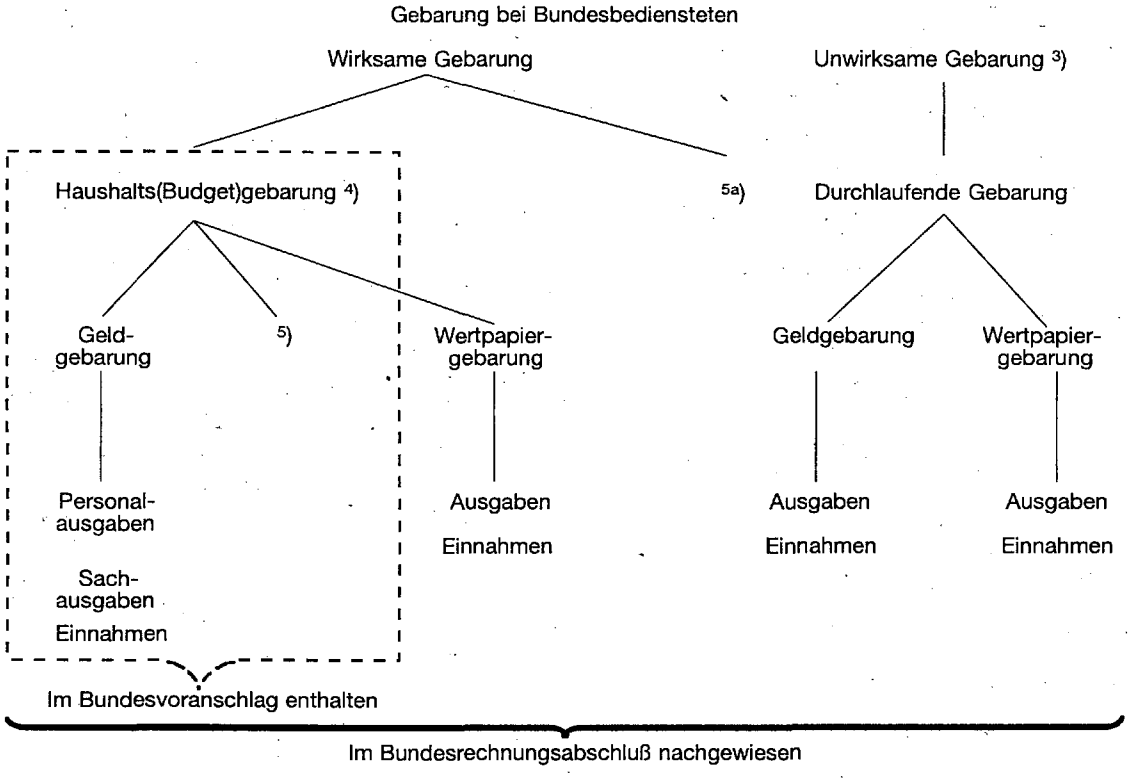
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam" ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam". Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind [2]. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit die haushaltsrechtlichen Vorschriften solche vorsehen, zur wirksamen Gebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushaltsgebarung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.



[1]) Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote [7]); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde im Dezember 1990 neu aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

[2]) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

[3]) Entspricht der Gebarung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

[4]) Entspricht der Gebarung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

[5]) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 358.

[5a]) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuldaufnahmen in der sogenannten Anlehensgebarung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts(Budget)gebarung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 358 unter „Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988".

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebarung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, daß nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebarung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswertebeschaffung im Rahmen der ordentlichen Gebarung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend numerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes [6]) wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch numerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch numerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfaßt die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten sowie die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken [7]):

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungsziffer	Kurzbezeichnung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8	Eu

[6]) Siehe Seite 356.

[7]) Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden fürden Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil", in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)", herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuauflage 1990).

Ansatzplanschema — Gebarungsgruppen

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestandswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personalausgaben [8]	Sachausgaben [8]		
								Millionen Schilling			
	Voranschlagsansatz										

[8]) Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		**Oberste Organe:**
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		**Innenverwaltung:**
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit und Konsumentenschutz
	8	Umwelt
	9	Jugend und Familie
2		**Auswärtige Angelegenheiten:**
	0	Äußeres
3		**Justizwesen:**
	0	Justiz
4		**Landesverteidigung:**
	0	Militärische Angelegenheiten
5		**Finanzen:**
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	9	Finanzschuld, Währungstauschverträge

360 **Gebarungsgruppen**

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
6		**Wirtschaft:**
	0	Land- und Forstwirtschaft
	3	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
	4	Bauten und Technik
	5	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
7		**Bundesbetriebe:**
	1	Bundestheater
	5	Alkohol (Monopol)
	7	Österreichische Bundesforste
	8	Post- und Telegraphenverwaltung

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade „Unterteilung"

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
Personalausgaben:		
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P
Sachausgaben:		
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 } Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	ZE
2 } Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen) [9]	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	ZB
4 } 5 } 6 } Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	E
7 } 8 } 9 [9] } Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	B

Als Ausgaben für „Anlagen" sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen" zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen [10]).

Als Ausgaben für „Förderungen" sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten [11]).

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzzuweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter [11a]).

Unter „Aufwendungen" sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarungsgruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand" und „Aufwandskredite". Für die Zusammenlegung war maßgeblich, daß eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarungsgruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebarungsgruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen" (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, daß sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflußbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind

[9]) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

[10]) Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

[11]) Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungen (Förderungszuwendungen) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte ersichtlich.

[11a]) Sozialleistungen sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

den Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben" zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages nach funktionellen Gesichtspunkten aufgegliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht	EU
12	Forschung und Wissenschaft	FW
13	Kunst	Kn
14	Kultus	Kl
21	Gesundheit	Gh
22	Soziale Wohlfahrt	SW
23	Wohnungsbau	Wb
32	Straßen	St
33	Sonstiger Verkehr	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	PD
41	Landesverteidigung	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene AufgabenbereichKennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteileerwerbungen an Unternehmungen und ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht" (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft" (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst" (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus" (Kl) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit" (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt" (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsopfer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau" (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen" (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr" (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfaßt, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft" (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft" (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen" auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe" (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungsweise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen" (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen" (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung" (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit" (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung" (Hv) umfaßt die Ausgaben
für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof),
für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen,
für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt,
für den Schuldendienst des Bundes,
für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen,
für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und
für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 1995 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits 12) und funktionellen Gesichtspunkten anderseits sowie deren Kombinierung enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 1995 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen

12) Siehe Seiten 386 bis 370.

oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.[13] Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung[13a])

Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hiebei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat[13b]).

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

Kontenplan

Konten-Klasse (Kl) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	0●●●	[14])
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●0●●	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●0●	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●●0	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	0000	●●●
Konten-Untergliederung (Ugl)	●●●●	000

Postengliederung

Post-Nummer der Voranschlagspost (VP) ← Konto-Kennziffer
Post-Untergliederung (Ugl) ← Konten-Untergliederung

Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind zumindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-

---

[13]) Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung" zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgsamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

[13a]) Siehe Fußnoten[7]) auf Seite 366.

[13b]) Die Kontenplanverordnung (KVP) erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPV mit BGBl. Nr. 314/1990.

[14]) Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben Kontenklasse	Einnahmen Kontenklasse
erfolgswirksame	4—7	8
bestandswirksame	0—3	0—3

Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlages, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und anderseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hiebei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlages nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Vermögenstransaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite anderseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich [15]).

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlages werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

---

[15]) Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung" vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

368 **Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seiten seiner Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsorgane und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen" in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögenstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven" Zinsenzuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsenbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsenbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit" als „imputierte Zinsen" ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind,

können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldaufnahmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hiefür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes anderseits) an. Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschich tung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen" wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen", 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften" werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen" sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen" sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen", die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden" ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers läßt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam" zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbsterstellten Anlagen entsprächen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haus-

halten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben" ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilten Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direken Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbei träge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaf ten zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt [§ 4(4) BHG].

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen. Eine Übersicht über die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes befindet sich in der Beilage E zum Amtsbehelf, II. Teil.

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbe träge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hiefür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;
2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe erfordert eine entsprechende Beweglichkeit im Budgetvollzug, wobei aber auch die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie die Haushaltsvorschriften des Bundes zu beachten sind. Nachfolgende Maßnahmen ermöglichen eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe:

1. Bestimmungen im Bundesfinanzgesetz bzw. im Bundeshaushaltsgesetz, wonach
   a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
   b) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden.

2. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleiche innerhalb der Monatszuweisun gen für die Sachausgaben ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
3. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbrauchter Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an den Bundesminister für Finanzen.

Allgemeines

Bruttoprinzip

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an Bundesbetriebe und rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sind gemäß § 16 Abs. 3 BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1996 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1995 und die Erfolgsziffern des Jahres 1994 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften", in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in ausländischer Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50 und §§ 41 und 54 der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die OeNB sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch über die ÖPSK durchzuführen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheimgefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Verrechnung

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die OeNB oder ÖPSK — wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet — zunächst mit dem Kassenwert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die OeNB oder ÖPSK ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstechnischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den ange-

kauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Sonderregelungen im Auslandszahlungsverkehr bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen und des Rechnungshofes. Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei der Auslandsanleihegebarung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

Kassenwerte

Auf Grund § 12 Abs. 4 des Konsulargebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 100/1992, werden folgende Schillinggegenwerte (Kassenwerte) mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 für je 100 Währungseinheiten neu festgesetzt:

ISO-Code	Währung	Schilling
AFA	Afghani	0,30
EGP	Ägyptische Pfund	298,00
ALL	Albanische Lek	10,70
DZD	Algerische Dinar	20,00
AON	Angolanische Kwanza (Neue)	0,17
ARS	Argentinische Pesos (Neue)	1 020,00
ETB	Äthiopische Birr	160,00
AUD	Australische Dollar	760,00
BSD	Bahama-Dollar	1 020,00
BDT	Bangalische Taka	24,50
BBD	Barbados-Dollar	500,00
BEF	Belgische Francs	34,30
BMD	Bermuda-Dollar	1 020,00
BOB	Bolivianos	206,00
BWP	Botswana-Pulas	358,00
BRL	Brasilianische Reais	1 050,00
BND	Brunei-Dollar	715,00
BGL	Bulgarische Lewa	14,40
XOF	CFA-Francs	2,05
XPF	CFP-Francs	11,30
CLP	Chilenische Pesos	2,50
CNY	Chinesische Renminbi Yuan	121,00
CRC	Costa Rica-Colones	5,25
DKK	Dänische Kronen	182,00
DEM	Deutsche Mark	704,00
DJF	Djibouti-Francs	5,70
DOP	Dominikanische Pesos	80,00
XEU	ECU (Europäische Währungseinheit)	1 300,00
ECS	Ekuadorianische Sucres	0,35
SVC	El Salvador-Colones	116,00
EEK	Estnische Kronen	88,00
FIM	Finnmark	234,00
FRF	Französische Francs	205,00
GMD	Gambische Dalasis	103,00
GHC	Ghanesische Cedis	0,70
GRD	Griechische Drachmen	4,30
GTQ	Guatemaltekische Quetzal	172,00
HTG	Haitische Gourdes	65,00
NLG	Holländische Gulden	629,00
HNL	Honduras-Lempiras	100,00
HKD	Hongkong-Dollar	131,00
INR	Indische Rupien	28,80
IDR	Indonesische Rupiahs	0,44

ISO-Code	Währung	Schilling
IQD	Irakische Dinar	1 650,00
IRR	Iranische Rials	0,34
IEP	Irische Pfund	1 610,00
ISK	Isländische Kronen	15,50
ILS	Israelische Schekel (Neue)	325,00
ITL	Italienische Lire	0,64
JMD	Jamaika-Dollar	30,00
JPY	Japanische Yen	10,00
JOD	Jordanische Dinar	1 430,00
YUN	Jugoslawische Dinar (Neue)	214,00
CAD	Kanadische Dollar	745,00
KES	Kenia-Shilling	18,20
COP	Kolumbianische Pesos	1,05
KPW	Koreanische Won (Nord)	475,00
KRW	Koreanische Won (Süd)	1,32
HRK	Kroatische Kuna	189,00
CUP	Kubanische Pesos	1 020,00
KWD	Kuwait-Dinar	3 390,00
LAK	Laotische Kip	1,10
SLL	Leones (Sierra Leone)	1,15
LVL	Lettische Lat	1 900,00
LBP	Libanesische Pfund	0,60
LRD	Liberianische Dollar	1 020,00
LYD	Libysche Dinar	2 860,00
LTL	Litauische Litas	252,00
LUF	Luxemburgische Francs	34,30
MGF	Madagaskar-Francs	0,25
MWK	Malawi-Kwacha	67,00
MYR	Malaysische Ringgit	400,00
MTL	Maltesische Pfund/Lire	2 860,00
MAD	Marokkanische Dirhams	119,00
MRO	Mauretanische Ouguiyas	7,50
MUR	Mauritius-Rupien	55,50
MXN	Mexikanische Pesos	135,00
MNT	Mongolische Tugrik	2,20
MZM	Mosambik-Metical	0,13
MMK	Myanmar-Kyats (Burma)	178,00
NPR	Nepalesische Rupien	18,60
NZD	Neuseeland-Dollar	665,00
NIO	Nicaragua Gold-Cordobas	128,00
ANG	Niederländische Antillen-Gulden	560,00
NGN	Nigerianische Naira	12,50
NOK	Norwegische Kronen	161,00
OMR	Omanische Rials	2 600,00
PKR	Pakistanische Rupien	29,50
PYG	Paraguayische Guaranis	0,52
PEN	Peruanische Soles (Neue)	435,00
GBP	Pfund Sterling	1 560,00
PHP	Philippinische Pesos	38,70
PLN	Polnische Zloty (Neue)	400,00
PTE	Portugiesische Escudos	6,70
RWF	Ruanda-Francs	4,60
RUR	Rubel (GUS, ehem. UdSSR)	0,22
ROL	Rumänische Lei	0,39
ZMK	Sambische Kwacha	1,10
SAR	Saudi-Riyal (Saudi-Arabien)	270,00
SEK	Schwedische Kronen	153,00
CHF	Schweizer Franken	873,00
SCR	Seychellen-Rupien	210,00

ISO-Code	Währung	Schilling
ZWD	Simbabwe-Dollar	110,00
SGD	Singapur-Dollar	715,00
SKK	Slowakische Kronen	34,10
SIT	Slowenische Tolar	8,05
ESP	Spanische Peseten	8,25
LKR	Sri Lanka-Rupien	18,80
ZAR	Südafrikanische Rand	275,00
SDP	Sudanesische Pfund	1,25
SRG	Suriname-Gulden	2,30
SZL	Swasiland-Emalangeni	275,00
SYP	Syrische Pfund	50,00
TWD	Taiwan-Dollar (Neue)	37,00
TZS	Tansania-Shilling	1,75
THB	Thailändische Bahts	40,10
TTD	Trinidad- und Tobago-Dollar	170,00
CZK	Tschechische Kronen	38,00
TND	Tunesische Dinar	1 070,00
TRL	Türkische Pfund/Lire	0,018
AED	UAE-Dirhams (Ver. Arab. Emirate)	280,00
UGX	Uganda-Shilling	1,00
UAK	Ukrainische Karbowanez	0,006
HUF	Ungarische Forint	7,30
UYU	Uruguayische Pesos ($U)	145,00
USD	US-Dollar	1 020,00
VEB	Venezolanische Bolivares	3,50
VND	Vietnam-Dong	0,09
ZRN	Zaires (Neue)	0,10
CYP	Zypern-Pfund	2 220,00

Mit Ablauf des 31. Dezember 1995 werden sämtliche vorher ergangenen Erlässe außer Kraft gesetzt.

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Versicherungssteuer, der Feuerschutzsteuer und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 49 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, des § 5 Abs. 5 und des § 20 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, des § 5 Abs. 6 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 449/1992, sowie des § 3 Abs. 3 des Feuerschutzsteuergesetzes 1952, BGBl. Nr. 198/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 13/1993, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen Zollwertkurse festgesetzt.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfälle der Zollverwaltung fest (Zollentrichtungskurse).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung", die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung" sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.

Barabhebungskurse

Für die Abhebung der Auslandszulagen gemäß § 21 GG 1956 an bestimmten Dienstorten sind folgende Barabhebungskurse für je 100 Währungseinheiten (Umrechnungskurse für die Auslandsbesoldung) festgesetzt (Stand: 1. Februar 1996):

ISO-Code	Währung	Schilling
LYD	Libysche Dinar	1 100,00

An den übrigen Dienstorten gelten für die Abhebung der Auslandszulagen die jeweils festgesetzten Kassenwerte.

Zu 71 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997

STELLENPLAN

FÜR DAS JAHR

1997

WIEN 1996
ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

61 0162

Inhaltsverzeichnis

Teil I. Allgemeiner Teil
Punkt 1. Gliederung des Stellenplanes . . . 201
Punkt 2. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand . . . 201
Punkt 3. Bindung von Planstellen . . . 202
Punkt 4. Aufnahme von Ersatzkräften . . . 204
Punkt 5. Ausgliederungsmaßnahmen . . . 204
Punkt 6. Umwandlung von Planstellen . . . 204
Punkt 7. Ernennungsreserve . . . 205
Punkt 8. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen . . . 205
Punkt 9. Befugnisse bestimmter oberster Organe . . . 206
Punkt 10. Organisationsänderungen . . . 206

Teil II. Planstellen für Bundesbedienstete
Abschnitt A Planstellenverzeichnis
01 Präsidentschaftskanzlei . . . 207
02 Parlamentsdirektion . . . 208
03 Verfassungsgerichtshof . . . 209
04 Verwaltungsgerichtshof . . . 210
05 Volksanwaltschaft . . . 211
06 Rechnungshof . . . 212
10 Bundeskanzleramt . . . 213
11 Inneres . . . 218
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten . . . 224
14 Wissenschaft, Forschung und Kunst . . . 247
15 Soziales . . . 251
17 Gesundheit und Konsumentenschutz . . . 255
18 Umwelt . . . 260
19 Jugend und Familie . . . 262
20 Äußeres . . . 263
30 Justiz . . . 266
40 Militärische Angelegenheiten . . . 272
50 Finanzverwaltung . . . 277
60 Land- und Forstwirtschaft . . . 282
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr . . . 297
64 Bauten und Technik . . . 300
65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr . . . 307
71 Bundestheater . . . 310
75 Alkohol (Monopol) . . . 311
77 Österreichische Bundesforste . . . 312
Abschnitt B Ernennungsreserve . . . 313

Teil IV. Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete . . . 314

Teil V. Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden . . . 318

Teil VI. Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden . . . 330

Teil VII. Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist . . . 338

Anlagen zum Stellenplan 1997 . . . (1)
Anlagen A Übersichten zu den Teilen II.A, IV, V, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien . . . (2)
Anlagen B Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts) . . . (10)
Anlagen B1 Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen) . . . (14)
Anlage B2 Ernennungsreserve: über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen . . . (22)
Anlage C Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988 . . . (24)
Anlage C1 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989 . . . (25)
Anlagen C2 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990 . . . (26)
Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980 . . . (30)
Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989 . . . (31)
Anlagen D2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990 . . . (32)
Anlagen E Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts . . . (38)
Anlagen F Summarische Übersichten des Stellenplanes . . . (62)

Erläuterungen zum Stellenplan 1997 . . . (75)

STELLENPLAN 1997

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

(1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:
a) Das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II. A) einschließlich der Ernennungsreserve (Teil II. B),
b) das Planstellenverzeichnis der jugendlichen Bundesbediensteten (Teil IV),
c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden (Teil V),
d) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
e) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII).

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Kategorien A und B ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete der Kategorie B sowie einer den Vertragsbediensteten der Kategorie B zugeordneten Planstelle für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für jugendliche Bedienstete sind Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie A für
1. Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist,
2. Anlernkräfte, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und
3. Vertragsbedienstete, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist, jugendliche Vertragsbedienstete und Anlernkräfte, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

2. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 6 und des Punktes 8 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 400 Planstellen zusätzlich zur Verfügung.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann die Bundesregierung auf Grund eines vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen gestellten Antrages für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Planstellenbereich „7720 Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe, Sägewerke“ zur Aufarbeitung allfälliger durch Naturkatastrophen hervorgerufener Forstschäden als Arbeitskräfte herangezogen werden.

STELLENPLAN 1997

I. Allgemeiner Teil

(6) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche „1420 Universitäten", „1430 Kunsthochschulen" und „1244 Museen" die in den Planstellenbereichen „1421 Universitäten — zweckgebundene Gebarung", „1431 Kunsthochschulen — zweckgebundene Gebarung" und „1425 Museen — zweckgebundene Gebarung" dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(7) Durch die Absätze 2 bis 6 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

3. Bindung von Planstellen

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, S1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MBO1, MBO2, MBUO1, MBUO2, MZO1, MZO2, MZUO1 und MZUO2 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, II, IL und IIL können mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe bzw. können freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie A mit Vertragsbediensteten der Kategorie B der gleichen oder einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen d und e können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen p3 bis p5 und umgekehrt besetzt werden.

Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit jugendlichen Bediensteten besetzt werden.

Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3, sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.

In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrungsfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.

Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen c bis e und p1 bis p5 besetzt werden.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder mit Richteramtsanwärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für ordentliche Universitätsprofessoren können mit außerordentlichen Universitätsprofessoren besetzt werden. Ebenso können freie Planstellen für außerordentliche Universitätsprofessoren mit Universitätsassistenten besetzt werden.

(4) Freie Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Versehung gleichartiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten der Kategorien A und B besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

STELLENPLAN 1997

I. Allgemeiner Teil

die Verwendungsgruppe A 1 und die Entlohnungsgruppe a der Verwendungsgruppe PT 1 oder PT 2,

die Verwendungsgruppe A 2 und die Entlohnungsgruppe b der Verwendungsgruppe PT 2, PT 3 oder PT 4,

die Verwendungsgruppe A 3 und die Entlohnungsgruppe c der Verwendungsgruppe PT 5 oder PT 6,

die Verwendungsgruppe A 4 oder A 5 und die Entlohnungsgruppe d der Verwendungsgruppe PT 7 oder PT 8,

die Verwendungsgruppe A 7 und die Entlohnungsgruppe e der Verwendungsgruppe PT 9,

die Verwendungsgruppe A 3 und die Entlohnungsgruppe p1 der Verwendungsgruppe PT 6,

die Verwendungsgruppe A 4 und die Entlohnungsgruppe p2 der Verwendungsgruppe PT 7,

die Verwendungsgruppe A 4 oder A 5 und die Entlohnungsgruppe p3 der Verwendungsgruppe PT 7 oder PT 8,

die Verwendungsgruppe A 6 und die Entlohnungsgruppe p4 der Verwendungsgruppe PT 8,

die Verwendungsgruppe A 7 und die Entlohnungsgruppe p5 der Verwendungsgruppe PT 9

entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K 1 bis K 5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K 1 bis K 6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A 2, A 3 oder A 4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß

— die Verwendungsgruppe A 2 der Verwendungsgruppe K 1 oder K 2,
— die Verwendungsgruppe A 3 der Verwendungsgruppe K 3, K 4 oder K 5 und
— die Verwendungsgruppe A 4 oder A 5 der Verwendungsgruppe K 6 und
— die Entlohnungsgruppe b der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,
— die Entlohnungsgruppe c der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und
— die Entlohnungsgruppe d der Entlohnungsgruppe k6

entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine der dienstrechtlichen Stellung des Bediensteten entsprechende freie Planstelle dieses Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

(8) Ausgeschlossen sind
a) die Bindung freier Planstellen der Teile IV bis VI des Stellenplanes und
b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II. A des Stellenplanes vorzusorgen ist.

(9) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II. A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II. A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, nur mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen für einen anderen Planstellenbereich des Teiles II. A gebunden werden.

(10) Von den in den Teilen II. A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten dürfen insgesamt bis zu 211 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

STELLENPLAN 1997

I. Allgemeiner Teil

4. Aufnahme von Ersatzkräften

(1) Für einen Bundesbediensteten, der

a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,
b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit erhält,
c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,
d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,
e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,
f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,
g) Zivildienst leistet,
h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,
i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlaß einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,
j) für einen Beamten, dessen Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 auf die Hälfte herabgesetzt ist, oder
k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Freizeitgewährung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden.

Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(4) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem aus Abs. 1 oder 3 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II. A für das Kapitel „30 Justiz" festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes I. Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) bzw. ein Staatsanwalt der GGr. I ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden.

5. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

6. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren

Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

7. Ernennungsreserve

(1) Die Ernennungsreserve enthält Planstellen für die Besoldungsgruppen „Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung", „Wachebeamte" und „Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten", die vom Bundeskanzler einzelnen Planstellenbereichen über den im Planstellenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Planstellen zugewiesen werden können. Für jede derart über den Stand in einer höheren Dienstklasse (Dienststufe) besetzte Planstelle hat eine Planstelle einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) in der gleichen Verwendungsgruppe des Planstellenbereiches unbesetzt zu bleiben.

(2) Eine in einem Planstellenbereich frei werdende Planstelle einer Dienstklasse (Dienststufe), für die aus der Ernennungsreserve eine Planstelle zugewiesen ist, gilt als Planstelle der Ernennungsreserve, solange in dieser Dienstklasse (Dienststufe) in der gleichen Verwendungsgruppe der tatsächliche Stand den systemisierten Stand im Planstellenverzeichnis übersteigt.

(3) Die Planstellen in der Ernennungsreserve erhöhen sich um die Zahl der Beamten, die

a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt sind,
b) als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit erhalten,
c) sich zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befinden,
d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen Einrichtung herangezogen werden,
e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen werden.

Haben Beamte, die solcherart außer Dienst gestellt, beurlaubt oder herangezogen worden sind oder denen die erforderliche freie Zeit gewährt worden ist, ihren Dienst wieder aufgenommen, so entfällt diese Erhöhung der Zahl der Planstellen in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Planstellenbereich eine Planstelle der gleichen Art frei wird.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Beamte der Verwendungsgruppen PT 1 bis PT 9 sinngemäß.

8. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 vH ist dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 vH der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.
c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teilen des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

9. Befugnisse bestimmter oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

10. Organisationsänderungen

Der Bundeskanzler kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat.

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	3	17	5			28
A4									8	1	9
										Summe ...	61

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										2	1	3	3
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
P4 (p4)										4		4	4
Summe...										12	1	13	13

Ernennungsreserve: 3 A/VIII, 3 B/VII, 2 C/V

Gesamtsumme 01...	**61**	**12**	**1**	**13**	**74**

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 MB01 4010

208 **STELLENPLAN 1997**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	10	8	42	22				2	* 90
A2			4	8	8	19					39
A3		1	2	9	7	15	10	10	4	7	65
A4								19	18	32	* 69
A5								4	1	32	* 37
A6										29	29
										Summe ...	329

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)											2	2	2
B (b)										5		5	5
C (c)										3		3	3
D (d)										14		14	14
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										4		4	4
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										11		11	11
Summe...										49	2	51	51

Ernennungsreserve: 5 A/VIII, 2 B/VII, 3 C/V, 1 P2/IV

Gesamtsumme 02...	**329**	**49**	**2**	**51**	**380**

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 sind
39 Beamte (hievon 3 der Dienstklasse VIII) gem. Art. 30(5) B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen und
3 Beamte der Dienstklasse VIII gem. §17 bzw. §19 BDG außer Dienst gestellt.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe A4 und A5 sind 13 Beamte gem. Art. 30(5) B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 MB02 4010

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2							3	2			5
A3					1		13		1	3	18
A7										2	2
										Summe ...	42

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										10		10	10
B (b)										2		2	2
C (c)										5		5	5
D (d)										3		3	3
E (e)										3		3	3
P3 (p3)										1		1	1
P5 (p5)										5		5	5
Summe...										29		29	29

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

Gesamtsumme 03...	**42**	**29**		**29**	**71**

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 PT7 6500

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		4		17		1	23
A2					1	1		1	4		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
										Summe ...	47

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										9		9	9
B (b)										2		2	2
C (c)										8		8	8
D (d)										25		25	25
E (e)										7		7	7
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										3		3	3
P5 (p5)										8		8	8
Summe...										63		63	63

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	48
Summe...	62

Gesamtsumme 04...	**109**	**63**		**63**	**172**

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
2 UAss 1420
1 A1 5040
2 d 4010

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	15							23
A2				2	5						7
A3					2	8					10
A4									1		1
A7										1	1
										Summe ...	42

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
Summe...										5		5	5

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 5 A/VIII

Gesamtsumme 05...	42	5		5	47

212 **STELLENPLAN 1997**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	58					188
A2			76								76
A3		1	2	1	8	21	8			1	42
A4									10	7	17
A5										2	2
A6										1	1
A7										7	7
										Summe ...	333

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
P5 (p5)										7		7	7
Summe...										12		12	12

Ernennungsreserve: 72 A/VIII, 5 B/VII

Gesamtsumme 06...	**333**	**12**		**12**	**345**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	2	4	33	16	67	79	26		3	234
A2		1	16	25	43	23	13	14	2	1	138
A3		1	2	1	12	9	26	44	11	15	121
A4								2	1	7	10
A5									4	11	15
A6										4	4
A7										2	2
										Summe ...	524

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										43		43	43
B (b)										49	1	50	50
C (c)										94	1	95	95
D (d)										99	3	102	102
E (e)										23		23	23
P3 (p3)										11		11	11
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										9	1	10	10
Summe...										339	6	345	345

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 20 A/VIII, 19 B/VII, 7 C/V, 1 D/IV, 3 P1/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1000...	524	339	6	345	869

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
1 b	1020
1 UAss	1420
2 MB01	4010
1 A1	6300

abzüglich f.	PST-Bereich
1 a	1020
1 a	2000/2010

1001 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				4		5
A2					1		1	3			5
A3						1		3			4
A4								1			1
A5										1	1
										Summe ...	16

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										7		7	7
B (b)										1		1	1
C (c)										5		5	5
D (d)										6		6	6
Summe...										19		19	19

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1001...	16	19		19	35

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		4	2	1	9	13		30
A2					1	10	6	10			27
A3					1		7	22	5	3	38
A4								3	2	3	8
A5								1	1	4	6
A7										1	1
										Summe ...	110

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1010 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
C (c)										2		2	2
D (d)										13		13	13
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										5		5	5
Summe...										25		25	25

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1010...	110	25		25	135

1020 Statistisches Zentralamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		5	6	7	6	9	51	1	86
A2			1	11	6	25	20	31	57		151
A3			3	7	6	20	13	41	64	5	159
A4								2	6	10	18
A5									12	14	26
A6										6	6
A7										3	3
										Summe ...	449

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1020 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										28		28	28
B (b)										158	1	159	159
C (c)										250		250	250
D (d)										270	15	285	285
E (e)										8		8	8
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										16		16	16
P5 (p5)										9		9	9
Summe...										742	16	758	758

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1020...	449	742	16	758	1.207

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich 1 a 1000
abzüglich f. PST-Bereich 1 b 1000

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							3		2	1	6
A2					2	4	2	1			9
A3				1		3				4	8
A4								2		5	7
A5										12	12
A6										4	4
										Summe ...	46

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1075 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										19	21	40	40
C (c)										16	1	17	17
D (d)										10		10	10
P1 (p1)										8	3	11	11
P2 (p2)										10		10	10
P3 (p3)										44		44	44
P4 (p4)										29	26	55	55
Summe...										136	51	187	187

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								2	2
L2								9	9
Summe...								11	11

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1075...	57	136	51	187	244
Gesamtsumme 10...	**1.156**	**1.261**	**73**	**1.334**	**2.490**

218 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	5	14	20	49	49	13	5	1	160
A2		2	2	54	125	60	24	11	4		282
A3		1	2	5	21	22	45	99	27	13	235
A4								15	23	16	54
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										9	9
										Summe ...	752

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										25		25	25
B (b)										74		74	74
C (c)										92		92	92
D (d)										189	2	191	191
E (e)										14		14	14
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										15		15	15
P3 (p3)										26		26	26
P4 (p4)										31		31	31
P5 (p5)										23		23	23
Summe...										491	2	493	493

Ernennungsreserve: 2 A/IX, 20 A/VIII, 26 B/VII, 11 C/V

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1100...	752	491	2	493	1.245

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 2000/2010
1 A4 2000/2010
1 a 2000/2010

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	19	28	23	42	48	98	129	393
A2			4	8	23	30	93	97	44	55	354
A3			3	10	41	72	184	192	321	5	828
A4								178	37	162	377
A5								2	13	1	16
A6										17	17
A7										36	36
										Summe ...	2.021

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										18	3	21	21
B (b)										11		11	11
C (c)										60		60	60
D (d)										549	10	559	559
E (e)										53		53	53
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										22		22	22
P3 (p3)										66		66	66
P4 (p4)										13	1	14	14
P5 (p5)										307	77	384	384
Summe...										1.102	91	1.193	1.193

Ernennungsreserve: 41 A/VIII, 26 B/VII, 13 C/V

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	1	1	5	14	18	31	24	18	43	37	11	1	* 204
E2a					70	135	307	367	1.071	564	107	4	* 2.625
E2b												7.497	* 7.497
E2c												200	* 200
												Summe ...	10.526

Ernennungsreserve: 1 W1/VIII, 6 W1/VII, 27 W2/V(3)
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB A (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB A (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 VB A (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB A/II aufgenommen werden.

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - KRD	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	5	8	10	18	10	35	9			* 97
E2a					41	176	396	180	436	1.167			* 2.396
												Summe ...	2.493

Ernennungsreserve: 1 W1/VIII, 3 W1/VII, 30 W2/V(3)

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1130...	15.040	1.102	91	1.193	16.233

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB A (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 VB A (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
9 A1	1152

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1								1
A3							2	4	5	8	19
A4								1	12	29	42
A5									4	5	9
A6										7	7
A7										2	2
										Summe ...	80

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1140 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										2		2	2
D (d)										* 455		455	455
P1 (p1)										5		5	5
P2 (p2)										26		26	26
P3 (p3)										41	1	42	42
P4 (p4)										52	3	55	55
P5 (p5)										105	382	487	487
(I/R)											5	5	5
(II/R)											47	47	47
Summe...										686	438	1.124	1.124

Von den VB AI/d sind 400 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	3	3	11	7	35	31	65	83	105	67	5	3	* 418
E2a					174	366	649	1.227	1.288	737	1.615		* 6.056
E2b												6.798	* 6.798
												Summe ...	13.272

Ernennungsreserve: 4 W1/VIII, 6 W1/VII, 105 W2/V(3), 174 W2/IV(3)

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1140...	13.352	686	438	1.124	14.476

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1(G1) können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung(VGr.A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB A (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 70 VB A (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB A/II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung, aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
33 E2a/2 5040
67 E2b 5040

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2			1	1	3	1	4	7	1	2	20
A3								10	1		11
A4								1	1		2
A5										1	1
										Summe ...	35

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										3		3	3
B (b)										5		5	5
C (c)										9		9	9
D (d)										21		21	21
P2 (p2)										8		8	8
P3 (p3)										18		18	18
P4 (p4)										25		25	25
P5 (p5)										32		32	32
Summe...										121		121	121

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1150...	35	121		121	156

1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
										Summe ...	2

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1151 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										2		2	2
P5 (p5)										3		3	3
Summe...										11		11	11

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1151...	2	11		11	13

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			1			2
A2					1	9	5	4			19
A3							2	1	7		10
A4								4		1	5
										Summe ...	36

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
D (d)										20		20	20
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										21		21	21

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1152...	36	21		21	57
Gesamtsumme 11...	**29.217**	**2.432**	**531**	**2.963**	**32.180**

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
9 A1 1130

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	5	17	43	41	52	69	1	1	* 235
A2		1	5	8	29	44	42	19	3	1	* 152
A3		1		1	9	7	18	22	14	13	* 85
A4								2	12	3	* 17
A5										8	8
										Summe ...	497

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										18		18	18
B (b)										36		36	36
C (c)										67		* 67	67
D (d)										77	4	* 81	81
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										7		7	7
P4 (p4)										7		7	7
P5 (p5)										6		6	6
Summe...										219	4	223	223

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 61 A/VIII, 12 B/VII, 2 C/V

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								8	8
Summe...								8	* 8

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1200...	505	219	4	223	728

Davon für das Zentrum für Schulversuche: 8L1, 11A1, 1A2, 3A3, 2A4, 4c, 1d

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
5 d	1400
1 A5/G	1400
1 A1	2000/2010

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
										Summe ...	1

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										1		1	1
D (d)										2		2	2
(I/R)											6	6	6
Summe...										3	6	9	9

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1240...	1	3	6	9	10

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						4	1				5
A3								3	1	1	5
A4										4	4
A5								1		8	9
										Summe ...	23

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										5		5	5
D (d)										5		5	5
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										15		15	15
P4 (p4)										25	2	27	27
Summe...										54	2	56	56

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1241...	23	54	2	56	79

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1		13			14
A3								1			1
A5										4	4
										Summe ...	19

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										11		11	11
D (d)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										14		14	14

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1242...	19	14		14	33

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								2	13	12	27
A2							3	5	2	1	11
A3								4	3	1	8
A4									1		1
A6										2	2
										Summe ...	49

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										8	2	10	10
C (c)										11	4	15	15
D (d)										2	1	3	3
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										7	3	10	10
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										32	15	47	47

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1243 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								12	12
Summe...								12	12

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1243...	61	32	15	47	108

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	4	5	8	12	28	95		154
A2				1	2	6	6	34	4		53
A3					3	2	10	35	3	2	55
A4								3	5	10	18
A5								8	3	10	21
A6										3	3
A7										1	1
										Summe ...	305

1244 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										70	8	78	78
B (b)										70	13	83	83
C (c)										107	2	109	109
D (d)										180	5	185	185
E (e)										215	19	234	234
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										16		16	16
P3 (p3)										35		35	35
P4 (p4)										44	1	45	45
P5 (p5)										33		33	33
Summe...										773	48	821	821

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		VB A	VB B		
Summe 1244...	305	773	48	821	1.126

1246 Nationalbibliothek und Phonothek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		1	9		7	13	41		72
A2					1		6	60			67
A3					2	1	3	19	24		49
A4										3	3
										Summe ...	191

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1246 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										* 16	2	18	18
B (b)										* 13	10	23	23
C (c)										31	1	32	32
D (d)										42	3	45	45
P3 (p3)										5		5	5
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										108	16	124	124

Ernennungsreserve: 1 A/IX

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		VB A	VB B		
Summe 1246...	191	108	16	124	315

Von den VB A(a) sind 3 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.
Von den VB A(b) sind 5 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1	10	2	17	41		72
A2							3	16		1	20
A3					1			7	8	1	17
A4									6	1	7
A5										4	4
A6										2	2
										Summe ...	122

Teil II.A Planstellenverzeichnis

1247 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										30	2	32	32
B (b)										13	1	14	14
C (c)										15	1	16	16
D (d)										16	3	19	19
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										79	8	87	87

Ernennungsreserve: 12 A/VIII, 2 B/VII, 1 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1247...	122	79	8	87	209

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	5	4	12	9	11	22	4	71
A2			3	18	32	49	86	170	21	3	382
A3					1	15	19	80	33	22	170
A4								14	52	11	77
A5									14	6	20
A6										7	7
A7										16	16
										Summe ...	743

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1260 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2	10	12	12
B (b)										62	13	75	75
C (c)										108	12	120	120
D (d)										115	22	137	137
E (e)										11		11	11
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										4		4	4
P4 (p4)										5	1	6	6
P5 (p5)										9	9	18	18
Summe...										317	67	384	384

Ernennungsreserve: 9 B/VII, 2 C/V

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
L1								67	67
L2								20	20
Summe...								87	87

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	82
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151
Summe...	233

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1260...	1.063	317	67	384	1.447

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich
15 L1	1270	1 l1	1282
2 l1	1270	2 L1	1290
2 L1	1280	2 L1	1291
2 L2a2	1281	1 L2a1	1291
1 L2b1	1281	1 LPA	1294
1 IL/l1	1281	1 L1	1294
1 L1	1282		

1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						4	6	6	98		* 114
A2								6			6
A3								1	6		7
										Summe ...	127

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										9	5	14	14
B (b)											1	1	1
C (c)										3	11	14	14
D (d)											12	12	12
Summe...										12	29	41	41

Ernennungsreserve: 6 A/VIII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1261...	127	12	29	41	168

1270 Allgemeinbildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3			1	1		7	103	1			113
A4								35	110	7	152
A5										1	1
A6										96	96
A7										26	26
										Summe ...	389

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1270 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										79	43	122	122
D (d)										97	52	149	149
P2 (p2)										8	1	9	9
P4 (p4)										142	17	159	159
P5 (p5)										354	361	715	715
(I/R)											88	88	88
Summe...										680	562	1.242	1.242

Ernennungsreserve: 1 C/V, 4 D/IV

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
Verwendungsgruppe									
L1	321						2	11.062	11.385
L2								372	372
L3								5	5
Summe...	321						2	11.439	11.762

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1270...	12.151	680	562	1.242	13.393

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich	
1 L1	1281	15 L1	1260	1 L1	1290
		2 L1	1260	1 L2a1	1291
		1 L1	1280	7 L1	1420
		1 L1	1281	2 L1	1430

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							2	1	1	2	6
A3							1	2	6	1	10
A4								4	1	12	17
A5										8	8
A6										9	9
A7										13	13
										Summe ...	63

234 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1271 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										5	1	6	6
D (d)										9		9	9
P2 (p2)										6		6	6
P3 (p3)										16		16	16
P4 (p4)										43	6	49	49
P5 (p5)										31	3	34	34
(I/R)											4	4	4
Summe...										110	14	124	124

Ernennungsreserve: 1 B/VII

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	4			4			4	161	173
L2								20	20
Summe...	4			4			4	181	193

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K4 (k4)		1	1	7		7	8
Summe...		1	1	7		7	8

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1271...	257	117	14	131	388

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 L1 1420
1 L1 1430

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1274 Bds.-Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							2				2
A3								2	2	1	5
A4								1	2	6	9
A5										2	2
A6										7	7
A7										2	2
										Summe ...	27

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)											1	1	1
B (b)										1	1	2	2
C (c)										9		9	9
D (d)											2	2	2
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										25	4	29	29
(I/R)											2	2	2
Summe...										51	10	61	61

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	2						2	25	29
L2								60	60
L3								2	2
Summe...	2						2	87	91

1274 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw.(Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
K2 (k2)		1	1	1		1	2
K4 (k4)		3	3	3		3	6
Summe...		4	4	4		4	8

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1274...	122	55	10	65	187

1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2										1	1
A3							1	6			7
A4									2		2
A5										1	1
A6										9	9
A7										1	1
										Summe ...	21

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige					
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
C (c)										7	1	8	8
D (d)										4		4	4
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										17	4	21	21
P5 (p5)										27	5	32	32
Summe...										62	10	72	72

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1276 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1			10					4	14
L2								20	20
Summe			10					24	34

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1276	55	62	10	72	127

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1		2		3
A2						7	11	46	9	6	79
A3					1	1	1	30	35	11	79
A4								17	36	64	117
A5								2	4	19	25
A6										46	46
A7										24	24
										Summe	373

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										157	4	161	161
C (c)										126	18	144	144
D (d)										73	18	91	91
P2 (p2)										45		45	45
P3 (p3)										16	1	17	17
P4 (p4)										84	2	86	86
P5 (p5)										181	134	315	315
(I/R)											24	24	24
Summe										682	201	883	883

Ernennungsreserve: 1 B/VII, 2 C/V, 4 D/IV, 3 P1/IV

1280 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	63				173			2.941	3.177
L2					2			821	823
Summe...	63				175			3.762	4.000

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
K2 (k2)				1	2	3	3
K4 (k4)				2		2	2
Summe...				3	2	5	5

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1280...	4.373	685	203	888	5.261

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
1 L1 1270

abzüglich f. PST-Bereich
2 L1 1260
40 L1 1290

1281 Sozialakad., LA f.Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1	10	18	4	33
A3							6	15	1	2	24
A4								4	21	10	35
A5								1		3	4
A6										27	27
A7										13	13
										Summe ...	136

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1281 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										12	9	21	21
C (c)										48	32	80	80
D (d)										41	9	50	50
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										30	21	51	51
P5 (p5)										82	88	170	170
(I/R)											19	19	19
Summe...										216	178	394	394

Ernennungsreserve: 1 C/V

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	6							20	26
L1	135					5		2.649	2.789
L2	33					100		740	873
Summe...	174					105		3.409	3.688

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1281...	3.824	216	178	394	4.218

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
1 L1	1270
1 L1	1282
1 L2a2	1282

abzüglich f.	PST-Bereich
2 L2a2	1260
1 L2b1	1260
1 IL/11	1260

abzüglich f.	PST-Bereich
1 L1	1270
1 L2a2	1291

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3						3	37			1	41
A4								5	36	2	43
A6										17	17
A7										13	13
										Summe ...	114

1282 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										37	25	62	62
D (d)										50	14	64	64
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										40	6	46	46
P5 (p5)										48	128	176	176
(I/R)											26	26	26
Summe...										177	199	376	376

Ernennungsreserve: 2 D/IV

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	120							2.920	3.040
L2								215	215
Summe...	120							3.135	3.255

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1282...	3.369	177	199	376	3.745

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 L1	1260
1 L1	1260
1 L1	1281
1 L2a2	1281

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3								4	1		5
A4									4	3	7
A5										2	2
A6										10	10
A7										6	6
										Summe ...	30

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1286 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										9	3	12	12
P2 (p2)										3		3	3
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										19	3	22	22
P5 (p5)										20	4	24	24
Summe...										52	10	62	62

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
Verwendungsgruppe									
L1			4					20	24
Summe...			4					20	24

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		1	1				1
K4 (k4)		2	2	1		1	3
Summe...		3	3	1		1	4

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1286...	57	53	10	63	120

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						5	8	1	16	1	31
A3							2	14	2	4	22
A4								3	3	2	8
A5								1	1	1	3
A6										2	2
										Summe ...	66

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1290 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										10	1	11	11
C (c)										21	5	26	26
D (d)										26	5	31	31
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										12	1	13	13
P5 (p5)										14	14	28	28
(I/R)											11	11	11
Summe...										84	37	121	121

Ernennungsreserve: 2 B/VII

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	23				46			349	418
L1								496	496
Summe...	23				46			845	914

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1290...	980	84	37	121	1.101

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 L1	1270	2 L1	1260
40 L1	1280	1 L1	1294

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3							6				6
A4									6	7	13
A6										6	6
										Summe ...	26

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1291 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										6	8	14	14
D (d)										10	2	12	12
P4 (p4)										23	14	37	37
P5 (p5)										12	15	27	27
(I/R)											7	7	7
Summe...										51	46	97	97

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	34				30			181	245
L2						1		205	206
Summe...	34				30	1		386	451

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1291...	477	51	46	97	574

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 L2a1	1270	2 L1	1260
1 L2a2	1281	1 L2a1	1260

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1	3	1	3	8
A3								5		1	6
A4								1	3	1	5
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	21

1292 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										4	1	5	5
C (c)										8		8	8
D (d)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										6	2	8	8
Summe...										21	3	24	24

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	4				12			46	62
L1								22	22
Summe...	4				12			68	84

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1292...	105	21	3	24	129

1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1			2	3
A3							2	4			6
A4								2	2	3	7
A5										2	2
A6										6	6
										Summe ...	24

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1293 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										11	2	13	13
D (d)										5	1	6	6
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										6	1	7	7
(I/R)											2	2	2
Summe...										38	6	44	44

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	4				10			8	22
Summe...	4				10			8	22

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1293...	46	38	6	44	90

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							3	4			7
A3							2	2	14		18
A4										4	4
A5								2			2
										Summe ...	31

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										7	5	12	12
D (d)										8	1	9	9
P4 (p4)										3		3	3
Summe...										18	6	24	24

1294 (Fortsetzung)

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	22				45			37	104
L1								51	51
Summe...	22				45			88	155

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1294...	186	18	6	24	210
Gesamtsumme 12...	**28.419**	**3.868**	**1.479**	**5.347**	**33.766**

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
1 L1 1290

abzüglich f. PST-Bereich
1 LPA 1260
1 L1 1260

www.parlament.gv.at

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

14 Wissenschaft und Forschung

1400 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	3	5	30	13	35	46	55			189
A2			4	19	31	53	10	1	4		122
A3		1				9	10	41	9	9	79
A4								1	3	10	14
A5										5	5
										Summe ...	409

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										23		23	23
B (b)										10		10	10
C (c)										5		5	5
D (d)										27	2	29	29
E (e)										5		5	5
P1 (p1)										2		2	2
Summe...										72	2	74	74

Ernennungsreserve: 3 A/IX, 55 A/VIII, 19 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1400...	409	72	2	74	483

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
5 d 1200
1 A5/G 1200
1 AIIKV 7100

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	6	9	12	13	60	452	87	641
A2		1	8	19	26	44	224	528	88	100	1.038
A3			1		5	51	282	202	73	7	621
A4								42	37	97	176
A5								30	31	39	100
A6										14	14
										Summe ...	2.590

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1420 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										* 357	10	367	367
B (b)										* 1.180	217	1.397	1.397
C (c)										* 1.641	216	1.857	1.857
D (d)										572	62	634	634
E (e)										5		5	5
P1 (p1)										27		27	27
P2 (p2)										85		85	85
P3 (p3)										162		162	162
P4 (p4)										232		232	232
P5 (p5)										18		18	18
(II/K)										27		27	27
Summe...										4.306	505	4.811	4.811

Ernennungsreserve: 34 A/VIII, 18 B/VII, 11 C/V, 15 P1/IV
Von den VB A(a) und den VB A(b) sind je 2 Planstellen, und von den VB A(c) ist 1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.
406 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1		12						180	192
L2								23	23
Summe...		12						203	215

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	* 1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.371
Summe...	8.225

Hievon 9 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1420 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw.(Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		82	82	132	33	165	247
K4 (k4)		12	12	6	3	9	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	152	36	188	299

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1420...	11.141	4.458	541	4.999	16.140

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
7 L1	1270	2 UAss	0400
1 L1	1271	1 UAss	1000
18 A1	3030	1 c	2000/2010

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						4		4	74		82
A2								13			13
A3						1	2	17			20
										Summe ...	115

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1424...	115				115

1430 Kunsthochschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						6	5	6	9	2	28
A2				1	5	12	29	30	3	1	81
A3							14	23	4		41
A4								1	10	17	28
A5								2	5	1	8
A6										3	3
										Summe ...	189

1430 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										42	5	47	47
B (b)										76	16	92	92
C (c)										98	13	111	111
D (d)										72	1	73	73
E (e)										16		16	16
P1 (p1)										7		7	7
P2 (p2)										11		11	11
P3 (p3)										14		14	14
P4 (p4)										72		72	72
Summe...										408	35	443	443

Ernennungsreserve: 5 A/VIII, 5 B/VII, 1 D/IV

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								128	128
Summe...								128	128

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	210
Summe...	623

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1430...	940	408	35	443	1.383
Gesamtsumme 14...	**12.605**	**4.938**	**578**	**5.516**	**18.121**

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
2 L1 1270
1 L1 1271

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

15 Soziales

1500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	3	3	7	24	27	40	87	45	2	1	239
A2		1	1	15	43	43	22	19	2		146
A3		1		1	1	4	7	28	9	2	53
A4									1	4	5
A5									1	3	4
										Summe ...	447

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										23	1	24	24
B (b)										23	4	27	27
C (c)										36	4	40	40
D (d)										35	2	37	37
P2 (p2)										1		1	1
(I/R)										4		4	4
Summe...										122	11	133	133

Ernennungsreserve: 3 A/IX, 6 A/VIII, 12 B/VII, 3 C/V

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 2000/2010
2 a 2000/2010
2 b 2000/2010
4 I/R 2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1500...	447	122	11	133	580

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	2	5	7	10	2	41	147	215
A2		1	2	7	2	58	92	160	5		327
A3					7	2	11	27	29	60	136
A4								2	7	27	36
A5								1		36	37
										Summe ...	751

1570 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										5	13	18	18
B (b)										18	12	30	30
C (c)										19	10	29	29
D (d)										18	8	26	26
P2 (p2)										1		1	1
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)										3	5	8	8
Summe...										67	48	115	115

Ernennungsreserve: 10 A/VIII, 22 B/VII, 7 C/V

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	übrige	Beamte		VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	Beamte						
K2 (k2)	3	3		1	3	4	7
K5 (k5)	1	1					1
Summe...	4	4		1	3	4	8

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1570...	755	68	51	119	874

1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3									1		1
										Summe ...	2

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1572 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										1		1	1
C (c)										1		1	1
D (d)										11		11	11
P5 (p5)										1		1	1
(II/K)										5		5	5
Summe...										19		19	19

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1572...	2	19		19	21

1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1	1			2
A3									1		1
										Summe ...	3

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										4		4	4
D (d)										1		1	1
Summe...										5		5	5

Ernennungsreserve: 1 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1590...	3	5		5	8

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1592 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					20		20	2	90	3	135
A2						73	84	17	1		175
A3				7				18	9	1	35
A4										32	32
A5										8	8
										Summe ...	385

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										13		13	13
B (b)										14		14	14
C (c)										9		9	9
D (d)										37	7	44	44
P3 (p3)										2		2	2
P5 (p5)											9	9	9
Summe...										75	16	91	91

Ernennungsreserve: 9 A/VIII, 11 B/VII, 3 C/V

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1592...	385	75	16	91	476
Gesamtsumme 15...	**1.592**	**289**	**78**	**367**	**1.959**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

17 Gesundheit und Konsumentenschutz

1700 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2	7	8	29	21	34	48	1		151
A2			2	11	13	51	15	1			93
A3			1			5	8	21	5	5	45
A4										2	2
A5										2	2
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	295

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										30	1	31	31
B (b)										12	1	13	13
C (c)										25	1	26	26
D (d)										37		37	37
E (e)										1		1	1
Summe...										105	3	108	108

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 26 A/VIII, 7 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1700...	295	105	3	108	403

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	1792	3 A1	2000/2010
1 a	1796	1 c	2000/2010

1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	24	13	14	62
A2					3	1	33	27			64
A3						6	12	1	1	1	21
A5								1		1	2
										Summe ...	149

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1790 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										16		16	16
B (b)										19	2	21	21
C (c)										20	1	21	21
D (d)										12		12	12
P4 (p4)										12		12	12
Summe...										79	3	82	82

Ernennungsreserve: 4 A/VIII

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				2		2	2
Summe...				2		2	2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		VB A	VB B		
Summe 1790...	149	81	3	84	233

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1796
1 A2 1795

1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				2	7	3	6	13	20	7	58
A2				1	2		23	2	2		30
A3						3	1	6	3		13
A4								3	1		4
A5									1		1
A6										5	5
										Summe ...	111

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1792 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										21	2	23	23
B (b)										11	5	16	16
C (c)										20		20	20
D (d)										35	2	37	37
P1 (p1)										1		1	1
P3 (p3)										19		19	19
P4 (p4)										20	2	22	22
Summe...										127	11	138	138

Ernennungsreserve: 2 B/VII

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		32	32	33		33	65
K5 (k5)				1		1	1
K6 (k6)		3	3	17		17	20
Summe...		35	35	51		51	86

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1792...	146	178	11	189	335

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1796

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 1700

1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K3 (k3)				1		1	1
Summe...				1		1	1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1794...		1		1	1

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5		19	4	34
A2							26	9	5		40
A3							7	3	7	5	22
A4								5		5	10
A5										13	13
A6										3	3
										Summe ...	122

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										1		1	1
C (c)										27	1	28	28
D (d)										20	1	21	21
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										12	1	13	13
Summe...										63	3	66	66

Ernennungsreserve: 2 A/VIII, 1 C/V.

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	Beamte					
K2 (k2)	10	10	7	1	8	18
K5 (k5)	1	1	1		1	2
K6 (k6)	10	10	10		10	20
Summe...	21	21	18	1	19	40

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1795...	143	81	4	85	228

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1796

abzüglich f. PST-Bereich
1 A2 1790

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5	5	10
										Summe ...	10

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										17	4	21	21
Summe...										17	4	21	21

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1796...	10	17	4	21	31
Gesamtsumme 17...	**743**	**463**	**25**	**488**	**1.231**

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 a	1700
1 A1	1790
1 A1	1792
1 A1	1795

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

18 Umwelt

1800 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2	8	10	12	24	57	11			125
A2			1	7	20	27	5	4	1		65
A3						1	6	16	1	6	30
A4									1		1
A5									1		1
A7										1	1
										Summe ...	223

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										13		13	13
B (b)										11		11	11
C (c)										28	3	31	31
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										58	3	61	61

Ernennungsreserve: 2 A/IX, 8 A/VIII, 1 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1800...	223	58	3	61	284

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	2000/2010
1 a	2000/2010
1 d	2000/2010

1870 Umweltbundesamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	15	4	14	26	3	2	68
A2				1	1	4	27	8	5	1	47
A3					3	5	6	8	1	1	24
A4										1	1
A6										1	1
										Summe ...	141

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1870 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										15		15	15
B (b)										24	2	26	26
C (c)										25		25	25
D (d)										8	2	10	10
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										77	4	81	81

Ernennungsreserve: 3 A/VIII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1870...	141	77	4	81	222
Gesamtsumme 18...	**364**	**135**	**7**	**142**	**506**

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

19 Jugend und Familie

1900 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	2	6	8	3	20	2			43
A2			4	3	13	5					25
A3					4	1	5	8	1	5	24
A4										1	1
										Summe ...	93

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										4		4	4
B (b)										6	1	7	7
C (c)										6		6	6
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
Summe...										21	1	22	22

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 5 A/VIII, 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1900...	93	21	1	22	115

1941 Außerschulische Jugenderziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
										Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1941...	1				1
Gesamtsumme 19...	**94**	**21**	**1**	**22**	**116**

Auf Rechnung dieser Planstelle der Verwendungsgruppe A1/GL kann
1 Lehrer ernannt werden.

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	13	39	55	55	78	153	40			438
A2		5	8	57	79	35	31	18			233
A3		1			6	11	14	36	17	10	95
A4								12	1	4	17
A5								1	5	11	17
A6										4	4
A7										10	10
										Summe ...	814

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

2000 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										42		42	42
B (b)										37	1	38	38
C (c)										356	1	357	357
D (d)										208	8	216	216
E (e)										33	1	34	34
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										16		16	16
P4 (p4)										14		14	14
P5 (p5)											6	6	6
Summe...										707	17	724	724

Ernennungsreserve: 148 A/VIII, 68 B/VII, 10 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 2000...	814	707	17	724	1.538

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 a	1000	1 A7	2030	3 A1	2030
1 A1	1100	5 a	2030	2 A2	2030
1 a	1100	1 b	2030	1 c	2030
1 I/R	1100	1 A4	4000	3 d	2030
1 A1	1200	3 MB01	4010	1 e	2030
1 c	1420	12 MB02	4010		
1 A1	1500	1 A1	4010		
2 a	1500	2 MBU01	4010		
2 b	1500	1 A4	4010		
4 I/R	1500	4 A1	5000		
3 A1	1700	1 c	5000		
1 c	1700	2 A1	6000		
1 A1	1800	1 b	6000		
1 a	1800	1 A4	6000		
1 I/R	1800	2 a	6500		
1 A3	2030	1 d	6500		
1 A4	2030				

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	6	5	1	6				19
A2					7	4					11
A3									1		1
A4								1			1
										Summe ...	32

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

2030 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										6		6	6
B (b)										3		3	3
C (c)										14		14	14
D (d)										8	1	9	9
E (e)										2		2	2
Summe...										33	1	34	34

Ernennungsreserve: 4 A/VIII, 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 2030...	32	33	1	34	66
Gesamtsumme 20...	**846**	**740**	**18**	**758**	**1.604**

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
3 A1	2000/2010
2 A2	2000/2010
1 c	2000/2010
3 d	2000/2010
1 e	2000/2010

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A3	2000/2010
1 A4	2000/2010
1 A7	2000/2010
5 a	2000/2010
1 b	2000/2010

266 **STELLENPLAN 1997**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5		14	22	24	14	1			* 81
A2			8	10	9	9	8	2			46
A3		1	2	1	3	5	17	3	9	2	43
A5									1	2	3
A6										3	3
										Summe ...	176

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen der Dienstklasse VIII mit Generalanwälten (für Sektions- und Abteilungsleiter) und die Planstellen der übrigen Beamten mit Staatsanwälten der Gehaltsgruppe I besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										3		3	3
D (d)										48		48	48
E (e)										3		3	3
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										1		1	1
P4 (p4)										2		2	2
Summe...										59		59	59

Ernennungsreserve: 15 A/VIII, 12 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 3000...	176	59		59	235

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
19 Übr Richter 3020
3 Staatsanw 3020
2 E1 3030
5 E2a 3030

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				3	1	1		2			7
A3									2	2	4
A4										8	8
A5								1		1	2
A7										2	2
										Summe ...	23

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										9		9	9
D (d)										7		7	7
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										1		1	1
Summe...										18		18	18

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	41
Summe...	57

3010 (Fortsetzung)

Staatsanwälte / Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 3010...	94	18		18	112

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
6 Übr Richter 3020

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								2			2
A2		2	27	54	74	809	118	26	3		1.113
A3			71	60	144	48	232	670	459	58	1.742
A4								26	49	423	498
A5								5	36	32	73
A6										26	26
A7										12	12
										Summe ...	3.466

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige					
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										3		3	3
B (b)										155		155	155
C (c)										687	14	701	701
D (d)										853	109	962	962
E (e)										* 22		22	22
P3 (p3)										10		10	10
P4 (p4)										28	4	32	32
P5 (p5)										56	113	169	169
Summe...										1.814	240	2.054	2.054

Ernennungsreserve: 76 B/VII, 113 C/V, 5 D/IV
Von den VB A(e) sind 7 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	33
Übrige Richter	1.459
Richteramtsanwärter	150
Summe	1.832

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Staatsanwalt	139
Summe	198

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 3020	5.496	1.814	240	2.054	7.550

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich	
3 A2	5040	19 Übr Richter	3000
		3 Staatsanw	3000
		6 Übr Richter	3010
		2 A1	5070
		1 A2	5070
		19 b	5070
		2 c	5070

270 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	3	7	15	24	27	78
A2					1	12	17	28			58
A3							1	3	6	6	16
A4										10	10
A5									1		1
										Summe ...	163

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										55	11	66	66
B (b)										48	2	50	50
C (c)										38		38	38
D (d)										64	1	65	65
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										5		5	5
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										216	14	230	230

Ernennungsreserve: 7 A/VIII, 5 B/VII

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L2	2							15	17
L3								1	1
Summe...	2							16	18

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	4	4	2	6	13	16	32			79
E2a					8	10	50	35	58	392	1.119	319	1.991
E2b												1.182	1.182
												Summe ...	3.252

Ernennungsreserve: 13 W1/VII, 16 W2/V(3), 251 W2(2)

3030 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
K2 (k2)		3	3	5		5	8
K3 (k3)		12	12				12
K4 (k4)		28	28	42		42	70
K6 (k6)		5	5				5
Summe...		48	48	47		47	95

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 3030...	3.481	263	14	277	3.758

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
18 A1	1420
2 E1	3000
5 E2a	3000

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		6		5	1	13
A2					3	5	30	114			152
A3								1	1		2
										Summe ...	167

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
D (d)										2		2	2
Summe...										2		2	2

Ernennungsreserve: 3 A/VIII, 6 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 3050...	167	2		2	169
Gesamtsumme 30...	**9.414**	**2.156**	**254**	**2.410**	**11.824**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		2	3	6	15	39	27	36	6		* 134
A2		1	11	32	58	159	15	30	1		307
A3		1		1	12	33	66	156	9	4	282
A4								7	87	1	95
A5									1	2	3
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	823

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufsoffizier der Verwendungsgruppe MBO1 besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										2		2	2
C (c)										24		24	24
D (d)										187	10	197	197
P5 (p5)										1	5	6	6
Summe...										216	15	231	231

Ernennungsreserve: 25 A/VIII, 79 B/VII, 6 C/V

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 4000...	823	216	15	231	1.054

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	7	2	11	59	11	94
A2			8	50	40	208	97	232	212	58	905
A3			1	27	79	98	430	592	689	10	1.926
A4								463	968	1.004	2.435
A5								3	85	27	115
A6										101	101
A7										1	1
										Summe ...	5.577

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										36	15	51	51
B (b)										72	2	74	74
C (c)										* 114		114	114
D (d)										* 110	36	146	146
E (e)										* 3		3	3
P1 (p1)										* 81		81	81
P2 (p2)										* 206		206	206
P3 (p3)										* 254		254	254
P4 (p4)										* 27		27	27
P5 (p5)										* 3	32	35	35
(I/R)											40	40	40
(II/R)											* 4	4	4
Summe...										906	129	1.035	1.035

Ernennungsreserve: 4 A/VIII, 149 B/VII, 361 C/V, 8 D/IV, 82 P1/IV, 3 P2/IV
Von den VB A, mit Ausnahme der Entlohnungsgruppen a und b, können 580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. Wehrgesetz §11 besetzt werden.
Die 4 VB B II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L2								21	21
Summe...								21	21

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MBO1	1	3	17	34	57	71	89	83			114	17	* 486
MBO2	11	41	67	154	418	88	325	530	261	410		76	* 2.381
MBUO1			7	64	130	753	2.336	1.448			3.681	421	* 8.840
MBUO2								550			1.672	13	* 2.235
												Summe ...	13.942
MZO1								2			10	35	47
MZO2								20	30	90		160	300
MZUO1								34			161	249	444
MZUO2								207			779	3.340	4.326
MZCh												2.243	2.243
												Summe ...	7.360

Ernennungsreserve: 123 H1/VIII, 6 H2/VIII, 232 H2/VII
Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MBO1 können
154 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen und
7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden werden.
Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MBO1 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.
Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MBO2 können
176 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.
Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MBO2 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBUO1 können 121 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.
Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBUO1 und MBUO2 können auch mit Beamten der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

Teil II.A Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
		übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		17	17	1		1	18
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		57	57	14		14	71

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 4010...	26.957	920	129	1.049	28.006

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 d	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
		1 A4	2000/2010

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	1	2		8	1	13
A2				2		8		5	1		16
A3							14	5	2	5	26
A4								4		1	5
A5									1	5	6
A6										2	2
A7										3	3
										Summe ...	71

4040 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)											1	1	1
C (c)											1	1	1
D (d)										7		7	7
E (e)										10		10	10
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										2		2	2
Summe...										25	2	27	27

Ernennungsreserve: 2 A/VIII, 2 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 4040...	71	25	2	27	98

4050 Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1			1
A3							1			1	2
										Summe ...	3

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
(I/K)										* 21		21	21
(II/K)										* 43	* 13	56	56
Summe...										64	13	77	77

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 4050...	3	64	13	77	80
Gesamtsumme 40...	**27.854**	**1.225**	**159**	**1.384**	**29.238**

Die 21 VB AI/K, die 43 VB AII/K und die 13 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	1	6	56	14	68	79	77		6	312
A2		2	19	16	91	29	20	23	3	2	205
A3		1			17	12	25	49	2	36	142
A4								2	8	7	17
A5									2	11	13
A6										13	13
A7										3	3
										Summe ...	705

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										84		84	84
B (b)										4		4	4
C (c)										88	1	89	89
D (d)										59		59	59
E (e)										21		21	21
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										7		7	7
P4 (p4)										12		12	12
P5 (p5)										31	4	35	35
Summe...										309	5	314	314

Ernennungsreserve: 82 A/VIII, 53 B/VII, 14 C/V, 1 D/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5000...	705	309	5	314	1.019

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
2 E1	5040	4 A1	2000/2010
2 E2a	5040	1 c	2000/2010

278 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	12	49	80	284	238	367	23	1.059
A2			71	540	367	828	1.626	1.999	47		5.478
A3			6	22	1.767	975	112	1.567	25	25	4.499
A4								15	10	76	101
A5									8	35	43
A6										16	16
A7										4	4
										Summe ...	11.200

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										17	1	18	18
B (b)										56	4	60	60
C (c)										1.012	32	1.044	1.044
D (d)										582	21	603	603
E (e)										50		50	50
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										6		6	6
P4 (p4)										59	1	60	60
P5 (p5)										90	127	217	217
(II/R)											23	23	23
Summe...										1.879	209	2.088	2.088

Ernennungsreserve: 35 A/VIII, 108 B/VII, 520 C/V, 10 D/IV, 1 P1/IV, 1 P2/IV

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

5040 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			1	1	1	6	2	6	3		1		21
E2a					16	97	97	134	381	280	733	475	2.213
E2b												830	830
												Summe ...	3.064

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 5040...	14.264	1.879	209	2.088	16.352

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	0400
3 A2	3020
2 E1	5000
2 E2a	5000
33 E2a/2	1140
67 E2b	1140

5070 Bundesrechenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		2		2	4		9
A2		2		4	17	7	22	42	19		113
A3			1	1		2	1	9	29	2	45
A4								2	2	7	11
A5									1	6	7
A6										3	3
A7										2	2
										Summe ...	190

Teil II.A , Planstellenverzeichnis

5070 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										151		151	151
B (b)										108		108	108
C (c)										61		61	61
D (d)										54		54	54
E (e)										3		3	3
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										21		21	21
Summe...										409		409	409

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 5070...	190	409		409	599

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich
2 A1	3020	7 b	6300
1 A2	3020	2 PT4	6500
19 b	3020		
2 c	3020		

5071 Finanzprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		14		30		2			47
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	8	2	1		14
A4									3		3
A5									1	1	2
A6										2	2
										Summe ...	73

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5071 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										3		3	3
C (c)										12		12	12
D (d)										17		17	17
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)										4	1	5	5
Summe...										41	1	42	42

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 5071...	73	41	1	42	115

5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1	6	1	9
A2					1		2	6			9
A3					2	2		6	5		15
A4									8		8
										Summe ...	41

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
C (c)										4		4	4
D (d)										6		6	6
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										1	1	2	2
Summe...										14	1	15	15

Ernennungsreserve: 3 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 5072...	41	14	1	15	56
Gesamtsumme 50...	**15.273**	**2.652**	**216**	**2.868**	**18.141**

282 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	3	8	11	34	31	85	85	7	2	270
A2		1	4	11	61	57	29	20	2		185
A3		1			5	15	17	17	7	6	68
A4								6	22	21	49
A5										10	10
										Summe ...	582

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										12		12	12
B (b)										18		18	18
C (c)										59	6	65	65
D (d)										55	8	63	63
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										148	14	162	162

Ernennungsreserve: 24 A/VIII, 19 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6000...	582	148	14	162	744

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
2 A1	6080
1 A1	6095

abzüglich f.	PST-Bereich
2 A1	2000/2010
1 A4	2000/2010
1 b	2000/2010

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	3	8	1	4	18
A2							9	7	10	1	27
A3						3	1	17	7	3	31
A4								1	5	46	52
A5									1	6	7
A6										6	6
A7										4	4
										Summe ...	145

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										10		10	10
C (c)										18		18	18
D (d)										7		7	7
P1 (p1)										7		7	7
P2 (p2)										21		21	21
P3 (p3)										29		29	29
P4 (p4)										74		74	74
P5 (p5)										36		36	36
(II/K)										* 40	* 24	64	64
Summe...										243	24	267	267

Ernennungsreserve: 4 B/VII
Von den 40 VB AII/K werden 21 und die 24 VB BII/K nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	1							4	5
L1	11					2		141	154
L2								86	86
L3								1	1
Summe...	12					2		232	246

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6050...	391	243	24	267	658

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	8	4	11	41	61	4	133
A2					4	4	47	74	16	2	147
A3						12	1	73	25	14	125
A4								5	19	49	73
A5									9	5	14
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	495

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										13		13	13
B (b)										28		28	28
C (c)										135		135	135
D (d)										37	7	44	44
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										25	1	26	26
P3 (p3)										22		22	22
P4 (p4)										17		17	17
P5 (p5)										2		2	2
(II/K)										* 11	* 48	59	59
Summe...										292	56	348	348

Ernennungsreserve: 9 A/VIII, 5 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6051...	495	292	56	348	843

Von den 11 sind 6 VB AII/K und die 48 VB BII/K nicht zentral besoldet.

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								5			5
A3							1	2	1		4
A4										8	8
A7										3	3
										Summe ...	20

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6052 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										5		5	5
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										7		7	7
P4 (p4)										17		17	17
P5 (p5)										1		1	1
(II/K)											* 2	2	2
Summe...										32	2	34	34

Die 2 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
L1	3							35	38
L2								12	12
Summe...	3							47	50

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6052...	70	32	2	34	104

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	2	5	31	35		76
A2							5	30	8	3	46
A3						1	2	3	7	6	19
A4								4	3	12	19
A5									2	1	3
										Summe ...	163

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6053 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										6		6	6
B (b)										21		21	21
C (c)										24		24	24
D (d)										12	2	14	14
P3 (p3)										13		13	13
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)										3		3	3
(II/K)										* 8	* 15	23	23
Summe...										90	17	107	107

Ernennungsreserve: 6 A/VIII, 3 B/VII, 1 P2/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6053...	163	90	17	107	270

Die 8 VB AII/K und die 15 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	2	2	8		14
A2								2	1		3
A3							1		1		2
A4									1		1
A5										1	1
A7										2	2
										Summe ...	23

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6054 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										3		3	3
B (b)										1		1	1
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										11		11	11

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6054...	23	11		11	34

6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						2		5	5	3	15
A2						1	4	3	3		11
A3						2	1	2	7		12
A4								4		1	5
A5									1		1
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	47

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										10		10	10
C (c)										22		22	22
D (d)										5		5	5
P1 (p1)										4		4	4
P2 (p2)										6		6	6
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										4		4	4
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										54		54	54

Ernennungsreserve: 2 A/VIII

6055 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								2	2
L2								1	1
Summe...								3	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 6055...	50	54		54	104

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1	2	3	7
A3									1		1
										Summe ...	8

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										1		1	1
D (d)										2		2	2
Summe...										5		5	5

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 6056...	8	5		5	13

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		3	1	3	7	10	5	30
A2							8	6	8		22
A3						3	1	4	14	1	23
A4									5		5
A5										2	2
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	85

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										5		5	5
C (c)										11	2	13	13
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										1	1	2	2
(II/K)											* 1	1	1
Summe...										25	4	29	29

Ernennungsreserve: 2 A/VIII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6058...	85	25	4	29	114

Der 1 VB BII/K wird nicht zentral besoldet.

6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		1	2	5		9
A2			1		1	1	6	2	4		15
A3						1	1	7	1		10
A4								6	3	3	12
A7										2	2
										Summe ...	48

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6059 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										1		1	1
C (c)										5	1	6	6
D (d)										5		5	5
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										1		1	1
Summe...										16	1	17	17

Ernennungsreserve: 2 B/VII, 1 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		VB A	VB B		
Summe 6059...	48	16	1	17	65

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3								4	1	1	6
A4									1	3	4
A5									1	1	2
A6										1	1
										Summe ...	14

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
C (c)										2		2	2
D (d)										1		1	1
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										6		6	6
(II/K)											* 1	1	1
Summe...										15	1	16	16

Der 1 VB BII/K wird nicht zentral besoldet.

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6072 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	2							2	4
L2								18	18
Summe...	2							20	22

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 6072...	36	15	1	16	52

6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				7		7	8	20	48		90
A2							9	42	7		58
A3						5	6	17	17	1	46
A4										6	6
A5										2	2
										Summe ...	202

6080 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										10		10	10
B (b)										35		35	35
C (c)										64	2	66	66
D (d)										8		8	8
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										4	2	6	6
(II/K)											* 1.411	1.411	1.411
Summe...										125	1.415	1.540	1.540

Ernennungsreserve: 7 A/VIII, 3 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6080...	202	125	1.415	1.540	1.742

Die 1411 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich	f. PST-Bereich
2 A1	6000

6091 Bundeskellereiinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1		1	22		1			25
A3								1	2		3
										Summe ...	28

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
C (c)											2	2	2
Summe...										2	2	4	4

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6091...	28	2	2	4	32

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1					1
A2				2	1		2	3	1	2	11
A3						9	10	5	40		64
A4									18	9	27
A5										7	7
A6										7	7
										Summe ...	117

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										4		4	4
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										9		9	9
P2 (p2)										31		31	31
P3 (p3)										36		36	36
P4 (p4)										57		57	57
P5 (p5)										8		8	8
(II/K)											* 11	11	11
Summe...										149	11	160	160

Ernennungsreserve: 1 B/VII, 6 C/V, 11 P1/IV, 1 P2/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6093...	117	149	11	160	277

Die 11 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1			1		2
A2								3	15	1	19
A3					2		2		4	4	12
A4									9	13	22
										Summe ...	55

6094 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
C (c)										4	1	5	5
P1 (p1)										1		1	1
P3 (p3)										21		21	21
P4 (p4)										17		17	17
P5 (p5)											1	1	1
(II/K)										* 21	* 7	28	28
Summe...										66	9	75	75

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6094...	55	66	9	75	130

Von den 21 VB AII/K werden 15 und die 7 VB BII/K nicht zentral besoldet.

6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							3		3	1	7
A2							1	9	3		13
A3							5	1	1		7
A4										5	5
										Summe ...	32

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6095 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										1		1	1
C (c)										8		8	8
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										1		1	1
(II/K)										* 116	* 29	145	145
Summe...										129	29	158	158

Ernennungsreserve: 1 D/IV

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6095...	32	129	29	158	190

Die 116 VB AII/K und die 29 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	6000

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								5			5
A3								1			1
A4								1			1
										Summe ...	7

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										3		3	3
(II/K)										* 15	* 7	22	22
Summe...										18	7	25	25

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6096...	7	18	7	25	32

Die 15 VB AII/K und die 7 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

296 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6099 Bauhöfe

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(II/K)										* 126		126	126
Summe...										126		126	126

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6099...		126		126	126
Gesamtsumme 60...	**2.392**	**1.546**	**1.592**	**3.138**	**5.530**

Die 126 VB AII/K werden nicht zentral besoldet.

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	6	9	28	58	52	81	150	9	1	399
A2		1	2	10	28	90	24	22	7	2	186
A3		1		1	6	26	21	34	14	14	117
A4								6	10	22	38
A5									3	20	23
A6										4	4
A7										11	11
										Summe ...	778

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										67		67	67
B (b)										38		* 38	38
C (c)										83	1	84	84
D (d)										133	4	137	137
E (e)										10		10	10
Summe...										331	5	336	336

Ernennungsreserve: 2 A/IX, 92 A/VIII, 30 B/VII, 3 C/V, 1 D/IV, 2 P1/IV, 2 P2/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6300...	778	331	5	336	1.114

Von den VB AI/b sind 6 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
1 A1	1000
7 b	5070

6320 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	2	8	19	22	59	25			136
A2					1	3	8	7	2		21
A3					1	6	9	17	6	18	57
A4									5		5
A5									9	1	10
A7										3	3
										Summe ...	232

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										2	1	3	3
C (c)										1		1	1
D (d)										8	4	12	12
P2 (p2)										3		3	3
P3 (p3)										1		1	1
P5 (p5)										4		4	4
Summe...										21	5	26	26

Ernennungsreserve: 52 A/VIII, 3 B/VII, 2 C/V

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6320...	232	21	5	26	258

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				6		6		7	6		25
A2								1			1
A3						6		5			11
A4									5	4	9
A5										1	1
										Summe ...	47

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6330 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										1		1	1
C (c)										1		1	1
D (d)										7		7	7
P5 (p5)											2	2	2
Summe...										9	2	11	11

Ernennungsreserve: 3 A/VIII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6330...	47	9	2	11	58
Gesamtsumme 63...	**1.057**	**361**	**12**	**373**	**1.430**

300 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1			1				2
A3			1			2	3	1	7		14
A4								15			15
A6										1	1
										Summe ...	32

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										1		1	1
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										6		6	6
P3 (p3)										1		1	1
Summe...										14		14	14

Ernennungsreserve: 1 P1/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6401...	32	14		14	46

6403 Beschußämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
										Summe ...	10

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6403 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										1		1	1
D (d)											1	1	1
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										2	2	4	4

Ernennungsreserve: 1 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6403...	10	2	2	4	14

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	1	1	2	3	9
A2				2	2	4	8	9			25
A3						1	8	3	3	2	17
A4								1		4	5
A5									1	6	7
										Summe ...	63

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										7		7	7
C (c)										9		9	9
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										23		23	23

Ernennungsreserve: 3 B/VII, 2 C/V, 1 P1/IV, 1 P2/IV

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6440...	63	23		23	86

302 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	5	1	4	8	6		25
A2			2	12	12	18	29	55	3		131
A3			1	10	123	10	40	36	5	39	264
A4								14	91	186	291
A5								1	5	60	66
A6										67	67
A7										4	4
										Summe ...	848

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										27		27	27
C (c)										52		52	52
D (d)										86		86	86
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										46		46	46
P3 (p3)										59		59	59
P4 (p4)										42		42	42
P5 (p5)										24		24	24
Summe...										338		338	338

Ernennungsreserve: 6 A/VIII, 5 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6450...	848	338		338	1.186

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	7	15	2	10		40
A2			2	11	20	45	34	131	7		250
A3				32	146	8	66	10	14	27	303
A4								27	32	204	263
A5										30	30
A6										66	66
A7										20	20
										Summe ...	972

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										3		3	3
B (b)										39	2	41	41
C (c)										83		83	83
D (d)										144	3	147	147
E (e)										27		27	27
P1 (p1)										5		5	5
P2 (p2)										18		18	18
P3 (p3)										47		47	47
P4 (p4)										68		68	68
Summe...										434	5	439	439

Ernennungsreserve: 2 A/VIII, 17 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6453...	972	434	5	439	1.411

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
(II/R)											* 185	185	185
Summe...											185	185	185

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6460...			185	185	185

Die 185 VB BII/R werden nicht zentral besoldet.

649. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Amtsleitung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		2	1			3	4		11
A2				2	3	5	4	12	1		27
A3				1		2	8	3	4	2	20
A4										8	8
A5										1	1
										Summe ...	67

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										5		5	5
B (b)										22		22	22
C (c)										34		34	34
D (d)										18		18	18
E (e)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										7		7	7
Summe...										88		88	88

Ernennungsreserve: 2 C/V, 2 P1/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 649....	67	88		88	155

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6490 Einrichtungen des Eichwesens

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				2	5				16		23
A2				3	9	2	12	97	4		127
A3				1		3	2	20	6	22	54
A4										1	1
A5										5	5
										Summe ...	210

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										2	1	3	3
C (c)										23	3	26	26
D (d)										6	1	7	7
E (e)										1		1	1
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										4		4	4
P5 (p5)										1	2	3	3
Summe...										39	7	46	46

Ernennungsreserve: 7 B/VII, 2 C/V

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6490...	210	39	7	46	256

6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	5	10	4	7	32	64	6	129
A2			2	2	21	22	61	354	7		469
A3			5	16	5	8	176	136	4	3	353
A4										1	1
A5										16	16
A6										3	3
										Summe ...	971

306 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6491 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										57	1	58	58
C (c)										223		223	223
D (d)										12	1	13	13
P3 (p3)										10		10	10
P4 (p4)										13		13	13
P5 (p5)										19	32	51	51
Summe...										334	34	368	368

Ernennungsreserve: 8 A/VIII, 24 B/VII, 59 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6491...	971	334	34	368	1.339
Gesamtsumme 64...	**3.173**	**1.272**	**233**	**1.505**	**4.678**
Gesamtsumme 63+64...	**4.230**	**1.633**	**245**	**1.878**	**6.108**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	3	4	6	23	19	53	43			153
A2			2	8	26	28	12	3			79
A3			1	1			17	28	2	5	54
A4									4	2	6
A5										4	4
A6										2	2
A7										3	3
										Summe ...	301

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										20	1	21	21
B (b)										10	1	11	11
C (c)										28	1	29	29
D (d)										11	3	14	14
E (e)										5		5	5
P3 (p3)										1		1	1
Summe...										75	6	81	81

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 17 A/VIII, 4 B/VII

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 PT7	0300
2 a	2000/2010
1 d	2000/2010
2 PT4	5070

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	3		2	6		1					12
PT2		8	20	1	12	5	17				63
PT3		13		65							78
PT4										24	24
PT5								20		8	28
PT6										12	12
PT7										1	1
PT8										2	2
Summe	3	21	22	72	12	6	17	20		47	220

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6500	521	75	6	81	602

6501 Schiffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3				17		12	12	38	1		80
A4									13		13
										Summe	93

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige					
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										8		8	8
Summe										8		8	8

Ernennungsreserve: 7 C/V

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 6501	93	8		8	101

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			2	1		4
A2				1	4		4	1			10
A3					4		4	7			15
A4									2		2
A5										1	1
										Summe ...	32

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										5		5	5
C (c)										3		3	3
D (d)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
Summe...										11		11	11

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6550...	32	11		11	43
Gesamtsumme 65...	**646**	**94**	**6**	**100**	**746**

310 **STELLENPLAN 1997**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

71 Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1		1	2	2	1	3				10
A2				3	2	11	5	3	7		31
A3					2		10	1	1		14
										Summe ...	55

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										17		17	17
C (c)										44		44	44
(II/K)										1.457	* 86	1.543	1.543
(I/R)										* 832	* 149	981	981
Summe...										2.352	235	2.587	2.587

Ernennungsreserve: 2 B/VII

Gesamtsumme 71...	**55**	**2.352**	**235**	**2.587**	**2.642**

Die 832 VB AI/R und 148 VB BI/R sind für Bedienstete mit Bühnendienstvertrag vorgesehen.
Von den 86 VB BII/K werden 54 nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
1 AIIKV	1400

www.parlament.gv.at

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

75 Alkohol (Monopol)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1			2			3
A3								3			3
										Summe ...	7

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										4		4	4
C (c)										6		6	6
D (d)										1		1	1
Summe...										11		11	11

Gesamtsumme 75...	**7**	**11**		**11**	**18**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

77 Österreichische Bundesforste

7720 Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
E (e)										3		3	3
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										1		1	1
(II/K)											* 10	10	10
(I/R)										171		171	171
Summe...										181	10	191	191

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 7720...		181	10	191	191

Die 10 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

7720 Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe, Sägewerke

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
E (e)										1		1	1
(II/K)											* 1.202	1.202	1.202
(I/R)										686		686	686
Summe...										687	1.202	1.889	1.889

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 7720...		687	1.202	1.889	1.889
Gesamtsumme 77...		**868**	**1.212**	**2.080**	**2.080**

Die 1202 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Teil II.B

Planstellen der Ernennungsreserve

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Beamte	16	1.200	1.900	1.700	500	500	400

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	4	50		162			
Kriminaldienst	1	48		187			
Gendarmeriedienst	8	43	63	295	461		
Justizwachdienst		16	14	15	15	251	
Zollwachdienst				140	248	802	
Summe...	13	157	77	799	724	1.053	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	* 1	138	65	18	390	250	

Auf Rechnung der Planstelle H1/IX kann ein Beamter der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
PT 1	3	5		5		5	5		
PT 2		53	35	27	56	80	30		
PT 3		84	50	125		76			
PT 4		45							
PT 5		37						525	
PT 7								308	85
PT 8								515	543
Summe...	3	224	85	157	56	161	35	1.348	628

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern-kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
	Hoheitsverwaltung				
10	Bundeskanzleramt				
1000	Zentralleitung	5	-	-	5
1010	Staatsarchiv und Archivamt	1	-	-	1
1020	Statistisches Zentralamt	3	6	-	9
	Summe 10 ...	9	6	-	15
11	Inneres				
1130	Bundespolizei	18	-	-	18
	Summe 11 ...	18	-	-	18
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten				
1200	Zentralleitung	6	-	-	6
1244	Museen	5	-	-	5
1246	Nationalbibliothek und Phonothek	7	-	-	7
1247	Bundesdenkmalamt	2	-	-	2
	Summe 12 ...	20	-	-	20
14	Wissenschaft und Forschung				
1420	Universitäten	160	-	169	329
1424	Wissenschaftliche Anstalten	1	-	-	1
1430	Kunsthochschulen	30	-	-	30
	Summe 14 ...	191	-	169	360
17	Gesundheit und Konsumentenschutz				
1700	Zentralleitung	1	-	-	1
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	-	-	2	2
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	1	-	-	1
	Summe 17 ...	2	-	2	4
18	Umwelt				
1800	Zentralleitung	2	-	-	2
	Summe 18 ...	2	-	-	2

Teil IV **Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete**

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern-kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
30	Justiz				
3020	Justizbehörden in den Ländern	119	-	-	119
	Summe 30 ...	119	-	-	119
40	Militärische Angelegenheiten				
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	-	-	109	109
	Summe 40 ...	-	-	109	109
50	Finanzverwaltung				
5070	Bundesrechenamt	1	4	-	5
	Summe 50 ...	1	4	-	5
60	Land- und Forstwirtschaft				
6000	Zentralleitung	2	-	-	2
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	* 3	-	* 15	18
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	-	2	* 11	13
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	-	-	* 23	23
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	-	-	* 3	3
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	6	-	* 6	12
6093	Bundesgärten	-	-	* 57	57
	Summe 60 ...	11	2	115	128
64	Bauten und Technik				
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)	10	-	-	10
6491	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	18	-	7	25
	Summe 64 ...	28	-	7	35
	Summe Hoheitsverwaltung...	401	12	402	815

* Von den jugendlichen VB werden 3 und von den Lehrlingen 110 nicht zentral besoldet.

Teil IV **Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete**

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern-kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
7	**Bundesbetriebe**				
71	Bundestheater	-	-	29	29
77	Österreichische Bundesforste	-	-	* 18	18
	Summe Bundesbetriebe	-	-	47	47
	Gesamtsumme	**401**	**12**	**449**	**862**

* Die 18 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Teil IV **Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete**
(Gesamtüberblick)

Kapitel	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern-kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
	Hoheitsverwaltung				
10	Bundeskanzleramt	9	6	-	15
11	Inneres	18	-	-	18
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	20	-	-	20
14	Wissenschaft und Forschung	191	-	169	360
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	2	-	2	4
18	Umwelt	2	-	-	2
30	Justiz	119	-	-	119
40	Militärische Angelegenheiten	-	-	109	109
50	Finanzverwaltung	1	4	-	5
60	Land- und Forstwirtschaft	11	2	115	128
64	Bauten und Technik	28	-	7	35
	Summe Hoheitsverwaltung	401	12	402	815
	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater	-	-	29	29
77	Österreichische Bundesforste	-	-	18	18
	Summe Bundesbetriebe	-	-	47	47
	Gesamtsumme	**401**	**12**	**449**	**862**

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						* 1
A2					1						1
A3										1	1
										Summe ...	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1000...	3				3

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz

1030 Amt der Wiener Zeitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1			5		7
										Summe ...	7

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										15		15	15
Summe...										15		15	15

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1030...	7	15		15	22

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2				4		6	4	6	9		29
A3							1	2			3
										Summe ...	33

Ernennungsreserve: 4 B/VII

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1031...	33				33

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
										Summe ...	1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1075...	1				1

Gesamtsumme 10...	**44**	**15**		**15**	**59**

Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2b												6	6
												Summe ...	6

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1130...	6				6

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a												22	22
E2b												177	177
												Summe ...	199

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1131...	199				199

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
D (d)										25		25	25
Summe...										25		25	25

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42		77
E2b												213	213
												Summe ...	290

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1141...	290	25		25	315
Gesamtsumme 11...	**495**	**25**		**25**	**520**

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1			2
A3										1	1
										Summe ...	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Gesamtsumme 12...	**3**				**3**

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

14 Wissenschaft und Forschung

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	2	3	14	42	4	71
A2					1	2	10	23			36
A3							2	17	4		23
A4								1		1	2
A5									1		1
										Summe ...	133

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1424...	133				133

1426 Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	2	2	3	9	26	5	49
A2					2	11	3	22	4		42
A3			1			9	11	4	6	1	32
A4										6	6
A6										1	1
										Summe ...	130

Ernennungsreserve: 7 A/VIII, 4 B/VII, 9 C/V, 2 P1/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 1426...	130				130
Gesamtsumme 14...	**263**				**263**

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

15 Soziales

1550 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	9	12	57	34	11	46	176	349
A2			3	17	36	118	297	1.261			1.732
A3					9			49	41	8	107
A4								5	1	23	29
A5								2	6	25	33
A6										2	2
										Summe ...	2.252

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										2		2	2
Summe...										4		4	4

Ernennungsreserve: 18 A/VIII, 14 B/VII, 8 C/V

Gesamtsumme 15...	**2.252**	**4**		**4**	**2.256**

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

50 Finanzverwaltung

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2		9	3	10	6	18	3		52
A2		5	12	5	20	11	18	72	38	8	189
A3			30	38	54	15	11	200	127		475
A4										10	10
A5									1	30	31
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	759

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										67		67	67
B (b)										179		179	179
C (c)										326	20	346	346
D (d)										162	90	252	252
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										8		8	8
P5 (p5)										2		2	2
Summe...										749	110	859	859

Ernennungsreserve: 49 C/V, 3 P1/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5080...	759	749	110	859	1.618

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1				1			2
										Summe ...	2

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5081...	2				2

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2						2
A2				2		2					4
A3					2	6	4	7	1		20
A4										5	5
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	38

Ernennungsreserve: 1 A/VIII, 2 C/V, 6 P1/IV

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 5082...	38				38
Gesamtsumme 50...	**799**	**749**	**110**	**859**	**1.658**

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
										Summe ...	11

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										2		2	2
C (c)										3		3	3
D (d)										3		3	3
Summe...										9		9	9
Gesamtsumme 63...									**11**	**9**		**9**	**20**

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1	1		2
A2						1					1
A3					2	2	2	1	2		9
A4								2	6	2	10
A5										2	2
A7										1	1
										Summe ...	25

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 6402...	25				25

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1		1		2
A3							1	7			8
A4									1	4	5
										Summe ...	15

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										3		3	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Summe 6440...	15	3		3	18

www.parlament.gv.at

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

6441 Amt der Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				1		2
A2							2	2		1	5
A3		1	15		1	3	7	20	11	3	61
A4								19	9	46	74
A5										38	38
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	185

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6441...	185				185

6490 Einrichtungen des Eichwesens

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								1			1
A3								1			1
										Summe ...	2

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1		1	1
B (b)										4		4	4
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
Summe...										10		10	10

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6490...	2	10		10	12
Gesamtsumme 64...	**227**	**13**		**13**	**240**
Gesamtsumme 63+64...	**238**	**22**		**22**	**260**

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1	1					2
A3						1					1
										Summe ...	4

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6500...	4				4

6590 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	1								1				1
Summe...	1								1				1

Ernennungsreserve: 20 A/VIII, 2 B/VII

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	* 63	55	70	128		106	5			4	431
PT2	13	270	240	158	349	453	197			2	1.682
PT3		996	481	2.611		757					4.845
PT4		564								3.801	4.365
PT5		380						3.521	96	3.973	7.970
PT6										6.024	6.024
PT7								548	2.086	3.313	5.947
PT8								731	3.308	8.015	12.054
PT9										367	367
Summe...	76	2.265	791	2.897	349	1.316	202	4.800	5.490	25.499	43.685

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6590...	43.686				43.686
Gesamtsumme 65...	**43.690**				**43.690**

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 8 für Fixbezüge gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1001 Verwaltungsakademie

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
Summe...										2		2	2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1001...		2		2	2

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
D (d)										3		3	3
Summe...										3		3	3

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Summe 1010...		3		3	3
Gesamtsumme 10...		**5**		**5**	**5**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										5		5	5
B (b)										3		3	3
D (d)										2		2	2
Summe...										10		10	10
Gesamtsumme 11...										**10**		**10**	**10**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1244 Museen

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
E (e)											* 40	40	40
Summe...											40	40	40
Gesamtsumme 12...											**40**	**40**	**40**

Für die Zeit vom : 1.4. - 30.9. 20
1.10. - 31.3. 20

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

14 Wissenschaft und Forschung

1420 Universitäten

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										* 140		140	140
Summe...										140		140	140

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 777
Summe...	777

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				* 190		190	190
Summe...				190		190	190

Gesamtsumme 14...	**777**	**330**		**330**	**1.107**

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen dem Bundeskanzler, dem BM für Finanzen und dem BM für Wissenschaft und Forschung.

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1			1			3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	7

Für die Diplomatische Akademie; diese Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										9		9	9
B (b)										3	3	6	6
D (d)										6	* 37	43	43
Summe...										18	40	58	58
								Gesamtsumme 20...	**7**	**18**	**40**	**58**	**65**

Von den Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie B sind 20 d für die Zeit vom 1.3. - 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
(I/R)											43	43	43
Summe...											43	43	43
Gesamtsumme 50...											**43**	**43**	**43**

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

60 Land- und Forstwirtschaft

6091 Bundeskellereiinspektion

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
D (d)											45	45	45
Summe...											45	45	45
Gesamtsumme 60...											**45**	**45**	**45**

Für die Zeit vom 1.8. - 31.12.

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

64 Bauten und Technik

6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
(II/R)											23	23	23
Summe...											23	23	23
Gesamtsumme 64...											**23**	**23**	**23**
Gesamtsumme 63+64...											**23**	**23**	**23**

Für die Zeit vom : 1.4. - 31.10

Teil VII **Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist**

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1.1. bis 31.8.		1.9. bis 31.12.		Normplanstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	123.581	36.600	123.581	36.600	4.350
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.260	400	3.260	400	143
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	980	180	980	180	40
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	1.200	100	1.200	100	55
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	63.279	44.400	63.279	44.400	944
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	37.142	12.700	37.142	12.700	1.223
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	45.526	19.800	45.526	19.800	1.287
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.140	90	1.140	90	53
1290	Pädagogische Akademien	8.720	5.000	8.720	5.000	186
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	14.340	1.810	14.340	1.810	627
1292	Berufspädagogische Akademien	140	140	140	140	--
1294	Pädagogische Institute	960	180	960	180	39
	Summe 12 ...	300.268	121.400	300.268	121.400	8.947
14	Wissenschaft und Forschung					
1420	Universitäten	7.069	3.369	7.069	3.369	185
1430	Kunsthochschulen	15.177	5.038	15.177	5.038	507
	Summe 14 ...	22.246	8.407	22.246	8.407	692
60	Land- und Forstwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.276	316	2.276	356	98
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	352	92	352	92	13
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	20	--	20	--	1
	Summe 60 ...	2.648	408	2.648	448	112
	Gesamtsumme...	**325.162**	**130.215**	**325.162**	**130.255**	**9.751**

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

Berechnungsformel:

$$\frac{\{(\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von 1.1. bis 31.8.} \times 8 \text{ Monate}\} + \{(\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von 1.9. bis 31.12.} \times 4 \text{ Monate}\}}{20 \text{ Lehrerwochenstunden} \times 12 \text{ Monate}}$$

(2) **STELLENPLAN 1997**

Anlage A.G **Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	61	329	42	47	42	333	1.189	2.926	3.401	3.566	3.840	687	364	94
Richter und Richteramtsanwärter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.625	-	-	-	-
Lehrer	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes	-	-	-	-	-	-	-	26.786	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Summe Beamte	61	329	42	109	42	333	1.200	29.712	28.422	13.645	3.844	743	364	94
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)														
VB A/I	8	23	23	51	5	5	1.124	1.639	2.270	4.611	273	398	130	21
VB A/II	4	26	6	12	-	7	157	828	1.598	630	11	65	5	-
Vertr.Ass. gem. Hochschulass.Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe VB A	12	49	29	63	5	12	1.281	2.467	3.868	5.268	293	463	135	21
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I	1	2	-	-	-	-	43	15	473	578	64	22	7	1
VB B/II	-	-	-	-	-	-	30	464	857	-	14	3	-	-
Vertr.Ass. gem. Hochschulass.Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B	1	2	-	-	-	-	73	531	1.519	578	78	25	7	1
Gesamtsumme	74	380	71	172	47	345	2.554	32.710	33.809	19.491	4.215	1.231	506	116
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	36.451	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	9	18	20	191	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	169	-	2	-	-
Summe JAL	-	-	-	-	-	-	15	18	20	360	-	4	2	-
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	49	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL	74	380	71	172	47	345	2.569	32.728	33.829	19.851	4.215	1.235	508	116
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	8.947	692	-	-	-	-

STELLENPLAN 1997 (3)

Anlage A.G **Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
853	3.995	6.474	13.008	2.071	4.468	431	48.221	55	7	-	-	62	48.283
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	9.625	-	-	-	-	-	9.625
-	18	21	-	321	-	-	25.494	-	-	-	-	-	25.494
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	3.252	-	3.064	-	-	-	33.102	-	-	-	-	-	33.102
-	-	21.302	-	-	-	-	21.302	-	-	-	-	-	21.302
-	-	-	-	-	-	43.905	43.905	-	-	-	-	-	43.905
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
853	9.414	27.854	16.072	2.392	4.468	44.336	184.329	55	7	-	-	62	184.391
727	2.045	581	3.130	694	1.268	91	19.117	63	11	4	-	78	19.195
31	111	580	271	515	387	3	5.247	-	-	7	-	7	5.254
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	857	-	1.689	1.693
758	2.156	1.225	3.401	1.546	1.655	94	24.801	2.352	11	868	-	3.231	28.032
52	137	65	169	76	23	6	1.734	-	-	-	-	-	1.734
6	117	37	134	5	37	-	1.704	-	-	-	-	-	1.704
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.569	86	-	1.212	-	1.298	2.867
-	-	44	66	-	208	-	559	149	-	-	-	149	708
58	254	159	369	1.637	268	6	5.566	235	-	1.212	-	1.447	7.013
1.669	11.824	29.238	19.842	5.575	6.391	44.436	214.696	2.642	18	2.080	-	4.740	219.436
-	-	-	19.860	7.655	-	44436	-	-	-	-	-	-	-
-	119	-	1	11	28	-	401	-	-	-	-	-	401
-	-	-	4	2	-	-	12	-	-	-	-	-	12
-	-	109	-	115	7	-	402	29	-	18	-	47	449
-	119	109	5	128	35	-	815	29	-	18	-	47	862
-	-	-	5	146	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.669	11.943	29.347	19.847	5.703	6.426	44.436	215.511	2.671	18	2.098	-	4.787	220.298
-	-	-	-	112	-	-	9.751	-	-	-	-	-	9.751

(4) STELLENPLAN 1997

Anlage A.1 Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	61	329	42	47	42	333	1.145	2.926	3.398	3.303	1.588	687	364	94
Richter und Richteramtsanwärter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.848	-	-	-	-
Lehrer	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes	-	-	-	-	-	-	-	26.291	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Summe Beamte	61	329	42	109	42	333	1.156	29.217	28.419	12.605	1.592	743	364	94
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)														
VB A/I	8	23	23	51	5	5	1.104	1.604	2.270	4.281	269	398	130	21
VB A/II	4	26	6	12	-	7	157	828	1.598	630	11	65	5	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe VB A	12	49	29	63	5	12	1.261	2.432	3.868	4.938	289	463	135	21
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I	1	2	-	-	-	-	43	15	433	578	64	22	7	1
VB B/II	-	-	-	-	-	-	30	464	857	-	14	3	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B	1	2	-	-	-	-	73	531	1.479	578	78	25	7	1
Gesamtsumme	74	380	71	172	47	345	2.490	32.180	33.766	18.121	1.959	1.231	506	116
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	36.408	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	9	18	20	191	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	169	-	2	-	-
Summe JAL	-	-	-	-	-	-	15	18	20	360	-	4	2	-
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	49	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL	74	380	71	172	47	345	2.505	32.198	33.786	18.481	1.959	1.235	508	116
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	8.947	692	-	-	-	-

www.parlament.gv.at

Anlage A.1 **Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
846	3.995	6.474	12.209	2.071	4.230	426	44.610	55	7	-	-	62	44.672
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	8.848	-	-	-	-	-	8.848
-	18	21	-	321	-	-	25.494	-	-	-	-	-	25.494
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	3.252	-	3.064	-	-	-	32.607	-	-	-	-	-	32.607
-	-	21.302	-	-	-	-	21.302	-	-	-	-	-	21.302
-	-	-	-	-	-	220	220	-	-	-	-	-	220
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
846	9.414	27.854	15.273	2.392	4.230	646	135.761	55	7	-	-	62	135.823
709	2.045	581	2.396	694	1.247	91	17.955	63	11	4	-	78	18.033
31	111	580	256	515	386	3	5.231	-	-	7	-	7	5.238
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	857	-	1.689	1.693
740	2.156	1.225	2.652	1.546	1.633	94	23.623	2.352	11	868	-	3.231	26.854
12	137	65	59	31	23	6	1.499	-	-	-	-	-	1.499
6	117	37	134	5	37	-	1.704	-	-	-	-	-	1.704
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.569	86	-	1.212	-	1.298	2.867
-	-	44	23	-	185	-	493	149	-	-	-	149	642
18	254	159	216	1.592	245	6	5.265	235	-	1.212	-	1.447	6.712
1.604	11.824	29.238	18.141	5.530	6.108	746	164.649	2.642	18	2.080	-	4.740	169.389
-	-	-	18.159	7.610	-	746	-	-	-	-	-	-	-
-	119	-	1	11	28	-	401	-	-	-	-	-	401
-	-	-	4	2	-	-	12	-	-	-	-	-	12
-	-	109	-	115	7	-	402	29	-	18	-	47	449
-	119	109	5	128	35	-	815	29	-	18	-	47	862
-	-	-	5	146	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.604	11.943	29.347	18.146	5.658	6.143	746	165.464	2.671	18	2.098	-	4.787	170.251
-	-	-	-	112	-	-	9.751	-	-	-	-	-	9.751

(6) **STELLENPLAN 1997**

Anlage A.2 **Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	-	-	-	-	-	-	44	-	3	263	2.252	-	-	
Richter und Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Hochschullehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte des Exekutivdienstes	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe Beamte	-	-	-	-	-	-	44	495	3	263	2.252	-	-	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)														
VB A/I	-	-	-	-	-	-	15	25	-	-	4	-	-	
VB A/II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe VB A	-	-	-	-	-	-	15	25	-	-	4	-	-	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
VB B/II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe VB B	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamtsumme	-	-	-	-	-	-	59	520	3	263	2.256	-	-	
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe JAL	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamtsumme einschließlich JAL	-	-	-	-	-	-	59	520	3	263	2.256	-	-	
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Anlage A.2 **Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMÖWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	799	-	238	5	3.604	-	-	-	-	-	3.604
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	43.685	43.685	-	-	-	-	-	43.685
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	799	-	238	43.690	47.784	-	-	-	-	-	47.784
-	-	-	734	-	21	-	799	-	-	-	-	-	799
-	-	-	15	-	1	-	16	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	749	-	22	-	815	-	-	-	-	-	815
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	1.658	-	260	43.690	48.709	-	-	-	-	-	48.709
-	-	-	1.658	-	-	43690	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1.658	-	260	43.690	48.709	-	-	-	-	-	48.709
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8) **STELLENPLAN 1997**

Anlage A.3 **Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)														
VB A/I	-	-	-	-	-	-	5	10	-	330	-	-	-	-
VB A/II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr.Ass. gem. Hochschulass.Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A	-	-	-	-	-	-	5	10	-	330	-	-	-	-
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
VB B/II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr.Ass. gem. Hochschulass.Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Gesamtsumme	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage A.3 **Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
7	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7	-	-	-	-	-	-	784	-	-	-	-	-	784
18	-	-	-	-	-	-	363	-	-	-	-	-	363
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	-	-	-	-	-	-	363	-	-	-	-	-	363
40	-	-	-	45	-	-	125	-	-	-	-	-	125
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43	-	23	-	66	-	-	-	-	-	66
40	-	-	43	45	23	-	191	-	-	-	-	-	191
65	-	-	43	45	23	-	1.338	-	-	-	-	-	1.338
-	-	-	43	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	-	-	43	45	23	-	1.338	-	-	-	-	-	1.338
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage B.G

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
01	Präsidentschaftskanzlei	61	12	1	-	74	61	12	1	-	74	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	329	49	2	-	380	329	49	2	-	380	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	29	-	-	71	42	29	-	-	71	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	109	63	-	-	172	109	63	-	-	172	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	333	12	-	-	345	333	12	-	-	345	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.200	1.311	77	34	2.622	1.200	1.281	73	15	2.569	-	- 30	- 4	- 19	- 53
11	Inneres	29.909	2.560	531	18	33.018	29.712	2.467	531	18	32.728	- 197	- 93	-	-	- 290
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	28.422	3.868	1.519	20	33.829	28.422	3.868	1.519	20	33.829	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.018*	-	*9.018*	-	-	*8.947*	-	*8.947*	-	-	*71*	-	*71*
14	Wissenschaft und Forschung	13.726	5.464	610	460	20.260	13.645	5.268	578	360	19.851	- 81	- 196	- 32	- 100	- 409
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*704*	-	*704*	-	-	*692*	-	*692*	-	-	*12*	-	*12*
15	Soziales	3.885	348	68	-	4.301	3.844	293	78	-	4.215	- 41	- 55	+ 10	-	- 86
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	743	487	27	4	1.261	743	463	25	4	1.235	-	- 24	- 2	-	- 26
18	Umwelt	364	135	7	2	508	364	135	7	2	508	-	-	-	-	-
19	Jugend und Familie	94	21	1	-	116	94	21	1	-	116	-	-	-	-	-
20	Äußeres	856	787	60	-	1.703	853	758	58	-	1.669	- 3	- 29	- 2	-	- 34
30	Justiz	9.384	2.154	254	151	11.943	9.414	2.156	254	119	11.943	+ 30	+ 2	-	- 32	-
40	Militärische Angelegenheiten	28.321	1.357	159	109	29.946	27.854	1.225	159	109	29.347	- 467	- 132	-	-	- 599
50	Finanzverwaltung	16.280	3.749	372	42	20.443	16.072	3.401	369	5	19.847	- 208	- 348	- 3	- 37	- 596
60	Land- und Forstwirtschaft	2.392	1.546	1.637	128	5.703	2.392	1.546	1.637	128	5.703	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*112*	-	*112*	-	-	*112*	-	*112*	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.068	385	12	-	1.465	1.068	370	12	-	1.450	-	- 15	-	-	- 15
64	Bauten und Technik	3.442	1.332	278	40	5.092	3.400	1.285	256	35	4.976	- 42	- 47	- 22	- 5	- 116
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	45.842	103	6	-	45.951	44.336	94	6	-	44.436	- 1.506	- 9	-	-	- 1.515
	Summe Hoheitsverwaltung	186.844	25.777	5.621	1.008	219.250	184.329	24.801	5.566	815	215.511	- 2.515	- 976	- 55	- 193	- 3.739
	Summe Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.834*	-	*9.834*	-	-	*9.751*	-	*9.751*	-	-	*83*	-	*83*
	Bundesbetriebe															
71	Bundestheater	55	2.357	276	32	2.720	55	2.352	235	29	2.671	-	- 5	- 41	- 3	- 49
75	Alkohol (Monopol)	12	12	-	-	24	7	11	-	-	18	- 5	- 1	-	-	- 6
77	Österreichische Bundesforste	-	938	1.272	28	2.238	-	868	1.212	18	2.098	-	- 70	- 60	- 10	- 140
	Summe Bundesbetriebe	67	3.307	1.548	60	4.982	62	3.231	1.447	47	4.787	- 5	- 76	- 101	- 13	- 195
	Gesamtsumme	186.911	29.084	7.169	1.068	224.232	184.391	28.032	7.013	862	220.298	- 2.520	- 1.052	- 156	- 206	- 3.934
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.834*	-	*9.834*	-	-	*9.751*	-	*9.751*	-	-	*83*	-	*83*

Die kursiv angegebenen Werte der *'Normplanstellen (LwSt)'* sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

Anlage B.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil II.A, IV und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
01	Präsidentschaftskanzlei	61	12	1	-	74	61	12	1	-	74	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	329	49	2	-	380	329	49	2	-	380	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	29	-	-	71	42	29	-	-	71	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	109	63	-	-	172	109	63	-	-	172	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	333	12	-	-	345	333	12	-	-	345	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.156	1.285	74	34	2.549	1.156	1.261	73	15	2.505	-	- 24	- 1	- 19	- 44
11	Inneres	29.414	2.525	531	18	32.488	29.217	2.432	531	18	32.198	- 197	- 93	-	-	- 290
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	28.419	3.868	1.479	20	33.786	28.419	3.868	1.479	20	33.786	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.018*	-	*9.018*	-	-	*8.947*	-	*8.947*	-	-	- *71*	-	- *71*
14	Wissenschaft und Forschung	12.949	5.134	610	460	19.153	12.605	4.938	578	360	18.481	- 344	- 196	- 32	- 100	- 672
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*704*	-	*704*	-	-	*692*	-	*692*	-	-	- *12*	-	- *12*
15	Soziales	1.561	330	68	-	1.959	1.592	289	78	-	1.959	+ 31	- 41	+ 10	-	-
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	743	487	27	4	1.261	743	463	25	4	1.235	-	- 24	- 2	-	- 26
18	Umwelt	364	135	7	2	508	364	135	7	2	508	-	-	-	-	-
19	Jugend und Familie	94	21	1	-	116	94	21	1	-	116	-	-	-	-	-
20	Äußeres	856	769	20	-	1.645	846	740	18	-	1.604	- 10	- 29	- 2	-	- 41
30	Justiz	9.384	2.154	254	151	11.943	9.414	2.156	254	119	11.943	+ 30	+ 2	-	- 32	-
40	Militärische Angelegenheiten	28.321	1.357	159	109	29.946	27.854	1.225	159	109	29.347	- 467	- 132	-	-	- 599
50	Finanzverwaltung	15.480	2.971	217	42	18.710	15.273	2.652	216	5	18.146	- 207	- 319	- 1	- 37	- 564
60	Land- und Forstwirtschaft	2.392	1.546	1.592	128	5.658	2.392	1.546	1.592	128	5.658	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*112*	-	*112*	-	-	*112*	-	*112*	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.057	376	12	-	1.445	1.057	361	12	-	1.430	-	- 15	-	-	- 15
64	Bauten und Technik	3.211	1.319	255	40	4.825	3.173	1.272	233	35	4.713	- 38	- 47	- 22	- 5	- 112
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	652	103	6	-	761	646	94	6	-	746	- 6	- 9	-	-	- 15
	Summe Hoheitsverwaltung	136.969	24.550	5.315	1.008	167.842	135.761	23.623	5.265	815	165.464	- 1.208	- 927	- 50	- 193	- 2.378
	Summe Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.834*	-	*9.834*	-	-	*9.751*	-	*9.751*	-	-	- *83*	-	- *83*
	Bundesbetriebe															
71	Bundestheater	55	2.357	276	32	2.720	55	2.352	235	29	2.671	-	- 5	- 41	- 3	- 49
75	Alkohol (Monopol)	12	12	-	-	24	7	11	-	-	18	- 5	- 1	-	-	- 6
77	Österreichische Bundesforste	-	938	1.272	28	2.238	-	868	1.212	18	2.098	-	- 70	- 60	- 10	- 140
	Summe Bundesbetriebe	67	3.307	1.548	60	4.982	62	3.231	1.447	47	4.787	- 5	- 76	- 101	- 13	- 195
	Gesamtsumme	137.036	27.857	6.863	1.068	172.824	135.823	26.854	6.712	862	170.251	- 1.213	-1.003	- 151	- 206	- 2.573
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.834*	-	*9.834*	-	-	*9.751*	-	*9.751*	-	-	- *83*	-	- *83*

Die kursiv angegebenen Werte der *'Normplanstellen (LwSt)'* sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

Anlage B. 2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil V)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	44	15	-	-	59	44	15	-	-	59	-	-	-	-	-
11	Inneres	495	25	-	-	520	495	25	-	-	520	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	-	-	-	-	-	263	-	-	-	263	+ 263	-	-	-	+ 263
15	Soziales	2.324	18	-	-	2.342	2.252	4	-	-	2.256	- 72	- 14	-	-	- 86
50	Finanzverwaltung	800	778	110	-	1.688	799	749	110	-	1.658	- 1	- 29	-	-	- 30
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	231	13	-	-	244	227	13	-	-	240	- 4	-	-	-	- 4
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr ..	45.190	-	-	-	45.190	43.690	-	-	-	43.690	- 1.500	-	-	-	- 1.500
	Summe Hoheitsverwaltung...	49.098	858	110	-	50.066	47.784	815	110	-	48.709	- 1.314	- 43	-	-	- 1.357
	Bundesbetriebe															
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	49.098	858	110	-	50.066	47.784	815	110	-	48.709	- 1.314	- 43	-	-	- 1.357

Anlage B.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	-	11	3	-	14	-	5	-	-	5	-	- 6	- 3	-	- 9
11	Inneres	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	-	-	40	-	40	-	-	40	-	40	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-
20	Äußeres	-	18	40	-	58	7	18	40	-	65	+ 7	-	-	-	+ 7
50	Finanzverwaltung	-	-	45	-	45	-	-	43	-	43	-	-	- 2	-	- 2
60	Land- und Forstwirtschaft	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	777	369	196	-	1.342	784	363	191	-	1.338	+ 7	- 6	- 5	-	- 4
	Bundesbetriebe															
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	777	369	196	-	1.342	784	363	191	-	1.338	+ 7	- 6	- 5	-	- 4

Anlage B1.1 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
0	Oberste Organe															
01	Präsidentschaftskanzlei	61	12	1	-	74	61	12	1	-	74	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	329	49	2	-	380	329	49	2	-	380	-	-	-	-	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	29	-	-	71	42	29	-	-	71	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	109	63	-	-	172	109	63	-	-	172	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	333	12	-	-	345	333	12	-	-	345	-	-	-	-	-
	Summe 0...	916	170	3	-	1.089	916	170	3	-	1.089	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1000	Zentralleitung	524	349	6	5	884	524	339	6	5	874	-	- 10	-	-	- 10
1001	Verwaltungsakademie	16	20	-	-	36	16	19	-	-	35	-	- 1	-	-	- 1
1010	Staatsarchiv und Archivamt	110	25	-	2	137	110	25	-	1	136	-	-	-	- 1	- 1
1020	Statistisches Zentralamt	449	753	17	27	1.246	449	742	16	9	1.216	-	- 11	- 1	- 18	- 30
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen	57	138	51	-	246	57	136	51	-	244	-	- 2	-	-	- 2
	Summe 10...	1.156	1.285	74	34	2.549	1.156	1.261	73	15	2.505	-	- 24	- 1	- 19	- 44
11	Inneres															
1100	Zentralleitung	752	510	2	-	1.264	752	491	2	-	1.245	-	- 19	-	-	- 19
1130	Bundespolizei	15.241	1.155	91	18	16.505	15.040	1.102	91	18	16.251	- 201	- 53	-	-	- 254
1140	Bundesgendarmerie	13.348	704	438	-	14.490	13.352	686	438	-	14.476	+ 4	- 18	-	-	- 14
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	35	123	-	-	158	35	121	-	-	156	-	- 2	-	-	- 2
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	2	11	-	-	13	2	11	-	-	13	-	-	-	-	-
1152	Bundesasylamt	36	22	-	-	58	36	21	-	-	57	-	- 1	-	-	- 1
	Summe 11...	29.414	2.525	531	18	32.488	29.217	2.432	531	18	32.198	- 197	- 93	-	-	- 290

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten															
1200	Zentralleitung	505	219	4	6	734	505	219	4	6	734	-	-	-	-	-
1240	Hofmusikkapelle	1	3	6	-	10	1	3	6	-	10	-	-	-	-	-
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	23	54	2	-	79	23	54	2	-	79	-	-	-	-	-
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	19	14	-	-	33	19	14	-	-	33	-	-	-	-	-
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	61	32	15	-	108	61	32	15	-	108	-	-	-	-	-
1244	Museen	305	773	48	5	1.131	305	773	48	5	1.131	-	-	-	-	-
1246	Nationalbibliothek und Phonothek	191	108	16	7	322	191	108	16	7	322	-	-	-	-	-
1247	Bundesdenkmalamt	122	79	8	2	211	122	79	8	2	211	-	-	-	-	-
1260	Schulaufsichtsbehörden	1.063	317	67	-	1.447	1.063	317	67	-	1.447	-	-	-	-	-
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	127	12	29	-	168	127	12	29	-	168	-	-	-	-	-
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	12.151	680	562	-	13.393	12.151	680	562	-	13.393	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*4.328*	-	*4.328*	-	-	*4.350*	-	*4.350*	-	-	+ *22*	-	+ *22*
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	257	117	14	-	388	257	117	14	-	388	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*157*	-	*157*	-	-	*143*	-	*143*	-	-	- *14*	-	- *14*
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	122	55	10	-	187	122	55	10	-	187	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*40*	-	*40*	-	-	*40*	-	*40*	-	-	-	-	-
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	55	62	10	-	127	55	62	10	-	127	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*55*	-	*55*	-	-	*55*	-	*55*	-	-	-	-	-
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.373	685	203	-	5.261	4.373	685	203	-	5.261	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*1.149*	-	*1.149*	-	-	*944*	-	*944*	-	-	- *205*	-	- *205*
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	3.824	216	178	-	4.218	3.824	216	178	-	4.218	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*1.115*	-	*1.115*	-	-	*1.223*	-	*1.223*	-	-	+ *108*	-	+ *108*
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.369	177	199	-	3.745	3.369	177	199	-	3.745	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*1.173*	-	*1.173*	-	-	*1.287*	-	*1.287*	-	-	+ *114*	-	+ *114*
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	57	53	10	-	120	57	53	10	-	120	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*53*	-	*53*	-	-	*53*	-	*53*	-	-	-	-	-
1290	Pädagogische Akademien	980	84	37	-	1.101	980	84	37	-	1.101	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*286*	-	*286*	-	-	*186*	-	*186*	-	-	- *100*	-	- *100*
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	477	51	46	-	574	477	51	46	-	574	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*603*	-	*603*	-	-	*627*	-	*627*	-	-	+ *24*	-	+ *24*
1292	Berufspädagogische Akademien	105	21	3	-	129	105	21	3	-	129	-	-	-	-	-
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	46	38	6	-	90	46	38	6	-	90	-	-	-	-	-
1294	Pädagogische Institute	186	18	6	-	210	186	18	6	-	210	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*59*	-	*59*	-	-	*39*	-	*39*	-	-	- *20*	-	- *20*
	Summe 12	28.419	3.868	1.479	20	33.786	28.419	3.868	1.479	20	33.786	-	-	-	-	-
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt)	-	-	*9.018*	-	*9.018*	-	-	*8.947*	-	*8.947*	-	-	- *71*	-	- *71*
14	Wissenschaft und Forschung															
1400	Zentralleitung	409	72	2	-	483	409	72	2	-	483	-	-	-	-	-
1420	Universitäten	11.141	4.461	567	419	16.588	11.141	4.458	541	329	16.469	-	- 3	- 26	- 90	- 119
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*185*	-	*185*	-	-	*185*	-	*185*	-	-	-	-	-
1423	Bibliotheken	18	13	1	3	35	-	-	-	-	-	- 18	- 13	- 1	- 3	- 35
1424	Wissenschaftliche Anstalten	271	106	-	4	381	115	-	-	1	116	- 156	- 106	-	- 3	- 265
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)	152	74	5	4	235	-	-	-	-	-	- 152	- 74	- 5	- 4	- 235
1430	Kunsthochschulen	958	408	35	30	1.431	940	408	35	30	1.413	- 18	-	-	-	- 18
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*519*	-	*519*	-	-	*507*	-	*507*	-	-	- *12*	-	- *12*
	Summe 14	12.949	5.134	610	460	19.153	12.605	4.938	578	360	18.481	- 344	- 196	- 32	- 100	- 672
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt)	-	-	*704*	-	*704*	-	-	*692*	-	*692*	-	-	- *12*	-	- *12*

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
15	Soziales															
1500	Zentralleitung	447	120	11	-	578	447	122	11	-	580	-	+ 2	-	-	+ 2
1570	Bundessozialämter	729	106	41	-	876	755	68	51	-	874	+ 26	- 38	+ 10	-	- 2
1572	Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.)	2	19	-	-	21	2	19	-	-	21	-	-	-	-	-
1590	Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen	3	5	-	-	8	3	5	-	-	8	-	-	-	-	-
1592	Arbeitsinspektion	380	80	16	-	476	385	75	16	-	476	+ 5	- 5	-	-	-
	Summe 15...	1.561	330	68	-	1.959	1.592	289	78	-	1.959	+ 31	- 41	+ 10	-	-
17	Gesundheit und Konsumentenschutz															
1700	Zentralleitung	295	114	3	1	413	295	105	3	1	404	-	- 9	-	-	- 9
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	149	86	3	2	240	149	81	3	2	235	-	- 5	-	-	- 5
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	146	184	11	1	342	146	178	11	1	336	-	- 6	-	-	- 6
1794	Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	143	83	4	-	230	143	81	4	-	228	-	- 2	-	-	- 2
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst	10	19	6	-	35	10	17	4	-	31	-	- 2	- 2	-	- 4
	Summe 17...	743	487	27	4	1.261	743	463	25	4	1.235	-	- 24	- 2	-	- 26
18	Umwelt															
1800	Zentralleitung	223	58	3	2	286	223	58	3	2	286	-	-	-	-	-
1870	Umweltbundesamt	141	77	4	-	222	141	77	4	-	222	-	-	-	-	-
	Summe 18...	364	135	7	2	508	364	135	7	2	508	-	-	-	-	-
19	Jugend und Familie															
1900	Bundesministerium für Jugend und Familie	93	21	1	-	115	93	21	1	-	115	-	-	-	-	-
1941	Außerschulische Jugenderziehung	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-
	Summe 19...	94	21	1	-	116	94	21	1	-	116	-	-	-	-	-
20	Äußeres															
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	816	721	17	-	1.554	814	707	17	-	1.538	- 2	- 14	-	-	- 16
2020	Äußeres	7	15	2	-	24	-	-	-	-	-	- 7	- 15	- 2	-	- 24
2030	Österreichische Kulturinstitute	33	33	1	-	67	32	33	1	-	66	- 1	-	-	-	- 1
	Summe 20...	856	769	20	-	1.645	846	740	18	-	1.604	- 10	- 29	- 2	-	- 41
30	Justiz															
3000	Zentralleitung	176	60	-	2	238	176	59	-	-	235	-	- 1	-	- 2	- 3
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	94	19	-	-	113	94	18	-	-	112	-	- 1	-	-	- 1
3020	Justizbehörden in den Ländern	5.496	1.860	240	149	7.745	5.496	1.814	240	119	7.669	-	- 46	-	- 30	- 76
3030	Justizanstalten	3.451	203	14	-	3.668	3.481	263	14	-	3.758	+ 30	+ 60	-	-	+ 90
3050	Bewährungshilfe	167	12	-	-	179	167	2	-	-	169	-	- 10	-	-	- 10
	Summe 30...	9.384	2.154	254	151	11.943	9.414	2.156	254	119	11.943	+ 30	+ 2	-	- 32	-
40	Militärische Angelegenheiten															
4000	Zentralleitung	822	217	15	-	1.054	823	216	15	-	1.054	+ 1	- 1	-	-	-
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	27.426	1.051	129	109	28.715	26.957	920	129	109	28.115	- 469	- 131	-	-	- 600
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	70	25	2	-	97	71	25	2	-	98	+ 1	-	-	-	+ 1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	3	64	13	-	80	3	64	13	-	80	-	-	-	-	-
	Summe 40...	28.321	1.357	159	109	29.946	27.854	1.225	159	109	29.347	- 467	- 132	-	-	- 599

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
50	Finanzverwaltung															
5000	Zentralleitung	712	322	6	-	1.040	705	309	5	-	1.019	- 7	- 13	- 1	-	- 21
5040	Finanzlandesdirektionen	14.464	2.178	209	-	16.851	14.264	1.879	209	-	16.352	- 200	- 299	-	-	- 499
5070	Bundesrechenamt	190	416	-	21	627	190	409	-	5	604	-	- 7	-	- 16	- 23
5071	Finanzprokuratur	73	41	1	4	119	73	41	1	-	115	-	-	-	- 4	- 4
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt	41	14	1	-	56	41	14	1	-	56	-	-	-	-	-
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	-	-	-	17	17	-	-	-	-	-	-	-	-	- 17	- 17
	Summe 50	15.480	2.971	217	42	18.710	15.273	2.652	216	5	18.146	- 207	- 319	- 1	- 37	- 564
60	Land- und Forstwirtschaft															
6000	Zentralleitung	582	148	14	2	746	582	148	14	2	746	-	-	-	-	-
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	391	243	24	18	676	391	243	24	18	676	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*98*	-	*98*	-	-	*98*	-	*98*	-	-	-	-	-
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	460	278	56	11	805	495	292	56	13	856	+ 35	+ 14	-	+ 2	+ 51
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	70	32	2	-	104	70	32	2	-	104	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*13*	-	*13*	-	-	*13*	-	*13*	-	-	-	-	-
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	163	90	17	-	270	163	90	17	-	270	-	-	-	-	-
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	23	11	-	-	34	23	11	-	-	34	-	-	-	-	-
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	50	54	-	23	127	50	54	-	23	127	-	-	-	-	-
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	8	5	-	-	13	8	5	-	-	13	-	-	-	-	-
6057	Bundesanstalten für Tierzucht	35	14	-	2	51	-	-	-	-	-	- 35	- 14	-	- 2	- 51
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	85	25	4	3	117	85	25	4	3	117	-	-	-	-	-
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	48	16	1	-	65	48	16	1	-	65	-	-	-	-	-
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	36	15	1	-	52	36	15	1	-	52	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	*1*	-	*1*	-	-	*1*	-	*1*	-	-	-	-	-
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	202	125	1.415	12	1.754	202	125	1.415	12	1.754	-	-	-	-	-
6091	Bundeskellereiinspektion	28	2	2	-	32	28	2	2	-	32	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	117	149	11	57	334	117	149	11	57	334	-	-	-	-	-
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	55	66	9	-	130	55	66	9	-	130	-	-	-	-	-
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	32	129	29	-	190	32	129	29	-	190	-	-	-	-	-
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	7	18	7	-	32	7	18	7	-	32	-	-	-	-	-
6099	Bauhöfe	-	126	-	-	126	-	126	-	-	126	-	-	-	-	-
	Summe 60	2.392	1.546	1.592	128	5.658	2.392	1.546	1.592	128	5.658	-	-	-	-	-
	Summe 60 Normplanstellen (LwSt)	-	-	*112*	-	*112*	-	-	*112*	-	*112*	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr															
6300	Zentralleitung	778	344	5	-	1.127	778	331	5	-	1.114	-	- 13	-	-	- 13
6320	Österreichisches Patentamt	232	23	5	-	260	232	21	5	-	258	-	- 2	-	-	- 2
6330	Bergbehörden	47	9	2	-	58	47	9	2	-	58	-	-	-	-	-
	Summe 63	1.057	376	12	-	1.445	1.057	361	12	-	1.430	-	- 15	-	-	- 15

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
64	Bauten und Technik															
6401	Bundesmobilienverwaltung	32	15	-	-	47	32	14	-	-	46	-	- 1	-	-	- 1
6403	Beschußämter	10	2	2	-	14	10	2	2	-	14	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	65	23	-	-	88	63	23	-	-	86	- 2	-	-	-	- 2
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)	854	354	2	10	1.220	848	338	-	10	1.196	- 6	- 16	- 2	-	- 24
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)	985	450	5	-	1.440	972	434	5	-	1.411	- 13	- 16	-	-	- 29
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	204	-	204	-	-	185	-	185	-	-	- 19	-	- 19
649.	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Amtsleitung)	68	90	-	-	158	67	88	-	-	155	- 1	- 2	-	-	- 3
6490	Einrichtungen des Eichwesens	215	41	7	-	263	210	39	7	-	256	- 5	- 2	-	-	- 7
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	982	344	35	30	1.391	971	334	34	25	1.364	- 11	- 10	- 1	- 5	- 27
	Summe 64...	3.211	1.319	255	40	4.825	3.173	1.272	233	35	4.713	- 38	- 47	- 22	- 5	- 112
	Summe 63+64...	4.268	1.695	267	40	6.270	4.230	1.633	245	35	6.143	- 38	- 62	- 22	- 5	- 127
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr															
6500	Zentralleitung	526	83	6	-	615	521	75	6	-	602	- 5	- 8	-	-	- 13
6501	Schiffahrtspolizei	94	9	-	-	103	93	8	-	-	101	- 1	- 1	-	-	- 2
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	32	11	-	-	43	32	11	-	-	43	-	-	-	-	-
	Summe 65...	652	103	6	-	761	646	94	6	-	746	- 6	- 9	-	-	- 15
	Summe Hoheitsverwaltung...	136.969	24.550	5.315	1.008	167.842	135.761	23.623	5.265	815	165.464	- 1.208	- 927	- 50	- 193	- 2.378
	Summe Normplanstellen (LwSt)...	-	-	*9.834*	-	*9.834*	-	-	*9.751*	-	*9.751*	-	-	- *83*	-	- *83*
7	Bundesbetriebe															
71	Bundestheater	55	2.357	276	32	2.720	55	2.352	235	29	2.671	-	- 5	- 41	- 3	- 49
75	Alkohol (Monopol)	12	12	-	-	24	7	11	-	-	18	- 5	- 1	-	-	- 6
77	Österreichische Bundesforste	-	938	1.272	28	2.238	-	868	1.212	18	2.098	-	- 70	- 60	- 10	- 140
	Summe Bundesbetriebe...	67	3.307	1.548	60	4.982	62	3.231	1.447	47	4.787	- 5	- 76	- 101	- 13	- 195
	Gesamtsumme...	137.036	27.857	6.863	1.068	172.824	135.823	26.854	6.712	862	170.251	- 1.213	- 1.003	- 151	- 206	- 2.573
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	-	*9.834*	-	*9.834*	-	-	*9.751*	-	*9.751*	-	-	- *83*	-	- *83*

Anlage B1.2 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1000	Zentralleitung	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-
1030	Amt der Wiener Zeitung	7	15	-	-	22	7	15	-	-	22	-	-	-	-	-
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	33	-	-	-	33	33	-	-	-	33	-	-	-	-	-
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-
	Summe 10...	44	15	-	-	59	44	15	-	-	59	-	-	-	-	-
11	Inneres															
1130	Bundespolizei	205	-	-	-	205	205	-	-	-	205	-	-	-	-	-
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	25	-	-	315	290	25	-	-	315	-	-	-	-	-
	Summe 11...	495	25	-	-	520	495	25	-	-	520	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten															
1200	Zentralleitung	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-
	Summe 12...	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung															
1424	Wissenschaftliche Anstalten	-	-	-	-	-	133	-	-	-	133	+ 133	-	-	-	+ 133
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)	-	-	-	-	-	130	-	-	-	130	+ 130	-	-	-	+ 130
	Summe 14...	-	-	-	-	-	263	-	-	-	263	+ 263	-	-	-	+ 263
15	Soziales															
1550	Ämter des AMS	2.324	18	-	-	2.342	2.252	4	-	-	2.256	- 72	- 14	-	-	- 86
	Summe 15...	2.324	18	-	-	2.342	2.252	4	-	-	2.256	- 72	- 14	-	-	- 86
50	Finanzverwaltung															
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	759	778	110	-	1.647	759	749	110	-	1.618	-	- 29	-	-	- 29
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
5082	Amt der Münze Österreich	39	-	-	-	39	38	-	-	-	38	- 1	-	-	-	- 1
	Summe 50...	800	778	110	-	1.688	799	749	110	-	1.658	- 1	- 29	-	-	- 30
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr															
6300	Zentralleitung	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-
	Summe 63...	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik															
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	25	-	-	-	25	25	-	-	-	25	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	15	3	-	-	18	15	3	-	-	18	-	-	-	-	-
6441	Amt der Wasserstraßendirektion	189	-	-	-	189	185	-	-	-	185	- 4	-	-	-	- 4
6490	Einrichtungen des Eichwesens	2	10	-	-	12	2	10	-	-	12	-	-	-	-	-
	Summe 64...	231	13	-	-	244	227	13	-	-	240	- 4	-	-	-	- 4
	Summe 63+64...	242	22	-	-	264	238	22	-	-	260	- 4	-	-	-	- 4

(20) STELLENPLAN 1997

Anlage B1.2 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr															
6500	Zentralleitung	4	-	-	-	4	4	-	-	-	4	-	-	-	-	-
6590	Amt der Post- und Telekom Austria AG	45.186	-	-	-	45.186	43.686	-	-	-	43.686	- 1.500	-	-	-	- 1.500
	Summe 65...	45.190	-	-	-	45.190	43.690	-	-	-	43.690	- 1.500	-	-	-	- 1.500
	Gesamtsumme...	49.098	858	110	-	50.066	47.784	815	110	-	48.709	- 1.314	- 43	-	-	- 1.357

www.parlament.gv.at

Anlage B1.3 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1996					Stellenplan 1997					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1001	Verwaltungsakademie	-	2	-	-	2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	4	-	-	4	-	3	-	-	3	-	- 1	-	-	- 1
1020	Statistisches Zentralamt	-	5	3	-	8	-	-	-	-	-	-	- 5	- 3	-	- 8
	Summe 10...	-	11	3	-	14	-	5	-	-	5	-	- 6	- 3	-	- 9
11	Inneres															
1100	Zentralleitung	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-
	Summe 11...	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten															
1244	Museen	-	-	40	-	40	-	-	40	-	40	-	-	-	-	-
	Summe 12...	-	-	40	-	40	-	-	40	-	40	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung															
1420	Universitäten	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-
	Summe 14...	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-
20	Äußeres															
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	-	18	40	-	58	7	18	40	-	65	+ 7	-	-	-	+ 7
	Summe 20...	-	18	40	-	58	7	18	40	-	65	+ 7	-	-	-	+ 7
50	Finanzverwaltung															
5040	Finanzlandesdirektionen	-	-	45	-	45	-	-	43	-	43	-	-	- 2	-	- 2
	Summe 50...	-	-	45	-	45	-	-	43	-	43	-	-	- 2	-	- 2
60	Land- und Forstwirtschaft															
6091	Bundeskellereiinspektion	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-
	Summe 60...	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik															
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	777	369	196	-	1.342	784	363	191	-	1.338	+ 7	- 6	- 5	-	- 4

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1995)

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
Verwaltungsbereich	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Präsidentschaftskanzlei		3	3	2			
Bundesgesetzgebung (Parlamentsdirektion)		5	2	3			1
Verfassungsgerichtshof		1					
Verwaltungsgerichtshof		1					
Volksanwaltschaft	1	5					
Rechnungshof		72	5				
Bundeskanzleramt mit Dienststellen Zentralleitung...	1	20	19	7	1	3	
nachgeordnete Dienststellen...			1				
Inneres Zentralleitung...	2	20	26	11			
nachgeordnete Dienststellen...		42	26	13			
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten Zentralleitung...	1	61	12	2			
nachgeordnete Dienststellen...	1	18	18	7	10	3	
Wissenschaft und Forschung Zentralleitung...	3	55	19				
nachgeordnete Dienststellen...		39	23	11	1	15	
Soziales Zentralleitung...	3	6	12	3			
nachgeordnete Dienststellen...		19	33	11			
Gesundheit und Konsumentenschutz Zentralleitung...	1	26	7				
nachgeordnete Dienststellen...		6	2	1			
Umwelt Zentralleitung...	2	8	1				
nachgeordnete Dienststellen...		3					
Jugend und Familie Zentralleitung...	1	5	1				
nachgeordnete Dienststellen...							
Äußeres Zentralleitung und Vertretungsbehörden...		148	68	10			
sonstige nachgeordnete Dienststellen...		4	1				
Justiz Zentralleitung...		15	12				
nachgeordnete Dienststellen...		10	87	113	5		
Militärische Angelegenheiten Zentralleitung...		25	79	6			
nachgeordnete Dienststellen...		6	151	361	8	82	3
Finanzverwaltung Zentralleitung...		82	53	14	1		
nachgeordnete Dienststellen...		35	108	523	10	1	1
Land- und Forstwirtschaft Zentralleitung...		24	19				
nachgeordnete Dienststellen...		28	19	7	1	11	2
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr Zentralleitung...	2	92	30	3	1	2	2
nachgeordnete Dienststellen...		55	3	2			
Bauten und Technik Zentralleitung...							
nachgeordnete Dienststellen...		16	56	66		4	1
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr Zentralleitung...	1	17	4				
nachgeordnete Dienststellen...			1	7			
Bundestheater			2				
Summe...	19	972	903	1.183	38	121	10

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1995)

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	1	6		27			
Kriminaldienst	1	3		30			
Gendarmeriedienst	4	6		105	174		
Justizwachdienst		13		16		251	
Zollwachdienst							
Summe...	6	28		178	174	251	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere		123		6	232		

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
PT 1									
PT 2									
PT 3									
PT 4									
PT 5									
PT 7									
PT 8									
Summe...									

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen	*28.351*	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IL		2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten		-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II		11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag		818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften		2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften IL		-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge		97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	*14.670*	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IL teilbeschäftigt		-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IIL teilbeschäftigt		576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt		-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt		1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt		3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt		136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IL		-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IIL		-	-	-	3	8	5	5
Summe A	*95.888*	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II		4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag		1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften		2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge		712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	*13.405*	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt		690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt		6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt		6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge		65	15	-	-	-	-	-
Summe B	*38.167*	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	*98.414*	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete	*35.641*	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen	*134.055*	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte	*49.996*	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete	*7.200*	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte	*7.230*	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C	*64.426*	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C	*202.018*	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte			
Beamte der allgemeinen Verwaltung	57.541	57.846	+ 305
Beamte in handwerklicher Verwendung	6.072	6.102	+ 30
Richter und Richteramtsanwärter	1.726	1.742	+ 16
Staatsanwälte	220	218	- 2
Hochschullehrer	6.476	6.477	+ 1
Lehrer	25.171	25.479	+ 308
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	226	226	-
Wachebeamte	31.344	31.440	+ 96
Berufsoffiziere und zvS	3.301	3.278	- 23
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347
Summe Beamte	174.625	175.703	+ 1.078
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)			
VB A/I	21.688	21.260	- 428
VB A/I L	774	721	- 53
VB A/II	7.666	7.460	- 206
VB A/II L	-	-	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	340	341	+ 1
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do	55	-	- 55
Bed. gem. Kollektivvertrag	2.898	2.892	- 6
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	2.120	2.115	- 5
Summe VB A	35.541	34.789	- 752
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)			
VB B/I	2.946	2.968	+ 22
VB B/I L	508	311	- 197
VB B/II	2.499	2.480	- 19
VB B/II L	31	31	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	92	92	-
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do	5	-	- 5
Bed. gem. Kollektivvertrag	4.505	4.364	- 141
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	780	765	- 15
Summe VB B	11.366	11.011	- 355
Summe Beamte und VB	221.532	221.503	- 29
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen			
Bundesbahnbeamte	54.198	53.648	- 550
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	11.879	11.731	- 148
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete	1.144	1.144	-
Summe ÖBB	67.221	66.523	- 698
Gesamtsumme	288.753	288.026	- 727
Jugendliche Bedienstete (JAL)			
Jugendliche Vertragsbedienstete	1.356	1.378	+ 22
Anlernkräfte	1.505	1.315	- 190
Lehrlinge	3.075	3.048	- 27
Summe JAL	5.936	5.741	- 195
Gesamtsumme einschließlich JAL	294.689	293.767	- 922

Anlage C2.G

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Gesamtübersicht)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442	48.283	- 159
Richter und Richteramtsanwärter	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	1.951	-
Staatsanwälte	216	214	212	212	212	212	212	212	-
Hochschullehrer	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643	9.625	- 18
Lehrer	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	25.494	- 5
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	226	226	226	227	228	233	233	233	-
Beamte des Exekutivdienstes	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469	33.102	- 367
Beamte des mmilitärischen Dienstes	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771	21.302	- 469
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407	43.905	- 1.502
Krankenpflegedienst	-	-	68	200	257	276	284	284	-
Summe Beamte	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911	184.391	- 2.520
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)									
VB A/I	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697	19.195	- 502
VB A/II	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734	5.254	- 480
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	707	670	665	549	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	1.890	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	1.693	- 70
Summe VB A	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084	28.032	- 1.052
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738	1.734	- 4
VB B/II	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	1.704	- 25
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	12	12	12	12	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	2.867	- 106
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729	708	- 21
Summe VB B	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169	7.013	- 156
Summe Beamte und VB	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164	219.436	- 3.728
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-	-
Summe ÖBB	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-	-
Gesamtsumme	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164	219.436	- 3.728
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	401	- 103
Anlernkräfte	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	12	- 31
Lehrlinge	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	449	- 72
Summe JAL	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	862	- 206
Gesamtsumme einschließlich JAL	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232	220.298	- 3.934
Normplanstellen (LwSt)	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	9.751	- 83

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil II.A, IV und VII)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	62.510	59.316	59.584	59.486	59.746	45.270	45.024	44.672	- 352
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	1.951	-
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212	212	-
Hochschullehrer.....	7.883	8.284	8.385	8.515	8.799	8.857	8.866	8.848	- 18
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	25.494	- 5
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233	233	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.436	33.167	32.974	32.607	- 367
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771	21.302	- 469
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	222	220	- 2
Krankenpflegedienst	-	-	68	200	257	276	284	284	-
Summe Beamte...	177.136	178.727	179.390	179.726	180.714	184.958	137.036	135.823	- 1.213
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)									
VB A/I.....	21.456	22.278	22.112	22.144	21.675	21.893	18.487	18.033	- 454
VB A/II.....	7.435	7.557	7.219	6.998	6.967	7.125	5.717	5.238	- 479
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.916	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	1.890	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	1.693	- 70
Summe VB A...	33.917	34.881	34.342	33.129	32.502	32.777	27.857	26.854	- 1.003
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.890	2.921	3.014	3.040	3.072	3.088	1.500	1.499	- 1
VB B/II.....	2.473	2.411	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	1.704	- 25
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.151	3.709	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	2.867	- 106
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	765	753	746	733	711	699	661	642	- 19
Summe VB B...	10.279	9.794	9.790	10.453	9.377	9.201	6.863	6.712	- 151
Summe Beamte und VB...	221.332	223.402	223.522	223.308	222.593	226.936	171.756	169.389	- 2.367
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-	-
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	287.100	289.000	289.198	288.767	222.593	226.936	171.756	169.389	- 2.367
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	401	- 103
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	12	- 31
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	449	- 72
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	862	- 206
Gesamtsumme einschließlich JAL...	292.654	294.242	294.221	293.720	226.293	230.071	172.824	170.251	- 2.573
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	9.751	- 83

Anlage C2.2

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil V)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	1.176	1.033	1.072	1.260	1.218	3.638	3.418	3.604	+ 186
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	6	495	495	495	-
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	45.185	43.685	- 1.500
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	1.176	1.033	1.072	1.260	1.224	4.133	49.098	47.784	- 1.314
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)									
VB A/I.....	648	776	778	744	735	773	842	799	- 43
VB A/II.....	14	18	18	21	21	19	16	16	-
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A...	662	794	796	765	756	792	858	815	- 43
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	110	110	110	110	110	110	110	110	-
VB B/II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	110	110	110	110	110	110	110	110	-
Summe Beamte und VB...	1.948	1.937	1.978	2.135	2.090	5.035	50.066	48.709	- 1.357
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ÖBB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	1.948	1.937	1.978	2.135	2.090	5.035	50.066	48.709	- 1.357
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.948	1.937	1.978	2.135	2.090	5.035	50.066	48.709	- 1.357
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage C2.3

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil VI)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	6	5	5	-	7	+ 7
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	217	367	467	647	727	777	777	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	217	367	473	652	732	777	784	+ 7
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)									
VB A/I.....	442	430	261	311	455	516	368	363	- 5
VB A/II.....	32	32	2	2	2	5	1	-	- 1
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	7	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A...	1.188	1.132	928	862	457	521	369	363	- 6
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	378	348	346	331	285	285	128	125	- 3
VB B/II.....	1	1	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	35	20	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.799	1.799	1.799	1.799	1.799	1.822	68	66	- 2
Summe VB B...	2.225	2.180	2.157	2.142	2.084	2.107	196	191	- 5
Summe Beamte und VB...	3.413	3.529	3.452	3.477	3.193	3.360	1.342	1.338	- 4
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ÖBB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	3.413	3.529	3.452	3.477	3.193	3.360	1.342	1.338	- 4
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	3.413	3.529	3.452	3.477	3.193	3.360	1.342	1.338	- 4
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budgetprov. 1987	BMG-Novelle 1987	1988	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665	
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395	
Summe 1	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845	
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450	
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260	
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431	
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270	
Gesamtsumme	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753	

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)					
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	665	679	0,24					
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63					
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07					
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25					
Summe 1	37.845	37.998	13,19					
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66					
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84					
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59					
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72					
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50					
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50					
Gesamtsumme	288.753	288.026	100,00					

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Anlage D2. G Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt) **)	*7.727*	*7.727*	*8.562*	*9.138*	*9.371*	*9.371*	*9.371*	*9.559*
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweige	BFG-Novelle 1994	1995	1996	1997	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	0,38	-		
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	9.531	4,33	- 86		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	18.718	8,50	- 461		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	8.571	3,89	- 130		
Summe 1	38.745	38.420	38.343	37.666	17,10	- 677		
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	34.469	15,65	- 471		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	5,43	+ 3		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	57.975	26,32	- 411		
Normplanstellen (LwSt) **)	*9.750*	*10.405*	*9.834*	*9.751*	*4,43*	- *83*		
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	12,76	- 600		
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	1.669	0,76	- 34		
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	48.453	21,98	- 1.744		
Gesamtsumme	231.576	238.466	224.232	220.298	100,00	- 3.934		

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anmerkung zu Punkt 4. :
Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

Anlage D2.1 **Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990**
(Teil II.A, IV und VII)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt) **)	*7.727*	*7.727*	*8.562*	*9.138*	*9.371*	*9.371*	*9.371*	*9.559*
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweige	BFG-Novelle 1994	1995	1996	1997	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	0,50	-		
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	9.491	5,57	- 86		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	16.372	9,62	- 365		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	8.333	4,89	- 126		
Summe 1	38.320	35.514	35.619	35.042	20,58	- 577		
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	33.949	19,94	- 471		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	7,02	+ 3		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	56.561	33,22	- 673		
Normplanstellen (LwSt) **)	*9.750*	*10.405*	*9.834*	*9.751*	*5,73*	- *83*		
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	16,51	- 600		
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	1.604	0,94	- 41		
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	3.029	1,79	- 214		
Gesamtsumme	226.293	230.071	172.824	170.251	100,00	- 2.573		

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anmerkung zu Punkt 4. :
Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

Anlage D2.2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil V)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	92	92	95	99	99	45		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10	10	10	10	259	259		
Summe 1	102	102	105	109	358	304		
2. Sicherheitswesen	20	20	20	20	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	5	5	1	1	1	1		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.821	1.821	1.811	1.848	1.830	1.830		
Gesamtsumme	1.948	1.948	1.937	1.978	2.189	2.135		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	28	28	30	30	0,06	-		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	2.476	2.342	2.256	4,63	- 86		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	239	224	219	215	0,44	- 4		
Summe 1	267	2.728	2.591	2.501	5,13	- 90		
2. Sicherheitswesen	6	520	520	520	1,07	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1	1	1	264	0,54	+ 263		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.816	1.786	46.954	45.424	93,26	- 1.530		
Gesamtsumme	2.090	5.035	50.066	48.709	100,00	- 1.357		

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Anlage D2.3 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil VI)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	35	32	10	10	0,75	-		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	90	6,73	- 10		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	23	1,72	-		
Summe 1	158	178	133	123	9,20	- 10		
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	1.150	85,95	- 1		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	65	4,86	+ 7		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-	0,01	-		
Gesamtsumme	3.193	3.360	1.342	1.338	100,00	- 4		

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	1. Allgemeine Verwaltung
	a) Oberste Organe
01	Präsidentschaftskanzlei
02	Parlamentsdirektion
05	Volksanwaltschaft
06	Rechnungshof
	b) Zentralstellen
1000	Bundeskanzleramt
1100	Bundesministerium für Inneres
1200	Bundesministerium für Unterricht u. kulturelle Angelegenh.
1400	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
1500	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
1700	Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz
1800	Bundesministerium für Umwelt
1900	Bundesministerium für Jugend und Familie
3000	Bundesministerium für Justiz
4000	Bundesministerium für Landesverteidigung
5000	Bundesministerium für Finanzen
6000	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
6300	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
6500	Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
	c) Verwaltung in administrativer Hinsicht
1001	Verwaltungsakademie
1020	Statistisches Zentralamt
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen
1550	Ämter des AMS
1570	Bundessozialämter
1590	Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen
1796	Veterinärmedizinischer *Grenzbeschaudienst*
5040	Finanzlandesdirektionen (ohne Wachebeamte - Zollwachdienst)
5070	Bundesrechenamt
5071	Finanzprokuratur
6091	Bundeskellereiinspektion

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	d) Verwaltung in technischer Hinsicht
1592	Arbeitsinspektion
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.
1795	Veterinärmedizinische Anstalten
1870	Umweltbundesamt
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst
6320	Österreichisches Patentamt
6330	Bergbehörden
6403	Beschußämter
6440	Wasserstraßendirektion
6441	Amt der Wasserstraßendirektion
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung
649.	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen (Amtsleitung)
6490	Einrichtungen des Eichwesens
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge
	2. Sicherheitswesen
1130	Bundespolizei
1140	Bundesgendarmerie
1152	Bundesasylamt
5040	Finanzlandesdirektionen *(nur Wachebeamte - Zollwachdienst)*
6501	Schiffahrtspolizei
	3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug
03	Verfassungsgerichtshof
04	Verwaltungsgerichtshof
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
3020	Justizbehörden in den Ländern
3030	Justizanstalten
3050	Bewährungshilfe

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)
1010	Staatsarchiv und Archivamt
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen
1240	Hofmusikkapelle
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung
1244	Museen
1246	Nationalbibliothek und Phonothek
1247	Bundesdenkmalamt
1260	Schulaufsichtsbehörden
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe
1282	Handelsakademien und Handelsschulen
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)
1290	Pädagogische Akademien
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik
1292	Berufspädagogische Akademien
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung
1294	Pädagogische Institute
1420	Universitäten
1424	Wissenschaftliche Anstalten
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)
1430	Kunsthochschulen
1794	Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien
1941	Außerschulische Jugenderziehung
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft
6059	Bundesanstalt für Landtechnik
6072	Forstliche Ausbildungsstätten
6401	Bundesmobilienverwaltung
71	Bundestheater
	5. Heerwesen
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung
	6. Auswärtige Angelegenheiten
2000	Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010)
2030	Österreichische Kulturinstitute
	7. Bundesbetriebe und Monopole
1030	Amt der Wiener Zeitung
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei
1572	Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.)
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)
5080	Österreichisches Postsparkassenamt
5081	Österreichische Salinen AG
5082	Amt der Münze Österreich
6093	Bundesgärten
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste
6099	Bauhöfe
6402	Schönbrunner Tiergartenamt
6590	Amt der Post- und Telekom Austria AG
75	Alkohol (Monopol)
77	Österreichische Bundesforste

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	15	90	17	23	23	188	371	557	750	1.060	938	315	193	44
B (A2)	9	39	5	7	7	76	360	676	883	1.332	2.383	227	112	25
A3	28	65	18	16	10	42	334	1.104	740	816	333	101	54	24
A4	9	69	-	1	1	17	44	480	546	226	102	16	2	1
A5	-	37	-	-	-	2	60	35	117	114	82	18	1	-
A6	-	29	-	-	-	1	14	27	249	18	2	9	1	-
A7	-	-	2	-	1	7	6	47	116	-	-	1	1	-
Summe...	61	329	42	47	42	333	1.189	2.926	3.401	3.566	3.840	687	364	94
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	1	-	10	9	1	-	93	51	145	422	43	86	28	4
b	2	5	2	2	-	-	231	93	397	1.406	62	43	35	6
c	2	3	5	8	1	-	367	164	721	1.744	65	92	53	6
d	3	14	3	25	3	3	401	1.264	766	671	102	104	11	3
e	-	1	3	7	-	2	32	67	226	26	-	1	3	2
Summe...	8	23	23	51	5	5	1.124	1.639	2.255	4.269	272	326	130	21
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	8	10	3	36	-	1	-	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	71	99	96	2	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	59	153	113	176	2	20	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	57	123	528	304	3	44	2	-
p5	-	11	5	8	-	7	23	471	855	18	4	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	7	157	828	1.598	630	11	65	5	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.358	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.625	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	610	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	2	-	21.554	320	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.609	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	719	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.176	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.691	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.786	-	-	-	-	-	-

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
460	174	242	1.490	672	802	159	8.583	10	1	-	-	11	8.594
245	1.376	1.228	6.005	593	1.259	91	16.938	31	3	-	-	34	16.972
97	1.807	2.236	5.210	434	1.298	150	14.917	14	3	-	-	17	14.934
18	516	2.535	155	289	725	21	5.773	-	-	-	-	-	5.773
18	79	124	98	49	199	5	1.038	-	-	-	-	-	1.038
4	29	104	39	20	145	2	693	-	-	-	-	-	693
11	14	5	11	14	40	3	279	-	-	-	-	-	279
853	3.995	6.474	13.008	2.071	4.468	431	48.221	55	7	-	-	62	48.283
57	58	38	321	47	83	20	1.517	2	-	-	-	2	1.519
43	203	74	352	140	200	15	3.311	17	4	-	-	21	3.332
370	737	138	1.503	363	518	39	6.899	44	6	-	-	50	6.949
222	974	304	880	143	428	12	6.336	-	1	-	-	1	6.337
35	26	13	74	1	39	5	563	-	-	4	-	4	567
727	1.998	567	3.130	694	1.268	91	18.626	63	11	4	-	78	18.704
-	2	81	5	27	9	-	182	-	-	2	-	2	184
1	5	210	10	94	74	-	673	-	-	4	-	4	677
16	16	255	21	140	122	3	1.107	-	-	1	-	1	1.108
14	31	28	86	199	127	-	1.561	-	-	-	-	-	1.561
-	57	6	149	55	55	-	1.724	-	-	-	-	-	1.724
31	111	580	271	515	387	3	5.247	-	-	7	-	7	5.254
-	1.739	-	-	-	-	-	1.801	-	-	-	-	-	1.801
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	7.358	-	-	-	-	-	7.358
-	-	-	-	-	-	-	9.625	-	-	-	-	-	9.625
-	-	-	-	5	-	-	615	-	-	-	-	-	615
-	-	-	-	198	-	-	22.074	-	-	-	-	-	22.074
-	17	21	-	117	-	-	2.796	-	-	-	-	-	2.796
-	1	-	-	1	-	-	9	-	-	-	-	-	9
-	18	21	-	321	-	-	25.494	-	-	-	-	-	25.494
-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-	82
-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	151
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	819	-	-	-	-	-	819
-	1.991	-	2.213	-	-	-	15.380	-	-	-	-	-	15.380
-	1.182	-	830	-	-	-	16.703	-	-	-	-	-	16.703
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.252	-	3.064	-	-	-	33.102	-	-	-	-	-	33.102

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	82	3	42	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	6	12	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	13	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	322	1	42	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	6	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	27	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	15	342	1	72	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	73	378	71	172	47	345	2. 481	32. 179	32. 290	18. 913	4. 137	1. 206	499	115

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts** (Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	486	-	-	-	-	486	-	-	-	-	-	486
-	-	2.381	-	-	-	-	2.381	-	-	-	-	-	2.381
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.942	-	-	-	-	13.942	-	-	-	-	-	13.942
-	-	47	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	47
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	2.243	-	-	-	-	2.243	-	-	-	-	-	2.243
-	-	7.360	-	-	-	-	7.360	-	-	-	-	-	7.360
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	3	17	-	-	-	-	149	-	-	-	-	-	149
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	28	8	-	-	-	-	54	-	-	-	-	-	54
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	5	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	5	1	-	-	-	-	373	-	-	-	-	-	373
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	42	7	-	-	-	-	68	-	-	-	-	-	68
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	-	2	-	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	47	14	-	-	-	-	491	-	-	-	-	-	491
-	-	-	-	-	-	43.905	43.905	-	-	-	-	-	43.905
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	43	-	337	-	-	412	1.457	-	-	-	1.457	1.869
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	857	-	1.689	1.693
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	857	-	1.689	1.693
1.611	11.570	29.079	19.473	3.938	6.123	44.430	209.130	2.407	18	868	-	3.293	212.423

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	2	-	-	-	-	-	3	28	15	14	7	-	-
b	1	-	-	-	-	-	23	-	56	233	16	8	2	1
c	-	-	-	-	-	-	2	-	174	229	14	3	3	-
d	-	-	-	-	-	-	18	12	154	65	17	3	2	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	59	-	-	-	-	-
Summe...	1	2	-	-	-	-	43	15	471	542	61	21	7	1
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	26	4	81	-	-	3	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	1	459	774	-	14	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	30	464	857	-	14	3	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	33	3	1	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	2	36	3	1	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	5	189	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B...	1	2	-	-	-	-	73	531	1.519	578	78	25	7	1
Gesamtsumme Beamte und VB...	74	380	71	172	47	345	2.554	32.710	33.809	19.491	4.215	1.231	506	116
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	9	18	20	191	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	169	-	2	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	15	18	20	360	-	4	2	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	74	380	71	172	47	345	2.569	32.728	33.829	19.851	4.215	1.235	508	116
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	8.947	692	-	-	-	-

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	11	16	1	-	-	1	98	-	-	-	-	-	98
4	2	2	4	-	5	1	358	-	-	-	-	-	358
1	14	1	53	14	4	1	513	-	-	-	-	-	513
46	110	46	111	62	14	3	663	-	-	-	-	-	663
1	-	-	-	-	-	-	60	-	-	-	-	-	60
52	137	65	169	76	23	6	1.692	-	-	-	-	-	1.692
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	1	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	4	-	1	1	-	-	120	-	-	-	-	-	120
6	113	37	133	3	37	-	1.577	-	-	-	-	-	1.577
6	117	37	134	5	37	-	1.704	-	-	-	-	-	1.704
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	39	-	-	-	-	-	39
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	42	-	-	-	-	-	42
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.569	86	-	1.212	-	1.298	2.867
-	-	13	-	1.556	-	-	1.569	86	-	1.212	-	1.298	2.867
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	43	-	-	-	277	149	-	-	-	149	426
-	-	4	23	-	208	-	282	-	-	-	-	-	282
-	-	44	66	-	208	-	559	149	-	-	-	149	708
58	254	159	369	1.637	268	6	5.566	235	-	1.212	-	1.447	7.013
1.669	11.824	29.238	19.842	5.575	6.391	44.436	214.696	2.642	18	2.080	-	4.740	219.436
-	119	-	1	11	28	-	401	-	-	-	-	-	401
-	-	-	4	2	-	-	12	-	-	-	-	-	12
-	-	109	-	115	7	-	402	29	-	18	-	47	449
-	119	109	5	128	35	-	815	29	-	18	-	47	862
1.669	11.943	29.347	19.847	5.703	6.426	44.436	215.511	2.671	18	2.098	-	4.787	220.298
-	-	-	-	112	-	-	9.751	-	-	-	-	-	9.751

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	15	90	17	23	23	188	361	557	748	940	589	315	193	44
B (A2)	9	39	5	7	7	76	330	676	883	1.254	651	227	112	25
A3	28	65	18	16	10	42	330	1.104	739	761	226	101	54	24
A4	9	69	-	1	1	17	44	480	546	218	73	16	2	1
A5	-	37	-	-	-	2	60	35	117	113	49	18	1	-
A6	-	29	-	-	-	1	14	27	249	17	-	9	1	-
A7	-	-	2	-	1	7	6	47	116	-	-	1	1	-
Summe...	61	329	42	47	42	333	1.145	2.926	3.398	3.303	1.588	687	364	94
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	1	-	10	9	1	-	78	46	145	422	41	86	28	4
b	2	5	2	2	-	-	229	90	397	1.266	60	43	35	6
c	2	3	5	8	1	-	367	164	721	1.744	65	92	53	6
d	3	14	3	25	3	3	398	1.237	766	671	102	104	11	3
e	-	1	3	7	-	2	32	67	226	26	-	1	3	2
Summe...	8	23	23	51	5	5	1.104	1.604	2.255	4.129	268	326	130	21
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	8	10	3	36	-	1	-	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	71	99	96	2	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	59	153	113	176	2	20	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	57	123	528	304	3	44	2	-
p5	-	11	5	8	-	7	23	471	855	18	4	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	7	157	828	1.598	630	11	65	5	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.581	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.848	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	610	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	2	-	21.554	320	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.609	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	719	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.077	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.295	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.291	-	-	-	-	-	-

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
457	174	242	1.436	672	797	157	8.038	10	1	-	-	11	8.049
244	1.376	1.228	5.810	593	1.240	89	14.881	31	3	-	-	34	14.915
96	1.807	2.236	4.715	434	1.219	149	14.174	14	3	-	-	17	14.191
18	516	2.535	140	289	636	21	5.632	-	-	-	-	-	5.632
17	79	124	65	49	159	5	930	-	-	-	-	-	930
4	29	104	34	20	141	2	681	-	-	-	-	-	681
10	14	5	9	14	38	3	274	-	-	-	-	-	274
846	3.995	6.474	12.209	2.071	4.230	426	44.610	55	7	-	-	62	44.672
48	58	38	254	47	81	20	1.417	2	-	-	-	2	1.419
40	203	74	173	140	194	15	2.976	17	4	-	-	21	2.997
370	737	138	1.177	363	511	39	6.566	44	6	-	-	50	6.616
216	974	304	718	143	422	12	6.132	-	1	-	-	1	6.133
35	26	13	74	1	39	5	563	-	-	4	-	4	567
709	1.998	567	2.396	694	1.247	91	17.654	63	11	4	-	78	17.732
-	2	81	4	27	9	-	181	-	-	2	-	2	183
1	5	210	6	94	74	-	669	-	-	4	-	4	673
16	16	255	13	140	122	3	1.099	-	-	1	-	1	1.100
14	31	28	86	199	126	-	1.560	-	-	-	-	-	1.560
-	57	6	147	55	55	-	1.722	-	-	-	-	-	1.722
31	111	580	256	515	386	3	5.231	-	-	7	-	7	5.238
-	1.739	-	-	-	-	-	1.801	-	-	-	-	-	1.801
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	6.581	-	-	-	-	-	6.581
-	-	-	-	-	-	-	8.848	-	-	-	-	-	8.848
-	-	-	-	5	-	-	615	-	-	-	-	-	615
-	-	-	-	198	-	-	22.074	-	-	-	-	-	22.074
-	17	21	-	117	-	-	2.796	-	-	-	-	-	2.796
-	1	-	-	1	-	-	9	-	-	-	-	-	9
-	18	21	-	321	-	-	25.494	-	-	-	-	-	25.494
-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-	82
-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	151
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	819	-	-	-	-	-	819
-	1.991	-	2.213	-	-	-	15.281	-	-	-	-	-	15.281
-	1.182	-	830	-	-	-	16.307	-	-	-	-	-	16.307
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.252	-	3.064	-	-	-	32.607	-	-	-	-	-	32.607

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	82	3	42	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	6	12	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	13	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	132	1	42	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	6	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	27	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	15	152	1	72	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	73	378	71	172	47	345	2.417	31.649	32.287	17.543	1.881	1.206	499	115

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	486	-	-	-	-	486	-	-	-	-	-	486
-	-	2.381	-	-	-	-	2.381	-	-	-	-	-	2.381
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.942	-	-	-	-	13.942	-	-	-	-	-	13.942
-	-	47	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	47
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	2.243	-	-	-	-	2.243	-	-	-	-	-	2.243
-	-	7.360	-	-	-	-	7.360	-	-	-	-	-	7.360
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	3	17	-	-	-	-	149	-	-	-	-	-	149
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	28	8	-	-	-	-	54	-	-	-	-	-	54
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	5	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	5	1	-	-	-	-	183	-	-	-	-	-	183
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	42	7	-	-	-	-	68	-	-	-	-	-	68
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	-	2	-	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	47	14	-	-	-	-	301	-	-	-	-	-	301
-	-	-	-	-	-	220	220	-	-	-	-	-	220
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	43	-	337	-	-	412	1.457	-	-	-	1.457	1.869
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	857	-	1.689	1.693
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	857	-	1.689	1.693
1.586	11.570	29.079	17.925	3.938	5.863	740	159.384	2.407	18	868	-	3.293	162.677

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	2	-	-	-	-	-	3	28	15	14	7	-	-
b	1	-	-	-	-	-	23	-	56	233	16	8	2	1
c	-	-	-	-	-	-	2	-	174	229	14	3	3	-
d	-	-	-	-	-	-	18	12	154	65	17	3	2	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	19	-	-	-	-	-
Summe...	1	2	-	-	-	-	43	15	431	542	61	21	7	1
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	26	4	81	-	-	3	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	1	459	774	-	14	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	30	464	857	-	14	3	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	33	3	1	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	2	36	3	1	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	5	189	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B...	1	2	-	-	-	-	73	531	1.479	578	78	25	7	1
Gesamtsumme Beamte und VB...	74	380	71	172	47	345	2.490	32.180	33.766	18.121	1.959	1.231	506	116
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	9	18	20	191	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	169	-	2	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	15	18	20	360	-	4	2	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	74	380	71	172	47	345	2.505	32.198	33.786	18.481	1.959	1.235	508	116
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	8.947	692	-	-	-	-

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	11	16	1	-	-	1	98	-	-	-	-	-	98
1	2	2	4	-	5	1	355	-	-	-	-	-	355
1	14	1	33	14	4	1	493	-	-	-	-	-	493
9	110	46	21	17	14	3	491	-	-	-	-	-	491
1	-	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-	-	20
12	137	65	59	31	23	6	1.457	-	-	-	-	-	1.457
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	1	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	4	-	1	1	-	-	120	-	-	-	-	-	120
6	113	37	133	3	37	-	1.577	-	-	-	-	-	1.577
6	117	37	134	5	37	-	1.704	-	-	-	-	-	1.704
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	39	-	-	-	-	-	39
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	42	-	-	-	-	-	42
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.569	86	-	1.212	-	1.298	2.867
-	-	13	-	1.556	-	-	1.569	86	-	1.212	-	1.298	2.867
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	-	-	-	-	234	149	-	-	-	149	383
-	-	4	23	-	185	-	259	-	-	-	-	-	259
-	-	44	23	-	185	-	493	149	-	-	-	149	642
18	254	159	216	1.592	245	6	5.265	235	-	1.212	-	1.447	6.712
1.604	11.824	29.238	18.141	5.530	6.108	746	164.649	2.642	18	2.080	-	4.740	169.389
-	119	-	1	11	28	-	401	-	-	-	-	-	401
-	-	-	4	2	-	-	12	-	-	-	-	-	12
-	-	109	-	115	7	-	402	29	-	18	-	47	449
-	119	109	5	128	35	-	815	29	-	18	-	47	862
1.604	11.943	29.347	18.146	5.658	6.143	746	165.464	2.671	18	2.098	-	4.787	170.251
-	-	-	-	112	-	-	9.751	-	-	-	-	-	9.751

Anlage E.2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	-	-	-	-	-	-	10	-	2	120	349	-	-	-
B (A2)	-	-	-	-	-	-	30	-	-	78	1.732	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	4	-	1	55	107	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	29	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	33	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	44	-	3	263	2.252	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	-	-	-	-	-	-	15	-	-	-	2	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	15	25	-	-	4	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	54	-	5	2	542	-	-	-	-	-	542
-	-	-	195	-	19	2	2.056	-	-	-	-	-	2.056
-	-	-	495	-	79	1	742	-	-	-	-	-	742
-	-	-	15	-	89	-	141	-	-	-	-	-	141
-	-	-	33	-	40	-	107	-	-	-	-	-	107
-	-	-	5	-	4	-	12	-	-	-	-	-	12
-	-	-	2	-	2	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	799	-	238	5	3.604	-	-	-	-	-	3.604
-	-	-	67	-	2	-	86	-	-	-	-	-	86
-	-	-	179	-	6	-	187	-	-	-	-	-	187
-	-	-	326	-	7	-	333	-	-	-	-	-	333
-	-	-	162	-	6	-	193	-	-	-	-	-	193
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	734	-	21	-	799	-	-	-	-	-	799
-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	4	-	-	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	8	-	-	-	8	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	-	-	15	-	1	-	16	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E. 2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts** (Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	263	2. 256	-	-	-

Anlage E.2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	263	2.256	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	263	2.256	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E. 2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	20	-	-	-	20	-	-	-	-	-	20
-	-	-	90	-	-	-	90	-	-	-	-	-	90
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E. 3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B (A2)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	2	3	-	140	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	3	2	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	5	10	-	140	-	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.3 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
3	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
9	-	-	-	-	-	-	14	-	-	-	-	-	14
3	-	-	-	-	-	-	148	-	-	-	-	-	148
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	-	-	-	-	-	-	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	-	-	-	-	-	-	173	-	-	-	-	-	173
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	-	-	-	-	-	-	5	10	-	1.107	-	-	-	-

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUkA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.3 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes-betr.	Gesamt-summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
37	-	-	-	45	-	-	82	-	-	-	-	-	82
-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	40
40	-	-	-	45	-	-	125	-	-	-	-	-	125
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(62)

STELLENPLAN 1997

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes (ohne Teil IV)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	47	73	170	530	788	1.044	1.579	1.523	2.123	716	8.593
A2		26	318	1.093	1.452	3.252	3.591	6.216	759	265	16.972
A3		15	153	275	2.530	1.661	2.301	5.023	2.406	570	14.934
A4								1.023	1.882	2.868	5.773
A5								69	279	690	1.038
A6										693	693
A7										279	279
										Summe ...	48.282

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	1								1	1.519	98	1.617	1.618
B (b)										3.332	358	3.690	3.690
C (c)										6.949	513	7.462	7.462
D (d)										6.337	663	7.000	7.000
E (e)										567	60	627	627
P1 (p1)										184	3	187	187
P2 (p2)										677	2	679	679
P3 (p3)										1.108	2	1.110	1.110
P4 (p4)										1.561	120	1.681	1.681
P5 (p5)										1.724	1.577	3.301	3.301
(I/K)										21		21	21
(II/K)										1.869	2.867	4.736	4.736
(I/R)										1.693	426	2.119	2.119
(II/R)											282	282	282
Summe...	1								1	27.541	6.971	34.512	34.513

Ernennungsreserve: 19 A/IX, 1.018 A/VIII, 927 B/VII, 1.251 C/V, 38 D/IV, 132 P1/IV, 10 P2/IV

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil IV)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	41
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	33
Übrige Richter	1.459
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.951

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Staatsanwalt	139
Summe...	212

STELLENPLAN 1997

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes (ohne Teil IV)

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1. 276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7. 148
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	210
Summe...	9. 625

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	56				103			456	615
L1	699	12	14	4	213	7	8	21. 117	22. 074
L2	35				2	101		2. 658	2. 796
L3								9	9
Summe...	790	12	14	4	318	108	8	24. 240	25. 494

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	82
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151
Summe...	233

Ernennungsreserve: 6 W1/VIII, 28 W1/VII, 178 W2/V(3), 174 W2/IV(3), 251 W2(2)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	4	4	21	31	66	80	115	130	202	145	17	4	819
E2a					309	784	1. 500	1. 944	3. 243	3. 164	3. 616	820	15. 380
E2b												16. 703	16. 703
E2c												200	200
												Summe ...	33. 102

Ernennungsreserve: 123 H1/VIII, 6 H2/VIII, 232 H2/VII

www.parlament.gv.at

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil IV)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MBO1	1	3	17	34	57	71	89	83			114	17	486
MBO2	11	41	67	154	418	88	325	530	261	410		76	2.381
MBUO1			7	64	130	753	2.336	1.448			3.681	421	8.840
MBUO2								550			1.672	13	2.235
												Summe ...	13.942
MZO1								2			10	35	47
MZO2								20	30	90		160	300
MZUO1								34			161	249	444
MZUO2								207			779	3.340	4.326
MZCh												2.243	2.243
												Summe ...	7.360

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	66	55	72	134		107	5			4	443
PT2	13	278	260	159	361	458	214			2	1.745
PT3		1.009	481	2.676		757					4.923
PT4		564								3.825	4.389
PT5		380						3.541	96	3.981	7.998
PT6										6.036	6.036
PT7								548	2.086	3.314	5.948
PT8								731	3.308	8.017	12.056
PT9										367	367
Summe	79	2.286	813	2.969	361	1.322	219	4.820	5.490	25.546	43.905

(66)

STELLENPLAN 1997

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes (ohne Teil IV)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw.(Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		149	149	373	39	412	561
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		54	54	68	3	71	125
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		21	21	43		43	64
Summe...		284	284	491	42	533	817

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Gesamtsumme 01-78...	**184.391**	**28.032**	**7.013**	**35.045**	**219.436**

Anlage F.1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	46	71	163	509	761	971	1.532	1.468	1.998	530	8.049
A2		21	303	1.063	1.390	3.099	3.249	4.827	707	256	14.915
A3		14	107	237	2.462	1.625	2.262	4.714	2.214	556	14.191
A4								996	1.865	2.771	5.632
A5								67	271	592	930
A6										681	681
A7										274	274
										Summe ...	44.672

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw.(Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										1.419	98	1.517	1.517
B (b)										2.997	355	3.352	3.352
C (c)										6.616	493	7.109	7.109
D (d)										6.133	491	6.624	6.624
E (e)										567	20	587	587
P1 (p1)										183	3	186	186
P2 (p2)										673	2	675	675
P3 (p3)										1.100	2	1.102	1.102
P4 (p4)										1.560	120	1.680	1.680
P5 (p5)										1.722	1.577	3.299	3.299
(I/K)										21		21	21
(II/K)										1.869	2.867	4.736	4.736
(I/R)										1.693	383	2.076	2.076
(II/R)											259	259	259
Summe...										26.553	6.670	33.223	33.223

Ernennungsreserve: 19 A/IX, 972 A/VIII, 903 B/VII, 1.183 C/V, 38 D/IV, 121 P1/IV, 10 P2/IV

Anlage F.1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Richter und Richteramtsanwärter Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	41
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	33
Übrige Richter	1.459
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.951

Staatsanwälte Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Staatsanwalt	139
Summe...	212

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.371
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	210
Summe...	8.848

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	56				103			456	615
L1	699	12	14	4	213	7	8	21.117	22.074
L2	35				2	101		2.658	2.796
L3								9	9
Summe...	790	12	14	4	318	108	8	24.240	25.494

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	82
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151
Summe...	233

Ernennungsreserve: 6 W1/VIII, 28 W1/VII, 178 W2/V(3), 174 W2/IV(3), 251 W2(2)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	4	4	21	31	66	80	115	130	202	145	17	4	819
E2a					309	784	1.499	1.943	3.234	3.140	3.574	798	15.281
E2b												16.307	16.307
E2c												200	200
Summe ...													32.607

Ernennungsreserve: 123 H1/VIII, 6 H2/VIII, 232 H2/VII

(70) STELLENPLAN 1997

Anlage F.1 Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	3	17	34	57	71	89	83			114	17	486
MB02	11	41	67	154	418	88	325	530	261	410		76	2.381
MBU01			7	64	130	753	2.336	1.448			3.681	421	8.840
MBU02								550			1.672	13	2.235
												Summe ...	13.942
MZ01								2			10	35	47
MZ02								20	30	90		160	300
MZU01								34			161	249	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												2.243	2.243
												Summe ...	7.360

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	3		2	6		1					12
PT2		8	20	1	12	5	17				63
PT3		13		65							78
PT4										24	24
PT5								20		8	28
PT6										12	12
PT7										1	1
PT8										2	2
Summe	3	21	22	72	12	6	17	20		47	220

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw.(Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB A	VB B	VB	
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		149	149	183	39	222	371
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		54	54	68	3	71	125
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		21	21	43		43	64
Summe...		284	284	301	42	343	627

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Gesamtsumme 01-78...	**135.823**	**26.854**	**6.712**	**33.566**	**169.389**

(72) **S T E L L E N P L A N 1 9 9 7**

Anlage F.2 **Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2	6	21	26	73	47	54	125	186	541
A2		5	15	30	61	153	342	1.389	52	9	2.056
A3		1	46	38	68	36	39	308	192	14	742
A4								27	17	97	141
A5								2	8	97	107
A6										12	12
A7										4	4
										Summe ...	3.603

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	1								1	86		86	87
B (b)										187		187	187
C (c)										333	20	353	353
D (d)										193	90	283	283
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										8		8	8
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										2		2	2
Summe...	1								1	815	110	925	926

Ernennungsreserve: 46 A/VIII, 24 B/VII, 68 C/V, 11 P1/IV

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42	22	99
E2b												396	396
												Summe ...	495

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	63	55	70	128		106	5			4	431
PT2	13	270	240	158	349	453	197			2	1.682
PT3		996	481	2.611		757					4.845
PT4		564								3.801	4.365
PT5		380						3.521	96	3.973	7.970
PT6										6.024	6.024
PT7								548	2.086	3.313	5.947
PT8								731	3.308	8.015	12.054
PT9										367	367
Summe	76	2.265	791	2.897	349	1.316	202	4.800	5.490	25.499	43.685

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB A	Vertragsbedienstete VB B	Summe VB	Gesamtsumme
Gesamtsumme 01-78	**47.784**	**815**	**110**	**925**	**48.709**

(74) **STELLENPLAN 1997**

Anlage F.3 **Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1			1			3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	7

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										14		14	14
B (b)										148	3	151	151
D (d)										11	82	93	93
E (e)											40	40	40
(I/R)											43	43	43
(II/R)											23	23	23
Summe...										173	191	364	364

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	777
Summe...	777

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB A	VB B	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				190		190	190
Summe...				190		190	190

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Gesamtsumme 01-78...	**784**	**363**	**191**	**554**	**1.338**

STELLENPLAN 1997

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1997

ABSCHNITT I

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1997 (Bundesvoranschlag 1997) ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der seit dem Bundesvoranschlag 1990 eine erweiterte Gliederung enthält, die dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

Teil I Allgemeiner Teil
Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
Abschnitt A, Planstellenverzeichnis
Abschnitt B, Ernennungsreserve
Teil IV Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete
Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden
Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden
Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der generellen Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die Punkte 1 bis 10 wurden so gefaßt, daß eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, daß jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Stellenplan 1997 stehen hiefür 200 Planstellen zur Verfügung.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, stehen im Jahr 1997 400 Planstellen für die Beschäftigung behinderter Mitmenschen zur Verfügung.

Punkt 3 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.

Punkt 4 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften. Weiters mußten die Bestimmungen des § 15c des Mutterschutzgesetzes und des § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes für die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigungen berücksichtigt werden.

Im Punkt 5 wird festgelegt, daß bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 6 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Die Bestimmungen des Punktes 7 legen die Grundsätze für die Handhabung der Ernennungsreserve fest.

Der Punkt 8 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hiefür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten „Summe Beamte", „Summe Vertragsbedienstete", „Gesamtsumme") nicht überschritten werden darf.

Im Abschnitt B, Ernennungsreserve, sind die zentral zu verwaltenden Rahmenvorsorgen für die Ernennung von Bundesbeamten bestimmter Besoldungsgruppen festgelegt, soweit die Planstelleninha-

(76)

STELLENPLAN 1997

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1997

ber von ihrem Optionsrecht in das neue Besoldungssystem noch keinen Gebrauch gemacht haben. Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die solcherart zum Stichtag 1. August 1995 aus der Ernennungsreserve zugewiesenen Planstellen sind im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, in einer gesonderten Zeile als Informationsdatum ausgewiesen.

Der Teil IV, Planstellenverzeichnis der jugendlichen Bundesbediensteten, enthält jene Planstellen für jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge, die den einzelnen Planstellenbereichen für das Budgetjahr 1997 zusystemisiert sind.

Im Teil V, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden, wird jenes Personal zusammengefaßt, für das dem Bund tatsächlich keine Personalkosten entstehen.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluß der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden mußte.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, daß vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II.A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubsersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, wie sie zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, daß für jene Bereiche, in denen aufgrund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, daß die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplierung einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr — ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf — kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1.9.—31.12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1.1.—30.8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, daß eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Im Teil I., Allgemeiner Teil, waren bis zum Jahr 1995 Planstellenvorsorgen für bestimmte Zwecke der Aufgabenbesorgung einzelner Bundesministerien vorgesehen. Diese Vorgangsweise führte in der Vergangenheit immer wieder zu Differenzen zwischen dem veranschlagten Stand im Teilheft und dem Sollstand im Stellenplan. Um diese Differenzen zu beseitigen, werden diese bisher im Teil I. veranschlagten Planstellen ab dem Stellenplan 1996 dem Teil II.A zugerechnet und somit eine der Veranschlagung im Teilheft entsprechende Bereinigung geschaffen.

Von dieser Maßnahme bleiben aber die zusätzlichen Planstellen für Behinderte und ältere Arbeitslose unberührt, weil es sich dabei um zentral zu betreuende soziale Projekte der Wiedereingliederung in die Arbeitswelt handelt, die keinem Ressort konkret zuordenbar sind. Diese Planstellen bleiben weiterhin in der Administration des Bundeskanzleramtes.

(77)

STELLENPLAN 1997

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1997

Der Stellenplan 1996 weist 234.066 Planstellen aus und demgegenüber wird der Stellenplan 1997 nur mehr 230.049 Planstellen ausweisen. Daraus ergibt sich eine Differenz von 4.017 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 4.107 Planstellen und aus Vermehrungen von 90 Planstellen.

Eine Gegenüberstellung der Einsparungen und des unabweislichen Mehrbedarfs ergibt folgendes Bild:

Bereich	**Einsparung**	**Vermehrung**
Bundeskanzleramt	– 53	
BM für Inneres	– 490	
BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	– 71	
BM für Wissenschaft, Forschung und Kunst	– 421	
BM für Arbeit und Soziales	– 86	
BM für Gesundheit und Konsumentenschutz	– 26	
BM für auswärtige Angelegenheiten	– 34	
BM für Justiz	– 90	+ 90
BM für Landesverteidigung	– 599	
BM für Finanzen	– 402	
BM für wirtschaftliche Angelegenheiten	– 131	
BM für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	– 15	
Österreichischer Bundestheaterverband	– 49	
Österreichische Bundesforste	– 140	
Post- und Telegraphenverwaltung (Beamte)	– 1 500	
SUMME:	– 4 107	+ 90

Aus dieser tabellarischen Gegenüberstellung ergibt sich auch bilanziell die Einsparung von 4 017 Planstellen.

Der Stellenplan für das Jahr 1997 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 1996 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis folgendes Bild:

	Stellenplan 1996	Stellenplan 1997	Differenz
Teil II.A	171.756	169.389	–2.367
Teil IV	1.068	862	– 206
Zwischensumme	172.824	170.251	–2.573
Teil V	50.066	48.709	–1.357
Teil VI	1.342	1.338	– 4
Summe II.A—VI	224.232	220.298	–3.934
Teil VII (LWStA) *)	9.834	9.751	– 83
Gesamtsumme	234.066	230.049	–4.017

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

Die Einsparungen im Stellenplan 1997 können derzeit noch nicht exakt angegeben werden, weil noch nicht vorherbestimmbar ist, wie sich das Pensionierungsverhalten der Bediensteten in der Praxis ergibt. Es wird jedoch im Rahmen einer begleitenden Kontrolle zu verfolgen sein, wo sich weitere Einsparungsmöglichkeiten ergeben, damit diese auch in die Praxis umgesetzt werden können.

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenvermehrungen bzw. -verminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A.G bis A.3 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 1997 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A.G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A.1 bis A.3, die Anlage A.1 die Planstellen der Teile II.A und IV, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen

(78)

STELLENPLAN 1997

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1997

ist. Die Anlage A.2 enthält die diesbezügliche Zusammenstellung über die im Teil V und die Anlage A.3 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B.G, B.1, B.2 und B.3 enthalten eine Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes 1997 zum Gesamtstellenplan 1996, die Anlagen B1.1, B1.2 und B1.3 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage B.2 enthält eine Übersicht über die in den einzelnen Ressorts zum Stichtag 1. August 1995 aus der Ernennungsreserve zugewiesenen höherwertigen Planstellen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilsmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C.1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2.G, C2.1, C2.2 und C2.3 geben die Planstellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D.1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

Die Anlagen D2.G, D2.1, D2.2 und D2.3 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1, D2.2. und D2.3 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1, E.2 und E.3 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 1997 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1, F.2 und F.3 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A, V und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

Zu 71 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage IV zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997

Fahrzeugplan

für das Jahr 1997

Wien 1996
Österreichische Staatsdruckerei

61 0163

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 1997

Inhaltsverzeichnis

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil 339

II. Abschnitt: Fahrzeugplan

1. Plan der Kraftfahrzeuge 342
2. Plan der Luftfahrzeuge 348
3. Plan der Wasserfahrzeuge 350

III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)

1. Plan der Kraftfahrzeuge 352
2. Plan der Luftfahrzeuge 367
3. Plan der Wasserfahrzeuge 368

IV. Abschnitt: Anmerkungen 370

1. zum Plan der Kraftfahrzeuge
2. zum Plan der Luftfahrzeuge
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge

FAHRZEUGPLAN 1997

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes, die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre und die Landeshauptmänner vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

   Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.
2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 310 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.
4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.
5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
   a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 9 lit. b erfaßt werden;
   b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsähnlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muß. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
   c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehorn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
   d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 250 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hiezu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.
8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hiezu zählen:
   a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;

FAHRZEUGPLAN 1997

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

b) Kraftfahrzeuge für spezielle straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfaßt werden;
c) Omnibusse;
d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Meßeinrichtungen u. dgl.;
f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzige geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:
a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
b) Motorräder, die nur vorübergehend – jährlich bis zu maximal 12 Wochen – zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige, der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge, die aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1997 entsprechen, dürfen im Jahr 1997 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach

dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
Personenkraftwagen Kategorie III,
Personenkraftwagen, Kategorie II,
Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
Personenkraftwagen, Kategorie I,
Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;

b) bei P 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;

c) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D–F,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
Hubschrauber;

d) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;

e) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
Passagier- und Transportschiffe,
Spezialwasserfahrzeuge;

f) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
Innenbordmotorboote,
Außenbordmotorboote,
Boote,
Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P 1 Abs. 2 Z 9 lit. h) bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1997 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hiefür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muß,

b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und

c) seitens des Organs des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, in Zusammenhalte mit den Ausführungen in P 4 Abs. 3 des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
01	**Präsidentschaftskanzlei**	*	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	**Bundesgesetzgebung:**												
021	Nationalrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
022	Bundesrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
024	Parlamentsdirektion	*	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Summe 02...		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	**Verfassungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	**Volksanwaltschaft**		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	**Rechnungshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**												
1000	Zentralleitung	*	15	1	3	...	1	.....	.....	1	.....	21	21
1001	Verwaltungsakademie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
101	Staatsarchiv und Archivamt	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
102	Statistisches Zentralamt		...	...	1	...	.....	.....	.....	1	.....	2	2
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen	*	...	...	...	...	5	.....	.....	1	18	24	24
	Summe 10...		15	1	4	...	7	.....	.....	4	18	49	49
11	**Inneres:**												
1100	Zentralleitung		1	...	5	1	7	.....	4	6	19	43	43
1130	Bundespolizei	*	...	...	17	...	704	158	22	10	482	1.393	1.373
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	39	39	30
1140	Bundesgendarmerie	*	...	...	9	...	1.737	362	19	19	1.009	3.155	3.095
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	10	.....	.....	40	50	50
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration		...	...	...	...	15	.....	.....	1	1	17	17
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 11...		1	...	31	1	2.463	530	45	36	1.591	4.698	4.609

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
12	**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**												
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		1	...	2	...	2	.....	.....	.....	1	6	6
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	*	...	...	...	...	3	.....	2	.....	1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1244	Museen		...	...	...	...	6	.....	1	2	4	13	13
1246	Nationalbibliothek und Phonothek		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
1247	Bundesdenkmalamt		...	...	...	2	9	.....	1	.....	4	16	16
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	*	...	...	...	...	4	.....	7	7	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
	Summe 12...		1	...	2	2	35	.....	11	9	34	94	94
14	**Wissenschaft und Forschung:**												
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst		1	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	4	4
1420	Universitäten	*	...	...	5	...	30	.....	7	6	48	96	96
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	18	29	29
1423	Bibliotheken		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1424	Wissenschaftliche Anstalten		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	7	11	11
1426	*Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	10
1430	Kunsthochschulen		...	...	...	...	2	.....	1	.....	1	4	4
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...		1	...	7	...	49	.....	8	6	75	146	156
15	**Soziales:**												
1500	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
1570	Bundessozialämter		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
1592	Arbeitsinspektion		...	...	...	11	3	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 15...		1	...	2	11	7	.....	.....	.....	.....	21	21

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	Lastkraftw. Nutzlast bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
17	**Gesundheit und Konsumentenschutz:**												
1700	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	*	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	*	...	...	...	...	.....	.....	2	.....	9	11	11
	Summe 17...		1	...	2	...	1	.....	2	.....	11	17	17
18	**Umwelt:**												
180	Bundesministerium für Umwelt		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	2	2
1860	Umweltpolitische Maßnahmen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	9	9	9
187	Umweltbundesamt		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	13	13	13
	Summe 18...		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	23	24	24
19	**Jugend und Familie:**												
190	Bundesministerium für Jugend und Familie		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
20	**Äußeres:**												
2000	Zentralleitung		2	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	7	7
201	Vertretungsbehörden		...	76	...	...	3	6	.....	.....	1	86	86
202	*Diplomatische Akademie*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
203	Österreichische Kulturinstitute		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 20...		2	76	4	...	6	6	.....	.....	1	95	96
30	**Justiz:**												
300	Bundesministerium für Justiz		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
302	Justizbehörden in den Ländern	*	...	...	18	...	1	.....	.....	.....	6	25	25
303	Justizanstalten	*	...	...	...	...	64	.....	18	.....	31	113	113
	Summe 30...		2	...	20	...	65	.....	18	.....	37	142	142
40	**Militärische Angelegenheiten:**												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung		1	2	12	...	2	.....	.....	.....	.....	17	17
401	Heer und Heeresverwaltung	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)		...	...	...	...	.....	.....	6	.....	23	29	29
	Summe 40...		1	2	12	1	2	.....	6	.....	23	47	47

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
50	**Finanzverwaltung:**												
500	Bundesministerium für Finanzen		1	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	6	6
5040	Dienststellen	*	...	...	6	7	114	.....	8	3	160	298	308
5070	Bundesrechenamt		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
5071	Finanzprokuratur	*	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 50...		1	...	10	7	117	.....	9	4	160	308	318
60	**Land- und Forstwirtschaft:**												
6000	Zentralleitung	*	1	...	4	...	2	.....	.....	.....	2	9	9
6007	Qualitätskontrolle		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	.....	11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	*	...	...	...	...	12	.....	1	1	30	44	44
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	*	...	...	...	...	21	.....	9	9	32	71	66
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten		...	...	...	...	5	.....	.....	.....	3	8	8
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt		...	...	1	...	5	.....	1	.....	17	24	24
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft		...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
6057	*Bundesanstalten für Tierzucht*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	5
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft		...	...	...	...	4	.....	1	1	4	10	10
6059	Bundesanstalt für Landtechnik		...	...	...	...	3	.....	.....	1	8	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	*	...	...	...	...	2	.....	1	.....	11	14	14
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst		...	...	7	...	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6091	Bundeskellereiinspektion		...	...	...	...	32	.....	.....	.....	.....	32	32
6093	Bundesgärten	*	...	...	...	...	2	.....	6	4	11	23	23
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule		...	...	...	...	1	1	.....	.....	8	10	10
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	*	...	...	...	...	7	3	3	7	79	99	99
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	*	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	11	13	13
6099	Bauhöfe		...	...	...	...	56	.....	18	21	77	172	172
	Summe 60...		1	...	12	...	168	4	41	44	293	563	563
63	**Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:**												
6300	Zentralleitung		1	...	8	...	1	.....	.....	.....	.....	10	10
6320	Österreichisches Patentamt		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
633.	Bergbehörden		...	...	1	4	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
	Summe 63...		1	...	10	4	2	.....	.....	.....	.....	17	17

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
64	**Bauten und Technik:**												
6401	Bundesmobilienverwaltung		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
6422	Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)	*	...	...	...	...	222	.....	697	389	314	1.622	1.622
6424	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)		...	...	...	...	148	.....	264	99	117	628	628
6440	Wasserstraßendirektion		...	...	2	...	6	.....	.....	.....	.....	8	8
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)		...	...	1	6	14	2	7	20	2	52	52
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)		...	...	1	1	16	3	3	6	4	34	34
6490	Einrichtungen des Eichwesens		...	...	1	...	.....	.....	12	2	23	38	38
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens		...	...	1	...	51	.....	2	1	32	87	87
	Summe 64...		...	...	6	7	457	5	986	517	492	2.470	2.470
65	**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**												
6500	Zentralleitung		1	...	3	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
6501	Schiffahrtspolizei		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten		...	...	...	...	8	.....	.....	.....	38	46	46
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge		...	...	...	...	1	.....	3	.....	2	6	6
	Summe 65...		1	...	3	...	10	.....	3	.....	40	57	57
71	**Bundestheater**	*	...	...	3	...	.....	.....	4	.....	9	16	16
77	**Österreichische Bundesforste**	*	...	...	7	...	125	10	54	735	181	1.112	1.112
78	*Post- und Telegraphenverwaltung*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	9.954

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
	Anm.											
0	Oberste Organe											
01	Präsidentschaftskanzlei	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	Bundesgesetzgebung	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	Verfassungsgerichtshof	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	Verwaltungsgerichtshof	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	Volksanwaltschaft	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	Rechnungshof	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe 0...	12	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
1	Innenverwaltung											
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	15	1	4	...	7	.....	.....	4	18	49	49
11	Inneres	1	...	31	1	2.463	530	45	36	1.591	4.698	4.609
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1	...	2	2	35	.....	11	9	34	94	94
14	Wissenschaft und Forschung	1	...	7	...	49	.....	8	6	75	146	156
15	Soziales	1	...	2	11	7	.....	.....	.....	.....	21	21
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	1	...	2	...	1	.....	2	.....	11	17	17
18	Umwelt	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	23	24	24
19	Jugend und Familie	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe 1...	22	1	48	14	2.562	530	66	55	1.752	5.050	4.971
20	Äußeres	2	76	4	...	6	6	.....	.....	1	95	96
30	Justiz	2	...	20	...	65	.....	18	.....	37	142	142
40	Militärische Angelegenheiten	1	2	12	1	2	.....	6	.....	23	47	47
50	Finanzverwaltung	1	...	10	7	117	.....	9	4	160	308	318
6	Wirtschaft											
60	Land- und Forstwirtschaft	1	...	12	...	168	4	41	44	293	563	563
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1	...	10	4	2	.....	.....	.....	.....	17	17
64	Bauten und Technik	...	...	6	7	457	5	986	517	492	2.470	2.470
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1	...	3	...	10	.....	3	.....	40	57	57
	Gruppe 6...	3	...	31	11	637	9	1.030	561	825	3.107	3.107
	Gruppe 0 bis 6...	43	79	127	33	3.389	545	1.129	620	2.798	8.763	8.695
7	Bundesbetriebe											
71	Bundestheater	...	...	3	...	.....	.....	4	.....	9	16	16
77	Österreichische Bundesforste	...	...	7	...	125	10	54	735	181	1.112	1.112
78	*Post- und Telegraphenverwaltung*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	9.954
	Gruppe 7...	...	...	10	...	125	10	58	735	190	1.128	11.082
	Gesamtanzahl...	43	79	137	33	3.514	555	1.187	1.355	2.988	9.891	19.777

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Motorflugzeuge Gewichtsklasse D-F	C	B	A	Hubschrauber	Segelflugzeuge Sitzplatzkl. b	a	Summe 1997	Summe 1996
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**										
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen		.....	.....	.....	11	.....	6	8	25	25
11	**Inneres:**										
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	*	.....	.....	.....	4	19	.....	.....	23	23
64	**Bauten und Technik:**										
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens		.....	1	1	.....	.....	.....	.....	2	2

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hubschrauber	Segelflugzeuge		Summe 1997	Summe 1996
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
	Anm.	D-F	C	B	A		b	a		
1	Innenverwaltung									
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen				11		6	8	25	25
11	Inneres				4	19			23	23
	Gruppe 1				15	19	6	8	48	48
6	Wirtschaft									
64	Bauten und Technik		1	1					2	2
	Gruppe 6		1	1					2	2
	Gruppe 0 bis 6		1	1	15	19	6	8	50	50
	Gesamtanzahl		1	1	15	19	6	8	50	50

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1997	Summe 1996
		Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord- Motorboote	Außen-bord- Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen	.....	.....	.....	.....	2	2	2
11	**Inneres:**							
1100	Zentralleitung	.....	.....	.....	.....	3	3	3
1130	Bundespolizei	.....	.....	9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie	.....	.....	37	12	22	71	71
	Summe 11...	.....	.....	46	15	41	102	102
12	**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	**Wissenschaft und Forschung:**							
1420	Universitäten	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...	.....	1	.....	.....	2	3	3
18	**Umwelt:**							
187	Umweltbundesamt	.....	.....	.....	.....	1	1	1
50	**Finanzverwaltung:**							
5040	Dienststellen	.....	.....	5	.....	2	7	9
60	**Land- und Forstwirtschaft:**							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	.....	.....	3	2	6	11	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	.....	.....	.....	.....	1	1	1
6099	Bauhöfe	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Summe 60...	.....	.....	3	2	9	14	14
64	**Bauten und Technik:**							
6440	Wasserstraßendirektion	.....	3	.....	.....	3	6	6
65	**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**							
6501	Schiffahrtspolizei	.....	16	2	.....	16	34	34
77	**Österreichische Bundesforste**	.....	3	1	1	16	21	21

II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel

(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1997	Summe 1996
			Passagier- und Transportschiffe	Spezialwasserfahrzeuge	Innenbord-Motorboote	Außenbord-Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor		
1	Innenverwaltung								
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen						2	2	2
11	Inneres				46	15	41	102	102
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten						1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung			1			2	3	3
18	Umwelt						1	1	1
	Gruppe 1...			1	46	15	47	109	109
50	Finanzverwaltung				5		2	7	9
6	Wirtschaft								
60	Land- und Forstwirtschaft				3	2	9	14	14
64	Bauten und Technik			3			3	6	6
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr			16	2		16	34	34
	Gruppe 6...			19	5	2	28	54	54
	Gruppe 0 bis 6...			20	56	17	77	170	172
7	Bundesbetriebe								
77	Österreichische Bundesforste			3	1	1	16	21	21
	Gruppe 7...			3	1	1	16	21	21
	Gesamtanzahl...			23	57	18	93	191	193

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	Lastkraftw. Nutzlast bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
01	**Präsidentschaftskanzlei**	*	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	**Bundesgesetzgebung:**												
021	Nationalrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
022	Bundesrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
024	Parlamentsdirektion	*	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Summe 02		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	**Verfassungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	**Volksanwaltschaft**		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	**Rechnungshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**												
1000	Zentralleitung:	*											
	Zentralleitung		15	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	20	20
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1000		15	1	3	...	1	.....	.....	1	.....	21	21
1001	Verwaltungsakademie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
101	Staatsarchiv und Archivamt	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
102	Statistisches Zentralamt		...	...	1	...	.....	.....	.....	1	.....	2	2
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:	*											
	Faak am See		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Hintermoos		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kitzsteinhorn		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Obergurgl		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Obertraun		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Schielleiten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Spitzerberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	10	11	11
	St. Christoph/Arlberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bundessportzentrum Südstadt		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	2	3	3
	Summe 1075		...	...	...	...	5	.....	.....	1	18	24	24
	Summe 10		15	1	4	...	7	.....	.....	4	18	49	49
11	**Inneres:**												
1100	Zentralleitung		1	...	5	1	7	.....	4	6	19	43	43
1130	Bundespolizei	*	...	...	17	...	704	158	22	10	482	1.393	1.373

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	39	39	30
1140	Bundesgendarmerie	*	...	...	9	...	1.737	362	19	19	1.009	3.155	3.095
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	10	.....	.....	40	50	50
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:												
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	.....	3	3
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau		...	...	...	...	7	.....	.....	1	.....	8	8
	- Vorderbrühl		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Thalham des BM für Inneres		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Summe 1150		...	...	...	...	15	.....	.....	1	1	17	17
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 11		1	...	31	1	2.463	530	45	36	1.591	4.698	4.609
12	**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**												
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		1	...	2	...	2	.....	.....	.....	1	6	6
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:	*											
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	1	3	3
	Bundesschullandheim Mariazell		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Raach bei Gloggnitz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Radstadt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1241		...	...	...	...	3	.....	2	.....	1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:												
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Oberösterreich		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Steiermark		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Tirol		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1243		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1244	Museen:												
	Österreichische Galerie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kunsthistorisches Museum		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	1	2	2
	Museum für Angewandte Kunst		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Museum für Völkerkunde		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Naturhistorisches Museum		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Österreichisches Museum für moderne Kunst		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Technisches Museum		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	1	2	2
	Summe 1244		...	...	...	...	6	.....	1	2	4	13	13
1246	Nationalbibliothek und Phonothek:												
	Österreichische Nationalbibliothek		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Österreichische Phonothek		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1246		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
1247	Bundesdenkmalamt		...	...	...	2	9	.....	1	.....	4	16	16
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen:	*											
	Deutschlandsberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
1270	(Fortsetzung)												
	Graz/Seebacherstraße		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Köflach		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Linz/Peuerbachstraße		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Schärding		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Telfs		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1270...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:												
	Graz-Liebenau		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Saalfelden		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	Schloß Traunsee/Altmünster		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1271...		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:												
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):												
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:	*											
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Hallstatt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Kapfenberg		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Krems		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Linz I		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	1	2	2
	- Linz II		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	1	2	2
	- Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Steyr		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	- Wolfsberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- und Handelsschule Wien III		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Innsbruck		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Mödling		...	...	...	...	1	.....	1	.....	1	3	3
	- Rankweil		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- St. Pölten		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Villach		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Wien III		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Wiener Neustadt		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1280...		...	...	...	...	4	.....	7	7	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	*											
	Bundesfachschule für wirtschaftl. Berufe Türnitz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1281...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen:	*											
	Braunau		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende):												
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung:												
	Graz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
	Anm.											
1293	(Fortsetzung)											
	Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Linz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Summe 1293...	...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
	Summe 12...	1	...	2	2	35	.....	11	9	34	94	94
14	**Wissenschaft und Forschung:**											
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	4	4
1420	Universitäten: *											
	Montanuniversität Leoben	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	-, Institut für Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut f. Landwirtsch. Bauwesen u. Ländl. Siedlungswesen	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Wien	...	...	1	...	.....	.....	.....	1	.....	2	2
	-, Institut für Fertigungstechnik	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	-, Institut für Hochbau für Architekten	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	-, Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Universität Klagenfurt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Universitäts-Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Bodenkultur	...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	-, Botanisches Institut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Bodenforschung und Baugeologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Forstentomologie und Forstschutz	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für forstliches Bauingenieurw. und Waldarbeit	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Forstökologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	-, Institut für Pflanzenschutz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Waldbau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Lehrforstzentrum	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Versuchswirtschaft Großenzersdorf	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	6	7	7
	Universität Graz	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	1	3	3
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Botanik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Geologie und Paläontologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Universitätssportzentrum	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Zentrale Versuchstieranlage	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Universität Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	2	3	3
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Anatomie	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für klassische Archäologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Universitäts-Sportinstitut	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	-, Zentrale Versuchstieranlage	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Universität Linz	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Universität Salzburg	...	...	1	...	1	.....	1	.....	.....	3	3
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Universität Wien	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	2	4	4
	-, Universitätsbibliothek	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Zentrum für Biomedizin	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	-, Institut für Alte Geschichte	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Anatomie	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
1420	(Fortsetzung)												
	-, Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfl		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	-, Institut für Botanik und Botanischer Garten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	-, Institut für Geologie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für klassische Archäologie		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	-, Institut für Meteorologie und Geophysik		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Paläontologie		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Petrologie		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Planzenphysiologie/Koordinationsstelle Ökologie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Forschungsinstitut für Versuchstierzucht Himberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Veterinärmedizinische Universität Wien		...	...	...	...	2	.....	1	.....	2	5	5
	-, Lehr- und Forschungsgut Merkenstein		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	8	8	8
	Wirtschaftsuniversität Wien		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1420		...	...	5	...	30	.....	7	6	48	96	96
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):												
	Montanuniversität Leoben		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Bildungsförderung und Sport		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Geophysik		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Klagenfurt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Obstbau		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	4	5	5
	-, Institut für Waldbau		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Graz, Sportinstitut		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Sportinstitut		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Linz, Sportinstitut		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Salzburg, Sportinstitut		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	-, I. Chirurgische Universitäts-Klinik		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sportinstitut		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Veterinärmedizinische Universität Wien		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	1	3	3
	Summe 1421		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	18	29	29
1423	Bibliotheken:												
	Österreichisches Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1424	Wissenschaftliche Anstalten:												
	Geologische Bundesanstalt		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	-, Regionalstelle Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Regionalstelle Tirol/Vorarlberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1424		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	7	11	11
1426	*Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	10

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
1430	Kunsthochschulen:												
	Hochschule für angewandte Kunst Wien		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Hochschule f. künstlerische u. industrielle Gestaltung Linz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Expositur Oberschützen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1430...		...	...	...	...	2	.....	1	.....	1	4	4
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):												
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...		1	...	7	...	49	.....	8	6	75	146	156
15	**Soziales:**												
1500	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
1570	Bundessozialämter:												
	Wien, Niederösterreich und Burgenland		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Oberösterreich		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Steiermark		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kärnten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1570...		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
1592	Arbeitsinspektion:												
	Arbeitsinspektion Wien		...	...	...	1	3	.....	.....	.....	.....	4	4
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Graz		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Klagenfurt		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Krems		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Leoben		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Linz		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- St. Pölten		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Vöcklabruck		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wels		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1592...		...	...	...	11	3	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 15...		1	...	2	11	7	.....	.....	.....	.....	21	21
17	**Gesundheit und Konsumentenschutz:**												
1700	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:	*											
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1790...		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:												
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
1795	Veterinärmedizinische Anstalten:	*											
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Graz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Innsbruck		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Linz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	3	5	5
	Summe 1795...		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	9	11	11
	Summe 17...		1	...	2	...	1	.....	2	.....	11	17	17
18	**Umwelt:**												
180	Bundesministerium für Umwelt		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	2	2
1860	Umweltpolitische Maßnahmen:												
	Burgenland		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Kärnten		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	Niederösterreich		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Steiermark		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Tirol		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Vorarlberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1860...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	9	9	9
187	Umweltbundesamt:												
	Umweltbundesamt Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	11	11	11
	Zweigstelle Klagenfurt		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 187...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	13	13	13
	Summe 18...		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	23	24	24
19	**Jugend und Familie:**												
190	Bundesministerium für Jugend und Familie		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
20	**Äußeres:**												
2000	Zentralleitung		2	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	7	7
201	Vertretungsbehörden:												
	Addis Abeba		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Abidjan		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Algier		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Amman		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Ankara		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Athen		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bangkok		...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Belgrad		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Berlin		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bern		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bogota		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bonn		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brasilia		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brüssel		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union		...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Budapest		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Buenos Aires		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
201	(Fortsetzung)												
	Bukarest			1								1	1
	Canberra			1								1	1
	Caracas			1								1	1
	Dakar			1								1	1
	Damaskus			1								1	1
	Den Haag			1								1	1
	Dublin			1								1	1
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen			1								1	1
	Guatemala			1				1				2	2
	Harare			1								1	1
	Havanna			1								1	1
	Helsinki			1								1	1
	Islamabad			1								1	1
	Jakarta			1				1				2	2
	Kairo			1								1	1
	Kiew			1								1	1
	Kopenhagen			1								1	1
	Kuala Lumpur			1								1	1
	Kuwait			1								1	1
	Lagos			1				1				2	2
	Laibach			1								1	1
	Lima			1								1	1
	Lissabon			1								1	1
	London			1								1	1
	Luxemburg			1								1	1
	Madrid			1								1	1
	Manila			1								1	1
	Maskat			1								1	1
	Mexiko			1								1	1
	Moskau			1			1					2	2
	Nairobi			1								1	1
	New Delhi			1				2				3	3
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug)			1								1	1
	- und Österreichisches Generalkonsulat			1								1	1
	Oslo			1								1	1
	Ottawa			1								1	1
	Paris			1								1	1
	Paris - UNESCO			1								1	1
	Peking			1			1					2	2
	Prag			1								1	1
	Preßburg			1								1	1
	Pretoria			1								1	1
	Rabat			1								1	1
	Riyadh			1								1	1
	Rom			1								1	1
	Rom-Vatikan			1								1	1
	Santiago de Chile			1								1	1
	Seoul			1								1	1
	Sofia			1								1	1
	Stockholm			1								1	1
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat			1								1	1
	Teheran			1								1	1
	Tel Aviv			1								1	1
	Tirana			1								1	1
	Tokio			1								1	1
	Tripolis			1								1	1
	Tunis			1								1	1
	Warschau			1								1	1
	Washington (Mietfahrzeug)			1								1	1
	Zagreb			1								1	1
	Summe 201...			76			3	6			1	86	86

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
202	*Diplomatische Akademie*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
203	Österreichische Kulturinstitute:												
	Rom		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Warschau		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 203...		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 20...		2	76	4	...	6	6	.....	.....	1	95	96
30	**Justiz:**												
300	Bundesministerium für Justiz		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
302	Justizbehörden in den Ländern:	*											
	4 Gerichtshöfe II. Instanz		...	...	4	...	1	.....	.....	.....	6	11	11
	21 Gerichtshöfe I. Instanz		...	...	14	...	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 302...		...	...	18	...	1	.....	.....	.....	6	25	25
303	Justizanstalten:	*											
	Justizanstalt Eisenstadt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Feldkirch		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Garsten		...	...	...	...	2	.....	1	.....	3	6	6
	- Göllersdorf		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Graz-Jakomini		...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
	- Graz-Karlau		...	...	...	...	3	.....	1	.....	3	7	7
	- Hirtenberg		...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10
	- Innsbruck		...	...	...	...	4	.....	1	.....	2	7	7
	- Klagenfurt		...	...	...	...	3	.....	1	.....	4	8	8
	- Korneuburg		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Krems		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Leoben		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Linz		...	...	...	...	3	.....	3	.....	1	7	7
	- Ried		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- St. Pölten		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Schwarzau		...	...	...	...	2	.....	1	.....	3	6	6
	- Sonnberg		...	...	...	...	2	.....	1	.....	2	5	5
	- Stein		...	...	...	...	4	.....	3	.....	1	8	8
	- Steyr		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Suben		...	...	...	...	2	.....	1	.....	.....	3	3
	- Wels		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien-Favoriten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien-Josefstadt		...	...	...	...	7	.....	1	.....	4	12	12
	- Wien-Mittersteig		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Wien-Simmering		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	- Wiener Neustadt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf		...	...	...	...	3	.....	1	.....	2	6	6
	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 303...		...	...	...	...	64	.....	18	.....	31	113	113
	Summe 30...		2	...	20	...	65	.....	18	.....	37	142	142
40	**Militärische Angelegenheiten:**												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung		1	2	12	...	2	.....	.....	.....	.....	17	17
401	Heer und Heeresverwaltung	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)		...	...	...	...	.....	.....	6	.....	23	29	29
	Summe 40...		1	2	12	1	2	.....	6	.....	23	47	47
50	**Finanzverwaltung:**												
500	Bundesministerium für Finanzen		1	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	6	6
5040	Dienststellen:	*											
	Zollwachegeneralinspektorat		...	...	...	...	32	.....	1	1	150	184	194
	Finanzlandesdirektion für Kärnten		...	...	1	...	7	.....	1	.....	.....	9	9
	- Oberösterreich		...	...	1	...	14	.....	1	.....	2	18	18
	- Salzburg		...	...	1	...	10	.....	1	.....	1	13	13
	- Steiermark		...	...	1	...	13	.....	1	.....	.....	15	15
	- Tirol		...	...	...	2	6	.....	.....	.....	.....	8	8
	- Vorarlberg		...	...	1	...	4	.....	.....	1	.....	6	6
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland		...	...	1	5	28	.....	3	1	7	45	45
	Summe 5040...		...	...	6	7	114	.....	8	3	160	298	308
5070	Bundesrechenamt		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
5071	Finanzprokuratur	*	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 50...		1	...	10	7	117	.....	9	4	160	308	318
60	**Land- und Forstwirtschaft:**												
6000	Zentralleitung	*	1	...	4	...	2	.....	.....	.....	2	9	9
6007	Gualitätskontrolle:												
	Graz		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Innsbruck		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Klosterneuburg		...	...	...	...	6	.....	.....	.....	.....	6	6
	Linz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6007...		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	.....	11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:	*											
	Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St. Veit		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	5	6	6
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Ursprung/Elixhausen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Kematen		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Kematen (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Pitzelstätten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Sitzenberg		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg		...	...	...	...	1	.....	1	1	3	6	6
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	3	4	4
	- Franzisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
6050	(Fortsetzung)												
	- St. Florian		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Summe 6050		...	...	...	...	12	.....	1	1	30	44	44
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:	*											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz		...	...	...	...	4	.....	3	1	2	10	5
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft		...	...	...	...	16	.....	5	7	17	45	45
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein		...	...	...	...	.....	.....	1	1	12	14	14
	Summe 6051		...	...	...	...	21	.....	9	9	32	71	66
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:												
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Gainfarn		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Summe 6052		...	...	...	...	5	.....	.....	.....	3	8	8
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt		...	...	1	...	5	.....	1	.....	17	24	24
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:												
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft Rotholz		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft Wolfpassing		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 6055		...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
6057	*Bundesanstalten für Tierzucht*:												
	- Fortpflanzung und Besamung von Haustieren Wels		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2
	- Pferdezucht Stadl-Paura		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3
	Summe 6057		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	5
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:												
	Bundesamt für Wasserwirtschaft		...	...	...	...	4	.....	1	1	4	10	10
6059	Bundesanstalt für Landtechnik		...	...	...	...	3	.....	.....	1	8	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:	*											
	Ort/Gmunden		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	3	4	4
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Ossiach		...	...	...	...	1	.....	1	.....	5	7	7
	Ossiach (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6072		...	...	...	...	2	.....	1	.....	11	14	14
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:												
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Oberösterreich/Linz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Salzburg/Salzburg		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Steiermark/Graz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Tirol/Innsbruck		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
6080	(Fortsetzung)												
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6080...		...	...	7	...	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6091	Bundeskellereiinspektion		...	...	...	...	32	.....	.....	.....	.....	32	32
6093	Bundesgärten:	*											
	Innsbruck		...	...	...	...	1	.....	1	.....	2	4	4
	Wien-Schönbrunn		...	...	...	...	1	.....	5	4	9	19	19
	Summe 6093...		...	...	...	...	2	.....	6	4	11	23	23
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule		...	...	...	...	1	1	.....	.....	8	10	10
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:	*											
	Fuchsenbigl im Marchfeld		...	...	...	...	4	.....	.....	2	33	39	39
	Königshof bei Bruck a.d. Leitha		...	...	...	...	2	2	2	2	23	31	31
	Wieselburg an der Erlauf		...	...	...	...	1	1	1	3	23	29	29
	Summe 6095...		...	...	...	...	7	3	3	7	79	99	99
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:	*											
	Bruck/Mur		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Lahnhube		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Merkenstein		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Kollerhube		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Kollerhube (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Ort/Gmunden		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Ulmerfeld		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6096...		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	11	13	13
6099	Bauhöfe:												
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach		...	...	...	...	8	.....	3	.....	18	29	29
	-, Sektion Oberösterreich/Linz		...	...	...	...	8	.....	3	4	3	18	18
	-, Sektion Salzburg/Salzburg		...	...	...	...	9	.....	2	6	13	30	30
	-, Sektion Steiermark/Graz		...	...	...	...	8	.....	4	4	6	22	22
	-, Sektion Tirol/Innsbruck		...	...	...	...	14	.....	5	4	21	44	44
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz		...	...	...	...	4	.....	.....	1	13	18	18
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien		...	...	...	...	5	.....	1	2	3	11	11
	Summe 6099...		...	...	...	...	56	.....	18	21	77	172	172
	Summe 60...		1	...	12	...	168	4	41	44	293	563	563
63	**Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:**												
6300	Zentralleitung		1	...	8	...	1	.....	.....	.....	.....	10	10
6320	Österreichisches Patentamt		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
633	Bergbehörden:												
	Berghauptmannschaft Innsbruck		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
633	(Fortsetzung)												
	- Salzburg		...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Wien		...	...	1	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 633...		...	...	1	4	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
	Summe 63...		1	...	10	4	2	.....	.....	.....	.....	17	17
64	**Bauten und Technik:**												
6401	Bundesmobilienverwaltung		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
6422	Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben):	*											
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland		...	...	...	...	2	.....	43	26	17	88	88
	- Kärnten		...	...	...	...	75	.....	91	31	49	246	246
	- Niederösterreich		...	...	...	...	76	.....	188	75	64	403	403
	- Oberösterreich		...	...	...	...	3	.....	105	54	60	222	222
	- Salzburg		...	...	...	...	7	.....	40	20	28	95	95
	- Steiermark		...	...	...	...	38	.....	149	90	45	322	322
	- Tirol		...	...	...	...	14	.....	66	75	45	200	200
	- Vorarlberg		...	...	...	...	3	.....	9	14	5	31	31
	- Wien		...	...	...	...	4	.....	6	4	1	15	15
	Summe 6422...		...	...	...	...	222	.....	697	389	314	1.622	1.622
6424	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):												
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland		...	...	...	...	6	.....	7	5	5	23	23
	- Kärnten		...	...	...	...	20	.....	38	18	23	99	99
	- Niederösterreich		...	...	...	...	38	.....	63	24	20	145	145
	- Oberösterreich		...	...	...	...	20	.....	56	14	16	106	106
	- Salzburg		...	...	...	...	9	.....	19	2	11	41	41
	- Steiermark		...	...	...	...	25	.....	33	4	19	81	81
	- Tirol		...	...	...	...	10	.....	28	20	12	70	70
	- Vorarlberg		...	...	...	...	8	.....	5	6	6	25	25
	- Wien		...	...	...	...	12	.....	15	6	5	38	38
	Summe 6424...		...	...	...	...	148	.....	264	99	117	628	628
6440	Wasserstraßendirektion:												
	Wasserstraßendirektion		...	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Wasserstraßenverwaltung West		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Ost		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Mitte		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 6440...		...	...	2	...	6	.....	.....	.....	.....	8	8
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):												
	Bundesgebäudeverwaltung II Graz		...	...	...	2	3	.....	1	3	.....	9	9
	- Innsbruck		...	...	...	2	2	.....	.....	4	1	9	9
	- Klagenfurt		...	...	...	1	3	1	2	2	.....	9	9
	- Linz		...	...	...	1	3	.....	2	5	.....	11	11
	- Salzburg		...	...	1	...	3	1	2	6	.....	13	13
	Burghauptmannschaft Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6450...		...	...	1	6	14	2	7	20	2	52	52
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):												
	Bundesbaudirektion Wien		...	...	1	1	16	3	3	6	4	34	34

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
6490	Einrichtungen des Eichwesens:												
	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen, Gruppe Eichwesen		...	...	1	...	.....	.....	1	2	10	14	14
	Eichämter Burgenland		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Kärnten		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	1	2	2
	- Niederösterreich		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	.....	2	2
	- Oberösterreich		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	4	6	6
	- Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	1	2	2
	- Steiermark		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	2	4	4
	- Tirol/Vorarlberg		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	1	3	3
	Eichamt Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	4	4	4
	Summe 6490		...	...	1	...	.....	.....	12	2	23	38	38
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:												
	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen: Präsidium		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe K: Leitung		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Abteilung K 1		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	.....	2	2
	- Abteilung K 2		...	...	...	...	5	.....	.....	.....	12	17	17
	- Abteilung K 9		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Aufsichtsbereich Oberösterreich und Salzburg		...	...	...	...	10	.....	.....	.....	4	14	14
	- Aufsichtsbereich Steiermark und Kärnten		...	...	...	...	8	.....	.....	.....	5	13	13
	- Aufsichtsbereich Tirol und Vorarlberg		...	...	...	...	8	.....	.....	.....	2	10	10
	- Aufsichtsbereich Wien, Niederösterreich und Burgenland		...	...	...	...	14	.....	.....	.....	7	21	21
	Gruppe L: Leitung		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Abteilung L 1		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	- Abteilung L 6		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Summe 6491		...	...	1	...	51	.....	2	1	32	87	87
	Summe 64		...	...	6	7	457	5	986	517	492	2.470	2.470
65	**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**												
6500	Zentralleitung		1	...	3	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
6501	Schiffahrtspolizei		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten		...	...	...	...	8	.....	.....	.....	38	46	46
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge		...	...	...	...	1	.....	3	.....	2	6	6
	Summe 65		1	...	3	...	10	.....	3	.....	40	57	57
71	**Bundestheater**	*	...	...	3	...	.....	.....	4	.....	9	16	16
77	**Österreichische Bundesforste:**	*											
	Generaldirektion		...	...	3	...	11	.....	.....	1	.....	15	15
	Inspektion I: Niederösterreich		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Inspektion II/III: Oberösterreich		...	...	1	...	6	.....	.....	.....	.....	7	7
	Inspektion IV: Salzburg		...	...	1	...	4	.....	.....	1	.....	6	6
	Inspektion V: Tirol		...	...	1	...	3	.....	.....	.....	.....	4	4
	Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe sowie Sägewerke Burgenland		...	...	...	...	1	.....	.....	7	2	10	10
	- Kärnten		...	...	...	...	2	.....	.....	21	7	30	30
	- Niederösterreich		...	...	...	...	21	1	2	86	18	128	128
	- Oberösterreich		...	...	...	...	19	2	13	172	33	239	239
	- Salzburg		...	...	...	...	26	1	12	139	32	210	210
	- Steiermark		...	...	...	...	14	3	9	117	27	170	170

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1997	Summe 1996
77	(Fortsetzung)												
	- Tirol		...	...	...	...	13	3	6	137	36	195	195
	- Wien		...	...	...	...	4	.....	12	54	26	96	96
	Summe 77...		...	...	7	...	125	10	54	735	181	1.112	1.112
78	*Post- und Telegraphenverwaltung:*												
	Generaldirektion		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4
	Direktionsbereich Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3.079
	- Linz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1.853
	- Graz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1.711
	- Klagenfurt		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1.126
	- Innsbruck		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1.352
	Inspektoratsbereich Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	829
	Summe 78...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	9.954

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Motorflugzeuge Gewichtsklasse D-F	C	B	A	Hubschrauber	Segelflugzeuge Sitzplatzkl. b	a	Summe 1997	Summe 1996
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**										
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:										
	Spitzerberg		.....	.....	.....	11	.....	6	8	25	25
11	**Inneres:**										
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst:	*									
	Graz		.....	.....	.....	1	2	.....	.....	3	3
	Hohenems		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Innsbruck		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Klagenfurt		.....	.....	.....	1	2	.....	.....	3	3
	Lienz		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Linz		.....	.....	.....	1	2	.....	.....	3	3
	Salzburg		.....	.....	.....	.....	2	.....	.....	2	2
	Wien		.....	.....	.....	1	4	.....	.....	5	5
	Technischer Umlauf (Reserve)		.....	.....	.....	.....	4	.....	.....	4	4
	Summe 11...		.....	.....	.....	4	19	.....	.....	23	23
64	**Bauten und Technik:**										
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens		.....	1	1	.....	.....	.....	.....	2	2

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1997	Summe 1996
		Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord-	Außen-bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
				Motorboote				
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:							
	Obertraun	.....	.....	.....	.....	2	2	2
11	**Inneres:**							
1100	Zentralleitung	.....	.....	.....	.....	3	3	3
1130	Bundespolizei	.....	.....	9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie	.....	.....	37	12	22	71	71
	Summe 11	.....	.....	46	15	41	102	102
12	**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
	Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt	.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	**Wissenschaft und Forschung:**							
1420	Universitäten:							
	Universität Wien, Institut für Zoologie	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1420	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
	Universität Wien, Institut für Zoologie	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14	.....	1	.....	.....	2	3	3
18	**Umwelt:**							
187	Umweltbundesamt	.....	.....	.....	.....	1	1	1
50	**Finanzverwaltung:**							
5040	Dienststellen:							
	Zollwachegeneralinspektorat	.....	.....	5	.....	2	7	9
60	**Land- und Forstwirtschaft:**							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	.....	.....	3	2	6	11	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:							
	Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1997	Summe 1996
			Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord- Motorboote	Außen-bord- Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
6099	Bauhöfe:								
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld. /Wien		.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Sektion Oberösterreich/Linz		.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6099...		.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Summe 60...		.....	.....	3	2	9	14	14
64	**Bauten und Technik:**								
6440	Wasserstraßendirektion:								
	Donau - March - Thaya		.....	.....	.....	.....	3	3	3
	- Zugschiffe unter 200 PS		.....	2	.....	.....	.....	2	2
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe		.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 64...		.....	3	.....	.....	3	6	6
65	**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**								
6501	Schiffahrtspolizei		.....	.....	2	.....	16	18	18
	- Schleppschiffe		.....	16	.....	.....	.....	16	16
	Summe 65...		.....	16	2	.....	16	34	34
77	**Österreichische Bundesforste**		.....	3	1	1	16	21	21

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
01	Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
021	Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion.
022	Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion.
024	Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke.
1000	Hievon 9 Personenkraftwagen (Kategorie III) für die Landeshauptmänner und 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
101	Nur für die Dauer der Übersiedlung der Archivabteilungen des Staatsarchives in das neue Zentralarchiv.
1075	In den ausgewiesenen 18 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten, die für die Bundessportheime in Obertraun (1), Schielleiten (1), Spitzerberg (3) und für das Bundessportzentrum Südstadt (1) vorgesehen sind.
1130	In den ausgewiesenen 482 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten.
1140	In den ausgewiesenen 1009 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 3 Fahrzeuge enthalten, deren Einsatz bei der WEU-Mission in Mostar vorgesehen ist.
1151	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
1241	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist.
1270	Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1280	In den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 6 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 4 Traktoren enthalten, die für die HTBLA Linz II (1), HTBLA Wolfsberg (1), HTBLVA Mödling (1) und die HTBLVA Villach (1) vorgesehen sind.
1281	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1282	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
1420	Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 48 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 20 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitätssportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (2), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind.
1790	Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebenmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
1795	In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren enthalten, die für die Bundesanstalten für Tierseuchenbekämpfung Mödling (1) und für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf (1) vorgesehen sind. Von den 3 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
302	Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen.
303	Bei den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 25 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarzau(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(2) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg.
401	Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen.
5040	Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates.
5071	Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenützt.
6000	Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
6050	In den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 25 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elmberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (4) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind.

IV. Anmerkungen

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
6051	In den ausgewiesenen 32 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 24 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14) sowie für die Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein (10) vorgesehen sind.
6072	In den ausgewiesenen 11 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind.
6093	In den ausgewiesenen 11 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind.
6095	In den ausgewiesenen 79 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 76 Traktoren enthalten, die für die Bundesversuchswirtschaften Fuchsenbigl im Marchfeld (33), Königshof bei Bruck/Leitha (21) und Wieselburg an der Erlauf (22) vorgesehen sind.
6096	In den ausgewiesenen 11 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2), Kollerhube (1) und Ulmerfeld (1) vorgesehen sind.
6422	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.
71	Die im Plan enthaltenen 9 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 8 Sonderlastkraftwagen und 1 Kleinbus zusammen.
77	Die im Plan enthaltenen 181 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 57 geländegängigen Fahrzeugen, 24 Kleinbussen, 2 Unimog, 25 Traktoren und 73 Forstschleppern und Werkstatt-LKW zusammen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
1110	Bei den im Plan ausgewiesenen 4 Motorflugzeugen der Gewichtsklasse A handelt es sich um viersitzige Flugzeuge.

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachenverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

Zu 71 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage V zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1997

Plan

für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1997

Wien 1996
Österreichische Staatsdruckerei

61 0164

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN FÜR DAS JAHR 1997

Inhaltsverzeichnis

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil 373

II. Abschnitt: Anlagenplan

1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen 375

III. Abschnitt: Anlagenplan (organorientierte Aufgliederung)

1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen 380

IV. Abschnitt: Anmerkungen und Erläuterungen

1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen 389
2. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen . . . . . (1)

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1997

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Voraussetzungen für die Aufnahme von Datenverarbeitungsanlagen in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) In den Plan für Datenverarbeitungsanlagen sind
a) bundeseigene,
b) angemietete und die dem Bund unentgeltlich zur Benützung überlassenen Datenverarbeitungsanlagen aufzunehmen.

(2) Vom Bund gekaufte, aber noch unter Eigentumsvorbehalt des Verkäufers stehende Datenverarbeitungsanlagen, gelten als bundeseigene.

(3) Eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des Planes für Datenverarbeitungsanlagen ist ein programmierbares System von auf elektronischem Wege kommunizierenden Maschinen, das unabhängig von anderen Systemen Daten verarbeiten kann und dessen Wert gemäß Abs. 6 300 000 Schilling übersteigt.

(4) Elektronische Systeme, die ausschließlich der Datenerfassung oder der Steuerung bestimmter technischer Einrichtungen dienen, wie zB Netzknoten, Hausleitsysteme und Bestandteile von Fahrzeugen, Maschinen, maschinellen Anlagen, Geräten u.ä., zählen nicht zu den Datenverarbeitungsanlagen im Sinne des Abs. 3.

(5) Besteht ein Datenverarbeitungssystem aus mehreren lediglich im Wege der Datenfernverarbeitung zusammengeschlossenen Datenverarbeitungsanlagen, sind die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen auf jede dieser Anlagen gesondert anzuwenden.

(6) Maßgeblicher Wert im Sinne des Abs. 3 ist jener Kaufpreis einschließlich Umsatzsteuer, der ohne Abzug allfälliger Sonderkonditionen vom Bund zum Zeitpunkt des Kaufes aufzuwenden ist, oder der bei Miete oder unentgeltlicher Überlassung zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen aufzuwenden wäre, um die Datenverarbeitungsanlage neu zu erwerben.

Sollte die Bestimmung des Kaufpreises nicht möglich sein, so ist an dessen Stelle der Kaufpreis für ein ähnlich leistungsfähiges System als maßgeblicher Wert heranzuziehen.

2. Typengliederung des Planes für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Die im Plan für Datenverarbeitungsanlagen vorgesehenen Datenverarbeitungsanlagen werden nach folgenden Typen untergliedert:

1. Type A (Kleinanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen.
2. Type B (Mittelanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Erfordernisse zutreffen:
   a) Hauptspeicherkapazität über 50 000 Zeichen,
   b) mindestens zwei Magnetbandstationen oder eine Magnetplatteneinheit,
   c) mindestens ein Schnelldrucker (ab 400 Zeilen pro Minute).

   Magnetbandkassettengeräte gelten nicht als Magnetbandstationen und Diskettenlaufwerke nicht als Magnetplatteneinheiten.
3. Type C (Großanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die die Erfordernisse der Type D nicht erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen:
   a) Hauptspeicherkapazität über 250 000 Zeichen,
   b) Großraumspeicher für mindestens eine Milliarde Zeichen im direkten Zugriff.
4. Type D (Sonderanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, auf die die folgenden Voraussetzungen zutreffen:
   a) mindestens zwei Zentraleinheiten mit Hauptspeicherkapazitäten über 500 000 Zeichen,
   b) Großraumspeicher für mindestens drei Milliarden Zeichen im direkten Zugriff.

3. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Jedes Organ des Bundes darf Ausgaben für die Anschaffung und den Betrieb von Datenverarbeitungsanlagen nur tätigen, wenn diese Datenverarbeitungsanlagen im Anlagenplan enthalten sind.

(2) Anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. a dürfen die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. b der gleichen Type und umgekehrt getätigt werden.

(3) Weiters dürfen anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage einer kleineren Type getätigt werden.

4. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen über den im Plan für Datenverarbeitungsanlagen festgesetzten Stand:

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1997 ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mehrbedarf bezüglicher einer Datenverarbeitungsanlage bei einem Organ des Bundes auf, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler den Ausgaben für Anschaffung und Betrieb einer bisher nicht im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen:

a) Die anfallenden Arbeiten können auf einer im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage des gleichen oder auch eines anderen Ressortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht durchgeführt werden;
b) seitens des die Aufnahme beantragenden Ressorts wird die finanzielle Bedeckung sichergestellt.

(2) Bei Erteilung der Zustimmung im Sinne des Abs. 1 ist die Datenverarbeitungsanlage einer der in P. 2 Abs. 1 Z 1 bis 4 ausgewiesenen Typen zuzuordnen.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat gemäß § 28 (4) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, über die gemäß Abs. 1 getroffenen Maßnahmen gemeinsam mit dem Bericht gemäß P. 3 Abs. 1 lit. c des Allgemeinen Teiles des Fahrzeugplanes dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

5. Zuständigkeit des Bundeskanzlers:

Die Zuständigkeit des Bundeskanzlers zur Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung wird durch die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen nicht berührt.

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
01	**Präsidentschaftskanzlei**	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
02	**Bundesgesetzgebung:**										
024	Parlamentsdirektion	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	.....	2	2
03	**Verfassungsgerichtshof**	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof**	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	**Volksanwaltschaft**	2	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
06	**Rechnungshof**	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**										
1000	Zentralleitung	.....	.....	.....	.....	10	.....	1	.....	11	11
1001	Verwaltungsakademie	.....	.....	.....	.....	4	.....	.....	.....	4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
102	Statistisches Zentralamt	1	.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	2	2
	Summe 10...	1	.....	1	.....	14	1	1	.....	18	18
11	**Inneres:**										
1100	Zentralleitung	1	.....	.....	.....	2	.....	1	.....	4	4
12	**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**										
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.	2	.....	.....	.....	2	.....	.....	.....	4	4
1246	Nationalbibliothek und Phonothek	.....	.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	2	2
1247	Bundesdenkmalamt	.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden	.....	.....	10	.....	.....	.....	.....	.....	10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	1	.....	84	.....	.....	.....	.....	.....	85	85
	Summe 12...	3	.....	94	2	3	.....	.....	.....	102	102
14	**Wissenschaft und Forschung:**										
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	.....	.....	.....	.....	1	5	.....	.....	6	6
1420	Universitäten	210	2	743	25	380	48	46	13	1.467	1.467
1424	Wissenschaftliche Anstalten	22	.....	3	.....	10	.....	13	.....	48	48

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung / Anm.	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
1426	*Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 14...	232	2	746	25	391	53	59	13	1.521	1.522
15	**Soziales:**										
1500	Zentralleitung	1	.....	1	.....	3	.....	.....	.....	5	5
1570	Bundessozialämter	.....	.....	7	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
	Summe 15...	1	.....	8	.....	3	.....	.....	.....	12	12
17	**Gesundheit und Konsumentenschutz:**										
1700	Zentralleitung	.....	.....	7	.....	3	.....	.....	.....	10	8
1732	Strahlenschutz	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	1	.....	5	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	3	.....	9	.....	.....	.....	.....	.....	12	12
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	.....	.....	4	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
	Summe 17...	4	.....	26	.....	3	.....	.....	.....	33	31
18	**Umwelt:**										
180	Bundesministerium für Umwelt	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1	1
187	Umweltbundesamt	1	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Summe 18...	1	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	3	3
20	**Äußeres:**										
2000	Zentralleitung	12	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	12	12
201	Vertretungsbehörden	95	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	95	83
203	Österreichische Kulturinstitute	11	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	11	11
	Summe 20...	118	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	118	106
30	**Justiz:**										
300	Bundesministerium für Justiz	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	2	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
302	Justizbehörden in den Ländern	4	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
303	Justizanstalten	2	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 30...	9	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	10	10
40	**Militärische Angelegenheiten:**										
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	7	.....	32	.....	.....	.....	.....	.....	39	39
401	Heer und Heeresverwaltung	34	.....	232	.....	12	.....	3	.....	281	281

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 40...	42	.....	265	.....	12	.....	3	.....	322	322
50	**Finanzverwaltung:**										
5070	Bundesrechenamt	105	.....	19	.....	33	.....	.....	.....	157	148
60	**Land- und Forstwirtschaft:**										
6000	Zentralleitung	1	.....	1	2	.....	1	.....	1	6	6
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	1	.....	7	.....	1	.....	.....	.....	9	9
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	.....	.....	3	.....	.....	.....	.....	1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	3	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	.....	.....	7	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6093	Bundesgärten	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 60...	9	.....	24	2	1	1	.....	2	39	39
63	**Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:**										
6300	Zentralleitung	.....	.....	8	.....	1	.....	.....	.....	9	9
6320	Österreichisches Patentamt	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 63...	.....	.....	8	1	1	.....	.....	.....	10	10
64	**Bauten und Technik:**										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)	.....	.....	.....	.....	4	.....	1	.....	5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)	.....	.....	.....	.....	7	.....	1	.....	8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 64...	1	.....	.....	.....	11	.....	2	.....	14	14
65	**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**										
6500	Zentralleitung	.....	.....	2	.....	5	.....	1	.....	8	6
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	.....	.....	7	.....	.....	.....	.....	.....	7	7

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 65	.....	.....	9	.....	6	.....	1	.....	16	14
71	**Bundestheater**	1	.....	1	.....	.....	.....	1	.....	3	3
75	**Alkohol (Monopol)**	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
77	**Österreichische Bundesforste**	.....	.....	.....	.....	3	.....	.....	.....	3	3
78	*Post- und Telegraphenverwaltung*	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	72

II.1 Zusammenfassung der Datenverarbeitungsanlagen nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Type der Anlagen A Kleinanlagen bundeseigene	A Kleinanlagen angemiet.	B Mittelanlagen bundeseigene	B Mittelanlagen angemiet.	C Großanlagen bundeseigene	C Großanlagen angemiet.	D Sonderanlagen bundeseigene	D Sonderanlagen angemiet.	Summe 1997	Summe 1996
0	Oberste Organe											
01	Präsidentschaftskanzlei		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
02	Bundesgesetzgebung		1	.....	.....	.....	.....	.....	1	.....	2	2
03	Verfassungsgerichtshof		1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	Verwaltungsgerichtshof		1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	Volksanwaltschaft		2	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
06	Rechnungshof		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
		Gruppe 0...	5	.....	2	.....	.....	.....	1	.....	8	8
1	Innenverwaltung											
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		1	.....	1	.....	14	1	1	.....	18	18
11	Inneres		1	.....	.....	.....	2	.....	1	.....	4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten		3	.....	94	2	3	.....	.....	.....	102	102
14	Wissenschaft und Forschung		232	2	746	25	391	53	59	13	1.521	1.522
15	Soziales		1	.....	8	.....	3	.....	.....	.....	12	12
17	Gesundheit und Konsumentenschutz		4	.....	26	.....	3	.....	.....	.....	33	31
18	Umwelt		1	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	3	3
		Gruppe 1...	243	2	875	27	417	54	61	14	1.693	1.692
20	Äußeres		118	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	118	106
30	Justiz		9	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	10	10
40	Militärische Angelegenheiten		42	.....	265	.....	12	.....	3	.....	322	322
50	Finanzverwaltung		105	.....	19	.....	33	.....	.....	.....	157	148
6	Wirtschaft											
60	Land- und Forstwirtschaft		9	.....	24	2	1	1	.....	2	39	39
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr		.....	.....	8	1	1	.....	.....	.....	10	10
64	Bauten und Technik		1	.....	.....	.....	11	.....	2	.....	14	14
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr		.....	.....	9	.....	6	.....	1	.....	16	14
		Gruppe 6...	10	.....	41	3	19	1	3	2	79	77
		Gruppe 0 bis 6...	532	2	1.203	30	481	55	68	16	2.387	2.363
7	Bundesbetriebe											
71	Bundestheater		1	.....	1	.....	.....	.....	1	.....	3	3
75	Alkohol (Monopol)		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
77	Österreichische Bundesforste		.....	.....	.....	.....	3	.....	.....	.....	3	3
78	*Post- und Telegraphenverwaltung*		.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	72
		Gruppe 7...	1	.....	2	.....	3	.....	1	.....	7	79
		Gesamtanzahl...	533	2	1.205	30	484	55	69	16	2.394	2.442

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
01	**Präsidentschaftskanzlei:**										
	Textverarbeitungsanlagen	.	.	1	.	.	.	.	.	1	1
02	**Bundesgesetzgebung:**										
024	Parlamentsdirektion	1	.	.	.	.	.	1	.	2	2
03	**Verfassungsgerichtshof:**										
	Textverarbeitunganlagen	1	.	.	.	.	.	.	.	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof:**										
	Textverarbeitungsanlage und Judikaturdokumentation	1	.	.	.	.	.	.	.	1	1
05	**Volksanwaltschaft:**										
	Textverarbeitungsanlagen	2	.	.	.	.	.	.	.	2	2
06	**Rechnungshof:**										
	Textverarbeitungsanlagen	.	.	1	.	.	.	.	.	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**										
1000	Zentralleitung	.	.	.	.	10	.	1	.	11	11
1001	Verwaltungsakademie:										
	Anlagen für das Ausschreibungsgesetz (Durchführung von Tests)	.	.	.	.	4	.	.	.	4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt	.	.	1	.	.	.	.	.	1	1
102	Statistisches Zentralamt	1	.	.	.	.	1	.	.	2	2
	Summe 10...	1	.	1	.	14	1	1	.	18	18
11	**Inneres:**										
1100	Zentralleitung:										
	Zentralleitung:										
	EDV-Zentrale	.	.	.	.	2	.	1	.	3	3
	Abt. II/11	1	.	.	.	.	.	.	.	1	1
	Summe 11...	1	.	.	.	2	.	1	.	4	4
12	**Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:**										
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:										
	Präsidium (Textverarbeitungsanlage)	1	.	.	.	.	.	.	.	1	1
	Sektion III (Textverarbeitungsanlage)	1	.	.	.	.	.	.	.	1	1
	Österr. Schulrechenzentrum	.	.	.	.	1	.	.	.	1	1
	Lehrerpersonalgruppe, Concordiaplatz	.	.	.	.	1	.	.	.	1	1
	Summe 120...	2	.	.	.	2	.	.	.	4	4

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
1246	Nationalbibliothek und Phonothek:										
	Rechenanlage des wissenschafl. Bibliothekswesens				2					2	2
1247	Bundesdenkmalamt					1				1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden:										
	Landesschulrat für Burgenland			1						1	1
	- Kärnten			1						1	1
	- Niederösterreich			1						1	1
	- Oberösterreich			1						1	1
	- Salzburg			1						1	1
	- Steiermark			1						1	1
	- Tirol			1						1	1
	- Vorarlberg			1						1	1
	Stadtschulrat für Wien			2						2	2
	Summe 1260			10						10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:										
	Höhere technische Bundeslehranstalt Eisenstadt			1						1	1
	- Pinkafeld			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt I			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Klagenfurt II			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Villach			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Ferlach			1						1	1
	- Wolfsberg			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Krems			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling			3						3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wiener Neustadt			2						2	2
	- St. Pölten			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Hollabrunn			1						1	1
	- Waidhofen/Ybbs			2						2	2
	Bundesfachschule Karlstein/Thaya			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Linz I			1						1	1
	- Linz II			1						1	1
	- Braunau/Inn			2						2	2
	- Wels	1		1						2	2
	- Vöcklabruck			2						2	2
	- Leonding			2						2	2
	- Steyr			1						1	1
	- Hallstatt			1						1	1
	- Hallein			2						2	2
	- Saalfelden			2						2	2
	- Salzburg			3						3	3
	- Graz-Ortweingasse			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Kapfenberg			2						2	2
	- Weiz			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 1			3						3	3
	- Innsbruck 2			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Fulpmes			2						2	2
	- Jenbach			1						1	1
	- Imst			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz			2						2	2
	- Dornbirn			1						1	1
	- Rankweil			3						3	3
	- Wien I			2						2	2
	- Wien III			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien III (Ungargasse)			2						2	2

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
1280	(Fortsetzung)										
	- Wien IV	.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V	.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X	.....	.....	3	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
	Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien XIV	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Technologisches Gewerbemuseum Wien XX	.....	.....	3	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien XXII	.....	.....	4	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
	Summe 1280...	1	.....	84	.....	.....	.....	.....	.....	85	85
	Summe 12...	3	.....	94	2	3	.....	.....	.....	102	102
14	**Wissenschaft und Forschung:**										
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst:										
	Ressort- und Hochschulverwaltung	.....	.....	.....	.....	1	5	.....	.....	6	6
1420	Universitäten:										
	Technische Universität Graz	.....	.....	96	25	70	24	.....	3	218	218
	Universität Graz	4	1	14	.....	54	9	2	4	88	88
	- Innsbruck	120	.....	300	.....	133	14	2	4	573	573
	- Klagenfurt	.....	.....	.....	.....	1	.....	6	.....	7	7
	- Linz	11	.....	12	.....	9	.....	2	1	35	35
	- Salzburg	.....	.....	2	.....	13	.....	3	.....	18	18
	Technische Universität Wien	49	.....	176	.....	77	.....	22	.....	324	324
	Universität für Bodenkultur Wien	10	.....	12	.....	10	.....	3	.....	35	35
	Universität Wien	.....	.....	112	.....	7	.....	5	.....	124	124
	Veterinärmedizinische Universität Wien	3	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
	Wirtschaftsuniversität Wien	13	1	16	.....	.....	1	.....	.....	31	31
	Montan-Universität Leoben	.....	.....	3	.....	6	.....	1	1	11	11
	Summe 1420...	210	2	743	25	380	48	46	13	1.467	1.467
1424	Wissenschaftliche Anstalten:										
	Rechenanlage der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	16	.....	.....	.....	10	.....	12	.....	38	38
	Geologische Bundesanstalt	6	.....	3	.....	.....	.....	1	.....	10	10
	Summe 1424...	22	.....	3	.....	10	.....	13	.....	48	48
1426	*Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)*	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 14...	232	2	746	25	391	53	59	13	1.521	1.522
15	**Soziales:**										
1500	Zentralleitung:										
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Sozialversicherung	.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Büroautomationssysteme des BMAS	1	.....	1	.....	1	.....	.....	.....	3	3
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Arbeitsinspektion	.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1500...	1	.....	1	.....	3	.....	.....	.....	5	5

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Type der Anlagen A Kleinanlagen bundeseigene	A Kleinanlagen angemiet.	B Mittelanlagen bundeseigene	B Mittelanlagen angemiet.	C Großanlagen bundeseigene	C Großanlagen angemiet.	D Sonderanlagen bundeseigene	D Sonderanlagen angemiet.	Summe 1997	Summe 1996
1570	Bundessozialämter:											
	Wien, NÖ u. Bgld		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Oberösterreich		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Salzburg		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Steiermark		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kärnten		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tirol		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Vorarlberg		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1570...		.....	.....	7	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
	Summe 15...		1	.....	8	.....	3	.....	.....	.....	12	12
17	**Gesundheit und Konsumentenschutz:**											
1700	Zentralleitung:											
	Rechenanlagen für Verwaltung, Dokumentation, Datenbankanwendungen, Kanzleiinformationssystem und Büroautomation		.....	.....	7	.....	3	.....	.....	.....	10	8
1732	Strahlenschutz:											
	Anlage für die Durchführung von Strahlenschutz-Modellrechnungen		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:											
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien (Prozeßrechner)		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien (Datenverarbeitung)		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung											
	- Linz		1	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Graz		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Innsbruck		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1790...		1	.....	5	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:											
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Linz		1	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Salzburg		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Graz		.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Klagenfurt		1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Innsbruck		1	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Bundesanstalt für chemische und phamazeutische Untersuchungen		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt und Bundesstaatliches Serumprüfungsinstitut		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bundesstaatliche Anstalt für experimentell - pharmakologische und balneologische Untersuchungen		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1792...		3	.....	9	.....	.....	.....	.....	.....	12	12
1795	Veterinärmedizinische Anstalten:											
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Innsbruck		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
1795	(Fortsetzung)										
	- Linz			1						1	1
	- Graz			1						1	1
	Summe 1795...			4						4	4
	Summe 17...	4		26		3				33	31
18	**Umwelt:**										
180	Bundesministerium für Umwelt								1	1	1
187	Umweltbundesamt	1				1				2	2
	Summe 18...	1				1			1	3	3
20	**Äußeres:**										
2000	Zentralleitung	12								12	12
201	Vertretungsbehörden	95								95	83
203	Österreichische Kulturinstitute	11								11	11
	Summe 20...	118								118	106
30	**Justiz:**										
300	Bundesministerium für Justiz:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
	Datenverarbeitungsanlage für Entscheidungsdokumentation	1								1	1
	Summe 301...	2								2	2
302	Justizbehörden in den Ländern:										
	Landesgericht für Strafsachen Wien und Staatsanwaltschaft Wien	1		1						2	2
	Arbeits- und Sozialgericht Wien	1								1	1
	Handelsgericht Wien	1								1	1
	Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien	1								1	1
	Summe 302...	4		1						5	5
303	Justizanstalten:										
	Justizanstalt Wien-Josefstadt	1								1	1
	Justizanstalt Göllersdorf	1								1	1
	Summe 303...	2								2	2
	Summe 30...	9		1						10	10

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
			A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
			bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
40	**Militärische Angelegenheiten:**											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung:											
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentationssystem, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem		7	.....	32	.....	.....	.....	.....	.....	39	39
401	Heer und Heeresverwaltung:											
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentationssystem, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem		34	.....	232	.....	12	.....	3	.....	281	281
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:											
	Dokumentations,- Büro- und Personalinformationssystem		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):											
	Anlage für forstwirtschaftliche Zwecke		1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 40...		42	.....	265	.....	12	.....	3	.....	322	322
50	**Finanzverwaltung:**											
5070	Bundesrechenamt:											
	Dezentrale Rechner für die Netzwerke der Finanzverwaltung:											
	BMF-Zentralleitung		4	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
	Bundesrechenamt		58	.....	5	.....	.....	.....	.....	.....	63	54
	Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland		14	.....	3	.....	.....	.....	.....	.....	17	17
	- Kärnten		2	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
	- Oberösterreich		3	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
	- Salzburg		3	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
	- Steiermark		3	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
	- Tirol		2	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
	- Vorarlberg		3	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
	Sonstige Dienststellen		13	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
	Aufgaben der Finanzverwaltung und Arbeiten für das BKA, BMAS, BMJ, BMLv, BMLF, BMU, BMUkA, BMwA und BMWFK:											
	Bundesrechenamt		.....	.....	.....	.....	14	.....	.....	.....	14	14
	Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland		.....	.....	.....	.....	4	.....	.....	.....	4	4
	- Kärnten		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	- Oberösterreich		.....	.....	.....	.....	2	.....	.....	.....	2	2
	- Salzburg		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	- Steiermark		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	- Tirol		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	- Vorarlberg		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Sonstige Dienststellen		.....	.....	.....	.....	8	.....	.....	.....	8	8
	Summe 50...		105	.....	19	.....	33	.....	.....	.....	157	148
60	**Land- und Forstwirtschaft:**											
6000	Zentralleitung:											
	Text- und Informationssysteme		.....	.....	.....	2	.....	1	.....	1	4	4
	Anlage für hydrographisches Zentralbüro		1	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 6000...		1	.....	1	2	.....	1	.....	1	6	6

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
			A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
			bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bundesamt u. Forschungszentrum für Landwirtschaft		1	.....	5	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Bundesanstalt für - Alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bundesamt für Weinbau		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6051		1	.....	7	.....	1	.....	.....	.....	9	9
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt		.....	.....	3	.....	.....	.....	.....	1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft		2	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:											
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Milchwirtschaft		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6055		.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft		3	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3	3
6059	Bundesanstalt für Landtechnik		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:											
	Forsttechnische Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld.		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Oberösterreich		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Salzburg		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Steiermark		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Kärnten		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Tirol		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Vorarlberg		.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6080		.....	.....	7	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6093	Bundesgärten:											
	Bundesgärten Wien, Verwaltung		1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:											
	Bundesgestüt Piber		1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 60		9	.....	24	2	1	1	.....	2	39	39
63	**Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:**											
6300	Zentralleitung:											
	Graphische Datenverarbeitungssysteme		.....	.....	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	DDP-Rechner		.....	.....	6	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Graphisches Mehrplatzsystem		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6300		.....	.....	8	.....	1	.....	.....	.....	9	9
6320	Österreichisches Patentamt:											
	Patent- und Markenverwaltung		.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 63		.....	.....	8	1	1	.....	.....	.....	10	10

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
64	**Bauten und Technik:**										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)	.....	.....	.....	.....	4	.....	1	.....	5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)	.....	.....	.....	.....	7	.....	1	.....	8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:										
	Textverarbeitungsanlagen	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 64...	1	.....	.....	.....	11	.....	2	.....	14	14
65	**Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:**										
6500	Zentralleitung:										
	Büroautomationssysteme	.....	.....	2	.....	5	.....	1	.....	8	6
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:										
	Büroautomationssysteme	.....	.....	7	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):										
	Bundesverkehrswegeplan und Verkehrsdatenbank	.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 65...	.....	.....	9	.....	6	.....	1	.....	16	14
71	**Bundestheater:**										
	Generalsekretariat des Österreichischen Bundestheaterverbandes, Versand- u. Adresswesen	1	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kartenvertrieb der Bundestheater	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Personalverwaltung der Bundestheater	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Summe 71...	1	.....	1	.....	.....	.....	1	.....	3	3
75	**Alkohol (Monopol):**										
	Textverarbeitungsanlagen	.....	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
77	**Österreichische Bundesforste:**										
	Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste (Forstverwaltungen, Bauhöfe, Sägewerke)	.....	.....	.....	.....	3	.....	.....	.....	3	3
78	*Post- und Telegraphenverwaltung:*										
	Textverarbeitungsanlagen	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	12
	Rechenzentrum (für Gesamtbereich der PTV)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	DV-Außenstelle Salzburg (für Gesamtbereich der PTV)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Briefmarkenversand-Ausland (in der Postzeugverwaltung Wien)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Materialbewirtschaftung des Fernmeldesektors (Gesamtbereich)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	15
	Graphische Datenverarbeitung in der Linientechnik	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	12
	Bürokommunikation	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	7
	Fernmeldebauamt Innen (dezentraler Rechnereinsatz)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Telex- und Telefonbuchstelle Salzburg (für seitenfertigen Papierumbruch)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1997	Summe 1996
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
	Anm.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.	bundes-eigene	ange-miet.		
78	(Fortsetzung)										
	Finanzbuchführung (Gesamtbereich), Postautodienst	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	17
	Graphische Datenverarbeitung in der Übertragungstechnik	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4
	Summe 78...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	72

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen

(entfällt)

(1) PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1997

IV.2 Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen

Die der Veranschlagung zugrunde gelegte Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen in den Jahren 1972 bis 1978 erstellten Systemisierungsplänen der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes zeigt die folgende Übersicht:

	Type der Anlagen						Datenverarbeitungsanlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		
	bundeseigene	angemiet.	bundeseigene	angemiet.	bundeseigene	angemiet.	Summe
1972	8	-	8	8	2	15	41
1973	18	1	10	8	4	19	60
1974	23	-	12	7	4	21	67
1975	26	6	12	9	4	19	76
1976	39	6	13	12	4	20	94
1977	31	16	26	12	4	17	106
1978	47	21	33	14	7	15	137

Durch die technische Entwicklung wurde eine Neugestaltung des Systemisierungsplanes ab dem BVA 1979 notwendig, die neben der Schaffung der Type D(Sonderanlagen) zum Teil eine geänderte Zuordnung von Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen erforderte. Darüber hinaus sind Kleinanlagen, deren Wert gem. P. 1 Abs. 3 des I. Abschnittes: Allgemeiner Teil unter 300 000 S liegt, nicht mehr aufnahmepflichtig. Dadurch ergibt sich ab dem Jahr 1979 eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den in den Jahren 1972 bis 1978 der Systemisierung zugrunde gelegten Datenverarbeitungsanlagen.

Die teilweise unterschiedliche Systemisierung der Anlagen in den Jahren 1978 bzw. 1979 kann aus der Übersicht auf den Seiten IX-XI des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1979 ersehen werden.

	Type der Anlagen								Datenverarbeitungsanlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen		
	bundeseigene	angemiet.	bundeseigene	angemiet.	bundeseigene	angemiet.	bundeseigene	angemiet.	Summe
1979	45	30	38	11	6	8	1	3	142
1980	60	22	55	9	6	8	3	2	165
1981	71	62	63	10	6	7	5	2	226
1982	91	52	90	12	8	8	5	2	268
1983	90	58	95	10	14	7	6	2	282
1984	125	54	113	6	18	6	6	2	330
1985	176	33	117	7	20	6	8	2	369
1986	205	32	127	4	22	8	5	2	405
1987	243	32	149	9	26	7	6	3	475
1988	287	20	157	7	44	6	6	3	530
1989	308	15	189	8	54	6	5	3	588
1990	322	14	228	7	89	8	5	3	676
1991	346	13	246	7	97	7	5	5	726
1992	375	15	307	44	97	20	16	8	882
1993	447	11	684	45	181	21	37	9	1435
1994	505	8	849	44	277	47	49	12	1791
1995	497	5	1143	32	322	60	58	17	2134
1996	524	5	1220	30	515	55	77	16	2442
1997	533	2	1205	30	484	55	69	16	2394

www.parlament.gv.at